



Lioba Keller-Drescher

Vom Wissen zur Wissenschaft.

Ressourcen und Strategien regionaler Ethnografie
(1820 – 1950)

Kohlhammer

Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche
Landeskunde in Baden-Württemberg

Reihe B

Forschungen

215. Band

VERÖFFENTLICHUNGEN DER
KOMMISSION FÜR GESCHICHTLICHE LANDESKUNDE
IN BADEN-WÜRTTEMBERG

REIHE B

Forschungen

215. Band

Redaktion:
Isabelle Löffler

Lioba Keller-Drescher

Vom Wissen zur Wissenschaft.

Ressourcen und Strategien regionaler Ethnografie
(1820–1950)

2017

W. KOHLHAMMER VERLAG STUTTGART

Einbandillustrationen:

Vorderseite: Schrank mit Zettelkästen „Württembergische Ortsnamen“.
Handschriftenabteilung der UB Tübingen, MD 680.

Foto: Stadtmuseum Tübingen, Peter Neumann.

Enthält 20 Kästen mit Abschriften zu Ortsnamen aus der Sammlung Hugo Bazing (zwischen 1870 und 1890 angelegt und heute im Flurnamenarchiv, Landesstelle für Volkskunde aufbewahrt), die bis 1902 für die Vorarbeiten zum Schwäbischen Wörterbuch angefertigt wurden und 1918 durch Hermann Fischer an die Universitätsbibliothek Tübingen gelangten. Sie stehen beispielhaft für die vielen Wissenssammlungen und ihre begleitenden papierernen Praktiken, in denen Wissen entsteht, transportabel wird, zum Einsatz kommt und irgendwann abgestellt wird, um am Ende wieder für die historische Wissensforschung interessant zu werden.

– Alle Rechte vorbehalten –

Rückseite: Kasten mit Wortlisten der Umfrage von Hermann Fischer 1918.
Landesstelle für Volkskunde, Stuttgart.

Foto: Stadtmuseum Tübingen, Peter Neumann.

– Alle Rechte vorbehalten –

D 21



Diese Publikation ist auf alterungsbeständigem Papier gedruckt.

Alle Rechte vorbehalten.

© 2017 by Kommission für geschichtliche Landeskunde
in Baden-Württemberg, Stuttgart

Kommissionsverlag: W. Kohlhammer Stuttgart

Gesamtherstellung: Offizin Scheufele, Stuttgart

Printed in Germany

ISBN 978-3-17-033574-5

Vorwort

Das Schreiben eines Buches ist eine meist recht einsame Arbeit, Wissenschaft als solche ist in vielfacher Weise aber eine soziale Angelegenheit. Beim Verfassen und Veröffentlichenden einer wissenschaftlichen Studie geht es also nicht ohne Austausch, Unterstützung und Anerkennung, sonst wird aus Wissen keine Wissenschaft.

Diese wurden erfahrbar:

- im Forschen als Verbund „Volkskundliches Wissen“ und durch die zweimalige Förderung seitens der Fachkollegien und Gutachter der DFG;
- beim Arbeiten in Bibliotheken und Archiven, in Sammlungen und Nachlässen, wo es die Zuarbeit der studentischen Kräfte ermöglichte, serielle Quellen zu sichten, und ebenso mithilfe der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort, die auch hin und wieder wissen wollten, was man da eigentlich machte. Im besten Fall wurden dann weiterführende Ratschläge erteilt, unbekannte Sonderkataloge hervorgeholt oder auch mal die Dienstwege abkürzend das Magazin für die Besucherin zugänglich gemacht;
- beim Austausch von Erkenntnissen und Irrwegen mit interessierten Kolleginnen und Kollegen, aber auch bei der Teilnahme an interdisziplinären Tagungen und den Vorträgen vor gemischtem Publikum, sodass Fragen aus anderen Richtungen kommen konnten und neue Wege sichtbar wurden;
- beim Entschluss, die Forschungen in eine weitere Qualifikationsarbeit umzusetzen, durch die Unterstützung des Ludwig-Uhland-Instituts mit seinem Kollegium, des Dekanats und der Fakultät und nicht zuletzt durch die Bereitschaft der Gutachterinnen und Gutachter, den Weg zur Habilitation mit ihrer Expertise und ihren kritischen Anmerkungen gelingen zu lassen;
- in der Umsetzung in einen wirklich lesbaren Text und eine ansprechende Publikation durch kluge Lektoren, eine erfahrene Redaktion und die großzügige Bereitschaft des Vorstands der Kommission für geschichtliche Landeskunde zur Aufnahme der Arbeit in ihre Publikationsreihe;
- in der ausdauernden Unterstützung in allen Lebenslagen durch die Freundinnen und Freunde und die Klein- und Großfamilie, die erstaunlich lange glaubten, dass alles gelingen wird.

Ihnen allen gilt mein großer und herzlicher Dank.

Tübingen, Juli 2017

Lioba Keller-Drescher

Inhalt

Abkürzungen und Siglen	X
Quellen und Literatur	XI
Ungedruckte Quellen	XI
Gedruckte Quellen und Literatur	XII
I. Einleitung	1
Erbschaft jener Zeiten: ein Testament	1
1. Zum Konzept	3
a) Wissenschaftsforschung oder Wissensforschung	3
b) Felder und Begriffe	6
2. Forschungstendenzen	11
3. Material und Methode	14
4. Volks-Kunde als regionale Ethnografie	17
5. Zeitschnitte und Aufbau der Arbeit	19
II. Um 1820 – das Bureau	23
1. Anfangsszenarien ethnografischen Wissens: Vereins- und Sprachforschung, Reise- und Landesbeschreibung	24
2. Behördenforschung: Grund, Organisation und Personal	28
a) Die Gründung und Zielsetzung des Statistisch-topographischen Bureaus	29
b) Gründungspersonal	33
3. Der Stellenwert des Wissens	39
a) „Turpe est, in patria vivere et patriam ignorare“	39
b) „Ignoti nulla cupido!“	43
4. Vom Plan zu ersten Durchführungen	48
a) Ortschroniken als fortlaufende Statistik	50
b) Arbeitsweisen: Reisen, Beobachten, Befragen, Notieren	55
c) Krisen und Neuorganisationen	63
5. Zwischenresümee: zur Vorgeschichte regionaler Ethnografie	67
III. Um 1860 – das Volk	69
1. „Das Volk“ rückt nach oben	70
2. Erhebungsformate	77
a) Frage(n)plan und Fragebogen	77
b) Zum Beispiel Würtemberg	80
c) Zum Beispiel Grimm und die frühen Germanisten	86
3. Darstellungsformate	89
a) Das Beispiel Oberamtsbeschreibungen	89
<i>Oberamtsbeschreibung oder Landesbeschreibung</i>	90

VIII

b)	Das Oberamt Rottenburg – die zweite Bearbeitung:	
	Wissensansammlung und Wissensmanagement	94
	<i>Die Ebene der Wissens(an)sammlung für die OAB Rottenburg</i>	97
	<i>Die Ebene des Wissensmanagements für die OAB Rottenburg</i>	109
c)	Die Oberamtsbeschreibung als Format und Wissenshandlung	120
4.	Ein erstes Sammlungsunternehmen	125
a)	Die Vorarbeiten zum „Schwäbischen Wörterbuch“	125
b)	Die Sprache des Volkes	127
c)	Material und Methode	130
5.	Zwischenresümee: Wissen über das Volk	135
IV.	Um 1900 – Aktionen	139
1.	Arbeit am Wörterbuch	142
a)	Zettelkästen und Handexemplare	144
	<i>Zettelkästen</i>	146
	<i>Handexemplare</i>	149
b)	Mitarbeiter und „Wohltäter“	151
2.	Flurnamensammeln: zwischen Wissenschaft und Mitmachaktion	158
a)	Von der Topografie zur Toponomastik	158
b)	Amtliche Beauftragung	160
c)	Material und Methode	161
d)	Ein Feld der Konkurrenzverhältnisse	166
3.	Sammlung volkstümlicher Überlieferungen oder:	
	Wie man eine wissenschaftsförmige Aktion initiiert	168
a)	Verhandlungen für eine öffentlich-private Partnerschaft	171
b)	Material und Methode	173
c)	Folgen	183
4.	Ausweitung des Feldes	187
a)	Heimatkunde und Schule	187
b)	Volksbildung	189
c)	Vereinsforschung	191
	<i>Der (Württembergisch-Hohenzollerische) Verein für Volkskunde</i>	193
5.	Zwischenresümee: eine leutselige Sammelwissenschaft?	200
V.	Um 1920 – Institutionen	203
1.	Das Denkmalamt: eine Heimatschutzbehörde	209
a)	Denkmal und Schutz – eine kurze Einführung	209
b)	Vorgeschichte des Denkmalamtes in Württemberg	210
c)	Die Gründung des Landesamts für Denkmalpflege	215
2.	Die Abteilung V. Volkstum im Denkmalamt	222
a)	Gründung und Personal	222
b)	Tätigkeitsfelder und Arbeitsweisen	225
	<i>Publikationen: zur Herstellung von Sichtbarkeit</i>	226
	<i>Sammlungen: zum Ausbau von Ressourcen</i>	229
	Die Sammlung Lauxmann – Soldatensprache – Flurnamen: zur Herstellung eines Archivs	

c) Zwischen Denkmalamt und Universität: die Abteilung V. während der NS-Zeit	243
3. Die Kommission für Landesgeschichte	255
4. Der Verein für Volksbildung	261
5. Zwischenresümee: Transaktionsräume volkskundlichen Wissens ..	266
VI. Um 1950 – Milieus	269
1. Feld-Aktivatoren nach 1945	271
2. Narrative und Strategien zur Reetablierung	273
a) „In die Siele“	273
b) „Videant Consules“ oder „Die Reaktion am Werk“	278
c) „Der Augenblick ist ungemein günstig“	283
3. Ressourcenmanagement und Kontaktzonen	287
4. Wissensmilieus und nützliche Verbindungen	293
5. Zwischenresümee: das Milieu als Ressource	297
VII. Schluss	299
1. Bohnenbergers Nachlass	299
2. Der Kreis der Erben	301
3. Vom Wissen zur Wissenschaft – eine Archäologie	309
Namen- und Sachregister	313

Abkürzungen und Siglen

Bü	Büschel
CV	Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen
Ders.	Derselbe
Dies.	Dieselbe
Ebd.	Ebenda
Hg.	Herausgeber/Herausgeberin
Hgg.	Herausgeber/Herausgeberinnen
HStAS	Hauptstaatsarchiv Stuttgart
ND	Nachdruck
NLR	Nachlass Arno Ruoff
LUI	Ludwig-Uhland-Institut, Tübingen
LVS	Landesstelle für Volkskunde Stuttgart
OAB	Oberamtsbeschreibung
OC	Ortschronik
Red.	Redakteur, Redakteurin
StAL	Staatsarchiv Ludwigsburg
StAU	Stadtarchiv Ulm
STB	Statistisch-topographisches Bureau
UAT	Archiv der Universität Tübingen
UBT	Universitätsbibliothek Tübingen
WJB	Württembergische Jahrbücher
WKL	Württembergische Kommission für Landesgeschichte
WLB	Württembergische Landesbibliothek Stuttgart

Quellen und Literatur

1. Ungedruckte Quellen

Ludwigsburg

Landesarchiv Baden-Württemberg, Abt. Staatsarchiv Ludwigsburg (StAL)

E 203 I: Ministerialabteilung für die höheren Schulen: Personalakten von Lehrern

E 216: Württembergische Kommission für Landesgeschichte

E 258 II: Statistisches Landesamt

E 258 VI: Statistisches Landesamt: Abteilung Landesbeschreibung

EL 285 1512: Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg. Protokolle

EL 902: Heimatspruchkammern: Verfahrensakten

EL 905/2: Zentralspruchkammer Nordwürttemberg

PL 501 II: NSDAP-Gauleitung Württemberg-Hohenzollern

PL 502/29: Sammlungsgut der US-Militärregierung zur Dokumentation der NS-Belastung von im Kreis Stuttgart ansässigen Personen

Sigmaringen

Landesarchiv Baden-Württemberg, Abt. Staatsarchiv Sigmaringen (StAS)

Wü 13 T 2 Staatskommissariat für die politische Säuberung

Stuttgart

Landesarchiv Baden-Württemberg, Abt. Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HStAS)

E 14: Königliches Kabinett II

E 31: Geheimer Rat I

E 151/07: Innenministerium, Abteilung VII: Natur- und Heimatschutz, Feuerwehresen, Feuerpolizei und Feuersicherheit, Gebäudebrandversicherung, Straßenverkehr, Straßen- und Brückenbau, Eisenbahnen

EA 3/202: Kultusministerium, Abteilung Kunst, Referat Denkmalpflege

EA 3/903: Kultusministerium: Wissenschaftliche Einrichtungen: Kommission für geschichtliche Landeskunde

J 15: Sammlung Köhler (Friedrich August Köhler, Pfarrer, 1768–1844 Materialsammlungen, Notizen und Ausarbeitungen)

Q 1/21: Nachlass Theodor Bäuerle, Kultminister, CDU-Politiker (1882–1956)

Q 2/21: Nachlass Prof. Dr. Werner Fleischhauer, Direktor des Württembergischen Landesmuseums (1903–1997)

Archiv der Landesstelle für Volkskunde, Stuttgart (LVS)

N/Volkskunde-Verein

N/Karl Bohnenberger

N/Heinrich Höhn

N/Rudolf Kapff

N/ Helmut Dölker und Handakten

N/Landesstelle für Volkskunde

Handakten August Lämmle

Div. Sammlungsakten

N/Altregistratur

Württembergische Landesbibliothek, Stuttgart (WLB)
Cod. hist. 4° 595: Nachlass Peter Goessler (1872–1956)

Archiv der Universität Tübingen (UAT)
Immatrikulationsakten Einschreibebücher 1910–1915
Ältere Studentenakten des Akademischen Rektorates: 258/1395 Akte Josef Bihl

Handschriftenabteilung der Universitätsbibliothek Tübingen (UBT),
Md 892 Nachlass Hermann Fischer
Md 901 Nachlass Karl Bohnenberger

Nachlass Arno Ruoff (NLR), darin: Testament und Nachlassangelegenheiten Karl Bohnenberger

2. Gedruckte Quellen und Literatur

Am 24.7.2017 wurden die Hyperlinks zuletzt auf ihre Abrufbereitschaft hin überprüft, so dass auf eine separate Datumsangabe bei den einzelnen Hyperlinks verzichtet werden konnte.

ADAM, Uwe Dietrich: Hochschule und Nationalsozialismus. Die Universität Tübingen im Dritten Reich. Tübingen 1977.

ALBER, Wolfgang/DEIGENDESCH, Roland: Ein nahezu unbekannter Albausflug von 1810 und sein landeskundlicher Kontext. In: Schwäbische Heimat 63 (2012) 4, S. 445–452.

ALLMENDINGER, Claus-Michael: Struktur, Aufgabe und Bedeutung der Stiftungen von Robert Bosch und seiner Firma. Ein Beitrag zur Geschichte des Stiftungswesens in Württemberg von 1900 bis 1964. Stuttgart 1977.

AMMON, Sabine (u. a.) (Hgg.): Wissen in Bewegung. Vielfalt und Hegemonie in der Wissensgesellschaft. Weilerswist 2007.

APPLEGATE, Celia: A Nation of Provincials. The German Idea of Heimat. Berkeley/Los Angeles 1990.

ASH, Mitchell G.: Räume des Wissens – was und wo sind sie? Einleitung in das Thema. Quellen eines neuen Ansatzes. In: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte, Bd. 23. Weinheim 2000, S. 235–242.

DERS.: Wissenschaft und Politik als Ressource füreinander. In: Rüdiger vom BRUCH/Brigitte KADERAS (Hgg.): Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts. Stuttgart 2002, S. 32–51.

DERS.: Wissenschaft(en) und Öffentlichkeit(en) als Ressourcen füreinander. Weiterführende Bemerkungen zur Beziehungsgeschichte. In: Sybilla NIKOLOV/Arne SCHIRRMACHER (Hgg.): Wissenschaft und Öffentlichkeit als Ressource füreinander. Studien zur Wissenschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert. Frankfurt/New York 2007, S. 349–364.

DERS.: Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftsphilosophie – Einführende Bemerkungen. In: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte, Bd. 35. Weinheim 2012, S. 87–98.

BAGUS, Anita: Volkskultur in der bildungsbürgerlichen Welt. Zum Institutionalisierungsprozess wissenschaftlicher Volkskunde im wilhelminischen Kaiserreich am Beispiel der Hessischen Vereinigung für Volkskunde. Gießen 2005.

BAUER, Reinhard/MÜNCHHOFF, Ursula (Hgg.): „Lauter gemähte Wiesen für die Reaktion“. Die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts in den Tagebüchern Johann Andreas Schmellers. München/Zürich 1990.

BAUSINGER, Hermann: „Bildung macht frei“. In: Wolfgang ALBER (u. a.) (Hgg.): Von der Volksbildung zur Weiterbildung: 75 Jahre Verein für Volksbildung e.V. Reutlingen. Reutlingen 1993, S. 23–27.

- DERS.: Das Institut in der Nachkriegszeit. Ein Geburtstagsgruß für Helmut Dölker und Hugo Moser. In: *Tübinger Korrespondenzblatt* 25 (1984), S. 2–5.
- DERS.: Ungleichzeitigkeiten. Von der Volkskunde zur empirischen Kulturwissenschaft. In: Helmut BERKING/Richard FABER (Hgg.): *Kultursoziologie – Symptom des Zeitgeistes?* Würzburg 1989, S. 267–285.
- DERS.: „... a reachte Volksgemöi'schaft“. Wie sich der Tübinger Philosoph Theodor Haering mit dem Volk gemein machte. In: Bernd Jürgen WARNEKEN (Hg.): *Volksfreunde. Historische Varianten sozialen Engagements. Ein Symposium. Tübingen 2007*, S. 93–106.
- DERS.: Volksideologie und Volksforschung. Zur nationalsozialistischen Volkskunde. In: *Zeitschrift für Volkskunde* 61 (1965), S. 177–204.
- DERS.: *Volkskunde. Von der Altertumswissenschaft zur Kulturanalyse. Ergänzte Auflage Darmstadt/Berlin/Tübingen 1999* [1971].
- DERS.: Zwischen Grün und Braun. Volkstumsideologie und Heimatpflege nach dem Ersten Weltkrieg. [Http://tobias-lib.uni-tuebingen.de/volltexte/2010/4871/pdf/Bausinger_Hermann_Zwischen_Gruen_und_Braun.pdf](http://tobias-lib.uni-tuebingen.de/volltexte/2010/4871/pdf/Bausinger_Hermann_Zwischen_Gruen_und_Braun.pdf).
- DERS. (u. a.): Ein Aufklärer des Alltags. Der Kulturwissenschaftler Hermann Bausinger im Gespräch mit Wolfgang Kaschuba, Gudrun M. König, Dieter Langewiesche und Bernhard Tschofen. Wien/Köln/Weimar 2006.
- BECK, Heinrich: *Zur Geschichte der Gleichung „germanisch – deutsch“. Sprache und Namen, Geschichte und Institutionen*. Berlin 2004.
- BECKER, Peter: Bürokratie, Version: 1.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 30.8.2016; <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.2.695.v1>.
- DERS.: Überlegung zu einer Kulturgeschichte der Verwaltung. In: *Jahrbuch für europäische Verwaltungsgeschichte* 15 (2003), S. 311–336.
- DERS./CLARK, William (Hgg.): *Little Tools of Knowledge. Historical Essays on Academic and Bureaucratic Practices*. Ann Arbor 2001.
- BEHRISCH, Lars (Hg.): *Vermessen, Zählen, Berechnen des Raums im 18. Jahrhundert. Die politische Ordnung des Raums im 18. Jahrhundert*. Frankfurt/Main 2006.
- BEITL, Klaus (Hg.): *Wörter und Sachen. Österreichische und deutsche Beiträge zur Ethnographie und Dialektologie Frankreichs; ein französisch-deutsch-österreichisches Projekt; vom 18. bis 21. September 1988 in Eisenstadt (Burgenland)*. Wien 1992.
- BENDIX, Regina: Zwischen Weltsicht und Druckbogenpedanterie: Die Veralltäglichen einer intellektuellen, politischen und ästhetischen Vision. In: Reinhard JOHLER/Jurij FIKFAK (Hgg.): *Ethnographie in Serie. Zur Produktion und Rezeption der „österreichisch-ungarischen Monarchie in Wort und Bild“*. Wien 2008, S. 42–61.
- BERG, Gunhild/TÖRÖK, Borbála Zsuzsanna/TWELLMANN, Marcus (Hgg.): *Berechnen/Beschreiben. Praktiken statistischen (Nicht-)Wissens 1750–1850*. Berlin 2015.
- Beschreibung des Oberamts Reutlingen. Herausgegeben aus Auftrag der Regierung von Professor Memminger, Mitglied des Königlich Statistisch-Topographischen Bureau. Stuttgart/Tübingen 1824.
- Beschreibung des Oberamts Rottenburg. 2. Bearbeitung. Herausgegeben von dem k. Statistischen Landesamt, Erster Teil. Stuttgart 1899.
- BESENFELDER, Sabine: *„Staatsnotwendige Wissenschaft“. Die Tübinger Volkskunde in den 1930er und 1940er Jahren*. Tübingen 2002.
- BEUTER, Oskar (u. a.) (Hg.): *Tübinger Königsgesellschaft* Roigel. Metzingen 1963.
- BIAGIOLI, Mario (Hg.): *The Science Studies Reader*. New York/London 1999.
- BIHL, Hans (Hg.): *Festgabe für Karl Bohnenberger*. Tübingen 1938.
- DERS.: Verzeichnis der Schriften Karl Bohnenbergers. In: DERS. (Hg.): *Festgabe für Karl Bohnenberger*. Tübingen 1938, S. 376–384.
- BIHL, Josef K. L.: *Alltagsdeutsch*. Boston 1945.

- DERS.: Europa und Asien, Rottweil und Kerala. In: Schwäbische Heimat. 20 (1969), S. 160.
- DERS.: German One. A cultural approach. Boston 1949.
- DERS.: Die Gestalt der Wortform und des Satzes unter Einwirkung des Rhythmus bei Chaucer und Gower. Heidelberg 1916.
- DERS.: In deutschen Landen. Boston 1953.
- DERS.: Josef Hanikas Volkskundliche Wandlungen durch Heimatverlust und Zwangswanderung. Salzburg 1957. In: German Quarterly 33 (1969) 1, S. 79–81.
- BIHL, Liselotte: Lämmle, August. In: Neue Deutsche Biographie (NDB), Bd. 13. Berlin 1982, S. 403 f.
- BITTEL, Kurt: Peter Goeßler, Professor für Archäologie und Vorgeschichte in Tübingen, Direktor der staatlichen Altertümersammlung und des Landesamts für Denkmalpflege, Begründer der modernen Landesarchäologie in Württemberg 1872–1956. In: Robert UHLAND (Hg.): Lebensbilder aus Schwaben und Franken, Bd. 16. Stuttgart 1986, S. 374–390.
- BLOCH, Ernst: Erbschaft dieser Zeit. Zürich 1935.
- Blätter des Schwäbischen Albvereins 10 (1898) 1.
- BÖDEKER, Hans Erich/REILL, Peter H./SCHLUMBOHM; Jürgen (Hgg.): Wissenschaft als kulturelle Praxis 1750–1900. Göttingen 1999.
- BOHM, Henry V./PENTECOST, Paul J. (Hgg.): Reminiscence of Wayne. Ann Arbor 1999.
- BOHNENBERGER, Karl: Zu Brühl, Espan und Eschbach. In: Württembergische Vierteljahresshefte für Landesgeschichte NF 33 (1927), S. 302–309.
- DERS.: Zu den Flurnamen. In: Philologische Studien. Festgabe für Eduard Sievers zum 1. Okt. 1896. Halle 1896, S. 359–373.
- DERS.: Mitteilungen über volkstümliche Überlieferungen in Württemberg. Nr. 1: Aus Glauben und Sage, in: Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde. 1904.
- DERS. (u. a.) (Bearb.): [Mitteilungen über] Volkstümliche Überlieferungen in Württemberg [Lfg. 1–8], in: Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde 1904–1920, ND Stuttgart 1961 (u. ö.).
- DERS.: Muetes Heer und Muete. In: Volkskundebblätter für Württemberg und Hohenzollern (1914), S. 8–15.
- DERS.: Über Sammlung der Flurnamen. In: Blätter des Schwäbischen Albvereins 10 (1898), Sp. 27–30.
- BÖNING, Holger: Der politische Pestalozzi und das „Volk“ der Spätaufklärung. In: Hanno SCHMITT/Rebekka HORLACHER/Daniel TRÖHLER (Hgg.): Pädagogische Volksaufklärung im 18. Jahrhundert im europäischen Kontext: Rochow und Pestalozzi im Vergleich. Bern, Stuttgart, Wien 2007, 92–111.
- DERS.: Das Volk im Patriotismus der deutschen Aufklärung. In: Otto DANN/Miroslav HROCH/Johannes KROLL (Hgg.): Patriotismus und Nationsbildung am Ende des Heiligen Römischen Reiches. Köln 2003, S. 63–98.
- BORST, Otto: Die Stiftsverbindungen. In: Werner KRATSCHE (Hg.): Das Verbindungswesen in Tübingen: eine Dokumentation im Jahre des Universitätsjubiläums 1977. Tübingen 1977, S. 99–119.
- BOURDIEU, Pierre: Vom Gebrauch der Wissenschaft. Für eine klinische Soziologie des wissenschaftlichen Feldes. Konstanz 1998.
- DERS./WACQUANT, Loic J. D.: Die Logik der Felder. In: DIES.: Reflexive Anthropologie. Frankfurt/Main 2006 [franz. Ausgabe 1992], S. 124–147.
- BRENDECKE, Arndt: Tabellen und Formulare als Regulative der Wissenserfassung und Wissenspräsentation. In: Wulf OESTERREICHER/Gerhard REGN/Winfried SCHULZE (Hgg.): Autorität der Form – Autorisierung – Institutionelle Autorität. Münster 2003, S. 37–54.
- DERS./FRIEDRICH, Markus/FRIEDRICH, Susanne (Hgg.): Information in der Frühen Neuzeit. Status, Bestände, Strategien. Berlin 2008.

- BRINKHUS, Gerd: Schwäbisches Wörterbuch (1904–1936); Zettelkästen „Württembergische Ortsnamen“. In: Volker HARMS (u. a.) (Hg.): Achtunddreissig Dinge: Schätze aus den Natur- und Kulturwissenschaftlichen Sammlungen der Universität Tübingen. Tübingen 2006, S. 32 f.
- BRUCH, Rüdiger vom/GERHARDT, Uta/PAWLICZEK, Aleksandra (Hgg.): Kontinuitäten und Diskontinuitäten in der Wissenschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts. Stuttgart 2006.
- DERS./KADERAS, Brigitte (Hg.): Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts. Stuttgart 2002.
- BRÜCKNER, Wolfgang/BEITL, Klaus (Hgg.): Volkskunde als akademische Disziplin. Studien zur Institutionenausbildung. Wien 1983.
- BRÜCKWEH, Kerstin: Menschen zählen: Wissensproduktion durch britische Volkszählungen und Umfragen im 19. Jahrhundert bis ins digitale Zeitalter. Berlin 2015.
- BRUENDEL, Steffen: Volksgemeinschaft oder Volksstaat. Die „Ideen von 1914“ und die Neuordnung Deutschlands im Ersten Weltkrieg. Berlin 2003.
- BRUNNER, Bernhard: Lebenswege der deutschen Sipo-Chefs in Frankreich nach 1945. In: Ulrich HERBERT (Hg.): Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastungen, Integration, Liberalisierung 1945–1980. Göttingen 2002, S. 214–242.
- BUCHER, Gudrun: „Von Beschreibung der Sitten und Gebräuche der Völker“. Die Instruktionen Gerhard Friedrich Müllers und ihre Bedeutung für die Geschichte der Ethnologie und der Geschichtswissenschaft. Stuttgart 2002.
- BUCK, Michael Richard: Oberdeutsches Flurnamenbuch: ein alphabetisch geordneter Handweiser für Freunde deutscher Sprach- und Kulturgeschichte. Stuttgart 1880.
- DERS. (Hg.): Ulrichs von Richental Chronik des Constanzer Concils 1414 bis 1418. Bibliothek des Litterarischen Vereins in Stuttgart, Bd. 158. Tübingen 1882.
- BÜRKERT, Karin: Fastnacht erforschen. Zur Herstellung und Vermittlung von Kulturwissen (1961–1969). Tübingen 2015.
- DIES.: Der forschende Reporter: Journalist Wilhelm Kutter und die Volkskunde. In: Reinhard JOHLER (u. a.) (Hgg.): Kultur_Kultur. Denken. Forschen. Darstellen. 38. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde in Tübingen vom 21. bis 24. September 2011. Münster (u. a.) 2013, S. 467–475.
- BURKHARDT, Martin: Das Statistisch-topographische Bureau und die württembergische Oberamtsbeschreibung 1824 bis 1930. Ergebnisse der Verzeichnung des Archivbestands im Staatsarchiv Ludwigsburg. In: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte 64 (2005), S. 227–259.
- BUSSE, Gerd: Zwischen Hütte und Schloss. Heinrich Sohnrey. Schriftsteller, Sozialreformer, Volkskundler. Mit ausgewählten Beispielen aus seinem literarischen Werk. Holzwinden 2009.
- BUTTLER-KLOSE, Irmhild/ORTWEIN, Margret: „Wir alle dienen dem Kunden ...“ Die ersten fünfzig Jahre des Kaufhaus Breuninger Stuttgart. In: Christel KÖHLE-HEZINGER/Gabriele MENTGES/Projektgruppe (Hgg.): Der neuen Welt ein neuer Rock. Studien zu Kleidung, Körper, Mode an Beispielen aus Württemberg. Stuttgart 1993, S. 236–251.
- C. PLINIUS SECUNDUS D. Ä.: Naturkunde. Lateinisch-deutsch, Buch II: Kosmologie. Hrsg. und übers. von Roderich König in Zusammenarbeit mit Gerhard Winkler. Darmstadt 1994 [1973].
- CHAPPEY, Jean-Luc: La Société des Observateurs de l’Homme (1799–1804). Des Anthropologues sous Bonaparte. Paris, Société des Études Robespierriennes, 2002.
- COLLIN, Peter/HORSTMANN, Thomas (Hg.): Das Wissen des Staates. Geschichte, Theorie und Praxis. Baden-Baden 2004.

- CONFINO, Alon: *The Nation as a Local Metaphor: Württemberg, Imperial Germany, and National Memory, 1871–1918*. Chapel Hill 1997.
- DANIELS, Mario: *Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert. Institutionalierungsprozesse und Entwicklung des Personenverbandes an der Universität Tübingen 1918–1964*. Stuttgart 2009.
- DAVIDOVIC-WALTHER, Antonia/FENSKE, Michaela/KELLER-DRESCHER, Lioba: *Akteure und Praktiken. Explorationen volkskundlicher Wissensproduktion*. In: Katrin AMELANG (u. a.) (Red.): *Volkskundliches Wissen. Akteure und Praktiken*. Münster 2009, S. 6–14.
- DEISSNER, Vera: *Die Volkskunde und ihre Methoden. Perspektiven auf die Geschichte einer „tastend-schreitenden Wissenschaft“ bis 1945*. Mainz 1997.
- DESROSIÈRES, Alain: *Die Politik der großen Zahlen. Eine Geschichte der statistischen Denkweise*. Berlin 2005.
- DIETZEL, Thomas/HÜGEL, Hans-Otto: *Deutsche literarische Zeitschriften 1880–1945. Ein Repertorium, Bd. 1*. München 1988.
- DIETZSCH, Ina/IMERI, Sabine/KASCHUBA, Wolfgang (Hgg.): *Horizonte ethnografischen Wissens. Eine Bestandsaufnahme*. Köln/Weimar/Wien 2009.
- DÖLKER, Helmut: *Die Flurnamen der Stadt Stuttgart in ihrer sprachlichen und siedlungsgeschichtlichen Bedeutung*. Stuttgart 1933.
- DERS.: Karl Bohnenberger. In: *Württembergisches Jahrbuch für Volkskunde* (1955), S. 168–179.
- DERS.: Die Volkskunde in den Lehrgängen an den Staatlichen Akademien Comburg und Calw. In: *Württembergisches Jahrbuch für Volkskunde* 1959/60 (1960), S. 180–183.
- DROYSSEN, Johann Gustav: *Historik. Rekonstruktion der ersten vollständigen Fassung der Vorlesungen (1837), Grundriß der Historik in der ersten handschriftlichen (1857/1858) und in der letzten gedruckten Fassung (1882)*. Textausgabe von Peter LEYH. Stuttgart-Bad Cannstatt 1977.
- ECKEL, Jan: *Geist der Zeit. Deutsche Geisteswissenschaften seit 1870*. Göttingen 2008.
- EHLERS, Klaas-Hinrich: *Verzettelt – wie die Arbeitsstelle für die Sammlung der deutschen Soldatensprache versuchte den Krieg einzuholen*. In: SOWIE. *Das Journal für Geschichte, Politik, Wirtschaft und Kultur* 4 (2004), S. 44–56.
- ELVERT, Jürgen (Hg.): *Kulturwissenschaften und Nationalsozialismus. Historische Mitteilungen, Beiheft/im Auftr. der Ranke-Gesellschaft*, 72. Stuttgart 2008.
- ENGEL, Ulrich: Karl Bohnenberger. In: *Zur Geschichte von Volkskunde und Mundartforschung in Württemberg. Helmut Dölker zum 60. Geburtstag*. Tübingen 1964, S. 210–242.
- ESCHENBURG, Theodor: *Die Entstehung des Landes Baden-Württemberg*. In: *Baden-Württemberg. Eine politische Landeskunde*. 4. vollständig überarbeitete Auflage. Stuttgart 1996, S. 43–66.
- ETZEMÜLLER, Thomas (Hg.): *Die Form „Biographie“ als Modus der Geschichtsschreibung*. In: Michael RUCK/Karl Heinrich POHL (Hgg.): *Regionen im Nationalsozialismus*. Bielefeld 2003, S. 71–90.
- DERS.: *Die Ordnung der Moderne. Social Engineering im 20. Jahrhundert*. Bielefeld 2009.
- FENSKE, Michaela/KELLER-DRESCHER, Lioba, [Abschn.] 3. *Wissensformate*. In: Jenni BOIE (u. a.): *Volkskundliches Wissen und gesellschaftlicher Wissenstransfer: zur Produktion kultureller Wissensformate im 20. Jahrhundert (DFG-Forschungsverbund)*. In: Michael SIMON (u. a.) (Hgg.): *Bilder. Bücher. Bytes. Zur Medialität des Alltags*. Münster (u. a.) 2009, S. 183–199, hier: S. 189–192.
- FINKE, Peter: *Citizen Science. Das unterschätzte Wissen der Laien*. München 2014.
- FISCHER, Hermann: *Geographie der schwäbischen Mundart*. Tübingen 1895.

- DERS.: Wege und Ziele der Dialektforschung (mit einer Einleitung von Lioba KELLER-DRESCHER). In: Lioba KELLER-DRESCHER/Bernhard TSCHOFEN (Hgg.): Dialekt und regionale Kulturforschung. Traditionen und Perspektiven einer Alltagssprachforschung in Südwestdeutschland. Tübingen 2009, S. 229–248.
- FISCHER, Michael: Jedes Deutschen Ehrenpflicht. Die Sammeltätigkeit des Deutschen Volksliedarchivs als patriotische Aufgabe. In: Julia Freifrau HILLER VON GAERTRINGEN (Hg.): Kriegssammlungen 1914–1918. Frankfurt/Main 2014, S. 217–226.
- FLECK, Ludwik: Denkstile und Tatsachen. Gesammelte Schriften und Zeugnisse. Herausgegeben von Sylvia WERNER/Claus ZITTEL. Berlin 2011.
- FLECK, LUDWIK: Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache. Einführung in die Lehre vom Denkstil und Denkkollektiv. Hg. von Lothar SCHÄFER und Thomas SCHNELLE. Frankfurt/Main 1980.
- Focke Museum Bremen (Hg.): Graben für Germanien. Archäologie unterm Hakenkreuz. Herausgegeben unter Mitarbeit von Sandra GEHRINGER (u. a.). Katalog zur Ausstellung im Focke-Museum, 10.3. bis 8.9.2013. Bremen/Stuttgart 2013.
- FORNER, Eberhard/PALM, Carmen: Sprache sammeln – Bilder machen. Lehrer als Wissensgeneratoren der württembergischen Volkskunde. In: Reinhard JOHLER (u. a.) (Hgg.): Kultur_Kultur. Denken, Forschen, Darstellen. Münster 2013, S. 454–466.
- FOUCAULT, Michel: Die Ordnung der Dinge. Eine Archäologie der Humanwissenschaften. Frankfurt/Main 1974 [französische Ausgabe 1966].
- FRITZ, Max: Schwäbische Soldatensprache im Weltkrieg. Stuttgart 1938.
- FÜSSEL, Marian: Von der Visitation zur Feldforschung? Praktiken zeremonialwissenschaftlicher Informationsgewinnung in Friedrich Frieses Ceremonial-Politica der Künstler und Handwerker. In: Arndt BRENDENCKE/Markus FRIEDRICH/Susanne FRIEDRICH (Hgg.): Information in der Frühen Neuzeit. Status, Bestände, Strategien. Berlin 2008, S. 237–256.
- GARDT, Andreas: Sprachnationalismus zwischen 1850 und 1945. In: DERS. (Hg.): Nation und Sprache. Die Diskussion ihres Verhältnisses in Geschichte und Gegenwart. Berlin 2000, S. 247–271.
- GEERTZ, Clifford: Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme. Frankfurt/Main 1987.
- GEIGER, Klaus/JEGGLE, Utz (Red.): Abschied vom Volksleben. Herausgegeben von der Tübinger Vereinigung für Volkskunde. Tübingen 1970.
- Gelebte Utopie. Auf den Spuren der Freimaurer in Württemberg. Herausgegeben vom Landesarchiv Baden-Württemberg, Hauptstaatsarchiv Stuttgart. Begleitbuch zur Ausstellung. Bearbeitet von Albrecht ERNST und Regina GRÜNERT. Stuttgart 2017.
- GEPPERT, Karlheinz: Josef Eberle. Poet und Publizist. Herausgegeben von der Stadt Rottenburg am Neckar. Stuttgart 2001.
- GERNDT, Helge: Vom Nutzen der Fachgeschichte. Gesellschaftlicher Blickwechsel und volkskundliche Identität. In: Johannes MOSER/Irene GÖTZ/Moritz EGE (Hg.): Zur Situation der Volkskunde 1945–1970. Orientierungen einer Wissenschaft zur Zeit des Kalten Krieges. Münster 2015, S. 15–33.
- DERS.: (Hg.): Volkskunde und Nationalsozialismus. München 1987.
- GIERL, Martin: Geschichte und Organisation. Institutionalisierung als Kommunikationsprozess am Beispiel der Wissenschaftsakademien um 1900. Göttingen 2004.
- DERS.: Geschichte als präzisierende Wissenschaft Johann Christoph Gatterer und die Historiographie des 18. Jahrhunderts im ganzen Umfang. Stuttgart 2012.
- GIERNY, Thomas: Boundary-Work and the Demarcation of Science from Non-Science. Strains and Interests in Professional Ideologies of Scientists. American Sociological Review 48 (1983) 6, S. 761–795.

- GLÖCKLER, Johann Philipp: Land und Leute Württembergs in geographischen Bildern dargestellt, 2 Bde. Stuttgart 1858/1861.
- GMELIN, Otto (Hg.): Johann Georg Gmelin 1709–1755. Der Erforscher Sibiriens. Ein Gedenkbuch. München 1911.
- GOER, Michael: Perspektiven einer Bau- und Denkmalpflege heute. 150 Jahre staatliche Denkmalpflege in Württemberg. In: Denkmalpflege in Baden-Württemberg. Nachrichtenblatt der Landesdenkmalpflege 38 (2009) 2, S. 75–81.
- GOESSLER, Peter: Denkmalpflege und Leben. In: Württemberg. Monatsschrift im Dienste von Volk und Heimat 1 (1929) 1, S. 51–53.
- DERS.: Lichtbild und Film im Dienste der Heimatpflege. In: Schwäbisches Heimatbuch (1925), S. 7–12.
- DERS.: Was wollen Denkmalpflege und Heimatschutz? In: Schwäbisches Heimatbuch (1926), Anhang S. I.
- GOTTSCHALK-MAZOUZ, Niels: Was ist Wissen? Überlegungen zu einem Komplexbegriff an der Schnittstelle von Philosophie und Sozialwissenschaften. In: Sabine AMMON (u. a.) (Hgg.): Wissen in Bewegung. Vielfalt und Hegemonie in der Wissensgesellschaft. Weilerswist 2007, S. 21–40.
- GRADMANN, Robert: Leben und Bedeutung Johann Georg Gmelins. In: Otto GMELIN (Hg.): Johann Georg Gmelin 1709–1755. Der Erforscher Sibiriens. Ein Gedenkbuch. München 1911, S. 1–20.
- GRIMM, Jacob: Rede auf Lachmann. Gehalten in der öffentlichen Sitzung der Akademie der Wissenschaften am 3. Juli 1851. In: DERS.: Reden und Abhandlungen. Kleinere Schriften, Bd. 1. Berlin 1864, S. 145–162.
- DERS.: Rede auf Lachmann. In: Selbstbiographie. Herausgegeben von Ulrich Wyss. München 1984, S. 78–92.
- GRIMM, Wilhelm: Über das Deutsche Wörterbuch. Rede auf dem ersten Germanistentag 1846. In: Peter WENDE (Hg.): Politische Reden, Bd. 1: 1792–1867. Frankfurt/Main 1990.
- GRIMM, Jacob/GRIMM, Wilhelm: Deutsches Wörterbuch, 16 Bde. in 32 Teilbänden. Leipzig 1854–1961.
- GRÜTTNER, Michael (u. a.): Gebrochene Wissenschaftskulturen. Universität und Politik im 20. Jahrhundert. Göttingen 2010.
- HAAS, Walter: ‚Die Jagd auf Provinzial-Wörter‘. In: Klaus J. MATTHEIER/Peter WIESINGER (Hgg.): Dialektologie des Deutschen. Forschungsstand und Entwicklungstendenzen. Tübingen 1994, S. 329–365.
- HABERMAS, Jürgen: Was ist ein Volk? Bemerkungen zum politischen Selbstverständnis der Geisteswissenschaften im Vormärz am Beispiel der Frankfurter Germanistenversammlung von 1846. In: Frank FÜRBEETH (u. a.) (Hgg.): Zur Geschichte und Problematik der Nationalphilologien in Europa. 150 Jahre Erste Germanistenversammlung in Frankfurt am Main (1846–1996). Tübingen 1999, S. 23–39.
- HÄCKER, Otto: Phillip Röder. In: Hermann HAERING/Otto HOHENSTATT (Hgg.): Schwäbische Lebensbilder, Bd. 2. Stuttgart 1941, S. 391–398.
- HAMPP, Irmgard: Heinrich Höhn. In: Zur Geschichte von Volkskunde und Mundartforschung in Württemberg. Helmut Dölker zum 60. Geburtstag. Tübingen 1964, S. 256–263.
- HAUSLEUTNER, Philipp W. G.: Schwäbisches Idiotikon. In: Schwäbisches Archiv. Stuttgart 1790/1793. S. 324–261.
- HAUSMANN, Frank-Rutger (Hg.): Die Rolle der Geisteswissenschaften im Dritten Reich 1933–1945. München 2002.
- HERBERT, Ulrich: Liberalisierung als Lernprozeß. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze. In: DERS. (Hg.): Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastungen, Integration, Liberalisierung 1945–1980. Göttingen 2002, S. 7–49.

- DERS. (Hg.): Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastungen, Integration, Liberalisierung 1945–1980. Göttingen 2002.
- HESS, Volker: Das Ende der „Historia naturalis“? Die naturhistorische Methode und die Klassifikation bei Kiehmeyer. In: Kai Torsten KANZ (Hg.): Philosophie des Organischen in der Goethezeit. Studien zu Werk und Wirkung des Naturforschers Carl Friedrich Kiehmeyer (1765–1844). Stuttgart 1994, S. 153–173.
- DERS./MENDELSON, J. Andrew: Paper Technology und Wissensgeschichte. In: NTM Zeitschrift für Geschichte der Wissenschaften, Technik und Medizin 21 (2013) S. 1–10.
- HETTLING, Manfred (Hg.): Volksgeschichten im Europa der Zwischenkriegszeit. Göttingen 2003.
- HEUSS, Theodor: Theodor Heuss an Theodor Bäuerle. In: Franz ARNOLD (Hg.): Bildungsfragen der Gegenwart. Theodor Bäuerle zu seinem 70. Geburtstag. Stuttgart 1953, S. 9–12.
- HOLE, Gerlinde: Historische Stoffe im volkstümlichen Theater Württembergs seit 1800. Stuttgart/Tübingen 1964.
- HOLTZ, Sabine (Hg.): Hilfe zur Selbsthilfe. 200 Jahre Wohlfahrtswerk für Baden-Württemberg. Baden-Baden 2016.
- IMERI, Sabine: ‚Sozialkitt‘, Beheimatung und Mitmach-Wissen. Überlegungen zur Verwertbarkeit volkskundlichen Wissens am Beispiel der Preußischen Schulreformen 1924/25. In: Ina DIETZSCH/Wolfgang KASCHUBA/Leonore SCHOLZE-IRRLITZ (Hgg.): Horizonte Ethnografischen Wissens. Köln/Weimar/Wien 2009, S. 87–111.
- DIES.: Zwischen Selbstverständnis und Legitimationsstrategie. Überlegungen zu Verwendungskonzepten volkskundlichen Wissens bis 1933. In: Christine PIEPER/Frank UEKÖTTER (Hgg.): Vom Nutzen der Wissenschaft. Beiträge zu einer prekären Beziehung. Stuttgart 2010, S. 15–40.
- INGENDAHL, Gesa/KELLER-DRESCHER, Lioba: Historische Ethnographie. Das Beispiel Archiv. In: Schweizerisches Archiv für Volkskunde 106 (2010), S. 243–265.
- Isis oder Encyclopädische Zeitung, herausgegeben von Lorenz OKEN. 1 (1818) 11.
- JACOBEIT, Wolfgang/LIXFELD, Hannjost/BOCKHORN, Olaf (Hgg.): Völkische Wissenschaft. Gestalten und Tendenzen der deutschen und österreichischen Volkskunde in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Wien 1994.
- JACOBEIT, Wolfgang: Bäuerliche Arbeit und Wirtschaft. Ein Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte der deutschen Volkskunde. Berlin 1965.
- DERS.: Vom „Berliner Plan“ von 1816 bis zur nationalsozialistischen Volkskunde. Ein Abriss. In: DERS. (u. a.) (Hg.): Völkische Wissenschaft. Gestalten und Tendenzen der deutschen und österreichischen Volkskunde in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Wien 1994, S. 17–32.
- DERS./SCHOLZE-IRRLITZ, Leonore: „Volkskundliche Kulturwissenschaft“. In: Jürgen ELVERT/Jürgen NIELSEN-SIKORA (Hgg.): Kulturwissenschaften und Nationalsozialismus. Stuttgart 2008, S. 337–358.
- JAESRICH, Michael (u. a.): „... schließlich Anpassung“. In: Tübinger Blätter 94 (2008), S. 124–127.
- JANOTA, Johannes (Hg.): Eine Wissenschaft etabliert sich. 1810–1870. Wissenschaftsgeschichte der Germanistik, Bd. III. Tübingen 1980.
- JOHLER, Reinhard: Donau/Schwäbisches. Eine Einbegleitung zu „Heimatsachen. Donauschwäbische Grüße zum baden-württembergischen Geburtstag“. In: DERS./Josef WOLF/Christian GLASS (Hgg.): Heimatsachen. Donauschwäbische Grüße zum baden-württembergischen Geburtstag. Tübingen 2012, S. 11–32.
- DERS.: Geschichte und Landeskunde: Innsbruck. In: Wolfgang JACOBEIT (u. a.) (Hg.): Völkische Wissenschaft. Gestalten und Tendenzen der Volkskunde in Deutschland und Österreich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Wien/Köln/Weimar 1994, S. 449–462.

- DERS.: Volksgeschichte. Adolf Helboks Rückkehr nach Innsbruck. In: Wolfgang JACOBET (u. a.) (Hgg.): Völkische Wissenschaft. Gestalten und Tendenzen der Volkskunde in Deutschland und Österreich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Wien/Köln/Weimar 1994, S. 541–547.
- DERS./FIKFAK, Jurij (Hgg.): Ethnographie in Serie. Zur Produktion und Rezeption der „österreichisch-ungarischen Monarchie in Wort und Bild“. Wien 2008.
- JUSSEN, Bernhard (Hg.): Die Macht des Königs. Herrschaft in Europa vom Mittelalter bis in die Neuzeit. München 2005.
- KANT, Immanuel: Gesammelte Schriften, Bd. V. Berlin 1968.
- KANZ, Kai Torsten (Hg.): Philosophie des Organischen in der Goethezeit. Studien zu Werk und Wirkung des Naturforschers Carl Friedrich Kielmeyer (1765–1844). Stuttgart 1994.
- KAPFF, Rudolf: Schwäbische Sagen. Jena 1926.
- KASCHUBA, Wolfgang (u. a.): Beiträge zur Medialität volkskundlichen Wissens. Volkskundliches Wissen und gesellschaftlicher Wissenstransfer: zur Produktion kultureller Wissensformate im 20. Jahrhundert. In: Michael SIMON (u. a.) (Hgg.): Bilder. Bücher. Bytes. Zur Medialität des Alltags. Münster (u. a.) 2009, S. 184–199.
- KASCHUBA, Wolfgang: Einführung in die Europäische Ethnologie. München 1999.
- DERS.: Friedrich August Köhler – Ein Aufklärer der bäuerlichen Alltagsgeschichte. In: DERS./Carola LIPP/Eckart FRAHM (Hgg.): Nehren – Eine Dorfchronik der Spätaufklärung von F. A. Köhler. Tübingen 1981, S. 171–201.
- KAUSLER, Christian F.: Beschreibung des Oberamtes Neuenbürg und der damit vereinigten vormaligen Oberämter Herrenalb, Liebenzell und Wildbad. Tübingen 1819.
- KELLER, Adelbert: Anleitung zur Sammlung des schwäbischen Sprachschatzes. In: Einladung zur akademischen Feier des Geburtsfestes Seiner Majestät des Königs Wilhelm von Württemberg auf den 27. September 1855 im Namen des Rectors und akademischen Senats der königlichen Eberhard-Karls-Universität zu Tübingen. Nebst einer Anleitung zur Sammlung des schwäbischen Sprachschatzes, von Dr. Adelbert von Keller. Ritter des k. Ordens der württembergischen Krone, ordentlicher Professor der deutschen Sprache an der philosophischen Fakultät. Tübingen 1855, S. 5–24.
- DERS.: Inauguralrede über die Aufgabe der modernen Philologie. Stuttgart 1842. Zugl. in: JANOTA, Johannes (Hg.): Eine Wissenschaft etabliert sich. 1810–1870. Wissenschaftsgeschichte der Germanistik, Bd. III. Tübingen 1980, S. 263–277.
- KELLER-DRESCHER, Lioba: Arbeit am Wortschatz. Hermann Fischer und das Schwäbische Wörterbuch. In: Anke TE HEESSEN (u. a.) (Hgg.): Wortschatz. Vom Sammeln und Finden der Wörter. Katalog zur Ausstellung im Stadtmuseum Tübingen, 6. 4. bis 6. 7. 2008. Tübingen 2008, S. 19–27.
- DIES.: Einleitung und Kommentar zu: Hermann FISCHER: „Wege und Ziele der Dialektforschung.“ In: DIES./Bernhard TSCHOFEN (Hgg.): Dialekt und regionale Kulturforschung. Traditionen und Perspektiven einer Alltagssprachforschung in Südwestdeutschland. Tübingen 2009, S. 229–231.
- DIES.: Die Fragen der Gegenwart und das Material der Vergangenheit – Zur (Re-)Konstruktion von Wissensordnungen. In: Andreas HARTMANN/Silke MEYER/Ruth-E. MOHRMANN (Hgg.): Historizität. Vom Umgang mit Geschichte. Münster 2007, S. 57–68.
- DIES.: Fragment und Ereignis – Zu Bedingungen der Möglichkeit historischer Anthropologie. In: Historische Anthropologie. Standortbestimmungen im Feld historischer und europäisch ethnologischer Forschungs- und Wissenspraktiken. Hrsg. für H-Soz-u-Kult von Beate BINDER und Michaela FENSKE. Historisches Forum, Bd. 14. Veröffentlichungen von Clio-online, Nr. 2. Berlin: Clio-online und Humboldt-Universität zu Berlin. Berlin 2012, S. 65–76. http://edoc.hu-berlin.de/e_histfor/14.

- DIES.: Landesbeschreibung als Wissensformat. Ansätze zu einer vergleichenden Analyse. In: Reinhard JOHLER/Joseph WOLF (Hgg.): Beschreiben und Vermessen. Raumwissen in der östlichen Habsburgmonarchie. [Im Druck noch nicht erschienen]. [Http://hdl.handle.net/10900/74525](http://hdl.handle.net/10900/74525).
- DIES.: Die Ordnung der Kleider. Ländliche Mode in Württemberg 1750–1850. Tübingen 2003.
- DIES.: Sammeln, Horten, Verhandeln. Der Wissens-Schatz als Ressource. In: Reinhard JOHLER (u. a.) (Hgg.): Kultur_Kultur. Denken. Forschen. Darstellen. Münster (u. a.) 2013, S. 122–130.
- DIES.: Aus Schwabens Hain und Flur. Das Württembergische Flurnamenarchiv. In: Anke TE HEESEN (u. a.) (Hgg.): Wortschatz. Vom Sammeln und Finden der Wörter. Katalog zur Ausstellung im Stadtmuseum Tübingen, 6. 4. bis 6. 7. 2008. Tübingen 2008, S. 97–105.
- DIES.: Das statistisch-topographische Bureau als Transaktionsraum ethnografischen Wissens. In: Gunhild BERG/Borbála Zsuzsanna TÖRÖK/Marcus TWELLMANN (Hgg.): Berechnen/Beschreiben. Praktiken statistischen (Nicht-)Wissens 1750–1850. Berlin 2015, S. 79–95.
- DIES.: „Tracht“ als Denkstil. Zum Wissensmodus volkskundlicher Kleidungsforschung. In: Gudrun M. KÖNIG/Gabriele MENTGES/Michael R. MÜLLER (Hgg.): Die Wissenschaften der Mode. Bielefeld 2015, S. 169–184.
- DIES.: „Auf diese Weise vorbereitet“. Praktiken des Wissensmanagements zwischen Volkskunde und Landesbeschreibung. In: Katrin AMELANG (u. a.) (Red.): Volkskundliches Wissen. Akteure und Praktiken. Münster 2009, S. 15–26.
- DIES./BÜRKERT, Karin/FORNER, Eberhard: Aspekte der Herstellung regionaler Nähe durch volkskundliches Wissen. In: Gisela WELZ (u. a.) (Hgg.): Epistemische Orte. Gemeinde und Region als Forschungsformate. Frankfurt/Main 2011, S. 125–142.
- DIES./FORNER, Eberhard: Bräuche sammeln. Zur Praxis der Überlieferungsherstellung. In: Evamarie BLATTNER (Hg.): Feste Formen. Tübinger feiern von Advent bis Ostern. Katalog zur Ausstellung im Stadtmuseum Tübingen. Tübingen 2010, S. 87–95.
- DIES./TSCHOFEN, Bernhard (Hgg.): Dialekt und regionale Kulturforschung. Traditionen und Perspektiven einer Alltagssprachforschung in Südwestdeutschland. Tübingen 2009.
- KISCHELT, Herbert: Politische Gelegenheitsstrukturen in Theorien sozialer Bewegungen heute. In: Ansgar KLEIN (u. a.) (Hgg.): Neue soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven. Opladen 1999, S. 144–163.
- KISSENER, Michael/SCHOLTYSECK, Joachim (Hgg.): Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg. Konstanz 1997.
- KLUGE, Helmut: Die amtliche Landesbeschreibung. In: 150 Jahre amtliche Statistik in Baden-Württemberg. Herausgegeben vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg Stuttgart 1970, S. 255–272.
- KNAPPENBERGER-JANS, Silke: Verlagspolitik und Wissenschaft. Der Verlag JCB Mohr (Paul Siebeck) im frühen 20. Jahrhundert. Wiesbaden 2001.
- KNOPP, Ulrich: Zur Geschichte der Dialektologie des Deutschen. Forschungsrichtungen und Forschungsschwerpunkte. In: Werner BESCH/Ulrich KNOPP/Wolfgang PUTSCHKE (Hgg.): Dialektologie. Ein Handbuch zur deutschen und allgemeinen Dialektforschung, erster Halbbd. Berlin 1983, S. 1–23.
- KNORR-CETINA, Karin: Wissenskulturen. Ein Vergleich naturwissenschaftlicher Wissensformen. Frankfurt/Main 2002.
- KÖHLER, Marcus: Russische Ethnographie und imperiale Politik im 18. Jahrhundert. Göttingen 2012.
- Das Königreich Württemberg. Eine Beschreibung von Land, Volk und Staat. Herausgegeben von dem Königlich Statistisch-topographischen Bureau, Stuttgart 1863.

- Das Königreich Württemberg. Eine Beschreibung von Land, Volk und Staat, 3 Bde. hg. vom Königlichen Statistisch-Topographischen Bureau. Stuttgart 1882–86.
- Das Königreich Württemberg. Eine Beschreibung nach Kreisen, Oberämtern und Gemeinden. 4 Bände 1904–1907. 1. Band. Stuttgart 1904.
- KOHLMANN, Carsten: August Lämmle und die Heimatschutzbewegung in Württemberg. In: Schwabenbilder. Zur Konstruktion eines Regionalcharakters. Begleitband zur Ausstellung im Haspelturm des Tübinger Schlosses, 18. 4. bis 1. 6. 1997. Tübingen 1997, S. 143–148.
- KÖNIG, Gudrun M.: Effekte der Anschaulichkeit – Strategien des Zeigens: Ein Universitätsinstitut und seine Sammlungen. In: DIES. (Hg.): Anschauungsmaterial. Fachgeschichte als Sachgeschichte. Tübingen 2007, S. 7–24.
- Königlich Württembergisches Staats- und Regierungsblatt, 9. 12. 1820, Nr. 70.
- Königlich Württembergisches Staats- und Regierungsblatt, 3. 4. 1821, Nr. 19.
- Königlich Württembergisches Staats- und Regierungsblatt, Nr. 9, 1856.
- Königlich Württembergisches Staats- und Regierungsblatt, Nr. 18, 1822.
- KORFF, Gottfried (Hg.): Kasten 117. Aby Warburg und der Aberglaube im Ersten Weltkrieg. Tübingen 2007.
- DERS., (Hg.): KriegsVolksKunde. Zur Erfahrungsbindung durch Symbolbildung. Tübingen 2005.
- KOSELLECK, Reinhart: Patriotismus. Gründe und Grenzen eines neuzeitlichen Begriffs. In: Robert von FRIEDEBURG (Hg.): ‚Patria‘ und ‚Patrioten‘ vor dem Patriotismus. Pflichten, Rechte, Glauben und die Rekonfigurierung europäischer Gemeinwesen im 17. Jahrhundert. Wiesbaden 2006, S. 535–552.
- KÖSTLIN, Konrad/NIKITSCH Herbert (Hgg.): Ethnographisches Wissen. Zu einer Kulturtechnik der Moderne. Wien 1999.
- KRAJEWSKI, Marcus: Zettelwirtschaft. Die Geburt der Datei aus dem Geist der Bibliothek. Berlin 2002.
- KRATSCH, Werner (Hg.): Das Verbindungswesen in Tübingen: eine Dokumentation im Jahre des Universitätsjubiläums 1977. Tübingen 1977.
- KRETZSCHMAR, Robert: Zögerlicher Pragmatismus ohne Vision. Das württembergische Archivwesen nach 1800. In: Volker RÖDEL (Hg.): Umbruch und Aufbruch. Das Archivwesen nach 1800 in Süddeutschland und im Rheinland. Stuttgart 2005, S. 215–280.
- KRINS, Hubert: Die Gründung der staatlichen Denkmalpflege in Baden-Württemberg. In: Denkmalpflege in Baden-Württemberg. Nachrichtenblatt der Landesdenkmalpflege. 12 (1983) 2, S. 34–42.
- KUTTER, Uli: Volks-Kunde – ein Beleg von 1782. In: Zeitschrift für Volkskunde 74 (1978), S. 161–166.
- LÄMMLER, August: Brauch und Sitte im Bauerntum. Berlin/Leipzig 1935.
- DERS./REYHING, Hans: Das Herz der Heimat: ein Schwabenbuch für die Söhne und Töchter unseres Landes, die in der Fremde sind. Stuttgart 1924. [Weitere Auflagen mit divergierenden Untertiteln.]
- Landesvermessungsamt Baden-Württemberg (Hg.): Flurnamenbuch Baden-Württemberg. Flurnamenschreibung in amtlichen Karten. Aufgrund der Vorarbeiten von Karl Bohnenberger und Helmut Dölker unter Mithilfe von Konrad Kunze bearbeitet von Arno RUOFF. Stuttgart 1993.
- LANGEWIESCHE, Dieter: Erwachsenenbildung. In: DERS./Heinz-Elmar TENORTH (Hgg.): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. 5: 1918–1945. Die Weimarer Republik und die nationalsozialistische Diktatur. München 1989, S. 337–370.
- DERS.: Förderative Nation, kulturelle Identität und politische Ordnung. (Rück-)Blick aus dem 19. Jahrhundert. In: Georg SCHMIDT (Hg.): Die deutsche Nation im frühneuzeitlichen Europa. München 2010, S. 65–82.

- DERS.: Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa. München 2000.
- DERS. (Hg.): Der deutsche Südwesten. Regionale Traditionen und historische Identitäten. Stuttgart 2007.
- LATOUR, Bruno: Die Hoffnung der Pandora. Untersuchungen zur Wirklichkeit der Wissenschaft. Frankfurt/Main 2000.
- LAVE, Jean/WENGER, Etienne: Situated Learning. Legitimate Peripheral Participation. Cambridge (u. a.) 1991.
- LEHMANN, Hartmut (Hg.): Nationalsozialismus in den Kulturwissenschaften, Bd. 1: Fächer, Milieus, Karrieren. Göttingen 2004.
- DERS. (Hg.): Nationalsozialismus in den Kulturwissenschaften, Bd. 2: Leitbegriffe, Deutungsmuster, Paradigmenkämpfe, Erfahrungen und Transformationen im Exil. Göttingen 2004.
- Lehrplan für die württembergischen Volksschulen. Stuttgart 1907.
- LINNÉ, Carl von: Oratio, qua peregrinationum intra patriam assertitur necessitas. Uppsala 1741. Übersetzung der Zitate nach Mohammed RASSEM, Justin STAGL (Hgg.): Geschichte der Staatsbeschreibung: ausgewählte Quellentexte 1456–1813. Berlin 1994.
- MAASEN, Sabine: Wissenssoziologie. Bielefeld 2009.
- MAGER, Karl Wilhelm Eduard: Die moderne Philologie und die deutschen Schulen, In: DERS.: Gesammelte Werke, Bd. 2. Baltmannsweiler 1985.
- MANN, Eugen: Am Grabe Hermann Fischers, von seinem Schüler und Mitarbeiter am Wörterbuch. Ludwig-Uhland-Institut, Sammlung Sonderdrucke, Typoskript. Tübingen 1920.
- MARCUS, George E.: Ethnography In/Of the World System. The Emergence of Multi-Sited Ethnography. In: Annual Review of Anthropology 24 (1995), S. 95–117.
- DERS.: Five or Six Things I Know About It Now. In: Simon COLEMAN/Pauline von HELLERMANN (Hgg.): Multi-Sited Ethnography: Problems and Possibilities in the Translocation of Research Methods. New York/London 2011, S. 16–34.
- MEMMINGER, Johann D. G.: Ausflug auf die Alp im Sommer 1810. In: Friedrich LEHR (Hg.): Königlich Württembergischer Hof- und Staatskalender. Stuttgart/Tübingen 1811, S. 53–122.
- DERS.: Beschreibung oder Geographie und Statistik, nebst einer Uebersicht der Geschichte von Württemberg. Stuttgart/Tübingen 1820.
- DERS.: Beschreibung des Oberamts Rottenburg. Stuttgart 1828.
- DERS.: Beschreibung von Württemberg, nebst einer Uebersicht seiner Geschichte. Zweyte, völlig umgearbeitete und vermehrte Auflage. Stuttgart/Tübingen 1823.
- DERS.: Beschreibung von Württemberg. Dritte gänzlich umgearbeitete und stark vermehrte Auflage. Herausgegeben vom Königl. Statistisch-topographischen Bureau. Stuttgart/Tübingen 1841.
- DERS.: Neueste Kunde von dem Königreiche Württemberg, aus guten Quellen auf's Neue bearbeitet. Neue umgearbeitete Auflage. Mit Charten und Kupfern. Weimar 1820.
- DERS.: Württembergische Jahrbücher 1 (1822).
- DERS.: Württembergisches Jahrbuch 2 (1819).
- MENTGES, Gabriele: Blicke auf den ländlichen Leib. Zur Geschichte einer Enteignung – Eine Darstellung anhand Kleidungsbeschreibungen aus Württemberg von 1820 bis 1910. In: Richard van DÜLMEN (Hg.): Körper-Geschichten. Studien zur historischen Kulturforschung, Bd. V. Frankfurt/Main 1996, S. 176–199.
- DIES.: Auf den Spuren Karl Bohnenbergers und der frühen volkskundlichen Forschung zur Sachkultur. Konferenzsätze als Quelle für die Erforschung ländlicher Kleidungskultur. In: Beiträge zur Volkskunde in Baden-Württemberg 6 (1995), S. 7–40.
- MEVES, Uwe: Über den Namen der Germanisten. Oldenburger Universitätsreden, 30. Bibliotheks- und Informationsdienst der Universität Oldenburg 1989. <http://oops.uni-oldenburg.de/1196/1/ur30.pdf>.

- MEZGER, Werner: „Badisches Volksleben im 19. Jahrhundert“. Die volkskundliche Umfrage von 1894/95 in Baden und ihre Verwertung durch Elard Hugo Meyer. In: Peter FASSL/Rolf KIESLING (Hgg.): *Volksleben im 19. Jahrhundert. Studien zu den bayerischen Physikatberichten und verwandten Quellen*. Augsburg 2003, S. 143–168.
- MILLER, Max: 70 Jahre landesgeschichtliche Forschungsarbeit. In: *Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte* 21 (1962), S. 1–236.
- Mitteilungen des Verbandes deutscher Vereine für Volkskunde (Juni 1934) 45.
- Mitteilungen des Verbandes deutscher Vereine für Volkskunde (Juli 1928) 35.
- MOSER, Hugo: Umsiedlung und Sprachwandel. In: Franz ARNOLD (Hg.): *Bildungsfragen der Gegenwart. Theodor Bäuerle zu seinem 70. Geburtstag*. Stuttgart 1953, S. 119–139.
- MOSER, Johann Jacob: Vortheile vor Canzleyverwandte und Gelehrte in Absicht auf Akten-Verzeichnisse, Auszüge und Register, desgleichen auf Sammlungen zu zukünftigen Schriften und würkliche Ausarbeitung derer Schriften. Tübingen, Heerbrandt 1773, S. 42f.
- MOSER, Johannes/GÖTZ, Irene/EGE, Moritz (Hgg.): *Zur Situation der Volkskunde 1945–1970. Orientierungen einer Wissenschaft zur Zeit des Kalten Krieges*. Münster 2015.
- MÜLLER, Willi: Josef Karlmann Brechenmacher. In: *Zur Geschichte von Volkskunde und Mundartforschung in Württemberg. Helmut Dölker zum 60. Geburtstag*. Tübingen 1964, S. 264–276.
- MÜLLER-BECK, Hans-Jürgen: Ein schwäbischer Urgeschichtler und sein Reichsführer: Prof. Dr. Gustav Riek. In: Wolfgang PROSKE (Hg.): *Täter, Helfer, Trittbrettfahrer, Bd. 2: NS-Belastete aus der Region Ulm/Neu-Ulm*. Münster/Ulm 2013, S. 150–162.
- NARR, Dieter: *Studien zur Spätaufklärung im deutschen Südwesten*. Stuttgart 1979.
- NELL, Werner/WEILAND, Marc (Hgg.): *Imaginäre Dörfer. Zur Wiederkehr des Dörflichen in Literatur, Film und Lebenswelt*. Bielefeld 2014.
- NEUMANN, Michael/TWELLMANN, Marcus: Marginalität und Fürsprache. Dorfgeschichten zwischen Realismus, Microstoria und historischer Anthropologie. In: *Internationales Archiv für Sozialgeschichte der Deutschen Literatur* 39 (2014), S. 476–492.
- NICOLAI, Friedrich: *Beschreibung einer Reise durch Deutschland und die Schweiz im Jahr 1781, Bd. 10, 3. Buch*. Berlin/Stettin 1795.
- NIKOLOW, Sybilla/SCHIRRMACHER, Arne: Das Verhältnis von Wissenschaft und Öffentlichkeit als Beziehungsgeschichte: Historiographische und systematische Perspektiven. In: DIES. (Hgg.): *Wissenschaft und Öffentlichkeit als Ressourcen füreinander. Studien zur Wissenschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert*. Frankfurt/Main 2007, S. 11–38.
- NOWOTNY, Helga/SCOTT, Peter/GIBBONS, Michael: *Wissenschaft neu denken. Wissen und Öffentlichkeit in einem Zeitalter der Ungewissheit*. Weilerswist 2004.
- OBERKROME, Willi: Kommentar. In: Jürgen JOHN/Horst MÖLLER/Thomas SCHAARSCHMIDT (Hgg.): *Die NS-Gaue. Regionale Mittelinstanzen im zentralistischen „Führerstaat“*. München 2007, S. 194–198.
- DERS.: Stamm und Landschaft. Heimatlicher Tribalismus und die Projektionen einer „völkischen Neuordnung“. In: Wolfgang HARDTWIG (Hg.): *Ordnungen in der Krise. Zur politischen Kulturgeschichte Deutschlands 1990–1933*. München 2007, S. 69–94.
- DERS.: *Volks Geschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918–1945*. Göttingen 1993.
- OBERMAYER, Hans Peter: *Deutsche Altertumswissenschaftler im amerikanischen Exil. Eine Rekonstruktion*. Berlin 2014.
- ODENWALD-VARGA, Szilvia: „Volk“ bei Otto von Bismarck. Eine historisch-semantische Analyse anhand von Bedeutungen, Konzepten und Topoi. Berlin 2009.
- OLBRICH, Josef: *Geschichte der Erwachsenenbildung in Deutschland*. Unter Mitarbeit von Horst SIEBERT. Bonn 2001.
- OVID [OVIDIUS, Naso Publius]: *Liebeskunst. Lateinisch-deutsch, herausgegeben und übersetzt von Friedrich Walter LENZ*. Darmstadt 1969.

- PACHE, Christel: Theodor Bäuerles Beitrag zur deutschen Erwachsenenbildung. Schriften zur Erwachsenenbildung. Stuttgart, 1971.
- PALETSCHKE, Sylvia: Entnazifizierung und Universitätsentwicklung in der Nachkriegszeit am Beispiel der Universität Tübingen. In: Rüdiger vom BRUCH (Hg.): Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts. Stuttgart 2002, S. 393–408.
- DIES.: Die deutsche Universität im und nach dem Krieg. Die Wiederentdeckung des Abendlandes. In: Bernd MARTIN (Hg.): Der Zweite Weltkrieg und seine Folgen: Ereignisse – Auswirkungen – Reflexionen. Freiburg/Berlin 2006, S. 231–249.
- DIES.: Eine deutsche Universität oder Provinz versus Metropole? Berlin, Tübingen und Freiburg vor 1914. In: Rüdiger vom BRUCH/Elisabeth MÜLLER-LUCKNER (Hgg.): Die Berliner Universität im Kontext der deutschen Universitätslandschaft nach 1800, um 1860 und um 1910. München 2010, S. 213–242.
- DIES.: Die permanente Erfindung einer Tradition. Die Universität Tübingen in Kaiserreich und Weimarer Republik. Stuttgart 2001.
- PARET, Oscar: Bericht über die Tätigkeit des Württembergischen Anthropologischen Vereins in den Jahren Mitte 1938 bis 1945. In: Fundberichte aus Schwaben, NF XI/XII. Stuttgart 1951.
- DERS.: Nachruf Walther Veek. In: Fundberichte aus Schwaben NF XI/XII. Stuttgart 1951, S. 11 f.
- DERS.: Peter Goessler 70 Jahre alt. In: Tübinger Blätter 33 (1942), S. 57–64.
- Der Kleine Pauly. Lexikon der Antike, Bd. 4. München 1972.
- Der neue Pauly. Enzyklopädie der Antike, Bd. 9. Stuttgart/Weimar 2000.
- PINWINKLER, Alexander: Historische Bevölkerungsforschungen. Deutschland und Österreich im 20. Jahrhundert. Göttingen 2014.
- PELEIDERER, Wilhelm: Adelbert Keller. Professor der neueren Philologie, 1812–1883. In: Hermann HAERING/Otto HOHENSTATT (Hgg.): Schwäbische Lebensbilder, Bd. 1. Stuttgart 1940, S. 295–303.
- POTTHAST, Thomas/HOSSFELD, Uwe: Vererbungs- und Entwicklungslehren in Zoologie, Botanik und Rassenkunde/Rassenbiologie: Zentrale Forschungsfelder der Biologie an der Universität Tübingen im Nationalsozialismus. In: Urban WIESING (u. a.) (Hg.): Die Universität Tübingen im Nationalsozialismus. Stuttgart 2010, S. 435–482.
- PRINZ, Gerhard: Volkskunde in Uniform. Oberst Ferdinand Fromm (1857–1941) und seine kulturgeschichtlichen Lebenserinnerungen. https://www.landesmuseum-stuttgart.de/file-admin/landesmuseum/download/landesstelle_fuer_volkskunde/texteditionen/Ferdinand_Fromm.pdf
- DERS./SONNENSTUHL-FEKETE, Iris: Sulzgries um 1900. Das Leben im Filial, dargestellt in einem Konferenzaufsatz für die „Sammlung volkstümlicher Überlieferung in Württemberg“. In: Esslinger Studien 44 (2005), S. 117–151.
- Die Protokolle der Regierung des Volksstaates Württemberg. Bearbeitet von Ansbert BAUMANN, Bd. 1. Stuttgart 2013.
- PUCHBERGER, Magdalena: „Erlebnis-Sphäre“ Volkskunde. Das Museum für Volkskunde in Wien als Ort ideologischer Praxis. In: Reinhard JOHLER (u. a.) (Hg.): Kultur_Kultur. Denken. Forschen. Darstellen. Münster 2013, S. 142–151.
- RABERG, Frank (Bearb.): Biographisches Handbuch der württembergischen Landtagsabgeordneten 1815–1933. Stuttgart 2001.
- DERS.: Konrad Dietrich Haßler und das Ulmer Münster. Württembergs erster Landeskonservator rettete als „Reisender für das größte Haus Deutschlands“ das Wahrzeichen der Donaustadt. In: Denkmalpflege in Baden-Württemberg. Nachrichtenblatt der Landesdenkmalpflege 38 (2009) 2, S. 59–67.

- DERS.: Biografisches Lexikon für Ulm und Neu-Ulm 1802–2009. Ostfildern 2010.
- RASSEM, Mohammed: Die Volkstumswissenschaften und der Etatismus. Zweite erweiterte Auflage. Mittenwald 1979 [Graz 1951].
- DERS./STAGL, Justin (Hgg.): Exposé. In: DIES. (Hg.): Statistik und Staatsbeschreibung in der Neuzeit, vornehmlich im 16.–18. Jahrhundert. Quellen und Abhandlungen zur Geschichte der Staatsbeschreibung und Statistik, Bd. 1. Paderborn 1980, S. 11–16.
- DIES.: Geschichte der Staatsbeschreibung: ausgewählte Quellentexte 1456–1813. Berlin 1994.
- DIES. (Hgg.): Statistik und Staatsbeschreibung in der Neuzeit, vornehmlich im 16.–18. Jahrhundert. Quellen und Abhandlungen zur Geschichte der Staatsbeschreibung und Statistik, Bd. 1. Paderborn 1980.
- RATT, Sandro: Revisionen. Das „Neue-Siedlungen-Projekt“ als Auftakt eines disziplinären Paradigmenwechsels. In: Gisela WELZ (u. a.) (Hgg.): Epistemische Orte. Gemeinde und Region als Forschungsformate. Frankfurt/Main 2011, S. 181–196.
- RAULFF, Ulrich: Kreis ohne Meister. Stefan Georges Nachleben. München 2009.
- REES, Joachim: Die verzeichnete Fremde. Formen und Funktionen des Zeichnens im Kontext europäischer Forschungsreisen 1770–1830. Paderborn 2015.
- Regierungsblatt für das Königreich Württemberg. Ergänzungsband 1837. Stuttgart 1838.
- Regierungsblatt für das Königreich Württemberg (1856) 9.
- REILING, Jesko (Hg.): Berthold Auerbach (1812–1882). Werk und Wirkung. Heidelberg 2012.
- REINHARD, Eugen: Oberamtsbeschreibungen und Kreisbeschreibungen. 175 Jahre amtliche Landesforschung im deutschen Südwesten. In: Berichte zur deutschen Landeskunde 68 (1994) 1, S. 135–160.
- RETZLAFF-MAHLSTEDT, Ingrid: Vera Vollmer (1874–1953). Frauen aller Schichten sollen gebildet sein. In: Birgitt KNORR/ROSEMARIE WEHLING (Hgg.): Frauen im deutschen Südwesten. Stuttgart 1993, S. 242–248.
- REXER, Martin: Die Fotosammlung Max Lohss: eine quellenkritische Analyse volkscundlicher Bilder. Unveröffentlichte Magisterarbeit, Tübingen 1991.
- REYSCHER, August Ludwig (Hg.): Vollständige, historisch und kritisch bearbeitete Sammlung württembergischer Gesetze, Bd. 11, Teil 1. Tübingen 1839.
- RHEINBERGER, Hans-Jörg: Experimentalsysteme und epistemische Dinge. Eine Geschichte der Proteinsynthese im Reagenzglas. Frankfurt/Main 2006.
- DERS.: Historische Epistemologie zur Einführung. Hamburg 2007.
- DERS./HAGNER, Michael/WAHRIG-SCHMIDT, Bettina (Hgg.): Räume des Wissens. Repräsentation, Codierung, Spur. Berlin 1997.
- RICHTER, Gregor: Max Miller. In: Bernd OTTNAD (Hg.): Baden-Württembergische Biographien, Bd. 1. Stuttgart 1994, S. 236–240.
- RIEHL, Wilhelm Heinrich: Naturgeschichte des Volkes als Grundlage einer deutschen Social-Politik, Bd. 4: Das Wanderbuch. 1. Aufl. Stuttgart 1869.
- DERS.: Volkskunde als Wissenschaft. Ein Vortrag 1858. In: DERS.: Culturstudien aus drei Jahrhunderten. Stuttgart 1862, S. 205–229.
- ROLLER, Hans-Ulrich: August Lämmle. In: Zur Geschichte von Volkskunde und Mundartforschung in Württemberg. Helmut Dölker zum 60. Geburtstag. Tübingen 1964, S. 277–292.
- RÖSLER, Gottlieb Friedrich: Beyträge zur Naturgeschichte des Herzogtums Wirtemberg. Nach der Ordnung und den Gegenden der dasselbe durchströmenden Flüsse. Heft 1–3. Tübingen 1788–91.
- ROWLEY, Anthony: Johann Andreas Schmeller (1785–1852). Der Sprachforscher Bayerns. In: Dietmar WILLOWEIT/ELLEN LATZIN (Hgg.): Denker, Forscher und Entdecker. Eine Geschichte der Bayerischen Akademie der Wissenschaften in historischen Portraits. München 2009, S. 39–51.

- RUCK, Michael: Korpsgeist und Staatsbewußtsein. Beamte im deutschen Südwesten 1928 bis 1972. Nationalsozialismus und Nachkriegszeit in Südwestdeutschland, Bd. 4. München 1996.
- RÜHLE, Oskar: Hans Schwenkel zum Gedenken. In: Schwäbische Heimat (1957) 4, S. 121 f.
- RÜMELIN, Gustav: Zur Theorie der Statistik. In: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 19 (1863), S. 653–696.
- RUOFF, Arno: Blüten aus den Konferenzsätzen 1899/1900. Volkstümliche Überlieferungen in Württemberg zu einem Kränzlein für Hermann Bausinger zum 60. Geburtstag. Tübingen 1986.
- DERS.: Donauschwäbische Sprachforschung am Ludwig-Uhland-Institut. In: Mathias BEER/Reinhard JOHLER/Christian MARCHETTI (Hgg.): Donauschwaben und andere. Tübinger Südosteuropaforschung. Tübingen 2015, S. 21–35.
- DERS.: Die Forschungstätigkeit der Württembergischen Schule als Beispiel regionaler Dialektologie. In: Werner BESCH (u. a.) (Hgg.): Dialektologie. Ein Handbuch zur deutschen und allgemeinen Dialektforschung, Halbbd. 1. Berlin/New York 1982, S. 127–144.
- DERS.: Die Tübinger „Arbeitsstelle Sprache in Südwestdeutschland“ 1955 bis 1995. In: Tübinger Vereinigung für Volkskunde (Hg.): Dialekt und Alltagssprache. Arbeitsstelle Sprache in Südwestdeutschland. Tübingen 2004, S. 19–52.
- SAAGE, Richard: August Ludwig Schlözer als politischer Theoretiker. In: Georg HERRLITZ/Horst KERN (Hgg.): Anfänge Göttinger Sozialwissenschaft. Methoden, Inhalte und soziale Prozesse im 18. und 19. Jahrhundert. Göttingen 1987, S. 13–54.
- SAMIDA, Stefanie/EGGERT, Manfred K. H./HAHN, Hans Peter (Hgg.): Handbuch Materielle Kultur. Bedeutungen, Konzepte, Disziplinen. Stuttgart, Weimar 2014.
- SARASIN, Philipp: Was ist Wissensgeschichte? In: Internationales Archiv für Sozialgeschichte der deutschen Literatur 36 (2011), S. 159–172.
- SAUER, Paul: August Lämmle (1876–1962). Vom Oßweiler Bauernsohn zum schwäbischen Heimatdichter und Volkskundler. In: Ludwigsburger Geschichtsblätter 56 (2002), S. 115–128.
- SCHAAB, Meinrad (Hg.): Staatliche Förderung und wissenschaftliche Unabhängigkeit. Beiträge zur Geschichte der Historischen Kommissionen im deutschen Südwesten. Stuttgart 1995.
- SCHEIDEGGER, Tobias: „Petite Science“. Außeruniversitäre Naturforschung in der Schweiz um 1900. Göttingen 2017.
- SCHENDA, Rudolf: Michael Richard Buck. In: Zur Geschichte von Volkskunde und Mundartforschung in Württemberg. Helmut Dölker zum 60. Geburtstag. Tübingen 1964, S. 118–137.
- SCHERMANN, Max: Michel Buck. In: Peter GOESSLER (Hg.): Württembergische Studien. Festschrift zum 70. Geburtstag von Professor Eugen Nägele. Stuttgart 1926, S. 223–232.
- SCHLÖZER, August Ludwig: Theorie der Statistik. Nebst Ideen für das Studium der Politik überhaupt, H. 1. Göttingen 1804.
- SCHMELLER, Johann Andreas: Bayerisches Wörterbuch. 4 Bd. Erste Auflage Tübingen/Stuttgart 1827, 1826, 1836, 1837.
- DERS.: Die Mundarten Bayerns. München 1821.
- DERS.: Die Mundarten Bayerns grammatisch dargestellt. Vorwort [1821]. In: Johannes JANOTA (Hg.): Eine Wissenschaft etabliert sich 1810–1870. Tübingen 1980, S. 112–115.
- SCHMID, Johann Christoph: Versuch eines schwäbischen Idiotikon. In: Friedrich NICOLAI (Hg.): Beschreibung einer Reise durch Deutschland und die Schweiz im Jahre 1781, Bd. 9. Berlin/Stettin 1795, VIII. Beilage, S. 113–247.
- SCHMIDT, Erich: Gedächtnisrede auf Karl Weinhold. In: Abhandlungen der Königlich Preussischen Akademie der Wissenschaften. Berlin 1902, S. 1–15.

- DERS.: Jacob Grimm über Volkskunde. Zeitschrift des Vereins für Volkskunde 12 (1902) S. 96–98.
- SCHMITT, Christoph (Hg.): Volkskundliche Großprojekte. Ihre Geschichte und Zukunft. Münster 2005.
- SCHMITT, Dieter: Theodor Bäuerle (1882–1956): Engagement für Bildung in schwierigen Zeiten. Stuttgart 2005.
- SCHMITT, Hanno/HORLACHER, Rebekka/TRÖHLER, Daniel (Hgg.): Pädagogische Volksaufklärung im 19. Jahrhundert. Bern/Stuttgart/Wien 2007.
- SCHMOLL, Friedemann: Korrekturen am Fortschritt. Zur Formierung des Heimatschutzes um 1900. In: Martin BLÜMCKE/Wilfried SETZLER (Hgg.): „Die schwäbische Heimat in ihrer Eigenart zu schützen ...“. Die Geschichte des Schwäbischen Heimatbundes von seiner Gründung 1909 bis heute. Ostfildern 2014, S. 5–20.
- DERS.: Die Vermessung der Kultur. Der „Atlas der deutschen Volkskunde“ und die Deutsche Forschungsgemeinschaft 1928–1980. Stuttgart 2009.
- SCHNEIDER, Eugen von: Archivar und Historiker zwischen Königreich und Republik. Blätter aus meinem Leben. Stuttgart 2011.
- SCHNEIDER, Michael C.: Wissensproduktion im Staat. Das königlich preußische statistische Bureau 1860–1914. Frankfurt/Main/New York 2013.
- SCHÖBEL, Gunter (Hg.): Wer macht Geschichte? Eine studentische Ausstellung zur Sammlung des Instituts für Ur- und Frühgeschichte der Universität Tübingen 1890–1912. Unteruhldingen/Tübingen 2012
- SCHOLTYSECK, Joachim: „Der Mann aus dem Volk“. Wilhelm Murr, Gauleiter und Reichsstatthalter in Württemberg-Hohenzollern. In: Michael KISSENER/Joachim SCHOLTYSECK (Hgg.): Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg. Konstanz 1997, S. 477–502.
- SCHÖNHAGEN, Benigna: „... ein treuer und gewissenhafter Diener und Helfer ...“. Der Schwäbische Heimatbund in der NS-Zeit. In: Martin BLÜMCKE/Wilfried SETZLER (Hgg.): „Die schwäbische Heimat in ihrer Eigenart zu schützen ...“. Die Geschichte des Schwäbischen Heimatbundes von seiner Gründung 1909 bis heute. Ostfildern 2014, S. 101–120.
- DIES.: Südwestdeutsche Landes- und Ortsgeschichte im Nationalsozialismus. In: Sönke LORENZ (u. a.) (Hgg.): Historiographie – Traditionsbildung, Identitätsstiftung und Raum. Südwestdeutschland als europäische Region. Ostfildern 2011, S. 151–170.
- SCHRÖDER, Edward: Kaspar Zeuß. In: Allgemeine Deutsche Biographie. Herausgegeben von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 45. Leipzig 1900, S. 132–136.
- SCHRÖTER, Ulrich: Zwischen Tradition und Umbruch – zur Germanistik um 1900 an Universität und Akademie in Berlin. In: Frank FÜRBEETH (u. a.) (Hg.): Zur Geschichte und Problematik der Nationalphilologien in Europa. 150 Jahre Erste Germanistenversammlung in Frankfurt am Main (1846–1996). Tübingen 1999, S. 343–357.
- SCHÜRCH, Franziska/EGGMAN, Sabine/RISI, Marius (Hgg.): Vereintes Wissen. Die Volkskunde und ihre gesellschaftliche Verankerung. Münster/Basel (u. a.) 2010.
- SCHUPPERT, Gunnar Folke/VOSSKUHL, Andreas (Hgg.): Governance von und durch Wissen. Baden-Baden 2008.
- Schwäbisches Heimatbuch. Herausgegeben vom Bund für Heimatschutz in Württemberg und Hohenzollern 1935–1938.
- Das Schwäbische Land. Amtlicher Katalog der Ausstellung das Schwäbische Land. Stuttgart 1925.
- Schwäbisches Wörterbuch. Auf Grund der von Adelbert v. Keller begonnenen Sammlung und mit Unterstützung des Württembergischen Staates bearbeitet von Hermann FISCHER. Zu Ende geführt von Wilhelm Pfeleiderer, Bde. I–VI.2. Tübingen 1901–1936.

- SCHWEDT, Herbert: Die Anfänge der volkskundlichen Flüchtlingsforschung im deutschen Südwesten In: Mathias BEER (Hg.): Zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen im deutschen Südwesten nach 1945. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung. Sigmaringen 1994, S. 49–60.
- SCHWENKEL, Hans: Vom Naturschutz in Württemberg. In: DERS. (Hg.): Veröffentlichungen der Staatlichen Stelle für Naturschutz beim Württ. Landesamt für Denkmalpflege HF. 2, Stuttgart 1925, S. 173–239.
- DERS.: Peter Goessler zum Gedenken. In: Schwäbische Heimat. Zeitschrift für Regionalgeschichte, württembergische Landeskultur, Naturschutz und Denkmalpflege. Herausgegeben vom Schwäbischen Heimatbund 7 (1956), S. 62.
- SIEGERT, Reinhart: Der Volksbegriff in der deutschen Spätaufklärung. In: Hanno SCHMITT/Rebekka HORLACHER/Daniel TRÖHLER (Hgg.): Pädagogische Volksaufklärung im 18. Jahrhundert im europäischen Kontext: Rochow und Pestalozzi im Vergleich. Bern/Stuttgart/Wien 2007, S. 32–56.
- SOLMS, Hans-Joachim: Sievers, Georg Eduard. In: Neue Deutsche Biographie 24 (2010), S. 390–391. <https://www.deutsche-biographie.de/pnd118797115.html#ndbcontent>.
- Staats- und Regierungsblatt vom 3. April 1821, Nr. 19.
- Staats- und Regierungsblatt vom 9. Dezember 1820, Nr. 70.
- STAGL, Justin: Vom Dialog zum Fragebogen: Miszellen zur Geschichte der Umfrage. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 31 (1979), S. 611–638.
- DERS.: Die Entstehung der Völker- und Volkskunde aus der Krise der Statistik, 1750–1850. In: Gunhild BERG/Borbála Zsuzsanna TÖRÖK/Marcus TWELLMANN (Hgg.): Berechnen/Beschreiben. Praktiken statistischen (Nicht-)Wissens 1750–1850. Berlin 2015, S. 213–229.
- DERS.: Eine Geschichte der Neugier. Die Kunst des Reisens 1550–1800. Wien/Köln/Weimar 2002.
- DERS.: Patriotismus. In: Rolf Wilhelm BREDNICH (Hg.): Enzyklopädie des Märchens, Bd. 10. Berlin/New York 2002, Sp. 641–654.
- Stammbuch des Königs: Festgabe zu[m] 75jährigen Jubiläum der Tübinger Königs-Gesellschaft 1838–1913. [Zsgest. von R. Jul. Hartmann]. Tübinger Königsgesellschaft Roigel. Stuttgart 1913.
- Statut über das königliche statistisch-topographische Bureau vom 5. Juni 1856. In: Königlich Württembergisches Staats- und Regierungsblatt 1856, S. 173–177.
- STEIG, Reinhold: Jacob Grimms Plan zu einem altdeutschen Sammler. In: Zeitschrift des Vereins für Volkskunde 12 (1902), S. 129–138.
- STERNBERGER, Dolf/STORZ, Gerhard/SÜSKIND, Wilhelm E.: Aus dem Wörterbuch des Unmenschen. Hamburg 1957.
- STEUER, Heiko (Hg.): Eine hervorragend nationale Wissenschaft. Deutsche Prähistoriker zwischen 1900 und 1995. Unter Mitarbeit von Dietrich HAKELBERG. Reallexikon der deutschen Altertumskunde, Ergänzungsbd. 29. Berlin/New York 2001.
- STOCKING, George W. Jr. (Hg.): History of Anthropology (Volume 1–8, 12). Madison 1983–2010.
- STOLL, Michael: Der schwäbische Schulmeister. Christian Mergenthaler, Württembergischer Ministerpräsident Justiz- und Kultminister. In: Michael KISSENER/Joachim SCHOLTYSECK (Hgg.): Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg. Konstanz 1997, S. 445–475.
- STOLLBERG-RILINGER, Barbara: Der Staat als Maschine. Zur politischen Metaphorik des absoluten Fürstenstaats. Berlin 1986.
- STORZ, Gerhard: Zwischen Amt und Neigung. Ein Lebensbericht aus der Zeit nach 1945. Stuttgart 1976.
- DERS.: Im Lauf der Jahre: ein Lebensbericht aus der ersten Jahrhunderthälfte. Stuttgart 1973.

- STRALLHOFER-MITTERBAUER, Helga: NS- Literaturpreise für österreichische Autoren. Eine Dokumentation. Wien/Köln/Weimar 1994.
- STROBEL, Michael: Das urgeschichtliche Institut der Universität Tübingen zwischen 1933 und 1945. In: Urban WIESING (u. a.) (Hgg.): Die Universität Tübingen im Nationalsozialismus. Stuttgart 2010, S. 321–349.
- SZÖLLÖSI-JANZE, Margit: Die institutionelle Umgestaltung der Wissenschaftslandschaft im Übergang vom späten Kaiserreich zur Weimarer Republik. In: Rüdiger vom BRUCH/Britigte KADERAS (Hgg.): Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts. Stuttgart 2002, S. 60–74.
- DIES.: Wissensgesellschaft in Deutschland. Überlegungen zur Neubestimmung der deutschen Zeitgeschichte über Verwissenschaftlichungsprozesse. In: *Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft* 30 (2004), S. 277–313.
- TE HEESSEN, Anke: Beschriftungsszenen. Über Etiketten und ihre Bedeutung. In: DIES. (u. a.) (Hgg.): *Wortschatz. Vom Sammeln und Finden der Wörter. Katalog zur Ausstellung im Stadtmuseum Tübingen, 6. 4. bis 6. 7. 2008.* Tübingen 2008, S. 107–115.
- TSCHOFFEN, Bernhard: Der Volkskundler als Wissensagent. Richard Beitzl Wirken zwischen Wissenschaft, Medien und regionaler Praxis. In: Klaus BEITL/Peter STRASSER (Hgg.): *Richard Beitzl (1900–1982). Wissenschaft – Dichtung – Wirken für die Heimat.* Schruns 2009, S. 167–186.
- DERS.: *Volks-Kunde? Wissenszirkulationen zwischen Kulturforschung und Selbstauslegung.* In: David GUGGERLI (u. a.) (Hgg.): *Nach Feierabend. Zürcher Jahrbuch für Wissensgeschichte* 7 (2011), S. 37–52.
- DERS.: *Wörter und Sachen – und Bilder. Max Lohss und die volkskundliche Wortforschung in Württemberg.* In: Anke TE HEESSEN (u. a.) (Hgg.): *Wortschatz. Vom Sammeln und Finden der Wörter. Katalog zur Ausstellung im Stadtmuseum Tübingen, 6. 4. bis 6. 7. 2008.* Tübingen 2008, S. 117–126.
- TWELLMANN, Marcus: „Ja die Tabellen!“ Zur Herkunft der politischen Romantik im Gefolge numerisch informierter Bürokratie. In: Gunhild BERG/Borbála Zsuzsanna TÖRÖK/Marcus TWELLMANN (Hgg.): *Berechnen/Beschreiben. Praktiken statistischen (Nicht)Wissens 1750–1850.* Berlin 2015, S. 141–170.
- UEKÖTTER, Frank/PIEPER, Christine: Die Wissenschaft und ihr Nutzen. Szenen einer prekären Beziehung. In: Christine PIEPER/Frank UEKÖTTER (Hgg.): *Vom Nutzen der Wissenschaft. Beiträge zu einer prekären Beziehung.* Stuttgart 2010, S. 7–14.
- VEIT, Ulrich: Notizen aus der Provinz: Zu den Anfängen ur- und frühgeschichtlicher Forschung an der Universität Tübingen. In: Johan CALLMER (u. a.) (Hgg.): *Die Anfänge der ur- und frühgeschichtlichen Archäologie als akademisches Fach im europäischen Vergleich – The beginnings of academic pre- and protohistoric archaeology in a European perspective.* Rahden/Westf. 2006, S. 95–116.
- Verbindung Normannia 1861* (Hg.): *Mitgliederverzeichnis der Burschenschaft Normannia.* Tübingen 1940.
- Verhandlungen der Germanisten zu Frankfurt am Main am 24., 25. und 26. September 1846.* Frankfurt/Main 1847.
- Verhandlungen des Landtags des freien Volksstaats Württemberg auf dem 1. Ordentlichen Landtag in den Jahren 1920/1921. Beilagen, Bd. 2.* Stuttgart 1921.
- Verhandlungen des Landtags des freien Volksstaats Württemberg. Beilagen, Bd. 1. 1920/21.*
- Verhandlungen des Landtags des freien Volksstaates Württemberg auf dem 2. ordentlichen Landtag. 2. Kammer. Protokoll-Band. Amtlich herausgegeben. 1924/26, Bd. 4.* Stuttgart 1926.

- Verhandlungen des Landtags des Freien Volksstaats Württemberg auf dem 2. ordentlichen Landtag in den Jahren 1924/28. Amtlich herausgegeben. Beilagen, Bd. 2,6 1924/28. Stuttgart 1928.
- VERMEULEN, Han F.: *Before Boas: The Genesis of Ethnography and Ethnology in the German Enlightenment*. Lincoln 2015.
- DERS.: Linguistik und Völkerkunde – der Beitrag der historisch-vergleichenden Linguistik von G.W. Leibniz zur Entstehung der Völkerkunde im 18. Jahrhundert. Max Planck Institute for Social Anthropology Working Paper No.133. 24 pp. Halle/Saale 2011. [Http://www.eth.mpg.de/cms/de/publications/working_papers/wp0133.html](http://www.eth.mpg.de/cms/de/publications/working_papers/wp0133.html).
- DERS.: Origins and Institutionalization of Ethnography and Ethnology in Europe and the USA, 1771–1845. In: DERS./Arturo ALVAREZ ROLDÁN (Hgg.): *Fieldwork and Footnotes: Studies in the History of European Anthropology*. London/New York 1995, S. 39–59.
- VIERHAUS, Rudolf: „Patriotismus“ – Begriff und Realität einer moralisch-politischen Haltung. In: DERS. (Hg.): *Deutsche patriotische und gemeinnützige Gesellschaften*. München 1980, S. 9–29.
- VISMANN, Cornelia: *Akten. Medientechnik und Recht*. Frankfurt/Main 2000.
- VOGEL, Jakob: Von der Wissenschafts- zur Wissensgeschichte. Für eine Historisierung der „Wissensgesellschaft“. In: *Geschichte und Gesellschaft*. 30 (2004), S. 639–660.
- Volkskunde-Blätter aus Württemberg und Hohenzollern: *Nachrichten und Umfragen des Württembergisch-Hohenzollerischen Vereins für Volkskunde*. 1910–1916/17.
- VORETZSCH, Karl: *Philologie und Schule*. In: *Verhandlungen der 47sten Versammlung deutscher Philologen und Schulmänner in Halle an der Saale*. 1903. Herausgegeben von Max ADLER. Leipzig 1904, S. 129–131.
- VOSKUIL, J. J.: *Das Büro. Direktor Beerta*. (= Bd. 1 des siebenbändigen Romanzyklus). München 2012.
- WARNEKEN, Bernd Jürgen: „Völkisch nicht beschränkte Volkskunde“. Eine Erinnerung an die Gründungsphase des Fachs vor 100 Jahren. In: *Zeitschrift für Volkskunde* 95 (1999), S. 169–196.
- WEICHLIN, Siegfried: *Nation und Region. Integrationsprozesse im Bismarckreich*. Düsseldorf 2004.
- WEIGAND, Karl: *Einleitendes Vorwort*. In: Johann Andreas SCHMELLER: *Bayerisches Wörterbuch, mit des Verfassers Nachträgen vermehrte Ausgabe, bearbeitet von Georg Karl FROMMANN*, 2. Bd., München 1877, Bd. 2, S. XVI–XXIII.
- WEINGART, Peter: *Wahlverwandtschaften. Kommentar zu Kröber/Fabian/Laitko: Wissenschaftswissenschaft und Wissenschaftsgeschichte – zu den Grundlagen ihres Zusammenhangs* (1978). In: *NTM Zeitschrift für Geschichte der Wissenschaften, Technik und Medizin* 18 (2010) S. 393–399.
- WEINHOLD, Karl: *Über Deutsche Dialectforschung*. Wien 1853.
- DERS.: *Zur Einleitung*. In: *Zeitschrift des Vereins für Volkskunde* 1 (1891), S. 1–10.
- DERS.: *Was soll die Volkskunde leisten?* In: *Zeitschrift für Völkerpsychologie und Sprachwissenschaft* 20 (1890), S. 1–5.
- WHITE, Hayden: *Auch Klio dichtet oder die Fiktion des Faktischen. Studien zur Topologie des historischen Diskurses*. Stuttgart 1986.
- WIESING, Urban (u. a.) (Hgg.): *Die Universität Tübingen im Nationalsozialismus*. Stuttgart 2010.
- WIETSCHORKE, Jens: *Historische Kulturanalyse*. In: Christine BISCHOFF/Karoline OEHME-JÜNGLING/Walter LEIMGRUBER (Hgg.): *Methoden der Kulturanthropologie*. Bern 2014, S. 160–176.
- WOSSIDLO, Richard: *Über die Technik des Sammelns volkstümlicher Überlieferungen*. In: *Zeitschrift des Vereins für Volkskunde* 16 (1906), S. 1–24.

Württemberg. Monatsschrift im Dienste von Volk und Heimat ab 1929.

Württembergische Jahrbücher für vaterländische Geschichte, Geographie, Statistik und Topographie. Herausgegeben von J. G. D. MEMMINGER (1822) 1. Stuttgart/Tübingen 1822.

Württembergische Jahrbücher für vaterländische Geschichte, Geographie, Statistik und Topographie. Herausgegeben von J. G. D. MEMMINGER (1828), 1. Stuttgart/Tübingen 1830.

Württembergischer Altertumsverein (Hg.): Denkschrift zur Feier des fünfzigjährigen Bestehens des Vereins 1843–1893. Stuttgart 1893.

ZEDELMAIER, Helmut: Wissen verwalten. Die Geburt des Zettelkastens. In: DERS.: Werkstätten des Wissens zwischen Renaissance und Aufklärung. Tübingen 2015, S. 63–74.

ZIMMERMANN, Wolfgang: Landesbeschreibung in Württemberg. „Noch haben wir kein württembergisches Volk. (1822)“. Die Gründung des Statistisch-topographischen Bureaus.

In: Manfred BOSCH/Ulrich GAIER (Hgg.): Schwabenspiegel. Literatur vom Neckar bis zum Bodensee 1800–1950, Bd. 2.1. Biberach 2006, S. 51–60.

Zur Erinnerung an Adelbert von Keller. Tübingen 1883.

Zur Geschichte von Volkskunde und Mundartforschung in Württemberg. Helmut Dölker zum 60. Geburtstag. Herausgegeben von der Tübinger Vereinigung für Volkskunde. Tübingen 1964.

I. Einleitung

Erbschaft jener Zeiten: ein Testament

Im Alter von 88 Jahren verstarb Ende 1951 Prof. Dr. Karl Bohnenberger: Germanist, Dialektologe, Volkskundler, Mitbegründer des Verbands deutscher Vereine für Volkskunde, Ordinarius der Universität Tübingen und so etwas wie eine graue Eminenz nicht nur der Volkskunde in Württemberg. Direkte Verwandte hatte er keine mehr, sein Erbe verteilte sich in der Hauptsache auf Nichten und Neffen aus der Familie seiner Mutter. Er hinterließ einiges an Aktien, Anlagen und Sparvermögen, ein paar Mobilien und Hausrat. Seine Bibliothek hatte er verkauft, die Wohnungseinrichtung größtenteils weggegeben (Anlass war auch das Drängen des Wohnungsamtes) und sein Testament geändert, als er im Jahr zuvor in ein Pflegeheim gezogen war. Sein wissenschaftlicher Nachlass war nicht mehr Gegenstand des letzten Testaments: Seine Sammlungen, seine Schriften und die Korrespondenz waren mit wenigen Ausnahmen schon zuvor an die Landesstelle für Volkskunde und die Universitätsbibliothek Tübingen gegangen. Zu den Ausnahmen zählen die Manuskripte, an denen er noch arbeitete. Postum wurden diese Texte mithilfe seiner letzten Mitarbeiter und Freunde unter dem Titel „Die Alemannische Mundart“ herausgegeben, ein Buch, an dem er nach seiner Emeritierung 1930 und verstärkt in den 1940er-Jahren gearbeitet hatte. Die Publikation einer weiteren Arbeit scheiterte.

Bohnenbergers Testamentsvollstrecker Hermann Storz sah sich mit allerlei mehr oder weniger deutlich vorgebrachten Ansprüchen konfrontiert, die sich aus einem älteren Testament ableiteten, aber nicht mehr eingelöst werden konnten. Er versuchte, diesen Ansprüchen mit einer Gabe zumindest symbolisch nachzukommen, indem er das postume Werk (mit einem eingelegten Porträtfoto von Bohnenberger) allen zum früheren Kreis um Bohnenberger gehörenden Personen, der Verwandtschaft und wichtigen Institutionen zukommen ließ. Auf der erhaltenen Empfängerliste finden sich neben den Verwandten aus den Familien Bilfinger, Paulus und Magenau die Namen Peter Goessler, Hermann Haering, Theodor Bracher, Rudolf Kapff, Walther Keinath, Helmut Dölker, Hugo Moser, Heinrich Dannenbauer, Fritz Ernst, Ulrich Engel, Wilhelm Pfleiderer, Otto Springer, Max Lohß, Theodor Hornberger, Adolf Bach, Otto Basler, Karl Ilg, Josef Bihl, Hermann Schneider, die Universitätsbibliothek Tübingen, die Württembergische Landesbibliothek, die Württembergische Landesstelle für Volkskunde, die Badische Landesstelle für Volkskunde, das Deutsche Seminar der Universität Tübingen, das Ludwig-Uhland-Institut, das Statistische Landesamt und die Bibliothek der Königsgesellschaft Roigel – um nur die für die nachfolgenden Ausführungen relevanten Empfänger zu nennen. Viele der Adressaten, die einst zum hier aufgezeigten Beziehungsbereich

gehörten, waren schon verstorben wie Eugen Nägele und Robert Gradmann. Einige sind auch ausgeschlossen worden wie August Lämmle oder waren von jeher ausgeschlossen wie Gustav Bebermeyer.

Der hier aufgeführte Kreis von Personen und Institutionen bildet ein Beziehungsnetz um Karl Bohnenberger (1863–1951), das zurückführt bis ins 19. Jahrhundert und bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts reicht. Darauf wird diese Arbeit an manchen Stellen Bezug nehmen, besonders in Kapitel VI., das sich den Milieubeziehungen widmet. Es reicht mit seinen vielfachen Verbindungen auch bis zur Gegenwart der hier vorgelegten Forschungsarbeit, die dem Fund und der Überlassung dieser Testamentsunterlagen eine wichtige Anregung verdankt¹.

Mit Bohnenbergers Tod geht auch für die württembergische Volkskunde eine Ära zu Ende, die sich, auf zahlreichen Anregungen fußend, im ausgehenden 19. Jahrhundert formiert und bis in die Nachkriegszeit der 1950er-Jahre einflussreich ist. Eine Ära, die bisher hauptsächlich als Vorgeschichte der NS-Zeit betrachtet wurde, deren Voraussetzungen und Nachwirkungen wie eine teils noch unbekannte „Erbschaft jener Zeiten“² bisher nicht eingehend untersucht wurden. Das vorliegende Testament dient hier als erzählerischer und spurenlegender Zugang zum Verständnis des Untersuchungsfeldes. Man könnte diese Erb-Geschichte als reine Personen- und Ideengeschichte darstellen, die über weite Strecken die „Institutionalisierung vor der Institutionalisierung“³ untersucht und dann in die erste und zweite universitäre Etablierung mündet. Doch diese Arbeit wird einem Konzept folgen, das Fach- und Wissenschaftsgeschichte erweitert als eine historische Wissensforschung, verstanden als Wissensarchäologie und Wissensgeschichte, aufbereitet mit Betonung ihrer praxeologischen Seite. Im folgenden Abschnitt wird das ausführlicher dargestellt.

¹ Über die Herkunft wird im letzten Kapitel berichtet.

² In Abwandlung zu Ernst Blochs Analyse der 1920er-Jahre unter dem Titel „Erbschaft dieser Zeit“. Vgl. BLOCH, Erbschaft. Mit „jener“ ist die zeitliche Distanz betont.

³ Nach einer Kapitelüberschrift von GIERL, Geschichte.

1. Zum Konzept

Diese Studie hat ausgehend von im Forschungsverbund „Volkskundliches Wissen“ gemeinsam erarbeiteten Konzepten ihren theoretischen Ansatz in der Wissensforschung und führt diesen am Beispiel der württembergischen Volkskunde des 19. und 20. Jahrhunderts durch. Dabei soll mit einem wissensanthropologischen Konzept die Wissenschaftsforschung weiterentwickelt werden. Dieser Ansatz soll Personen- und Institutionengeschichte verbinden und wird an der besonderen regionalen Situation exploriert, zielt aber auf eine verallgemeinerbare Praxeologie öffentlichkeitswirksamer und staatsnaher Wissenschaften. Dazu muss zunächst dargelegt werden, wie Wissenschaftsforschung und Wissensforschung gegeneinander abzugrenzen sind, was eine wissensanthropologische Herangehensweise bedeutet und welchen heuristischen Gewinn sie erzeugen könnte.

a) Wissenschaftsforschung oder Wissensforschung

Wissenschaftsforschung in hauptsächlich fachgeschichtlicher Perspektive beschäftigt sich meist mit den Traditionen, Brüchen, Strukturen, Bedingungen, Netzwerken und gelegentlich auch mit der Prognose auf die Zukunft einzelner Wissenschaften oder wissenschaftlicher Großgruppierungen. Aktuell hat das Konzept der Wissenschaftsforschung einen Schwerpunkt in der Wissensforschung⁴ und vereint damit Wissenschaftsgeschichte und Epistemologie. Wissenschaftstheorie und Epistemologie waren lange Zeit Bereiche der Wissenschaftsphilosophie und später teilweise der Wissenssoziologie. Mit dem neuen Konzept wird es nun möglich die Epistemologie unter Einbeziehung von Praxeologie aus der Wissenschaftsforschung zu entwickeln und mit der Wissenschaftstheorie zu verbinden. Beide werden dadurch im Sinne Bruno Latours realistischer (an Wirklichkeit und Geschichtlichkeit)⁵ und sind nicht mehr von den Voraussetzungen der Erkenntnistheorie abhängig, sondern werden zu deren Voraussetzung. Deshalb sind Wissenschaftstheorie und Epistemologie nicht mehr unbedingt Bestandteil der Philosophie, sondern können auch für eine fachorientierte Wissenschaftsforschung spezifisch entwickelt werden. Die Akzentverschiebung der Wissenschaftsforschung hin zu einer Erforschung wissenschaftlichen Wissens erweist sich dafür als bedeutsam. Sie öffnet dieses Feld damit der empirischen Forschung und macht es für im weitesten Sinne sozialwissenschaftlich-hermeneutische Konzepte und Methoden im Sinne einer Wissensanthropologie zugänglich.

Für diese Entwicklung maßgeblich war die Beschäftigung mit den Natur- und Technikwissenschaften bzw. deren Wissen bei gleichzeitigem Postulat, dass es sich dabei um Wissenskulturen handle, die mit den Mitteln von Sozial- und Kulturwis-

⁴ Eine Begriffsprägung, die auf Peter Weingart zurückgeht.

⁵ Vgl. LATOUR, Die Hoffnung.

senschaften zu erforschen seien⁶. Diese Studien schufen die Grundlagen einerseits für Entwürfe zukünftiger Entwicklungen von Wissenschaft unter dem Stichwort „Wissenschaft neu denken“, so der Titel einer wegweisenden Studie⁷, andererseits bewirken sie eine Aufmerksamkeit für die Historizität wissenschaftlichen Wissens⁸. So waren die interdisziplinär vorangetriebenen Forschungen der letzten Jahre besonders geprägt von der Einsicht in die sozialen Konstruktionsprozesse wissenschaftlichen Wissens und in die Narrative, in deren Rahmen Wissenschaften ihre Ergebnisse hervorbringen und präsentieren. Hier lag auch zunächst der Ansatzpunkt der Geisteswissenschaften, die ihre auf dem Gebiet von Text- und Symbolforschung entwickelte Kompetenz in das neue Feld einbringen konnten⁹.

Ausgehend von den Forschungen zu den Naturwissenschaften, gewinnt in den letzten Jahren die Einsichtnahme in die Praxis, die konkreten Praktiken und die Materialität wissenschaftlichen Wissens zunehmend an Bedeutung. Zusätzlich kommt es nun darauf an, die gesellschaftlichen Verbindungen der Wissenschaften in verschiedenen zeitlichen Schnitten neu zu sichten¹⁰ und die spezifischen Konstellationen gesellschaftlicher Verbundenheit gegeneinander abzugrenzen. Zu diesen Konstellationen gehören Formen der Beauftragung wie auch der Popularisierung, der Zusammenarbeit, der politischen Verbindungen und dergleichen mehr, die sich als Transfers, Transformationen und Transaktionen beschreiben lassen, die in Transaktionsräumen¹¹ abgewickelt werden. Kollaboration und Abgrenzung zwischen Wissenschaftlern und nicht-wissenschaftlichen Sphären und Akteuren finden dabei ebenso Aufmerksamkeit¹² wie je besondere Milieubildungen und die Entwicklung von spezifischen Wissensformaten¹³, die sich für die einzelnen Fächer beobachten und beschreiben lassen. Solche Ansätze mit Konzepten der Unternehmens- und Organisationsforschung verbindend, entwickelt sich eine Perspektive der Wissensforschung auf ein bisher wenig beachtetes Gebiet, das – Praxeologie, Wissenstransfers und Ressourcenbildung integrierend – sich vornehmlich dem zu leistenden Wissensmanagement und damit einem neu zu fassenden „Wissenshandeln“ widmet.

Die Entwicklungen der Wissenschaftstheorie der letzten Jahre, die mit der Perspektive auf „Wissen“ neue Akzente der Wissenschaftsforschung setzen, eröffnen auch der fachzentrierten Forschung neue Zugänge und ermöglichen ihr gleichzeitig, verallgemeinerbare und vergleichbare Strukturen herauszuarbeiten. „Wissen“

⁶ Zum Beispiel die Studien von LATOUR, *Die Hoffnung*; RHEINBERGER, *Experimentalsysteme*; RHEINBERGER/HAGNER/WAHRIG-SCHMIDT, *Räume des Wissens*; KNORR-CETINA, *Wissenskulturen*; BÖDEKER/REILL/SCHLUMBOHM, *Wissenschaft*.

⁷ NOWOTNY/SCOTT/GIBBONS, *Wissenschaft*.

⁸ Vgl. RHEINBERGER, *Historische Epistemologie*.

⁹ Vgl. KASCHUBA, *Einführung*; GEERTZ, *Dichte Beschreibung*; WHITE, *Auch Klio dichtet*.

¹⁰ Vgl. BRUCH/KADERAS, *Wissenschaften*; BRUCH/GERHARDT/PAWLICZEK, *Kontinuitäten*.

¹¹ So der Begriff bei NOWOTNY/SCOTT/GIBBONS, *Wissenschaft*, S. 182–185.

¹² Vgl. NIKOLOV/SCHIRRMACHER, *Das Verhältnis*.

¹³ Vgl. FENSKE/KELLER-DRESCHER, *Wissensformate*, S. 189–192.

ist in den letzten Jahren zu einer zentralen Vokabel der ihre Ressourcen durchleuchtenden Gesellschaft und ihrer politischen Vertretung geworden. Wissen muss dabei als ein Komplexbegriff verstanden werden, um in vielfachen Zusammenhängen gebrauchsfähig zu sein, wie es Niels Gottschalk-Mazouz herausgearbeitet hat¹⁴. Neben den ökonomischen Interessen, die auf die Verfügbarkeit und Entwicklung von Potenzialen für die Produktivität abzielen, den pädagogischen Interessen, die auf Selbstmanagement und lebensbegleitendes Lernen ausgerichtet sind, und den politischen, die sich auf die Steuerungsfähigkeit (Governance) von Entscheidungen und Umsetzungen beziehen¹⁵, ergeben sich aus dieser Orientierung auch neue Perspektiven für die Wissenschaften in der Wissensgesellschaft¹⁶ und ebenso für die Wissenschaftsforschung.

„Wissen“ als Produkt zu beschreiben eröffnet den Wissenschaften im Verhältnis zu Öffentlichkeit und Politik einerseits die Möglichkeit, ihren gesellschaftlichen Nutzen darzustellen, der zumindest im Bereich der Geisteswissenschaften immer wieder infrage gestellt wird. Andererseits ergibt sich damit gleichzeitig die Möglichkeit, die innerwissenschaftliche und innerfachliche Kommunikation und die Selbstreflexion auf eine neue Basis zu stellen bzw. um eine neue Perspektive zu erweitern. Diese Perspektive ist zunächst eine retrospektive: eine Erweiterung bisheriger Fachgeschichtsschreibung und historischer Wissenschaftsforschung durch ein an aktuellen Problemstellungen entwickeltes Konzept der Wissensforschung¹⁷. Die Perspektive auf Wissen ist geeignet, diachrone und synchrone Untersuchungen vorzunehmen, ohne dabei ahistorisch zu sein, solange sie die jeweiligen historischen Kontexte als Bedingungen des Wissens und die Historizität der Fragestellungen mitberücksichtigt¹⁸. Ein Effekt der Wissensforschung könnte auch eine Überwindung der Trennung in naturwissenschaftlich orientierte und geisteswissenschaftliche Wissenschaftsforschung sein. Wissensforschung im Sinne einer Wissensanthropologie ermöglicht daher die Untersuchung der Bedingungen und Relationen von Wissen, Wissenspraktiken und Akteuren in nicht fachwissenschaftlichen Gebieten, wie dies im Fach für die Bereiche Reproduktionsmedizin und Verwandtschaftsforschung (Berlin, Wien), Technik- und Raumforschung (Hamburg, Zürich) und Fragen kulturellen Eigentums (Göttingen) bereits geschieht. Die Spezifik dieser Wissensforschung besteht darin, dass sie nicht nur Strukturbedingungen des Wissens analysiert, sondern am Verstehen der Sichtweisen der Akteure ansetzt, deren Ressourcenmanagement und Strategien als Handlungen im Feld beobachtet und von dort aus die Bedingungen der Möglichkeit von Institutionalisierungsprozessen verfolgt. Insofern ist die aktuelle kulturwissenschaftliche Wissenschaftsforschung als ein Teilbereich von Wissensforschung anzusehen.

¹⁴ GOTTSCHALK-MAZOUZ, Was ist Wissen?

¹⁵ Vgl. SCHUPPERT/VOSSKUHLE, Governance.

¹⁶ Vgl. AMMON, Wissen.

¹⁷ Vgl. KASCHUBA u. a., Beiträge, S. 184–199.

¹⁸ Vgl. KELLER-DRESCHER, Die Fragen.

b) Felder und Begriffe

Im Zentrum der Studie steht die Erforschung des spezifischen Verhältnisses der um 1900 entstehenden Wissenschaft „Volkskunde“ zu Staat und Öffentlichkeit und der Praxis ihrer Austauschbeziehungen. Ausgangspunkt ist die These, dass es sich hier um Austauschverhältnisse handelt, in denen der Ressource „volkskundliches Wissen“ eine besondere Rolle zukommt. Deshalb soll diesen Austauschverhältnissen und den sie begleitenden Wissenspraktiken besonderes Augenmerk zukommen. Hinzu kommt die Untersuchung des von den Akteuren dabei zu leistenden Wissensmanagements, gedacht als einen ordnenden und strategischen Umgang mit Wissen und dessen Ressourcen in dem zunächst disziplinär noch nicht festgelegten Feld. Mithilfe des Wissensmanagements wird dieses Feld organisiert; *Wissen* ist dabei eine der Ressourcen, die in den als Transaktionsräume¹⁹ zu bezeichnenden Transferprozessen als Kapitalien im Sinne Bourdieus²⁰ eingebracht und für alle Seiten als „Gewinn“ eingesetzt werden²¹. Nur die Einschätzung der Beteiligten, dass die Austauschverhältnisse einen Gewinn erzeugen, hält das Verhältnis stabil, und dies auch über einen längeren Zeitraum und politische Veränderungen hinweg. Wissen, Wissensmanagement, Feld und Ressource sind daher die hier u. a. zu erläuternden Schlüsselbegriffe; sie dienen in dieser Studie als Analyse- und Beschreibungskategorien.

Der Begriff *Feld* wird in Anlehnung an Bourdieu²² charakterisiert durch seine Akteure sowie seine Strukturen, seine „Materialisationen“, und dies in einer historischen Langzeitperspektive. Volkskunde bewegt sich in einem Feld, in welchem sie sich schließlich etablieren kann, indem sie, so die These hier, die Gelegenheitsstrukturen²³ zu ihren Gunsten nutzt. Das kann sie, weil ihre Akteure bereits einem Wissensmilieu angehören, das bestimmte Grundeinstellungen teilt und an einer staatsnahen Wissenspraxis teilhat bzw. überhaupt Teil der behördlichen Forschung oder Behördenforschung ist²⁴. In dieser Gemengelage, die sich im Licht neuerer Forschungen zur Situation der Geisteswissenschaften zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik als durchaus typisch erweist²⁵, versucht sich eine neue Disziplin zu etablieren und an den Universitäten mit Lehrstuhlgründungen, Institutsbildungen etc. „festzubinden“. Dem voraus gehen außeruniversitäre Institutionalisierungen, deren Bedeutung für die wissenschaftliche Verankerung hier noch genauer zu untersuchen ist, ebenso deren vielleicht anhaltender Einfluss nach der akademischen Implementierung. Verschiedenen Öffentlichkeiten kommt die Rolle zu, sowohl Ressource als auch Kommunikationspartner im Feld zu sein. Sie sind daher nicht

¹⁹ NOWOTNY/SCOTT/GIBBONS, *Wissenschaft*, S. 185.

²⁰ Vgl. BOURDIEU, *Vom Gebrauch*.

²¹ Vgl. NOWOTNY/SCOTT/GIBBONS, *Wissenschaft*, S. 185.

²² Vgl. BOURDIEU/WACQUANT, *Die Logik*, und BOURDIEU, *Vom Gebrauch*, S. 16–25.

²³ Mehr zum Begriff *Gelegenheit* bzw. *Gelegenheitsstruktur* im Folgenden.

²⁴ Vgl. KELLER-DRESCHER, „Auf diese Weise“.

²⁵ Vgl. ECKEL, *Geist der Zeit*.

nur als Adressaten von Wissenstransfer im Sinne einer Popularisierung von Wissen, sondern auch als Akteure im Sinne von Milieubildungen genauer in den Blick zu nehmen. Hier hat die Untersuchung der Argumentation zur Formulierung gesellschaftlicher Nützlichkeit anzusetzen, die im Feld von Wissenschaft, Staat und Öffentlichkeit mutmaßlich eine entscheidende Rolle spielt. Zu rekonstruieren sind dabei die volkscundlichem Wissen zugeschriebenen Funktionen und die Strategien der Argumentation seiner weiterführenden Ver- und Anwendbarkeit. Volkskunde verstand sich – so die Arbeitshypothese der dieser Monografie vorausgehenden Forschungsprojekte²⁶ – von Anfang an als eine öffentliche Wissenschaft, die sich häufig selbstbeauftragend als nützliche Agentur der Wissensbeschaffung und -bewahrung gesellschaftlich und politisch zu verankern versuchte²⁷. Dabei muss von einem zu differenzierenden Modell „gestufter Öffentlichkeit“ im Sinne von Nikolow und Schirrmacher²⁸ ausgegangen werden, das verschiedene Grade von Beziehungen sichtbar machen kann und dabei hilft, die Untersuchung des Felds der Volkskunde mit seiner spezifischen Schichtung und vielleicht auch unerwarteten Affinitäten zu präzisieren.

Mit *Wissensmanagement* ist ein bewusster und systematischer Umgang mit Wissen gemeint²⁹. Der Begriff ist aus der betriebswirtschaftlichen Wissensforschung entlehnt, bei der es darum geht, innerhalb von Organisationen das Wissen der Mitarbeiter gewinnbringend zu aktivieren und abzuschöpfen. Er wird in der neueren Wissenssoziologie, so bei Sabine Maasen, aus der Unternehmens- und Organisationsforschung in die Wissensforschung übernommen, um damit komplexe Vorgänge von Wissensgenese und Wissenstransfer zu beschreiben³⁰. Der Begriff Wissensmanagement kann für die (historische) Wissensanthropologie genutzt werden, um eine Perspektive auf die Ökonomie von Wissensarbeit zu eröffnen, in der Wissen als Produkt und Ressource von Handlungen entsteht, in die Personen und daraus resultierende Milieus eingebunden sind. Die situativ aus kollaborativen Aktionen entstehenden Wissensmilieus – in der Lernforschung nach Lave/Wenger als *Communities of Practices* bezeichnet³¹ – können als Resultate oder Bedingungen von Wissenshandlungen beschrieben werden³². Intendierte Ziele, Planungen und

²⁶ 1. „Konstituierung von Region als Wissensraum. Der Beitrag von Volkskunde und Sprachforschung in Württemberg (1890–1930)“; 2. „Wissenschaft und Landeskultur: Volkscundliches Wissen im staatlichen Reorganisationsprozess (Baden-Württemberg 1952–1977)“. Gefördert aus Mitteln der Deutschen Forschungsgemeinschaft von 8/2006–7/2008 bzw. von 8/2008–11/2010 im Rahmen des Forschungsverbundes „Volkscundliches Wissen“ als Einzelprojekte, Projektleitung Prof. Dr. Bernhard Tschofen.

²⁷ Selbstbeauftragung wird in der Forschung zur Geschichte der Volkskunde als eine typische Situation in der Phase der Verwissenschaftlichung beschrieben. Vgl. IMERI, Selbstverständnis.

²⁸ NIKOLOW/SCHIRRMACHER, Verhältnis, S. 27 f.

²⁹ Vgl. MAASEN, Wissenssoziologie.

³⁰ Ebd.

³¹ LAVE/WENGER, Situated Learning.

³² Vgl. DAVIDOVIC-WALTHER/FENSKE/KELLER-DRESCHER, Akteure.

Handlungen für wissenschaftliche oder wissenschaftsförmige Aktionen werden durch Wissensmanagement strategisch gestützt und damit erst durchführbar. Dabei werden sowohl einzelne Personen als auch Kollektive in ihren Wissenshandlungen analysiert und sichtbar gemacht. Es soll hier der bisher nicht gebräuchliche Begriff des *Wissenshandelns* eingeführt und genutzt werden, um den Komplex aus Absichten, Gelegenheiten, Handlungen und Folgen zu erforschen und als Teil von Wissenschaftspraxis zu beschreiben. Wissenshandeln meint dabei nicht ein Handeln auf der Grundlage von Wissen, sondern Handlungskomplexe, die zur Generierung von Wissen geplant und durchgeführt werden. Mit dem Begriff Wissenshandeln ist ein erster Vorstoß in Richtung einer performativen Fassung und praxeologischen Präzisierung im Sinne einer Wissensanthropologie angedeutet. Angenommen wird in diesem Zusammenhang, dass sich die Übertragung dieses Begriffs in eine historische Wissensforschung, wie sie von Margit Szöllösi-Janze und Jakob Vogel angeregt wurde³³ und inzwischen ein eigener Forschungsbereich geworden ist, als tragfähig und gewinnbringend herausstellt. Damit können bisher nicht thematisierte Bereiche der Praxis sichtbar gemacht werden, die Wissen beim Entstehen, Ansammeln und Verwerten als Handlungen von Akteuren im Feld von Wissenschaft, Öffentlichkeit und Staat erkennbar machen. Die Perspektive auf Wissensmanagement kann die Wissenstransfers deutlich machen, etwa die Übersetzungsleistungen zwischen Institutionen und Wissensbereichen oder die aktive Übernahme von Wissenspraktiken als notwendigen Teil von Wissenschaftspraxis.

Mit dem Begriff *Ressource* nach Mitchell G. Ash³⁴ und Pierre Bourdieu soll besonders der strategische Einsatz von Wissen als Austauschkapital zwischen den Sphären von Wissenschaft, Öffentlichkeit und Staat betont werden. Damit kann die Rolle bestimmter Wissensbereiche in ihrem Einsatz im Feld genauer bestimmt werden, und es wird damit auch erklärbar, warum bestimmte Unternehmungen und Formate wie zum Beispiel Sammlungen, obwohl mit diesen Materialien kaum gearbeitet wurde und diese oftmals nicht sinnvoll ‚verwertbar‘ waren, lange als Kapitalien virulent bleiben³⁵. Gerade auch weil diese Ressourcen oft zwischen Institutionen situiert sind, können sie immer wieder dazu dienen, bestimmte Verbindlichkeiten aufrechtzuerhalten. Als Ressource(n) können auch Beziehungsnetzwerke, Kommunikationsgelegenheiten und die Möglichkeit zur Rekrutierung von Mitarbeitern bezeichnet werden. Mit Mitchell G. Ash kann man von einem Ressourcenensemble sprechen, das im reziproken Verhältnis von Wissenschaft, Öffentlichkeit und Staat zum Einsatz kommt.

Staat wird hauptsächlich in den Sparten seiner Ressortforschungen (nach Szöllösi-Janze³⁶) und deren Repräsentanten thematisiert, weil sie Teil des Feldes sind, in dem sich Volkswkunde situiert und aus dem sie sich schließlich, so die These, auch

³³ Vgl. SZÖLLÖSI-JANZE, Die institutionelle Umgestaltung; DIES., Wissensgesellschaft; VOGEL, Von der Wissenschafts- zur Wissensgeschichte.

³⁴ Vgl. ASH, Wissenschaft; DERS., Wissenschaft(en).

³⁵ Vgl. KELLER-DRESCHER, Sammeln.

³⁶ Vgl. SZÖLLÖSI-JANZE, Wissensgesellschaft.

teilweise ablösen kann. Allgemein wird Staat als historisch geformter, zeitgeschichtlich erklärbarer Komplex veränderlicher Machtkonstellationen verstanden, der sich gerade auch durch die spezifischen Praktiken und Ordnungssysteme territoriums- und bevölkerungsbezogenen Wissensmanagements konstituiert und in Konstellationen aus Exekutive, Politik und Öffentlichkeit(en) manifestiert. Fokussiert wird aber bewusst weniger auf den Nationalstaat als vielmehr auf den subnationalen Klein- und Teilstaat, hier Württemberg und das spätere Baden-Württemberg. Dem zugrunde liegt nicht nur eine forschungspraktische Entscheidung, sondern die Hypothese, dass sich die virulente Frage nach den Grundausrichtungen der Volkskunde und des volkscundlichen Wissens – verkürzt als Widerstreit zwischen nationaler oder transnationaler Ausrichtung – neu und anders untersuchen lässt als bisher, wenn man im subnationalen Kontext nach den spezifischen Beziehungen zwischen Volkskunde sowie Staat und Öffentlichkeit sucht. Die Untersuchung eines Klein- bzw. späteren Teilstaates wie Württemberg und Baden-Württemberg kann Aufschluss darüber bringen, wie im subnationalen Feld in einem zunehmend national bestimmten Wissenschaftsbetrieb die Verbindungen von Wissenschaft, Öffentlichkeit und Staat als Bedingungen für die Etablierung von Volkskunde angelegt und nach politischen Zäsuren vor allem in den Jahren nach den Weltkriegen jeweils wieder neu formiert werden. Die bisherigen Forschungen belegen zwar die Staatsnähe volkscundlichen Wissens und volkscundlicher Akteure³⁷, die sich wie in anderen Wissenschaften auch aus der öffentlichen Förderung und einer Ausrichtung am staatlichen Raum als Wissensraum ergibt. Darüber hinaus ist sie aber begründet in der Spezifik anwendungsorientierter Forschung und ihrer Verzahnung zur gouvernemental orientierten Behördenforschung³⁸. Nicht zuletzt sind es aber die Akteure, deren Ressourcen und Strategien zu Wissenshandlungen und Netzwerkbildungen führen und deren geteilte Einstellungen, gemeinsame Intentionen und Abgrenzungen eine Wissenschaft entstehen lassen. Zu fragen ist daher, welche wichtigen strukturierenden Eigenschaften für die Ausprägungen und Verläufe der Wissenschaft Volkskunde sich aus diesen als Koordinaten des Feldes aufzufassenden Dispositionen ergeben, ihren Wissensmodus, also die jeweils spezifische Art und Weise Wissen zu generieren und zu reproduzieren, prägen und letztlich in ein Austarieren von Gelegenheitsstrukturen münden.

Da *Gelegenheit* ein bisher wissenschaftstheoretisch nicht gebräuchlicher Terminus ist, ist ein Ziel dieser Arbeit auch, diesen Begriff zu begründen und ihn als eine der Bedingungen der Möglichkeit in eine erweiterte Epistemologie der Geisteswissenschaften einzuführen. Mit dem Terminus *Gelegenheit* soll das präzisiert werden, was zwischen Zufall und Notwendigkeit liegt, was also weder nur das Ergreifen des Kairos (der günstige Augenblick) noch pure Strategie und Planung ist. *Gelegenheiten* und die aus ihnen resultierende *Gelegenheitsstruktur* werden in den

³⁷ Vgl. KELLER-DRESCHER/BÜRKERT/FORNER, Aspekte.

³⁸ Vgl. ETZEMÜLLER, Die Ordnung.

folgenden Kapiteln immer wieder vorgestellt in ihrer Bedeutung für die volkskundliche Wissensarbeit und damit für die Frage nach den Bedingungen der Möglichkeit der Verwissenschaftlichung, also die Frage, ob und wie aus Wissen Wissenschaft wird und wie Institutionalisierung und vor allem Reetablierung gelingen kann. Der Begriff Gelegenheitsstruktur (opportunity structure) wird als „politische Gelegenheitsstruktur“ in den Sozialwissenschaften in der Regel zur Erforschung sozialer Bewegungen verwendet und diskutiert und ist dort eher umstritten, weil er als Variante der meist abgelehnten intentionalen bzw. rationalen Handlungstheorie gilt³⁹. Genau darum geht es hier nicht, sondern um die Beschreibung von Bedingungen, die Handlungen ermöglichen können oder wiederum durch Handlungen herbeigeführt werden, und um die Nutzung von günstigen Situationen durch Akteure. Das erinnert an Bourdieus „strukturierende Struktur“, die er dem Habitus zuschreibt⁴⁰. Wie bei Bourdieu geht es hierbei um die Vermittlung zwischen Mikro- und Makroebenen, also um die Makrostrukturen, die im Individuum und mit Individuen zu einer eigenen Ausführung kommen. Auf die Gelegenheitsstruktur angewendet: Es geht um den analytischen Nachvollzug von Handlungsmöglichkeiten, die ergriffen werden können, und um deren Durchführung, die Struktur erst herstellt bzw. verstärken kann. Gelegenheitsstruktur ist also gleichzeitig vorhanden und wird stets performativ neu gebildet bzw. auch verstärkt. Entstanden ist das Interesse an einer konzeptionellen Fassung von Gelegenheit und Gelegenheitsstruktur aus meinem Bedarf an einer Metaebene für die Beschreibung dieser Ergebnisse und Einsichten in der Forschung. Es wird am Ende der Studie nochmals darauf einzugehen sein.

Im Forschungsverbund „Volkskundliches Wissen“ wurde eine Reihe von Leitbegriffen gemeinsam erarbeitet und in einer gemeinsamen Publikation vorgestellt⁴¹. Es handelt sich um die Komposita *Wissensmilieu*, *Wissensformat*, *Wissenstransfer* und *Wissensraum*. Diese Begriffe waren inspiriert von aktuellen Diskursen in der Wissensforschung⁴², die auch in den Vorgängerprojekten des Berliner Instituts für Europäische Ethnologie für eine neue Wissens- bzw. Wissenschaftsforschung erprobt wurden, sie flossen dann auch wieder in deren Publikationen und Arbeiten der Teilprojekte des Forschungsverbundes mit ein⁴³. Darüber hinaus haben sie sich im Fach schnell etabliert und weitere Studien angeregt⁴⁴.

³⁹ Vgl. KISCHELT, Politische Gelegenheitsstrukturen.

⁴⁰ Vgl. BOURDIEU/WACQUANT, Reflexive Anthropologie, S. 161 f.

⁴¹ Vgl. KASCHUBA u. a., Beiträge.

⁴² Besonders einflussreich in der Grundlagenbildung: BIAGIOLI, The Science Studies Reader. Der Band gibt eine Synopse zum Stand der internationalen Wissenschaftsforschung mit dem innovativen Ansatz der Wissensforschung.

⁴³ Vgl. zum Forschungsverbund die Homepage: www.volkskundliches-wissen.uni-tuebingen.de. [20. 7. 2017]

⁴⁴ Zum Beispiel die Darstellungen der schweizerischen volkskundlichen Vereinsgeschichte bei SCHÜRCH/EGGMAN/RISI, Vereintes Wissen ebenso bei SCHEIDEGGER, Petite Science über die schweizerischen naturkundlichen Laienforscher oder das Projekt: „Von Geschichte und

2. Forschungstendenzen

Implizit wurde im bisher vorgestellten Konzept der Forschungsstand zur Wissensforschung miteinbezogen. Hinzuzufügen sind noch Bemerkungen zum Forschungsstand der facheigenen Wissenschaftsforschung, zu den Tendenzen im sich zurzeit entwickelnden Feld der kulturwissenschaftlichen historischen Bürokratieforschung⁴⁵ und zum Forschungsfeld von „Staat und Wissen“. Dies auch, um die Koordinaten dieser Studie in transdisziplinärer Hinsicht aufzuzeigen.

Die ethnografischen Wissenschaften haben ihre Wissenschaftspraktiken immer wieder selbstkritisch untersucht, unter Anwendung jeweils aktueller Methoden und Fragestellungen ihr gegenwärtiges Tun durchleuchtet und in wissenschaftsforschenden Projekten anderer Wissenschaften zur Anwendung gebracht. Im Zentrum steht und stand dabei aber immer eine „Ethnografie der Ethnografie“, die Selbstbeobachtung, die bis zu einem gewissen Grad einen retrospektiven Blickwinkel einnimmt. Die Volkskunde und ihre Nachfolgefächer können daher als wissenschaftshistorisch⁴⁶ und methodengeschichtlich⁴⁷ sehr gut bearbeitete Fächer gelten. Unter den neueren Untersuchungen muss insbesondere Anita Bagus' Arbeit von 2005 als Referenzwerk angesehen werden für eine vielseitige Betrachtungsweise und innovative Interpretationsleistung der vereinsgestützten Proto-Wissenschaftsphase des Fachs⁴⁸. Ähnliches gilt für die Arbeit von Friedemann Schmoll für das Verständnis volkscundlicher, innovativer Großunternehmen zwischen Weimarer Republik, NS-System und ihrer Abwicklung nach dem Paradigmenwechsel in der bundesrepublikanischen Wissenschaftslandschaft⁴⁹. Hier werden der Wandel gesellschaftlicher und politischer Beauftragungen und die Nützlichkeitsversprechen von Wissenschaft implizit mitbehandelt. Zahlreiche meist regional orientierte wissenschaftsgeschichtliche Darstellungen des deutschsprachigen Raums sind vorhanden⁵⁰. Im Zentrum der Wissenschaftsgeschichte des Fachs steht und stand notwendigerweise die NS-Volkscunde⁵¹. Den nicht-völkischen Vorgängern verhalf die Untersuchung von Bernd Jürgen Warneken wieder zur Geltung⁵². Aktuell liegt

Gegenwart deutschsprachiger Volkskunden in Südosteuropa“, Christian Marchetti/Ludwig-Uhland-Institut für Empirische Kulturwissenschaft.

⁴⁵ Einen aktuellen Überblick dazu gibt BECKER, Bürokratie.

⁴⁶ So bewerten dies auch andere Autoren. Vgl. HAUSMANN, Die Rolle.

⁴⁷ Vgl. DEISSNER, Die Volkskunde.

⁴⁸ BAGUS, Volkskultur.

⁴⁹ SCHMOLL, Die Vermessung.

⁵⁰ Dem entsprechen im angelsächsischen Raum gemäß der dortigen Fächerzuschnitte zum Beispiel die Studien aus dem Bereich der „Social and Cultural Anthropology“ bzw. deren „History of Anthropology“, so die gleichnamige Reihe, in der besonders die Arbeiten von George W. Stocking Jr. herauszuheben sind, der sich vergleichend mit amerikanischer und europäischer insbesondere deutschsprachiger Wissenschaftsgeschichte auseinandergesetzt hat.

⁵¹ Vgl. BRÜCKNER/BEITL, Volkskunde; GERNDT, Volkskunde; JACOBETT u. a., Völkische Wissenschaft.

⁵² Vgl. WARNEKEN, „Völkisch nicht beschränkte Volkskunde“.

eine Überblicksdarstellung der Fachgeschichte nach 1945 vor, die einleitend auch Positionen der früheren Fachgeschichte referiert⁵³. Für die Erforschung der Geschichte des Tübinger Ludwig-Uhland-Instituts ist neben den Darstellungen Hermann Bausingers⁵⁴ vor allem die umfassende Bearbeitung durch Sabine Besenfelder⁵⁵ hervorzuheben. Auf sie und weitere Beiträge wie die Projektstudie von Gudrun M. König⁵⁶ wird sich die Untersuchung im Folgenden immer wieder stützen. Aus allen diesen Arbeiten war zwar viel für ein Verstehen der Vorläufer und der Verläufe einer völkisch-rassistischen Zurichtung des Faches Volkskunde zu erfahren, aber – mit Ausnahmen – wenig für eine vergleichende Wissenschaftsgeschichte. Der dort gewählte Fokus auf die besonderen Bedingungen des stark NS-belasteten Faches legte dies auch nicht nahe. In den letzten Jahren fanden sich diese Darstellungen dann auch in den vergleichend angelegten Sammelbänden zur Geschichte der Kulturwissenschaften im Nationalsozialismus⁵⁷, zur Universitätsgeschichte⁵⁸ oder – wie im Fall des Atlas der Volkskunde – in den transdisziplinären Untersuchungen zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft⁵⁹.

Außerhalb der Studien aus dem eigenen Fach interessieren sich in den letzten Jahren auch wieder Literaturwissenschaftler für Ethnografie oder das Dörfliche als Gegenstand (z. B. bei Berthold Auerbach⁶⁰) und als Genre⁶¹, dabei entstehen auch Einschätzungen über die dazugehörige Wissenschaft und die ethnografische Wissensproduktion, die einer Rezeption im Fach selbst noch harren. Sie schließen zum einen an germanistische Traditionen an, zum anderen sind sie verknüpft mit den aktuellen Forschungstendenzen der Kulturwissenschaften zu Bevölkerungs- und Raumwissen⁶², zur Kulturgeschichte der Statistik⁶³, zu Wissen und Staat⁶⁴, zur behördlichen Wissensproduktion⁶⁵, zu Fragen der Wissensforschung, zur Praxeologie und zu den Materialisationen von Wissen und Wissenschaft, zur Materialität der Forschung⁶⁶ und nicht zu vergessen zu einer als historische Epistemologie

⁵³ MOSER/GÖTZ/EGE, Zur Situation, passim; darin GERNDT, Vom Nutzen.

⁵⁴ Z. B. BAUSINGER, Volksideologie; DERS., Das Institut; DERS., Ungleichzeitigkeiten.

⁵⁵ Vgl. BESENFELDER, „Staatsnotwendige Wissenschaft“.

⁵⁶ Vgl. KÖNIG, Anschauungsmaterial.

⁵⁷ Vgl. JACOBEIT/SCHOLZE-IRRLITZ, „Volkskundliche Kulturwissenschaft“.

⁵⁸ Vgl. GRÜTTNER u. a., Gebrochene Wissenschaftskulturen.

⁵⁹ Die Ergebnisse sind in den Reihen „Beiträge zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft“ und „Studien zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft“ erschienen.

⁶⁰ Vgl. REILING, Berthold Auerbach.

⁶¹ Vgl. NELL/WEILAND, Imaginäre Dörfer; NEUMANN/TWELLMANN, Marginalität.

⁶² Vgl. BEHRISCH, Vermessen; PINWINKLER, Historische Bevölkerungsforschungen.

⁶³ Vgl. SCHNEIDER, Wissensproduktion; DESROSIÈRES, Die Politik; BERG/TÖRÖK/TWELLMANN, Berechnen/Beschreiben.

⁶⁴ Vgl. COLLIN/HORSTMANN, Das Wissen.

⁶⁵ Vgl. BECKER, Überlegung.

⁶⁶ Vgl. HESS/MENDELSON, Paper Technology; mit aktuellen Überblicksartikeln: SAMIDA/EGGERT/HAHN, Handbuch.

aufzufassenden Wissensforschung. In diesem Feld bewegt sich auch diese Untersuchung zur Wissensgeschichte regionaler Ethnografie, die damit neuere Tendenzen aufnimmt und auf die Fachgeschichte anwendet und sie damit erweitert und neu arrondiert.

3. Material und Methode

Der komplexen Fragestellung entspricht das heterogene Material und die Vielfalt der methodischen Herangehensweisen im Sinne von vielseitig, von vielen Stellen stammend und an vielen Stellen ansetzend, vielen Anregungen aus dem Feld folgend, sozusagen eine „multi-sided ethnography“, die den Menschen, den Dingen, den Themen, Diskursen, Konflikten und den Gelegenheiten ihrer Erforschbarkeit folgt⁶⁷. Da George E. Marcus dieses Konzept durchaus auch aus der Methodik historischer Forschung gewonnen hat, beschreibt es ebenfalls die Kernpunkte der Vorgehensweise historischer Forschung und ist nicht nur ein Konzept für die Gegenwartsforschung, in der dieser Ansatz im Allgemeinen als Methode zur Feld(er)-forschung spätmoderner, plurilokaler Gesellschaften verwendet wird. Die Frage, ob historische Forschungen in unserem Fach eher als historische Ethnografie oder als historische Anthropologie zu bezeichnen sind, erscheint im Grunde als zweitrangig, ich habe zu beiden Konzepten schon mehrfach Stellung bezogen, ebenso zur Frage der Situierung historisch orientierter Forschung⁶⁸. Selbstverständlich sind historisch Forschende nicht in eine kontemporäre Erfahrung mit den historischen Akteuren eingebunden, das habe ich an anderer Stelle schon als den „kleinen Unterschied“ bezeichnet⁶⁹. Entscheidend ist, dass wie in jedem geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschungsprozess ein quellenkritisches und selbstreflexives Vorgehen gewählt⁷⁰ wird und eine Aufmerksamkeit dafür vorhanden ist, dass auch in der historischen Forschung Feldeffekte vorkommen können. Die Versuche der untersuchten Akteure⁷¹, die Überlieferung zu lenken, indem bestimmte Dokumente überliefert werden und andere nicht, dürfen dabei genauso wenig unterschätzt werden wie die Wirkungen der Überlieferungsmaterialien überhaupt. Vergangenheit ist nicht als Ganzes überliefert, sondern in Bruchstücken, die zusammengesetzt werden können. Aber diese Bruchstücke wurden übriggelassen, es gab Personen, die sie archiviert und sortiert haben. Es gilt also stets, dabei die Regeln der Überlieferung wie etwa des retrospektiven Zusammensetzens zu erkennen und zu reflektieren, die auch Machtverhältnisse nachbilden und verlängern können. Dekonstruktion und Rekonstruktion müssen im Forschungsprozess als reflexives Verfahren durchgeführt werden. Dass sich dabei auch ein Dialog mit den Erfordernissen der Gegenwart entwickelt, aus der letztlich die immer wieder neuen Fragen an die Geschichte stammen, ist selbstverständlich und der Grund dafür, dass sich immer wieder neue Bearbeitungen des historischen Materials lohnen.

⁶⁷ MARCUS, *Ethnography*.

⁶⁸ Vgl. INGENDAHL/KELLER-DRESCHER, *Historische Ethnographie*; KELLER-DRESCHER, *Fragment*; DIES., *Die Fragen*.

⁶⁹ Ebd., S. 62–64.

⁷⁰ Vgl. zur methodisch-konzeptionellen Seite auch WIETSCHORKE, *Historische Kulturanalyse*.

⁷¹ Es handelt sich in dieser Studie um (fast) ausschließlich männliche Akteure. Die männliche Form bezeichnet hier also tatsächlich nur Männer.

Dem vielfältigen Material entsprechend wird methodisch variabel mit diesem umgegangen und im hermeneutischen Prozess immer wieder nach dessen Spezifik gefragt. Bei der Analyse werden qualitative Methoden der Textanalyse angewandt, für das Konvolut der seriellen Quellen zur ethnografischen Statistik werden auch quantitative Verfahren herangezogen, die der qualitativen Verwendung zugrunde gelegt werden. Das in weiten Teilen bisher unbekannte, nicht ausgewertete Archivmaterial wird in teils längeren Zitaten vorgestellt, die Schreibweisen der Quellen wurden beibehalten.

Als Quellenmaterial stand eine reiche Überlieferung an Behörden- und Personennachlässen zur Verfügung, die nach Maßgabe der Fragestellung recherchiert und ausgewertet wurde⁷². Die umfangreichsten Konvolute befinden sich in den (Haupt-)Staatsarchiven (Stuttgart und Ludwigsburg) und in der Landesstelle für Volkskunde (Stuttgart), daneben in den Handschriftensammlungen der Württembergischen Landes- bzw. der Universitätsbibliothek (Stuttgart und Tübingen) sowie dem Universitätsarchiv Tübingen. Gemäß der gewählten Fragestellung wurden bestimmte Bereiche nicht recherchiert, die etwa von Sabine Besenfelder bereits umfassend dargestellt wurden und für die kein weiterer Erkenntnisgewinn zu erwarten war, das gilt insbesondere für die Universitätsakten. Neben den Archivmaterialien wurden auch Publikationen der untersuchten Institutionen und Personen herangezogen, außerdem Sammlungen von Wissensmaterialien der Akteure und Institutionen.

Im Vergleich mit anderen Studien zur Wissensforschung bzw. zu Wissen und Staat zeigte sich, dass für Württemberg eine fast ausnahmslos sehr gute Überlieferungssituation der betreffenden Institutionen besteht. Württemberg und ab 1952 Baden-Württemberg eignet sich besonders für eine Untersuchung solcher Vorgänge, weil mit dem ab 1802 geschaffenen Flächenstaat ein zusammenhängendes Territorium entsteht, dessen Wissensproduktion ausreichend Material erzeugt und über die Produktionsweisen Archivüberlieferungen gebildet hat, insbesondere über die anerkannt vorbildliche Landesbeschreibung⁷³ mit immer wieder neu aufgelegten Wissensformaten wie Oberamtsbeschreibungen, Landesbeschreibungen und Kreisbeschreibungen, sodass sich hier situiertes ethnografisches Wissen dank guter Überlieferungslage nicht nur als Ergebnis, sondern bereits bei der Entstehung beobachten lässt – eine vorteilhafte Forschungslage für eine auf die Analyse von Feld, Praxis und Milieubildungen gerichtete Untersuchung. Als Alleinstellungsmerkmal kann gelten, dass hier der bisher zwar immer als Desiderat erkannte, aber nie erforschte Bereich der Praxis beschreibender Statistik erforscht werden kann und nicht nur eine Behördengeschichte als Personen-, Diskurs- oder Politik-

⁷² Während der Projektzeit standen für die Recherche auch Hilfskräfte zur Verfügung, die, soweit sie an der Auswertung der seriellen Quellen beteiligt waren, an der entsprechenden Stelle genannt werden.

⁷³ Vgl. REINHARD, Oberamtsbeschreibungen; ZIMMERMANN, Landesbeschreibung.

geschichte⁷⁴. Jenseits der Geschichte volkskundlichen Wissens und der Wissenschaftsforschung ist hier auch ein zusätzlicher Gewinn für die Bedeutung und Praxeologie der Behördenforschung zu erwarten.

⁷⁴ So müssen Autoren wie Michael C. Schneider meist resümieren, dass sie keine Einblicke in die Arbeitsweisen der von ihnen untersuchten historischen Wissensagenturen gewinnen konnten. Vgl. SCHNEIDER, Wissensproduktion, S. 24, Anm. 64.

4. Volks-Kunde als regionale Ethnografie

„Volks-Kunde“, so eine frühe Schreibweise, ist begrifflich einer regionalen Landeskunde zuzuordnen⁷⁵. Im Rahmen herrschaftlicher, statistischer Wissenserhebungen entstanden seit dem Ende des 18. Jahrhunderts Bereiche, die mit „Volks-Kunde“ überschrieben wurden und sich meist den Lebensverhältnissen der breiten Bevölkerungsschichten, insbesondere ländlicher Siedlungsbereiche widmeten⁷⁶. Hier entstanden wissenschaftsförmige und serielle Erhebungspraktiken⁷⁷ sowie publikumswirksame Wissensformate zur Landesbeschreibung⁷⁸. Sie lassen sich als protowissenschaftliche Ethnografie auffassen, die volkskundliches Wissen generierte und Diskurse über Kultur und Lebensweise präfigurierte. Der Begriff Ethnografie ist dabei eine aus den Quellen gewonnene Bezeichnung, die wissenschaftsgeschichtlich in die Reihe der Vorläufer der heutigen Wissenschaftsdisziplin Empirische Kulturwissenschaft/Europäische Ethnologie/Kulturanthropologie gehört, aber auch zur Genealogie der Ethnologie zu rechnen ist. Ethnografie entsteht, so eine aus den Recherchen gewonnene These, als Teil einer behördlichen oder staatsnahen Erkundung des Staatsraumes als Kulturraum. Ethnografisches Wissen, das im Bereich „eigener“ Kultur entsteht, wird daher meist gleichgesetzt mit volkskundlichem Wissen. Parallel dazu entstanden die regionalsprachlichen Philologien, die sowohl das universitäre Feld der Volkskunde vorbereiteten⁷⁹ als auch an der amtlichen Landeskunde mitwirkten⁸⁰. Ob zuerst das Interesse an der Sprache oder das an der Lebensweise forschungsleitend war, ist wissenschaftsgeschichtlich in diesem Zusammenhang immer wieder ein interessanter Diskussionspunkt⁸¹. Früh bildeten sich Öffentlichkeiten heraus, die nicht nur Adressaten dieser Wissensformate waren, sondern gleichzeitig in die Wissenssammlungen miteinbezogen wurden. Zu diesen Communities of Practices gehören die vaterländischen, heimat-schützerischen, geschichtlichen und anthropologischen Vereinigungen, aber auch die erweiterten Organe des Staates mit Lehrerschaft, Pfarrerstand und Amtsleuten in den Gemeinden.

Der Fokus auf eine regionale Ethnografie ist nicht nur forschungspragmatisch zu begründen, sondern er unterläuft mit dem subnationalen Untersuchungsfeld zunächst auch eine Diskussion, die deutsche Volkskunde retrospektiv als ein nationales Unternehmen im Sinne eines Nationalstaates unter preußischer Führung annimmt: eine kleindeutsch gedachte, später reichsdeutsch orientierte Kunde vom Volk und für das Volk, die sich tendenziell auch auf sogenannte Auslandsdeutsche ausdehnen ließ. Wie sich die Wissensräume in der langen Untersuchungszeit aber

⁷⁵ Vgl. dazu auch: TSCHOFEN, Volks-Kunde.

⁷⁶ Vgl. KASCHUBA, Einführung.

⁷⁷ Vgl. JOHLER/FIKFAK, Ethnographie.

⁷⁸ Vgl. KELLER-DRESCHER, „Auf diese Weise“; DIES., Landesbeschreibung.

⁷⁹ Vgl. BAGUS, Volkskultur.

⁸⁰ Vgl. KELLER-DRESCHER, Aus Schwabens Hain.

⁸¹ Vgl. VERMEULEN, Linguistik.

jeweils gestalten, lässt sich am regionalen Befund deutlicher herausarbeiten. Auf die Ausgestaltung von konkurrierenden Identitäten in Württemberg haben die Untersuchungen von Langewiesche, Confino, Applegate und anderen schon hingewiesen⁸². Bisher wird dieses Verhältnis von Nation und Region als ein komplementäres beschrieben, der Regionalismus gilt als Resultat oder Begleiterscheinung des deutschen Nationalismus⁸³. Für die Volkstumsforschung und die Erwartungen an eine völkische Orientierung staatlicher Forschungsförderung bieten die Arbeiten von Oberkrome⁸⁴ vergleichbare Einsichten, ebenso die schon erwähnte Studie von Schmoll zum Atlas der Deutschen Volkskunde, dessen regionales Rückwirken noch unbeleuchtet ist, obwohl der Atlas für das Ressourcenmanagement eine große Rolle spielte.

Württemberg eignet sich außerdem als Untersuchungsfeld, weil es als Staat schon früh über ein relativ zusammenhängendes Herrschaftsgebiet verfügte, das sich seit Ende des 18. Jahrhunderts stetig vergrößerte, dessen Kernland identifikatorisches Leitbild blieb. Die Neuarrondierungen wurden jeweils durch die Wiedereinsetzung von Landesbeschreibungen kulturell begleitet. Die Verhältnisse in Baden sind etwas anders gelagert und werden im Folgenden nur gelegentlich mitbehandelt, ebenso die in Hohenzollern. Spannend ist hier aber, welche kulturellen Strategien in der Nachkriegszeit und bei der Gründung des Südweststaates und in dessen ersten Jahrzehnten eingesetzt werden und wie sich volkskundliches Wissen hier (wieder) situiert. Diese regionalen Arrangements lassen sich, so die These, auf das ganze landeskundliche Feld ausdehnen und als exemplarisch für die Geschichte volkskundlichen Wissens und öffentlich wirksamer Geisteswissenschaften überhaupt betrachten. Die Frage, ob in diesem Zusammenhang Volkskunde als eine „verspätete“ akademische Disziplin betrachtet werden muss, wie dies bei Deißner diskutiert wird, oder ob man von einem unentschlossenen Vorgehen bei der Akademisierung ausgehen muss, stellt sich in einer Untersuchung, die den Weg vom Wissen zur Wissenschaft nachzeichnet, zwar auch, kann aber nicht so pointiert herausgearbeitet werden, weil sich der Fokus hin zur Beobachtung von Ressourcenmanagement und Gelegenheitsstrukturen verschoben hat und damit einhergehend die Einsicht wuchs, dass dies eine überholte Fragestellung ist. Die außeruniversitäre Phase der Volkskunde nimmt zwar 100 Jahre des hier untersuchten Zeitraums ein, aber ohne diese Phase, so die These, wäre die universitäre Verankerung des Fachs nicht möglich gewesen.

⁸² LANGEWIESCHE, Nation; DERS., Der deutsche Südwesten; CONFINO, The Nation; APPLE-GATE, A Nation.

⁸³ Vgl. WEICHLEIN, Nation.

⁸⁴ Vgl. OBERKROME, Volksgeschichte; DERS., Stamm.

5. Zeitschnitte und Aufbau der Arbeit

Die hier zugrunde liegenden Forschungen entwickelten sich nicht linear auf der Zeitachse, sondern man fängt wie bei jeder Sammlungstätigkeit an einem interessanten Punkt an und vervollständigt dann die Reihe nach Maßgabe der sich entwickelnden Interessen und Impulse, die das Forschungsmaterial, geneigte Kolleginnen und Kollegen sowie andere Gelegenheiten für weitere Vertiefungen geben, um es realistisch auszudrücken. So bleiben vielleicht bei den Daten Lücken, dafür sind die Zusammenhänge besser herausgearbeitet. Für die NS-Zeit konnte auf die bereits oben erwähnten weitreichenden Untersuchungen zurückgegriffen und verwiesen werden. Diese Studien haben die letzten Jahrzehnte zu Recht geprägt. Die Auseinandersetzung mit der Geschichte der Volkskunde in der NS-Zeit war wichtig für die Identitätsfindung der neueren Fachgeschichte, die man im Wesentlichen ab 1970 ansetzt. Aber auch danach waren sie prägend für die historische Forschung. In gewisser Weise lebt die Beschäftigung mit der Fachgeschichte von der Faszination für die „dunkle Seite“ der Geschichte bzw. deren Widerpart und damit vom Versuch, andere Traditionslinien zu finden, an die es sich vielleicht anzuschließen lohnt. Blicken andere Fächer mit einem gewissen Stolz auf das Geleistete, so befinden sich die Nachfolgefächer der Disziplin Volkskunde in der prekären Lage, die ersten großen universitären Erfolge in ihrer Geschichte im Nationalsozialismus vorzufinden. Das ist irritierend, denn es handelt sich um ein Fach, zu dessen Identität im Sinne der europäischen Aufklärung die Verbesserung der Verhältnisse gehört. Dass dieses Streben zu etwas ganz anderem beigetragen hat und dass sich keine bessere Vergangenheit finden lässt, wiegt daher schwer und kann mit ein Grund dafür sein, dass immer wieder neue Identitäten gesucht werden.

Die Wirkung und Beurteilung der NS-Zeit und ihrer Geschehnisse macht eine Beschreibung als „normalen“ Verlauf unmöglich. Wissenschaft in der NS-Zeit kann nicht als Normalwissenschaft im Sinne Thomas S. Kuhns betrachtet werden, weil vieles unter den Bedingungen der damaligen Zeit entstandene vielfach als nicht wissenschaftlich eingestuft werden muss, aber auch weil man Gefahr läuft, das moralische Urteil über diese Zeit zu ignorieren, wenn man damals Entstandenes als „normal wissenschaftlich“ einstuft. Ob man will oder nicht, man wird in eine Auseinandersetzung über die Fragen von Wissenschaftlichkeit, Moral, Schuld und Kontinuitäten hineingezogen. Daher unterliegt auch die Fachgeschichtsschreibung häufig und nachvollziehbar einer Perspektivierung, die die NS-Zeit in den Mittelpunkt stellt, die Zeit davor als bloße Vorstufe auffasst und die unmittelbare Zeit danach lediglich daraufhin befragt, ob es eine adäquate Auseinandersetzung gegeben hat oder ob zu spät von der nationalsozialistischen Ideologie abgerückt wurde. Diese Arbeit versucht, sich diesen Anforderungen zu stellen, aber gleichzeitig versucht sie auch, die Dominanz der zwölf Jahre Faschismus in der Wissenschaftsforschung durch den langen Untersuchungszeitraum vom ersten Drittel des 19. bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts ein wenig zu brechen. Damit soll eine Betrachtung der Geschichte der Volkskunde in Württemberg mit ihren Wissenspraktiken mög-

lich werden, die nicht in erster Linie auf die Frage der NS-Zeit und ihrer Überwindung zielt, sondern auf die Normalität und Alltäglichkeit volkskundlicher Wissenspraxis, auf die Voraussetzungen einer volkskundlichen Wissenschaft und die Bedingungen der Möglichkeit ihrer Etablierung. Sie schließt damit auch an eine Entwicklung in der Wissenschaftsforschung an, die gerade verstärkt die Zeit vor 1900 und ab 1920 in den Blick nimmt.

In dieser Studie geht es um eine Geschichte des Wissens einer ethnografischen Wissenschaft und die damit verbundenen Praktiken, ihre Personen und ihre Institutionalisierungen, um die Ressourcen und Strategien, die Akteure nutzen und einsetzen, um ihre Wissensbestände zu plausibilisieren und in einen Wissenschaftsmodus zu überführen. Volkskunde als Wissenschaft beginnt nicht erst mit der ersten Lehrstuhlgründung, auch nicht mit den ersten universitären Vorlesungen, sie formiert sich lange davor. Es gibt eine „Institutionalisierung vor der Institutionalisierung“, das betonen auch alle Abhandlungen über die Fachgeschichte⁸⁵. Bei genauerer Betrachtung der Wissenschaftsgeschichte lässt sich feststellen, dass es sich so auch mit anderen Wissenschaften verhält, die sich aus einer Formierungsphase heraus etablieren und diversifizieren⁸⁶. Diese Verankerung und die Ablösung davon sind notwendige Schritte auf dem Weg zu einer eigenständigen Wissenschaft mit abgegrenzten Wissensbereichen. Volkskunde ist also zunächst ein Teilbereich von anderen Wissensbereichen und Institutionen, die es zu untersuchen gilt. Die Perspektive auf volkskundliches Wissen macht diese Teilbereiche nachvollziehbar, lässt sie deutlicher hervortreten und macht sie damit auch in ihrer Relevanz bewertbar. Es geht daher nicht einfach um eine Suche nach den frühesten Belegen für den Begriff und die Sache, sondern es handelt sich um das Identifizieren der Verdichtungsmomente, an denen entscheidende Entwicklungen angestoßen werden⁸⁷.

Über die Beachtung der Bedingungen historischer Zuschnitte und ihrer angemessenen Wahl für die Darstellung hinaus ist zu fragen: Wann fängt etwas an, was genau ist der Anlass und das Datum für eine Entwicklung? Das ist für die Volkskunde kaum festzulegen: Etwas ist immer schon da. Was wann genau das Entscheidende war, zeigt sich erst im Blick zurück. Und auch im Rückblick kommt es darauf an, welche Perspektive man einnimmt und welche Fragen man stellt, um bestimmte Anfänge zu identifizieren und andere möglicherweise außer Acht zu lassen. Die Daten sagen nur eingeschränkt etwas darüber aus, wann Gedanken und Absichten die Strukturen ausgebildet haben, die es ermöglichten, dass sie sich materialisierten. Eher ist danach zu fragen, wann sich etwas verdichtet, sodass es zu beobachtbaren Vorgängen kommt. Solche Forschung muss als eine Archäologie im Foucault'schen Sinne, also der Diskurse und Praktiken, aufgefasst werden oder – wie bei Giorgio Agamben zu lesen – als ein Zurückgehen an den Punkt, an dem

⁸⁵ Vgl. stellvertretend BAUSINGER, *Volkskunde*.

⁸⁶ Zum Beispiel die Germanistik, vgl. JANOTA, *Eine Wissenschaft*.

⁸⁷ Vgl. KELLER-DRESCHER, *Fragment*.

sich etwas zeigt und gezeigt werden kann⁸⁸. Es wird im Folgenden keine rein chronologische Geschichte erzählt, sondern eine Geschichte von Verdichtungen um eine Zeiteinheit herum, von der aus die entscheidenden Entwicklungen sichtbar gemacht werden können. In einer Geschichte der Bedingungen der Möglichkeit der Etablierung einer Wissenschaft gibt es genaue und oft genug weniger genaue Daten und retrospektiv benennbare Zäsuren, denen aber immer eine Entwicklung vorgängig ist, die ermöglichen, das „Datum“ zu benennen. Es ist daher sinnvoll, sich das Datum als ein Ereignis „um“ einen bestimmten Zeitraum herum vorzustellen, so wie das überzeugend in dem von Bernhard Jussen herausgegebenen Band „Die Macht des Königs“ durchgeführt wurde⁸⁹. Also muss man die wichtigen Entwicklungen für die Entstehung der Volkskunde hier um 1820, um 1860, um 1900, um 1920 und um 1950 denken. Dabei ist jedes so benannte Kapitel einem thematischen Schwerpunkt gewidmet und hat immer zeitliche Überlappungen in die anderen Kapitel. Die Bestimmung des jeweiligen Kapitelschwerpunktes liegt in dem spezifischen Zusatz zu jeder Überschrift: also „das Bureau“, „das Volk“, „Aktionen“, „Institutionen“ und „Milieus“. Die Kapitelfolge beginnt im Statistisch-topographischen Bureau mit der Vor-Geschichte ethnografischen Wissens um 1820, untersucht dann den Aufstieg des „Volks“ als Konzept und Untersuchungsgegenstand um 1860, verfolgt dann die Sammlungsunternehmungen und ihre gesellschaftliche und organisatorische Verankerung um 1900, beobachtet die Formierung von Wissen und Akteuren zu neuen Institutionen um 1920, um dann mit einer Analyse der dabei entstandenen und entstehenden förderlichen Verbindungen von und in verschiedenen Milieus um 1950 zu enden und abschließend die Frage nach dem Weg vom Wissen zur Wissenschaft zu resümieren.

⁸⁸ Ebd.

⁸⁹ Vgl. JUSSEN, Die Macht.

II. Um 1820 – das Bureau

Bei der Erforschung des Horizonts und der Geschichte ethnografischen Wissens müssen die Anfangsszenarien des Wissens deutlicher herausgearbeitet werden. Betrachtet man Fachgeschichte als Wissensgeschichte, ist den Bedingungen der Wissensproduktion in ihrer historischen Umgebung und den Austauschbeziehungen der Akteure mehr Beachtung zu schenken. Die bisher gebräuchliche Darstellung der Geschichte als einer Erzählung über einzelne hervorragende Persönlichkeiten des Faches in ihrer geistesgeschichtlichen Um- und Mitwelt wird daher hier flankiert von der Geschichte vor- und außeruniversitärer Organisationsformen, den Vereinen und Vereinigungen, Akademien und Gesellschaften, die sich in der beginnenden bürgerlichen Gesellschaft und ausgehend von den Bildungsgedanken der Aufklärung im 18. und 19. Jahrhundert formierten und vor allem in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zunehmend volkskundliche Themen aufgriffen oder zumindest in ihren Satzungen verankerten. Größte Aufmerksamkeit bekommen die sich parallel dazu formierenden neuen Wissensagenturen, die in zunehmender Staatsnähe zum Beispiel als statistische Büros (zeitgenössisch Bureau genannt) ethnografisches Wissen generierten und nun auch publizierten und dafür eine vernetzte Wissenshandlungsstruktur erarbeiteten. Von ihnen, so die These, gingen wichtige langanhaltende Impulse für die Etablierung und die Praxeologie von Volkskunde als Wissenschaft aus. Im Zentrum dieses Kapitels steht daher das 1820 in Württemberg gegründete Statistisch-topographische Bureau als ein Beispiel für die neuartigen Wissensagenturen.

1. Anfangsszenarien ethnografischen Wissens: Vereins- und Sprachforschung, Reise- und Landesbeschreibung

Die Zeit vor den ersten Institutionalisierungen und vor der Formierung einer wissenschaftlichen Disziplin, hier „Volkskunde“, wird in der Fachgeschichtsschreibung, wie auch sonst in der Wissenschaftsgeschichte üblich, meist kursorisch als ideen- und personengeschichtliche Abfolge aufgefasst. Dabei wird in der Ideengeschichte erarbeitet, was an gedanklichen Vorarbeiten geleistet wurde und wo die Vorläuferwissenschaften geistig zu verorten sind. Diese diskursgeschichtliche Verankerung wird dann aber kaum beachtet, wenn die unmittelbare Etablierungsphase vor den ersten Professuren und Lehrstuhlgründungen – so in Württemberg 1920, 1933, um 1950 – und die nachfolgende Konsolidierung als Wissenschaftsdisziplin untersucht wird. Die damit einhergehende personengeschichtliche Darstellung der Fachgeschichte wählt meist eine Abfolge von Namen einflussreicher Personen, die dann mit den Ideen und erbrachten Leistungen und Wissensformaten verknüpft werden. Dafür werden in erster Linie die Namen Herder, Grimm und Riehl angeführt und mit ihnen die Sprach- und Erzählforschung und aus diesen mittelbar folgend die Sachkulturforschung im Sinne von „Wörter und Sachen“, also der erweiterten Philologie. Und im Falle Riehls die wissenschaftspolitischen und methodischen Strategien hin zu einer „Volkskunde als Wissenschaft“. Die Prägungen und Verbindungen durch die damit zusammenhängende Rolle der Staatswissenschaften, der Sprachgeschichte und Dialektologie als sachliche und methodische Vorläuferwissenschaften und anderer sich daraus ergebender wissenschaftlicher Ko-Milieus werden im Sinne einer purifizierenden Darstellungsweise wenig wahrgenommen oder in ihrer Bedeutung unterkomplex behandelt¹. Die Nachwirkungen der frühen diskursiven Verankerungen werden – abgesehen von der NS-Zeit – kaum untersucht. Ausschlaggebend ist sicher, dass sich die Disziplin seit den 1960er-Jahren von ihren philologischen und kanonfixierten Anfängen deutlich wegbewegt hat und in einer retrospektiven Begründungslogik nach anderen Verbindungen sucht. Der Horizont ethnografischer Wissenschaft ist, so sieht es die gleichnamige fachgeschichtliche Publikation², nicht nur weiter, sondern führt in seiner Weite, die der Perspektive auf das Wissen statt auf die Wissenschaft geschuldet ist, so die These hier, auch zu einer anders zu erzählenden Geschichte der Disziplinwerdung. Damit können neben Diskursen auch Praktiken, neben Personen auch Netzwerke und neben (Wissens)Sammlungen auch Handlungen in historisch langer Perspektive verfolgt werden.

¹ Han Vermeulen hat für die Geschichte der Ethnologie ebenfalls auf diese Lücke aufmerksam gemacht und die Bedeutung der Sprachforschung für die Genealogie der Ethnologie herausgestellt. Vgl. VERMEULEN, Linguistik.

² DIETZSCH/IMERI/KASCHUBA, Horizonte.

In den Horizont ethnografischen Wissens gehören zum Beispiel die historischen Vereine, die sich regionaler und nationaler Geschichte widmen. Sie nahmen die Erforschung der geschichtlichen Alltagswelt in ihren Aufgabenbereich auf und wirkten in ihrer patriotischen Orientierung in einem Themenfeld, das sich für volkskundliche Sammlungen und Quellen ebenso interessierte wie für die Bereiche der Hochkultur, der Herrschaftsverhältnisse und vor allem der Sicherung der Überreste der weithin unbekannteren Vergangenheit. Ihr Wirken beschränkte sich nicht auf eine thematische und methodische Vorbereitung volkskundlichen Wissens, sondern kann auch verstanden werden als Gelegenheit zur Bildung von Wissensmilieus, an denen Volkskunde partizipieren kann. Es entstanden in Südwestdeutschland im Laufe des 19. Jahrhunderts eine Reihe von naturkundlichen, anthropologischen und historischen Vereinen, die zum Teil von kurzer Lebensdauer waren, zum Teil mit sich wandelnden Zielen immer wieder neu gegründet wurden oder seit ihrer Gründung bis heute fortbestehen.

Im Wesentlichen einflussreich waren der Württembergische Altertumsverein, der 1843 gegründet wurde, der noch ältere Ulmer Verein für Kunst und Altertum von 1841, der Zabergäuverein (1788/1841³), der Verein für Geschichte und Naturgeschichte der Baar in Donaueschingen (1805/1842), der Historische Verein für Württembergisch Franken (1847), der Verein Badische Heimat und der Sülchgauer Altertumsverein (beide 1852); der Verein für vaterländische Naturkunde in Württemberg (1841), dem eine ältere Gesellschaft naturforschender Ärzte in Schwaben vorausging. Über die genaueren Bedeutungen der Vereine wird in den folgenden Kapiteln zu lesen sein. Auffällig ist, dass hier häufig Adlige aus der nichtregierenden Nebenlinie (Herzog von Urach) oder aus entmachteten Häusern (Fürstenberg) eine wichtige Rolle einnahmen oder einnehmen sollten. Die bürgerlichen Akteure scheinen das auch gezielt angestrebt zu haben, denn ohne adliges Protektorat fehlte ein wichtiges gesellschaftliches Kapital, aber auch das Geld⁴. Das ist kein württembergisches Spezifikum, man denke zum Beispiel an das Wirken von Erzherzog Johann⁵ und Kronprinz Rudolf für Österreich-Ungarn⁶.

Diese Vereine und Gesellschaften hatten europäische Vorbilder und Ko-Gründungen. In der Übersichtsdarstellung von Mohammed Rassem und Justin Stagl wies insbesondere die Academie Celtique (1807) mit ihrem ausformulierten volkskundlichen Sammlungsprogramm eine deutliche genealogische Funktion auf. Ihr

³ Die zweite Jahreszahl bezieht sich auf die jeweilige Wiedergründung des Vereins.

⁴ Lorenz Oken (1779–1851), Naturforscher und einflussreicher Wissenschaftspublizist, hält in seiner Zeitschrift „Isis“ mehrfach ein flammendes Plädoyer für das Engagement des Staates für die Vereinsforschung und die Wissenschaften. Den mediatisierten Fürsten (hier Fürstenberg) schlägt er ein Engagement für die Wissenschaft zur Kompensation ihrer verlorenen politischen Bedeutung vor. Vgl. Isis oder Encyclopädische Zeitung 1 (1818) 11, Sp. 1794–1796.

⁵ Überblick in: [Http://de.wikipedia.org/wiki/Johann_von_Österreich](http://de.wikipedia.org/wiki/Johann_von_Österreich) [20.7.2017].

⁶ Vgl. JOHLER/FIKFAK, Ethnographie.

ging die Société des Observateurs de l'homme (1799–1804) voraus⁷, zu deren Verdiensten die Entwicklung einer ersten ethnografischen Methodologie mit Fragelisten zählt⁸. Beide Gesellschaften fanden schließlich in der Société des Antiquaires eine lange tätige Vereinigung⁹. Rassem und Stagl nehmen an, dass es einen direkten Einfluss auf Jacob Grimm und seine Sammlungsideen gegeben haben könnte, und das macht die französischen Vorläufer über die allgemeine Zirkulation von Ideen hinaus bemerkenswert und nach wie vor wichtig zum Verständnis einer immer auch internationalen Orientierung der frühen Ethnografie.

Wenn man in der Genealogie noch einen Schritt zurückgeht, so treten Reise-literatur, Länder- und Landesbeschreibungen, Statistik und Staatsbeschreibung, Naturkunde sowie die Sprachgeschichte als Wissensbereiche hervor, die ein frühes Interesse an ethnografischem, volkskundlichem Wissen formulieren und in ihre Darstellung mit aufnehmen. Systematisch haben sich wie bereits gesagt schon vor längerer Zeit Rassem und Stagl mit diesen Formaten befasst¹⁰. Sie legen nahe, dass es die Statistik – verstanden als systematische Wissenserhebung und -darstellung – ist, die die ethnografischen Wissenschaften mitbegründete. Deren Methodik war schon in den Reisehandbüchern, den Apodemiken, angelegt und wurde von Proto-Statistikern – darunter sind auch solche mit naturkundlichen Unternehmungen zu zählen – und privat-gelehrten Gesellschaften, meist in patriotischer Absicht, betrieben und auf ersten wissenschaftlichen Forschungsreisen erprobt. Die entstehenden Wissenschaftsakademien trugen ihren Teil dazu bei, dass Auftrag und Ausstattung dieser Reisen halbwegs gesichert werden konnten, und mit der Akquise internationaler Wissenschaftler unterstützten sie einen Gelehrtenaustausch über die Grenzen der damaligen Länder. Aus den Darstellungen zur Geschichte der Ethnologie lässt sich ableiten, dass insbesondere den großen Forschungsreisen nach Sibirien, die von der St. Petersburger Akademie organisiert wurden, überragende Bedeutung auch für die ethnografische Forschung, insbesondere für deren Methodologie und Praxeologie zukommt¹¹. Diese Reiseerfahrungen nahmen dann wiederum Einfluss auf die sich ausbildenden Staatswissenschaften/Statistik insbesondere Göttinger Prägung und deren Konzepte von Bevölkerungswissen. Davon wird weiter unten noch Näheres ausgeführt.

Auch in Hermann Bausingers Darstellung der Wissenschaftsgeschichte der Volkskunde gehören Statistik und Reisebeschreibung zu den unabdingbaren Anfangsvoraussetzungen und in die Anfangsszenarien der Formierung universitärer Volkskunde¹². Akzentuiert Bausinger mehr die strukturell-geistigen Grundlagen,

⁷ Zur Bedeutung der Société für die Entstehung der Anthropologie in Frankreich vgl. CHAPPEY, *La Société*.

⁸ Vgl. RASSEM/STAGL, *Geschichte*, S. 544.

⁹ Vgl. ebd., S. 545.

¹⁰ Vgl. RASSEM, *Die Volkstumswissenschaften*; STAGL, *Eine Geschichte*; RASSEM/STAGL, *Geschichte*.

¹¹ VERMEULEN, *Before Boas*; BUCHER, „Von Beschreibung“.

¹² Vgl. BAUSINGER, *Von der Altertumswissenschaft*, S. 29f.

so sind bei Rassem und Stagl auch die Methoden und Institutionen thematisiert. Deren Untersuchungen fundieren früh eine praxeologische Betrachtungsweise von Reise- und Landesbeschreibung, ohne dass dieser Impuls zunächst von der Wissenschaftsgeschichte aufgegriffen worden wäre. Erst die neuerliche Sichtung einzelner Werke mit dekonstruktivistischer Absicht lenkte das Interesse wieder auf die Entstehungsbedingungen und die Rolle ethnografischen Wissens in den Länder- bzw. Landesbeschreibungen. Die komplexe Betrachtung des sogenannten Kronprinzenwerks unter der Herausgeberschaft von Reinhard Johler und Jurij Fikfak hat in einzelnen Beiträgen (besonders dem von Regina Bendix) zur „Ethnographie in Serie“ Vorbildliches geleistet zum Verständnis dieser Formate und der sie begleitenden Praktiken¹³. Es zeigt sich dabei, dass die praxeologische Betrachtungsweise dieser Formate ihre Vergleichbarkeit und die Sicht auf ihre Verbundenheit erst möglich macht¹⁴. Ihre Vorläufer lassen sich dabei nicht in eine lineare Genealogie bringen, zu vielfältig sind die Entstehungsinteressen und die politischen und wissenschaftlichen Hintergründe der jeweiligen Ansätze einzelner Länder. Die wichtigsten Impulse für die Praxeologie lassen sich aber gerade in der Betrachtung einer regional begrenzten Formatgenealogie und Institutionalisierungsgeschichte herausarbeiten.

¹³ JOHLER/FIKFAK, Ethnographie, darin: BENDIX, Zwischen Weltsicht.

¹⁴ Vgl. KELLER-DRESCHER, Landesbeschreibung.

2. Behördenforschung: Grund, Organisation und Personal

Die Historikerin Margit Szöllösi-Janze hat für die historische Wissensforschung darauf hingewiesen, dass die Rolle behördlicher Forschung – auch Ressortforschung genannt – bisher vollkommen unterschätzt und auch nicht systematisch verfolgt wurde¹⁵. Die Wissenschaftsförmigkeit der Behördenforschung als einer in behördlicher Organisationsform stattfindenden Wissensgenerierung kam bisher nicht zur Geltung, schon gar nicht in der Geschichte der Geisteswissenschaften. Allenfalls die Wissenschaftsakademien als vor- und außeruniversitäre Wissenschaftsakteure werden untersucht¹⁶. Einen ersten Ansatz in Richtung Behördenwissen bzw. Struktur der Wissensproduktion der statistischen Behörden erarbeiten in letzter Zeit einige interessante neuere Untersuchungen in ähnlicher Weise wie hier angestrebt, aber mit anderer Fragestellung und Materialbasis¹⁷. Mit der Untersuchung des Statistisch-topographischen Bureaus und seiner Rolle für die Generierung volkscundlichen Wissens wird hier an Szöllösi-Janzes Vorschläge zu einer stärkeren Berücksichtigung der Behördenforschung für die Geschichte der Wissenschaft bzw. des wissenschaftlichen Wissens angeknüpft.

Der württembergische Staatswissenschaftler Gustav Rümelin schrieb 1863 in seiner Theorie der Statistik über die Rolle des Staates und seiner Behörden für die Wissensbasis der Statistik und deren weiterer Nutzung als empirisches Basiswissen für alle Wissenschaften: „Es hat sich für alle Wissenschaften vom Menschen eine gemeinsame Hilfswissenschaft gebildet, welche jeder von ihnen das Material einer universellen Empirie, dessen sie bedarf, zur Verfügung stellt. Der äussere Grund zu dieser Entwicklung der Dinge lag darin, dass es zuerst der Staat war, welcher für practische Zwecke das Bedürfniss einer methodischen Massenbeobachtung empfand, und durch besondere Veranstaltung, insbesondere die Errichtung staatswissenschaftlicher Observatorien befriedigte, nach und nach aber diese Institute auch für allgemeinere wissenschaftliche Zwecke, an denen er kein so unmittelbares Interesse hatte, verwenden liess.“¹⁸

Rümelin verfasste diese Abhandlung nicht nur als künftiger führender württembergischer Staatswissenschaftler an der Universität Tübingen und ehemaliger Staatsminister, sondern auch als Leiter des Königlich Statistisch-topographischen Bureaus, dem er von 1861 bis 1873 vorstand¹⁹. Das Bureau war zu diesem Zeitpunkt schon seit gut 40 Jahren tätig und diente, mit Rümelins Worten, der „methodischen Massenbeobachtung“²⁰.

¹⁵ Vgl. SZÖLLÖSI-JANZE, Wissensgesellschaft.

¹⁶ So bei GIERL, Geschichte.

¹⁷ So bei SCHNEIDER, Wissensproduktion.

¹⁸ RÜMELIN, Zur Theorie, S. 662.

¹⁹ Seit 1867 hatte Rümelin zusätzlich eine Professur an der Universität Tübingen, deren Kanzler er schließlich wurde. Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Gustav_von_Rümelin [20. 7. 2017].

²⁰ RÜMELIN, Zur Theorie, S. 662.

a) Die Gründung und Zielsetzung des Statistisch-topographischen Büreaus

Mit Erlass vom 28. November wurde 1820 für Württemberg ein Königlich Statistisch-topographisches Bureau eingerichtet. Dies verkündete das württembergische Staats- und Regierungsblatt im Dezember 1820 mit folgenden Worten: „So-dann haben *Höchstieselben* vermöge Resolution vom 28. v[origen]. M[onats]. für die Statistik und Topographie des Vaterlandes ein eigenes Bureau zu errichten und solches der Kadaster-Commission an die Seite zu stellen geruht. Für dieses statistisch-topographische Bureau ist neben dem Regierungs-Rathe *Kausler* der bisherige Präceptor *M. Memminger* in Cannstadt mit dem Charakter und Range eines Professors der Universität gnädigst ernannt worden.“²¹

Weitere Bestimmungen dazu wurden im Frühjahr 1821 ebenfalls im Staats- und Regierungsblatt ausgeführt: „[...] haben *se. Königl. Majestät* ein statistisch-topographisches Bureau zu errichten geruht. Dasselbe hat die Bestimmung, eine genaue und vollständige Landes= Volks= und Ortskunde von Württemberg zu liefern, und die in jedem Jahre hierunter sich ergebenden Veränderungen sorgfältig zu sammeln, so daß jede Regierungsbehörde und jeder Württemberger fortdauernd eine richtige und umfassende Kenntniß von dem Zustande und den Verhältnissen des Vaterlandes sich zu verschaffen Gelegenheit habe.

Um nun diesen Zweck erreichen zu können, haben *Se. Königl. Majestät* verordnet, daß sämtliche Provinzialstellen und Beamte, namentlich auch die Geistlichen, Aerzte und Ortsvorsteher denjenigen Anforderungen, welche das Bureau in der angegebenen Beziehung an sie zu machen für nöthig erachten wird, pflichtgemäß zu entsprechen gehalten seyn sollen.

Insbesondere werden dieselben angewiesen, die tabellarischen Fragen=Plane, welche das Bureau zu bestimmten Zeiten ausschicken wird, mit Fleiß zu beantworten, und zur gesetzten Zeit pünktlich ausgefüllt, und mit ihrer Unterschrift versehen, an dasselbe zurückzusenden.

Dabei wird vermerkt, daß man es gerne sehen wird, wenn auch Liebhaber der Vaterlandskunde, welche nicht amtlich dazu verbunden sind, dem Bureau ihre Beobachtungen und gesammelten Nachrichten mittheilen, und somit zur Beförderung des vorgesetzten gemeinnützigen Zweckes beitragen werden. Stuttgart den 26. März 1821 Weckherlin“²².

Mit diesen beiden amtlichen Bekanntmachungen wurden erste Ziele und die Rahmenbedingungen vorgestellt. Analysiert man die erste knappe Ankündigung entlang der Hauptbegriffe Statistik, Topographie, Büro, Kataster, Bestimmung und der genannten Namen, so werden zunächst die thematische und organisatorische Verankerung dieser neuen Behörde und im Rahmen der zweiten Bekanntmachung

²¹ Königlich Württembergisches Staats- und Regierungsblatt, 9. 12. 1820, Nr. 70, S. 635. Kur-sivierungen und andere Hervorhebungen stammen stets aus der Quelle.

²² Königlich Württembergisches Staats- und Regierungsblatt, 3. 04. 1821, Nr. 19, S. 155.

auch deren Ausführungspläne erkennbar: *Statistik und Topografie* stehen im damaligen Sinne für Landes- bzw. Staatskunde und den Modus ihrer Erarbeitung. „Statistik“ meint dabei zunächst nicht die Zahlenstatistik, sondern die Erfassung und Beschreibung des Wissens über den Staat als Ganzes mit unterschiedlichen Methoden. Die Diskussion darüber, was Statistik sei, begleitete die Institutionalisierung und die Entwicklung der Statistik. Gustav Rümelin, Leiter dieser Behörde, schrieb 1863, also nach vier Jahrzehnten der statistischen Tätigkeit durch das Bureau in Württemberg zu diesen Entwicklungsschritten: „Das was bisher Statistik hieß, hat sich uns hiernach in zwei getrennte Disciplinen aufgelöst, eine allgemeine methodologische Hilfswissenschaft der Erfahrungswissenschaften vom Menschen, welcher wir, dem gemeinen Sprachgebrauch folgend, den Namen Statistik beilegen, und eine selbständige, auf dem Grenzgebiet von Geographie und Geschichte gelegene Wissenschaft, für die wir den Namen Demographie gewählt haben, die aber auch bei entsprechender Erläuterung der Begriffe, Völker- oder Staaten-, Volks- oder Staatskunde genannt werden mag.“²³

Rümelin verfasste seine Grundlegung der Statistik in einer Zeit, in der die alte „Universalstatistik“ nicht mehr aufrechterhalten werden konnte und sich die Aufgaben institutionell aufzuspalten begannen²⁴. Rümelin konstatierte ironisch, dass dies der 63. Versuch sei, Statistik richtig zu definieren, und dass danach noch viele neue Deutungen folgen würden. Vorausgreifend lässt sich an dieser Stelle sagen, dass Rümelins Auffassung vermutlich am württembergischen Beispiel und an der behördlichen statistischen Praxis geschult war, für die diese doppelte Bedeutung (noch) zutraf, denn Statistik integrierte hier noch beschreibende, auch historisch orientierte Landeskunde, Zahlenstatistik sowie tabellarische Erhebungen und Darstellungen.

Topografie in der Wortbedeutung aus dem Altgriechischen bedeutet Ortsbeschreibung. Dabei kann mit „Ort“ sowohl Siedlung als auch die Gestalt der Erdoberfläche unter Berücksichtigung der natürlichen und der siedlungsgeschichtlichen Gegebenheiten gemeint sein. Das inkludiert beschreibende und vermessende Verfahren. Die Landesvermessung, in Württemberg 1818 begonnen, und in ihrer Folge die Kartierung des Landes, standen als Aufgabe mit der statistischen Arbeit in Verbindung. In den Darstellungsformaten wurde der Ortsbeschreibung immer große Bedeutung eingeräumt. Geografisches Wissen und volkscundliches Wissen wurden hier gleichermaßen neben anderen entwickelt und überschritten sich teilweise in Verfahren, Personen und Darstellungsweisen, etwa in der Siedlungskunde²⁵.

Bureau (hier im Ankündigungstext 1820 noch Bureau geschrieben, sonst Bureau und später Büro) verweist auf die Anlehnung an das französische Verwaltungs-

²³ RÜMELIN, Zur Theorie, S. 692 f.

²⁴ Vgl. RASSEM/STAGL, Exposé, S. 12.

²⁵ Einen aktuellen Überblick über die Geschichte und Aufgabenstellung der Landesvermessung gibt: http://de.wikipedia.org/wiki/Württembergische_Landesvermessung [20.7.2017].

system, das man im Zuge der Koalition mit Frankreich übernommen hatte bzw. zunächst übernehmen musste. Es verweist auch auf schon bestehende vorbildgebende Institutionen: das französische²⁶, das preußische und das bayerische statistische Bureau. Die büroförmige Organisation verweist nicht nur auf die genannten Vorläufer, sondern auch auf die Art der Organisation der Behörde. Mit dem Begriff verbindet sich die Vorstellung einer kleinen räumlichen Einheit, die Informationen generiert, sammelt und verarbeitet, sie ist aber keine Kanzlei, die nur dem Kopieren, Auslegen und Aufbewahren von Vorhandenem dient²⁷. Ein Bureau kann daher mit wenig festem Personal und zahlreichen nebenamtlichen und sonstigen dienstlich zur Mitarbeit Verpflichteten betrieben werden, worauf bereits die Gründungsankündigung hinwies. Institutionell wurde das Bureau in neue Verwaltungsformate, hier die Kataster-Kommission (zeitgenössisch: Kadaster-Commission) eingegliedert und es unterstand dem Finanzministerium. Der Finanzminister gilt denn auch als einer der Vordenker dieser Einrichtung²⁸ und nicht nur als ihr formeller Vorstand. Zunächst aber zum Verständnis der Einordnung zur Kataster-Kommission: Eine *Kataster*-Kommission ist eigentlich eine Steuerkommission, das heißt eine Kommission, die sich mit der steuerlichen Einschätzung und Einordnung aller Grundstücke und Geschäfte befasst. Grundlage dafür war die genaue Vermessung und Bewertung aller steuerrelevanten Flächen und fakultativ auch der Gebäude. Für ein Kataster, das sich für eine neue, gerechte, klare und einfache Steuerpolitik²⁹ einsetzen ließ, war die einheitliche Vermessung des Landes unabdingbar. Auch hier folgte man in Württemberg dem französischen Vorbild³⁰. Verbunden damit waren mehrere Ziele: von der Behebung des Kenntnisdefizits des neu hinzugekommenen Staatsgebiets über die Bewertung der Mediationsgewinne, Erfassung der vorherigen Reichsstädte sowie der Adels- und Kirchengüter etc. bis zur Erhöhung des Steuereinkommens durch Neubewertung.

Die Einrichtung des Bureaus verband sich also mit der Schaffung mehrerer neuer Einrichtungen, die das neue Königreich in den Jahren nach der Implementation der neuen Verfassung – modern ausgedrückt – im Sinne von „Governance durch Wissen“ steuerungsfähig machen sollten. Nicht zufällig ist in der hier erläuterten knappen Verlautbarung von „Statistik und Topographie des Vaterlandes“ und nicht etwa „Württembergs“ oder „des Königreichs“ die Rede. Die Wahl der Vaterlands-Rhetorik weist schon an dieser Stelle darauf hin, dass versucht wurde, den Staat

²⁶ Das französische Bureau de statistique war sehr wechselvoll in seinem Bestehen und seiner politischen Zielsetzung. Vgl. RASSEM/STAGL, Geschichte, S. 564 f.

²⁷ Die eigentliche Büro-Innovation vollzog sich nach Cornelia Vismann zwar erst am Ende des 19. Jahrhunderts, hatte hier aber ihre Vorläufer. Vgl. VISMANN, Akten, S. 267–269.

²⁸ So bei KLUGE, Die amtliche Landesbeschreibung, S. 257.

²⁹ So bewertet es der Nachruf auf F. H. A. Weckherlin, Finanzminister und Leiter der Kommission. In: Württembergische Jahrbücher (1828) 1, S. 59–75.

³⁰ Die Vermessungen und nachfolgende Kataster wurden in Frankreich nach der Revolution begonnen, in Preußen 1819 eingeführt.

und das Staatsgebiet als Identifikationsraum neu zu begründen. Das Bureau war eine der Agenturen, die dafür eingesetzt wurden.

Mit der Arbeit des Bureaus betraut wurden Regierungsrat Kausler und Präceptor Memminger, der, wie hier vermeldet wurde, vom Lateinlehrer in den Rang eines Professors aufstieg, was einen deutlichen Karriere- und Gehaltssprung bedeutete. Für Kausler war es hingegen ein zusätzliches Amt im gleichen Rang wie seine bisherige Beschäftigung. Über den mutmaßlichen Ideengeber und weiteren Beteiligten, Finanzminister Weckherlin, informierte allerdings erst die nähere Ausführung im Staats- und Regierungsblatt im Frühjahr 1821. Doch zunächst aber weiter zur Programmatik, wie sie in der Mitteilung 1821 vorgestellt wurde.

Mit dem Begriff *Bestimmung* ist die Zielsetzung dieser neuen vom König eingesetzten Behörde gemeint, die wie folgt beschrieben wurde: 1. eine genaue und vollständige Landes-, Volks- und Ortskunde zu liefern, 2. auftretende Veränderungen in diesem Bereich jährlich zusammenzutragen, 3. daraus für Bürger und Verwaltung zugängliches Wissen zur Verfügung zu stellen und dies nicht nur einmal, sondern stetig. Zur Durchführung dieser Vorhaben wurden andere staatliche und staatsnahe Stellen zur Mitarbeit verpflichtet und zwar in dem vom Bureau festzulegenden Maß. Die ausgegebenen Fragelisten etc. mussten von den Angeschriebenen in einem begrenzten Zeitrahmen ausgefüllt und beglaubigt werden. Der Kreis der Beteiligten sollte darüber hinaus erweitert werden um nicht näher benannte „Liebhaber der Vaterlandskunde“, die ihre Wissenssammlungen zur Verfügung stellen sollten, um so auch dem intendierten „gemeinnützigen Zweck“ dienen zu können. Verantwortet war die Bekanntmachung vom neu ernannten Finanzminister Weckherlin.

Wichtig in der zweiten Mitteilung von Frühjahr 1821 ist im Zusammenhang mit der hier verfolgten Geschichte volkscundlichen Wissens, dass der Begriff Volkskunde als „Volks=Kunde“ neben die Landes- und Ortskunde gestellt wird. Diese drei Bereiche sind zwar eine Zielbeschreibung, aber noch keine Inhaltsbeschreibung dessen, was erarbeitet werden sollte. Es musste erst geklärt werden, was da eigentlich jeweils inhaltlich gemeint sein könnte. Die Trias aus Volk, Land und Ort, verbunden mit dem Wort „Kunde“, steht für den Versuch einer Eindeutschung von wissenschaftlichen Begriffen und damit einer Sprachpolitik, die im ausgehenden 18. Jahrhundert im Zeichen der Aufklärung und im 19. Jahrhundert teils im Zeichen der Nationalisierung verstärkt ausprobiert wurde. Das Wort „Kunde“, so das Deutsche Wörterbuch, habe eher etwas gesucht Altmodisches und könne nicht einfach als Übersetzung eines Fremdwortes oder als ein wiederbelebter altdeutscher Begriff aufgefasst werden, es hafte ihm etwas Artifizielles an³¹. Die Trias aus Volk, Land und Ort kann daher verstanden werden als Übersetzung von Ethnografie, Statistik und Topografie und bedeutet „Kenntnis/Wissen über“: das Volk, den Staat, das Land und was immer dann konkreter darunter verstanden wurde. Dar-

³¹ Vgl. Lemma: Kunde. In: GRIMM/GRIMM, Deutsches Wörterbuch, Band 11, Sp. 2620–2625. 1873; zitiert nach der digitalen Version: woerterbuchnetz.de/DWG/ [5.4.2013].

über musste und wurde jeweils verhandelt, wie sich aus den Akten und den Publikationen ablesen lässt.

Es ist davon auszugehen, dass in amtlichen Bekanntmachungen nichts Überflüssiges geäußert wurde, dass aber auch nicht alles, was erwähnenswert gewesen wäre, ausführlich dargestellt wurde: Zum einen, weil man dem behördlichen Handeln auch Spielräume lassen musste und zum anderen, weil wie hier zum damaligen Zeitpunkt gar nicht klar sein konnte, wie sich diese Anliegen entwickeln würden, ja noch nicht einmal, wie sie genau angegangen werden sollten. Das zu entwickeln oblag der Behördenspitze. Aus wesentlich mehr Mitarbeitern als den drei hier angegebenen Kausler, Memminger und Weckherlin bestand das Bureau lange Zeit auch nicht, aber alle galten als Experten und hatten eigene Leistungen auf dem Gebiet der „Topographie und Statistik“ vorzuweisen.

b) Gründungspersonal

Die Gesamtleitung des Bureaus lag bei Finanzminister Weckherlin, darunter rangierten Kausler und Memminger als geschäftsführende Doppelspitze, Ersterer für das Management, Letzterer für die stilistischen und inhaltlichen Belange zuständig³². Regierungsrat Christian Kausler (1761–1822) kann für die administrativen Angelegenheiten als bestens geeignet angesehen werden, denn der Jurist und Verwaltungsfachmann hatte unter anderem schon eine vorbildliche Beschreibung des Oberamts Neuenbürg vorgelegt³³. Dieses Oberamt hatte er von 1808 bis 1811 geleitet. Dann war er Oberamtmann von Göppingen und Leonberg und hatte davor Verwaltungsaufgaben bei der Neuarrondierung des Staatsgebiets übernommen, ehe er Regierungsrat und Vorstand der modernisierungsrelevanten Schifffahrtskommission³⁴ wurde. Nach eigenem Bekunden hatte er bereits Vorarbeiten zu weiteren Oberamtsbeschreibungen für Esslingen, Göppingen und Leonberg geleistet³⁵. Diese Unterlagen sind vermutlich in die vorbereitenden Sammlungen des Bureaus eingegangen. Er selbst schien 1819 – noch vor der Gründung des Bureaus – eher pessimistisch über seine Möglichkeiten, diese Ansätze weiter zu bearbeiten. Seine Beschreibung des Oberamts Neuenbürg war systematisch, empathisch und voller Hinweise auf Möglichkeiten zur Verbesserung der Verhältnisse, sie kann also im aufklärerischen Sinne als patriotisch gelten. Kauslers Engagement für das neue Württemberg wurde mit seinem steten Aufstieg in der Administration belohnt. Es gehört zum damals Üblichen, dass die oberen Beamten mehrere Ämter gleichzeitig ausübten. Das wird sich in der Geschichte des Bureaus noch häufiger zeigen. Für das Statistisch-topographische Bureau fungierte Kausler daher im Doppelpamt

³² Zu Memminger und Kausler vgl. KELLER-DRESCHER, Die Ordnung.

³³ KAUSLER, Beschreibung.

³⁴ Die Schifffahrtskommission war Teil der unter anderem über Kommissionen gesteuerten Maßnahmen von König Wilhelm I. zur umfassenden Modernisierung Württembergs.

³⁵ Vgl. KAUSLER, Beschreibung, S. V.f.

parallel zu seiner Tätigkeit als Regierungsrat der Schifffahrtskommission oder im Nebenamt, das lässt sich nicht genau definieren.

Johann Daniel Georg Memminger (1773–1840) war als hauptamtlicher Mitarbeiter berufen worden. Er hatte bis zu diesem Zeitpunkt keine administrativen Ämter bekleidet. Der Tübinger Handwerkersohn war als studierter Theologe und Altphilologe bis zu diesem Zeitpunkt als Lateinlehrer (Präzeptor) in Cannstatt³⁶ tätig gewesen. Seine Tätigkeit als landeskundlicher Autor prädestinierte ihn für diese Aufgabe. Er hatte in diesem Bereich schon etliche Veröffentlichungen vorgelegt und schloss im Amt nahtlos daran an. In zeitlicher Reihenfolge waren das: 1811: Ausflug auf die Alp im Sommer 1810 [Anonym]. In: Königlich-Württembergischer Hof- und Staats-Kalender. Ein Vaterländisches Taschenbuch. Hg. von Friedrich Lehr³⁷. – 1812: Cannstatt und seine Umgebung. Ein Beytrag zur Geschichts- und Länderkunde. – 1817: Stuttgart und Ludwigsburg mit ihren Umgebungen. – Seit 1818 war er Herausgeber für „Württembergisches Jahrbuch“. – 1820: Neueste Kunde von dem Königreich Württemberg [Überarbeitung einer früheren Ausgabe von Philipp Röder, 1812]³⁸. – 1820: Beschreibung oder Geographie und Statistik, nebst einer Übersicht der Geschichte von Württemberg³⁹. – 1820: Kleine Beschreibung oder Geographie und Geschichte von Württemberg nebst einer Einleitung in die allgemeine Erdkunde. [= Kurzfassung von „Geographie und Statistik“].

Während seiner ersten Amtsjahre folgten: 1823: Beschreibung von Württemberg nebst einer Uebersicht seiner Geschichte. Zweyte, völlig umgearbeitete und stark vermehrte Auflage [= 2. Auflage von „Geographie und Statistik“]. – 1826: Bereicherte Ausgabe der „Kleinen Geographie“. – Ab 1822 zusammen mit dem Verein für Vaterlandskunde: Würt(t)embergische Jahrbücher für vaterländische Geschichte, Geographie, Statistik und Topographie [= Fortführung des Württembergischen Jahrbuchs]. Posthum folgte 1841: Beschreibung von Württemberg. Dritte gänzlich umgearbeitete und stark vermehrte Auflage.

Memmingers Fähigkeiten bestanden in seinen teilweise selbst erworbenen Kenntnissen und Anschauungen der Verhältnisse, die in seiner Reisebeschreibung von der Alb bereits erkennbar sind, und seiner Fähigkeit zur Kompilation vorhandener Wissensbestände. Er verfügte über umfangreiche Kenntnisse der vorhandenen Literatur, was sich an seinen Literaturverzeichnissen zeigt, und konnte mit deren geschickter Bearbeitung reüssieren. Aus heutiger Sicht mutet seine Fähigkeit zur Überarbeitung der Werke anderer Autoren teilweise plagiatorisch an, entspricht aber durchaus den Gepflogenheiten seiner Zeit. Ganz ohne Skepsis wurde

³⁶ Die Zeitgenossen gebrauchten teilweise noch die Schreibweise Cannstadt, es hat sich aber die Schreibweise Cannstatt durchgesetzt.

³⁷ Zur Authentifizierung Memmingers als Autor dieser unvollendet gebliebenen Reiseschilderung vgl.: KELLER-DRESCHER, Die Ordnung, S. 58; jüngst auch: ALBER/DEIGENDESCH, Ein nahezu unbekannter Albausflug.

³⁸ Ausführlicher dazu: KELLER-DRESCHER, Die Ordnung, S. 62–65.

³⁹ Hier gibt es auch schon ein Kapitel, das er mit „Volkskunde“ überschreibt.

diese Vorgehensweise von den Zeitgenossen auch nicht aufgenommen, sie wird ihm etwa im Nekrolog auf seinen schriftstellerischen Hauptkonkurrenten Phillip Röder vorgeworfen⁴⁰. Für die Effektivität der vorgesehenen Arbeit war das jedoch die passende Fähigkeit. Kausler kann als der größere Systematiker gelten, dessen Werk das eigentliche Vorbild für die projektierten Oberamtsbeschreibungen, der seit 1810 auf 64 Oberämter bzw. ab 1819 auf 63 (plus Stadt Stuttgart) angestiegenen Verwaltungseinheiten, lieferte, während Memminger der begabtere „Erzähler“ war. Die Synthese beider Ansätze war wohl intendiert, als man beide in das Bureau berief. Kausler war mehr der Geschäftsführer, Memminger war für das Stilistische zuständig und sollte für die Wissensakquise und die Durchführung der Erhebungen sorgen.

Ferdinand Heinrich August von Weckherlin (1767–1828), der Finanzminister, war nicht nur pro forma und weil das Amt unter der Obhut eines Ministeriums angesiedelt werden musste, der übergeordnete Amtsvorstand, sondern brachte eine eigene Expertise ein: Er war seit 1821 Geheimer Rat und Finanzminister, er bekleidete Ämter unter verschiedenen Regierungen, den eigentlichen Karriereprung machte er unter Wilhelm I. von Württemberg. Zuvor war er schon mit der Organisation der „Neuländer“ und etlichen Finanz-, Steuer- und Wirtschaftsinnovationen betraut gewesen. Er war der Prototyp des engagierten, praktischen, selbstgebildeten (er hatte nicht studiert) und vaterländisch und möglicherweise pietistisch orientierten Staatsdieners. Bereits in jungen Jahren war er mit einer statistisch-topografischen Studie und Schriften zum Schreiberwesen hervorgetreten. Diese Einschätzung gewinnt man in seinem ausführlichen Nachruf⁴¹.

Die organisatorische Eingliederung des Bureaus unter das Finanzministerium folgte also der Logik der Aufgabe, die sich an die Katasterbildung und die Vermessung angliederte, deren Grundgedanke die Besteuerung war, und sie folgte der Logik, dass der Initiator Finanzminister Ferdinand Weckherlin selbst als Autor dieser Themenbereiche tätig war. Er gab damit die weitere Bearbeitung in kompetente Hände, blieb aber selbst auch beteiligt. Weckherlin war es auch, der dem König das Konzept darlegte und dabei viele der später immer wieder auftauchenden Argumentationen für ein solches Bureau entwarf⁴².

Die angestrebte Arbeitsgemeinschaft kam allerdings kaum zum Tragen, weil Kausler bereits 1822 starb. Memminger übernahm ab 1822 de facto alleine die Leitung der amtlichen Landesbeschreibung, auch wenn es eigentlich bei einer Doppelspitze unter der Oberaufsicht des Finanzministers blieb. Die ersten Jahre galten der

⁴⁰ Röder habe vor Memmingers „eifrige[r] Feder“ kapituliert, so beschreibt es Röders erster Biograf Otto Häcker: HÄCKER, Philipp Röder, S.397. Dazu und zu Röders Leistungen auch: KELLER-DRESCHER, Die Ordnung, S.62–65.

⁴¹ Nachruf in: Württembergische Jahrbücher (1828) 1. Da im Gegensatz zu anderen Nekrologen kein Verfasser genannt ist, spricht dies für den Herausgeber der Württembergischen Jahrbücher, Memminger, als Autor des Nachrufs auf Weckherlin. Sprachlich ist der Nachruf sehr feinsinnig und man ahnt die Verehrung für Weckherlin.

⁴² Der Vorgang ist erhalten in den Akten des Geheimen Rates in: HStAS E 31 Bü 1455.

Organisation der behördlichen Abläufe und der neuen Wissensformate. Memminger hatte nur Vorerfahrungen als sich selbst beauftragender, privater Reisender, der nebenher geforscht und geschrieben und sich sein Wissen durch Sekundärquellen und eigenen Augenschein wie in seiner „Albreise“ erarbeitet hatte, während Kausler als Oberamtmann darüber hinaus behördliches Wissen und Wissensmanagement zur Verfügung gehabt hatte. Diese von beiden eingebrachten Vorerfahrungen mussten nun zu neuen Erhebungs-, Verarbeitungs- und Präsentationsformaten umgearbeitet werden. Dafür musste zunächst eine Wissensbasis geschaffen werden. Eine der ersten Maßnahmen für die Substanzbildung an Wissen war die Verordnung zum Führen von Ortschroniken und die Einbeziehung der in der amtlichen Bekanntmachung (s. o.) schon angekündigten erweiterten Personenkreise.

Zunächst kam dafür ab 1822 eine weitere Akteursgruppe hinzu: der Verein für Vaterlandskunde. Helmut Kluge schreibt in seiner detailreichen und aus der Aktenlage entwickelten Darstellung zur Geschichte der amtlichen Landeskunde dazu: „Die Gründung des Vereins für Vaterlandskunde im Jahr 1822 war das Ergebnis der amtlichen Bemühungen, bedeutende Persönlichkeiten für die Mitarbeit zu gewinnen. Der Verein ist eine Parallelgründung zu anderen von Wilhelm I. in dieser Zeit gestifteten Gesellschaften, etwa dem landwirtschaftlichen Verein und dem Handels- und Gewerbeverein sowie dem Wohltätigkeitsverein. Und wenn die württembergische Regierung damals sich mit der Absicht trug, eine Akademie der Wissenschaften zu gründen, so dürfen wir im Verein für Vaterlandskunde eine allerdings unvollständige Erfüllung sehen. Denn der Verein war eine Kommission für Landeskunde, seine ordentlichen Stuttgarter und korrespondierenden auswärtigen Mitglieder wurden auf Vorschlag des Präsidenten vom König ernannt.“⁴³

Helmut Kluge reihte den Verein für Vaterlandskunde in die, wie er es nannte, „Parallelgründungen“ ein. Das alles liest sich unbedeutender als es de facto war, vor allem durch die Reihung mit dem Wohltätigkeitsverein. Tatsächlich sind aber diese Gesellschaften staatswichtig, denn sie repräsentieren die Säulen der Modernisierung, wie sie vom König und seinem Kabinett geplant waren. In diese Logik gehört der Wohltätigkeitsverein nicht ganz, seine Gründung war aber ein Versuch eine Sozialpolitik mit traditionellen und neuen Mitteln zu betreiben. Königin Katharina hatte ihn 1817 mitinitiiert und der König ihn später administrativ verankert⁴⁴. In der Tat wird er auch in Kluges Manuskript nicht erwähnt, sondern wurde erst in der Druckfassung hinzugefügt⁴⁵. Verkündet wurde die Einsetzung des Vereins für Vaterlandskunde im Staats- und Regierungsblatt unter den Angelegenheiten des Finanzministeriums und unter Aufzählung der Gründungsmitglieder mit den Worten: „Dieser Verein wird in Verbindung mit dem bereits im Nov. 1820 errichteten statistisch-topographischen Bureau vorzüglich die Geschichte, Statistik und

⁴³ KLUGE, Die amtliche Landesbeschreibung, S. 261; davon leicht abweichend ein Manuskript in den Akten StAL EL 17II Bü 3. Helmut Kluge (1908–1974) leitete die Landesbeschreibung ab 1947.

⁴⁴ Zur Geschichte der Wohlfahrt in Baden und Württemberg vgl. HOLTZ, Hilfe.

⁴⁵ Vgl. S. 10 des Manuskripts von Helmut Kluge, s. o. Fußnote 43.

Topographie des Vaterlandes zum Zwecke seiner Arbeiten machen, und die Resultate hiervon auf eine angemessene Weise dem vaterländischen Publikum mitzutheilen besorgt seyn. [...] Zu ordentlichen Mitgliedern haben Se. Königliche Majestät durch höchste Resolution vom 18. Februar 1822 zu ernennen geruht: den geheimen Rath *v. Kerner*, den Staatsrath *v. Weisser*, den Staatsrath *v. Kiemeyer*, den Oberst, Ober-Wasserbau-Inspektor *v. Duttenhofer*, den Prälat *Franz*, Medicinalrath und Leibmedicus, Doktor *v. Jäger*, den Oberrechnungsrath *v. Herzog*, den Obersteuerrath *Mittnacht*, den Professor und Bibliothekar *Lebret*, den Doktor *Jäger*, Inspektor der Königl. Naturalien-Kabinette; sodann die Mitglieder des statistisch-topographischen Bureau: Regierungsrath *Kausler*, und Professor *Memminger*. Stuttgart, den 11. März 1822. *Weckherlin*.⁴⁶

Memminger war es auch, der in seiner Darstellung der neuen Institutionen der Landeskunde dem Verein für Vaterlandskunde großen Raum gab. Er druckte dazu auch die Eröffnungsrede des Präsidenten, Finanzminister Weckherlin, ab. Memminger stellte den Verein als Folge und Ersatz der gescheiterten Akademie der Wissenschaften vor⁴⁷, deren eigentlicher Vordenker Staatsrat Kiemeyer dann auch Mitglied des Vereins für Vaterlandskunde wurde⁴⁸. Warum die Akademie der Wissenschaften nicht zustande kam, wird nicht näher erläutert, nur dass Kiemeyer dafür von der Universität Tübingen nach Stuttgart abgezogen wurde⁴⁹. Aus Weckherlins Ausführungen wird aber deutlich, dass es einen interessierten Personenkreis gab, der nach Bekanntgabe der Gründung des Bureaus auf Beteiligung drängte, und dass Weckherlin es war, der zur Bündelung dieses Engagements den Verein für Vaterlandskunde beim König lanciert und dafür die Personen vorgeschlagen hatte⁵⁰. Die überlieferten Akten des Vereins für Vaterlandskunde bestätigen Weckherlins Führungsrolle in dieser Angelegenheit. In einem Schreiben an den König vom Februar 1822 breitete er das ganze Arrangement und die Personenvorschläge aus und schlug auch vor, den ursprünglich vorgesehenen Namen „Ver-

⁴⁶ Königlich Württembergisches Staats- und Regierungsblatt, Nr. 18, 1822, Stuttgart, S. 203–204.

⁴⁷ Württembergische Jahrbücher (1822) 1, S. 24.

⁴⁸ Carl Friedrich Kiemeyer (1765–1844) war ein bedeutender Naturforscher und Evolutionstheoretiker, Schüler von Johann Friedrich Gmelin (1748–1804) in Göttingen, der eine erweiterte Fassung von Carl von Linnés *systema naturae* herausbrachte. J. F. Gmelin war ein Neffe des Sibirienforschers Johann Georg Gmelin. Kiemeyer war Absolvent und Lehrer an der Hohen Carlsschule, Professor in Tübingen, Mitglied der Leopoldina und anderer wissenschaftlicher Gesellschaften. Zu seinen Schülern gehörte Medizinalrat Jäger, ebenfalls Mitglied des Vereins für Vaterlandskunde und in der gescheiterten Vaterländischen Gesellschaft der Ärzte und Naturforscher Schwabens – Jäger zumindest, bei Kiemeyer lässt es sich nicht belegen –; beide aber waren Mitglieder der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte und im Verein für Vaterländische Naturkunde in Württemberg. Zu J. F. Gmelin vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Johann_Friedrich_Gmelin [20. 7. 2017].

⁴⁹ Nach Aktenlage wurde Kiemeyer bereits 1817 zur Leitung der neuen öffentlichen königlichen Sammlungen (Bibliothek, Kunst, Mineralien und Naturalien) bestellt. Vgl. HStAs E 31 Bü 1290.

⁵⁰ Vgl. Württembergische Jahrbücher (1822) 1, S. 27–36.

ein für vaterländische Geschichte, Statistik und Topographie“ in „Verein für Vaterlandskunde“ zu verkürzen⁵¹.

Helmut Kluge führte ebenfalls aus, dass es Memminger über den Verein gelang, „eine Reihe tüchtiger Mitarbeiter besonders aus Kreisen des katholischen Klerus zu gewinnen, so den späteren Domdekan Jaumann, die Domkapitulare Vanotti und Ströbele“⁵². Die Majorität der ordentlichen, außerordentlichen und korrespondierenden Mitglieder lag aber bei der protestantischen Gelehrsamkeit, gleichwohl achtete man sorgfältig auf die Repräsentanz der katholischen, oberschwäbischen Gebiete. Der Antagonismus zwischen Protestantismus und Katholizismus kam aber an anderer Stelle deutlicher zum Tragen als hier.

Noch mehr Namen erfährt man aus einem Aktenstück von 1840 zur Vorbereitung der Erarbeitung der Ortschroniken für 1841, ein Unternehmen, das unter starker Beteiligung des Vereins für Vaterlandskunde angesetzt wurde⁵³. Ebenso finden sich Namenslisten im Aktennachlass des Vereins. Hier zeigen sich die anfangs sehr rege Tätigkeit des Vereins und die stetige Vergrößerung der Mitgliederzahlen im Bereich der korrespondierenden Mitglieder. Diese waren im Gegensatz zu den Vollmitgliedern nicht in Stuttgart ansässig und konnten daher nur als Korrespondenten fungieren. Die Vereinslogik zielte darauf, aus allen Verwaltungsbezirken Mitglieder zu haben, die Verantwortung für die lokale und regionale Wissensaquise übernehmen konnten, regelmäßige Berichte lieferten und für Detailfragen angesprochen werden konnten. Memminger beschrieb in seinem ausführlichen Bericht über die Institute der Landesbeschreibung (über die Arbeit der Landesbeschreibung mehr im nächsten Kapitel) wie bereits oben angemerkt den Verein für Vaterlandskunde. Er zitierte und paraphrasierte dazu aber hauptsächlich Weckerlin, was dessen Rang als Impulsgeber und Arrangeur nochmals verdeutlicht. Zusätzlich wird auch klar, welchen hohen Stellenwert der Verein für das Projekt Statistik und Staatsbeschreibung hatte.

Alle diese halbamtlichen Vereine wurden Mitte des 19. Jahrhunderts in Zentralstellen umgewandelt, um ihre Bedeutung und Wirkkraft zu erhöhen. Der Verein für Vaterlandskunde wurde 1856 mit dem Bureau „verschmolzen“, wie es in den Akten heißt, und mit einem neuen Statut versehen, um die Effektivität zu erhöhen und die Anbindung der Beteiligten an die Behörde zu stärken. Gleichzeitig sollten damit die Befugnisse des Bureaus vergrößert sowie dessen Zugriff auf Experten und Expertise anderer Behörden Nachdruck verliehen werden⁵⁴.

⁵¹ Vgl. StAL E258 VI Bü 15.

⁵² KLUGE, Landesbeschreibung, S. 262.

⁵³ Mehr dazu unter Kapitel II,4 „Durchführung“.

⁵⁴ Vgl. Regierungsblatt für das Königreich Württemberg (1856) 9, S. 173–177, sehr viel detaillierter und von mehreren Ministern unterschrieben. Das Regierungsblatt änderte wie viele dieser Publikationen im Lauf der Jahre den Titel.

3. Der Stellenwert des Wissens

Vom heutigen Standpunkt aus ist es kaum erklärungsbedürftig, dass ein Staat sich Kenntnisse über die Verhältnisse im Land beschafft, auch wenn Form und Umfang der Wissenssammlungen immer wieder diskutiert werden⁵⁵. Das hat sich gewissermaßen normalisiert. Ebenso gilt es als normal, dass die Bürger Wissen über den Staat und seine Institutionen erhalten können. Am Anfang des 19. Jahrhunderts mussten diese Möglichkeiten erst implementiert werden. Der große Entwicklungsschritt lag nicht nur auf methodischer Seite, sondern auch in der Diskussion des Stellenwerts von Wissen überhaupt und den Formen von Öffentlichkeit bei der Generierung und Weitergabe der Ergebnisse. Die diskursive Verankerung dieser Verhandlung von Wissen zeigt sich nicht zuletzt in ihrer sprachlichen Ausformung. Die Einbettung der württembergischen Staatsbeschreibung in die Theorie der Statistik nach 1800 wird hier deutlicher, als das bisher in der Literatur zur Geschichte der Landesbeschreibung analysiert wurde.

a) „Turpe est, in patria vivere et patriam ignorare“

Wie bereits ausgeführt, gab es schon vor der Gründung des Statistisch-topographischen Bureaus statistische Werke, ebenso sammelte die Obrigkeit Wissen, aber nicht in dieser Art und nicht mit der Absicht der Veröffentlichung. Dieses neue Vorgehen war daher erklärungsbedürftig. Und erklärt hat es Johann Daniel Georg Memminger im Fortgang der Implementierung Ende 1822 im ersten Heft der „Württembergischen Jahrbücher für vaterländische Geschichte, Geographie, Statistik und Topographie“. Diese Publikationsreihe hatte er selbst vier Jahre zuvor noch als Privatmann mit dem Verlag Cotta unter dem Titel „Württembergisches Jahrbuch“ gegründet. Ihr gingen eine Reihe von ähnlich gelagerten Versuchen anderer württembergischer Publizisten voraus, denen allen keine lange Erscheinungsdauer beschieden war. Die Jahrbücher allerdings wurden unter modifiziertem Titel bis ins Jahr 2000 fortgeführt. Memminger war zum Zeitpunkt der Gründung des Bureaus, wie bereits dargestellt, mitten in einer landeskundlichen Schaffensphase und hatte sich damit durchaus schon einen Namen gemacht. Mit dem Württembergischen Jahrbuch versuchte er sich zu positionieren, indem er die Lücke zwischen amtlichen und freien publizistischen Wissensformaten schloss, und bemühte sich, die damals brachliegenden Funktionen eines Staatshandbuchs teilweise zu übernehmen, was ihm auch gelang.

Im ersten Heft der nun Jahrbücher statt Jahrbuch genannten Reihe erläuterte Memminger die Ziele der neu konzeptionierten Hefte, warb bei der Leserschaft zum Kauf, gab Vorschauen der Inhalte und Hinweise auf die Autorität der Beiträger und forderte zur Beteiligung auf – was teils als der übliche Versuch der Leser-

⁵⁵ Vgl. COLLIN/HORSTMANN, Das Wissen.

bindung und teils als echte Aufforderung zum Mitmachen aufzufassen ist. Dem folgt ein Hauptkapitel unter dem Titel „Neuere Anstalten und Mittel zur Beförderung der Vaterlandskunde“ mit einem „Vorwort über die Vaterlandskunde“, das mit dem lateinischen Motto „Turpe est, in patria vivere et patriam ignorare“⁵⁶ überschrieben ist: „Es ist schändlich, im Vaterland/in der Heimat zu leben und das Vaterland nicht zu kennen/nichts von ihm zu wissen“ – wie immer man es genau übersetzen will. Dieser Satz, der Plinius dem Älteren zugeschrieben wird, wurde und wird vielfach zitiert, um die eigene Motivation für eine eher regional und kleinräumig ausgerichtete wissenschaftliche Beschäftigung in einen übergeordneten Rahmen zu stellen.

Dieses Zitat passt einerseits zu den im 18. Jahrhundert aufklärerisch und patriotisch motivierten wissenschaftlichen Unternehmungen, schmiegt sich andererseits aber auch an einen Diskurs an, wie er sich bei Carl von Linné (1707–1784) in seiner Antrittsrede „oratio, qua peregrinationum intra patriam asseritur necessitas“⁵⁷ als Aufforderung zur wissenschaftlichen Bildungsreise im eigenen Land findet. Während Linné seine Antrittsrede in Uppsala „der Begründung der Notwendigkeit der Reise innerhalb des Vaterlandes“ widmete und darauf hinwies, dass man nicht für die Phänomene der Heimat blind sein solle und damit die reichhaltige Natur Schwedens meinte, zielte er gleichzeitig auf die erkenntnispraktische Einsicht, dass das Wissen vor Ort bzw. von den vor Ort Lebenden sicherer zu gewinnen sei als aus sekundären Quellen, so wie es in der medizinischen Empirie im Anatomischen Theater praktiziert werde mit dem Zweck des Lernens und Erkennens aus Erfahrung⁵⁸.

C. Plinius der Ältere hat in seiner „Naturalis Historia“ eine frühe Enzyklopädie hinterlassen, eine Art Weltwissen mit dem Schwerpunkt auf Natur, aber auch auf Ethnologie/Ethnografie und Anthropologie. Die Spur der Bedeutung der „Historia“ zieht sich von der Antike ins 18. und von dort ins 19. Jahrhundert⁵⁹. Sich auf Plinius, den frühen Enzyklopäden, zu berufen, war für Memminger, den studierten Altphilologen, naheliegend und programmatisch. Dabei kam es im Falle Plinius weniger auf die überlieferten Inhalte an – die waren bereits als zu unsicher und veraltet erkannt worden – als vielmehr auf seine Motivation und seine Methode.

⁵⁶ Württembergische Jahrbücher (1822) 1, S. 1.

⁵⁷ LINNÉ, Oratio; wörtliche Übersetzung der Autorin: Rede, in der die Notwendigkeit der Reise innerhalb des Vaterlandes behauptet wird. Es war seine Antrittsrede als Professor für Medizin in Uppsala 1741. Darin: „Ihr sollt nicht, wie es im Sprichwort heißt, in der Fremde scharfäugig wie die Luchse, zu Hause aber blinde Maulwürfe sein.“ Übersetzung nach: RASSEM/STAGL, Geschichte, S. 382.

⁵⁸ „So können wohl auch jene sicherer die Lage der Länder, Gebiete und Städte erfassen sowie die Sitten, Einrichtungen und Gebräuche der Menschen, die in jenen leben, die selbst mit eigenen Füßen jene Plätze betreten und der Erinnerung Würdiges selbst mit eigenen Sinnen erobert haben, als diejenigen, die einzig und allein von ungenauen und fehlerhaften Landkarten und den Berichten der Geographen abhängen.“ LINNÉ, Oratio, Übersetzung zitiert nach RASSEM/STAGL, Geschichte, S. 370.

⁵⁹ Vgl. Der neue Pauly, Sp. 1135–1141.

Diese Naturkunden⁶⁰ enthalten Proto-Statistiken, die Methoden aber sind jeweils unterschiedlich. Während Plinius das Wissen kompilierte, plädierte Linné für die Empirie, das Wissen aus Erfahrung und eigener Anschauung, die sich zunächst – selbstverständlich kombiniert mit dem Studium der vorhandenen Literatur – an der eigenen Nahwelt schulen sollte. Der von Linné ausgehende Impuls auf die empirischen Wissenschaften, deren Methoden (Fragebogen, Zeichnungen, Gewährsleute, Beschreibungen, Zählungen, Vergleiche, Sammlungen, Nomenklaturen und Typologien) und Ziele (Klassifikation, Taxonomie⁶¹) kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. In diesem Umfeld wurde die Methodik der frühen Statistik mit der der Naturwissenschaften verknüpft. Die für die ethnografischen Wissenschaften später so wichtige Sprachgeschichte und Dialektologie profitierte ebenfalls von dieser Methodenlehre. Wichtig für alle diese Bereiche war, dass in diese Methoden auch die sogenannten Dilettanten (damals keine abwertende Bezeichnung, denn Fachwissenschaftler gab es kaum) miteinbezogen wurden und dass die Erfassung von Wissen auf ein Netzwerk von potenziellen Mitarbeitern ausgedehnt und so kollaborative Empirie unter Einbeziehung von Laienforschern ermöglicht werden konnte.

Allerdings war auch Plinius' kompilatorische, literarische Arbeitsweise am Beginn des 19. Jahrhunderts nicht überholt, sondern kommt nach wie vor zur Anwendung. Dazu passt auch, dass das Zitat offenbar gar nicht von Plinius zu stammen scheint, sondern eine später erfundene Merkformel ist, deren Bezug zu Plinius' Werk uneindeutig bleibt, die aber in ihrem moralischen Anspruch durchaus zur Rolle des Wissens bei Plinius passt. Es gibt bei keinem der Autoren, die sich auf Plinius berufen, genaue Angaben zur Fundstelle. Die Suche führte bisher zu keinem Beleg. In Plinius' Werk gibt es vor allem eine Stelle, die die Grenzen der Erkenntnis thematisiert und im Umkehrschluss entfernt an die Formel „turpe est [...]“ erinnert⁶². Plinius und Linné wurden zu Impulsgebern für andere patriotische Naturforscher – auch Dilettanten, und es gehört zum rhetorischen Repertoire

⁶⁰ Die Übersetzung des Begriffs *Historia* in Geschichte, hier Naturgeschichte, ist für das heutige Verständnis irreführend, es handelt sich nicht um Berichte über die Vergangenheit, sondern um Darstellungen des verfügbaren Wissens über alle möglichen Bereiche im Sinne von weltlichen Gegebenheiten. Vgl. dazu auch: Der Kleine Pauly, Sp. 932–935. Die aktuelle Gesamtausgabe von Plinius' „*Naturalis Historia*“, hrsg. von Roderich König, ist ebenfalls mit „Naturkunde“ betitelt.

⁶¹ Vgl. dazu FOUCAULT, *Die Ordnung*, S. 165–210.

⁶² Vgl. *Liber II Cosmologia*, 4. Vers.: *furor est, profecto, furor egredi ex eo et, tamquam interna eius cuncta plane iam nota sint, ita scrutari externa, quasi vero mensuram ullius rei possit agere qui sui nesciat, aut mereantur homines videre quae mundus ipse non capiat.* – Wahnsinn ist es, ja Wahnsinn aus ihr [der Welt] herauszutreten und, wie wenn alles innerhalb ihrer Befindliche bereits bekannt wäre, die außerhalb liegenden Dinge so zu erforschen, als ob sich mit dem Messen irgendeines Dinges beschäftigen könnte, wer sein eigenes Maß nicht kennt, oder als ob die Menschen zu sehen verdienen, was die Welt selber nicht zu fassen vermöchte. Zitat und Übersetzung nach: C. PLINIUS SECUNDUS d. Ä.: *Naturkunde*, S. 16f.

dieser Arbeiten, sich auf einen oder beide zu berufen, auch wenn die Zitatfundstellen eher unsicher sind, nachträglich verändert wurden oder eigentlich anders Gemeintes beinhalten. Diese Diskurse über Stellenwert, Nutzen und Methoden des Wissens in Antike und Neuzeit und andere mehr zeittypisch daran anschließende Themen finden sich in Memmingers Ausführungen mehr oder weniger deutlich anspielungsreich wieder. Nach diesem von Memminger nicht weiter kommentierten, die Autorität des Lateinischen nutzenden Merksatz beginnt er seine Ausführungen über „Neuere Mittel und Anstalten zur Beförderung der Vaterlandskunde“: „Ein neuer Zeitabschnitt hat mit der jetzigen Regierung für die Vaterlandskunde begonnen; die zweckmäßigsten Anstalten wurden für die Beförderung derselben getroffen und an die Stelle einer ängstlichen Geheimniskrämerei ist die unbefangenste Offenheit, an die Stelle stumpfer Gleichgültigkeit der regste Eifer getreten.

Wohl war es aber auch Zeit, daß ein anderer Geist in Württemberg rege und ein kräftiger Anstoß zu Verbreitung einer größeren Kenntnis des Vaterlandes gegeben wurde. Denn so wenig der Würtemberger sonst in irgend einem Zweige des Wissens zurückzustehen pflegt, so sehr stand er im Allgemeinen bisher in der Kenntnis seines Vaterlandes zurück. Es ist hier nicht der Ort, die Ursachen dieser Erscheinung zu entwickeln; aber nicht unberührt können die Nachtheile einer solchen Unkenntnis bleiben.

Wenn wir auch den wissenschaftlichen Werth einer genauen Vaterlandskunde und ihren Zusammenhang mit der allgemeinen Erd- und Volkskunde nicht in Anschlag bringen, wenn wir außer Acht lassen wollen, daß sie ein ebenso wirksames Mittel, als wesentliches Erfordernis der Bildung ist, und daß wir unmöglich Anspruch auf allgemeine Bildung machen können, wenn uns die Kenntnis dessen, was uns zunächst berührt, abgeht; so zeigen sich die Nachtheile von der Unbekanntschaft mit dem Vaterlande und seinen Verhältnissen selbst im bürgerlichen und praktischen Leben auf eine unverkennbare Weise.

Die Vaterlandsliebe, der Gemeinsinn und der Volksgeist, die bürgerliche Tüchtigkeit und das öffentliche Leben, das allgemeine und das Privatwohl leiden alle gleich sehr, wo es an Kenntnis des Vaterlandes fehlt, und die Staatsverwaltung selbst entbehrt mit ihr die kräftigste Stütze. Ohne Kenntnis des Vaterlandes kann es unmöglich wahre Vaterlandsliebe geben. Wenn wir weder Vergangenheit noch Gegenwart, weder den Boden noch die Sitten, weder die Gesetze noch die Entwicklungen des Vaterlandes kennen, wie kann dann Liebe zu dem selben stattfinden? *Ignoti nulla cupido!* Nur derjenige Gegenstand fesselt unsere Neigung und unser Wohlwollen, mit dem wir vertraut sind⁶³. [...]

Ebenso kann Gemeinsinn, kann Volksgeist nur da gedeihen, wo eine umfassende Kenntnis des Staats, dem wir angehören, statt findet. Nur wer mit

⁶³ Kant verwendet ebenfalls das Zitat in Vorlesungen über Metaphysik L (1) im Kapitel: Vom Vermögen der Lust und Unlust, in: KANT, Gesammelte Schriften V, S. 246.

seiner Kenntnis das Ganze umfaßt, wird auch Sinn für das Ganze haben, und in dem selben Grade, in welchem sich der Blick auf das Allgemeine erhebt, wird kleinlicher Orts- und Privat Eigennutz verschwinden, und eine höherer Staatsbürgerinn an seine Stelle treten.“⁶⁴

Dann folgt die Analyse mangelnder Identität der Württemberger („noch haben wir kein württembergisches Volk“), dem mit der Vermittlung von landeskundlichem Wissen abgeholfen werden sollte. Die Rahmenbedingungen zur Förderung des „Volksgeistes“ seien zwar gegeben – es folgt ein Abschnitt, den man der Rhetorik des „Fürstenlobs“ zuordnen kann, das König Wilhelm von Württemberg gilt –, aber Memminger konstatiert Hinderungsgründe: Einmal die bereits aufgeführte Unkenntnis, die man auch als Nicht-Wissen bezeichnen könnte, und dann die Frage, ob Wissen überhaupt zur Verfügung gestellt werden solle und die Bürger reif seien für die neuen Rechte und Freiheiten, was von anderen angezweifelt werde. Auch hier sei es das Wissen, genannt Kenntnis, das zur Teilhabe am politischen Leben und zur Mehrung der Prosperität führen werde. Eben solches gelte für den Staat selbst, wenn er, wie Kaiser Joseph II. (1741–1790) schon erkannt habe, anerkenne, dass die Grundlage guter Regierung in der Kenntnis des Landes liege: „[U]nd in der That kann weder Ordnung noch Zweckmäßigkeit in der Staatsmaschine herrschen, können die Schritte und Maßregeln der Regierung weder sicher noch wohlthätig seyn, wenn nicht Kenntniß des Landes nach allen seinen Verhältnissen sie leitet. Kein Zweig der Staatsverwaltung kann diese Kenntniß missen.“⁶⁵

b) „Ignoti nulla cupido!“

Memminger band argumentativ das allgemeine Wohl, die bürgerliche Freiheit, den Zusammenhalt des Staates und den Erfolg der Regierung im Projekt der Landeskunde zusammen. Diese Rhetorik lässt sich zunächst als eine Beteiligungsaufforderung an alle lesen, darauf deutet die Begriffsreihe „Vaterlandsliebe, Gemeinsinn und Volksgeist“. Weitere Stellen weisen auf ein gleichrangiges anderes Ziel dieser Argumentation hin: „Aber nicht blos der Vortheil, selbst die Ehre der Regierung steht in dem genauesten Zusammenhange mit dem Zustande der Vaterlandskunde.“⁶⁶ Das ist einmal die Aufforderung an die Regierung, zu ihrem eigenen Vorteil die Landeskunde zu fördern und die Wissensschaffung nicht zu beschränken, wie es oben schon dargestellt wurde, aber mit dem Begriff „Ehre“ ist mehr als „Nutzen“ gemeint, denn es handelt sich dabei um einen Kernbegriff adeliger Herrschaft, der nun appellativ kombiniert wird mit etwas Neuem, der bürgerlichen Freiheit: „Wie eine genaue Landeskunde, sagt ein geachteter Schriftsteller, und eine fortgesetzte Statistik der sicherste Maßstab von den Kräften eines Staats ist, ebenso ist dieselbe,

⁶⁴ Württembergische Jahrbücher (1822) 1, S. 2–3.

⁶⁵ Ebd., S. 7.

⁶⁶ Ebd., S. 8.

wenn sie mit Offenheit verbunden sich zeigt, der richtigste Barometer der bürgerlichen Freiheit und die unverdächtigste und urkundliche Lobrede auf eine weise Regierung.“⁶⁷

Eigentlich war das Unternehmen ja im Gründungsartikel des Statistisch-topographischen Bureaus angekündigt worden mit der Zielsetzung, Wissen für den Staat, seine Bürger und nicht zu vergessen für die Wissenschaft, also für beide Öffentlichkeiten, zu liefern. Warum berief sich Memminger nicht einfach darauf? Weil er der Ankündigung doch nicht traute? Vermutlich. Ein Schlüssel für dieses Misstrauen liegt sicher in der vorgängigen Situation in Württemberg wie in anderen Ländern, als im Ancien Régime und in den Übergangsregierungen der Napoleonischen Zeit und danach keine freien Informationsflüsse möglich waren, als keine öffentliche Statistik betrieben wurde und die bürgerlichen Freiheiten eben doch nicht und gerade nicht von den neuen Monarchien gewährt wurden. Das galt selbst nicht für wissenschaftliche Gesellschaften, wie das Beispiel der Vaterländischen Gesellschaft der naturforschenden Ärzte in Schwaben (1801–1805) zeigte, die von Kurfürst Friedrich nicht sehr förderlich behandelt wurde und deren Publikationen er zensiert haben wollte⁶⁸.

Memminger wechselte in der Darstellung teilweise in die indirekte Rede und gab – wie an dieser Stelle auch – an, dass er sich auf andere Schriften beziehe, die er aber nicht ausdrücklich zitierte. Aber gerade hier enthüllt sich durch die benutzten Sprachbilder wie das vom „Barometer bürgerlicher Freiheit“ und der „Lobrede auf eine weise Regierung“ ein wichtiger Bezugspunkt seiner Argumentation, nämlich August Ludwig Schlözer (1735–1809), aus dessen „Theorie der Statistik“⁶⁹ Memminger hier wörtlich zitiert. Schlözer breitet in seiner Theorie die Geschichte, seine Definition und die Systematik der neuzeitlichen Statistik aus – in Erweiterung der Konzepte seines Lehrers Gottfried Achenwall – als staatlich institutionalisierte Sammlung und Darstellung der „Stats-Merkwürdigkeiten“, so die historische Schreibung. Dieser Bezug mag dem zeitgenössischen Leser noch offensichtlich gewesen sein, weshalb Memminger ihn nicht explizit erwähnen musste. Auch konnte der zeitgenössische Leser noch wissen, dass August Schlözer in seinen Staatsanzeigen zuvor schon statistische Beiträge über Württemberg geliefert hatte und, dass er als Pfarrerssohn aus Hohenlohe (das bis 1806/10 nur an der Grenze zu Württemberg lag) vielleicht auch ein besonderes Interesse an Württemberg besaß. Ein Grund mehr, dass er in Württemberg auch wahrgenommen wurde, schließlich war er ein bedeutender Wissenschaftler, und Württemberg unterhielt vielfache Beziehungen zur Göttinger Akademie der Wissenschaften. Allerdings war Schlözer wegen seiner radikal aufklärerischen Auffassungen auch ein sehr politischer Wissenschaftler und wurde daher nicht überall geschätzt⁷⁰. Für die hier

⁶⁷ Ebd.

⁶⁸ Deutlicher als in den Akten, vgl. HStAS E 31 Bü 1294, wird das bei Lorenz Oken in seiner Zeitschrift „Isis“, (1818) 11, Sp. 1794 ff.

⁶⁹ SCHLÖZER, Theorie, S. 52.

⁷⁰ Vgl. SAAGE, August Ludwig Schlözer.

zu erörternde Fragestellung sind diese Bezüge zu Schlözer ein wichtiger Verweis auf Memmingers Kenntnis der Diskurslage zu Statistik und patriotischer Publizistik und ein Indiz für seine politische Orientierung, aber vielleicht auch ein Hinweis auf seine Vorsicht, seine Zitatquelle genau zu belegen.

Nach diesen mehr allgemeinen Erläuterungen über den Stellenwert und den vielseitigen Nutzen des Wissens fuhr Memminger mit einem Verweis auf Staaten fort, die diesen schon erkannt und entsprechende Maßnahmen und Einrichtungen geschaffen hatten: Frankreich „hauptsächlich unter dem erleuchteten⁷¹ Minister Chaptal, [...] Baiern, Preußen und Oesterreich haben eigene statistische und topographische Bureaus errichtet; kleinere Staaten stellten wenigstens ihren eigenen Mann für Bearbeitung des Faches auf“⁷². Württemberg dagegen habe noch aufzuholen: „Zwar wurden schon unter dem Herzog Karl und selbst noch früher statistische Deputationen errichtet und auf Auftrag der Regierung Landbücher geschrieben; aber diese waren mager und jene lieferten kein Resultat.“⁷³

Memminger gibt dann einen Überblick über die wichtigsten Vorgänger im Feld der Vaterlandskunde: Röslers „Naturgeschichte von Württemberg“ und Sattlers „Topographie“, beide im Staatsauftrag erstellt, werden kritisch erwähnt, der Rest (es hätte ja durchaus einiges Erwähnenswertes gegeben) pauschal als ungenügende Privatarbeiten abgetan. Das dient der folgenden – ebenfalls bereits von Schlözer angeführten – Argumentation: „Daß aber Privatbemühungen im Fache der Vaterlandskunde und insbesondere der Statistik und Topographie allein nicht ausreichen können, sieht Jeder ein, der mit diesem weitläufigen Felde nur einigermaßen bekannt ist.“⁷⁴

Der Staat müsse eben das tun, was er bisher nicht getan habe: mehr Wissen produzieren und vor allem zugänglich machen. Folglich gilt, was Memminger nur verkürzt zitiert, der damalige Kenner aber vielleicht wusste, der vollständige Satz des zweiten lateinischen Zitats: „Quod latet, ignotum est: Ignoti nulla cupido“ – „Was verborgen ist, kann man nicht wissen, was man nicht wissen kann, kann man nicht begehren“. Anders gesagt: Wenn das Wissen verborgen gehalten wird, dann kann man auch keine Vaterlandsliebe erwarten.

Abhilfe schaffen die neuen Einrichtungen und Aufgaben, die Memminger im folgenden Textteil vorstellte: nämlich das Statistisch-topographische Bureau, der Verein für Vaterlandskunde, das Kataster, die Landesvermessung, die Lithographische Anstalt und die Topographischen Karten. Das war in seiner institutionellen Auffaltung die Erweiterung der Ankündigungen von 1820/21 (s. o.). Und so ist die darauffolgende Darstellung von 1822 auch eine Präsentation der bereits durchgeführten ersten Maßnahmen: An erster Stelle steht das Kataster, die amtliche

⁷¹ „Erleuchtet“ meint „aufklärerisch motiviert“.

⁷² Württembergische Jahrbücher (1822) 1, S. 8.

⁷³ Ebd.

⁷⁴ Ebd., S. 9. Ähnliches liest man auch bei anderen Aktivisten, die den Staat vehement auffordern, mehr Verantwortung für mehr Wissenschaft und mehr Öffentlichkeit des Wissens zu übernehmen. Zum Beispiel wiederum bei OKEN, Isis, Sp. 198–202.

Grundstücksvermessung und Gewerbebewertung zum Zweck der (Grund-) Steuererhebung und deren Verzeichnung in Plänen und Tabellen (wie oben bereits erläutert). Die Landesvermessung wurde parallel dazu durchgeführt, sie vermaß die seit Ende des 18. und mit Beginn des 19. Jahrhunderts vergrößerte Staatsfläche und war gleichzeitig notwendige Voraussetzung für die topographischen Karten. Die Lithographische Anstalt diente der Durchführung der unterschiedlichen Formate der Darstellung im Bereich der Kartografie und für behördlichen Bedarf an gedruckten Vorlagen etc. Die Arbeit der Institute sollte ineinandergreifen und die Staatsbeschreibung nur eines ihrer Resultate sein. Es ist nicht immer leicht, diesen Organisationseinheiten in ihrer Entwicklung zu folgen, sie veränderten sich notwendigerweise im Lauf der Zeit und werden hier nur nach der Maßgabe der notwendigen Erläuterung jeweils thematisiert. Diese Institutionalisierung erfolgte eben nicht nur zu einem Zweck, an dem sie sich dann orientierte, sondern mehreren, die dann jeweils unterschiedlich wichtig wurden. Dem übergeordnet war der Zweck, ein Land, einen Staat durch Vermessen und Beschreiben steuerungsfähig und damit beherrschbar zu machen – ein Land, das sich nach 1800 mühsam in der neuen Zeit einzufinden versuchte. Denn auf ihm lasteten Kriegskosten und Kriegsfolgen, Verfassungskämpfe, Gebietsarrondierungen und -zugewinne in großem Umfang, Konfessionsunterschiede, Entmachtung von Adel und Klöstern in den neuen Landesteilen etc. Das war die Situation nach dem Tod von König Friedrich 1816 und dem Amtsantritt von König Wilhelm von Württemberg. Eine neue Verwaltungsstruktur, die das Land durchdringen sollte, wurde implementiert, und diese wurde letztlich auch das Rückgrat der Wissensakquise der Landesbeschreibung. Orientiert hatte man sich dabei – wenn auch verspätet – an Frankreich und Preußen, Memminger behauptete gleichwohl, dass dies den Vorteil habe, dass man deren Fehler vermeiden könne. Nur so sei eine Beschreibung möglich, die bis auf die kleinste Ortsebene hinunterreiche.

Memminger stellte argumentativ die vorgängige Situation als ungenügend dar, die neue Zeit als schon bessere, aber immer noch zu verbessernde. Die entscheidende Rolle bei der Verbesserung spiele dabei eben das Wissen über das neue, über das gesamte Land. Diese Rede ist – wie immer wieder in der Geschichte württembergischer Staatsbeschreibung – eine Erörterung über den Stellenwert von Wissen und Nichtwissen bzw. wie eben hier über den Wert des Wissens gegenüber dem Nichtwissen. Das Nichtwissen oder Nichtwissenwollen wird als schändlich („Turpe est“), also als auch im moralischen Sinne falsche Einstellung verstanden – ganz im Sinne der Aufklärung. Vielleicht für uns heute eher überraschend ist, dass die Beteiligung an der Wissensmehrung als eine leidenschaftlich betriebene Angelegenheit geschildert und mit Liebe und Begehren konnotiert wurde. Dieser Rhetorik bediente sich übrigens auch Finanzminister Weckherlin, auf dessen Initiative die Gründung des Bureaus wesentlich zurückgeht. So schrieb er in der amtlichen Ankündigung⁷⁵ 1821, dass über die amtlich Verpflichteten hinaus sich alle „Lieb-

⁷⁵ Königlich Württembergisches Staats- und Regierungsblatt, 3. April 1821, Nr. 19, S. 155.

haber der Vaterlandskunde“ beteiligen mögen. In der Geschichte der Selbstdarstellung der Abteilungen für Landesbeschreibung kommen immer wieder solche und ähnliche Narrative zum Einsatz⁷⁶. Das ist auch eine Inwertsetzung und diskursive Verankerung der eigenen Arbeit im semantischen Feld patriotischer Leidenschaft. Dazu passt, dass das „ignoti nulla cupido“ ursprünglich aus Ovids „Ars Amatoria“, der Liebeskunst, stammt. Im dritten Buch der „Ars Amatoria“ widmet sich Ovid der Anleitung zur Gewinnung eines Liebespartners; ein Ratschlag ist, dass man sich an geeigneten Orten zu geeigneter Zeit in der Öffentlichkeit zeigen solle, z. B. im Theater. Denn: „quod latet ignotum est“, was verborgen ist, das kann nicht wahrgenommen werden, und: „ignoti nulla cupido“ – „was man nicht kennt, das entzückt nicht“⁷⁷. Oder positiv ausgedrückt: Nur wer sich zeigt, kann bei anderen Begehren auslösen. Ovid thematisiert an dieser Stelle bzw. überhaupt im dritten Buch seiner „Ars Amatoria“ den weiblichen Part. Der Staat, das Vaterland, die Patria, die Heimat nimmt die weibliche Rolle ein und muss sich also im geeigneten, öffentlichen Rahmen zeigen, wenn er/sie Begehren und Liebe auslösen will. Und das bedeutet nichts anderes als eine Umkehrung der Vaterlandsliebe: Der Herrscher/der Staat muss sich durch Informationsfreigabe zeigen, um die Liebe zu gewinnen⁷⁸.

Die Bedingungen für die Vaterlandsliebe beruhen eben nicht (nur) auf dem Bemühen der Bürger, sondern auf dem Bemühen des Staates. Wissen ist die Voraussetzung dafür, und Statistik und was mit ihr zusammenhängt ist das Mittel dazu – so argumentierte schon Schlözer, etwas breiter wurde es angelegt in der württembergischen Konzeption bei Memminger. Die integrative Wirkung auf das Verhältnis von Staat und Volk kann das Wissen also nur durch seine Öffentlichkeit entfalten. Dazu gehört auch, dass „Wissen über“ und „Wissen von“ in Austausch gelangen. Planung und Durchführung dieses Unternehmens erzeugten vielfältige Austauschformen, deren Management jeweils in den Händen des Bureaus und seiner Nachfolgeinstitutionen lag.

⁷⁶ Vgl. KELLER-DRESCHER, Landesbeschreibung.

⁷⁷ OVID, Liebeskunst, Vers 397ff. Dort von F. W. Lenz übersetzt: „Was verborgen ist, ist unbekannt; nach Unbekanntem besteht kein Verlangen, der Gewinn fehlt, wenn ein hübsches Gesicht keinen hat, der es sieht.“

⁷⁸ Über das Thema der weiblichen Seite der Liebeskunst hinaus räsoniert Ovid unmittelbar folgend über die Anerkennung der Dichter. Ob Memminger mit diesem Zitat auch darauf anspielte, wäre noch zu klären.

4. Vom Plan zu ersten Durchführungen

„Nun, wo Menge ist, da wird Plan und Ordnung im Abteilen nötig; und sollen einzelne Beschreibungen zu einem Ganzen verarbeitet oder ein Ganzes mit dem anderen Ganzen verglichen werden; so wird die Einförmigkeit der Ordnung dem Geschäft unendlich vorteilhaft seyn.“⁷⁹

Schlözers Empfehlung zu Ordnung, Einteilung der Geschäfte und Gleichförmigkeit der Ordnung aus der Memminger bekannten Theorie der Statistik könnte auch seine Bemühungen um die Einrichtung der Arbeitsvorhaben des Statistisch-topographischen Bureaus beschreiben. Memminger stellte in seiner Programmatik 1822 noch etwas genauer vor, was der Plan war und wie die Durchführung gedacht und begonnen wurde, denn der königliche Auftrag konnte nur als Rahmenbedingung fungieren. Dazu nannte er folgende Maßnahmen und Ziele: Generalplan, Grundstatistik, fortlaufende Statistik, jährliche Berichte, übergreifende Darstellungen des Königreichs und Einzeldarstellung der Oberämter bis auf die Ortsebene, darin Veröffentlichung von Oberamtskarten und Tabellen. Dafür sollten zuerst und später fortlaufend Materialsammlungen angelegt werden, die auch anderen Institutionen wie der Universität Tübingen mit ihrer Staatswissenschaftlichen Fakultät zur Verfügung stehen sollten⁸⁰.

Aufgrund dieser Materialsammlungsabsicht sind heute noch umfangreiche Aktenbestände zur württembergischen und später baden-württembergischen Landesbeschreibung erhalten. Sie sind über die einzelnen Amtszuständigkeiten für die Aufgaben der Landesbeschreibung hinweg über 170 Jahre erhalten geblieben, dazwischen teilweise unter schlechten Bedingungen gelagert und in den 1990er-Jahren von Martin Burkhardt aufgearbeitet worden, als sie an das Staatsarchiv übergeben wurden⁸¹. Aus der praktischen Absicht des Bureaus, ein fortlaufendes Archiv anzulegen, das Material für mögliche spätere Bearbeitungen bevorratete, entstand damit ein Aktenbestand, der weit über die bloße Dokumentation der Arbeitsweisen einer Behörde hinausreicht. So kann heute im ganz umfassenden Sinne die Praxis der Landesbeschreibung erforscht werden.

Zu Beginn der Beschreibungsarbeit mussten gleichzeitig mehrere Projektebenen durchdacht und angefangen werden: Systematik, Wissensgenerierung und -auswertung, Erhebungs- und Präsentationsformate, Arbeitsformen. Man kann viele der anfallenden Aufgaben unter den Begriff Wissensmanagement zählen, was zur oben dargestellten büroförmigen Organisation mit wenig Personal, aber vielen potenziell Beteiligten passt. Erste Aktivitäten waren zum Zeitpunkt von Memmingers Darstellung im Jahrbuch 1822 schon initiiert worden, zumal man sich auf die schon vorher begonnene Landesvermessung und Katastererstellung stützen konnte.

⁷⁹ SCHLÖZER, Theorie, S. 53.

⁸⁰ Württembergische Jahrbücher (1822) 1, S. 16. Weckherlin hatte dies schon alles vorentworfen, was sich in seinen Ausführungen für den König nachvollziehen lässt, vgl. HStAS E31 Bü 1455.

⁸¹ Vgl. BURKHARDT, Ausführliche Einführung; DERS.: Das Statistisch-topographische Bureau.

Memminger erwähnte auch nochmals, dass man das eigentliche und das zusätzlich anfallende Wissen aus der Vermessung nicht habe ungenutzt lassen wollen und es mit der schon länger virulenten Absicht, eine Landesstatistik zu erstellen, verbunden habe.

Aus dem bisher Ausgeführten wird bereits deutlich, dass die Arbeit des Bureaus nicht an einem Nullpunkt begann. Dennoch mussten alle Arbeitsabläufe neu organisiert und an die württembergischen Gegebenheiten angepasst werden. Dies wurde zu einer der fortlaufenden Aufgaben des Amtes. Dem musste immer eine doppelte Systematik zugrunde liegen: die der Themen und die der Erarbeitung. Von den möglichen Anleitungen, auf die zurückgegriffen wurde, erscheinen der ungenannt zitierte Schlözer einerseits und andererseits der in Memmingers Selbstdarstellung erwähnte französische Minister Jean-Antoine Chaptal (Amtszeit 1799–1804)⁸² und sein Umfeld besonders einflussreich gewesen zu sein. Die Göttinger Schule der Statistik und die französischen Versuche zur Durchführung einer Generalstatistik mit Fragelisten an die Departements mit den von Chaptal vorgenommenen Einteilungen in Topografie, Bevölkerung, Lebensbedingungen, Landwirtschaft, Handel und Industrie, ebenso die Durchführungsidee über die amtlichen Stellen und patriotischen Kreise sind im Vergleich sehr ähnlich: „Die Präfekten sollen sich bei der Beantwortung der Mithilfe aufgeklärter lokaler Notabler bedienen, wie sie etwa in den Provinzakademien versammelt waren. Erfragt waren qualitative und quantitative Daten. Diese sollten noch durch spezielle Abhandlungen über lokale Sitten und Bräuche ergänzt werden, vor allem für die weniger bekannten Grenzdepartements“⁸³, so Justin Stagl in seinem Aufsatz über Constantin-François Chasseboeuf Volney, „eine Schlüsselfigur für die französische Statistik der Revolutionszeit und des Empire“⁸⁴. Volney war ein Vordenker, der aber immer wieder mit seinen Unternehmungen scheiterte, wie auch 1804 das erste amtliche Bureau Statistique zunächst scheiterte oder die Academie Celtique, aus der er aus Protest gegen den neuen Absolutismus Napoleons austrat⁸⁵. Die deutschen Statistiker, insbesondere die Universitätsstatistiker, darf man in Kenntnis der französischen vermuten, wie auch umgekehrt. Man kann daher vielfache Effekte der Rezeption der durch die Akademien veranlassten Forschungsunternehmungen annehmen, die hier und an anderen Stellen in Erscheinung treten⁸⁶. Nicht zu vergessen die in Wien und den Habsburger Herrschaftsgebieten sowie in England geführten Diskussionen über statistisches Wissen und Wissensgenerierung, die ebenfalls rezipiert wurden. Das Wissen über die unterschiedlichen Unternehmungen privater und staatlicher Art zirkulierte über Bücher und Zeitschriften, aber auch

⁸² Vgl. STAGL, Constantin-François Chasseboeuf Volney, S. 564.

⁸³ Ebd.

⁸⁴ Ebd., S. 561.

⁸⁵ Vgl. RASSEM/STAGL, Geschichte, S. 545.

⁸⁶ August Schlözer kommt hier eine wichtige Rolle zu, wie VERMEULEN, Before Boas, und BUCHER, „Von Beschreibung“, nachgewiesen haben.

über konkrete Nachfragen der Büros untereinander. Für Letzteres finden sich in den Akten des Statistisch-topographischen Bureaus ebenfalls Hinweise.

Memminger merkte an, dass die späte Gründung des württembergischen Statistisch-topographischen Bureaus den Vorteil habe, dass man aus den Fehlern der Vorgänger lernen könne. Die vorgängigen statistischen Unternehmungen dienten also in vielfacher Weise zur Anleitung und Lehre und übten zum Teil einen präfigurierenden Einfluss auf das neue Unternehmen aus⁸⁷, nicht zuletzt taten dies auch Weckherlins, Memmingers und Kauslers eigene Schriften. Mit einem so großen Unternehmen und so vielen potenziell Beteiligten hatten sie alle noch keine Erfahrungen gemacht, und so setzte man auf Zusammenarbeit. Memminger und seine Kollegen, der federführende Minister Weckherlin, die beteiligten Ämter und der Verein für Vaterlandskunde begannen also einen Prozess der Verhandlung darüber, welches Wissen wie generiert und dargestellt werden konnte.

Zu den drei zentralen Unternehmungen Ortschroniken, Oberamtsbeschreibung und Gesamtdarstellung des Königreichs finden sich in den überlieferten Akten die Nachweise für zahlreiche Abstimmungsprozesse über Fragelisten, den Aufbau der Publikationen, die zu beteiligenden Personen, die Aufteilung der Bearbeitungen für die Publikation etc. Viele der bis 1840 entstandenen Schriftstücke dazu sind auch erkennbar aus der Hand Memmingers, der die Leitung des Bureaus nach dem Tod Kauslers 1822 allein übernahm. Memminger musste die unterschiedlichen Unternehmungen austarieren, um möglichst schnell zu Ergebnissen zu kommen. Für die Gesamtdarstellung des Königreichs griff er mehrfach auf seine älteren Werke zurück, die Oberamtsbeschreibungen begann er mit seinen eigenen Materialsammlungen und einer Bereisung der Oberämter, wofür ihm Erlaubnis gegeben worden war und Mittel zur Verfügung standen. Es entwickelte sich ein Netzwerk von Mitarbeitern, Korrespondenten und auch Freunden, auf die jeweils zurückgegriffen werden konnte⁸⁸.

a) Ortschroniken als fortlaufende Statistik

Die Württembergische Landesbeschreibung dachte sich als prinzipiell fortlaufend, als Dokumentation des Bestehenden, das jeweils die Grundlage für den Vergleich mit anderen bilden sollte, aber auch mit dem, was sich später entwickeln würde, als ein Aufschreibesystem⁸⁹ des Fortschritts. Der Ist-Zustand benötigt für die Bewertung den Vergleich, und den boten einerseits andere statistische Unternehmungen,

⁸⁷ Weckherlin legt in seinen Ausführungen für den König dar, dass für die schmale Organisationsform Preußen das Vorbild sein müsse, vgl. HStAS E31 Bü 1455.

⁸⁸ Vgl. KELLER-DRESCHER, „Auf diese Weise“.

⁸⁹ Mit Aufschreibesystemen wird in Anlehnung an Friedrich Kittlers Theorien das Netzwerk aus Praktiken der Datengewinnung, Formatierung und Speicherung und deren diskursive Regeln benannt.

andererseits eine Einordnung in eine geschichtliche Entwicklung⁹⁰. Beides war zum Zeitpunkt der Gründung des Bureaus 1820 und in den nachfolgenden Jahren nicht gegeben. Die Statistiken der Nachbarländer waren auch erst im Entstehen, und von der Geschichte hatte man ebenfalls keine befriedigende Kenntnis. Es war eben vieles verborgen, um im oben gegebenen Sprachbild zu bleiben.

Ein Instrument der Grundlagenbildung und fortlaufenden Materialsammlung sollte die Einführung der Ortschroniken sein⁹¹. Memminger erwähnte in seinem Überblick zu den neuen Einrichtungen schon, dass es eine alte Berichtspflicht gab, die aber oft nicht befolgt wurde, die wenigen dennoch vorhandenen Berichte seien aber weder ausgewertet worden noch zugänglich. Diese Pflicht wollte man von Seiten des Bureaus wieder neu einsetzen: „Vornehmlich glaubte dasselbe [das Statistisch-topographische Bureau] auf eine zwar alte, aber sehr weise Verordnung nehmlich, daß die Stadtschreiber ein *H i s t o r i b u c h* halten, und darinn die täglich vorkommenden Merkwürdigkeiten aufzeichnen sollen. Vergl. Württemberg. Landrecht Thl. I.“⁹²

Wie setzt man eine Berichtspflicht durch, an die sich kaum jemand hielt, die man aber für sinnvoll erachtet? Man macht einen Plan und stellt ihn vor: „Für diesen Zweck wurde der Plan zu einer *J a h r e s - C h r o n i k* entworfen, wie sie von jedem Oberamt zu führen und alljährlich dem Bureau in Abschrift mitzuthemen seyn möchte, worinnen nicht nur die im Laufe des Jahres sich ergebenden Denkwürdigkeiten – Witterung, Fruchtbarkeit, Preise der Lebensbedürfnisse und Feldgüter, merkwürdige Ereignisse in der Natur und im Leben, neue Entdeckungen, Anstalten ec.ec. sondern auch die Fortschritte oder Rückschritte im Landbau, Gewerbe, Handel, so wie in dem Amts- und Gemeindehaushalt aufgenommen werden sollen.“⁹³

Danach lässt man den Plan diskutieren und legt die daraufhin angepasste Durchführung in die Hände eines erweiterten Personenkreises, der die Züge einer Community of Practice trägt und eher geeignet ist als die bisherigen Amtsverpflichteten, Ortsvorsteher etc. Das genau lässt sich anhand der Akten nachvollziehen: Zunächst wurden auf der Grundlage der vorhandenen Darstellung Meinungen und Einwände abgegeben, das Format wurde beispielhaft erprobt und weitere Vorschläge gemacht; diese drehten sich um die Durchführbarkeit und – wichtiger noch – um die Fragebereiche, die dort abgehandelt werden sollten.

Der erste erhaltene Plan in Form eines Entwurfs zu einem möglichen Erlass an die Oberämter von ca. 1823 sah Folgendes vor: „Um die für die Geschichte des Vaterlands merkwürdigen Ereignisse zu sammeln und aufzubewahren, zugleich aber in einer fortschreitenden Übersicht zu den wichtigsten statistischen Notizen

⁹⁰ Auch aus Gründen der Vergleichbarkeit musste das vorgängige Material zum Teil aufbewahrt werden.

⁹¹ Wobei der Begriff Ortschronik sich erst langsam herausbildete und erst ab ca. 1840 durchgängig benutzt wurde.

⁹² Württembergische Jahrbücher (1822) 1, S. 18. Hervorhebung im Original.

⁹³ Ebd. Hervorhebung im Original.

von den verschiedenen Oberamtsbezirken Materialien für eine nähere Kenntnis der Vor- und Rückschritte in den verschiedenen Quellen des National Einkommens zu erlangen, findet man sich veranlaßt, unter Erneuerung einer dißfalls schon früher bestehenden Verordnung, die Führung einer besonderen Jahres-Chronik, für sämtliche Oberamtsbezirke anzuordnen, welche von den Oberämtern unter Benutzung der von den Geistlichen, Ärzten und anderen Personen gesammelten merkwürdigen Notizen, je zum Schluß eines Calender-Jahres zu fertigen, und durch das Ministerium des Inneren dem topographischen Bureau zu übergeben ist⁹⁴. [...]

Die Chronik hat sich über folgende Gegenstände zu verbreiten.

1. Witterung, 2. Landwirtschaft, 3. Gewerbe und Handel, 4. Gesundheitszustand, 5. Neue Entdeckungen, 6. Neue Anstalten, Einrichtungen und Werke, 7. Merkwürdige Ereignisse⁹⁵, 8. Preisentwicklung.“⁹⁶

Darüber hinaus wurden die korrespondierenden Mitglieder des Vereins für Vaterlandskunde aufgefordert, in ihrem jeweiligen Oberamt solche Chroniken zu verfassen. Insgesamt scheint der Rücklauf aber eher gering gewesen zu sein. Es gab nur ein paar Einsendungen, von denen zumindest drei in den Akten im Staatsarchiv nachweisbar sind: erstens von vermutlich Staatsrat Weißer (Weisser), der die Aufnahme von Themen wie „Sitte und Gebräuche“ vorschlug⁹⁷, zweitens 1826 von Pfarrer Hauff aus Grüntal, der eine erweiterte Liste der aufzunehmenden Bereiche lieferte und auch für die Erweiterung der ethnografischen Fragen eintrat, drittens eine manuskriptartige Durchführung einer Ortschronik für 1837 nebst weiteren Vorschlägen von Finanzrat Schmidlin, dem späteren Nachfolger Memmingers als geschäftsführendem Mitglied des Statistisch-topographischen Bureaus. Nach weiteren Diskussionen untereinander wurden die Vorschläge in einen neuen, noch mehrfach umgearbeiteten „Leitfaden“ eingebracht, der am Ende viel differenzierter und im Sinne des späteren Kanons ‚volkskundlicher‘ war, denn Ethnografisches war im ersten amtlichen Entwurf noch nicht vorgesehen.

Letztlich nahm man bei den Ortschroniken dann einen neuen Anlauf. 1840 wurde eine neue Strategie umgesetzt, indem man den Verein für Vaterlandskunde nun konsequent einbezog. Der Verein sollte die Aktion durchführen und die Mitglieder, insbesondere die korrespondierenden Mitglieder, sollten die Durchführenden sein. Das dazu verfasste Rundschreiben stellte in üblicher Manier die bisher nicht erfüllte Berichtspflicht und die Aufgabenbeschreibung des Königlich Statistisch-topographischen Bureaus heraus und beschrieb, wozu und in welchem zeitlichen Horizont man nun diese Erhebungen benötigte. Überschriften war der Aufruf mit „Einladung des Vereins für Vaterlandskunde zur Führung von Orts-Chroniken“ und unterschrieben vom damaligen Präsidenten des Vereins, Minister

⁹⁴ StAL E 258 VI Bü 30.

⁹⁵ Gemeint sind damit wichtige, erinnerungswürdige Ereignisse.

⁹⁶ StAL E 258 VI Bü 30.

⁹⁷ Ebd.: „Sitten und Gebräuche sind zwar keine Ereignisse. Aber einmal sie aufzeichnen nach 25 oder 50 Jahren den Zustand, wie er als dann sein wird, wieder bemerken, möchte doch für die Zeitgeschichte nicht ohne Interesse seyn.“ Unterstrichungen im Original.

von Herdegen. Interessant ist, dass man einen Mangel in der bisherigen Aufgabenstellung bekannte und diesen auch benannte: „[M]angelt noch eine Einrichtung, mittels welcher die nicht minder wandelbaren Resultate des Volkslebens, im Gegensatze der Staats-Verwaltung, die Erscheinungen in der Natur ec. im Einzelnen aufgezeichnet und gesammelt, zugleich aber auch nach größeren Massen geordnet und zu einem Gesamt-Bilde von dem jedesmaligen Zustande des Volkes und Landes in einer gegebenen Zeit vereinigt würden.“⁹⁸

Das Ganze sollte für das Jahr 1841 erstmals bearbeitet und dann fortlaufend ergänzt werden. Der Leitfaden hatte nun 19 Rubriken statt der ursprünglichen acht und bestand aus einer sechseitigen Liste mit folgender Aufteilung: „1. Bevölkerung, 2. Gebäude, 3. Witterung, 4. Fruchtbarkeit, 5. Preise der Lebensbedürfnisse, 6. Gesundheits-Zustand, 7. Religiosität, Sittlichkeit und Bildung, 8. Oekonomischer Wohlstand im Allgemeinen, 9. Bergwerke, Salinen, Metalle, Mineralien, Torf ec., 10. Land- und Forstwirtschaft im Allgemeinen, 11. Landbau, 12. Viehzucht, 13. Wald-Wirtschaft, 14. Gewerke, 15. Handel, 16. Armen-Fürsorge, 17. Geschichtliche Denkwürdigkeiten, 18. Merkwürdige Natur-Ereignisse, 19. Öffentliche Verwaltung.“⁹⁹

Dabei waren die Rubriken vielfach untergliedert, und die staatliche Neugliederung stellte auch offen politische Fragen wie in Rubrik 19, wo unter anderem nach der Teilnahme der Bürgerschaft an öffentlichen Angelegenheiten und nach dem „Verhalten der Bürger gegen die Ortsvorsteher, des Gemeinderaths und Bürger-Ausschusses gegeneinander (friedliche, leidenschaftlich ec.?)“ gefragt wurde. Die im engeren Sinn volkswissenschaftlichen Fragen finden sich in den Rubriken sieben und acht: „7) d) Bemerkungen in Beziehung auf vorherrschenden Charakter der Einwohner. e) neu entstehende Gewohnheiten und Gebräuche, Vergnügungen, Spiele, – Aberglauben. f) Zu- oder Abnahme der Sittlichkeit; Verträglichkeit, Prozeßsucht; Züge bürgerlicher Tugenden. [...] k) Geschmack an Zeitungen u. a. Schriften ec. [...] 8) b) Gute oder schlechte Wohnung, Kleidung, Nahrung. Eigenthümlichkeiten der Kleidung.“¹⁰⁰

Vorgeschlagen wurde, für jeden Bereich einen separaten Papierbogen zu benutzen, der die fortlaufend notierten Beobachtungen ohne Platzprobleme aufnehmen und zugleich nur mit der entsprechenden Nummer aus dem Leitfaden gekennzeichnet werden sollte. Ebenso wurde ein Kopfteil entworfen, in dem die Rahmendaten der jeweiligen Gemeinde eingetragen werden konnten. So wollte man das Format für jährliche Ergänzungen schon über die Aufteilung in erweiterbare Papierflächen und knappe Kennzeichnungen fortschreibungsfähig halten. Die jährlichen Befunde sollten dann an den Verein bzw. das Bureau zur Ablage eingesandt werden. Die Anleitung diente der leichteren Bearbeitbarkeit vor Ort, man hatte bereits festgestellt, dass es eine zu geringe Akzeptanz gegeben hatte, und darüber

⁹⁸ Ebd.

⁹⁹ Ebd.

¹⁰⁰ Ebd.

hinaus diente die Vorformatierung auch der leichteren Einsortierung in die behördliche Wissenspraxis und damit in die jeweiligen Fächer und Mappen der Wissenssammlungen. Gerade bei älteren Materialien fällt auf, dass die Bearbeiter mit der Zuordnung der Randziffern recht kreativ umgegangen sind, was die Auswertung sicher erschwerte¹⁰¹.

Tatsächlich fand diese Aktion zur Wissensakquise nun endlich willige Mitarbeiter: Ende 1841, Anfang 1842 begann der Rücklauf von ausgefüllten Listen¹⁰². 19 Mitglieder des Vereins sind in den Akten als Einsender nachweisbar, allerdings gingen nicht alle Berichte schon zum Jahreswechsel 1841/42 ein, sondern vereinzelt über Jahre hinweg. Zwischenzeitlich wurden auch ein Aufruf in einer Zeitung eingerückt und Erinnerungsschreiben an die Vereinsmitglieder, Ortsvorstände und Pfarrer versandt. Es trafen auch Rechtfertigungsschreiben ein, wenn sich die Fertigstellung einzelner Berichte verzögerte. So von Pfarrer Friedrich August Köhler aus Marschalkenzimmern, der korrespondierendes Mitglied des Vereins war und dem die Landes- und Volkskunde bekanntlich einiges an Beschreibungen verdankt. Köhler verfasste bereits in der ersten Phase der Bemühungen um die Ortschroniken in den 1820er- und 1830er-Jahren eine später von Wolfgang Kaschuba und anderen herausgegebene Chronik von Nehren¹⁰³. Vielleicht hatte auch das 1837 vom Verein für Vaterlandskunde verfasste Rundschreiben mit „Plan und Leitfaden“ für Ortschroniken Köhler den entscheidenden Impuls gegeben¹⁰⁴? Vom heutigen Stand der Forschung aus kann Köhlers „Dorfchronik“ auch als Resultat der seit 1823 intensivierten Bemühungen des Bureaus bzw. des Vereins für Vaterlandskunde um dieses Format betrachtet werden¹⁰⁵. Köhler jedenfalls gehörte zu den aktivsten Beiträgern aus dem Verein für Vaterlandskunde. Am 24. Februar 1842 schrieb er an den Präsidenten des Vereins, Herrn Finanzminister von Herdegen: „[H]abe ich die Ehre anliegenden Auszug aus der Jahres-Chronik des hiesigen Orts [Marschalkenzimmern] mit der Bemerkung zu übersenden, daß ich als Greis von 74 Jahren in dem gegenwärtigen Winter mit fortdauernder Kränklichkeit zu kämpfen habe und darum gehindert wurde, vorgenannten Auszug bald zu fertigen. Mich zu Gnaden empfehlend und mit schuldigstem Respekte verharrend, Euer Exzellenz unterthänigster Diener, Pfarrer Köhler.“¹⁰⁶

Bis um 1850 trafen nachweislich der Akten Ortschroniken nicht nur von Vereinsmitgliedern ein, die Anschreiben dazu sind in den Generalia des Bureaus ein-

¹⁰¹ Zum Beispiel beim Umgang mit den Fragelisten der Rösler'schen Landesbeschreibung. Beispiel in: StAL 258 VI Bü 3180.

¹⁰² Vgl. StAL 258 VI Bü 31 f.

¹⁰³ Wolfgang Kaschuba würdigte die Leistungen Köhlers für die Protovolkskunde und die Rahmung durch die Impulse der aufklärerischen Statistik und Landeskunde Württembergs. Vgl.: KASCHUBA, Friedrich August Köhler.

¹⁰⁴ Vgl. StAL 258 VI Bü 14.

¹⁰⁵ Beachtet man die Entstehungszeit von Köhlers Chronik, wie sie das Archiv ausweist, so beginnen die ausführlichen Aufzeichnungen 1823. HStAS J15 Bü 116.

¹⁰⁶ StAL 258 VI Bü 31. Köhler starb zwei Jahre später.

sortiert, die Berichtsteile selbst sind in die Sammlungen zu den jeweiligen Orten bzw. deren Oberämter gewandert¹⁰⁷. Das Thema blieb virulent, in den 1870er-Jahren machte Pfarrer Bossert dann den Vorschlag, man möge das Format wieder aufleben lassen¹⁰⁸. Es gab auch weiterhin Aufrufe in Zeitschriften und wohl auch gelegentlich Einsendungen. Das Statistische Landesamt griff die Idee um 1894 unter Prof. Julius Hartmann wieder systematischer auf, flankiert durch Hartmanns programmatischen Aufsatz „Über Ortschroniken. Mit einem Plan zur Führung von Ortschroniken“¹⁰⁹. Dokumentiert sind Sitzungen des Vorstands zu dieser Thematik, Sonderdrucke von Hartmanns Anleitung und die Herstellung von gebundenen Formularbüchern für die Gemeinden. Nochmals zur Vorlage gelangt die Idee unter Erwin Hölzle in den 1930er-Jahren, als er die Abteilung leitete. Bei beiden hatte sich gegenüber 1840 nicht nur der Schreibstil geändert, sondern auch die Argumentation und die organisatorische Einbettung.

Diese Vorgänge bei der Einführung der Ortschroniken sind praxeologisch und epistemologisch von Interesse. Insbesondere zeigen sie die Entwicklung von Themen und Methoden der Landesbeschreibung und in der Diskussion bzw. im Abstimmungsprozess um die Ortschroniken eine verstärkte Hinwendung zur Ethnografie aber auch eine gewisse Erstarrung der ethnografischen Bereiche im Umfeld der Landesbeschreibung. Zu dieser Stillstellung beigetragen hat auch Memmingers teilweise stark kompilatorische Arbeitsweise, die eine Tendenz zur Benutzung überkommener Narrative hatte; anders wäre die Aufgabe vermutlich auch nicht zu erfüllen gewesen. Damit entsteht hier einerseits ein Interesse an volkskundlichem Wissen, andererseits wird dieses Wissen tendenziell entdynamisiert, was der Idee der fortlaufenden Statistik widerspricht.

b) Arbeitsweisen: Reisen, Beobachten, Befragen, Notieren

Die Ortschroniken dienten der Generierung von Grundlagenwissen, das von den Kennern und „Liebhabern der Vaterlandskunde“ vor Ort erhoben werden sollte. Das hatte Linné in seiner oben zitierten „Oratio“ auch schon gefordert. Es war eines der wichtigen Ziele, möglichst viele Quellen kennenzulernen oder zu generieren, um sie dann in die entsprechenden Wissensformate zu verarbeiten; die Beiträger vor Ort waren dafür eine wichtige Stütze. Dieses Bemühen wurde stetig erneuert, denn die Pläne wurden immer wieder mit Problemen bei der Umsetzung

¹⁰⁷ So beschreibt es auch das Findbuch zu Bü 31 ff., in denen dieser Vorgang enthalten ist.

¹⁰⁸ Pfarrer Bossert entwickelt sich im Laufe der Zeit zu einem wichtigen externen Zu- und Mitarbeiter des Statistisch-topographischen Bureaus, er arbeitet schließlich auch an der großen Landesbeschreibung von 1882–86 mit.

¹⁰⁹ Württembergische Jahrbücher (1894). Als Sonderdruck in den Akten StAL E 258 II Bü 765. Auch von anderer Seite wird dieses Format aufgegriffen, so von August Holder vom Zabergäuverein, der als aktivistischer Lehrer darüber in der Lehrerzeitschrift publizierte und einen Aufruf startete. Zu Holder vgl.: FORNER/PALM, Sprache, S. 460 f.

konfrontiert. Die Pläne und Entwürfe lesen sich durchdacht und auf eine sinnvolle Zusammenarbeit hin angelegt, die einzelnen Abteilungen sollten sich zueinander synergetisch verhalten, ganz nach der Vorstellung der „Staatsmaschine“, die Memminger an einer Stelle in seiner Ankündigung von 1822 ansprach¹¹⁰. Das in diesem Begriff implizierte mechanistische Ineinandergreifen der Arbeitsweisen und der Ergebniserzeugung funktionierte aber nicht: Schon zwei Jahre später reichte Memminger anlässlich der Fertigstellung der ersten Oberamtsbeschreibung (Reutlingen 1824) einen internen Mängelbericht ein, diesem sollten noch einige folgen.

In den vier Jahren davor hatte er versucht, idealtypische Vorgehensweisen auszuprobieren, wie die erste abgeschlossene Beschreibung zeigt. Ihr beigefügt ist die erste fertiggestellte Oberamtskarte, ebenfalls beigefügt sind Ansichten aus dem Oberamt, Tabellen und Beschreibungen, genau wie der Plan es vorgesehen hatte¹¹¹. Und Memminger entwarf nicht nur das Konzept, er begab sich selbst vor Ort und erkundete, was er zur Ergänzung seiner Materialien brauchte: „Wo eigene Beobachtungen und Nachforschungen nöthig sind und zum Behuf der topographischen Beschreibung des Königreichs, wozu immer, wenn das erforderliche Leben und die Sicherheit in der Darstellung nicht fehlen soll, die Selbstanschauung nöthig ist, hat das mit der Beschreibung beauftragte Mitglied die Obliegenheit, die verschiedenen Bezirke, so weit es nöthig ist, nach und nach zu bereisen.“¹¹²

Was er auch tat und schon 1821 seine erste dienstliche Bereisung durchführte: „Der Instruktion gemäß wurden auf einer Reise durch dieses Oberamt [Reutlingen] alle diejenigen Materialien und Ansichten vollends geschöpft, alle diejenigen Anstände berichtet, welche sich weder durch amtliche Berichte noch durch Privat-Correspondenz geben und berichtigen lassen, sondern nothwendig die eigene Anschauung und Erforschung erfordern; und die dem Topographen jederzeit sich bewährenden Vorteile der Selbstbeobachtung zeigten sich auch bei dieser Reise auf mannigfaltige Weise. Selbst der Zufall führte öfters zu unerwarteten Wahrnehmungen und Entdeckungen, während die Bekanntschaften sich erweitern und neue nützliche Verbindungen nach sich zogen.“¹¹³

Von einer ethnografischen Feldforschung war er damit methodisch im Bezug auf z. B. Selbstanschauung und Selbstbeobachtung nicht mehr weit entfernt. Ebenso viel verband ihn mit der vorgängigen Naturkunde nach Linné und oder den Anlei-

¹¹⁰ Memminger berief sich vermutlich auf Schlözer, der dieses Bild in seiner Staatstheorie aufnahm, das bei anderen aber zentraler abgehandelt wurde. Eine eindeutige Lesart dafür gibt es nicht. Zur Metapher der Staatsmaschine und ihrer varianten Deutung in der Staatstheorie des 18. und frühen 19. Jahrhunderts vgl. STOLLBERG-RILINGER, *Der Staat*, besonders Kapitel 4 und 5.

¹¹¹ Beschreibung des Oberamts Reutlingen. Herausgegeben aus Auftrag der Regierung von Professor Memminger, Mitglied des Königlich Statistisch-Topographischen Bureau, Stuttgart und Tübingen in der J. G. Cotta'schen Buchhandlung, 1824.

¹¹² *Württembergische Jahrbücher* (1822) 1, S. 15 f.

¹¹³ Ebd., S. 22 f.

tungen der Forschungsreisenden Müller und Gmelin¹¹⁴ und anderen sowie seinen eigenen Reisen in den frühen Jahren seiner vaterländischen Forschungen. Die erhaltenen Notizblätter und Aufzeichnungen zu Memmingers Reisen durch die Oberämter zeigen, wie er sich vorbereitete, welche Literatur er las, welche Karten und welche Reiseutensilien er nutzte. Ebenso zeigen sie, wie er die Reisen durchführte – Stationen, Verkehrs- und Geldmittel, Gewährleute – und anschließend Bleistiftnotate in Tintengeschriebenes überführte und daraus zusammen mit anderen Materialien die Inhalte konzeptionierte und die Systematiken der Wissensformate überarbeitete¹¹⁵. Auf diesen Erfahrungen basiert seine Oberamtsbeschreibung.

In diesem Zusammenhang lobte er auch die ersten Beiträge, unter ihnen einer, der seinen Vorstellungen von kollaborativen, synergetischen behördlichen Arbeitsformen entspricht: Trigonometer Diezel. Die anderen Erwähnten entsprachen Memmingers idealtypischer Aufteilung: ein evangelischer und ein katholischer Geistlicher (alt- und neuwürttembergisch), einer aus der regionalen Verwaltung, zwei Professoren aus Tübingen und Ellwangen (alt- und neuwürttembergisch)¹¹⁶. Ihre Nennung ist auch rhetorisch also zur Bedeutungserhöhung und zur Darstellung der Reichweite der Beitragenden zu verstehen. Dennoch kommen alle Genannten auch in den Akten vor, sie waren also tatsächlich aktiv. Aber wie oben angedeutet: Im ersten internen Resümee vom 11. Februar 1824 stehen kritische Bemerkungen: Obwohl die Grundlage der Beschreibungen Karten und Kataster seien, habe es genau damit nicht immer geklappt. Zusammenarbeit und Qualität beider Materialien seien ungenügend, und neben allen Ungenauigkeiten und fehlenden Informationen beklagte Memminger auch die Orthografie der Karten. Weiterhin monierte er die mangelnde Einflussmöglichkeit auf das Material – hier die Karten –, mit dem man habe arbeiten müssen. Korrekturen und Verbesserungen würden vonseiten anderer Abteilungen als Einmischung verstanden. Obwohl in der Geschäftsgrundlage des Bureau festgelegt, sei es nicht möglich gewesen, zur Informationsbeschaffung auf „Mitarbeiter im Feld“, gemeint sind die Topografen, zurückzugreifen. Angeforderte Berichte wurden nur in zwei Fällen geliefert, gefolgt von dem Hinweis, dass die Zeit für mehr nicht ausreiche. Das war für Memminger umso schlimmer, als die vorliegenden Berichte für ihn so nützlich waren; er erwähnte in diesem Zusammenhang erneut den Trigonometer Diezel. Dennoch mache man sich hier doppelt Arbeit, was bei besserer Organisation der Zusammenarbeit vermieden werden könnte.

Am Ende legte Memminger einen regelrechten Forderungskatalog vor: 1. Die Zeichnung der Oberamtskarte von Münsingen solle beschleunigt und vor der Lithographisierung dem statistischen Bureau „zum Behuf der Beschriftung“ über-

¹¹⁴ Vgl. BUCHER, „Von Beschreibung“, S.75–126. Mehr zu Müller und Gmelin im Kapitel „Um 1860 – das Volk“

¹¹⁵ Ausführlicher in: KELLER-DRESCHER, „Auf diese Weise“.

¹¹⁶ Vgl. Württembergische Jahrbücher (1822) 1, S.20f.

geben werden. 2. Die Publikation der Karten solle mit der Ordnung der Abfolge der Oberamtsbeschreibungen synchronisiert werden. 3. Die Schreibweisen auf den Flurkarten und den topografischen Karten sollten strenger kontrolliert und es sollten bei der Vermessung topografische Anliegen stärker berücksichtigt werden. 4. Das Statistisch-topographische Bureau sollte mehr Einsicht, Einfluss und Befugnis in die Abläufe der Vermessung haben, um die statistische Arbeit und die Koordination mit allen Anliegen (Vermessung, Kartierung, Lithografie/Druck, Beschreibung und Kataster) zu ermöglichen. 5. Dem Trigonometer Diezel sollte mehr Arbeitszeit für die Zwecke des Bureaus eingeräumt werden¹¹⁷.

Es folgte am 2. April 1824 die Neuauflage der Verpflichtung zur Zusammenarbeit und dazu ein neuer Anleitungsbogen an die „Herren im Felde“, aufgeteilt in drei Großgruppen – I. Literatur, II. Gegend, III. Ort – und überschrieben mit „Topographisch statistische Fragen gestellt zum Behuf der Oberamts-Beschreibung von dem K.Stat. Top. Bureau“¹¹⁸. Ebenfalls wurde das Steuerkollegium angewiesen, von den lithografierten Karten umgehend Exemplare ans Bureau zu liefern.

In den Akten befindet sich eine Zusammenstellung der Schriftwechsel von Anfang der 1820er-Jahre über die Verfügungen zur Zusammenarbeit zwischen Kataster-Kommission, Bureau und anderen. Das Ganze ist einem Schreiben der königlichen Steuerkommission vom 15. Mai 1824 beigelegt, welches vermutlich die Replik auf die Beschwerden war. Denn nicht nur Memminger beschwerte sich, die andere Seite tat dies auch. Die Auseinandersetzung mit dem Steuerkollegium wurde wiederholt dokumentiert, was sicher damit zusammenhängt, dass die Kataster- und Vermessungsleute dem Steuerkollegium unterstanden und mehr Interesse an der Erfüllung dieser Aufgaben hatten als an den zusätzlichen Arbeiten für das Bureau. Es zeigt aber auch, dass sich Verwaltung als eine Austarierung von Interessenlagen gestaltete. Im Zuge dieser stetigen Bemühungen, die unterschiedlichen Interessen der Landesbeschreibung und Statistik auszuhandeln und durchzusetzen, zeigten sich auch beflissene Mitarbeiter, die die Gesamtaufgabe ernst nahmen und Berichte lieferten, unter ihnen der eifrige Eduard Paulus (1803–1878), der 1839 schrieb: „An allenfalls eintretenden Regentagen und in Freistunden werde ich fortfahren sowohl über Sitten und Gebräuche, Trachten ec als besonders über einzelne Orte Württembergs weitere Notizen zusammen zu stellen und die euer Hochwohlgebornen zu übergeben die Ehre haben.“¹¹⁹

¹¹⁷ StAL E 258 II Bü 761. Das Schreiben umfasst zwölf Seiten. Es gibt zwei Exemplare mit Überarbeitungsspuren. Welches abgeschickt wurde, ist unklar.

¹¹⁸ Ebd., weitere Exemplare finden sich in den Akten, z.B. zur Oberamtsbeschreibung von Leonberg um 1850 in E 258 VI Bü 2231. Das zeigt, dass der Anleitungsbogen lange Zeit in Gebrauch war.

¹¹⁹ StAL 258 VI Bü 508 „Bemerkungen, Nachträge und Korrekturen zur zweiten Ausgabe der Landesbeschreibung ‚Königreich Württemberg‘ von Johann Daniel Memminger 1823 sowie Mitteilungen zahlreicher Fachleute und Materialsammlungen zur Vorbereitung der dritten Ausgabe [...]“ 1841. Darin: Mitteilung vom 4. September 1839 von Topograph Paulus.

Darüber hinaus lieferte Paulus Anmerkungen zur geplanten Neuauflage von Memmingers Beschreibung von Württemberg, zu der er unter anderem anmerkte, dass bisher nur der Charakter der Mittelschwaben und der Altwürttemberger berücksichtigt worden sei. Er ergänzte für die anderen Gegenden deren auch durchaus negative Charakterzüge, so sei der Oberschwabe rachsüchtig, genussüchtig, weniger arbeitsam etc., um dann festzustellen: „Unter allen Württembergern ist der Aelppler der offenste und einfachste, obgleich ihm der kargste Straif des Landes angewiesen ist, lebt er darauf zufrieden und herzlich vergnügt und zwingt mit harter Arbeit der rauhen Erde die nötigen Bedürfnisse ab. Er ist mehr den guten alten Sitten treu geblieben, fremde Gebräuche und ausländischer Luxus haben hier noch keine festen Wurzeln gefaßt, während sie in anderen Gegenden des Landes, das Gute unterdrücken und unkrautartig herumwuchern.“¹²⁰

Nach besonders differenzierter Beobachtung klingt das allerdings nicht, die Fragestellung verlangte jedoch auch keine differenzierte Beobachtung bzw. Beantwortung. Aber Paulus war damit schon nah an Memmingers Auffassung darüber, wie die Lebensweise der Bevölkerung zu schildern sei. Dass Paulus jenseits seiner pauschalierenden Einschätzungen sehr wohl ein genauer und fähiger, sich auch für höhere Ämter empfehlender Mitarbeiter war, zeigt eine ausführliche Darstellung, die er 1850 von seiner Vorgehensweise gab. Sie wird im Folgenden wiedergegeben, weil sie ein Beispiel für die Arbeitsweisen im Überschneidungsbereich von behördlicher, statistischer und ethnografischer Forschung ist und Einsicht gibt in die Verfahrensweisen und Praktiken. Paulus reichte dafür ein achtseitiges Schriftstück ein, in dem er seine Vorgehensweise schildert und Vorschläge macht zur Verbesserung. Anlass war eine Aufforderung des Vorstands an die Beteiligten, Eingaben zur Verbesserung der Abläufe zu machen. Paulus verfasste damit indirekt ein Manifest des Empirismus, wenn auch hinsichtlich der Ethnografie mit der Einschränkung, dass das Gewährsleute-Prinzip gilt.

„In Folge solcher Weisung, Vorschläge zur Förderung der Oberamts-Beschreibung zu machen, erlaubt sich der Unterzeichnete folgendes zu äußern: Wenn die Beschreibung eines Oberamtsbezirks genau und umfassend durchgeführt werden soll, so ist unumgänglich nothwendig, dass der Verfaßer derselben sich selbst an Ort und Stelle begiebt, dort die nöthigen Notizen erhebt und nach eigener Anschauung sowohl die Gegend als die Orte, überhaupt sämtliche zu beschreibende Gegenstände, bearbeitet. Hierdurch wird die Beschreibung selbst bestimmter, als wenn der Verfaßer genöthigt ist, nur nach erhaltenen Notizen, denen er bei Benützung ihre Unvollkommenheit anmerkt, zu arbeiten und deshalb nicht selten in die Lage kommt mit dem betreffenden Verfaßer wiederholt zu correspondieren, wodurch diesem unnöthige Mühe verursacht – und dennoch häufig kein befriedigendes Resultat erzielt wird.

¹²⁰ Ebd.

Um diese Mißstände zu umgehen, befolgte der Unterzeichnete, bei den ihm anvertrauten Oberamtsbeschreibungen folgende Vorgehensweise, welche, wie er glaubt, zur Förderung des Geschäfts wesentlich beigetragen hat.

Zuerst stellte er sämtliche von ihm früher schon gesammelten Notizen, mit besonderer Berücksichtigung der Flurnamen nach Gemeinden zusammen; (die Flurnamen, welche meist älter als die geschriebene Geschichte sind, führen, wenn man in Bedeutung derselben gründlich eingeweiht ist, häufig auf Spuren römischer Wohnplätze, Straßen, Verschanzungen, Grabhügel, Burgen, abgegangene Orte u. s. w.). Diesen eigenen Notizen wurden ferner noch Auszüge aus den Pfarrbeschreibungen und aus Schriften, welche über die betreffende Gegend handeln, angefügt.

Auf diese Weise vorbereitet und zugleich mit den amtlich erhaltenen Notizen versehen, begab sich der Unterzeichnete an Ort und Stelle, ließ dort den Gemeinderath zusammenkommen und stellte an diesen die noch nöthigen Fragen über Sitten und Gebräuche, Volkstracht, Erbauung und Erhaltung öffentlicher Gebäude, Landwirtschaft, Waldungen, Gemeinde- und Stiftungsvermögen, Gemeindehaushalt, Anstalten, Gewerbe und am Ende über Altertümer, die er nach den vorkommenden Flurbenennungen oder sonstigen Andeutungen vermuthete. Durch dieses Verfahren wurden z. B. in dem Oberamtsbezirk Stuttgart außer mehreren Römerstraßen, ein römischer Altar, 9 röm. Wohnplätze, 103 keltische und altgermanische Grabhügel, Reste ehemaliger Verschanzungen, Burgen und Stellen abgegangener Orte aufgefunden. Ähnliche Ergebnisse lieferte dieses Verfahren in dem Oberamtsbezirk Böblingen, wo ebenfalls 7 bis jetzt unbekannt röm. Wohnplätze, 32 Grabhügel, röm. Straßenzüge, das Steinbild einer Victoria u. s. w. entdeckt wurden.

Nachdem der Unterzeichnete die nöthigen Notizen von dem Gemeinderath eingezogen hatte, durchging er selbst den Ort, machte seine Bemerkungen über Lage, Bauart, Reinlichkeit und besichtigte die öffentlichen Gebäude, wie Kirchen, Pfarr-, Schul-, und Rathhäuser, wo er, namentlich in den Kirchen, nicht selten interessante Inschriften, Gemälde, Schnitzwerke, Grabdenkmale, Geräthschaften u. s. w. auffand.

Bei dieser Gelegenheit überzeugte sich der Unterzeichnete, daß die von den Pfarr- und Schulheißnämtern amtlich erhaltenen Beantwortungen der stat. topog. Fragen, wenn nicht unrichtig doch unvollständig eingehen, in dem sie über höchst interessante Gegenstände keine Angaben enthielten. So kommt z. B. nicht selten vor, daß auf die Frage über die Bauart und den Zustand der Kirche, das betreffende Pfarramt einfach antwortet, „die Kirche ist in gotischem Style erbaut, geräumig und hell“, während bei persönlicher Besichtigung der Kirche Jahreszahlen, Inschriften, wertvolle Gemälde, Schnitzarbeiten, u. s. w. beobachtet wurden, von welchen die Ortsbehörden selbst zugestanden, keine Kenntnis gehabt zu haben. Die Inschriften und Glocken wurden, da sie wegen ihrer alten Schriftzüge öfters sehr schwer zu entziffern sind, gar nicht angegeben, und doch verbreiten diese manches Licht über längst vergangene Zeiten.

Wie nötig es ist Kirchen und andere Gebäude selbst genau zu untersuchen, dafür liefert die im früh romanischen Styl erbaute Kirche (Basilika) in Sindelfingen einen schlagenden Beweis, welche wegen ihrer alten und reinen [?] Bauweise die Aufmerksamkeit des Professors von Mauch auf sich zog, der sie in seinem Programm auf das Geburtsfest Sr. Majestät des Königs (1849) einer besonderen Erwähnung und Beschreibung würdigte. Obgleich in dieser Beschreibung das Wesentlichste über die Sindelfinger Kirche gesagt ist, so scheinen doch dem Verfasser derselben manche Einzelheiten, namentlich der Altar entgangen zu sein, welcher letzterer wegen seiner Einfachheit und seines hohen Alters einer der interessantesten und ohne Zweifel der einzige der Art in Württemberg ist. Wenn nun der Unterzeichnete, ohne an Ort und Stelle selbst zu untersuchen, dieser Autorität gefolgt wäre, so würde in seiner Beschreibung der Sindelfinger Kirche manches Interessante unberührt geblieben sein.

Weitere Vortheile gewährt das angegebene Verfahren bei der Bearbeitung des allgemeinen Theils der Oberamtsbeschreibungen, welcher, wenn die Einzelheiten für die Oberamtsbeschreibungen vollständig erhoben sind, sich aus diesen leicht zusammenstellen läßt. Sind z. B. die landwirtschaftlichen Verhältnisse in jeder Gemeinde eines Bezirks genau erhoben, so ist es nicht schwierig nach diesen den allgemeinen landwirtschaftlichen Abschnitt zu bearbeiten, welcher dann nur noch um ganz sicher zu gehen, irgendeinem Sachverständigen im Oberamtsbezirk zur Durchsicht unterstellt werden darf. Der gleiche Fall tritt bei der Bearbeitung der Abschnitte Waldbau, Jagd, Fischerei ein; hier sind die von dem betreffenden Förster eingegangenen Notizen nach dem bestehenden Schema zusammen zu stellen und dann dem Forstamt zur Prüfung zu übergeben.

Hierdurch kommt mehr Gleichheit in die Beschreibung selbst und die Vollendung derselben wird nicht durch einzelne noch ausstehende Abschnitte verzögert. Was die Ungleichheit in einer Oberamtsbeschreibung, wenn zu viele Männer an ihr arbeiten, selbst betrifft, so erlaubt sich der Unterzeichnete hier nur ein Beispiel anzuführen. Die Bodenverhältnisse werden im allgemeinen Theil von dem Professor Kurr dargestellt, im landwirtschaftlichen Abschnitt beschreibt sie irgend ein Landwirth, im forstlichen – ein Forstmann und bei den einzelnen Ortsbeschreibungen folgt in der Regel der Verfasser der Oberamtsbeschreibung den amtlich eingekommenen Notizen. Auf diese Weise kommt in der Beschreibung Mangel an Einheit, was dem aufmerksamen Leser nicht entgehen kann. Wenn aber der Verfasser die Bodenarten des Oberamtsbezirks, verbunden mit den geographischen Verhältnissen, während seiner Reise durch den Bezirk genau untersucht und erkundigt, so ist er im Stande nicht nur die Boden- und Gebirgsarten im allgemeinen Theil richtig darzustellen, sondern auch die in den übrigen Abschnitten zu beschreibenden Bodenverhältnisse mit dem Hauptabschnitt in Einklang zu bringen, oder der Kürze wegen auf diesen zu verweisen.

Die Zweckmäßigkeit dieses Verfahrens glaubt der Unterzeichnete hauptsächlich bei der ihm anvertrauten Beschreibung des Oberamts *Böblingen* erprobt zu haben.

Was endlich den Zeitaufwand betrifft, so ist es nach den bisher gesammelten Erfahrungen möglich die Erhebung der nöthigen Notizen von einer nicht zu großen Landgemeinde in Einem Tag zu bewerkstelligen.

Ferner erlaubt sich der Unterzeichnete vorzuschlagen, die Fragenpläne, welche an die betreffenden amtlichen Stellen gesendet werden, in der Folge nur auf solche Fragen zu beschränken von denen sich erwarten läßt daß die Befragten sie befriedigend beantworten können. So dürften z. B. Fragen über allgemeine und örtliche Geschichte, wenn diese nicht nach vorhandenen Ortsdocumenten beantwortet werden können, theilweise wegfallen. Da sowohl die allgemeine Geschichte als die der einzelnen Orte eines Oberamtsbezirks, von Oberstudienrath Stälin so umfassend und gründlich geliefert wird, daß von andern Seiten im günstigsten Fall nur Wiederholungen gegeben werden können, und gerade diese Fragen sind es deren Beantwortungen namentlich den Herren Geistlichen viele überflüssige Mühe verursachen und dennoch nichts Erhebliches enthalten.

Dagegen sollte auf die Erhebung von Volkssagen mehr Rücksicht genommen werden, da in diesen, wenn sie auch noch so märchenhaft lauten, nicht selten historische Wahrheiten tief verborgen liegen. Wenn z. B. von irgendeiner Straße die Sage geht, daß der Teufels auf ihr gefahren sei, so deutet dieses theils auf ein hohes Alter – theils auf eine abnorme Construction und Führung der Straße und nicht selten haben ähnliche Erzählungen den Unterzeichneten auf die Spuren röm. Straßen geführt.

Fragen über die geognostischen Verhältnisse, über die Flora und Fauna des Bezirks, sollten nur an einzelne Männer, welche sich diesen Fächern besonders widmen, gerichtet werden. Ebenso sind Fragen über Gewässer, Thäler, Lage u. s. w. nur in einzelnen Fällen nöthig, da diese Verhältnisse nur den topog. Karten genau entnommen werden können.

Durch die Vereinfachung der Fragepläne würde erzwengt, daß die Befragten nicht von dieser Masse von Fragen, welche häufig über den Bereich ihres Wissens gehen, abgeschreckt würden und sie deshalb die Beantwortung derselben entweder ganz unterlassen oder sie in anderem Fall überhaupt mangelhaft liefern.

Endlich erlaubt sich der Unterzeichnete noch vorzuschlagen, in der Folge die Beschreibung der Gewässer und Thäler nicht in zwei besondern Abschnitten sondern vereinigt bearbeiten zu lassen, wodurch der Verfasser vieler Wiederholungen überhoben – und die Beschreibung selbst faßlicher würde.

Stuttgart den 20 ten Januar 1850. Ehrerbietigst Topograph Paulus¹²¹

¹²¹ StAL E258 II Bü 761.

c) Krisen und Neuorganisationen

In den heute noch vorhandenen Akten der württembergischen Landesbeschreibung ist nach bestimmten Gesichtspunkten, und soweit es sinnvoll war auch nach Wissensformaten getrennt, ablesbar, wie sich rund um einzelne (Publikations-) Aufgaben Arbeitsweisen und Problemlagen entwickelten; im Alltag des Bureaus dürfte das nicht so sehr getrennt abgelaufen sein, die Wissensbereiche überlappten sich in der Praxis. Die Abläufe funktionierten allerdings nie reibungslos, die Akten enthalten daher auch zahlreiche Mängelberichte und Mahnungen. Die Freuden der Vaterlandskunde schienen sich bei den Beteiligten, insbesondere der Geschäftsführung, nicht so recht einzustellen und die Mühen waren groß, die Sache am Laufen zu halten. Bis zu Memmingers Tod am 21. Februar 1840 waren 14 Oberamtsbeschreibungen erschienen. Das führte zu einer schweren Krise: Nach 18 Jahren waren 50 Oberamtsbeschreibungen noch nicht erarbeitet und publiziert, anlässlich des Thronjubiläums des Königs stand für 1841 eine Neuausgabe der Gesamtdarstellung des Königreichs an und Memmingers Nachfolger hatten das Gefühl, Memminger habe seine Kenntnisse mit ins Grab genommen.

Bei einer Sitzung zur Geschäftsverteilung des Statistisch-topographischen Bureaus wurde die Problematik diskutiert und Vorschläge erarbeitet, um die Krise zu bewältigen: „Geschäftsaustheilung¹²² in Beziehung auf die Oberamtsbeschreibungen. Zu einer der Hauptaufgaben des statistisch topogr. Bureau gehören die Oberamtsbeschreibungen, die schnellere Förderung ihrer Hauptaufgabe liegt nicht allein in den Wünschen des Publikums, welches im Allgemeinen viel Interesse für das Unternehmen zeigt, sondern auch in der Natur der Sache, weil sonst ein Theil veraltet, ehe das Ganze beendigt wird. Bis jetzt sind 14 Oberamtsbeschreibungen im Druck erschienen, also noch 50 Oberämter zu beschreiben. Selbst wenn es mögliche werden sollte, jährl. 4 Oberamtsbeschreibungen zu liefern, wären zur Vollen- dung doch noch 12 Jahre nöthig. Jedenfalls ist klar, daß jede Verzögerung möglichst zu vermeiden ist. Ein Mittel zur Beschleunigung der Arbeit liegt in der Theilung derselben unter Mehreren, je nach den Fächern, für welche jeder Mitarbeiter bereits vorzugsweise vorbereitet ist.“¹²³

Ein neuer „Plan und Leitfaden“ für die Oberamtsbeschreibungen wird erarbeitet und die Verteilung der Aufgaben an eine Hauptredaktion und Mitarbeiter geplant. Im Kern steht die Feststellung, dass die Aufgaben „nach den Fächern“ aufgeteilt werden sollen. So sieht es auch ein zwei Jahre später datiertes Protokoll vor: „[D]ie bisherigen Erfahrungen haben gelehrt, daß wenn jedes Mitglied eine Oberamtsbearbeitung ganz bearbeiten wollte, sehr verschiedene Fähigkeiten und Studien nothwendig wären, die jedenfalls sehr viel Zeit erfordern würden, abgesehen davon,

¹²² Zeitgenössische Bezeichnung für den behördlichen Vorgang der Aufteilung von Arbeiten und Zuständigkeiten.

¹²³ StAL E 258 II Bü 761. Hervorhebung im Original.

daß es besser erscheinen dürfte, wenn je die betreffenden Fächer von Männern vom Fach bearbeitet werden.“¹²⁴

Es sei deshalb als zweckmäßig erkannt worden, dass aufgeteilt werden müsse in historische, naturgeschichtliche und übrige Fächer, damit Professor Stälin für das erste, Dr. Riecke für das zweite und Professor von Pauly und Assessor Moser für die übrigen Arbeiten zuständig sein könnten. So ähnlich war das auch schon zwei Jahre zuvor gedacht gewesen, wobei Pauly die Hauptredaktion obliegen sollte. Mit dieser Aufteilung waren der Minister und das Kollegium einverstanden. Es wurde noch angemerkt, dass es sinnvoll sei, wenn im Voraus die Reihenfolge der zu bearbeitenden Bereiche genauer abgestimmt werde, denn benachbarte Oberämter würden dieselben Vorarbeiten benötigen.

Bis 1850 erschienen weitere elf Bände, aber der Druck auf das Bureau war weiterhin hoch und es wurde weiter über die Optimierung der Bearbeitung beraten. Man beschloss, den Topografen Paulus stärker in die Geschäfte einzubinden, denn dieser hatte bereits einen Schriftsatz vorgelegt (s. o.), der auf einen engagierten und vorbildlichen Mitarbeiter schließen ließ. Paulus bewarb sich mit diesem Beitrag über seine Arbeitsweise indirekt auf ein leitendes Amt in der Landesbeschreibung, womit er schließlich auch Erfolg hatte. Seine durch eigene Expertise wie durch Memmingers Vorbild und die vorgängigen Erfahrungen in Württemberg (z. B. in den Pfarrvisitationen), vielleicht auch durch einschlägige Lektüre geschulte Beschreibung der Vorgehensweisen zeigt seine Eignung für eine empirisch fundierte Landesbeschreibung. Sie verrät darüber hinaus seine zweite Profession: die, für die er in der kulturellen Erinnerung Württembergs nachhaltig verankert ist. Seine Leistungen als Topograf und später als Redakteur einer nicht geringen Anzahl von Oberamtsbeschreibungen sind heute weniger bekannt¹²⁵. Sein Eintritt in die Leitungsebene des Statistisch-topographischen Bureaus geschah zu einem Zeitpunkt, als die von Memminger propagierte Leitidee des „Universalismus“ bei dessen Nachfolgern als nicht mehr sinnvoll galt und stattdessen eine stärkere fachbezogene Aufgabenteilung bei gleichzeitiger Konzentration des Wissensmanagements in einer erweiterten Zentralbehörde angestrebt wurde.

Dieser Entwicklung wurde mit einer königlichen „Entschließung“ zum Statut des Bureaus von 1856 Rechnung getragen¹²⁶. Das Statistisch-topographische Bureau wurde in eine Zentralstelle umgewandelt und die Zahl der ordentlichen Mitglieder festgelegt. Die Zentralstelle war haushaltsrechtlich weiterhin dem Finanzministerium unterstellt, die anderen Ministerien entsandten jedoch abgeordnete Verbindungsbeamte, die für die Zusammenarbeit zuständig waren und in den Gremien des Bureaus vertreten waren. Aus der Verordnung lässt sich nicht entnehmen, wie die Umsetzung vor sich ging, ebenso ist unklar, ob diese Aufgabenteilung je

¹²⁴ Ebd.

¹²⁵ Mehr zu seinen ethnografischen Beiträgen im nächsten Kapitel.

¹²⁶ „Statut über das königliche statistisch-topographische Bureau“ vom 5. Juni 1856. In: Regierungsblatt des Königreichs Württemberg 1856, 9, S. 173–177.

funktioniert hat. Es entsteht der Eindruck einer stärkeren ministeriellen Kontrolle und stärkerer Bürokratisierung. Das mag der regierungspolitischen Situation der Jahre nach 1848 geschuldet sein, die stärker kontrollierend war. Dazu passt die tendenzielle Verschiebung der Zielsetzung auf eine Zuarbeit für die Verwaltung und für die Regierung; der Aspekt der Wissenschaft wird noch erwähnt, aber die Öffentlichkeit als Adressatin tritt gegenüber früheren Konzepten eher in den Hintergrund. Auch werden die Publikationen zwar erwähnt, aber nicht mehr das Überblickswerk über das Königreich: „§ 1. Das statistisch-topographische Bureau hat die Bestimmung, Notizen über alle gesellschaftliche und staatliche Erscheinungen zu sammeln und methodisch zu ordnen, deren übersichtliche Kenntnis für die Staatsregierung und die Wissenschaft von Wichtigkeit seyn kann. Und ist dasselbe berufen, für die Verbreitung derjenigen Gegenstände, welche zur Kenntnis des Landes und der öffentlichen Verhältnisse dienen, durch Publikationen zu sorgen.“¹²⁷

Wichtiger als die den restaurativen Tendenzen geschuldete stärkere Betonung der Staatsaufgaben scheint aber die organisatorische Neuordnung von Behörden, die in dieser Zeit vorgenommen wird und die auch das Bureau betrifft, das nun in eine Zentralstelle umgewandelt wird: „Je allgemeiner in neuerer Zeit der wesentliche Einfluß erkannt wird, welchen eine umfassende und möglich genaue Statistik sowohl auf die Gesetzgebungsarbeiten als auf einen zweckmäßigen Gang der öffentlichen Verwaltung zu üben geeignet ist, und je vielseitiger die Ansprüche an letztere mit der Zeit hervortreten; um so mehr hat sich das Bedürfnis gezeigt, die in Württemberg längst bestehenden statistischen Anstalten den neueren Ansprüchen entsprechender einzurichten und ihre Arbeiten durch nähere und regere Teilnahme der verschiedenen Ministerial-Departements zu beleben und zu erweitern. Um nun dieses zu bewirken und die bestehenden Einrichtungen nach Thunlichkeit zu vereinfachen, haben Seine Königliche Majestät durch höchste Entschließung vom 2. Juni 1856 zu genehmigen geruht, daß der Verein für Vaterlandskunde mit dem statistisch-topographischen Bureau zu einem Ganzen verschmolzen werde und dieses als statistische Centralstelle ein umfassendes Statut erhalte“¹²⁸.

An dieser Verlautbarung lässt sich nicht erkennen, was der Anlass für diese Verschmelzung war, es kann ebenso die ineffektive Zusammenarbeit mit dem Verein wie die Angleichung an andere Fortschrittsagenturen gewesen sein, die organisatorisch neu aufgestellt und zu „Centralstellen“ ernannt wurden. Die bedeutendste Einrichtung war die Centralstelle für Gewerbe und Handel unter Ferdinand von Steinbeis, gefolgt von der Centralstelle für Landwirtschaft. Die Einrichtung von Zentralstellen, mancherorts auch Zentralkommissionen genannt, ist eine allgemeine Entwicklung in der deutschen Bürokratiegeschichte. Eine Zentralstelle benötigte logischerweise Außenstellen, die ihr untergeordnet waren, und sie musste eine zentrale Funktion einnehmen. Die Eingliederung des Vereins für Vaterlands-

¹²⁷ Ebd., S.174.

¹²⁸ Ebd., S.173 f. Anm.: Hervorhebungen im Original.

kunde erfüllte diesen Zweck und bedeutete gleichzeitig die Aufwertung des Bureaus in Richtung einer eigenständigen Mittelbehörde, die es später auch werden sollte. Auch wenn die Aufgabe im Kern die der landeskundlichen Beschreibung und Statistik blieb, änderten sich die Bedürfnisse, Bestimmungen und Ausrichtungen immer wieder. Plan und Durchführung mussten ständig neu gefasst und organisiert werden.

5. Zwischenresümee: zur Vorgeschichte regionaler Ethnografie

Die Durchsetzung von Staatlichkeit richtet das Wissen auf den Staat aus, gleichzeitig muss der Staat das Wissen für die Öffentlichkeit zugänglich machen, um die Akzeptanz der Wissensabschöpfung und die Akzeptanz des Staates als solchem zu erhöhen. Der Bedarf an Wissen und die Öffnung des Wissens können als gleichwertige Bedingungen neuer amtlicher Organisationsformen verstanden werden, deren erste dafür relevante das Statistisch-topographische Bureau war. Komplexe Austauschbeziehungen im Sinne von Transaktionsräumen sind darin begründet. Das Bureau bekommt damit eine wichtige, bisher außer Acht gebliebene Bedeutung für die Vorgeschichte des volkskundlichen Wissensmodus als Teil behördlicher Forschung¹²⁹. Hier entwickelten sich spezifisch die Themen, die Methoden und die Wissensorganisation, die für eine wissenschaftsförmige Landes- und Volkskunde notwendig waren. Der Organisationstyp Bureau mit der Notwendigkeit zur Kooperation ergab eine notwendige Offenheit gegenüber der Expertise aus dem nicht-behördlichen Wissensmilieu, auch wenn der Schwerpunkt im Bureau verblieb.

In der Geschichte der Programmatiken von „Volkskunde als Wissenschaft“, so auch der einschlägige Titel von Wilhelm Heinrich Riehl¹³⁰, wurde genau diese Herkunft kleingeredet, um der Modulation eines neuartigen Typus' von Wissenschaft bzw. von Wissenschaftler(n) Raum zu geben. Gerade Riehl (1823–1897), der auch Staatswissenschaftler war und in der Tradition von Schlözers Lehrer Achenwall stand, versuchte, diese Leistungen als zu überwindende darzustellen und verschleierte so, dass seine in „Volkskunde als Wissenschaft“ als neu deklarierten Arbeitsweisen und Konzepte in den statistischen Bureaus schon entwickelt worden waren, wenn auch weniger nationalstaatlich und in geringerem Maße auf Deutsch- und Volkstum ausgerichtet, wie Riehl es vorsah. Den Ansätzen ethnografisch-feldforschender und beschreibender Statistik, die in den Bureaus schon geübt wurden, unterstellten Riehls Polemiken pauschalierend „Lebensferne“. Der Wissensbegriff als solcher wurde in die Nähe von Nicht-Wissen gerückt, da von ihm laut Riehl kein erklärender Impuls ausgehe: „Die bloße Kenntniß der Thatsachen des Volkslebens gibt niemals eine Wissenschaft vom Volke“¹³¹. Das wirft einerseits nochmals die Frage auf, welches Wissen eigentlich produziert wurde, andererseits weist die Kritik am Bureau-Wissen auch in eine antiaufklärerische Richtung. Das Zurverfügungstellen von Wissen als bürgerlich-emanzipatorische Leistung wurde von Riehl

¹²⁹ Letztendlich verdankt sich auch die niederländische Erfolgsromanserie „Das Büro“ von J.J. Voskuil dem realem Vorbild eines büroförmigen ethnografischen Instituts als später Nachfolge dieser Agenturen.

¹³⁰ RIEHL, *Volkskunde*. Vgl. dazu auch KASCHUBA, *Einführung*, S.42ff. und BAUSINGER, *Volkskunde*, S.59f.

¹³¹ RIEHL, *Volkskunde*, S.219.

und den ihm folgenden Volkstumswissenschaftlern gering geachtet, infolge der Konzentration auf die Riehl'sche Tradition besonders nach 1900 ist die Leistung der statistisch-topographischen Bureaus und der aus ihnen erwachsenden Strukturen als wenig bedeutend bewertet worden.

Der Stellenwert des ethnografischen Wissens wurde in der büroförmigen Ressortforschung aber von Anfang an mitgedacht als mittelbare Folge der Volkskunde. Volkskunde und Ethno-Graphie waren dabei am Anfang gleichermaßen unbestimmt. Sie sind nicht gleichzusetzen mit dem heutigen Verständnis wissenschaftlicher Disziplin und Methodik, dennoch enthielten sie das Potenzial, das sie als ein Konzept und als Methodenensemble zu den notwendigen Vorläufern werden ließ. Sie mussten sich am Ende von der Behörde, dem Verein abspalten, um Wissenschaft zu werden. Davor aber war gerade ihre thematische, methodische und personelle Verankerung im Ressort Landeskunde ein wichtiger Entwicklungsschritt. Die Beschränkung der Ethnografie in der Behördenforschung auf die Untersuchung der eigenen Bevölkerung war möglicherweise prägender für das Konzept von Volkskunde, als das bisher gedacht wurde. Das wurde in der Wissenschaftsgeschichte bisher nicht konsequent durchdacht, weil das Material nicht herangezogen werden konnte oder nicht bekannt war. Die Arbeitsweisen des Statistisch-topographischen Bureaus werden aber nur in den Akten richtig nachvollziehbar. Eine an Praxeologie ausgerichtete wissenschaftliche Untersuchung dieser Behördengeschichte klärt nicht nur deren eigene Praxis, sondern zeigt, dass sie auf andere Wissensbereiche ausstrahlte und ebenso von diesen beeinflusst wurde. Stets waren es Austauschbeziehungen, keine isolierten Entwicklungen. Das Bureau war nicht nur ein Wissensraum, der kulturelles Raum-Wissen erarbeitete, also den Raum des jeweiligen Staates mit kulturellem Wissen füllt, sondern auch ein Aktionsraum, in dem Wissen er- und verhandelt wurde und in dem unterschiedliche Akteure und nicht zuletzt auch der Staat in Austausch gerieten. Das Bureau war schließlich auch eine der Agenturen im württembergischen Staatsbildungsprozess, der diese Erwartungen schon bei der Gründung zugewiesen wurden.

Mit einem gewissen Stolz beschreibt die Historiografie der württembergischen Statistik und Landesbeschreibung, dass aus dem Statistisch-topographischen Bureau zahlreiche Institutionen hervorgegangen seien, weil sich die Aufgaben stetig erweitert hätten und weil es gelungen sei, diese in neuen Institutionen zu bearbeiten. Der außerbehördliche Einfluss auf die Institutionenbildung kommt dabei kaum in den Blick, und nur gelegentlich wird eine Einbindung in die Diskurse um Wissen, Öffentlichkeit und Staatlichkeit vorgenommen. Diese Verbindung und die Verknüpfungen von Argumentations- und Arbeitsweisen, von Epistemologie und Praxeologie und letztlich von deren Bedeutung für eine Geschichte volkskundlichen Wissens sollte und soll hier herausgearbeitet werden und wird im Folgenden weiter vorgestellt werden.

III. Um 1860 – das Volk

Während es in Kapitel II um die Organisationsformen regionalen Wissens und thematische und methodische Anfangsszenarien rund um das Bureau als staatlicher Wissensagentur ging, behandelt dieses Kapitel vermehrt die Wissensformate und deren Praxis in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in denen, so der Ausgangspunkt, nicht nur volkswissenschaftliches Wissen generiert wird, sondern die Suche nach dem „Volk“ überhaupt an Stellenwert gewinnt. Mit der in der Überschrift genannten Jahreszahl ist, wie schon in der Einleitung angekündigt, einerseits der Beginn eines zu erzählenden Zeitraums, hier von 1860 bis 1900, gemeint, andererseits umfasst die Bezeichnung „um 1860“, dass darin Themen behandelt werden, die in dieser Zeitphase wichtig sind, zu deren Erklärung aber durchaus auch auf vorgängige Zeiten und Entwicklungen zu rekurrieren sein wird.

Dieses Kapitel bleibt überwiegend im Wissensraum „Bureau“ und fokussiert auf die konkrete Wissensgenerierung in den unterschiedlichen Formaten der Landesbeschreibung mit Schwerpunkt auf deren ethnografischen Bereichen. Zu fragen ist, wie in der Ressortforschung in dieser Phase die ethnografischen Teile der Landesbeschreibung erarbeitet wurden, mit welchen Formaten und Praktiken und mit welchen Zwischenschritten welche Darstellungsformate und Inhalte generiert wurden und von wem. Anschließend werden die ersten wissenschaftlichen Langzeitprojekte der Proto-Volkswunde beschrieben und die Vorarbeiten zum regionalen Wörterbuch und deren sprachethnografische Leitgedanken und Praktiken näher untersucht. Dabei wird nach den Kreuzungspunkten von Behördenforschung, universitär-wissenschaftlicher Forschung und Volkswunde gesucht und die zunehmende Relevanz des Bezugspunktes „Volk“ als Charakteristikum dieser Unternehmungen analysiert.

1. „Das Volk“ rückt nach oben

Schaut man zunächst auf die Entwicklung der großen Überblickswerke, die das Bureau¹ neben den Jahrbüchern und den Oberamtsbeschreibungen herausgab, so sind hier zwei Neubearbeitungen mit jeweils deutlich vergrößertem Seitenvolumen zu vermerken: 1863 erschien als Fortführung von Memmingers 1841 (postum) erschienener „Beschreibung von Württemberg“² – eine Publikation, die er selbst wiederholt aktualisiert hatte – das Buch „Das Königreich Württemberg. Eine Beschreibung von Land, Volk und Staat“³. Dabei ist zunächst bemerkenswert, dass der Begriff „Volk“ in den Titel aufgenommen wurde. Zunächst klingt der Titel nur wie eine Variante der bekannten Formel von der „Landes-, Orts- und Volks-Kunde“. Beim Blick auf das Inhaltsverzeichnis zeigt sich jedoch, dass allen Themen ein sehr viel größerer Raum gegeben wurde und dass der früher mit „Volkskunde“ überschriebene Teil nun auch „Das Volk“ heißt. Zwar gab es bei Memminger schon zuvor ein Kapitel, dessen Überschrift auf den Bindestrich zwischen Volk und Kunde verzichtete, der als Schreibweise zum Programm der frühen Landesbeschreibung gehörte (s. amtliche Ankündigung im vorigen Kapitel), auch in seinen Manuskripten verwendete er diesen Begriff. Dieses Hinaufrücken des Begriffs Volk in den Titel aber ist umso bemerkenswerter, als es in einer Zeit geschieht, in der der Anspruch des Volkes auf Beteiligung in der Folge von Vormärz und Revolution mit dem Einsatz staatlicher Gewalt zurückgewiesen wurde und diejenigen abgestraft wurden, die sich an den freiheitlichen und demokratischen Bewegungen von 1848 beteiligt hatten. Dem Verlag Cotta als Herausgeber freiheitlicher Schriften und Zeitschriften wurde deshalb der Staatsauftrag entzogen⁴. Nach etlichen Wechslen rückte daher der Verlag Kohlhammer an seine Stelle als quasi Staatsdruckerei⁵. Die politische Geschichte nahm also durchaus Einfluss auf die Landesbeschreibung, so wie die Politik auch über die Regierungsmitwirkung der Ministerien direkt am Vorstand des Bureaus beteiligt war.

Betrachtet man die Gliederung des Stoffes im „Königreich Württemberg“ in fünf Büchern, so steht in der Mitte das „Dritte Buch“ mit dem Untertitel „Das Volk“. Erstes und zweites Buch widmen sich Geschichte – mit alter Geschichte – sowie „Land und Natur“, das vierte ist überschrieben mit „Der Staat“ und das fünfte mit dem Titel „Die Wohnplätze“ gehört den Ortsbeschreibungen, dazu der übliche

¹ Von Ende 1885 an wurde das bisherige Statistisch-topographische Bureau als Königlich Statistisches Landesamt geführt; Erlass vom 9. November 1885.

² MEMMINGER, Beschreibung von Württemberg, 3. Aufl., 1841.

³ Das Königreich Württemberg, 1863.

⁴ So sieht das der spätere Leiter der Landesbeschreibung Helmut Kluge, und in den Akten lässt sich der Vertragsabschluss von 1879 mit Kohlhammer nachvollziehen. KLUGE, Die amtliche Landesbeschreibung, S.264. Vertragsabschluss mit Kohlhammer: StAL E 258 II Bü 761.

⁵ Cotta hatte in dieser Funktion auch schon eine durchaus wechselvolle Geschichte hinter sich.

Anhang mit Tabellen, Karten und Verzeichnissen. Die Gliederung entspricht im Prinzip der Aufteilung von 1841, da hießen die Großkapitel „Geschichte“, „Landeskunde“, „Volkskunde“, „Staatskunde“, „Ortsbeschreibung“. Diese grundsätzlich neue Einteilung hatte Memminger schon 1823 in seiner zweiten Auflage vorgenommen, in der vorhergehenden Auflage von 1820 waren Volks- und Staatskunde in einem Kapitel zusammengefasst als „Volkskunde oder Statistik“⁶. Geschichte begann bis dahin erst um das Jahr 1000 n. Chr., das ändert sich mit der Ausgabe 1841, die bis zu den Römern zurückgeht, was die Ausgabe von 1863 genauso handhabt. Diese Ausdehnung von Geschichte und Ethnografie ist dennoch nur zum Teil bei Memminger vorbereitet gewesen, sie fußt mehr auf den Interessen seiner Nachfolger, die Namen der Bearbeiter, Eduard Paulus d. Ä. und August Friedrich Pauly (1796–1845), stehen für dieses Programm⁷. „Das Volk“ bleibt auch in der nächsten Bearbeitung (1882–1886)⁸ an seinem Platz, erst in der letzten Neubearbeitung von 1900⁹ fällt der Untertitel wieder weg.

Das Kapitel „Das Volk“ unterteilt sich 1863 in drei „Hauptstücke“ mit den Überschriften „Bevölkerungsstatistik“, „Ethnographische Verhältnisse“ sowie „Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Volks“. Zu den ethnografischen Verhältnissen gehören sechs Kapitel: I. Die Abstammung, II. Körperliche Beschaffenheit, III. Lebensweise und Sitten, IV. Die Mundarten, V. Beiträge zur Kulturstatistik, VI. der Volkscharakter. Knapp 400 von etwas über 1000 Seiten werden mit dem 3. Buch gefüllt und davon knapp 70 Seiten den ethnografischen Verhältnissen gewidmet.

In den hier näher zu betrachtenden Auflagen von 1863 und 1882 hat jeweils Adelbert von Keller¹⁰ den Teil über die sprachliche Kultur d. h. „Mundarten“ Württembergs verfasst bzw. den Text für die spätere Ausgabe überarbeitet, die aber erst nach seinem Tod herauskam¹¹. Mit ihm ist erstmals ein universitärer Vertreter der Proto-Volkskunde in der Landesbeschreibung vertreten. Kam man bisher mit einer halben Seite zu diesem Thema aus, so stehen von Keller nun zehn Seiten zur Verfügung, ähnlich verhält es sich mit den Kapiteln „Lebensweise und Sitten“ sowie „Volkscharakter“, ihre Seitenumfänge sind deutlich vergrößert. Ob man deshalb detaillierter und genauer erfährt, was, so eine weitere Zwischenüberschrift, als „Ethnographische Verhältnisse“ im Land zu verzeichnen sind und dabei reale Verhältnisse geschildert werden, das sei vorerst noch dahingestellt.

⁶ MEMMINGER, Neueste Kunde; DERS.: Beschreibung oder Geographie.

⁷ Pauly ist der Begründer der Realenzyklopädie der Altertumswissenschaft sowie Bearbeiter und Herausgeber von Oberamtsbeschreibungen, zeitweise leitet er das Bureau. Zu Paulus s. Kap. II.

⁸ Das Königreich Württemberg. 3 Bde. 1882–86.

⁹ Das Königreich Württemberg. 4 Bde. 1904–07.

¹⁰ Anm. zur Schreibweise des Namens mit dem Funktionsadelstitel: Adelbert Keller erhielt seinen Adelstitel 1854. Zwar waren die Zeitgenossen nicht konsequent bei der Verwendung des Titels, doch aus Gründen der Einheitlichkeit wird in diesem Werk durchgängig der Titel genannt.

¹¹ In der dritten Bearbeitung 1904 f. hat Karl Bohnenberger diesen Part übernommen.

Beachtenswert ist, wer – außer von Keller – diese Teile für die Ausgabe 1863 verfasst hat: Gustav Rümelin, Otto Köstlin und Karl Eduard Paulus. Paulus (hier noch der ältere) ist im Vorwort mit Finanzrat, Köstlin (1818–1884) als Arzt und Professor für naturwissenschaftliche Fächer am Gymnasium in Stuttgart und Rümelin als Staatsrat und Bürovorstand gekennzeichnet. Paulus und Rümelin sind Mitglieder des Bureaus (s. voriges Kapitel) und Köstlin ist einer der wichtigen externen Mitarbeiter der Oberamtsbeschreibungen und schließlich der großen Landesbeschreibungen. Dabei behandeln Rümelin als Fachvertreter der Statistik die Bevölkerungs- und Kulturstatistik und Köstlin als Arzt die „körperliche Beschaffenheit“ sicher nach dem damaligen Stand der Profession. Wenn Rümelin allerdings auch den Teil „Volkscharakter“ und Paulus, der gelernte Topograf, Altertumskundler, Bearbeiter und Herausgeber zahlreicher Oberamtsbeschreibungen, „Lebensweise und Sitten“ bearbeiten, dann darf an der wissenschaftlichen Qualität dieser Teile gezweifelt werden. Rümelin hatte amtsintern auch angemerkt, dass er kein Fachmann für den Volkscharakter sei und stattdessen Medizinalrat Dr. Hölder empfohlen, der selbst anthropologische und ethnografische Studien betreibe. Dieser wurde dann tatsächlich zur Unterstützung engagiert¹². Einen Stand der Profession und eine Wissenschaft gab es dafür allerdings noch nicht. Das änderte sich im Prinzip auch bei der Ausgabe 1882–86 nicht. Etliche Textteile wurden weiter übernommen, andere ausdifferenziert und überarbeitet, insgesamt aber stark erweitert. Das Dritte Buch in der Ausgabe von 1884 umfasst nun alleine 900 Seiten. Die von Paulus erarbeiteten Teile „Lebensweise und Sitten“ übernahm Professor Julius von Hartmann (1836–1916), einer seiner Nachfolger im Amt, vordem evangelischer Pfarrer und Repetent, Vertreter des Historischen Vereins für Württembergisch Franken¹³. Konnte man bei Memminger noch annehmen, dass er diese Teile für wenig entwicklungsfruchtig einschätzte und sich aus Mangel an Information auch pragmatisch an seine alten Narrative hielt, so durfte man spätestens mit der Ausgabe ab 1860 erwarten, dass inzwischen genug differenziertes Material hätte vorliegen sollen, das mit den unterschiedlichen Erhebungsformaten und nicht zuletzt durch die Ortschroniken und die Oberamtsreisen angesammelt wurde. Es ist zu fragen, ob die Ausdehnung der ethnografischen Teile und die Berücksichtigung von „Volk“ in den Kapitelüberschriften die Bearbeiter in ihrem Blick und ihrem Verständnis von Volk weitergebracht hatte als dies in der ersten Hälfte des Jahrhunderts der Fall gewesen war. Darauf wird am Ende des Kapitels nochmals zurückzukommen sein.

Mit den Bemühungen um „das Volk“ als einer relevanten Beschreibungseinheit stand die württembergische Landesbeschreibung um 1860 nicht alleine. Das Volk als Idee und das Volk als Beobachtungsgegenstand gingen dabei, so kann angenommen werden, Hand in Hand. Ebenso ist relevant, wie sich die Begriffsgeschichte zur

¹² Vgl. StAL E 258 VI Bü 69.

¹³ Zu Hartmanns Biografie als Leiter der Landesbeschreibung und als Initiator der Kommission für Landesgeschichte s. BURKHARDT, Das Statistisch-topographische Bureau, S. 242.

Beobachtungs- und Ideengeschichte verhält. Justin Stagl konnte in seiner Überblicksdarstellung nachweisen, dass der Begriff „Ethnographie“ – allerdings weitgehend unbemerkt – erstmals in Lehrbüchern württembergisch-fränkischer Provenienz auftauchte und sich dann durch die Übernahme und den Erfolg der Göttinger Statistiker Gatterer und Schläzer, die ihn in ihren Lehrschriften verwendeten, ab 1770 etablierte¹⁴. Damit war zwar ein Begriff gefunden, den Stagl den „Ethnos-Begriffen“ zuordnete, die die ältere Form der Anthropos-Begriffe zwar nicht ablösten, weil diese ebenso weiter genutzt wurden, die aber einen neuen Zweig der Humanwissenschaften eröffneten, der nicht mehr dem bzw. den Menschen, sondern einer in Gruppen diversifizierten Auffassung von ihm galt: dem Volk bzw. den Völkern (etymologisch bedeutet „Ethnos“: „die Menschen, die auf irgendeine Art zusammengehören“). Nicht immer völlig logisch im Gebrauch folgte dem Begriff Ethnographie die Ethnologie und die jeweiligen Versuche der Eindeutschung durch Begriffe wie Völkerkunde, konzeptioniert als Gegensatz zu Erdkunde, Völkerbeschreibung und Volkskunde. Mit „Ethnos“ konnte sich in der Folge sowohl der Gedanke der Vielfalt der Völker als auch daran anschließend der Vielfalt im Eigenen verbinden. Volkskunde nahm für Stagl eine Sonderstellung ein, weil sie weniger mit dem Gedanken der Geschichtlichkeit etabliert wurde, sondern mit dem der Statistiker für den Zustand der Gegenwart. Stagl findet den ersten bekannten Beleg für 1782, hierin Kutter (1979) folgend, im Umfeld der Göttinger Schule¹⁵. Die Idee, das Volk zu beschreiben, gehört für ihn logisch in den Entwurf einer antitheologischen Weltbeschreibung, die sich in der deutschen protestantischen Geisteswissenschaft entwickelte¹⁶. Eine typisch deutsche Situation sieht er auch darin, dass sich in einem Land ohne Überseebesitzungen andere Bezugssysteme für die Ethnografie ausbildeten: „Die Deutschen interessieren sich als binnenländische Nation ohne Kolonien, jedoch mit Exklaven quer durch Europa bis hinein nach Russland, weniger für die Eingeborenen überseeischer Länder als für die rückständigen Volksgruppen Europas sowie die eigene nichtgermanische Vorbevölkerung. Indem sie Begriffe ‚Volk‘ und ‚Nation‘ auch auf diese Gruppen anwandten, gewährten die deutschen Historiker ihnen die prinzipielle Gleichrangigkeit mit den großen Nationen Westeuropas. Die *Ethnos*-Disziplinen der deutschen Hochaufklärung waren noch nicht ‚nationalistisch‘ wie nachmals die Romantik.“¹⁷

Han Vermeulen, dem auch Stagl viele Informationen verdankt, reklamierte inzwischen noch etwas frühere Belege (1776) aus der niederländischen Literatur¹⁸. Beide sind sich einig und stimmen darin auch mit anderen Autoren überein, dass es die vordisziplinären Erfahrungen der Erforschung Sibiriens im Auftrag des russischen Zaren bzw. der Zarin waren, die vom Wissensmanagement der Petersburger Akademie geplant und von europäischen (auch württembergischen) Wis-

¹⁴ Vgl. STAGL, Geschichte, S. 255 f.

¹⁵ Vgl. ebd., S. 259.

¹⁶ Vgl. ebd., S. 261.

¹⁷ Ebd., S. 262. Hervorhebungen im Original.

¹⁸ VERMEULEN, Before Boas, S. 312.

senschaftlern durchgeführt wurden. Diese und deren Wissenstransfer in akademische Kreise und in eine wissenschaftlich interessierte Öffentlichkeit seien es gewesen, die das Interesse an der Erforschung der europäischen Bevölkerung und letztlich des eigenen Volkes und den Modus ihrer Erforschung mitprägten. Gerade dort entstanden auch die Vorstellungen von den Unterschieden und Abgrenzungen, von fremd und eigen, von Volk und Völkern. Russlands Herrschaftsinteresse war es schließlich, Herrschaftswissen über die eroberten Gebiete zu bekommen und sie sich langfristig anzueignen. Hier war der Schritt von den Völkern zum Volk noch nicht vollzogen, aber potenziell vorhanden. Von daher war „Ethnographie“ ein noch offener Begriff und wurde erst später in Völker- und Volkskunde unterschieden. Dass das alles nicht nur eine wissenschaftliche Entwicklung war, die in der Zeit der Spätaufklärung relevant wurde, zeigt schon die zeitgleich entstehende höfisch-herrschaftliche Hinwendung zu Formen der ästhetischen Repräsentation des Volkes¹⁹. Dafür spielten die Sammlungen, die die Forschungsreisenden anlegen sollten und die unter anderem ästhetisch ansprechende Alltagsgegenstände beinhalteten, ebenso eine Rolle wie die bildlichen Repräsentationen der Reisen durch begleitende Zeichner²⁰. Nicht vergessen werden sollte die aus den ebenfalls entstehenden Naturwissenschaften kommende Aufforderung zum Forschen im eigenen Land, die patriotisch, erkenntnistheoretisch und praktisch motiviert war (vgl. Kap. II.) und deren Forschungen auf ähnlichem methodischen Vorgehen basierte, zumal auch dort eine disziplinäre Festlegung noch nicht erfolgt war. Die ethnografischen Forschungsanleitungen für die zweite Kamtschatka-Expedition wurden von Wissenschaftlern verfasst, die später als Geschichts- und Geowissenschaftler (Gerhard Friedrich Müller, Göttingen) oder Chemiker und Botaniker (Johann Georg Gmelin, Tübingen) tätig wurden²¹.

Die Entdeckung und die Erfindung des Volkes gehen Hand in Hand. Das erklärt aber noch nicht die jeweiligen Absichten und Zielrichtungen. Die Landesbeschreibung war ein Resonanzraum für diese Entwicklung, sie platzierte sich durch ihren amtlichen Charakter zwischen Wissenschaft und Politik/Herrschaft und nahm von beiden Impulse auf. Die üblicherweise in der Fachgeschichte genannten Vertreter einer Proto-Volkskunde (Herder, Grimm etc.) sind hier noch gar nicht aufgetreten, weil sie mutmaßlich für die amtliche Landesbeschreibung nicht in dem Maße einflussreich waren wie die universalgeschichtlichen und staatswissenschaftlichen Konzepte der Göttinger Schule, wie ja schon im vorigen Kapitel nachgewiesen werden konnte²². Stagl legt dar, dass, bevor Herder sein Konzept von „Volk“

¹⁹ Vgl. KELLER-DRESCHER, *Die Ordnung*, S. 186–189.

²⁰ Vgl. REES, *Die verzeichnete Fremde*.

²¹ Vgl. BUCHER, „Von Beschreibung“. Gmelin führte denn auch einen regen Briefwechsel mit Linné. Eine Auswahl in: GMELIN, Johann Georg Gmelin, S. 123–143.

²² Wiewohl sich durchaus Spuren der Diskurse der frühen Germanistik und insbesondere Grimms finden, allerdings erst um 1840. In einem Konvolut mit Notizen des Trigonometers Diezel befinden sich u. a. Abschriften aus der „Deutschen Mythologie“ von Jacob Grimm. StAL E 258 VI Bü 279.

bzw. von der Notwendigkeit der Hinwendung zur Überlieferung im Volk als Zugang zur Vor-Geschichte entwickelte, bei Schlözer schon eine Programmatik der Ethnografie als Teil seines Lehrbuchs für Universalgeschichte (1772) bzw. zum Erstellen und Schreiben von Universalgeschichte(n) vorgestellt wurde²³. Der Volks-Begriff bei Schlözer ist komplex, er leitet ihn von der Etymologie des Altgriechischen ab und setzt seinen Schwerpunkt in der Annahme, dass es sich bei Volk in seinem universalhistorischen Sinne um eine politische Einheit handle, weniger um eine staatliche als um eine geschichtliche, also um eine gewordene²⁴. Wiederum aus den Studien von Vermeulen, Bucher und Stagl geht hervor, dass Schlözer auch von den Erfahrungen der Sibirienforschung beeinflusst war, nicht zuletzt, weil er selbst in Petersburg an der Akademie war, eine nordische Geschichte verfasste und mit dem Göttinger Kollegen Müller im Austausch stand. Ob es eine Traditionslinie des Tübinger Sibirienforschers Gmelin bis in die Entwürfe württembergischer Landesforschung gab, ist bisher noch nicht erkundet worden. Im frühen 20. Jahrhundert war es Robert Gradmann, einer der Vordenker und Mitbegründer einer weit gefassten Landesforschung, der an die Leistungen Gmelins erinnerte und so das Wissen und die württembergische Genealogie zu Gmelin erneuerte²⁵.

Wenn sich also die Kapitelbezeichnungen in den Werken der Landesbeschreibung von Ethnografie über Volkskunde zu Volk veränderten, so wurde einerseits in der Begriffsform nachvollzogen, was sich seit 100 Jahren entwickelt hatte: eine Wandlung von der Ethnografie der europäischen Forschungsreisen und der der Staatskunde/Statistik und Universalgeschichte zur Volkskunde. Andererseits kann man die Gegenüberstellung von „Volk“ und „Staat“ als Buch III. und IV. auch als ‚schlözerisch‘ gedachte zu unterscheidende Bereiche auffassen: Das Volk geht nicht im Staat auf, es ist immer etwas anderes als der Staat. Allerdings liegt es im Interesse der Politik, dass sich daraus eine Einheit ergibt in Form der Nation. Auch deshalb ist das Volk ein Beobachtungsobjekt des Staates.

Es muss im Folgenden untersucht werden, ob sich nur die Überschriften ändern oder auch die Inhalte, und ob man tatsächlich mehr wissen will über das Volk. Ebenso muss untersucht werden, welches Wissen dabei und dafür von wem generiert und transformiert wird. Denn die Erhebungs- und Darstellungsformate ändern sich stetig, und an ihnen lässt sich die Transformation mutmaßlich nach-

²³ STAGL, Geschichte, S.267–269.

²⁴ Vgl. ebd.

²⁵ GRADMANN, Leben. Robert Gradmann (1865–1950), studierter Theologe, promovierter Botaniker und habilitierter Geograf, Begründer der geografischen Landeskunde. Bruder des Landeskonservators Eugen Gradmann. Nach dem Studium Pfarrer, von Eugen Nägele zu botanischen Arbeiten ermuntert, später Promotion in Botanik, Bibliothekar in Tübingen, außerordentlicher Professor, Lehrstuhlvertreter, dann Professor in Erlangen, Lehrstuhl für Pflanzen- und Siedlungsgeografie, Mitbegründer des Erlanger Instituts für fränkische Landesforschung, Mitarbeiter an Oberamtsbeschreibungen. Zahlreiche landeskundliche Publikationen zu Württemberg in einem weitgefächerten Themenspektrum.

vollziehen. Gleichzeitig kann davon ausgegangen werden, dass die Methoden der Wissensgenerierung und ihre Bearbeitungspraxis die Inhalte prägten, wie dies der Formatbegriff bereits implizierte²⁶.

Seit 1824 die erste Oberamtsbeschreibung erschienen war, bemühte man sich, möglichst zügig 64 Oberämter zu bearbeiten. Wie im vorigen Kapitel dargestellt, erschienen bis zu Memmingers Tod 1840 erst 14 und bis 1850 weitere elf Publikationen, der Rest wurde bis 1885 publiziert. Dazwischen wurden noch die Überblickswerke unter dem Titel „Königreich Württemberg“ produziert. Das gesammelte Wissen wurde jeweils in beiden Publikationsformaten verwendet. Die Reihe der Oberamtsbeschreibungen hatte mit einer wichtigen Stadt in Neu-Württemberg, der früheren Freien Reichsstadt Reutlingen begonnen und endete mit einer anderen wichtigen Stadt, der katholischen Oberamtsstadt und früheren Fürstprobstei Ellwangen.

Waren die Anfangsjahre der Landesbeschreibung geprägt vom Zusammentragen von Grundlagenwissen und der Schaffung einer Community of Practice, die bei der Wissensgenerierung fallweise eingesetzt werden konnte, so entwickelte sich daraus eine halbwegs stabile Praxis, die gleichwohl stetiger Aufmerksamkeit und Transformation bedurfte, um arbeitsfähig zu bleiben. Der Grad der Abgestimmtheit unter den Beteiligten war durchaus hoch bzw. es bedurfte einer zeitweise hohen Managementleistung, um ihn zu erreichen. Hier herrschten allerdings keine egalitären Verhältnisse, sondern es wurde in der damals üblichen Weise nach Rang und Stand unterschieden kommuniziert. Wenn sich gelegentlich der König mit Lob und Tadel meldete, dann zeigt das auch die Bedeutung, die diesem Unternehmen beigegeben wurde, und dass die Austauschbeziehungen eine große Spannweite hatten. Im vorigen Kapitel wurde u. a. dargestellt, wie das Vorhaben vom Plan bis zur ersten Durchführung umgesetzt wurde, dabei wurde auf die Ortschroniken im Speziellen eingegangen. Hier sollen nun zunächst die Erhebungs- und Darstellungsformate für die Oberamts- und Landesbeschreibungen näher untersucht werden mit dem Schwerpunkt auf der Genese volkskundlichen bzw. ethnografischen Wissens und damit deren Methoden, Arbeitsweisen und Formate.

²⁶ Zum Formatbegriff vgl. FENSKE/KELLER-DRESCHER, Wissensformate, S. 189–192.

2. Erhebungsformate

Zur Systematisierung der Wissenserhebung, die über die bloße Kompilation vorhandener Wissensbestände hinausgeht, gehört der Entwurf einheitlicher Erhebungsformate. Landesbeschreibung als ausgeführte Statistik muss auf gleichförmige Daten abzielen, um eine Vergleichbarkeit zu erreichen. Es ging nie nur um die Kenntnis des einzelnen Ist-Zustandes, sondern um den Vergleich möglichst aller Befunde in zeitlicher und räumlicher Hinsicht. Der Vergleich ist ein Grundpfeiler der Idee der Statistik, denn nur durch ihn kann der einzelne Zustand bewertet und können Entwicklungen überhaupt wahrgenommen, beurteilt und bestenfalls prospektiv verwertet werden. Wie bei der Landesvermessung braucht man dafür vergleichbare Kriterien, die auf dieselbe Weise erhoben und ausgewertet werden können. Voraus gehen dieser Entwicklung die Entwürfe für Forschungspläne, die den Forschungsreisenden Fragekataloge mitgeben. Hier entstehen auch Listen mit ethnografischen Fragen²⁷.

a) Frage(n)plan und Fragebogen

Der Fragenplan²⁸, den zunächst die Topografen ab ca. 1824 in die Hand bekamen und der sich noch um 1850 in „Oberamtsmappen“ findet²⁹, also lange im Gebrauch war, war ein Schritt in diese Richtung. Ihm sollten noch etliche folgen, bis hin zu Fragebogen, die eine direkte Antwort auf dem halbseitig vorgedruckten Formular vorsahen. Vorbereitend hatten Memminger und Kausler bei württembergischen Gesandten und anderen ausrichten lassen, sie mögen Mitteilung geben über „Instructionen und Tabellenformulare [...] welche in betreff der Einsendung statistischer Notizen in Baiern und Preußen bestehen“³⁰.

Automatisch stellt sich die Frage, welche Genealogie das Wissensformat Frage-liste bzw. Frage(n)plan oder Fragebogen überhaupt hat und wie es in Württemberg im Besonderen war. Zur Entwicklung dieses Wissensformats gibt es bisher nur wenige Vorarbeiten, wobei die von Stagl und Brendecke hervorzuheben sind, auf die ich mich im Folgenden beziehen werde.

Man kann Fragenplan und Fragebogen als Formulare kategorisieren: „Allgemein gesprochen, wird man ein Formular als Dokument der regulierten Kommunikation begreifen können, bei dem sich klar zwischen einem festgelegten und einem variablen Teil unterscheiden lässt. Der fixe Teil des Dokumentes ist standardisiert,

²⁷ Vgl. BUCHER, „Von Beschreibung“, S. 75–127.

²⁸ Auf die Unterscheidung von Frage- und Fragenplan und Fragebogen wird weiter unten eingegangen.

²⁹ Zu finden beispielsweise im Bestand zur ersten Bearbeitung der Beschreibung des Oberamts Leonberg. Die Oberamtsbeschreibung erschien 1852, die Vorarbeiten können aber teilweise schon länger zurückgelegen haben.

³⁰ StAL E 258 VI Bü 1.

soll wiederholt werden und bildet dabei den Rahmen für den variablen Teil, der bei jeder Anwendung des Dokuments neu auszufüllen ist. Durch seine definierten ‚Lücken‘ wird Information übertragen und zugleich kategorial umgrenzt.“³¹

So beschreibt es Arndt Brendecke und stellt in seinem Aufsatz, der sich mit Tabellen und Formularen als Regulativen der Wissenserfassung und Wissenspräsentation befasst, weiter fest: „Hinsichtlich der Geschichte der papierernen Formulare und ihrer Rolle in der administrativen Praxis ist zunächst auf einen Forschungsrückstand hinzuweisen.“³² Für Brendecke ist die Überblicksdarstellung von Justin Stagl von 1979 eine wichtige Referenz: „Als eigenständiges Dokument wird das Verfahren formal regulierter Kommunikation vor allem in Form des Fragebogens (Stagl 1978) greifbar.“³³ Justin Stagl zeigt in dem von Brendecke zitierten Text Formierungsphasen der im weitesten Sinne sozialwissenschaftlichen und ethnografischen, formulargeregelten Wissenserhebungen auf.³⁴ Stagl verbindet damit eine Genealogie sozialwissenschaftlicher, ethnologischer und ethnografischer Wissenstechniken, die er – im Sinne der späteren Disziplinen – als proto-wissenschaftliche Methoden charakterisiert.

Festzuhalten ist, dass Formate wie Listen oder standardisiertes Abfragen, die sonst im Rahmen mündlich geführter Verfahren und Ordnungsoperationen eingesetzt wurden, vor allem seit der frühen Neuzeit systematischer zum Einsatz kamen. Gerade bei Untersuchungen großer Regionen, wie es für das kolonialisierte Amerika oder auch Irland und Sibirien der Fall war, wurden Fragelisten und später Frageformulare eingesetzt. Die Vor-Ort-Befragung konnte damit im Sinne der Gewinnung gleichförmiger Informationen durch ein schriftliches Verfahren unterstützt oder ersetzt werden. Brendecke weist darauf hin, dass bei gänzlich schriftlichen Verfahren oder bei stellvertretend für eine Befragungsinstanz durchgeführten Verfahren, die schriftlich angeleitet sind, der Fragebogen bzw. die Frageliste selbst die Autorität der Fragenden vertreten und entsprechend mit Autorität versehen werden muss. Dazu zählen etwa Begleitschreiben, Sanktionsandrohungen oder die formale Gestaltung, um ausreichend Aufforderungscharakter zu erreichen, damit die Angefragten auch reagieren: „Nur durch formale Strenge ist gewährleistet, dass das Dokument seine Aufgabe erfüllt, d. h. die gewünschte Information (und nur diese!) korrekt überträgt.“³⁵ „Bei ‚Formularen der Wissenserfassung‘ [hier: Fragebogen] haben wir es mit dem Versuch zu tun, eine bestimmte Reihe von Daten – und nur diese – zu erhalten, d. h. den Zufluss an Daten schon im Vorfeld zu standardisieren und zu kategorisieren. [...] Für die Arbeit des Wissenskompilators bedeutet dies, dass sein in der Publikation schließlich gegenwärtiges Material

³¹ BRENDECKE, Tabellen, S. 45.

³² Ebd.

³³ Ebd., S. 46. Brendecke gibt hier als Quelle fälschlich „Stagl 1978“ an, in der Literaturliste stimmen die Angaben.

³⁴ Vgl. STAGL, Vom Dialog.

³⁵ BRENDECKE, Tabellen, S. 47.

bereits sehr früh, d. h. bei der Sammlung des Materials in Form eines Fragerasters vorentworfen sein muss.“³⁶

Das Formular dient der Vorstrukturierung der Informationsbeschaffung und Verarbeitung. Fragebogen als Gegenstand einer historischen Epistemologie haben eine mindestens doppelte Geschichtlichkeit: Sie sind Ergebnis einer Format- und Methodologiegeschichte und gleichzeitig Ausgangspunkt einer weiteren Entwicklung, in der sie vorstrukturierend wirken. Sie sind formatiert und sie formatieren. Der Fragebogen ist ein Format, weil in ihm schon Wissen und Erfahrung angesammelt sind. Er wirkt formatierend, weil nur das nachgefragte Wissen abgefragt wird bzw. das Anbringen von nicht nachgefragtem Wissen geregelt wird.

Brendecke geht von einer engen Auffassung der Wissensgenerierung durch Fragebogen aus, wenn er betont, dass keine anderen als die explizit abgefragten Daten erhoben bzw. eingetragen werden sollten. Hier zeigen die württembergischen Beispiele eine offenere Form, wenn sie zumindest anfänglich dazu einladen, mitzuteilen, was über das Gefragte hinaus interessant ist³⁷. Auch berücksichtigt Brendecke nicht, dass die Fragen nicht immer präzise genug gestellt werden, um eine gewisse Varianz in der Beantwortung zu vermeiden, ganz abgesehen von möglichen Fehlinterpretationen. Das kommt sicher auch daher, dass er die benutzten Fragebogen seines Untersuchungsfeldes kaum kennt, denn sie sind schwer aufzufinden, wenn sie nicht, wie vermehrt im 19. Jahrhundert, veröffentlicht wurden. Die geringe Überlieferung, vielleicht auch die schwierige Auffindbarkeit sind sicher Gründe dafür, warum historische Frageformulare bisher kaum thematisiert worden sind³⁸. Sie waren für ihre Nutzer ein transitorisches Medium, das nach der Auswertung nicht mehr von Wert war, weshalb zumindest die frühen Exemplare so schwer bzw. nur dann zu finden sind, wenn man die Aktenüberlieferung der Aktionen auswerten kann³⁹. Außerdem interessierte die Praxeologie in der bisherigen Forschung nicht, eine kulturwissenschaftliche Untersuchung von historischem Verwaltungshandeln in Verbindung mit früher Ethnografie steht noch aus und ist daher ein Gegenstand dieser Untersuchung.

³⁶ Ebd., S. 48.

³⁷ Dazu wird auf dem Fragenplan von 1824 explizit mit dem Satz hingewiesen: „Mit Mitteilung dieser Fragen will man übrigens keineswegs die Erwartung verbunden haben, daß sie alle und jede beantwortet werden sollen. Ebenso wenig will man aber auch Gegenstände worüber nicht gefragt ist, von der Beobachtung ausgeschlossen haben.“ StAL E 258 VI 37.

³⁸ Auch in Cornelia Vismanns grundlegender Untersuchung zu Akten finden sich nur ganz am Rande Aussagen dazu. Vgl. VISMANN, Akten, S. 212 und 284. Neuerdings befasst sich die Studie über die Geschichte britischer Bevölkerungszählung und -befragung von Kerstin Brückweh mit dem Format Fragebogen. Vgl. BRÜCKWEH, Menschen zählen, S. 81–116.

³⁹ So stellt auch Marian Füssel in einem Beitrag über eine frühe Frageplanunternehmung fest, dass sich die Pläne nicht finden ließen und nur narrativ verfügbar seien, was die Einschätzung ihres tatsächlichen Gebrauchs tendenziell in Frage stellt. Vgl. FÜSSEL, Von der Visitation.

Nicht entschieden und vermutlich auch nicht entscheidbar ist, ob das Wissensformat Fragebogen⁴⁰ in der administrativen Praxis staatlich oder staatsnah entsteht oder ob es seine entscheidende Formierungsphase als empirische methodische Innovation in den wissenschaftlichen Gesellschaften der Aufklärungszeit erlebt. So weist Stagl nach, dass die Akademien und wissenschaftlichen Gesellschaften schon früh von Frage-Zirkularen Gebrauch machten. Nicht vergessen werden darf dabei, dass diese Unternehmungen verschiedene Austauschebenen haben und teils aufgrund ihrer Finanzierung auch einen halbstaatlichen Charakter annehmen konnten. Vor Misserfolgen gefeit waren sie jedoch alle nicht⁴¹.

Die Genealogie der Fragebogen ist auch deshalb so schwer zu fassen, weil die Belege so weit gestreut sind und zu ihrem Verständnis zwar viele Einsatzfelder – vor allem auch die naturwissenschaftlichen – in den Blick zu nehmen, aber dennoch keine eindeutigen Ergebnisse zu erzielen sind. Deshalb ist es sinnvoll, für ein abgegrenztes Territorium und eine bestimmte Zeit nach ihrem Einsatz und ihrem Einfluss zu suchen, wie hier für Württemberg im Umfeld der Landesbeschreibung.

b) Zum Beispiel Württemberg

Es gab in Württemberg wie überall Vorläufer der fragebogengestützten Wissensakquise auf amtlicher Seite: Die Bearbeitung zahlreicher Berichtspflichten wurde über Frage(n)pläne abgehandelt. Sie waren leicht zu verbreiten und forderten zum Befolgen nach einem festen Schema auf. Doch schon Memminger wies darauf hin, dass diese Frage(n)pläne nicht befolgt bzw. dass die Ergebnisse der Befragung nicht ausgewertet und schon gar nicht veröffentlicht wurden. Aus dem kirchlichen Bereich berichtete Friedrich Nicolai, dass 1744 ein Fragenplan für die württembergische, protestantische Kirchenvisitation entworfen und in zwei Varianten gebraucht wurde. Die eine musste von Kirchenvertretern vor Ort ausgefüllt werden, mit der anderen reiste der zuständige Vorgesetzte an und fragte zusätzlich ab⁴². Kritisch fragte Nicolai nach dem Sinn und dem Umgang mit Ressourcen bei einer derart ausufernden „Seelenbeschau“ – er erwähnte 38-seitige Fragepläne, berechnete den Papierverbrauch und dgl. und brachte zusätzlich den Vorschlag, diese Formate doch eher zur Beförderung der Ökonomie und Landeskultur einzusetzen statt für ein ausuferndes und Sozialkontrolle intendierendes Berichtswesen⁴³. Dies war zugleich eine Aufforderung an den Staat, sich statt der Kirche solcher Formate zu bedienen. Eine Aufforderung, der, wie in Kapitel II beschrieben, dann nachgekommen wurde. Zwischen Nicolais Reisebeobachtungen über die kirchliche Praxis

⁴⁰ Vgl. FENSKE/KELLER-DRESCHER, Wissensformate, S. 189f.

⁴¹ Auch die berühmten Staatstafeln von Gottfried Wilhelm Leibniz sind nicht zur Ausführung gekommen, sondern waren immer nur ein Konzept, das aber eine große Wirkung erzeugen konnte. Vgl. STAGL, Geschichte, S. 192.

⁴² Vgl. NICOLAI, Beschreibung.

⁴³ Vgl. ebd., S. 206–209. Für diesen Hinweis danke ich I.D.

und dem „Topographisch statistische[n] Fragen gestellt zum Behuf der Oberamtsbeschreibung“ genannten ältesten erhaltenen Fragenplan des Statistisch-topographischen Bureaus um 1824 liegen aber noch andere Stationen, von der zumindest eine in den Akten des Bureaus auch nachweisbar ist: Zu den frühen überlieferten Frageplänen gehören Gottlieb Friedrich Röslers (1740–1790) schriftliche Fragen für seine Naturgeschichte des Herzogtums Württemberg⁴⁴. Das Statistisch-topographische Bureau hatte den Nachlass von Rösler aufgekauft, dessen Werk unvollendet blieb. Zwar war Röslers Naturgeschichte ein staatlich gefördertes Unternehmen, es hätte aber, wenn es in Württemberg eine Akademie oder eine wissenschaftliche Gesellschaft gegeben hätte, auch eine kollaboratives, selbstbeauftragtes Unternehmen sein können. Bei Rösler wurde, wie in den frühen Gesellschaften⁴⁵, mittels Frageplan das Wissen in der Fläche bei entsprechenden Gewährsleuten erhoben und zentral ausgewertet. Wie bei der frühen Form, dem Frageplan, üblich bekamen die Befragten eine kompakte Zusammenstellung der Fragen, die sie dann nach Möglichkeit zu beantworten hatten. Dazu war teils ein bestimmtes Papierformat zu verwenden, zum Teil auch nicht. Das ist ein wichtiger Unterschied zum Fragebogen, in dem die Lücken zum Ausfüllen schon enthalte sind.

Röslers Frageplan ist in wenigen divergierenden Abschriften überliefert und enthält mit römischen Zahlen unterteilt sieben Fragebereiche. Der fünfte widmet sich der Demografie und fragt:

„Wie ist die Bevölkerung,
Wie die mittlere Zahl der jährlich gebohrenen und gestorbenen?
Sind keine besonders bemerkenswerthe Nachrichten in Tauf- und Todtenbüchern angezeigt?
Ist kein vorzügliches Alter gewöhnlich bemerkbar?
Welche Krankheiten werden als die gewöhnlichsten befunden?“⁴⁶

Im Abschnitt VIII. sind die ethnografischen Fragen notiert:

„Sind keine Beyträge zu einem Idiotikon in der Sprache der Orte und der Gegend, selbst auch nach dem Dialekt, zu geben möglich?

Andere besondere Merkwürdigkeiten, Sitten, Gewohnheiten, Kunstgeschichte, Fabrik(an)wesen⁴⁷, Alterthümer ec. betreffend?“⁴⁸

⁴⁴ RÖSLER, Beyträge. Naturgeschichte muss man hier nach der weitgefassten Bedeutung von *naturalis historia* verstehen. S. dazu Kapitel II.

⁴⁵ Vgl. STAGL, Geschichte, S. 123–195.

⁴⁶ StAL E 258 VI Bü 3180. Aus der ersten Bearbeitung des Oberamts Reutlingen, also Memmingers Handakten. Er beschreibt unter Bü 3203 auch die Benutzung des Fragebogens.

⁴⁷ Die zwei vorhandenen Abschriften unterscheiden sich in diesem Punkt. Ebd.

⁴⁸ Ebd.

Aus den wenigen gefundenen Antworten hier exemplarisch eine von Pfarrer Schmied, Holzelfingen vom 29. August 1788; unter VII:

- „1) Kein Idiotikon der Sprache ist mir o [nichts] bewußt
 2) Besondere Merkwürdigkeiten etc nichts
 3) Gewohnheiten und Aberglauben gibt es aber sehr viele. Ich will nur einige hersezen.
 a) wenn jemand stirbt, dann machen die Anverwandten das Fenster auf, daß die Seele des Verstorbenen hinauskommen kann.
 b) Wenn man am Charfreytag den Keller auskehrt, so kommt das ganze Jahr keine Maus hinein.
 c) Wer an diesem Tag den Essig mit Wasser auffüllt, der hat das ganze Jahr guten Essig.
 d) Wenn man vor Sonnenaufgang am Himmelfahrtsfest Mausöhrle (eine Pflanze) sammelt, einen Kranz daraus bindet und ihn über dem Tisch aufhängt, so schlägt das ganze Jahr hindurch das Wetter nicht ins Haus.
 e) der Mittwoch und Freytag werden für 2 verrufene [?] Tage gehalten an denen keine Dienstbotten aus oder in den Dienst tritt. Kein Bauer seine Kälber oder Sülle [Ferkel] von der Mutter abgewöhnt u. d. m.

Der Mittwoch ist noch mehr verrufen [?] als der Freytag.“⁴⁹

Neben den obligaten Pfarrern als Berichterstatter findet sich zum Beispiel der Stadtphysikus von Pflummern, was ein Hinweis darauf ist, dass Rösler die damals üblichen Auskunftspflichtigen herangezogen hat, auf die später auch das Statistisch-topographische Bureau zurückgreift. Dass diese dann durchaus eigenwillig antworteten und Bereiche ausließen oder überbetonten, konnte er durch seine Art der Fragevorgabe kaum steuern. Vielleicht, weil seinen Fragen die stellvertretende Autorität, auf die Brendecke hinweist, fehlt? Es können noch mehr Gründe angeführt werden, einer liegt sicher auch in der Art der Präsentation der Fragen, die dem Antwortenden schon durch den notwendigen Einsatz eigenen Papiers Handlungsspielräume bis hin zur Verweigerung ermöglichten. Aber es ist auch anzunehmen, dass zwischen Nicht-antworten-Können und Nicht-antworten-Wollen nicht unbedingt unterschieden werden musste, das Ergebnis blieb das Gleiche: viele Lücken. Aufgrund dieser Erfahrungen mit den Antworten ist es nochmals verständlicher, warum die Ankündigungen des Statistisch-topographischen Bureaus immer wieder auf die Auskunftspflicht abhoben, warum dem Verein für Vaterlandskunde eine so bedeutende Rolle zukam und warum immer wieder neue Frageformate entwickelt wurden, obwohl das Statistisch-topographische Bureau schon von Anfang an pragmatisch war, da klar war, dass sich nie alle Fragen beantworten ließen. Man kann daher grob von einer Formanpassung der Formulare von der Liste oder dem Plan hin zum Fragebogen sprechen. Liste und Plan stellten die Fragen zwar auch unterteilt durch Ordnungszahl und/oder Überschrift zu Verfügung, boten aber

⁴⁹ StAL E 258 VI Bü 3181.

keinen Platz zur Beantwortung. Der Fragebogen war dagegen ein Formular, das auf der einen Hälfte eines Papierbogens Fragen enthielt und auf der gegenüberliegenden Seite Raum für die Antworten freiließ. So erzeugte schon die materielle Ausstattung einen höheren Aufforderungscharakter und damit auch Beantwortungsdruck.

Von Eduard Paulus' Berichten (1850) im vorigen Kapitel war zu erfahren, wie sich die Umsetzung gestaltete: Die Formulare mit den statistisch-topografischen Fragen, von ihm Frageplan oder Fragenplan genannt, wurden verschickt, die Beantwortung war aber oft ungenügend und es musste vor Ort vom meist amtlichen Bearbeiter präzisiert werden. Paulus verbindet mit seiner Situationsanalyse auch die Forderung, die Fragen zu vereinfachen: „Durch die Vereinfachung der Fragepläne würde erzwengt, daß die Befragten nicht von dieser Masse von Fragen, welche häufig über den Bereich ihres Wissens gehen, abgeschreckt würden und sie deshalb die Beantwortung derselben entweder ganz unterlassen oder sie in anderem Fall überhaupt mangelhaft liefern.“⁵⁰

Dieser Versuch der Anpassung ist in den hinterlassenen Fragebogenformularen nachvollziehbar. Nicht zu eruieren ist, ob diese Anpassung nun eine direkte Folge von Paulus' Ausführungen, seiner Anstellung im Bureau und seiner Arbeit als Bearbeiter und Redakteur der Oberamtsbeschreibungen war, oder ob die Erfahrungen eben zum Handeln zwangen. Irgendwann zwischen 1850 und 1865 wurde ein zweiseitiger 15-seitiger Fragebogen mit viel Raum zur Beantwortung der entsprechenden Fragen aufgelegt. Aber es blieb nicht bei der Vereinfachung, der Fragebogen wurde nach einer Zeit wieder umfangreicher, sodass schlussendlich 25 Seiten bearbeitet werden mussten, und dies im sogenannten Gemeinschaftlichen Amt von Pfarrer und Bürgermeister („Schultheiß“). Martin Burkhardt schrieb in seinem Bericht über die Aktenüberlieferung, dass es verschiedene gedruckte Fragelisten gebe „[...] aus der Zeitspanne von etwa 1822 bis 1865 und ab 1886. Der Übergang von den – meist nicht mit den Antworten überlieferten – lithographierten Fragelisten zum halbbrüchig⁵¹ in Lettern gesetzten, zur handschriftlichen Ausfüllung versandten Fragebogen fand in den 1850er und frühen 1860er Jahren statt [Fußnote bei Burkhardt: Vorbereitungen und Erscheinungsdatum der Oberamtsbeschreibungen klaffen manchmal um einige Jahre auseinander, so daß anachronistisch für jüngere Oberamtsbeschreibungen die alten lithographierten Fragelisten und vice versa überliefert sein können.]. Die letterngedruckten Antwortbögen fanden erstmals zur Vorbereitung der Oberamtsbeschreibungen von Böblingen (1850) und Freudenstadt (1856) Verwendung; die Gemeindeamtsträger im Oberamt Neuenbürg (Oberamtsbeschreibung erschien 1861) mußten noch das im Stein-druckverfahren vervielfältigte ‚Formular II‘ von etwa 1840 beantworten; zu den anschließend bearbeiteten Oberämtern Nagold, Weinsberg, Sulz und Öhringen

⁵⁰ StAL E 258 II Bü 761.

⁵¹ „Halbbrüchig“ bedeutet, dass eine Hälfte der Seite leer blieb, um dem Adressaten Raum für die Beantwortung der Fragen bzw. Anmerkungen zu geben.

fehlen diese Unterlagen zur Ortsbeschreibung; seit der Oberamtsbeschreibung von Horb (1865) benutzte die Behörde durchgängig die halbbrüchig gesetzten Fragebögen⁵².

Burkhardt selbst hat Exemplare dieser Formulare in einem Aktenbüschel („Muster gedruckter Fragenformulare für die Ortsbeschreibung der Oberamtsbeschreibungen um 1822/1824/ um 1840/ um 1865/ ab 1886/ [1822–1886]“) gesammelt und datiert.

Dass Burkhardt allerdings in seiner Darstellung ein wenig durcheinandergeraten war, verwundert kaum, denn es war kompliziert. Jedenfalls stammt in seiner eigenen Zählung das „Formular II“ von 1824 und nicht von 1840⁵³. Es ist die schon aus Kapitel II bekannte Liste der statistisch-topografischen Fragen, die zunächst für die Topografen zusammengestellt und dann für die Informationsbeschaffung in den Gemeinden benutzt wurden. Diese Liste wurde allerdings um eine Beilage erweitert, die auch einem von Burkhardt als „Formular III“ betitelten Frageplan an die Oberamtsärzte zum Zweck der „medizinisch-naturhistorische[n] Statistik des Vaterlandes“ beigegeben wurde⁵⁴. Diese Beilage, die vermutlich in den 1840er-Jahren entstand⁵⁵, ist im Hinblick darauf interessant, wie versucht wird, ein vorhandenes Format zunächst nicht zu ändern, sondern zu ergänzen, und es ist interessant hinsichtlich der darin gestellten Fragen. Die Beilage, die ohne Titel abgelegt ist, fragt nach den örtlichen Überbleibseln der Geschichte, und zwar nach baulichen Überresten, Fundstücken und diese möglicherweise anzeigenden Benennungen und endet mit der Aufforderung zur Mitteilung der mündlichen Überlieferung: „Volkssagen wenn sie auch noch so unbedeutend oder märchenhaft zu sein scheinen, sind sehr willkommen.“⁵⁶ All dies erinnert an Eduard Paulus' Ausführungen zu optimierten Fragestellungen und an die ihn interessierenden Bereiche des regionalen Altertums wie z. B. Römerstraßen. Es ist gut möglich, dass er oder Pauly diesen Ergänzungsbogen verfasst haben. Diese Fragen sind darüber hinaus auch ein Indikator für die „Vergeschichtlichung“ der Landesbeschreibung: Es werden nicht nur die bestehenden Zustände abgefragt, sondern es wird auch nach den Spuren der Vergangenheit gefahndet. Die Begriffe „Spur(en)“ und „Rest“ werden explizit erwähnt. Diese Spuren werden als materielle und immaterielle Reste aufgefasst, denn es wird auch erstmals nach bestimmten Flurbezeichnungen gefragt, die auf Burgen, Römerstraßen etc. hinweisen sollen, und sogar mehrere Beispiele genannt.

⁵² BURKHARDT, Repertorium. In seinem Aufsatz erwähnt er das Thema kaum; vgl. DERS., Das Statistisch-topographische Bureau.

⁵³ StAL E 258 VI Bü 37.

⁵⁴ Ebd. Es gab also auch spezialisierte Frageaktionen, die nur bestimmte Bereiche und Personen betrafen.

⁵⁵ Eine Fundstelle ist die erste Bearbeitung des Oberamts Leonberg durch Eduard Paulus um 1850, vgl. StAL E 268 VI, Bü 2231.

⁵⁶ StAL E 258 VI Bü 37 und Bü 2231.

Bei der Transformation der Fragepläne in Fragebogen wurden durchaus die alten Fragen im Wortlaut mit übernommen, so ist der Bereich „Einwohner“ in den Plänen von 1824 und 1860 identisch. Der Abschnitt von 1840 allerdings zeigt Varianten – er richtet sich auch an eine andere Informantengruppe –, und im Fragebogen von 1885 tauchen neue Formulierungen auf, die aber auch teilweise auf ältere Entwürfe zurückgehen, wie die oben genannte Beilage. Aus den Akten erfahren wir zwar, dass immer wieder über Systematiken und aufzunehmende Fragen korrespondiert und verhandelt wurde, aber der genaue Vorgang der Erarbeitung der Fragen wird nicht nachvollziehbar. An den vorhandenen Schriftstücken ist aber ablesbar, dass der Begriff Fragebogen erst für die Formate ab 1885 verwendet wurde, die vereinfachte, aber schon halbbrüchig gesetzte Fassung von 1850/60 trägt noch die Aufschrift „Fragen für die Oberamtsbeschreibung“, die spätere heißt: „Fragebogen für die Oberamtsbeschreibung“. Über der rechten leeren Seite des ersten Bogens steht noch „Beantwortung“, ein Hinweis, der später nicht mehr auftaucht. Die Befragten mussten auf ihre Rolle als Ausfüllende und auf die dafür hergestellte Lücke erst hingewiesen werden – zumindest glaubte das die Behörde.

In Martin Burkhardts Berichten über den Aktennachlass des Bureaus in StAL E 258 VI findet sich auch ein Hinweis auf parallel stattfindende fragebogen-gestützte Wissenserhebungen. Er nannte ähnliche Unternehmungen der „Centralstelle des landwirtschaftlichen Vereins“, eine Parallelgründung zum Verein für Vaterlandskunde, und vermutete, dass diese Vorbildfunktion für das Statistisch-topographische Bureau hatten⁵⁷. Das ist möglich, aber gleichwohl damit nicht eindeutig belegt, denn es handelt sich um ein damals weit verbreitetes methodisches Vorgehen zur Wissensakquise. Folglich stützten sich auch andere Bereiche der Verwaltung auf diese Methode. Zum Beispiel gab es 1835 einen Erlass zur jährlichen Berichtspflicht über das Armenwesen mit einem Fragenplan⁵⁸. Der Zustand von Handel und Gewerbe wird von der zuständigen Zentralstelle ebenso mit Frageplänen und später Fragebogen erhoben worden sein. Damit wurde ein Wissenserhebungsformat eingesetzt, das zwar als solches nicht neu war – Stagl konnte die methodisch hinreichenden Ausformungen ja schon für die frühe Neuzeit belegen⁵⁹ – sein großflächiger Einsatz als Durchdringungsinstrumentarium bis in die unteren Verwaltungseinheiten der politischen Gemeinden war dagegen neu. Dies kann als Impuls aus dem Staatlichkeitsgedanken des 19. Jahrhunderts gewertet werden bzw. als Versuch der Durchsetzung der gleichförmigen Staatlichkeit und Steuerung über Wissen im Gegensatz zur Herrschaft des Ancien Regime. Dazu gehörte schlussendlich die Veröffentlichung von (Teil)Wissen als Ergebnis in amtlich autorisierten Tabellen und Beschreibungen. In diesem Sinne argumentierten ja auch Rümelin, Schlözer und Memminger, wie im vorigen Kapitel beschrieben.

⁵⁷ Vgl. BURKHARDT, Das Statistisch-topographische Bureau, S.258.

⁵⁸ Vgl. REYSCHER, Vollständige, historisch und kritisch bearbeitete Sammlung, S.632–633; der Plan befindet sich auf S.634–640 als Beilage mit Erläuterungen.

⁵⁹ Vgl. STAGL, Vom Dialog.

c) Zum Beispiel Grimm und die frühen Germanisten

Dass nicht nur im Rahmen der staatlichen Wissensakquise im 19. Jahrhundert zum Frageformular gegriffen wurde, ist schon hinreichend angedeutet worden und wird in den folgenden Kapiteln wieder aufgenommen. Zu einer erweiterten Geschichte der Frageformate im Kontext volkskundlichen Wissens sind auch die Versuche von Jacob teilweise auch Wilhelm Grimm zu Sammlungsunternehmungen einzuordnen. Die Zeitschrift des Vereins für Volkskunde hat sich 1902 in Beiträgen von Erich Schmidt und Reinhold Steig mit diesen Unternehmungen befasst und sie damit in die volkskundliche Genealogie eingereiht. Diese Unternehmungen sind von der Thematik her auch dort zu verorten, insofern die Germanistik Grimm'scher Prägung einen volkskundlichen Teil hatte. Die Diskussion darüber muss an anderer Stelle geschehen⁶⁰. Interessant ist an diesen Unternehmungen nicht nur die Intention des Sammelns, um zu retten, und die Verortung des Wissens, sondern der intendierte Gebrauch von Fragelisten, Zirculare genannt, das Gewährleuteprinzip, die Einrichtung von Vereinen bzw. Gesellschaften als Trägern, gefolgt von Sammelstellen und die zentrale Auswertung. Der erste nicht realisierte Versuch wurde von Grimm brieflich 1808 an Clemens Brentano (1778–1842) und 1811 an Joseph Görres (1776–1848)⁶¹ formuliert, der zweite, bekannt als „Wiener Märchenbrief“, wurde auf dem Wiener Kongress 1815 gestartet, und der dritte wurde 1822 in einem Brief an Haxthausen (1780–1842)⁶², der sich ebenfalls an den Entwürfen beteiligte, dargestellt und diskutiert⁶³. Schmidt verwies in seinem Artikel auch noch auf einen Brief Wilhelm Grimms an Goethe, in dem er seiner Vorstellung von der Mitwirkung der „unzünftigen Liebhaber, Amtleute [...], namentlich aber Landgeistlichen in einer Gesellschaft für altdeutsche Litteratur und deutsches Volksleben“ Ausdruck verlieh⁶⁴. Das Ziel dieser Sammeltätigkeit und die spezifischen Sammlungsgegenstände wurden im Laufe der Zeit modifiziert, es handelte sich um die Erprobung des Formats. Interessant ist daher für die Geschichte volkskundlichen Wissens die Relevanz dieser Form der Wissensakquise. Welche Tradition von Praktiken für ethnografisches Wissen entwickelte sich an den Schnittpunkten von Literatur und Wissenschaft ebenso wie an denen von Staatsbeschreibung und Wissenschaft, nicht zu vergessen an den Schnittpunkten von Sprachwissenschaft, Literatur, Ethnografie und Staatsbeschreibung⁶⁵? Dafür steht auch der Name Schmeller, den Jacob Grimm 1822 in seinem Brief an Haxthausen mehrfach erwähnte: Grimm

⁶⁰ Vera Deißner zum Beispiel stellt das in Abrede. Vgl. DEISSNER, Die Volkskunde. Bei anderen wie BAUSINGER, Volkskunde; KASCHUBA, Einführung, gehört er dazu.

⁶¹ Reinhold Steig weist darauf hin, dass Brentano und Arnim schon 1805/06 gedruckte Formulare für ihre Sammelarbeit verwendeten. Vgl. STEIG, Jacob Grimms Plan, S. 129.

⁶² Für einen fundierten Überblick zum heute eher unbekanntem Haxthausen Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Werner_von_Haxthausen [20.7.2017].

⁶³ Vgl. SCHMIDT, Jacob Grimm.

⁶⁴ Ebd., S. 96.

⁶⁵ Vgl. BERG/TWELLMANN/TÖRÖK, Berechnen/Beschreiben.

nahm dort Bezug auf die ein Jahr zuvor erschienene Grammatik der bayerischen Mundarten von Johann Andreas Schmeller (1785–1852)⁶⁶ und den dort gegebenen Auffassungen zur Bedeutung der Volkssprache und ihrer Sammlung, die er als vorbildhaft ansah (zu Schmeller mehr in den Abschnitten über die Sprachforschung).

Haxthausen gegenüber schlug Jacob Grimm deshalb unter anderem vor: „4. Auffassung heutiger Volksdialekte nach Schmellers Muster [...] 6. Sammlung alter Gebräuche bei Geburten, Hochzeiten, Leichen. 7. aller von der Mode gebildeter Leute unabhängigen Kleidertrachten des gemeinen Landvolks. 8. der innern Haus-einrichtung in Dörfern. [...] 11. Sammlung von Volkssagen, Sprichwörtern und Liedern, Tänzen etc.“⁶⁷

Gleichzeitig war Grimm skeptisch, was die kollaborativen Arbeitsformen anging und erwartete sich nicht mehr so viel von den Zirkularen und einem „Centralverein“. Die Grimms waren letztendlich ihr eigener Zentralverein. Darüber hinaus gab er wichtige Empfehlungen, nämlich regional zu forschen und Formen direkter Erhebung nicht zu vernachlässigen: „Kurz, zur gedeihender Sammlung gehört Unabhängigkeit [von politischer Förderung], Selbstsuchen und Selbstvergleichen, alles aus einem festen Gesichtspunkt; wie willst Du drei oder viererlei, Form und Inhalt nach abweichende Nachrichten vereinigen? Sammeln der Dialekte macht mirs sehr deutlich; Schmeller verhörte selbst die Bauern und lernte sie dadurch verhören.“⁶⁸

Jacob Grimm grenzte sich hier einerseits von den großen Sammelunternehmen ab, die er knapp 20 Jahre vorher noch propagiert hatte. Dies geschah zum einen aus der Erfahrung, dass die Ergebnisse spärlich und schwer zu verarbeiten waren, dies hatte ihm schon Brentano mitgeteilt, was auch mit seinem Habitus als Wissenschaftler zusammenhing sowie mit seinen sozialen Grenzziehungen zu den Beiträgern und konkurrierenden Deutungsautoritäten anderer. Man kann das nach Thomas Gieryn als *Boundary-Work* auffassen⁶⁹. Wichtiger ist hier aber die thematische Einbeziehung volkskundlicher Themen in das Sammelunternehmen und die Vorstellung, dass man diese (auch) direkt erkunden müsse, ähnlich wie die Dialektologie Schmellers dies auch vertrat. Das alles ist nicht fern von den Erfahrungen, die die württembergische Landesbeschreibung auf ihrem Weg zu einer funktionierenden Informationsbeschaffung und bearbeitung machen musste: Die Fragebogen lieferten nicht immer die gewünschte Informationsdichte, die indirekten Befragungen konnten immer nur ein Teil der Wissensgenerierung sein. Die Fragebogen verloren dennoch nicht an Bedeutung, auch wenn sie kontrovers diskutiert wurden, wie hier von Grimm oder später von Bohnenberger. Sie waren eben ergänzungsbedürftig. Von Zeit zu Zeit, von Fall zu Fall mussten Informationen direkt

⁶⁶ SCHMELLER, Die Mundarten. Das „Bayerische Wörterbuch“ folgte ein paar Jahre später. 1819 war der erste Band von Jacob Grimms Deutscher Grammatik erschienen, auf die wiederum Schmeller Bezug nimmt. Beide arbeiteten auch bei Editionen der älteren Literatur zusammen.

⁶⁷ SCHMIDT, Jacob Grimm, S. 97.

⁶⁸ Ebd., S. 98.

⁶⁹ Vgl. GIERYN, *Boundary-Work*.

erhoben werden, wobei dann immer noch zu fragen war, wer direkt befragt wurde. Im Folgenden werden die Verfahrensweisen weiter dargestellt, der Transfer und die Transformation des Wissens untersucht und ein weiteres wissenschaftliches Anwendungsunternehmen vorgestellt.

3. Darstellungsformate

a) Das Beispiel Oberamtsbeschreibungen

Im Aktenkonvolut mit dem Titel „Muster gedruckter Fragenformulare für die Ortsbeschreibung der OAB um 1822/1824/ um 1840/ um 1865/ ab 1886/ [1822–1886]“, der die oben behandelten Formulare aus dem Aktenbestand des „Statistischen Landesamt[s]: Abt. Landesbeschreibung“ enthält, liegt zusätzlich ein alter blauer Aktendeckel, auf dem aus einer älteren Ablageordnung stammend die Aufschrift zu lesen ist: „Fragepläne zur Erhebung der Notizen für die Oberamtsbeschreibungen“⁷⁰. Das stellt den Sinn und Stellenwert der Fragepläne/Fragebogen nochmals in zeitgenössischer Diktion klar: Sie sind eingebettet in den Vorgang der „Erhebung der Notizen“. Der Begriff „Notizen“ ist einerseits inhaltlich zu verstehen als alles, was wissenswert ist, andererseits kann man ihn als epistemischen Handlungsvorgang auffassen, in dem Wissen erzeugt wird durch verschiedene Abläufe und Praktiken. Mit Notizen ist damit zwar nicht zwingend ein schriftlicher Vorgang des Merkens von Merkwürdigem, also ein Notieren in der Schrift gemeint, aber im Allgemeinen kann man davon ausgehen, dass „Notiz nehmen“, also aufmerksam wahrnehmen und „Notizen machen“, hier immer als ein Vorgang der Verschriftlichung zu verstehen ist, dem weitere schriftliche und papierene Praktiken⁷¹ folgen, um aus dem Wahrgenommenen und Notierten schließlich eine sinnvolle Darstellung in Text und Tabelle usw. zu erhalten. Die einzelnen Schritte der Wissenstransformationen sind in den gedruckten Oberamts- und Landesbeschreibungen bekanntlich unsichtbar. Sie erhalten ihre Geltung gegenüber den Lesern nicht über die Nachvollziehbarkeit ihres Zustandekommens, sondern über die Autorität der amtlichen Form, der Autorenschaft, den königlichen Auftrag, die Ausstattung etc. Wissensforschung kann die Transformationen und Verbindungen, die im Prozess des Wissensschaffens eingegangen werden, erforschen und sichtbar machen. Die nachgelassenen Akten bieten die Möglichkeit, diese Vorgänge wieder nachzuvollziehen und den Zusammenhang der Notizen zu verfolgen. Die Fragebogen sind dabei nur ein Teil der Notiz- und Aufschreibesysteme, deren Ziel die Landesbeschreibungen sind. Sie sind eingebettet in andere Praktiken und nicht zuletzt in ein personales Netzwerk⁷². Nimmt man Oberamtsbeschreibung als Praxis und Abfolge von Praktiken, in denen unter anderem auch volkskundliches/ethnografisches Wissen hergestellt wird, so kann an ihrem Beispiel und an den ihr inhärenten beispielhaften Vorgängen diese Praxis als Prozess der Wissensherstellung verfolgt werden: eben zwischen der „Erhebung von Notizen“ und dem Abschluss eines Werkes, als Wissenshandlungen zur Wissensherstel-

⁷⁰ StAL E 258 VI Bü 37.

⁷¹ Neuerdings Paper Technology bzw. Paper Technologies und übersetzt Papiertechniken genannt. Der Begriff papierene Praktiken wäre meiner Ansicht nach zutreffender. Vgl. HESS/MENDELSON, Paper Technology.

⁷² In Beispielen schon vorgestellt in: KELLER-DRESCHER, „Auf diese Weise“.

lung. Verschiedene Schritte der Materialisierung und – im Bourdieu’schen Sinne – Kapitalisierung von Wissen können hier ebenso beobachtet werden.

Oberamtsbeschreibung oder Landesbeschreibung?

Wie bereits dargestellt, handelt es sich bei den Oberamtsbeschreibungen um eine zentrale Aufgabe des Statistisch-topographischen Bureaus, dem im Laufe der Jahre aber immer mehr Aufgaben zufielen. Durch den Beitritt zum deutschen Zollverein und später durch den Zusammenschluss der Bundesstaaten zum Deutschen Reich kamen entsprechende statistische Erhebungen und darstellende Aufbereitungen für diese Zwecke – aus dem kulturellen Bereich z. B. Denkmallisten – hinzu. Die innerwürttembergischen Aufgaben wurden dadurch nicht weniger. Es musste ab einem gewissen Punkt dann immer wieder überlegt werden, wie diese Aufgaben bewältigt werden konnten: mit mehr Personal, einer Einschränkung der Aufgaben bzw. einer Neuorganisation? Das hatte sich bereits 1856 mit einem neuen Bürostatur angekündigt (s. Kap. II.) und endete Ende 1885 mit der Umbenennung des Statistisch-topographischen Bureaus in Königlich Statistisches Landesamt. Es kann angenommen werden, dass sich durch die Reichsgründung 1871 auch an der Motivlage für die Landesbeschreibung etwas änderte, auch wenn dies nicht explizit formuliert wurde. Die Ausweitung der Darstellung hatte neben der Ausweitung und Professionalisierung des Wissens vermutlich auch einen Grund in der Selbstrepräsentation innerhalb der konkurrierenden Bundesstaaten und gegenüber der Hegemonialität Preußens. Das Wissen der Landesbeschreibung musste nicht mehr hauptsächlich nach innen, sondern verstärkt nach außen wirken. Eine genaue Textexegese kann im Rahmen dieser Arbeit zwar nicht erfolgen, gleichwohl sind Hinweise auf diese Tendenz möglich: Die Vergeschichtlichung und die Ausweitung der ethnografischen Teile in den Oberamtsbeschreibungen können als ein Indiz für eine Verstärkung der kulturellen Argumentation gewertet werden. Innerhalb dieser raumkulturellen – also Raum und Kultur als zusammengehörig denkenden – Wissensbereiche kann die Herausstellung der Eigenschaften des Volkes, repräsentiert durch volkskundliche Themen wie Kleidung, Rituale, Gesellschaftsformen und Sprache, eine wichtige Rolle spielen. Die Ungleichzeitigkeiten von städtischer und ländlicher, industrieller und agrarisch geprägter Lebenswelt können dabei als kulturelle Eigenarten, als *Survivals* oder in anderen positiven Narrativen nach innen und vor allem nach außen dargestellt werden.

Als Folge der oben ausgeführten Intention hat die Neubearbeitung der landesbeschreibenden Publikation „Königreich Württemberg“ um 1880 zunächst eine gewisse Priorität. Begründet wird sie mit dem veralteten Wissen der letzten und beinahe vergriffenen Ausgabe der 1860er-Jahre, der bestehenden Nachfrage nach einer Neuauflage und breiter Anerkennung der Publikation⁷³. Daneben zielten die

⁷³ Vgl. StAL E 258 VI Bü 69, Rundschreiben vom 1. Oktober 1880 „An die Herren Mitarbeiter“.

Werke auch auf bestimmte Termine, etwa dem aktuellen König Karl (1823–1892, Regierungszeit 1864–1892) wie bisher Wilhelm I. (Regierungszeit 1816–1864) zu seinen Jubiläen etwas Entsprechendes vorzulegen. Die Vorreden erwähnen diese Gelegenheiten⁷⁴. Doch solche Unternehmen haben bekanntlich nie nur einen Zweck. Es sah zunächst so aus, als ob die Oberamtsbeschreibungen, deren frühe Ausgaben inhaltlich auch längst überholt waren, in die großen Landesbeschreibungen integriert werden sollten. Denn nach dem damals vorgesehenen (aber nicht eingehaltenen) Abschluss der Reihe 1882 hätte man das nötige Personal für diese Aufgabe freistellen und dort die aktualisierten Fassungen der Ortsbeschreibungen und der Darstellungen der Entwicklung der vier Kreise und der Oberämter integrieren können. Bereits 1879 wurden erste Beschlüsse zur Neuausgabe der Landesbeschreibung bzw. „Königreich Württemberg“ gefasst, die betroffenen Ministerien um Zustimmung gebeten, erste Arbeitsaufträge vergeben (z.B. an Adelbert von Keller⁷⁵) und versucht, bei anderen Material zu erheben. So wurden die Bezirksschulinspektorate aufgefordert, „kleine Beschreibungen des Oberamts“, die in den zurückliegenden zehn Jahren für Schulzwecke erstellt worden waren, an das Amt zu senden als Grundlage für die neue Landesbeschreibung.

1880 wurden dann entsprechende Rundschreiben erlassen: einmal an die Mitarbeiter und einmal an die Informanten im Land. Intern hatte man den Beschluss gefasst, möglichst viel Material aus den vorhandenen Beschreibungen zu übernehmen, wofür alle Beteiligten „durchschossene“, also mit eingefügten Blankoseiten gebundene Exemplare der Ausgabe von 1863 erhalten sollten. Es sollten zwar die topographisch-statistischen Kenntnisse der Oberamtsbeschreibungen mit eingearbeitet, aber zugleich alles überarbeitet und insgesamt erweitert werden. Hier wurde vergleichend auf die Bogenzahlen bei den Parallelwerken in Deutschland – auch Riehls Bavaria – und der Schweiz verwiesen, dazu wurde auf einem anderen Blatt eine Übersicht der Vergleichswerke beigelegt. Das ganze Unternehmen sollte damit auf ein neues Niveau gehoben werden, um ein wirkliches Nachschlagewerk mit wissenschaftlichem Anspruch, aber in lesbarer Form zu erzeugen. „Sorgfältige Literaturangaben und ganz genaue Register ferner lassen sich nach den heutigen Anforderungen an ein derartiges Buch nicht mehr ausschließen. Ja eine patriotische Pflicht heißt uns noch weiter gehen. Je mehr die politischen Verhältnisse in einer Bahn sich bewegen, bei welcher anzunehmen ist, daß die freie literarische Thätigkeit der Privaten sich zunächst weniger nach der liebevollen Untersuchung und ausführlichen Darstellung der einzelnen deutschen Länder und Staaten zuwenden wird: um so dringender scheint es gerade jetzt geboten, daß die so glücklich hier vereinigten Kräfte eine erschöpfende in ihrer Art wieder abschließende Beschreibung herstellen.“⁷⁶

⁷⁴ Vgl. die Vorrede von Staatsrat Rümelin in: Königreich Württemberg, 1863, S.VII. Die Publikationen erschienen allerdings nicht unbedingt „punktgenau“.

⁷⁵ Zur Korrespondenz mit von Keller s. StAL E 258 VI Bü 69 Blatt 8, 19, 92. Hier lassen sich informelle und formelle Schreiben finden.

⁷⁶ StAL E 258 VI Bü 69.

Da mischte sich ein wenig Selbstlob in die Argumentation. Am Ende der Arbeit, das sei hier vorweggenommen, wird sich das noch einmal manifestieren. Im Schreiben an die Informanten vor Ort lautete die Darstellung dann so: „Im Lauf der nächsten Jahre soll eine neue Bearbeitung des Werks: Das Königreich Württemberg. Eine Beschreibung von Land, Volk und Staat. [...] unter der Redaktion der Unterzeichneten [Riecke und Hartmann] zum Druck gelangen. Die letzte Abtheilung desselben wird wieder eine Darstellung der 4 Kreise und 64 Oberämter bilden, aber in einem wesentlich erweiterten Umfang, der sie als eine neue, zwar verminderte, aber durchaus verbesserte, auf den heutigen Stand geführte Auflage der theils gänzlich, theils im Einzelnen veralteten Oberamtsbeschreibungen gelten lassen kann.“⁷⁷

Das kann man so verstehen, dass die Oberamtsbeschreibungen in der großen Landesbeschreibung aufgehen sollten. Es folgt dann mit Rundbrief die Aufforderung an die mit den Verhältnissen vertrauten „Freunde der Vaterlandskunde“, Auskünfte zu erteilen über das Wissen, „was die Oberamtsbeschreibung und andere gedruckte [...] Quellen nicht bieten und was nicht bei den Centralstellen der Landesverwaltung erhoben werden kann“⁷⁸. Man wollte also so viel Material wie möglich wiederverwenden und suchte nach den notwendigen Ergänzungen. Um diese zu erhalten, wurden entsprechende Leitfragen gestellt: „Wir wünschen vor allem, die Oberamtsbeschreibung vom Jahr 18xx, von welcher ein Exemplar auf Verlangen zur Benützung Ihnen zugehen wird, in folgenden Punkten ergänzt:

- 1.) Wo sind bedeutende, durch Namen, Sagen pp⁷⁹, denkwürdige Quellen, welche die OAmtsbeschreibung nicht kennt?
- 2.) Wo sind durch Alter und Größe ausgezeichnete der Oberamtsbeschreibung nicht bekannte Bäume?
- 3.) Geht die Grenze von zwei oder gar drei Mundarten durch den Bezirk oder gar durch einen einzelnen Ort desselben? (Charakteristische Wörter: gewesen, nein, zwei, stehen pp)
- 4.) Welche von der Oberamtsbeschreibung übersehene Volkstracht findet sich noch?
Und welche in der Oberamtsbeschreibung erwähnte ist jetzt untergegangen?
- 5.) Kirchen- und hervorragende Profanbauten, sowie wichtigere Kunstdenkmäler (Grabmäler, alte Holzhäuser, monumentale Brunnen u. dgl.) und zwar
 - a) solche, welche die Oberamtsbeschreibung nicht genügend darstellt,
 - b) neuere, erst nach dem Erscheinen der Oberamtsbeschreibung entstandene oder wiedergefundene sollten, möglichst mit Angabe der Zeit der Entstehung, der Baumeister, der Künstler pp kurz beschrieben werden.

⁷⁷ StAL E 258 VI Bü 4344, Anschreiben an den Oberamtman von Wangen, Mesmer.

⁷⁸ Ebd.

⁷⁹ Das Kürzel „pp“ steht für et cetera, Wiederholung oder usw.

- 6.) Namhafte Söhne des Bezirks, welche in der Oberamtsbeschreibung nicht genannt sind, (auch noch lebende) mit ganz kurzer Angabe der Personalien.
- 7.) Größere Feuersbrünste, welche in der Oberamtsbeschreibung noch nicht erwähnt sind.
- 8.) Aeltere und neuere Bezirks-Literatur außer der allbekanntnen.
- 9.) Beliebige Ergänzungen zur Ortsgeschichte aus ungedruckten oder schwer zugänglichen Quellen.“⁸⁰

Besonders interessant daran ist, welche Fragen gestellt, wie sie beantwortet und wo die Antwortschreiben in der Aktenablage einsortiert wurden. Insgesamt kann man die Fragen als kulturgeschichtlich charakterisieren, wobei die auf im Sinne des Kanons volkskundliches Wissen zielenden und nach Sprach- und Kleidungsmerkmalen fragenden die Diskurslage widerspiegeln: die Tradierungsleistung der Sprache, die Grenzziehungen durch Sprache und der folklorisierende Blick auf ländliche Kleidung nach dem Konzept der Tracht bzw. Volkstracht. Dabei steht der Begriff „Volkstracht“ für einen bestimmten Denkstil, der eine Folklorisierung und Veräumlichung volkskundlichen Wissens impliziert⁸¹, und die Frageform „gibt es noch“, ergänzt durch „ist untergegangen“, behauptet retrospektiv die Gültigkeit dieses Konzepts. Es wurde eben nicht nach der Kleidung der Bevölkerung gefragt, sondern nach der Volkstracht.

Ein Beispiel: Am 8. Februar 1881 antwortete der katholische Schullehrer Noherr aus Ummendorf bei Biberach insgesamt ziemlich ausführlich (z. B. mit einem Wörterverzeichnis zur 3. Frage) auf Frage 4.: „Die Kleidung ist mit kaum nennenswerther Ausnahme modern; die ledernen kurzen Beinkleider (Hosen) sind höchstens bei ein paar alten Männern zuweilen noch zu sehen.“⁸² Wenn man es genau liest, dann bedeutet dies, dass eigentlich niemand „Volkstracht“ trug, wie auch immer diese aussehen sollte. Noherr wusste aber, was von ihm erwartet wurde, und versuchte, etwas zur Geltung zu bringen, was er für ein Signifikat von Volkstracht hielt: die kurzen Lederhosen, die pars pro toto für das Ensemble einer altertümlichen Kleidungsweise stehen. Typisch an dieser Darstellung ist das Narrativ des Tragens dieser Teile durch alte Männer. Dies bedeutet, dass die Männer noch nicht alt waren, als diese Art der Kleidung allgemein verbreitet war. Die Lederhosen sind damit ein Survival einer älteren, abgelegten Kleidungsweise, die Noherr als Volkstracht deutet – verstärkend werden sie mit dem damals schon altertümlichen Wort Beinkleider benannt.

⁸⁰ StAL E 258 VI Bü 4344, Anschreiben an den Oberamtmann von Wangen, Mesmer. Zur Beantwortung der Fragen wurde den Adressaten ein halbes Jahr eingeräumt und es erging die Aufforderung, weitere beiliegende Exemplare an „Freunde der Sache“ weiterzugeben. Hervorhebungen im Original.

⁸¹ Vgl. KELLER-DRESCHER, „Tracht“.

⁸² StAL E 258 VI Bü 826.

Über die Beobachtung der Tradierung von Narrativen hinausgehend ist an diesem Vorgang interessant, dass dieses Schreiben nicht bei den Unterlagen zur Neuauflage der Landesbeschreibung abgelegt ist, sondern beim gesammelten Material zur zweiten Bearbeitung der Oberamtsbeschreibung von Biberach, ein Aktenkonvolut, das heute den Titel trägt: „Amtliche Erhebungen zum Zweck einer Neubearbeitung der OAB“⁸³. Dies ist wiederum ein Beleg dafür, dass die Materialien wanderten und die Wissensbestände je nach Einsatzziel transportiert und transformiert wurden. Allerdings wurden damit auch die Perspektiven der jeweiligen Wissenserhebung tradiert, also hier die Fragen in Richtung „gibt es noch“ und dadurch hin zu einer Historisierung und Folklorisierung, weg von den Gegenwartsbestandsaufnahmen der Statistik.

Unklar bleibt nach gegenwärtigem Stand, wann der Beschluss zur zweiten Durchführung der Oberamtsbeschreibungen gefallen war. Dem Vorwort des ersten Bands der Reihe der Neubearbeitungen kann man aber entnehmen: „Regierung und Volksvertretung haben eine allmählich fortschreitende neue Bearbeitung als Bedürfnis erkannt. Das Statistische Landesamt ist hienach von dem Finanzministerium mit der freudig übernommenen Aufgabe betraut worden, die Oberamtsbeschreibungen in zweiter Folge zur Ausgabe zu bringen.“⁸⁴

Und so wurde dann wieder mit demselben Format weitergearbeitet und die Reihe neu begonnen.

b) Das Oberamt Rottenburg – die zweite Bearbeitung: Wissensansammlung und Wissensmanagement

Die Beschreibung des Oberamts Rottenburg ist eine der wenigen, die nach dem Abschluss der ersten Bearbeitungsrunde 1885 in die zweite gelangte und dort auch zur Ausführung kam. 1828 erschien die erste Bearbeitung und war damit die fünfte in der Gesamtzählung, so wurde es auch im zweiten Durchlauf gehalten; 1899/1900⁸⁵ war wiederum Rottenburg die fünfte Ausgabe, und erneut erschien zuerst die Reutlinger Oberamtsbeschreibung. Man versuchte Kontinuität herzustellen. Auch in der ersten Bearbeitung gab es neben Herausgeber Memminger⁸⁶ und dem Hauptbearbeiter Domdekan Ignatz Jaumann schon externe Hauptautoren, die nicht verschwiegen werden, sondern als Garanten der Qualität am Ende des Bandes aufgezählt werden⁸⁷: „Das gegenwärtige 5te Heft der Beschreibung des Königreichs hat, sowohl nach Form als nach Inhalt, größtentheils den Herrn General-

⁸³ Ebd.

⁸⁴ Oberamtsbeschreibung von Reutlingen, 2. Bearbeitung, Stuttgart, Kohlhammer, 1893, S. V.

⁸⁵ Die Ausgabe erschien in zwei Bänden, der erste auf 1899, der zweite auf 1900 datiert.

⁸⁶ Memminger war bereits 1821 im Zuge einer Bereisung der zu beschreibenden Oberämter in Rottenburg gewesen. Vgl. KELLER-DRESCHER, „Auf diese Weise“.

⁸⁷ Was Memminger nicht davon abhielt, im Text zahlreiche Anmerkungen mit dem Kürzel „AdH“ anzubringen.

Vikariatsrath *Jaumann* in Rottenburg zum Verfasser, dessen Verdienste um die Geschichte und Landeskunde dem Publikum bereits hinlänglich bekannt sind.

Die rein statistischen Abschnitte mußten natürlich bey dem königl. statistisch-topographischen Bureau bearbeitet werden, da sie so mancherley Hülfsmittel erfordern, welche nur in amtlichen Quellen, insbesondere in den Cataster-Arbeiten zu finden sind. Die naturhistorische Beschreibung des Oberamtsbezirks ist hauptsächlich das Werk des Herrn Prof. Dr. *Schübler* in Tübingen. Sehr schätzbare Beiträge haben dazu die Herren Apotheker *Weißmann* in Rottenburg und *Petri* in Mössingen geliefert. Den forstwirthschaftlichen Abschnitt hat Herr *Gwinner*, dormalen Lehrer der Forstwirthschaft in Hohenheim und früher mehrere Jahre lang Assistent bey dem Forstamte Bebenhausen, wozu fast der ganze Oberamts-Bezirk Rottenburg gehört, bearbeitet. An der Darstellung der Grundlasten und grundherrlichen Verhältnisse, welche diesmal im Zusammenhange gleich in der ersten Hauptabtheilung von sämmtlichen Orten des Oberamts-Bezirks gegeben ist, hat der vormalige Herr Steuer-Kommissär *Horn* wesentlichen Antheil.

Der Herr Oberamtmann *Deißler* in Rottenburg hat die Bearbeitung der Schrift nicht nur durch amtliche Mittheilungen, sondern auch durch besondere Belehrungen aus dem Schatze amtlicher Erfahrungen eben so willfährig, als wirksam unterstützt. Der Herr General-Vikariatsrath *Jaumann* rühmt in seinem Theile insbesondere auch noch die Hülffleistungen der Herren Geistlichen des Oberamts-Bezirks.⁸⁸

Soweit Herausgeber *Memminger* im knappen Nachwort, das auf 1827 datiert ist⁸⁹. Im Vorwort von 1899 wird ebenso den Mitarbeitern gedankt, aber weniger im Detail, dafür stehen die Namen der Bearbeiter in der Inhaltsübersicht, was früher so nicht üblich war, weil man in der Regel einen Hauptbearbeiter hatte und die Beiträge weiterer Autoren lediglich als Zuarbeiten betrachtete; davon war man, wie im letzten Kapitel dargestellt, um 1850 mehr und mehr abgekommen, weil die Arbeit so nicht mehr leistbar war. Die neue Form der Oberamtsbeschreibung, hier Rottenburg, „[...] ist, wie aus der Inhaltsübersicht zu ersehen, das Werk zahlreicher Fachmänner, die sich freundlicher Unterstützung seitens der Bezirks- und Gemeindebehörden, sowie – außer den betreffenden Orts genannten Persönlichkeiten – des Geh. Archivraths Dr. v. Stälin zu erfreuen hatten. Die Redaktion des Buchs besorgte das ordentliche Mitglied des Amts, Oberstudienrat Dr. v. Hartmann.“⁹⁰

Wobei die Formulierung „erfreuen“ schon etwas Ironisches hat, denn aus Bemerkungen in der Korrespondenz kann man entnehmen, dass Stälin durchaus gefürchtet war und mancher Mitarbeiter seine Vorschläge zur Korrektur und Überarbeitung unangenehm fand; auch fertigte er zahlreiche Gutachten zur Qualität

⁸⁸ MEMMINGER, Beschreibung, S. 221 f. Hervorhebungen im Original.

⁸⁹ Entweder ist das Buch in Lieferungen erschienen oder es gab Verzögerungen beim Druck oder beides. Die Verlagsgeschäfte gestalteten sich im 19. Jahrhundert wesentlich aufwendiger als heute.

⁹⁰ Beschreibung des Oberamts Rottenburg, 2. Bearbeitung. Herausgegeben von dem k. Statistischen Landesamt, Erster Teil. Stuttgart 1899, S. III.

externer Mitarbeiter oder eingereichter Manuskripte an so auch für die Vierteljahreshefte für Landesgeschichte⁹¹. Die Oberamtsbeschreibungen wurden jedenfalls ein zunehmend komplexes Gebilde an Themen, Autoren, Zielsetzungen und Zuständigkeiten, die von der Redaktion – hier Julius von Hartmann – und den Amtsleitern aktiviert und koordiniert werden mussten⁹². Um diese komplexen Vorgänge bis zum Erscheinen der Beschreibung in Buchform nachvollziehen und den Platz der Ethnografie darin bewerten zu können, müssen die Ebenen möglichst getrennt betrachtet werden.

Schon die Aktenüberlieferung für diese Ausgabe der Rottenburger Oberamtsbeschreibung hat mindestens zwei Ebenen, was eine gewisse Überraschung war, denn im Laufe der Forschung erwies es sich, dass im Staatsarchiv in Ludwigsburg nicht nur der nach der Literatur erwartete Bestand E 258 VI⁹³, sondern auch der Bestand E 258 II Akten zur zweiten Bearbeitung enthielt⁹⁴. Während Bestand VI weitestgehend die Ebene der Materialsammlung repräsentiert, ist in Bestand II eher die Ebene der administrativen Praxis und die Kommunikation mit den Autoren zu finden; hier werden deren Probleme und Vorgehensweisen nachvollziehbar⁹⁵. An beiden Beständen lassen sich Praktiken der Notiz- und Aufschreibesysteme und vor allem des Wissensmanagements ablesen, auch wenn sich die Dokumente an unterschiedliche Adressaten richteten. Dazu unten mehr.

Das Oberamt Rottenburg ist an sich schon ein komplexes Gebilde – die Einleitung zur Oberamtsbeschreibung schildert das auch in schönen Formulierungen⁹⁶ –, weil es bei der Bildung der Oberämter aus alt- und neuwürttembergischen, katholischen und evangelischen Gebieten und Ortschaften sowie aus Gebieten mit agrarischen und industrialisierten Erwerbsweisen etc. zusammengesetzt wurde. Das macht es hier für die beispielhafte Darstellung geeignet, denn neben den Normalitäten kommen durch die Heterogenität und Diversität des Oberamts etliche der möglichen unterschiedlichen Problemlagen der Abläufe zum Vorschein und können in einer Fallgruppe zusammen behandelt werden. Die Rottenburger Befunde

⁹¹ Hinter dem Namen Stälin verbergen sich (wie bei den beiden Paulus auch) Vater: Christoph Friedrich (1805–1873), Bibliothekar und Leiter der Kunst- und Altertümersammlung, und Sohn: Paul (1840–1909), Archivrat. Beide bearbeiten historische Teile der Landesbeschreibung. Hier ist von Paul von Stälin die Rede.

⁹² Die immer wieder unterschiedlichen Berufs- und Amtsbezeichnungen der Akteure verwirren, die wechselnden Titel resultieren aus ihrer langen Dienstzeit bzw. aus den Neubenennungen von Ämtern.

⁹³ Vgl. BURKHARDT, Das Statistisch-topographische Bureau. Burkhardt bezieht sich hier nur auf den von ihm bearbeiteten Bestand StAL E 258 VI.

⁹⁴ Beide Bestände gehören zur Aktenablage des Finanzministeriums. Vermutlich sind auch in den Abläufen des Finanzministeriums und anderer Ministerien und Abteilungen weitere Vorgänge gespiegelt. Es deutet sich an manchen Stellen an, dass unterschiedliche Behörden von Fall zu Fall mit einbezogen werden mussten. Zum Verständnis der Praxeologie waren sie aber nicht wichtig, sie sind deshalb auch nicht von mir gesucht worden.

⁹⁵ Burkhardt hatte das Fehlen dieser Kommunikationsebene festgestellt, hier ist sie zu finden.

⁹⁶ Oberamtsbeschreibung Rottenburg 1899, S. 1 f.

waren Teil der vergleichenden Auswertung von Akten der Oberamtsbeschreibung bzw. Landesbeschreibung im DFG-Projekt „Konstituierung von Region als Wissensraum. Der Beitrag von Volkskunde und Sprachforschung in Württemberg (1890–1930)“⁹⁷. Die Befunde bzw. die Erfahrungen mit den Befunden aus den Bearbeitungen der anderen Oberämter aus diesem Forschungsprojekt fließen hier in die Darstellung mit ein.

Die Ebene der Wissens(an)sammlung für die Oberamtsbeschreibungen Rottenburg

Die Akten zur zweiten Bearbeitung unter der Signatur E 258 VI beginnen mit Materialien zu geschichtlichem Wissen, die zum Teil noch aus der ersten Bearbeitungsphase hätten stammen können, aber vermutlich erst später erworben oder eingegliedert wurden⁹⁸. Hier sind es z. B. Antworten auf den Fragenplan zu Röslers Naturgeschichte von 1771/72 und Beiträge von Pfarrer Köhler⁹⁹ aus Marschalkenzimmern, die dieser vermutlich 1829 einsandte, die aber auch frühere Zeiten betreffen. Ebenso gibt es Berichte zu archäologische Funden und Berichtigungen älterer Publikationen (hier betreffend die Veröffentlichungen von Ignaz Jaumann¹⁰⁰), bevor dieser Teil mit der Gewerbestatistik von 1829 abgeschlossen wird. Dem folgen die zeitgenössischen Wissenserhebungen mit den Sammlungen zu den jeweiligen Orten, überschrieben mit „Ortsbeschreibung NN mit Fragebogen des Statistisch-topographischen Bureaus für die Oberamtsbeschreibungen und Anschreiben zum Fragebogen 1896“¹⁰¹. Die Mappen der einzelnen alphabetisch geordneten Ortschaften enthalten in der Regel das Anschreiben an das „Gemeinschaftliche Amt“, die eingesandten Fragebogen und die begleitende, teils ermahnende, teils nachfragende Korrespondenz. Die Anschreiben sind mit dem 27. März 1896 datiert. Die Frist zur Beantwortung wurde auf 1. Juni 1896 festgesetzt. Unterzeichnet wurde vom „K. Gemeinschaftlichen Oberamt“, das sind der Oberamtmann Lang und der evangelische Dekan Elsässer bzw. der katholische Dekan Bauer, je nach Konfession der Gemeinde. Wenn der Staat auf die Mitarbeit der Geistlichen setzte,

⁹⁷ Im Rahmen des DFG-Projekts wurden von mir zusammen mit den studentischen Mitarbeitern Karin Bürkert, Stefan Buri und Simon Schmidt die Materialsammlungen und – soweit vorhanden – besonders die Fragebogen der Oberamtsbeschreibungen von Tübingen, Reutlingen, Biberach, Ulm, Ehingen, Urach, Cannstatt, Riedlingen, Wangen, Münsingen, Crailsheim, Gaildorf, Hall, Heilbronn, Künzelsau, Leonberg, Mergentheim und Tettnang durchgearbeitet. Eine Projektdarstellung findet sich unter: <http://gepris.dfg.de/gepris/projekt/26273007> [20.7.2017].

⁹⁸ Der Vorgang geht von StAL E 258 VI Bü 3310–Bü 3350.

⁹⁹ Zu Köhler s. Kapitel II.

¹⁰⁰ Ignaz Jaumann hatte seine archäologischen Schriften mit Unterstützung des Vereins für Vaterlandskunde publiziert. Er lieferte auch Fundberichte und dgl. Etliches an Korrespondenz darüber hat sich wie hier in den Akten des Statistisch-topographischen Bureaus erhalten.

¹⁰¹ StAL E 258 VI Bü 3321–Bü 3347.

musste immer auch deren vorgesetzte Stelle miteinbezogen werden, die allerdings ebenfalls staatsnah organisiert waren.

Mit einem vorgedruckten Schreiben wurden die Anzusprechenden informiert und dabei auch die entsprechende Anzahl von Fragebogen, meist zwei, übermittelt: „Dem Gemeinschaftlichen Amt NN werden im Auftrag des K. Statistischen Landesamts xx Exemplare eines Fragebogens zur Erhebung der Angaben, welche für eine neue Beschreibung des diesseitigen Oberamtsbezirks und insbesondere für die in diese aufzunehmende Beschreibung der dortigen Gemeinde erforderlich sind, im Anschluß zugefertigt.

Unter Hinweisung auf die K. Verordnung vom 26. März 1821 (Reg. Bl. N. 156), wonach alle Beamten, insbesondere auch Geistliche, Ärzte und Ortsvorsteher gehalten sind, den Anforderungen, welche das Landesamt für die unter seine Aufgaben fallenden Zwecke an sie zu stellen für nöthig erachtet, pflichtmäßig zu entsprechen, wird das Gemeinschaftliche Amt zur genauen und sorgfältigen Beantwortung der einzelnen in dem Fragebogen enthaltenen Fragen, soweit dieselben überhaupt für die Gemeinde bzw. Theilgemeinde gegenständlich sind, veranlaßt.

Dabei wird vermerkt, daß für jede Theilgemeinde (im Oberamt Rottenburg nur Belsen) ein eigener Fragebogen auszufüllen ist, daß dagegen die Verhältnisse der Parzellen in dem Fragebogen ihrer Gemeinde mit zu berücksichtigen, jedoch nur insoweit besonders ersichtlich zu machen sind, als sie von den Verhältnissen der Hauptgemeinde abweichen.

Im übrigen bleibt dem gemeinschaftlichen Amte überlassen, der Ausfüllung der Fragebogen entweder in gemeinschaftlicher Sitzung zu bewirken oder sich in der Beantwortung zu theilen, z. B. in der Weise, dass die Abschnitte I., II., III., VII. von dem Pfarramt und die Abschnitte IV., V., VI., VIII. von dem Schultheißenamt behandelt werden, in beiden Fällen event. unter Zuziehung weiterer Vertrauenspersonen.

Die ausgefüllten Fragebogen sind so bald als möglich, spätestens aber bis 1. Juni hierher vorzulegen.“¹⁰²

Dieses Schreiben ist eine überarbeitete Form eines vorgängigen komplexeren Versuchs, der weniger deutliche Anleitung, dafür mehr Werbung um Mitarbeit enthielt und eine nur dreiwöchige Antwortfrist vorsah¹⁰³. Zudem sollte man beim Amt nachfragen, wenn etwas unklar wäre oder Kosten ersetzt werden sollten. Das Schreiben führte wohl nicht zum gewünschten Ergebnis und wurde daher in die hier zitierte stringentere Fassung umgearbeitet. Diese Anschreiben liegen aber nur dann noch in den Akten, wenn auf ihnen ein Antwortschreiben notiert ist, wie im Fall der Gemeinde Wurmlingen. Hier antworteten die Angeschriebenen am 27. Juni 1896: „Das Unterzeichnete [das Gemeinschaftliche Amt] beehrt sich, in der Anlage die Beantwortung des vorgenannten Fragebogens zu übersenden. Sollten

¹⁰² StAL E 258 VI Bü 3347.

¹⁰³ Diese Anschreiben werden für die zweite Bearbeitung des Oberamtes Reutlingen im Jahr 1890 verwendet.

die Fragen richtig beantwortet werden, so ist dazu viel Zeit und Mühe notwendig, das Ganze wurde vom Pfarrer zusammengesucht nach Besprechung mit Ortsvorsteher und einiger G. [emeinde] Räte. Hochachtungsvollst Gemeinsch. Amt Pfarrer Bauer, Schultheiß Schäuble.“¹⁰⁴

Sieht man einmal von den vom heutigen Sprachgebrauch abweichenden umständlichen Formulierungen ab, so zeigt sich hier eine behördenübliche papier-sparende Kommunikationspraxis, indem auf dem freien Platz des Anschreibens geantwortet und so der Zusammenhang des Schreibens ohne große Bezugnahme hergestellt wurde¹⁰⁵. Es zeigt sich auch, dass die Angeschriebenen oft nicht zum verlangten Termin antworteten und, dass die Antworten auch nicht so dicht ausfielen, wie die Beteiligten das erwarteten bzw. sich bewusst waren, dass es erwartet wurde, dies aber nicht leisten konnten oder wollten. Zwar heißt es im Begleitschreiben an das Gemeinschaftliche Amt, dass nicht alle Belange von allen beantwortet werden müssten, weil einzelne Fragen für manche Gemeinde gegenstandslos sein könnten, aber bei der Durchsicht fällt auf, dass die Bemühungen auch bei beantwortbaren Wissensbereichen nicht immer besonders groß waren. Das zeigt sich bei allen antwortenden Ortschaften. Auch waren die Vorgehensweisen des Gemeinschaftlichen Amtes durchaus variabel, was man an den eingesandten Fragebogen ablesen kann: Meist wurden zwei teilweise ausgefüllte Fragebogen eingesandt, manchmal zirkulierte einer und verschiedene Handschriften und Unterschriften zeigen die unterschiedlichen Bearbeiter an, oder alles wurde von einer Hand endgefertigt. Der Pfarrer und der Ortsvorsteher arbeiteten nicht immer als „Team“ und es wurde gelegentlich geklagt, dass die andere Seite des Gemeinschaftlichen Amtes nicht die gleiche Sorgfalt aufbringe wie man selbst.

Das Bureau und später das Statistische Landesamt versuchten die Erhebungen durch die Anschreiben und Anleitungen vorzustrukturieren und mit den vorgegebenen Abgabeterminen zu lenken. Die empfehlende Zuweisung der Fragebereiche gilt es dabei näher zu betrachten: Die Fragen I. – III. und VII. waren dem Pfarrer empfohlen, es sind dies: I. Geschichte, Altertümer, Bau- und Kunstwerke; II. Die Markung; III. Die Einwohner; VII. Kirchliche Verhältnisse und Stiftungen. Der Ortsvorsteher war für die Bereiche IV. Ansiedlung und Wohnung; V. Wirtschaftliche und Erwerbsverhältnisse; VI. Öffentliche Einrichtungen; VIII. Vereinswesen zuständig. Die im Sinne des Kanons volkskundlich zu nennenden Bereiche liegen also beim Pfarrer, der zumindest bei Frage I. laut Anmerkung auch die „Pfarrbeschreibung“¹⁰⁶ heranziehen sollte, was sicher hilfreich war, denn hier wurde ein relativ weiter Wissensbereich abgefragt. Alle Fragen spiegeln den herr-

¹⁰⁴ StAL E 258 VI 3347.

¹⁰⁵ Natürlich wurde das auch vielfach nur in Form eines Konzepts praktiziert, das dann vom Schreiber, Helfer bzw. Sekretariat ausgeführt wurde. Das kann allerdings hier nicht der Fall sein, da es sich um ein eingehendes und kein ausgehendes Schreiben handelt.

¹⁰⁶ Die Pfarrbeschreibungen wurden 1827 eingeführt und sind ähnlich wie die Ortschroniken als fortlaufende Statistik der kirchlichen und schulischen Verhältnisse der Kirchengemeinden gedacht. Ebenso werden die Pfarrer aufgefordert, auch freiwillig statistisch-topogra-

schenden Diskurs ihrer Zeit wider und sind für sich schon ein interessantes Thema, aber mit der hier gewählten Perspektive auf volkskundliches Wissen beschränkt sich das Folgende auf diese Bereiche. Das sind unter I. die Fragen nach Bezeichnung und Schreibweise des Ortsnamens (1), Flurnamen und ihre Geschichtlichkeit (6, 7), lokale „Volkssagen“ und germanische Reste in der Flurbenennung (9). Etliche Fragen (5–8, 10–12) widmen sich den Bau- und Kulturdenkmälern, hier zeichnet sich der um 1830 aufkommende Denkmalschutz bzw. die Pflicht zur Aufnahme der bedeutenden Überreste in Denkmallisten als Thema der Ortsbeschreibungen ab. Die gewonnenen Daten können für unterschiedliche Zwecke genutzt werden, das gilt für andere Fragebereiche auch.

Die Fragen unter Punkt III. unterteilen sich in die Bereiche 1./2. Wanderungsbewegungen (auch in geschichtlich-anthropologischer Perspektive), 3. Konfessionsverhältnisse und ihre Änderung, 4. Namenskunde, 5. körperliche Verhältnisse, medizinischer Zustand, 6. Lebensweise, 7. Kleidung und 8. Traditionen/Rituale. Im Wortlaut zunächst die Fragen 6. bis 8.:

- „6. Was läßt sich über die Lebensweise der Einwohner (Nahrung, Getränke ec.) sowie über deren Betriebsamkeit, Sparsamkeit, etwa vorhandene oder zunehmende Neigung zur Genußsucht ec. sagen?
7. Hat sich insbesondere bei der ländlichen Bevölkerung noch eine hergebrachte Volkstracht erhalten, oder lassen sich wenigstens einzelne Besonderheiten in der Kleidung beiderlei Geschlechter anführen.
8. Bestehen noch besondere Gebräuche bei Taufen, Hochzeiten, Leichenbegängnissen oder an bestimmten Tagen (Neujahr, Fastnacht, Ostern, Johannisfeier, Weihnachten ec.); werden einzelne Erinnerungstage festlich begangen?“¹⁰⁷

An der Formulierung „noch“ wird deutlich, dass sich die Tendenz zu einer bestimmten historisierenden und folklorisierenden Form fortsetzte und verstärkte, wie es sich in den Fragen zur Landesbeschreibung von 1880 schon angekündigt hatte. Die Formulierungen lenken die Wahrnehmung und die mögliche Beantwortung, sie geben damit den Denkstil vor, in dem Alltags- und Festkultur von den Antwortenden aufgefasst werden sollen. Das muss bei der heutigen Auswertung der Fragebogen immer mitbedacht werden. Es ist aber auch ein Beleg dafür, dass das entsprechende Denkestilkollektiv im Statistischen Landesamt bereits bestand und daher Teil einer Gelegenheitsstruktur für die Etablierung von Volkskunde als Wissenschaft war.

Die Fragen strukturierten die Antworten vor, das ist ihre formatierende Eigenschaft, wie oben ausführlich dargestellt. Aber wie gingen die Antwortenden vor

fische Beschreibungen anzulegen. Vgl. Regierungsblatt für das Königreich Württemberg. Ergänzungsband 1837. Stuttgart 1838, S. 370–375; Beilagen mit Plan: S. 376–386.

¹⁰⁷ Es handelt sich hier um den Fragebogentypus, der oben entsprechend der Darstellung bei Burkhardt auf „um 1885“ datiert wurde. Halbbrüchig gesetzt und mit „Fragebogen für die Oberamtsbeschreibung“ überschrieben, wurden in der Regel oberhalb davon handschriftlich der Name der Gemeinde und das Oberamt eingefügt.

Ort mit der Anforderung um und welche Wissenstransfers lassen sich beobachten? Ein Teil hatte es geschafft, mit Datum vom 29. oder 30. Mai oder 1. Juni fristgerecht zu antworten, der andere Teil brauchte bis in den August. Das ist auch der Zeitpunkt, an dem Mahnschreiben und Nachfragen zu ungenügend beantworteten Bereichen verschickt wurden. Die letzten Antwortschreiben gingen dann bis zum Jahresende 1896 ein. In den Vorgang dieser Abfrage eingeschaltet war zunächst gar nicht das Landesamt. Vielmehr handelte der Oberamtmann, wie im Anschreiben vermerkt, in dessen Auftrag und ‚managte‘ diese Aktion. Und zumindest im Fall Rottenburg beließ es Oberamtmann Lang nicht bei der bloßen Organisation, sondern ergänzte die Antworten, für die er seiner Ansicht nach über das richtige Wissen verfügte. Er füllte die Lücken und korrigierte Ansichten, in der Regel kennzeichnete er die entsprechenden Stellen mit Unterschrift oder seinem Namenskürzel.

Die Antworten auf die Fragen III,6 „Lebensweise“, III,7 „Volkstracht“ und III,8 „Gebäude“ lauteten nach Gemeinden des Oberamtes Rottenburg alphabetisch (nach der Aktenlage) geordnet wie folgt:

Belsen: 6. „Die Lebensweise der Einwohner ist immer noch einfach, die Ansprüche an Wohnung und Kost sind bescheiden. Most und Bier wird dagegen viel konsumiert, über die Kleidung siehe unten. Die Leute sind im allgemeinen sparsam. Manche dürften es mehr, die meisten betriebsamer sein.“ Weiter wird zur Lebensweise auf eine Romanveröffentlichung eines Belsener Autors in den Jugendblättern 1880, S. 315–344, verwiesen.

7. „Die Volkstracht, die Steinlachertracht ist verschwunden. Die älteren Männer tragen noch Rock mit Lederhose (doch keiner mehr der jünger als 50 wäre) die alten Weiber haben noch eine Art von Tracht. Die jüngeren Leute tragen sich mehr nach städtischer Weise.“

8. „So viel altes in Sprache, Lebensweise [der darunter notierte Begriff Brauch ist durchgestrichen], Anschauung sich erhalten hat, so wenig kann doch von besonderen Bräuchen berichtet werden. Taufen, Hochzeiten und dgl. werden einfach gehalten, namentlich die Kirchweihe wird einfach gefeiert. An Weihnachten dringt mehr und mehr moderne Sitte ein. Das Sezen von Maibäumen, das Neujahrschießen und dgl. kommt vor“¹⁰⁸.

Bodelshausen: 6. „Die einfache frühere Lebensweise durch das Fabrikleben stark ins Gegenteil verändert, die jungen kaum der Schule entwachsenen Leute haben zu viel und zu früh Geld in Händen. Die große Betriebsamkeit der hiesigen Einwohner macht sich am besten in Zeiten der Heu- Dinkel und Schrod [?]ernte bemerkbar.“ Der letzte Satz ist von Hand des Schultheißen in beide Fragebogen eingetragen.

7. „Die früher auch hier einheimische Steinlachertracht fast ganz verschwunden, und auch, soweit noch vereinzelt vorhanden, nicht mehr im Gebrauch. Einzelne

¹⁰⁸ In den Beilagen zum Fragebogen finden sich auf S. 15 f. noch Nachträge, z. B. zur „Eierlese“ und dgl. mehr. Belsen ist dank seines engagierten Bearbeiters mit zusätzlichem Material präsent.

der besseren Ständen angehörenden Einwohner haben d. Tracht für ihre Kinder (Mädchen) angeschafft, welche d. selbe bei besonderen Anlässen tragen.“ Der letzte Satz ist von Hand des Schultheißen in beide Fragebogen eingetragen.

8. „Die bedeutungsvollsten Erinnerungstage des Jahres 1870 (Sedan, [?]) werden von den beiden Kriegervereinen gefeiert.“

Bühl: 6. „Die Lebensweise ist einfach, fast ärmlich; auf Trinken wird mehr gehalten. Die Einwohner sind sehr fleißig.“

7. „Bei dem weiblichen Geschlecht ist noch die Volkstracht die herrschende.“

8. „Nein“.

Dettingen: 6. „Nahrung hauptsächlich vegetabilisch; Getränk hauptsächlich Most als Haustrunk. Einwohner sehr fleißig und sparsam, wenig Gelegenheit zu Verdienst, weshalb [?] im Sommer zu Handwerk u. Dienst auswärts.“

7. „Beim weiblichen Geschlecht zum Teil noch erhalten (bes. an Festtagen).“

8. „Nein“

Eckenweiler: 6. „Die Lebensweise der Bewohner ist bei ziemlichem Wohlstand, ja teilweisem [?], eine einfache u. geordnete; Betriebsamkeit und Sparsamkeit zeichnet die Leute vorteilhaft aus.“ 2. FB¹⁰⁹: „Die Lebensweise ist der Beschäftigung nach eine einfache und die Einwohner sind ziemlich sparsam.“

7. „Leider nein“

8. „Nein“

Ergenzingen: 6. „Die Lebensweise der Bewohner ist wie anderwärts. Berauschte sind gering geachtet. Die eigenen Erzeugnisse liefern die Nahrung. Bier, Most und Wein, seltener Schnaps in neuerer Zeit auch das [?] Getränk finden Absatz. Sparsamkeit und zeitgemäße Betriebsamkeit in Feldbau, im Gewerbe vorherrschend – sind lobenswert – die frühere Wollenstrickerei [?] ist durch die Fabrikarbeiten zum Vorteile der Gemeinde verdrängt.“

7. „Die ländliche alte Volkstracht ist so ziemlich allseitig dahin.“

8. „Besondere Gebräuche dieser Art kommen kaum in Betracht.“

Frommenhausen: 6. „Die Einwohner sind im Allgemeinen sparsam u. arbeitsam, doch greift bei circa $\frac{1}{7}$ der Bevölkerung die Genußsucht ziemlich um sich.“

7. „Bei der männlichen Bevölkerung ist die alte Volkstracht ganz in Abgang gekommen. Die weibliche Bevölkerung hat die [?] alte Volkstracht abgetan, hält aber noch an einigen Besonderheiten in der Kleidung (kurze Kleider) fest.“

8. „In der Weihnacht wird dem Christkind geschossen, das Neujahrsschießen ist stark im Schwung, Fastnacht wird noch gehalten, aber Volksspiel und [?] ist nicht üblich. Sonst sind besondere Gebräuche nicht vorhanden.“

Hailfingen: 6. „Im Essen genügsam; außer dem Obstmost dem Biergenuß zugeeignet. Fleiß und Betriebsamkeit bei den meisten zu loben. – In der Einwohnerschaft macht sich seit geraumer Zeit ein reges Streben nach Hebung des landwirtschaftlichen Betriebs geltend. Bei den Viehprämierungen steht Hailfingen fast

¹⁰⁹ Einige Gemeinden sind mit zwei unterschiedlichen Antworten auf diesen Fragebereich repräsentiert, das wird hier mit dem Kürzel „2. FB“ dargestellt.

immer an der Spitze der Gemeinden und des Bezirks, [?] Besuch der landwirtschaftl. Bildungsanstalt; im abgelaufenen Jahr 2 Jünglinge in der Winterschule zu Reutlingen, 4 Mädchen in der Haushaltungsschule zu Erbach. Eine gewisse Neigung zum heiteren [?] Lebensgenuß läßt sich nicht leugnen, aber bedenklich ist derselbe nicht, die Leute kommen finanziell vorwärts. Lang“ [Zusatz von Oberamtmann Lang]

7. „Volkstracht beim Frauengeschlechte zum größten Teil beibehalten“

8. „[?] Neujahr bei dem bürgerlichen Collegium und dem Ortsgeistlichen zweistimmig angesungen“

Hemmendorf: 6. „Die Lebensweise ist im allgemeinen einfach, auch sind die Leute sparsam, doch fehlt es nicht an solchen, die dem Trunk ergeben sind.“

7. „Besondere Volkstracht existiert nicht mehr; dann und wann sieht man noch an Festtagen die sog. Budelhauben (Radhauben). Die Jugend hat die alte Tracht vollständig verleugnet.“

8. „Ist nicht bekannt“

Hirrlingen: 6. „Die Lebensweise ist einfach, ebenso die Kleidung. Die Hirrlinger sind fleißig, sparsam, nüchtern – leider wird das Wirtshaus auch von ledigen sowohl armen als reicheren Mädchen besucht, sowohl bei Tag als bei Nacht an gewissen Sonn- und Feiertagen, trotz aller Bemühungen der Seelsorger hört dieser Unfug nicht auf. – Es herrscht in Hirrlingen überhaupt ein Hang zum Wirtshaus ohne welchen die Gemeinde mit ihrer großen vorzüglichen Markung längst in günstigeren Vermögens-Verhältnissen sein müßte. Lg“ [Zusatz von Oberamtmann Lang]

7. u. 8. Keine Angaben

Hirschau: 6. „Einfache Nahrung von Mehl und Gemüse. Die Sparsamkeit ist durch anhaltend strenges Arbeiten gehoben, daher die Genußsucht ermäßigt.“

7. „Nein. Die im Oberamtsbezirk übliche ländliche Tracht.“

8. „Ja, wie im übrigen Bezirk“

Kiebingen: 6. „Lebensweise einfach, Die Einwohner sind religiös, arbeitsam und sparsam.“

7. „Die Volkstracht beim männl. Geschlecht ganz in Abgang gekommen. Beim größeren Teil des weiblichen Geschlechts besteht noch die hergebrachte Volkstracht.“

8. „Nein.“

Mössingen: 6. „Im Allgemeinen geregelt, öfters [?] sparsam, Genußsucht gegen früher mehr vorhanden, das durch die frühere [?] beliebte Schnapsgenuß hat fast ganz aufgehört.“

7. „Bei älteren Männern u. Frauen kann man noch ab und zu von der älteren Volkstracht etwas bemerken, bei der jüngeren Generation fast gar nicht.“

8. „In der Fastnacht geht es in gegen andere Landesteile auffallend lebhafter Weise zu.“

Nellingsheim: 6. „Wie groß der ökonomische Fortschritt ist erhellt daraus daß z. b. 1750 an Vieh vorhanden waren: 27 Stück Zugvieh, 34 Stück [?] Rindvieh, 160 Schafe. Heutzutage mag das Vielfache an Rindern vorhanden sein, dazu etwa

20 Pferde. Es muß also nicht bloß die Arbeit sondern auch der Arbeitstrieb gesteigert haben. Entsprechend ist natürlich das Bedürfnis nach Genuß gewachsen. Die Mahlzeiten und Speisen sind vielleicht nur durch zeitweiligen Einkauf an Rind- und Ochsenfleisch reichhaltiger und abwechslungsvoller geworden, dagegen genügt manchem männlichen Gliede sein Hastrunk aus selbstbereitetem Apfel- oder Birnenwein nicht mehr. Man geht auch werktags ins Wirtshaus und trinkt Bier. Daher der Bierverkauf in der Gemeinde, welche keine Brauerei besitzt, verhältnismäßig groß ist.“

7. „Ein einziger Bauer mit Lederhosen und Silberknöpfen!“

8. „Bei Taufen wird nicht geschossen, bei Hochzeiten strömen alle Bekannten aus Stadt und Land zusammen. Hochzeitstage sind in Nell. bürgerliche Feiertage.“

Niedernau: 6. „Getränk: [?], Most, Zibebenmost, Bier, Sauerwasser. Die Einwohner sind genügsam und sparsam.“ 2. FB: „Die Einwohner sind genügsam & sparsam“

7. „Bei den älteren Frauen. Nein.“ 2. FB: „Nein.“

8. „Bei Taufen wird geschossen, dto Neujahr und auch am hl. Abend. Nein“ 2. FB: „Nein.“

Obernau: 6. „Die Lebensweise der Einwohner ist eine einfache. Ihre Nahrung meistens Mehlspeisen, ihr Getränk ist meistens Bier und Most, doch auch Wein und ganz wenig Schnapps. Im Allgemeinen herrscht Fleiß und Sparsamkeit vor, doch macht sich eine zunehmende Neigung zur Genußsucht bemerkbar.“

7. „Beim genus femininum hat sich größtenteils die alte hergebrachte Volkstracht noch erhalten, beginnt aber immer mehr zu schwinden.“

8. „Nein“

Oeschingen: 6. „Die Einwohner sind meistens mäßig und sehr sparsam.“ 2. FB: „Im Allgemeinen leben die Leute hier sehr sparsam, die Nahrung besteht zumeist aus Vegetabilien. Das Hauptgetränk ist der Obstmost.“

7. „Die Volkstracht hat beim weiblichen Geschlecht ganz aufgehört. Unter den Männern tragen noch 4 die alte Volkstracht: kurze Lederhosen, Westen mit runden großen Metallknöpfen“ 2. FB: „nein“.

8. Keine Angaben bzw. 2. FB: „nein“¹¹⁰.

Ofterdingen: 6. „Die Einwohner sind genügsam, sparsam, fleißig, und zu einer zunehmenden Genußsucht nicht geneigt.“

7. „Nein.“ 2. FB: „Die frühere Steinlachertracht ist vollständig verschwunden. Die Kleidung grenzt im allgemeinen an die städtische an. Einige ältere Personen männl. Geschlechts tragen noch Lederhosen.“

8. Keine Angaben. 2. FB: „nein“

Remmingsheim: 6. „Die Einwohner lassen sich an Speise und Trank nichts abgehen, sind aber auch in ihrem landwirtschaftlichen Betrieb sehr fleißig; die einfache Lebenshaltung früherer Tage ist freilich auch hier im Schwinden.“

¹¹⁰ Hier gibt es aber noch zusätzliche Beilagen.

7. „Die frühere Volkstracht ist fast ganz abgestorben, beim weiblichen Geschlecht fast mehr noch als beim männlichen, letztes zeigt eher noch einige Vertreter des blauen Rocks und der gelben Lederhose.“

8. „Besondere Gebräuche: keiner als [?], daß bei Leichenbegängnissen dem Verstorbenen von den nächsten Angehörigen [...] ins Grab nachgerufen werde. Ein Veteranen- und Kriegerverein pflegt eifrig die Erinnerung an die Feldzüge von 1866 und 1870/71.“

Rottenburg-Ehingen: keine Angaben

Rottenburg: 6. „Spar und arbeitssam.“ – „Eine erheblicher Grad von Rauflust ist nicht zu läugnen, schwere Körperverletzungen gehören leider keineswegs zu den Seltenheiten. Der Unfug des ‚W[?]‘ floriert hier in seltener Weise“ [Zusatz durch Oberamtmann Lang].

7. „In der Stadt nicht mehr.“

8. „Sedan-Champigny feierlich begangen. Johannisfeier bei sog. Johannis- [?] im Freien. Große Prozession in der Stadt am Fronleichnamstag.“

Schwalldorf: 6. „Einfach, sparsam.“

7. „Volkstracht bei dem weiblichen Geschlecht“

8. „Schießen bei Taufen, Hochzeiten, Weihnachten, Neujahr. Zimmermeisterspruch nach Aufrichten neuer Häuser.“

Seebronn: 6. „Nichts besonderes“ „Die Einwohner haben einen stark entwickelten Bauernstolz. Eine sehr bedauerliche Erscheinung ist der althergebrachte Wirtshausbesuch der Weiber u. Mädchen, welche an Consum von geistigen Getränken den Männern wenig nachgeben/nachstehen.“ [Ergänzung von Oberamtmann Lang]

7. „Beim weiblichen Geschlecht hat sich die Volks tracht – ziemlich allgemein – erhalten; beim männlichen Geschlecht trägt bloß noch einer die alte tracht.“

8. „Nein“. 2. Fb.: „Zum Andenken an den schauerlichen Hagelschlag vom 24. Juni 1855 ist eine heilige Messe gestiftet und findet dieses Jahr am 24. Juni 1 Flurumgang statt.“

Thalheim: 6. „Die Lebensweise der Einwohner ist sehr einfach (Milch, Kartoffeln, Brot, bei den Reicheren auch Fleisch; Getränke früher viel Branntwein, jetzt in obstreichen Jahren Apfel- und Birnmost, sonst Bier). Fleiß und Sparsamkeit bei Einzelnen noch mehr zu wünschen, die meisten aber lassen es sich sauer werden, sich ehrlich durchzubringen.“

7. „Nur schwache Spuren der alten Volkstracht sind noch vorhanden; 2 alte Männer tragen sie noch: Samtwamms mit dicken runden Metallknöpfen u. Lederhose; die jungen Leute namentlich haben teilweise etwas städtische Tracht. Die Frauen tragen noch das Häubchen mit langen Bändern, schwarzen Rock am Sonntag, lange Zöpfe mit Bändern; bei jüngeren hat das aufgehört.“

8. „Am Tag der unschuldigen Kindlein pfeetzen die Kinder mit Tannenzweiglein bis sie kleine Gaben bekommen (Pfefferteig). Am Tauftag der ersten Kinder wird geschossen; am Abend vor der Beerdigung singen die Nachbarn zur Betglockenzeit vor dem Trauerhaus einige Choräle. Neujahresanschießen ist gebräuchlich; an

Fastnacht finden kleine Festlichkeiten in Lichtkarzen statt. Erinnerungstage: Sedan-Tag 2. September.“

Weiler: 6. „Die Lebensweise der Einwohner ist in Bezug auf Nahrung u. Getränke sehr genügsam, Fleiß und Betriebsamkeit sehr rege, womit sie zugleich eine weise Sparsamkeit verbinden. Dagegen zeigt sich unter der heranwachsenden männlichen Jugend wenigstens an Sonn- und Feiertagen eine zunehmende Neigung zum Wirtshausbesuch“ – „jedoch nicht in besonders hervorzuhebendem Maße. Ig“ [Ergänzung von Oberamtmann Lang]

7. „Die verheirateten Frauen tragen noch mit Vorliebe schwarze Hauben mit Schleifen, teilweise auch noch den alten Wiflingrock. Die Tracht der übrigen Bevölkerung ist fast allgemein die moderne.“

8. „Nein.“

Wendelsheim: 6. „Lebensweise einfach, aber gut; Nationalspeife: Bethen (Kuchen); Nationalgetränk: Most. Sehr fleißig und sparsam.“

7. „Frauen und Jungfrauen haben noch größtenteils die althergebrachte Volkstracht (Bänderhaube, weite Ärmel am Oberarm) Die Volkstracht der Männer ist fast ganz ausgestorben.“

8. Keine Angaben

Wolfenhausen: 6. „Die Einwohnerschaft lebt fast ausnahmslos von selbstbereiteten Speisen und Getränken; nur am Sonntag Nachmittag pflegt der ehrsame Bauer im Wirtshaus sich beim Glase Bier zu unterhalten. Betriebsamkeit und Sparsamkeit ist bis jetzt [...] ‚früh im Jahr und früh am Tag‘ ist der Wahlspruch.“¹¹¹
2. FB: „Lebensweise ist zeitgemäß.“

7. „Die weibliche Bevölkerung hat die alte Tracht ganz, die männliche bis auf ein paar ältere Vertreter der gelben Lederhose abgelegt.“ 2. FB: „Bei dem männlichen Geschlecht ist in der Kleidung gelbe hirschlederne Hose Sonderheit.“

8. „Die Hochzeiten sind Festtage für den ganzen Ort; die Arbeit ruht fast ganz; sonst ist nichts besonderes zu bemerken.“ 2. FB: „Nein.“

Wurmlingen: 6. „Lieben besonders Obstmost ([?] schon in der Frühe) Bier, begnügen sich besonders zur Sommerszeit mit kalten Speisen (gedörktes Fleisch, ungekocht) viel ‚Knöpfeln‘ und Sauerkraut. – Betriebsamkeit ist lebhaft, Sparsamkeit (groß, am Ort); zunehmende Neigung zur Genußsucht.“ – „Entwickeltes Wirtshausleben und dadurch hervorgerufener erheblicher Rückgang des früher bedeutenden Wohlstandes.“ [Ergänzung von Oberamtmann Lang]

7. „Die alte Volkstracht (Radhauben beim weiblichen Geschlecht) ist verschwunden, einige wenige Lederhosen u. Dreispitzige Hüte gibt es noch zu sehen.“

8. „Besondere Gebräuche bei Taufen und Hochzeiten bestehen nicht; denn Schießen zum Kirchengang, bzw. zum Standesamt mit Musik bei Hochzeiten kann nicht als besonderer Gebrauch bezeichnet werden.“

Mit diesem am 27. Juni 1896 von Pfarrer Bauer und Schultheiß Schäuble von Wurmlingen sehr dicht beantworteten gemeinsamen Fragebogen schließt die

¹¹¹ Dieser Wahlspruch wird in der Ortsbeschreibung zitiert.

Erhebung für die zweite Durchführung der Oberamtsbeschreibung Rottenburg. Schaut man sich die Fragebogen vergleichend und unter Einbeziehung der relevanten Bereiche an, so fällt zunächst auf, dass die Abteilungen der sprachlichen Kultur nur noch eingeschränkt Erwähnung fanden, dass also nicht mehr nach den Mundarten und den Sprachgrenzen gefragt wurde. Dafür sind die Bereiche Sagen, Flurnamen und dergleichen, aber auch die der häufigen Familiennamen im Sinne eines volkskundlichen (Kanon)Wissens interessant, aber sie wurden nur selten beantwortet: die Frage nach den Sagen so gut wie gar nicht, die nach den Namen schon eher. Wie man an der obigen Zusammenstellung sieht, erfolgte die Beantwortung der Fragen oft nicht besonders engagiert und war von inhaltlichen Gemeinplätzen und moralischen Bewertungen durchsetzt. Sie ähneln darin sicher den Pfarrvisitationen, daher verwundert es kaum, dass es auch die Pfarrer waren, die, wenn überhaupt, zusätzliches Material zur Verfügung stellten und sogenannte Beilagen lieferten. Neben gelegentlich pejorativen Bemerkungen gibt es auch bemüht positive Einschätzungen wie „fleißig und sparsam“. Man spürt bei manchen Antworten die Tendenz, etwas in Richtung einer mutmaßlich von den Fragestellern erwarteten Antwort zu formulieren. Dies ist eine Wirkung der Formatierung, der ja immer auch die Erwartungen und die Machtverhältnisse mit eingeschrieben sind.

Wie sind die zahlreichen nicht beantworteten Fragen einzuschätzen? Entweder gibt es das erfragte Phänomen nicht und dann wäre eine Nichtbeantwortung auch offiziell zulässig, oder es verhält sich anders als in der Frage impliziert, dann passt die Antwort aber nicht in das Erwartungsschema und man macht sich nicht die Mühe, eine Antwort zu geben, nach der nicht gefragt war. Diese Haltung lässt sich an ein paar Antworten ablesen, die vermuten lassen, dass hier mehr Realität zum Vorschein kommt als in den Versuchen, alte Lederhosen zu einer „Volkstracht“ zu stilisieren, was immer die Pfarrer bzw. Schultheißen auch darunter verstehen mochten. Wenn also, um signifikante Beispiele herauszugreifen, aus Wurmlingen geantwortet wurde: „Besondere Gebräuche bei Taufen und Hochzeiten bestehen nicht; denn Schießen zum Kirchgang, bzw. zum Standesamt mit Musik bei Hochzeiten kann nicht als besonderer Gebrauch bezeichnet werden“, wenn Bodelshausen anmerkte: „Die früher auch hier einheimische Steinlachertracht fast ganz verschwunden, und auch, soweit noch vereinzelt vorhanden, nicht mehr im Gebrauch. Einzelne der besseren Ständen angehörenden Einwohner haben d. Tracht für ihre Kinder (Mädchen) angeschafft, welche d. selbe bei besonderen Anlässen tragen“, oder wenn man aus Belsen lesen kann: „Die Volkstracht, die Steinlachertracht ist verschwunden. Die älteren Männer tragen noch Rock mit Lederhose (doch keiner mehr der jünger als 50 wäre) die alten Weiber haben noch eine Art von Tracht. Die jüngeren Leute tragen sich mehr nach städtischer Weise“, und zu Frage 8: „So viel altes in Sprache, Lebensweise, Anschauung sich erhalten hat, so wenig kann doch von besonderen Bräuchen berichtet werden. Taufen, Hochzeiten und dgl. werden einfach gehalten, namentlich die Kirchweihe wird einfach gefeiert“, so wird deutlich, dass die Antwortenden vor Ort in der Fragestellung wenig Bedeutsames erkennen konnten und daher die Existenz des Besonderen auf vergangene Zeiten

verlegten, ohne diese näher beschreiben zu müssen. Schließlich hatten sich die Narrative und kulturellen Bilder von Volkstracht und Volksbrauch bereits derart verfestigt, dass begrifflich problemlos darauf Bezug genommen werden konnte, ohne dass inhaltlich erwähnt werden musste, was genau damit gemeint war. Volkstracht/Tracht bzw. Brauch/Gebräuche gab es in dieser Fragestellung und in diesem Denkkollektiv eben „noch“ oder „nicht mehr“, oder sie wurden zu besonderen Anlässen überhaupt neu kreiert, wie die damaligen Fest(zugs)trachten für Kinder¹¹².

Von einem der hier antwortenden Pfarrer erfahren wir dazu stellvertretend mehr, allerdings erst in der zweiten Aktenebene, wenn er schreibt: „Die Beschreibung der alten Tracht mußte ich Büchern entnehmen. Ich hoffe wenigstens annähernd das Richtige getroffen zu haben.“¹¹³ Der, der das schrieb und damit eigentlich eingestand, dass das Beschriebene nicht seiner unmittelbaren Beobachtung und Erfahrung entsprach, war der evangelische Pfarrer von Belsen und später von Großheppach Theodor Josenhans (1859–1927). Bei ihm führte dies aber nicht dazu, nicht über diese Punkte zu schreiben. Im Gegenteil: Josenhans ist einer derjenigen Beiträger, die umfangreiche Beilagen erstellt haben, und er war einer der vier Autoren, die die Teile „II.4. Volkscharakter. Lebensweise. Sitte und Gebräuche“ und „II.5. Volkstümliches in Glaube und Sage“ im ersten Band der Oberamtsbeschreibung von Rottenburg übernahmen; neben Josenhans waren das die Pfarrer Metzger (Wolfenhausen, ev.) und Rauch¹¹⁴ (Frommenhausen, kath.) sowie Prof. Entreß. Er war Lehrer für Mathematik und Naturwissenschaften am Lyceum in Ludwigsburg mit biografischen Verbindungen nach Rottenburg.

Vermutlich um vorhandene Lücken zu ergänzen sind am Ende dieses Aktenkonvoluts noch die das Oberamt betreffenden Materialien aus der Umfrage zur Neuauflage des Bandes „Königreich Württemberg“ beigelegt, was zum Teil auch in den Konvoluten zu den anderen Oberämtern der Fall ist¹¹⁵. Es finden sich dabei auch Hinweise, dass es unterschiedliche Aufrufsformate gab und dass nicht zuletzt in den Zeitungen – hier der Neckarbote vom März 1881 – solche Aufrufe abgedruckt wurden, um noch besseren Rücklauf zu erhalten. Die Antworten auf die neun oben bereits aufgeführten Fragen von 1881 sind unterschiedlich umfangreich ausgefallen und nehmen im Bereich der ethnografischen Fragen viele der Antworten von 1896 schon vorweg. Ergänzt wird das Material noch durch Monita an den entsprechenden Abschnitten der letzten Ausgabe von Kgr. Württemberg. Dass dieses Material hier abgelegt wurde, belegt zugleich nochmals die Zusammengehörigkeit der Formate und den Wissenstransfer zwischen ihnen. Das ist auch dokumentiert

¹¹² Hier wäre auch der Einfluss des Vereins zur Förderung der Volkstracht in Württemberg in seiner Wirkung einmal näher zu betrachten. Die Trachtenförderpolitik zielt im Allgemeinen auf Kinder und junge Erwachsene. Auf jeden Fall ist dieser Eintrag ein Beleg für die Trachtenförderung am Ende des 19. Jahrhunderts.

¹¹³ StAL E 258 II Bü 833.

¹¹⁴ Meist handelt es sich hier also um Personen, die auch sonst als Autoren württembergischer Regional- oder Konfessionsgeschichte tätig waren.

¹¹⁵ Vgl. StAL E 258 VI Bü 3348 und 3350.

in den Literaturangaben beider Formate, die gegenseitig auf einander verweisen. Daraus lässt sich auf eine gewisse Zirkulation vorhandener Wissensbestände schließen, die neues Wissen blockiert: Wissen war vorhanden und wurde immer wieder verwendet, was die neuerliche Akquise überflüssig erscheinen ließ.

Die Ebene des Wissensmanagements für die Oberamtsbeschreibung Rottenburg

Von der Überlieferung in zwei Archivkonvoluten war oben bereits die Rede, ebenso, dass der Bestand E 258 VI „Abteilung Landesbeschreibung“ dabei die Materialgenerierungs- und Sammlungsebene repräsentiert: Er lässt allerdings die tatsächliche administrative und kommunikative Praxis weitgehend vermissen. Das mutmaßlich zu leistende Wissensmanagement, die Aushandlungsprozesse und die teilweise ganz banalen Vorgänge von Anfragen, Einwendungen, Mahnungen, Vorschlägen, Verträgen, Honoraren und Abrechnungen etc. rund um die Oberamtsbeschreibungen und anderer Tätigkeitsfelder des Amtes sind hier weitgehend nicht vorhanden und nicht nachvollziehbar. Diese Vorgänge sind im Bestand E 258 II (Statistisches Landesamt) zu finden, der zwar archivisch nicht so gut erschlossen ist, aber zumindest sind die Bestände mit hinweisenden Schlagwörtern versehen. In Kapitel II wurden schon auf der Grundlage dieses Aktenmaterials die Arbeitsweise und das Wissensmanagement von Memminger bzw. des Statistisch-topographischen Bureaus vorgestellt. Für die zweite Bearbeitung der Oberamtsbeschreibung von Rottenburg lassen sich hier exemplarisch und relativ detailliert Praxis, Problembewältigung und Publikation eines solchen Wissensformats am Ende des 19. Jahrhunderts nachvollziehen und die Akteure der unterschiedlichen Wissensbereiche in ihren Arbeitsweisen, auch im Sinne der oben genannten papierernen Praktiken, beobachten – unter besonderer Berücksichtigung der protokollkundlichen Anteile. Es stellt sich dabei die Leitfrage, wie aus dem Fragebogenwissen und anderem Vorwissen schließlich eine ethnografische Beschreibung wird und welche Transfers und Transformationen stattfinden.

Das aus zwei Büscheln bestehende Aktenkonvolut verfügt über eine fortlaufende Zählung der Vorgänge – etwas mehr als 180 – und reicht von Vorarbeiten ab 1890 bis zu Nachfragen und Nachwirkungen in den 1940er-Jahren¹¹⁶. Im Folgenden wird unter Rekurs auf die Akten referierend nachvollzogen, was (fast immer) chronologisch folgend an Schriftwechseln und sonstigen aktenkundigen Vorgängen stattfand und zur Fragestellung im weitesten Sinne beiträgt. Die Aktenablage beginnt mit einem Vorgang von 1890, dem Einsammeln von Regesten, das sind Nachweise über Archivbestände zur Geschichte des Oberamts und seiner Ortschaften. Ab 1895 begann man damit, externe Mitarbeiter zu rekrutieren: Dr. Giefel (1852–1912), der Leiter des Staatsfilialarchivs Ludwigsburg, wird gewonnen, wäh-

¹¹⁶ Vgl. StAL E 258 II Bü 833, 834. Im Folgenden wird ohne weiteren Nachweis aus diesen beiden Büscheln zitiert.

rend Prof. Dr. P. Knapp, den man wie zuvor schon Prof. Herzog aus Tübingen, für die Bearbeitung geschichtlich-archäologischer Teile gewinnen wollte, absagt. Aber in einem eher persönlich gehaltenen (Antwort-)Brief an Julius von Hartmann, dem Leiter der Oberamtsbeschreibungen, empfiehlt Knapp zugleich einen jüngeren Kollegen, seinen „Bundesbruder“ Dr. Mettler (1865–1938), „gegenwärtig philolog. Repetent am Stift und wie du weißt Streckenkommissar der Limeskommission. Er ist eine frische und kräftige Natur, praktisch angelegt“. Einer von Mettlers Vorzügen sei es, dass er als Repetent über viel freie Zeit verfüge. Daraufhin wurde ein Schreiben an ihn entworfen und am 2. August 1895 versandt. Mettler antwortete am 7. August 1895, er werde den „antiquarischen Teil“ übernehmen, allerdings nur den über die Römer, beim Rest kenne er sich nicht aus. Außerdem wolle er auch Ausgrabungen vornehmen, um zusätzliche Informationen zu gewinnen. Mettler berichtete schriftlich von ersten Befunden aufgrund von Grabungen, die er unternommen hatte, weil er vermutete, dass es sich bei den Fundstellen um eine römische Villa handelte. Dem Unternehmen wurde amtlicherseits zugestimmt und Gelder bereitgestellt, von denen am Ende das Dreifache (300 Mark) bezahlt werden musste, aber Mettler berichtete vom Erfolg seiner Grabung: eine Villa Rustica bei Remmingsheim.

Zwischenzeitlich hatte das königliche Haus- und Staatsarchiv seine Förderung der Unternehmens „Neubearbeitung OAB“ zugesichert, was für Hintergrundinformationen, die wissenschaftliche Absicherung und diverse Korrekturdurchgänge wichtig war. Dr. Giefel empfahl dann für „Geographie und Landschaft“ Prof. Entreß, Lehrer für Mathematik und Naturwissenschaften am Ludwigsburger Lyceum. Die Fragebogenaktion begann 1896, zahlreiche Termine zur Wiedervorlage zeigen das Bemühen um die Rücksendung. Auch der Oberamtmann Lang antwortete dazu wiederholt, einmal auch, dass er erst noch in Urlaub müsse und die Sache noch dauere.

Mehrere Briefe stammen von Vermessungsinspektor Regelman, der am 30. Mai 1896 eine Reise ins Oberamt Rottenburg antrat. Er nannte weitere Experten, die noch mitarbeiten könnten: Oberamtsarzt Biesinger, Forstmeister Haag in Tübingen, Pfarrer Rauch in Frommenhausen, außerdem werde er Hofrat Dr. Giefel beim allgemeinen Teil unterstützen und etliche Ortsbeschreibungen übernehmen. „Auch über Dialekt und Volkssitten“ wolle er gerne Beiträge liefern. Domkapitular von Rieß könne über die Altertümer arbeiten. Regelman forderte beim Landesamt für die Herren jeweils spezifisches Informationsmaterial an. Es kam zu einem Kompetenzgerangel: Giefel schrieb vertraulich, aber erbost an Hartmann, dass es seine Idee gewesen sei, Pfarrer Rauch für die Unterstützung und teilweise Übernahme von Ortsgeschichten zu gewinnen. Denn er, Giefel, habe Rauch selbst im Staatsarchiv bei dessen Studien unterstützt, von alleiniger Bearbeitung könne allerdings keine Rede sein, denn Rauch kenne wichtige Teile gar nicht usw.

Eine Reihe von Ansichten aus Rottenburg liegt in der Akte, sie enthält Fotografien und Ansichtskarten aus Serien des Tübinger Ateliers Sinner und von Wilhelm Sailer jun. Davon finden sich auch Abbildungen in der Druckfassung. Wilhelm He-

berle bot für zwölf Mark einen alten Holzstich von der Weilerburg an und schrieb wenig später, dass er diesen zurückhaben wolle, da er ihn nach Berlin verkauft habe. Der Stich stamme im Übrigen aus Merians *Topographia Bavariae* von 1644.

Am 22. September 1896 lieferte Prof. Entreß Bericht und Abrechnung über seine Reise durch das OA Rottenburg „zum Behufe der Beschreibung von Ortschaften nach Lage, Liegenschaften und Bauten“. Zur Verfertigung der einzelnen Beschreibungen wollte er die vorhandenen Fragebogen einsehen. Er erwähnte auch Pfarrer Rauch aus Frommenhausen, der ihm Material zu Volkssagen, Sitten und Gebräuchen liefern könne, dieser habe sich allerdings noch nicht definitiv geäußert und müsse noch förmlich angesprochen werden. „Für den Rottenburger Dialekt sind mir Gedichte in Rottenburger Mundart, [...] eine Spitznamensammlung in Aussicht gestellt, die ich nach Empfang dem betr. Bearbeiter zur eventuellen Verwendung zustellen werde“; dann wurden Fachmänner der Botanik genannt: der Apotheker von Ergenzingen, der Pfarrverweser Schupp von Dettingen, Präz. Dr. Mock Rottenburg sowie cand. theol. Ruf. Beigelegt habe er eine Korrektur des Fragebogens Wurmlingen (nicht mehr erhalten) und eine Skizze: „Das 1786 abgegangene Pauliner Kloster Rohrhalden nach einem Aquarell im Wirtshaus z. Löwen in Kiebingen“. Das auf Seide gestickte Original, das sich im Besitz eines Bauern befinde, „konnte ich nicht zu Gesicht bekommen“; es gebe nur eine Ansicht von Rottenburg, die nicht aus dem 19. Jahrhundert stamme, deren Druckplatte habe vor einiger Zeit die Königliche Centralstelle in Stuttgart erworben. Dann machte er seine Reisekosten geltend: acht Tage à zehn Mark und die Fahrtkosten. Die Hinreise erfolgte mit der Bahn, vor Ort nahm er einen Wagen, teilweise zusammen mit Dr. Giefel.

Am 2. Oktober 1896 schrieb der schon mehrfach empfohlene Pfarrer Rauch u. a., dass er auch noch Material zu den Bereichen „Volkscharakter, Lebensweise, Gebräuche und Volkssagen“ an Prof. Entreß liefern könne. Er bat zur Orientierung um die leihweise Überlassung der Oberamtsbeschreibung von Cannstatt und Esslingen, die ihm dann zugesendet wurden. Die daraufhin eingesandten Berichte zu Volkssagen etc. sind nicht in den Akten enthalten, möglicherweise sind sie an Entreß weitergegeben worden, der mit Rauch gemeinsam den Abschnitt „Volkstümliches in Glaube und Sage“ zu Rottenburg verfasst hat.

Am 10. Februar 1897 wurde vom Landesamt aus eine Aufteilung von Aufgaben entworfen und briefliche Anfragen versandt. Im Zuge dessen erklärte sich Pfarrer J. Metzger dazu bereit, die Themen Volkscharakter, Lebensweise und Gebräuche sowie Volkssagen im Stäble¹¹⁷ zu übernehmen, und am 18. Februar 1897 antwortete der Tübinger Germanistikprofessor Hermann (von) Fischer: „[...] habe ich die Ehre zu erwidern, daß ich den von mir gewünschten Artikel über die Mundart des Oberamtes Rottenburg mit Vergnügen innerhalb der dafür gesetzten Frist machen

¹¹⁷ Als „Stäble“ werden die Gemeinden Nellingsheim, Remmingsheim und Wolfenhausen (heute zu Neustetten zusammengeschlossen) und Eckenweiler (heute zu Rottenburg gehörend) bezeichnet, alle gehören inzwischen dem Landkreis Tübingen an.

werde. Gerade für das Oberamt Rottenburg besitze ich sehr genaue Angaben über alle einzelnen Ortschaften. Hochachtungsvoll Prof. Fischer.“

Am 2. März 1897 schrieb Pfarrer Josenhans, dass er bereit sei, „Volkscharakter, Lebensweise und Gebräuche auch Volkssagen im Steinlachgebiet des Oberamts Rottenburg für die Oberamtsbeschreibung zu bearbeiten. Ich habe allerdings nur für Belsen Vorarbeiten, glaube aber auf Grund derselben und unter Beihilfe meiner Herren Kollegen und anderer geeigneter Gewährsmänner die Arbeit zur Zufriedenheit ausführen zu können. Sollte einer der eingegangenen Fragebögen schon reichhaltiges Material in genannter Richtung bieten, so dürfte ich vielleicht um gefällige Zusendung derselben oder wenn das nicht angehen sollte, wenigstens um eine Angabe darüber bitten, von wo eine solche eingegangen ist und wohin man sich wenden könnte, um nämliche Mitteilungen über die besonderen Gegenstände zu erhalten. Die nötigen Literaturangaben wird wohl die Württ. Bibliographie enthalten.“

Auf diesem Schreiben gibt es eine Randbemerkung über die Zusendung der Fragebogen von Bodelshausen, Mössingen, Ofterdingen, Öschingen und Thalheim, alle im Steinlachtal gelegen. Vermutlich ist das die Notiz, dass die betreffenden Fragebogen an Josenhans geschickt werden sollten. Fragebogen zirkulierten ebenso bei Hofrat Giefel und Prof. Entreß; auch Oberamtman Lang sendete am 12. März 1897 weitere 16 Fragebogen an das Amt zurück, allerdings bat er das Fehlen der Fragebogen von Mössingen und Belsen zu entschuldigen, da der dortige Ortsvorsteher, schwer von Krankheit und Schicksal geschlagen, noch Zeit brauche¹¹⁸. Langs Schreiben enthält eine Beilage mit einem „Plan eines hiesigen besseren Bauernhofes gezeichnet von Pfr. Metzger“. Das Landesamt schlug Metzger vor, diesen Plan doch in den von ihm übernommenen Teil „Lebensweise etc“ zu integrieren, deshalb wurde der Plan zunächst an den Verfasser zurückgeschickt und ist folglich in den Akten auch nicht enthalten. Außerdem ging es in den Notizen des Amtes weiter um die Verteilung der ausgefüllten Fragebogen zur Auswertung für die Erarbeitung der Beiträge durch Josenhans und andere.

Beim Landesamt traf dann die Nachricht ein, dass Oberamtsarzt Dr. Biesinger gestorben sei, der Schwiegervater sendete das Bearbeitungsmaterial zurück. Pfarrer Metzger bat um Aufschub, er brauche noch einen Monat länger. Zeitig sendete dagegen am 6. Juli 1897 Prof. Dr. Hermann Fischer den Abschnitt „Mundart“. Er wollte zur Korrektur sowohl die drei Karten als auch den Text zugesandt bekommen und bedauerte, dass er so viel produziert habe, der Platz sei aber schon sehr knapp gewesen. Ähnlich äußerte sich auch Pfarrer Metzger in Schreiben vom 19. Juli 1897, wenn er anlässlich der Einsendung seiner Arbeit zum Stäble bemerkte: „Die Arbeit ist ausführlicher geworden als ich vermutete, ich denke aber, es wird dem Redaktor der OBAbschreibung leicht werden die Hauptsachen zu exzerpieren, deshalb habe ich das gebrochene Folioformat gewählt, damit die freie halbe

¹¹⁸ Diese Verzögerung hatte zwischenzeitlich auch Josenhans etwas erbot, da er seinen Teil des gemeinschaftlichen Amtes für Belsen ja rechtzeitig fertiggestellt hatte.

Seite zur Aufnahme etwaiger Verkürzungen dienen möchte. Wenn mein Manuskript nach gemachtem Gebrauch entbehrlich sein sollte, würde ich um gfl. Zurücksendung bitten, um es der hiesigen Pfarr-Registatur einzuarbeiten.“¹¹⁹

In der Tat ging das Manuskript dann an Entreß, wo sich auch das Material von Pfarrer Rauch befand. Entreß schickte Letzteres „nach gemachtem Gebrauch“ am 7. August 1897 über das Landesamt wieder zurück an die Herren und ergänzte: „Meine eigenen Beiträge, die zum größten Teil auf persönliche Beobachtungen, z. Teil auf Mitteilungen meines Bruders, Postsekretär Entreß in Rottenburg beruhen, erlaube ich mir beizulegen. Den gütigst übergesandten Fragebogen von Mössingen habe ich eingesehen u. an Herrn Hofrath Dr. Giefel weitergegeben, in dessen Händen sich auch die übrigen Fragebogen schon seit April befanden. Eine Liste von Märchen und Ausdrücken, die Rottenburg eigentümlich sind, hoffe ich nachliefern zu können.“

Mit den Ortsbeschreibungen habe er begonnen, die geografische und landschaftliche Beschreibung benötigten allerdings etwas Zeit, daher bitte er um Aufschub bis November.

Zwischenzeitlich schrieb am 20. Juli 1897 Prof. Eugen Nägele laut Briefkopf „Streckenkommissär der Reichslimeskommission“ aus Tübingen, dass er noch Zeit brauche, u. a. weil seine älteste Tochter schwer an Anämie erkrankt sei. Den Bemerkungen auf dem Schreiben zufolge ist dieser Vorgang noch mehrmals zur Wiedervorlage gekommen, zuletzt verlängerte man die Abgabefrist bis Mai 1898. Nägele meldete sich im Oktober 1897 wieder mit Hinweisen auf seine Situation, aber auch auf seine Themen, die Grabungen. Im Sommer 1898 ging dann sein Teil beim Landesamt ein, der dann sogleich an Mettler, jetzt Präzeptor in Böblingen, zur Durchsicht weitergeleitet wurde.

Am 21. Juli 1897 wurden die Fragebogen aus Mössingen und Belsen angekündigt und am 29. Juli durch Unteramtman Kommerell wohl auch geliefert, sie wurden umgehend an Entreß weitergereicht. Am 10. August 1897 machte Pfarrer Metzger Nachträge für „Gebräuche und Sitten im Laufe des Jahres“:

- „1. An den Sommertagen setzt man sich zum Feierabend auf die Bank vor dem Hause und plaudert mit den Nachbarn, bis die Dämmerung oder die Nacht einbricht, nur im Heuet und in der Ernte, da sehr früh vor Tagesanbruch aufgestanden wird, geht man sogleich nach vollbrachtem Tagwerk zu Bett.
2. Im Frühling und Sommer tragen an den Sonntagen die ledigen Burschen eine Blume im Knopfloch; man steckt dieselbe vor dem Kirchgang an. Die Mädchen tragen die Blumen ebenso regelmäßig in der Hand zugleich mit dem Gesangbuch, wenn sie zur Kirche gehen.“¹²⁰

¹¹⁹ Metzger machte damit genau das, was die Pfarrberichtsvorschriften von 1827 (s. o.) empfohlen hatten, nämlich sämtliche Berichte in der Registatur der Pfarrei abzulegen, damit nachfolgende Pfarrer davon Kenntnis erlangen könnten.

¹²⁰ Dem Schreiben liegt eine Ansicht von Wolfenhausen bei, eine Federzeichnung von Metzgers Sohn.

Der Kustos des königlichen Naturalienkabinetts zeigte an, dass er in nächster Zeit eine Exkursion zur Vorbereitung der botanischen Beschreibung des Oberamts unternehmen werde. Das Amt fragte im Sommer 1897 nach, ob der neue Oberamts-Arzt schon installiert sei, man wolle ihn zur Mitarbeit an der Oberamtsbeschreibung gewinnen. Im Prinzip ja, so die Antwort, aber er habe noch Urlaub und müsse noch übersiedeln. Am 23. September 1897 dann teilte Unteramtmann Kommerell mit, der neue Amtsarzt Dr. Scheef sei „nun hier aufgezogen“. Am 29. September schon meldete sich Dr. Scheef persönlich mit der Mitteilung, er werde den Auftrag zur Ausführung bringen, „so weit es die Kenntnis der Verhältnisse und die Kürze der Zeit erlauben werden“. Er fragte, wie er seine Gebiete recherchieren solle. Man versprach ihm die Zusendung der Fragebogen.

Zwischenzeitlich kommentierte Pfarrer Josenhans die ihm zugesandten Fragebogen von Mössingen. Nachdem er jetzt den Fragebogen von Mössingen kenne, müsse er darauf hinweisen, dass sein schon lange beantworteter Fragebogen über Belsen sich auch weitestgehend auf Mössingen beziehe, beide ließen sich nicht trennen. Allerdings sei alles auf dem Stand von vor einem Jahr.

Bei Revisor Ruthard [?] wurde eine Bevölkerungsstatistik angefordert, er lieferte außerdem zusätzliches Material, das sich allerdings nicht erhalten hat, vermutlich, weil es wieder zurückgesandt wurde. Diese Tabellen zur Bevölkerungsstatistik zählen noch heute zu den eindrucksvollen Leistungen des Statistisch-topographischen Bureaus bzw. Statistischen Landesamtes, das daher in der Geschichte der deutschen Statistik eine gewisse Bedeutung erlangte, ebenso wie es auch führende Statistiker hervorgebracht hat.

Mitte September 1897 legte Prof. Schmid den Abschnitt „Klima und Witterung“ vor, und Archivrat Stälin schrieb, dass es noch Archivmaterial zum geschichtlichen Teil der Oberamtsbeschreibung Rottenburg gebe. Es gab etliche Anfragen und Nachfragen bei verschiedenen Bearbeitern und Informanten, und die ausgefüllten Fragebogen von Mössingen wurden wieder zur Auswertung herungeschickt.

Dekan Bauer schrieb, er sei zu Angaben über die katholischen Einrichtungen im Oberamt, besonders auch der Landgemeinden, aufgefordert worden. Er fragte, in welchem Umfang er liefern solle und machte dann einen systematisierenden Vorschlag zu Gegenständen und Reihenfolgen. Einige Zeit später teilte er mit, dass die kirchlichen Unterlagen für den Punkt „besondere kirchliche Verhältnisse und Einrichtungen“ nichts hergeben würden. Die Pfarrberichte zielten auf etwas anderes, nämlich den „allgemeinen Zustand der Gemeinden in sittlich-religiöser Hinsicht“. Für die evangelische Seite bearbeitete Dekan Elsässer die kirchlichen Verhältnisse. Auch er schilderte, auf welche bereits vorhandenen kirchlichen Berichte er zurückgreifen konnte.

Am 18. Dezember 1897 forderte Mettler Literatur an: u. a. das Württembergische Jahrbuch, die Württembergischen Vierteljahreshefte, die Oberamtsbeschreibung Rottenburg. Am 20. Januar 1898 schrieb Josenhans, er brauche Aufschub wegen „unvorhergesehener Belastungen“, und wurde dann im März nochmals ausführlicher: Er könne die nächsten Wochen nicht liefern und sende einen Teil jetzt ein;

er übersiedle beruflich nach Großheppach und werde dort so schnell wie möglich die Arbeit wieder aufnehmen. Dabei berichtete er von seiner bisherigen Vorgehensweise: „In Abschnitt I habe ich auf die Orte Bodelshausen, Ofterdingen, auch Thalheim fast gar nicht und überhaupt auf die feineren Unterschiede im Charakter der Bevölkerung der einzelnen Ortschaften nur wenig Rücksicht nehmen können. Die Schattenseiten im Charakter der Steinlacher, ihre Fehler und Untugenden habe ich weniger [...] und manchmal lieber nichts gesagt, als Ungünstiges. Ganz konnten dieselben nicht verschwiegen werden. Ein Lichtbild zu zeichnen wie es Glöckler¹²¹ gethan hat, ist der nicht im Stand, der wie der Verfasser zwölf Jahre in Belsen Pfarrer gewesen ist. Eine solche Schilderung kann nur der geben, der eben einige Sonntagsspaziergänge und Vakanzausflüge in die Steinlach gemacht hat.

Die Beschreibung der alten Tracht mußte ich Büchern entnehmen. Ich hoffe wenigstens annähernd das Richtige getroffen zu haben. In Abschnitt II,3 konnte ich mich einer gewissen Kritik der Lebensweise der Steinlacher von heute nicht ganz enthalten. [...] Namentlich die Ortschronik von Moser ist eine reichhaltige Quelle, aber auch in Belsen ist mir manches Interessante erzählt worden. [...] Ein Gebiet habe ich unberücksichtigt lassen müssen, das Gebiet der volkstümlichen Ausdrucksweise und Redensarten. Einiges ist gelegentlich in meine Darstellung aufgenommen.“

F. Hornstetter, Stadtvikar von Göppingen und früher in Mössingen wohnhaft, bot dem Landesamt Notizen an. Der Leiter des Landesamts Karl Hermann von Zeller (1849–1937) schrieb an Oberamts-Arzt Dr. Scheef, er möge die ausgeliehenen Fragebogen zurückgeben. Dr. Scheef entschuldigte sich, weil er noch nicht habe liefern können, er werde dies bald tun, und er führte Gründe für die Verzögerung auf: Das vorhandene Material sei nicht gut genug und er kenne noch nicht alles. Am 23. März 1898 übersandte Entreß die landschaftlichen Beschreibungen der Bezirke Rottenburgs. Zeller schrieb an die Schultheißenämter, dass in den nächsten Wochen Dr. Trüdinger anreisen werde, um für die wirtschaftlichen Teile zu recherchieren. Die Schultheißen wurden um Unterstützung gebeten. Major Heberle sandte ein Verzeichnis von Federzeichnungen aus dem Oberamtsbezirk Rottenburg, die er im Auftrag aufgenommen und gezeichnet habe; er erhielt 400 Mark.

Im Juni 1898 wollte Josenhans sich für einen Nachtrag kurz seinen ersten Teil ausleihen, Pfarrer Metzger aus Wolfenhausen sandte durchgesehene Druckbogen mit dem Vermerk zurück, er vermisse die Korrekturbogen zum Thema Volkssage, und legte eine von seinem Sohn gezeichnete Ansichtskarte von Wolfenhausen bei. Archivrat Giefel sandte den größten Teil des allgemeinen Teils der Oberamtsbeschreibung Rottenburg am 30. Juni 1898, am 4. Juli folgte der Rest. Anfang Juli schickte Prof. Entreß „Topographie etc“ sowie Korrekturabzüge für „Volkscharak-

¹²¹ Gemeint ist GLÖCKLER, Land. Josenhans äußert damit Kritik an der literarischen Landeskunde, die er etwas abgemildert in der Druckfassung wiederholt. Vgl. Oberamtsbeschreibung Rottenburg, 1899, S. 167.

ter etc.“ und fragte nach, was aus den Teilen werden würde, die der verstorbene Bischof von Reiser hatte bearbeiten wollen. Er würde diese Teile ggf. übernehmen.

Im Juli sandte in Sachen Oberamtskarte der Mitarbeiter Gropper von der Bezirksgeometerstelle Horb die korrigierte Karte von Rottenburg zurück an das Landesamt. Interessant für die weiteren Zusammenhänge ist, dass auf dem Anschreiben vermerkt wurde: „[D]em Oberstudienrat Dr. von Hartmann mit dem Ersuchen wegen richtiger Schreibung der Flurnamen das Erforderliche anzuordnen“, unterschrieben mit Z für Zeller, der sich im Landesamt mit Hartmann im Wesentlichen die Korrespondenzaufgaben teilte.

Dr. Johannes Josenhans, der Bruder von Pfarrer Theodor Josenhans, übersendete am 7. Juli 1898 den Anfang der Übersicht über die politische und kirchliche Geschichte des Bezirks Rottenburg für die Oberamtsbeschreibung, die Ortsgeschichten der Steinlachgemeinden werde er in Absprache und mit Material von Dr. Giefel übernehmen. Am 19. Juli 1898 lieferte er die Fortsetzung der Bezirksgeschichte. Bereits am 8. August übergab Dr. Josenhans „die erste Hälfte der politischen und kirchlichen Geschichte nach Einarbeitung, der 2 von Herrn Geh. Archivrat v. Stälin gewünschten Änderungen“.

Verstärkt ging es jetzt an die Überarbeitung der eingesandten Texte und die Einholung noch fehlender Informationen, so sollten die Gemeinden die Angaben zu den Vereinen ergänzen: Vollständigkeit, Richtigkeit und Gründungsjahr. Dazu wurde ein Vordruck erstellt und versendet, auf die Antworten direkt notiert werden konnten. Um das Unternehmen nicht zu gefährden, sollten die Angeschriebenen innerhalb kürzester Zeit antworten. Im Allgemeinen gelang dies auch in der gesetzten Frist.

Prof. Dr. Miller, zusammen mit Mettler und Nägele für den Abschnitt „Altertümer“ zuständig, forderte Flurkarten an, um die Altertümer des Oberamtes Rottenburg richtig einzutragen. Das wurde prompt erledigt. Das Kameralamt Rottenburg schickte vier statistische Listen und einen Kostenzettel, da die Unterlagen nicht in den Dienstzeiten angefertigt werden konnten. Major Knoblich lieferte am 22. November 1898 schließlich die fertige Oberamtskarte.

Der geheime Archivrat Dr. von Stälin kritisierte Hofrat Dr. Giefels Beiträge, gemeint waren vermutlich die Ortsbeschreibungen in Band II. Pfarrer Josenhans brachte zur Kenntnis, dass er eine erweiterte Fassung seiner Beiträge über Volkscharakter, Lebensweise etc. in den Reutlinger Geschichtsblättern veröffentlichen wolle, und bat dafür um Erlaubnis. Damit könne er einen erweiterten Leserkreis ansprechen. Die Auflagenhöhe der Oberamtsbeschreibung Rottenburg wurde auf 1200 Exemplare festgelegt.

Oberstudienrat Karl Eduard Paulus d.J. (1837–1907) Landeskonservator und Mitglied des königlichen Statistischen Landesamtes, schickte eine Ergänzung zum kunstgeschichtlichen Teil von Prof. Entrefß, den er im Übrigen durchgesehen habe und für sehr gut erachte. Zusätzlich sei aber eine Nachgrabung in der St.-Martins-Kirche notwendig, für die Kosten von 20 Mark anfallen würden, nebst Reisekosten. Der Antrag wurde genehmigt mit dem Hinweis, Bericht zu erstatten. Büschel 833

mit dem ersten Teil der Akten schließt mit einem Schreiben vom 12. Januar 1899 mit Probedrucken des Plans von Rottenburg und den Verhandlungen darüber, wann alles soweit ausreichend für den Druck sei. In Büschel 834 geht es nahtlos weiter mit der Oberamtskarte: Nägele hatte am 18. Januar 1899 kleine Anmerkungen dazu. Das Amt bzw. Major Knoblich, der die Kartenerstellung beaufsichtigte, hatten auf Nägeles Schreiben vermerkt, was in diesem Zusammenhang noch zu erledigen sei. Mettler notierte am 28. Januar 1899 Anmerkungen zur Karte und zu seinem Teil an der Oberamtsbeschreibung. Am 7. März 1899 reichte Major Knoblich den nach den Angaben von Nägele und Mettler geprüften Probedruck der Karte von Rottenburg mit den rot eingezeichneten Römerfunden und -straßen beim Landesamt ein. Dr. Scheef schickte nach manchem Aufschub seinen Beitrag, mit dem er aber nicht zufrieden war; ihm wurde ein Honorar von 15,75 Mark angewiesen, das schon für 1898 vorgesehen gewesen war. Am 18. November 1899 schrieb Pfarrer Josenhans: „[...] ersuche ich um Zusendung einiger weiterer Exemplare des Aufrufs zur Sammlung volkstümlicher Überlieferungen¹²². Das Erscheinen derselben hat mich dazu veranlasst, die neue Oberamtsbeschreibung von Rottenburg, deren ersten Band ich im Nachlaß meines Bruders¹²³ vorfand, aufzuschlagen und den Abschnitt, den ich zu beschreiben die Freude hatte, durchzugehen. Da fand ich nun neben einigen unbedeutenden Unebenheiten und Ungenauigkeiten die wohl stehen bleiben können, Fehler, die wenn noch möglich im Druckfehlerverzeichnis oder in einem Nachtrag berichtigt werden sollten.“

Dann zählte er die Monita auf, die tatsächlich später im zweiten Band der Oberamtsbeschreibung unter den Korrekturen aufgeführt wurden.

Die Karte des Oberamts wurde mit den Einträgen zur Archäologie nach Prof. Miller abgeschlossen: Jetzt war auch die Legende vollständig und farbig wiedergegeben. Nägele schrieb, zur Karte habe er keine Bemerkungen zu machen, Mettler hingegen machte ein paar Anmerkungen.

Am 27. Dezember 1899 schrieb Dr. Giefel, dass er von den nächsten Ortsbeschreibungen jeweils eine pro Wochen fertigstellen werde, heute sende er noch Kiebingen an Stälin. Die Stäbles-Orte würde er allerdings gern mitsamt seinem Material abtreten, was nach dem Inhaltsverzeichnis im Wesentlichen auch der Fall gewesen zu sein scheint, und er fügte noch hinzu: „Bitte nur dahin zu wirken, daß auch Herrn Geh. Archivrath es nicht gar zu kritelig nimmt.“

Am 23. Januar 1900 sandte die Kartendruckerei Gebert und Veigel Papierproben für den Druck der Karten. Der Kostenvoranschlag für die Papiere folgte zwei Tage später. Weiteres inhaltliches Material ist in diversen Umschlägen erhalten: Die Materialsammlung beginnt mit einem Schreiben Stälins vom 6. Februar 1900, das wie ein Umschlag um das Konvolut gelegt ist, worin er erklärte, dass er im Augenblick durch die drängende Arbeit am zweiten württembergischen Urkundenbuch belastet sei, „welche ich bis zur nächsten Sitzung der Württembergischen Kommis-

¹²² Von dieser Aktion war bisher nicht die Rede, davon mehr in Kapitel IV.

¹²³ Dr. Johannes Josenhans war 1899 verstorben.

sion für Landesgeschichte¹²⁴ fertig stellen sollte und durch die ziemlich viel Zeit in Anspruch nehmende Revision der Giefel'schen Arbeiten für die Rottenburger Oberamtsbeschreibung“. Auch merkte er an, dass er „im Anschluß an die Besprechung mit Herrn Oberstudienrath Dr. v. Hartmann“ den Herrn Archivrat Dr. Schneider ersucht habe, den geschichtlichen Teil der Beschreibung der drei Orte Nellingsheim, Remmingsheim und Wolfenhausen zu übernehmen, die dieser inzwischen schon beim Landesamt abgegeben habe.

„Ich schließe die mir für diese Orte zugekommenen Materialien wieder an, nachdem ich die Pflegeberichte hinsichtlich derselben zurückbehalten habe, da sie bei den anderen Pflegeberichten der genannten Kommission im Kgl. Staatsarchiv deponiert werden. Für Herrn Hofrath Dr. Giefel dürfte [...] wegen Überlassung seiner Aufzeichnungen hinsichtlich der genannten Orte ein Honorar von c. 25 Mark entsprechend sein.“

Die Zahlung wurde angeordnet. Es darf vermutet werden, dass es sich bei den erwähnten Beilagen um das Giefel'sche Material handelt: drei Umschläge und ein paar gefaltete Blätter, zwei der Umschläge sind beschriftet mit „Nellingsheim“ bzw. „Wolfenhausen“. Daraus folgt, dass der dritte Umschlag der von Remmingsheim sein dürfte. Es handelt sich also um jene Orte, die Giefel samt dem ihm vorliegenden Material abgegeben hatte. Das Kuvert zu Nellingsheim enthält 49 durchnummerierte Blätter zur Geschichte des Ortes: Name, Besetzung etc. Die losen Blätter haben ebenfalls Nellingsheim zum Thema, sind aber von anderer Hand und auf älterem Papier, darauf Notizen zur Geschichte. Der Umschlag zu Wolfenhausen enthält eine ähnliche Zusammenstellung, allerdings ohne Seitennummerierung, die Blätter scheinen aber chronologisch geordnet worden zu sein. Auch die Notizen zu Remmingsheim liegen chronologisch und sind umfangreicher als die zu Wolfenhausen. Oben rechts auf den Blättern sind Provenienzzangaben zu den Informationen verzeichnet. Die Blätter können daher als eine Art Rohmanuskript angesehen werden. Die Notizen sind nochmals überarbeitet worden, das zeigt der Vergleich mit der Druckfassung, doch ihre chronologische Abfolge entsprach bereits der späteren Erzähllogik.

Giefel selbst fragte an, ob sein Papier- und Portoaufwand ersetzt werde; er beziffert ihn auf 300 Bogen Kanzleipapier, 200 Bogen Briefpapier, 100 Amts- und 100 andere Couverts, 50 Couverts in Folio sowie 50 sogenannte Saike [?]. Das Landesamt vermerkte: „ablehnend beantw.“ Am 21. April 1900 schickte Dr. Giefel die Rauch'sche Regesten-Sammlung und diverse Bücher zurück und bedankte sich für „die viele Nachsicht und Geduld, die Sie aus Anlaß der Neu-Bearbeitung der O. A. Beschreibung Rottenburg mit mir gehabt haben“. Das Amt notierte, dass die Regesten ans Archiv und die Bücher an die Bibliothek zurückgegeben worden seien, das Schriftstück zu den Akten. Das ist auch der Grund, weshalb wir diese Vorgänge auch heute genau dort noch finden.

¹²⁴ Die Kommission wurde 1891 gegründet, sie ersetzte in gewisser Weise den Verein für Vaterlandskunde. Dazu unten mehr.

Zu diesem Zeitpunkt etwa muss der zweite Band der Oberamtsbeschreibung Rottenburg auch erschienen sein, denn schon im Juli 1900 gab es Anfragen zur Zweitverwertung von Texten und Bildern, letztere wurden z.B. für den württembergischen Brauertag in Rottenburg 1901 und die aus diesem Anlass erschienene Festnummer der Zeitschrift „Der deutsche Bierbrauer“ gebraucht. Belegexemplare wurden an das Amt geschickt. Den Besprechungen in der Presse ist eine eigene Mappe gewidmet: In den „Annales de Géographie“ erschien eine kurze Besprechung von Berthold Auerbach, Professor in Nancy; das katholische „Deutsche Volksblatt“ aus Stuttgart brachte eine sehr ausführliche Beschreibung; die „Blätter des Schwäbischen Albvereins“ brachten in Heft 9/1900 Lob und kritische Anmerkungen. Weitere Besprechungen erschienen im „Neckarboten“ (21. Juli 1900), in der „Steinlachzeitung“, in der „Württembergischen Volkszeitung“, dem Organ der Deutschen Partei. Die Beilage zum „Staatsanzeiger“ (hier ist das Autorenkürzel handschriftlich ergänzt mit der Notiz: Dunker, Belsen) vermerkt sehr lobend: „Weitere Kreise werden sich an der von Prof. Entreß entworfenen Schilderung der Landschaft und der Naturschönheiten, an denen unser Oberamt so reich ist, an dem Abschnitt über die Mundart, die Prof. Dr. Fischer aufzeichnete, ehe sie sich vollends verliert, und besonders auch an der lebendigen Schilderung des Volkscharakters, der Lebensweise, der Sitten und Gebräuche (von Pf. Rauch, Pf. Josenhans, Pf. Metzger) erfreuen. [...] Möge das Werk mit derselben Freude aufgenommen werden, wie einst Memmingers Buch, aus dem heute noch mancher schlichte Bauersmann Heimatkunde und Heimatliebe schöpft. Das wäre der beste Dank für die schöne Arbeit.“

Und die „Tübinger Chronik“ vom 19. Juli 1900 schreibt: „Es versteht sich von selbst, daß eine so umfassende und vielseitige Darstellung des Bezirks die Mitarbeit zahlreicher Fachmänner notwendig machte. Auch die Tübinger Gelehrtenge-meinde hat einen Teil dazu beigetragen. So stammt die Abhandlung über die Mundart der Bevölkerung von Professor Dr. H. Fischer, die über das Bistum Rottenburg und das Priesterseminar von Professor Dr. v. Funk, die über die Römerstraßen von Professor Nägele.“

Anfang 1906 wollte Rottenburgs Stadtschultheiß Winghofer gerne die Originalzeichnungen von Heberle für fotografische Reproduktionen ausleihen. Das Landesamt hatte diese aber nicht, sie waren wohl an Heberle zurückgegangen. Am 19. Februar 1906 folgte eine weitere Notiz, die Zeichnungen hatten sich nun doch gefunden und würden für einen Monat unter der Bedingung ausgeliehen werde, dass keine andere Nutzung erfolgt. Winghofer hatte angegeben, dass er die Reproduktionen zum einen für eine Gewerbeausstellung und zum zweiten für eine Sammelmappe benötige, die als Geschenk für einen hohen württembergischen Staatsbeamten vorgesehen sei. Ebenso wollte er von Kohlhammer Klischees für den Katalog zur Gewerbeausstellung und verwies darauf, dass das Amt bisher bereits großzügig bei seinen Anliegen gewesen sei. Im Folgenden gab es noch einzelne Anfragen beim Amt nach Material zu weiteren Forschungen oder Exemplaren der Oberamtsbeschreibungen. Das Amt besaß im Allgemeinen keine Bände der Ober-

amtsbeschreibungen zur Ausleihe, nur noch einen „eisernen Bestand“, versuchte aber alle Gesuche zu beantworten und ggf. an andere Stellen zu verweisen. Die letzte Anfrage von 1942 in diesem Bestand stammte von Josef Eberle¹²⁵, der im Auftrag der „Tübinger Chronik“ eine Geschichte Rottenburgs verfassen sollte. Damit endet das Aktenkonvolut.

c) Die Oberamtsbeschreibung als Format und Wissenshandlung

Die Vorgänge und Abläufe bei der zweiten Bearbeitung der Oberamtsbeschreibung Rottenburg sind sowohl spezifisch als auch überwiegend beispielhaft, das zeigen die Akten der anderen Oberamtsbeschreibungen. Ebenso sind sie gleichzeitig so banal wie aufschlussreich, nur war bisher weder ihre Alltäglichkeit noch ihre Bedeutung sichtbar. Die relativ genaue Nachverfolgung im vorangehenden Kapitel hat aber diese beiden Seiten herausgearbeitet und zeigt, wie hier (ethnografisches) Wissen hergestellt und bearbeitet wird. Zu den Wissenshandlungen gehörte zunächst das Aussenden, Ausfüllen, Zurücksenden, Anmahnen und Präzisieren der Fragebogen sowie die Einholung zusätzlicher Informationen, dann die Zirkulation der Materialien unter den parallel dazu rekrutierten Bearbeitern und deren Ko-Autoren. Hier wurden die Wissensteile, zu denen eigenes Vorwissen, Hinweise aus der Literatur, frühere Beschreibungen etc. gehören, verarbeitet und zu Notizen transformiert, aus denen schließlich ein Text entstand, der dann wieder einer Zirkulation von Korrekturen unterworfen wurde.

Das Wissen der Fragebogen war zwar die basalste Informationseinheit in diesem Vorgang, aber weder war dieses Wissen in den ethnografischen Teilen überwiegend erfahrungsnah und unmittelbar, noch wurde es weitgehend direkt verwendet. Beim Übergang in die Notizen und von dort in den Text wurde das Wissen umgeformt. Als papierene Technik ist diese Umformung nur an ganz wenigen Stellen in den Akten nachvollziehbar, nämlich an einer tabellenförmigen Synopse, die Eduard Paulus für seine Bearbeitung der Fragebogen von Tübingen 1866 zusammengestellt hatte¹²⁶. Nach dem gleichen Schema existiert diese großformatige Tabelle auch in den Akten zu den Oberämtern Neuenbürg 1855 und Leonberg 1851 als „Zusammenstellung sämtlicher Verhältnisse“ mit folgenden Rubriken: Lebensweise u. Sitten, Volkstracht, Volksbelustigungen; vertikal sind die Gemeindenamen notiert, horizontal die Sachgebiete¹²⁷. Die Tabelle für Tübingen, die zehn Jahre später entstand, wurde von Paulus noch umfangreicher ausgefüllt. Die Einträge sind allem Anschein nach eine Mischung aus eingegangenen Informationen, überwiegend Antworten aus den Fragebogen, und eigenen Beobachtungen. Zum Teil haben sich

¹²⁵ Josef Eberle alias Sebastian Blau, vgl. GEPPERT, Josef Eberle.

¹²⁶ StAL E 258 VI 3828 „Tabellarische Zusammenstellung der wichtigsten Daten zu den politischen Gemeinden des Oberamts [von Finanzrat Karl Eduard Paulus].

¹²⁷ StAL E 258 VI 2931 Neuenbürg, 2261 Leonberg.

auch Paulus' Exzerpte der Fragebogen, Notizen und Manuskripte (so wie die von Memminger früher auch) für die von ihm bearbeiteten Oberamtsbeschreibungen in den jeweiligen Materialsammlungen erhalten. So ähnlich werden die Bearbeiter auch ab 1897 vorgegangen sein und sich die Informationen nach einem bestimmten Schema aufbereitet haben, um sie dann zu verwenden. Im Vergleich mit gedruckten Oberamtsbeschreibungen ist festzustellen, dass dabei an manchen Stellen Textteile wörtlich übernommen wurden, während an anderen Stellen paraphrasiert wurde. Zum Beispiel wurde die Aussage vom Fragebogen Talheim über einen Kinderbrauch wortwörtlich wiedergegeben, während die Aussage von Bodelshausen über die neu angeschafften Kindertrachten im gedruckten Text bearbeitet wurde¹²⁸. Die Umschläge mit den Notizen zu den Ortsbeschreibungen zeigen ähnliche Verfahren bei der Verzettelung und Zusammenstellung von Material, das erhaltene handschriftliche Manuskript von Pfarrer Metzger hingegen ist schon eine beinahe druckreife Version, an der man die Überarbeitungs- und Korrekturspuren sehen kann, bevor die erste Druckfahne hergestellt wurde¹²⁹.

In der Textkomposition erscheinen die zusammengestellten Informationen kompakter, geschlossener und zusammenhängender als in den einzelnen Fragebogen, denn wenn auf dem Fragebogen eine Fehlanzeige notiert wurde, erwähnte der veröffentlichte Beitrag nichts dazu, dass es das Erwartete und Nachgefragte nicht gab. Dieses Nicht-Erwähnen von Fehlanzeigen ist in der gedruckten Oberamtsbeschreibung natürlich nicht mehr nachvollziehbar, es würde auch der Absicht widersprechen, eine kohärente Erzählung über die Lebensweise im Oberamt herzustellen. Beobachtungen, die den modernen Lebenswelten nahekommen, wurden relativ kurz abgehandelt, während historisierende Bestandteile mit Erzählungen über noch Bestehendes oder gerade nicht mehr Bestehendes relativ viel Raum erhielten. Es war nicht Zweck eines solchen Formats, Konflikte, soziale Spannungen, Probleme der gesellschaftlichen Modernisierung etc. darzustellen, diese wurden höchstens in Form moralisierender Bewertungen vorgebracht, was sicher mit an der Beauftragung der Pfarrer für diese Bereiche liegt. Daher darf man die volkscundlichen Teile der Oberamtsbeschreibungen auch nur als Teil einer Kohärenz herstellenden, raumkulturellen Narration verstehen. Betrachtet man die ethnografischen Beschreibungen in der langen Reihe seit der Gründung der Landesbeschreibung, so ist festzustellen, dass dieses Vorgehen von jeher angewendet wurde. Ausgehend von der Idee der Statistik hätte aber ein anderes Vorgehen gewählt werden können.

Für die Geschichte volkscundlichen Wissens ist aber nicht nur interessant, welche Intentionen und Grenzen dieses Wissen hatte, welchem Denkstil es angehörte und welche Denkkollektive sich herausbildeten, sondern auch, welche Ressourcen damit gebildet wurden und welche Möglichkeiten sich boten, um ein eigenständiges Wissensgebiet zu etablieren. Das Statistische Landesamt und das Bureau

¹²⁸ Vgl. OAB Rottenburg, Bd. 1, 1899, S. 176, 172.

¹²⁹ Vgl. StAL E 258 II Bü 833.

waren, so eine These dieser Studie, ein Transaktionsraum für die Etablierung von Volkskunde. Dies wird nicht nur am Wissen deutlich, sondern auch an denen, die man für die einzelnen Beiträge gewinnen konnte. Feststellen kann man, dass im hier betrachteten Zeitraum um 1860 bereits vier Vertreter aus der Ahnenreihe der württembergischen Volkskunde vorkommen. Es waren dies Adelbert von Keller und Hermann Fischer, einer von Kellers Nachfolgern, die die Abschnitte über die sprachliche Kultur verfasst hatten. Mit ihrer Rekrutierung wurden gleichzeitig die Sprachfragen in den Fragebogen reduziert. Diese Themen wurden nun an spezialisierte Wissenschaftler und deren eigene Wissensbeschaffung delegiert, die bereits mit eigenen ebenfalls fragebogengestützten Erhebungsverfahren begonnen hatten. Daher konnte Fischer, wie oben zitiert, auch antworten, er habe genug Material für den sprachbeschreibenden Teil zur Verfügung. Dazu wird das nächste Unterkapitel und das nächste Großkapitel noch weitere Informationen liefern. Ebenso zu Eugen Nägele und dem hier nur indirekt erwähnten Bohnenberger. Für letzteren setzte Josenhans in der Korrespondenz einen Verweis (s. o.), in dem er nach Exemplaren des Aufrufs zur Sammlung der volkstümlichen Überlieferungen fragte, eine Aktion, die Bohnenberger maßgeblich betrieb, zu der aber auch Nägele und andere gehörten, von denen noch die Rede sein wird.

14 Jahre vor Abschluss der zweiten Oberamtsbeschreibung von Rottenburg war aus ähnlichem Anlass, nämlich dem Abschluss der Landesbeschreibung der 1880er-Jahre und dem – endlich – erfolgten Abschluss der ersten Bearbeitungen der Oberamtsbeschreibungen für den 2. Dezember 1886 ein festliches Essen im Stuttgarter Hotel Marquart angesetzt worden. Von den zahlreichen zu dieser Feier Eingeladenen kamen viele Absagen, sie sind gerichtet an den damaligen Direktor des Landesamtes Otto von Knapp, wie ein erhaltener Umschlag zeigt. Die Entschuldigungen sind teils in freundschaftlichem Ton gehalten, das Milieu der Landesbeschreiber war an manchen Stellen sehr vertraut, wenn nicht sogar verwandt miteinander, wie zum Beispiel von Keller mit Hartmann¹³⁰. Unter dem Titel „Das Landesbeschreibungs-Essen“ veröffentlichte Verleger Kohlhammer zu diesem Zweck eine kleine Broschüre mit den Namen der 19 Anwesenden und den vorgebrachten Festgedichten¹³¹. Hier ließ Julius von Hartmann in zwei Gelegenheitsgedichten die beteiligten Personen und Professionen sowie seine Tätigkeit als geschäftsführender Herausgeber und Redakteur Revue passieren. Im milden Licht der Festlichkeit wurde hier das komplexe Aufgabengebiet der Redaktion und das Wissensmilieu aus der Innensicht geschildert:

„Weil man meiner jetzt auch dachte, // gar ein Hoch auf mich ausbrachte, // muß ich ungerne mich erfrechen, // von mir selber auch zu sprechen. // Meiner Grenzen noch bewußter, // seit ich kenn so edle Muster, // muß den Platz ich des Gesellen // bei den Meistern richtig stellen.

¹³⁰ Vgl. StAL E 258 VI 69 Briefanrede Keller an Hartmann „lieber Vetter“ anlässlich der Zusage 1879, über Mundarten zu schreiben.

¹³¹ StAL E 258 VI Bü 71. Gehört zum Bereich der Generalia.

Ich war im Grunde nur// die Registratur,// der Administer// als Ortsregister,// als Lexikon,// Notizenbronn,// Personenindex// für Rex und für Grex;// die Hausbibliothek// zu manchem Beleg,// das Handarchiv,// zu dem man oft lief – // Ach! Mancher so oft,// als ich nicht gehofft – // Mosaikarbeiter,// Exzerptenverbreiter,// der Kommissionar// für litterarische War',// ein Nachschlagebuch – // kurz, meiner Ehr' ich such'// darin, wie die Bienen// den Andern zu dienen.

So lasset mich bleiben,// so weiter es treiben,// als eine Art ‚Schwäbisches Magazin‘ – // Stellt zu Balthasar Haug mich immerhin! – // Und wenn nimmer ich kann,// so sprecht dann und wann:// 's war ein brauchbarer Mann!“

Etwas weniger detailliert wurde dieselbe Thematik bereits im Vorwort zum letzten Band der hier zu feiernden Landesbeschreibung „Königreich Württemberg“ von 1886 beschrieben. Der erfolgreiche Abschluss und das Zusammenwirken vieler unterschiedlicher Stellen wurde gelobt und die Hauptmitarbeiter neben Julius von Hartmann genannt und das Ganze als „das Ergebnis patriotischen Zusammenwirkens so vieler“ charakterisiert. Nach der Aufzählung der Hauptmitarbeiter – Archivassessor von Alberti, Bergrat Dr. Baur, Finanzassessor Dr. Binder, Pfarrer Bossert, Professor Dr. Fraas, Regierungsrat Dr. Gärtner, Pfarrer P. Hartmann, Oberbibliothekar Dr. von Heyd, Kustos Dr. Hofmann, Pfarrer Dr. Kemmler, Diakon Klemm in Geislingen, Professor Dr. Miller, Landeskonservator Dr. Paulus, Trigonometer Regelman, Staatsrat Dr. von Rümelin, Ingenieur Seckler, Hauptzollverwalter Seeger, Archivrat Dr. Stälin, Professor Dr. von Zech – wird der Verstorbenen gedacht, darunter Adelbert von Keller. Von den genannten Hauptmitarbeitern erschienen immerhin etwas mehr als die Hälfte zur Abschlussfeier, nämlich Alberti, Baur, Fraas, Gärtner, Miller, Paulus, Regelman, Rümelin, Stälin und Zech.

Das zweite von Hartmanns Festgedichten feiert diese Community of Practices, als die man dieses Wissensmilieu mit seinen Arbeitsformen in der Kopplung von Praktiken und Akteuren bezeichnen kann¹³². Sichtbar werden dabei nicht nur die Ausdehnung des Milieus, sondern auch die vorgenommenen Ausschließungen. Genau das wird Rückwirkungen auf das erzeugte Wissen gehabt haben. Es wurde oben schon darauf hingewiesen, dass sich im Bereich des ethnografischen Wissens Denkstile herausgebildet hatten, die an schon vorhandene Perspektiven auf das Leben der Bevölkerung anknüpfen konnten. Daher konnten sich im Bereich der Landesbeschreibung keine neuen Sichtweisen durchsetzen. Es blieb beim Wissen über das Volk, das in obrigkeitlicher Distanz zu diesem erzeugt wurde. Wissen *vom* Volk fehlte bislang. Obwohl man beim Statistischen Landesamt methodisch in der Lage war auch faktenreiches aktuelles Wissen zu erheben zum Beispiel durch die Volkszählung und die Musterungsdaten. Sogar die Medizinalstatistikdarstellung war sachlicher als die ethnografischen Beschreibungen, auch wenn selbst diese nicht ohne moralisierende Einstreuungen auskam.

¹³² Vgl. KELLER-DRESCHER, Landesbeschreibung; enthält das 2. Festgedicht.

In der Landesbeschreibung von 1904, der dritten und letzten Ausgabe von „Königreich Württemberg“, ist zwar das Volk aus dem Titel verschwunden, aber nicht aus den Kapiteleinteilungen. Trotz eines teilweise neuen Konzepts, das verstärkt auf die erneuerten Ortsbeschreibungen setzte, gliedert sich der erste Band in das übliche Programm aus I. Land, II. Volk, III. Staat. Das Ganze wurde allerdings stark verkürzt, sodass zum Beispiel der Bereich Geschichte nur noch als erweiterte Einleitung auf wenigen Seiten abgehandelt wurde. Die bisher stets erweiterten ethnografischen Teile wurden hier auf wenigen Seiten zusammengefasst. Autoren der ethnografischen Teile sind Julius von Hartmann und Karl Bohnenberger. Tendenziell wurde hier retrospektiv erzählt, was zu den üblichen Narrativen, aber nicht zu einem realistischen Bild der Gegenwart führte. Dafür wurden im zweiten Band, der der Beschreibung des Schwarzwaldkreises, zu dem das Oberamt Rottenburg gehörte, gewidmet ist, zur Illustration der Kleidungsweisen Trachtengrafiken und Beschreibungen von Kunstmaler Theodor Lauxmann (1865–1920) beigegeben¹³³. Wichtiger im Zusammenhang mit volkskundlichem Wissen und seiner Verbindung zur Landesbeschreibung sind allerdings die hier enthaltenen Hinweise auf die zwischenzeitlich begonnenen wissenschaftlichen Sammlungen, die den Bereich „Lebensweise und Sitte; Glaube und Sage; Volksdichtung und Volksgesang“ abdecken sollen: „Eine reichhaltige Sammlung, veranstaltet vom Statistischen Landesamt und der Vereinigung für Volkskunde, wird bestimmteren Aufschluss bringen als er heute gegeben werden kann.“¹³⁴

Diese Sammlungen waren vor allem auf dem Gebiet der Dialektologie schon länger im Gange, Bohnenberger, Fischer und von Keller hatten bereits entsprechende Ergebnisse erreicht: „Um so mehr seien auch hier die Bemühungen H. Fischers im ‚Schwäbischen Wörterbuch‘ (Tübingen 1901 ff.) auf Grund der von A. Keller begonnenen Sammlungen und unter Beihilfe zahlreicher Landsleute, die Mundarten des ganzen Königreichs Württemberg zu sammeln und zu erklären, aufrichtig verdankt.“¹³⁵

Zu Bohnenbergs Sammlungen und Fischers Arbeiten mehr im nächsten Kapitel. Zunächst gehören in diesen Zeitraum hier (um 1860) noch die dialektologischen und proto-volkskundlichen Unternehmungen von Kellers, die im Folgenden dargestellt werden.

¹³³ Zu Lauxmann an späterer Stelle mehr.

¹³⁴ Das Königreich Württemberg. Eine Beschreibung nach Kreisen, Oberämtern und Gemeinden. Bd. 1, 1904, S. 64. Hervorhebungen im Original.

¹³⁵ Ebd., S. 63.

4. Ein erstes Sammlungsunternehmen

a) Die Vorarbeiten zum „Schwäbischen Wörterbuch“

Im Jahr 1860 legten die württembergischen Oberschulbehörden ihren Lehrern als sogenannten Konferenzaufsatz ein Thema vor, das sich mit den Abweichungen des Schwäbischen in Lauten und Flexionen befassen sollte¹³⁶. Die Aufgabe wurde in den nächsten Jahren wiederholt zur Auswahl gestellt. Initiator der Aktion war Adelbert von Keller, Professor für deutsche Sprache in Tübingen. Die Themen wurden laut einer Aufschrift auf einem erhaltenen Aufsatz am 7. Februar 1860 im Amtsblatt¹³⁷ veröffentlicht. Diese Konferenzaufsätze sollten von Kellers Arbeiten zur „Sammlung des schwäbischen Sprachschatzes“ mit vorbereiten und seine Materialbasis vergrößern. Über die Schulbehörden gingen die Aufsätze an von Keller, der sie auswertete bzw. durch Mitarbeiter auswerten ließ¹³⁸. Die erhaltenen Aufsätze¹³⁹ zeigen jedenfalls diverse Auswertungsspuren. Laut Wilhelm Pfeleiderer, dem letzten Bearbeiter, hatte bei von Kellers Tod 1883 zwar reichlich gesammeltes Material vorgelegen, das allerdings noch kaum systematisiert worden war¹⁴⁰.

Es war nicht der erste Anlauf zu dieser Sammlung, bereits 1854 hatte von Keller eine Broschüre mit Leitlinien veröffentlicht. Diese mehr private Aktion hatte er 1855 zu einer allgemeineren gemacht, indem er eine umfangreiche „Anleitung zur Sammlung des Schwäbischen Sprachschatzes“ im Rahmen der Einladung zur Festveranstaltung der Universität Tübingen zum 75. Geburtstag von König Wilhelm von Württemberg drucken lassen konnte¹⁴¹. Auch an späterer Stelle wurde die Sammlung und deren allgemeiner Nutzen in den Diskurs eingebracht, von Keller erwähnte zum Beispiel in seinem Beitrag zur Landesbeschreibung von 1863: „Eine umfassendere Sammlung wird seit Jahren vorbereitet.“¹⁴² Im Statistisch-topographischen Bureau war das Thema Sprache von Anfang an als relevant bewertet

¹³⁶ Diese Konferenzaufsätze waren ein Instrument der Lehrerbildung. Vgl. FORNER/PALM, Sprache, S. 456.

¹³⁷ Notiert ist nur der Begriff Amtsblatt. Es ist anzunehmen, dass es sich um das Amtsblatt des Ministeriums für Kirchen- und Schulwesen handelt. Die Ministerien hatten jeweils eigene Mitteilungsformate neben den allgemeinen. Das betreffende Amtsblatt konnte bisher nicht identifiziert werden.

¹³⁸ Sie sind heute unter dem Titel „Sprachaufsätze“ bei der Landesstelle für Volkskunde archiviert. Dazu an späterer Stelle mehr.

¹³⁹ Von den eingegangenen Aufsätzen sind heute noch 381 erhalten, das deckt ein Fünftel der württembergischen Gemeinden ab, laut Inventarbeschreibung von Gerhard Prinz, LVS. <http://www.alltagskultur.info/bilder/Sprachaufsätze.pdf> [20.7.2017].

¹⁴⁰ PFLEIDERER, Adelbert Keller. Diesen Umstand beurteilt Hermann Fischer positiver. Dazu unten mehr.

¹⁴¹ KELLER, Anleitung.

¹⁴² Königreich Württemberg 1863, S. 365. In der dritten Neubearbeitung der Landesbeschreibung wird Keller und dessen Nachfolger Hermann Fischer dann für die (Vor-)Arbeiten zum „Schwäbischen Wörterbuch“ gedankt. Vgl. Königreich Württemberg, Bd. 1, 1904, S. 63.

worden; wie stark der aktuelle Diskurs in der Behördenforschung wahrgenommen wurde, zeigen Notizen von Trigonometer Diezel um 1840¹⁴³. Diezel war, wie in Kapitel II geschildert, einer von Memmingers besonders fähigen und von diesem geschätzten Mitarbeitern, von Diezel haben sich Notizen erhalten, in denen er etliches zu den Themen Sprache, Dialekt, Namen, Mythologie und Aberglauben festgehalten hat. Darunter sind auch Abschriften aus Jacob Grimms „Deutscher Mythologie“, aus J. Kaspar Zeuss’ „Die Deutschen und die Nachbarstämme“¹⁴⁴ und aus einem Text von J. A. Schmeller. Selbst angelegt hatte Diezel eine Sammlung schwäbischer Sprichwörter und Wortlisten (Idiotika) aus dem württembergischen Franken und aus Südfranken, ebenso eine sprachvergleichende Wortliste mit den Sprachen Latein, Französisch, Englisch, Holländisch, Italienisch, Russisch, Schwedisch, Dänisch, Griechisch und Sanskrit. Die Tatsache, dass diese Aufschriebe erhalten geblieben sind, zeigt die diskursive Relevanz, die man ihnen beimaß, und sie zeigt die weite Verbreitung dieser Ansätze in der damaligen Sprachforschung, so dass diese in regionalen Zusammenhängen Wirkung erzeugen konnten.

Schon die Tatsache, dass von Kellers Anleitung zu einem Teil der Feierlichkeiten für König Wilhelm durch die Universität gemacht wurde und dass er diese später in die behördlichen Aktivitäten (hier der Lehrerbildung) einbringen konnte, zeigt den Stellenwert, der seiner Sache beigemessen wurde. Deutlich wird auch seine Reputation, da er diese Ressourcen für sein Anliegen aktivieren und nutzen konnte. Adelbert von Keller, Sohn eines württembergischen Pfarrers, (Gymnasial)Schüler von Gustav Schwab, studierter Theologe und Philologe, Student bei Ludwig Uhland und Moritz Rapp, wurde nach beruflichen Stationen als Vikar und Bibliothekar schließlich außerordentlicher, dann ordentlicher Professor und außerdem ab 1849 Vorstand des Literarischen Vereins¹⁴⁵ in Stuttgart, dessen Publikationstätigkeit er maßgeblich betreute. Außerdem war von Keller Mitglied der bayerischen Akademie der Wissenschaften, schließlich Ritter des königlichen Ordens der Württembergischen Krone und hatte noch etliches an Ehren und Tätigkeiten mehr inne, war also bereits ein bedeutender Wissenschaftler, als er sich diesem Unternehmen zuwandte. Und er war bereits lange zuvor mit den wichtigsten Impulsgebern dafür in Berührung gekommen: Schmeller, Grimm, Uhland, Rapp, Weinhold¹⁴⁶ und anderen. Von Keller erwähnte diese Autoren alle mit ihrer jeweiligen Bedeutung in

¹⁴³ Vgl. StAL E 258 VI Bü 279.

¹⁴⁴ Johann Kaspar Zeuss (1806–1856) begründete die keltische Philologie, sein Hauptwerk ist die „Grammatica Celtica“ von 1853. Er bewies unter anderem, dass das Keltische eine indogermanische Sprache ist. Sein Werk kann in die Leistungen von Grimm und Schmeller eingereiht werden. Vgl. SCHRÖDER, Kaspar Zeuß.

¹⁴⁵ Der Verein wurde 1839 gegründet und variiert in der Schreibweise „Literarisch“ oder „Literarisch“.

¹⁴⁶ Karl Weinhold (1823–1901), Philologe und u. a. später Begründer der „Zeitschrift für Volkskunde“, hatte 1847 schon eine „Aufforderung zum Stoff sammeln für eine deutsch-schlesische Mundart“ veröffentlicht, die in die Reihe dieser Sprachsammlungen mit volkskundlichen Themenbereichen einzuordnen ist. Ähnliche Argumente und Anleitungen veröffentlicht er 1853 in WEINHOLD, Über Deutsche Dialectforschung.

seinem Aufruf, darüber hinaus ging er auch auf die Vorarbeiten ein, die für das Schwäbische einerseits (Idiotiken) und für die Wörterbuchidee andererseits (Ade- lung und andere) standen. Indem er zunächst die Ideen und Ansätze der „deut- schen Dialektforschung“ referierte, dann den Stand der schwäbischen hinzufügte und schließlich die Notwendigkeit der Erforschung der regionalen Sprachen für die Gesamtforschung postulierte, ordnete er letztere in die deutsche Dialektfor- schung ein. Allerdings, so argumentierte er, sei bisher für das Schwäbische noch nicht erreicht, was Schmeller für Bayern erreicht habe. Hier setzte seine Initiative an.

b) Die Sprache des Volkes

Über die Verbindung von Schmeller und den Brüdern Grimm, insbesondere Jacob Grimm, sowie ihre beiderseitige Anerkennung und Anregung war oben schon zu lesen. Eine weitere Verbindung liegt beim Literarischen Verein, dem sie ebenfalls als Mitglieder und Herausgeber angehörten und dem von Keller vorstand. Dieser war wiederum auch Beiträger für das „Deutsche Wörterbuch“¹⁴⁷. Schmeller und Jacob Grimm waren unter anderem auch Ehrenmitglieder des Württembergischen Altertumsvereins¹⁴⁸. Es gab also zahlreiche Austauschbeziehungen zwischen den wichtigsten Wörterbuchprojekten und ihren Akteuren sowohl auf der persön- lichen als auch auf der sachlichen, d. h. auf der methodischen und auf der theoretischen Ebene. Ebenfalls gibt es Übereinstimmungen in der jeweiligen Thematisierung der Bedeutung von Volk bzw. Volkssprache, Volksleben etc. Sie alle gingen davon aus, dass Sprachforschung ohne Sprachgeschichte nicht ausreiche und dass gleichzeitig die Regionalsprachen und die gegenwärtige Sprache des Volkes einen wichtigen Zugang zur Aufklärung der Sprachgeschichte darstellten. In von Kellers Worten: „Für die Sprachforschung im Ganzen hat die Erforschung der einzelnen Dialekte, die Feststellung ihres Verhältnisses unter einander und zur Schriftsprache eigenthümlichen Reiz und bringt reichen Gewinn. Denn mehr als die geschriebene Sprache läßt sich in dem regen Fluße der Volksmundart, die doch andererseits an Althergebrachtem oft mit zäher Ausdauer haftet, das Werden und die Gestaltung der Sprache erkennen. Was in der Schrift erstarrt und gefestigt ist, zeigt sich hier oft in lebendiger Bewegung; was die Schriftsprache abgeworfen und ausgeschieden hat als vernutzten Stoff, weiß die Volkssprache noch in frischem Gebrauche zu erhalten; was jene noch aufzunehmen zagt, macht sich hier mehr und mehr geltend, um über ein Kleines auch in die höhere Sprache erfrischend und erquickend einzutreten.“

¹⁴⁷ Grimm erwähnt von Keller als einen der unterstützenden Zulieferer, ebenso dessen Freund und Kollegen Prof. Holland in Tübingen. Vgl.: Jacob GRIMM, Vorrede. In: GRIMM/ GRIMM, Deutsches Wörterbuch, Bd. 1, 1854, S. LXVI.

¹⁴⁸ Ehren-Mitglieder-Verzeichnis des Württembergischen Altertums-Vereins 1846/47. In: Württembergischer Altertumsverein: Denkschrift, S. 14.

Die Dialektforschung bringt positiven Gewinn für die Erforschung und das Verständnis der älteren Sprache, deren Denkmäler in Poesie und Prosa noch jetzt für künstlerischen Genuß, für Kunde der Rechtsverhältnisse und der geschichtlichen Thatsachen eine unschätzbare reiche Fundgrube sind. Auch die heutige Schriftsprache wird, wie von jeher geschehen, aus dem frischen Born des Dialekts sich mit neuem Zuflusse von Wörtern bereichern und es kann somit die Gesamtheit durch Erforschung und Sichtung der besonderen Sprachverhältnisse nur gewinnen.¹⁴⁹

Und Schmeller schrieb am Ende seines Vorworts zur ersten Auflage des „Bayerischen Wörterbuchs“ von 1827: „Und so sey denn jedem bayerischen und deutschen Landsmanne eine bisher minder zugängliche Vorratskammer seiner reichen Sprache aufgetan, und ein Bildersaal des, in der Sprache abgedruckten, mannigfaltigsten Volkslebens jedem Menschenbeobachter, der, dieses auch in mancher seiner Nacktheiten zu schauen, Lust und Beruf haben kann.“¹⁵⁰

Es geht also nicht um eine Überhöhung der Volkssprache, in jedem Fall aber um eine Aufwertung, die letztlich aus der Logik der damaligen Sprachforschung folgte. Es geht dabei auch um die Aushandlung dessen, welche Sprache als die deutsche, die nationale, gewissermaßen als die Leitvariante zu gelten habe. Die Durchsetzung des Hochdeutschen als Leitvariante brachte die Vertreter regionalsprachlicher Forschung oder überhaupt dieser Sprechweisen in Zugzwang, sie mussten ihre Varietäten bzw. die Erforschung dieser Sprachvarietäten ebenfalls mit Wertigkeit versehen. Argumentativ war das einerseits über die Sprachgeschichte möglich, andererseits über die Konstruktion einer/der Volkssprache. Die Volkssprache kann daher auch als ein Kompromissentwurf in der Aushandlung von Forschungsrelevanz gedeutet werden. Im Konzept der Volkssprache können die Varietäten nach regionaler und sozialer Art genauso als ein Bestandteil gedacht werden wie die Idee von einer deutschen Hochsprache als Leitkultur, die sich gleichzeitig aus der Frontstellung gegen die französische Sprache – gemeint ist damit auch die französische Kultur – und deren Erscheinung als Sprache des Ancien Regime stellen konnte. Das kann dann zur Trias von Volk, Nation und Sprache politisch zusammengebracht und je nachdem strategisch eingesetzt werden.

Für die neue Zielsetzung der Forschung mussten die Akteure zunächst erst Kriterien und Systematiken festlegen, aber auch Material und Quellen finden. Diese sprachkulturellen Ideen waren, wie bei von Keller schon angedeutet, die Kreuzungspunkte zu den Editionen der alten Literatur, nicht zuletzt der des Nibelungenliedes und zu anderen Editionsprojekten. Sie verbanden auch den Literarischen Verein in Stuttgart mit seinen Herausgaben der alten Fastnachtsspiele, der frühen Bibelübersetzungen und der älteren Poetik mit anderen ähnlich institutionalisierten Quelleneditionen wie den „Monumenta Germaniae Historica“. Die Dichtung

¹⁴⁹ KELLER, Anleitung, S.5. Ähnliches formulierte er schon in seiner Antrittsrede in Tübingen. DERS., Inauguralrede. Hervorhebungen im Original.

¹⁵⁰ SCHMELLER, Bayerisches Wörterbuch, Bd. 1, S. XV.

des Nibelungenliedes, die Wiederentdeckungen ihrer Handschriftenfassung und die Editionen gehörten zu den wichtigen bürgerlich-wissenschaftlichen Projekten des 19. Jahrhunderts, die die Erfindung einer in die (germanische) Vorzeit zurückreichenden deutschen Nationalkultur flankierten¹⁵¹. Die Idee der Sprachnation, die der fehlenden nationalen Einigung vorausgeht, war schon am Beginn des Jahrhunderts nach den sog. Befreiungskriegen und der nicht erfolgten staatlichen Einigung allgemein geworden und zuvor bereits von Leibniz' und Herders Ideen vorbereitet worden. Von Keller schrieb dazu 1842 in seiner Inauguralrede: „Man sucht in unseren Tagen allenthalben nach sicheren Stützpunkten für unsere Nationalität. Wohlan, das natürlichste und älteste Band ist unsere edle Sprache und ihre Denkmäler.“¹⁵² Die Sprachforschung hatte aber nicht nur diese nationalkulturelle Färbung, sie besaß ebenso eine kulturvergleichende und in Maßen auch universalistische Seite. Im politisch immer noch kleinteiligen Deutschland ist das „Nationale“ immer auch noch gleichzeitig im Regionalen verankert, denn die Behauptung regionaler Eigenheit hatte sich bereits in den Kleinfürstentümern des Ancien Regime durchgesetzt und wurde dort schon als Nationalkultur im Kleinen geführt, deren Repräsentation bereits ein idealisiertes Land-Volk war¹⁵³. Die Nationalkultur der Spätaufklärung und des Spätabsolutismus wurde in einer selektiv ästhetisierten Auffassung der Alltagskultur z. B. als Tracht und Brauch verankert. Infolgedessen konnten die württembergischen Sprachforschungen zwischen unterschiedlichen Bezugsräumen wechseln, wie Langewiesche, Applegate und Confino das auch allgemein für Südwestdeutschland feststellen konnten¹⁵⁴. Das Interesse an der Sprache des Volkes war vielschichtig und konnte sprachgeschichtlich und wissenschaftslogisch, aber auch politisch und ästhetisch begründet sein.

Wilhelm Grimm gibt in seinen Erläuterungen zum „Deutschen Wörterbuch“ sicher die sprachlich eindrucksvollsten Begründungen ab¹⁵⁵, Schmeller ist weniger emphatisch, und von von Keller schreibt: „Es ist längst anerkannt, welche hohe Bedeutung die Kenntnis der Sprache eines Volkes und der Mundart eines Volksstammes für die Beurtheilung des Volkscharakters hat; die Sprache ist ein Theil des Volkslebens selbst und das Mittel, wodurch sich das Dasein der Einzelnen und der Gesammtheit in allen seinen Regungen und Strebungen zur Äußerung bringt und dem das Volk den Stempel seines eigensten Wesens aufdrückt.“¹⁵⁶

Alle Autoren begründeten und betonten die Notwendigkeit der Erforschung der Volkssprache innerhalb ihres Vorhabens und bezeichneten dies als „vaterländisches Unternehmen“, oder wahlweise auch als patriotisches. Alle drei betonten ebenfalls, dass man sich in der Erforschung der Sprache nicht mit den Wörtern zufrieden-

¹⁵¹ Vgl. BECK, Zur Geschichte.

¹⁵² KELLER, Inauguralrede, S. 276.

¹⁵³ Vgl. KELLER-DRESCHER, Die Ordnung, S. 186–189.

¹⁵⁴ Vgl. APPLGATE, A Nation; CONFINO, The Nation; LANGEWIESCHE, Föderative Nation; von Langewiesche auch schon früher vorgetragen.

¹⁵⁵ GRIMM, Über das Deutsche Wörterbuch.

¹⁵⁶ KELLER, Anleitung, S. 5. Hervorhebung im Original.

geben dürfe, sondern nach den Sachverhalten, dem Umgebungswissen, den Bedeutungen im Alltagsleben etc. forschen müsse. Im Allgemeinen wird die Formel von den „Wörtern um der Sachen willen“ Jacob Grimm zugeschrieben, der sie in Varianten mehrfach gebrauchte¹⁵⁷. Diese Wendung ist aber bereits bei Schmeller¹⁵⁸ zu finden, und von Keller argumentiert ähnlich: „Die Volkssprache kann nicht dargestellt werden ohne genaues Eingehen auf das Volksleben und die Volkssitte.“¹⁵⁹ Das weist auch darauf hin, dass sich die Methodik zumindest in Teilen an einer direkten Beobachtung und Befragung orientieren muss: „Bei der Sammlung des schwäbischen Sprachschatzes überhaupt ist als Hauptquelle die unmittelbare Beobachtung des lebendigen Lautes und des Volkslebens selbst zu betrachten“¹⁶⁰.

Hier zeichnet sich auch die methodische und thematische Nähe der Sprachforschung zur Ethnografie und der späteren Volkskunde ab.

c) Material und Methode

Obwohl alle diese Sprachforscher Aufrufe und Anleitungen verfassten, um schriftliche Auskünfte zu erhalten, erhoben sie Anspruch auf ethnografisch zu nennende Methoden und das „Volk“ als mit diesen Methoden zu erforschenden Untersuchungsgegenstand. Es stellt sich die Frage, wie nahe sie ihrem Gegenstand dabei jeweils kamen. Schmeller war insofern nahe daran, als er Forschungsreisen im Königreich Bayern unternahm und bezahlt bekam, um möglichst viel vor Ort zu sammeln. Er konnte auch seine berufliche Stellung beim Militär nutzen, wodurch er Rekruten als Untersuchungsgruppe zur Verfügung hatte, die die unterschiedlichen Sprachvarianten des Königreichs (nicht nur bayerische) repräsentierten; zeitweise wurde er dafür sogar beurlaubt¹⁶¹. In seiner Einleitung zur Bayerischen Grammatik berichtet Schmeller 1821 davon: „Viele Notizen habe ich durch Selbsthören und Selbstsehen auf wiederholten Wanderungen durch die meisten Gegenden des Königreichs gesammelt; andere habe ich, mit Genehmigung der Militär-Behörden, durch planmäßige Verhörnung neu eingereichter Conscriptierten, als einzelne Repräsentanten ihrer Dialecte, mir zu verschaffen gesucht.“¹⁶²

¹⁵⁷ Grimm gebraucht die Wendung zum Beispiel in seiner „Rede auf Lachmann“ 1851. Zitiert nach: GRIMM, Selbstbiographie, S. 82.

¹⁵⁸ Mit Hinweis auf ein Verzeichnis der Sachverhalte schreibt Schmeller, es sei für diejenigen Leser gedacht, die sich „gerne an allgemeine Resultate oder auch mehr an die Sachen als an die Wörter halten“. SCHMELLER, Bayerisches Wörterbuch, S. X.

¹⁵⁹ KELLER, Anleitung, S. 20.

¹⁶⁰ Ebd., S. 11.

¹⁶¹ Karl Weigand schildert die Konzepte, die Schmeller aus diesen Umständen entwickelte ebenso wie die Förderung, die er dafür erhielt, vgl. WEIGAND, Einleitendes Vorwort. Weigand (1804–1878) selbst hat als Germanist in der Nachfolge Jacob Grimms am „Deutschen Wörterbuch“ gearbeitet.

¹⁶² SCHMELLER, Die Mundarten, S. 115.

Lange vor Wilhelm Heinrich Riehls Begründung der ethnografischen Methoden aufgrund der Erfahrungen seiner Wanderung (1869) hatte die Dialektologie mit Schmeller diesen Ansatz schon erprobt und propagiert¹⁶³. Zur Wanderung gehört die Idee der Nähe zum Forschungsgegenstand: dem Volk, seiner Sprache und Kultur.

Für die „Sammlung des Schwäbischen Sprachschatzes“ standen von Keller keine Rekruten zur Verfügung, er wanderte wegen seiner angegriffenen Gesundheit nicht (die Darstellung seiner vorgängigen Sammlungstätigkeit blieb vage) und er musste daher Gewährsleute rekrutieren¹⁶⁴. Zunächst waren dies die Angehörigen seiner Gesellschaftsschicht und seines Bildungsmilieus, dann die erweiterte Öffentlichkeit, auf die seine „Anleitung“ zielte: „Ärzte, Richter, Staatsbeamte in verschiedenen Zweigen des öffentlichen Dienstes, Geistliche, Lehrer werden jeder in seinem Kreise vielfach Gelegenheit finden, ein volksthümliches Unternehmen in eigenthümlicher Weise zu fördern.“¹⁶⁵ Letztlich wurden mit den Konferenzaufsätzen die Lehrer seine „Truppen“. Und diese fühlten sich offensichtlich auch als Teil der großen Sammlung und gaben ihren Arbeiten gelegentlich sogar ein Motto, so wie F. Bodri, Lehrer an der oberen Knabenklasse in Weil der Stadt: „In der Sprache prägt sich der Geist eines Volkes, seine Gesinnung und Gesittung am deutlichsten und vollkommensten aus.“¹⁶⁶ Den Lehrern war die Verbindung von Sprache und Identitätsbildung in den Metaphern von Volk, Geist etc. geläufig, ohne dass je deutlich wurde, was die Begriffe genau bedeuteten. Später sollte sich dazu noch der ebenso unscharfe, aber zunehmend radikaler eingesetzte Begriff Volkstum verbreiten.

In seiner Anleitung zielte von Keller auch auf die Unterstützung durch die Behörden und die Anerkennung der Sammlung als eine gesellschaftsnützliche Angelegenheit: „[...] gebe ich mich der Hoffnung hin, daß auch die k. Behörden dem vaterländischen Unternehmen dieselbe Förderung werden angedeihen lassen, welchen in anderen deutschen Landen ähnlichen Bestrebungen zu theil geworden ist.“¹⁶⁷ Gemeint ist damit wiederum Schmeller in Bayern, der eine deutliche staatliche Unterstützung erhielt¹⁶⁸.

Da sich die Volkssprache nur über ihre Gegenstände und Themen erforschen lässt, wird im Folgenden das Wort- und Grammatikmaterial über die Erkundung dessen, was von Keller „Volksleben“ nannte, dargestellt werden. Die Themen erstreckten sich über Haus und Siedlung, Körper und Kleidung, Sitte und Brauch, Recht, Stand, Spiel, Aberglaube, Zauberei, Dichtung, Sagen und Märchen, Lieder,

¹⁶³ Vgl. RIEHL, Naturgeschichte.

¹⁶⁴ Einblick in das Leben von Kellers gibt eine Gedächtnisschrift von 1883: Zur Erinnerung an Adelbert von Keller. Tübingen 1883.

¹⁶⁵ KELLER, Anleitung, S. 11.

¹⁶⁶ Sprachaufsatz „Weil der Stadt“, Sammlung Konferenzaufsätze LVS.

¹⁶⁷ KELLER, Anleitung, S. 22. Von Keller war es tatsächlich gelungen, finanzielle Unterstützung zu erhalten. Dazu unten mehr.

¹⁶⁸ Vgl. ROWLEY, Johann Andreas Schmeller.

Schwänke, Sprichwörter, Bauern- und Wetterregeln. Dabei führte er deren Sprachbedeutsamkeit immer wieder mit an, man kann die Themenreihe aber auch als einen volkswissenschaftlichen Kanon lesen. Von Keller hatte weiterreichende Interessen als die reine Sprachgeschichte und Dialektologie, das wird auch daran deutlich, dass er Gründungsmitglied der Anthropologischen Gesellschaft Württembergs war, einem Zweigverein der Deutschen Anthropologischen Gesellschaft¹⁶⁹, die zur Genealogie der Volkskunde gehört. Als Fachwissenschaftler der modernen Philologie wies er 1841 die Definition der Philologie als umfassende Kulturwissenschaft zurück, forderte aber gleichzeitig, dass Philologie sich in Kenntnis der Rahmenbedingungen ihrer Gegenstände setzen müsse¹⁷⁰. Hier antwortete von Keller auf die Diskussionen seiner Zeit über die Zielsetzungen der Philologien und der entstehenden Germanistik, in denen solche „polyhistorischen“ Zugänge und Zuständigkeiten gefordert bzw. zurückgewiesen wurden. Uwe Meves schreibt in seinem Rückblick auf die Anfänge der germanistischen Philologie, dass Karl W. E. Mager diese Ansätze in seinem Buch „Die moderne Philologie und die deutschen Schulen“¹⁷¹ 1840 formuliert hatte und von Keller sich auf diese beziehe, ohne Mager zu nennen¹⁷². Bei genauer Lektüre beider Texte wird deutlich, dass von Keller paraphrasierte und Magers holistische Ansatz kritisierte, weil er diesen für nicht leistbar hielt und weil dies die Folie war, auf der er selbst sein Programm der neueren Philologie in der Fächertrias mit der orientalistischen und der klassischen Philologie – nicht zuletzt im Hinblick auf die Lehrerausbildung – einsetzen konnte. Von Kellers spätere Sammlungen zeigen aber, dass er selbst einen breiteren Ansatz entwickelte, als er in jungen Jahren propagiert hatte.

Von Kellers methodische Vorschläge in seinem Sammlungsauftrag an Mitforscher und Gewährsleute bezogen sich einerseits auf die Generierung des Materials, das sich in erster Linie an der Empirie der unmittelbaren Beobachtung „des lebendigen Lautes und des Volkslebens selbst“ ausrichten sollte, dann an den schriftlich-archivalischen Quellen und der Dichtung, weniger jedoch an der künstlerischen Dialektdichtung. Da neben dem „Wortvorath“ das zweite Ziel die Grammatik war, gab er Wortlisten und Aspekte der Konjugation, der Deklination, des Genus, der Komparation etc. sowie zur Lautung und deren Aufzeichnungsregeln vor. Den Grammatikteil übernahm er später in die Aufgabenstellung für die Konferenzaufsätze. Den Aufzeichnungsregeln folgten nach eher vagen Angaben zum eigentlichen Produkt – die Rede ist von einer Dialektdrucke und noch nicht von einem Wörterbuch – Aufschreiberegeln und damit die darstellenden papierernen Praktiken, die das Wissen formatieren und transportieren. Von Keller nannte diesen letzten Teil seiner Anleitung „Äußere Form der Mitteilung“ und versicherte zunächst, dass jede Form

¹⁶⁹ Vgl. Gründungsveröffentlichung der Württembergischen Anthropologischen Gesellschaft, Stuttgart, Dezember 1871, S. 3. HStAS E 14 Bü 1578.

¹⁷⁰ Vgl. KELLER, Inauguralrede, S. 11.

¹⁷¹ MAGER, Die moderne Philologie.

¹⁷² Vgl. MEVES, Über den Namen. Meves bezieht sich bei den ablehnenden Kollegen ausdrücklich auf von Keller.

willkommen sei, allerdings „würde eine gewisse Gleichförmigkeit meiner Arbeit gar sehr erleichtern, und ich möchte daher wünschen, daß bei noch zu machenden Sammlungen folgende Punkte Berücksichtigung fänden“¹⁷³. Zu den Wünschen gehörte, dass jeder Wortbefund auf einem gesonderten kleinformatigen Blatt Papier notiert werden solle, dessen Größe er mit dem dritten oder vierten Teil eines Oktavpapiers angab und das er zur Veranschaulichung grafisch darstellen ließ. Wir sehen in seiner Anleitung einen Beispielzettel (10,5 × 5 cm) mit idealtypischer Aufteilung: Oben links steht der Begriff in hochdeutscher Form, unten links der Fundort, dazwischen mundartliche Umschrift, grammatische Bemerkungen und die Bedeutungszusammenhänge, oben solle eine Zeile frei, die Rückseite solle unbeschrieben bleiben. Unschwer lässt sich daraus ableiten, dass diese leeren Flächen für die Auswertung durch den Wissenschaftler und dessen abschließende Systematiken gedacht waren. Solche Papierformate und Blattaufteilungen sind in allen Wissenschaften zu finden, ebenso in den Zettelkatalogen von Bibliotheken, und diese Institution haben zumindest die württembergischen Dialektologen einschließlich Bohnenberger beruflich durchschritten.

Marcus Krajewski hat in seiner Darstellung des Wissensformats Zettelkatalog ausgeführt, dass der württembergische Staatsrechtler Johann Jacob Moser (1701–1785) im ausgehenden 18. Jahrhundert die Verzettelung von Wissen mit einer einflussreichen Anleitung vorangebracht hatte¹⁷⁴. In seiner Anleitung gab Moser passende Papierformate und deren Aufbewahrungskästen an, die auch von Keller und seine Nachfolger beeinflusst haben könnten (dazu mehr im nächsten Kapitel). Von Keller wünschte aber nicht nur Einzelmitteilungen auf einem Zettel, vielmehr sollten umfangreichere Befunde so auf Oktav- und Quartblättern notiert werden, dass diese zerschnitten werden konnten. Nur die zusammenhängenden Texte konnten in anderer Form übermittelt werden, sie sollten aber immer auf gesonderten Blättern stehen. Die papierernen Praktiken der „Mitarbeiter“ sollten damit von Kellers eigene Arbeit vorbereiten bzw. so flexibel sein, dass er daraus seine Sinneinheiten herstellen, das Papier und die Erkenntnis in die räumliche Ordnung der Zettelkästen einbringen, aber auch immer wieder nach neuen Logiken umordnen konnte.

Diese Zettelsammlung konnte er später an den von ihm ausgewählten Nachfolger bei seinem Wörterbuchprojekt übergeben (dazu im nächsten Kapitel mehr). Wann genau aus der Sammlung des Schwäbischen Sprachschatzes die Idee eines Wörterbuchs entstand, ist noch ungeklärt. Zwar war der Gedanke an ein Wörterbuch konsequent, konnte aber vielleicht noch nicht von Anfang an zu formulieren gewagt werden. Von Keller befand sich mit den anderen Wörterbuchakteuren in enger persönlicher und diskursiver Verbindung, sodass es ab einem bestimmten Punkt für ihn ebenfalls notwendig war, ein Wörterbuchprojekt in Angriff zu nehmen. An seinen Vorbildern Grimm und Schmeller konnte er sehen, dass vor der

¹⁷³ KELLER, Anleitung, S. 23.

¹⁷⁴ Vgl. KRAJEWSKI, Zettelwirtschaft, S. 69–74. Hingewiesen wird auf: MOSER, Vortheile.

Arbeit an einem Wörterbuch erst „grammatische“ Vorarbeiten geleistet werden mussten, also Grundlagenforschung über die Strukturen der (Regional)Sprache, bevor auf dieser Basis mit dem Wörterbuch begonnen werden konnte. Zu seinen Zielen in diesem Zusammenhang hatte von Keller sich bereits in seiner Inauguralrede geäußert, und daran hielt er mit der Erforschung der Laute und Flexionen des Schwäbischen auch fest. Bei der Auswertung und Bearbeitung der eingegangenen Materialien gelangte er an einen Punkt, an dem er sich dieses Projekt zutraute. Im Januar 1879 bedankte er sich beim König von Württemberg für die finanzielle Unterstützung von 2.500 Mark aus der Staatskasse zum Zweck „der Herausgabe des schwäbischen Wörterbuchs“¹⁷⁵. Drei Jahre später starb von Keller, und es dauerte noch einmal 20 Jahre, bis die ersten Lieferungen des ersten Bandes des „Schwäbischen Wörterbuchs“ auf der hier geleisteten Grundlage erscheinen konnten. Diese Basis bestand nicht nur aus der wissenschaftlichen Konzipierung, den 200 000 Zetteln und sonstigen papierenen Materialien und Praktiken, sondern auch aus der gesellschaftlichen Verankerung, der Verknüpfung mit der Behördenforschung, der staatlichen Unterstützung und der Ausbildung von Hilfs- und Mitarbeitern aus ganz unterschiedlichen Bereichen. Von Keller hatte ein Ressourcenensemble geschaffen, das von seinen Nachfolgern weiter ausgebaut und genutzt werden konnte.

¹⁷⁵ HStAS E 14 Bü 1578.

5. Zwischenresümee: Wissen über das Volk

Zu Beginn des Kapitels wurde die Aufwertung des ethnografischen Wissens durch die Erweiterung dieser Teile in der amtlichen Landesbeschreibung und der expliziten Nennung von „Volk“ in den Titeln und Großkapiteln der entsprechenden Publikationen konstatiert und die Frage gestellt, ob man dadurch denn zu einem erweiterten Verständnis der realen Lebensverhältnisse gelangt sei und im Vergleich zu früher mehr Nahsicht auf das Volk herstellen konnte? Daher wurden die Erhebungs- und Darstellungsformate der ethnografischen Landesbeschreibung und der regionalen Sprachforschung näher untersucht und auch ihre Verbindungen näherungsweise offengelegt.

Der Aufstieg von „Volk“ zu einem relevanten Thema des 19. Jahrhunderts ist nichts spezifisch Württembergisches, aber es gab dabei spezifisch württembergische Ausformungen und Verläufe, die sich aufgrund der Gegebenheiten und Voraussetzungen Württembergs entwickeln konnten. In den folgenden Kapiteln wird darauf zurückgekommen. Dabei wird auch die Rolle des Topos und seiner Wirkmächtigkeit im Diskurs zu berücksichtigen sein. Hier wurde herausgearbeitet, was für die Entstehung und langsame Entfaltung volkskundlichen Wissens und seiner Gelegenheitsstrukturen notwendig war. Dabei ist hier davon auszugehen, dass es gerade die Topik des Begriffs Volk ist, seine rhetorische Verwendbarkeit und vor allem seine Polysemantik, die seine Wirkmächtigkeit ausmachen. So hat es Szilvia Odenwald-Varga beispielhaft für die Verwendung des Begriffs bei Otto von Bismarck herausgearbeitet¹⁷⁶. Volk kann radikal demokratisch und antimonarchistisch gemeint sein, aber auch konservativ, ständisch und nationalistisch. Ebenso verhält es sich mit dem Volkstumsbegriff, der auf Friedrich Ludwig Jahn (1810) zurückgeht und mit zunehmender Verbreitung erhebliche Bedeutungsaufladungen erhielt bis hin zu einer Radikalisierung in den 1920er-Jahren und schließlich zum rassistisch-völkischen Einsatz in der NS-Ideologie¹⁷⁷. Von dieser Verengung konnte zwischen 1860 und 1900 noch nicht die Rede sein. Jürgen Habermas hat aber darauf hingewiesen, dass der Volksbegriff der Romantik mit der Identifizierung von Volk und Sprache – und damit den relationalen und konstruktiven Charakter verdeckend – die Problematik und Widersprüchlichkeit germanistischer Wissenschaften, die Recht, Sprache und Geschichte umfassten, erzeugt hat¹⁷⁸.

Bei der Analyse der erzeugten Wissensbestände zeigte sich, dass deren Tendenz, die ethnografischen Verhältnisse nach retrospektiven Kriterien zu betrachten, kaum zu aktuellen Befunden und damit zur Wiederholung alter Narrative und zur Fortsetzung eines alten Denkstils „über“ das Volk führte. Auch die Dialektologie war diesem Denkstil verhaftet und hat ihre Akteure in ein solches Denksstilkollektiv eingebunden, was sich eben auch in den Sachbereichen der erweiterten Sprach-

¹⁷⁶ Vgl. ODENWALD-VARGA, „Volk“.

¹⁷⁷ Vgl. BAUSINGER, Volkskunde, S. 35–37.

¹⁷⁸ Vgl. HABERMAS, Was ist ein Volk?

forschung und im spezifischen Interesse an der Volkssprache zeigt. Methodisch entwickelte sie zumindest als Zielvorstellung die direkte Befragung, auch wenn die Pragmatik der Wissensbeschaffung dies zunächst nur am Rande oder bei einzelnen praktizieren ließ, da die direkte Erhebungsmethode eine zwar erwünschte, aber auch umstrittene und aufwändige Methode war. Das hing nicht zuletzt auch mit Richtungsstreitigkeiten in der germanistischen Philologie zusammen und den beschränkten Möglichkeiten, direkte Befragungen durchzuführen.

In der amtlichen Landesbeschreibung, entstanden als statistische Beschreibung in Anlehnung an die Göttinger Schule, waren ethnografische Themen von Anfang an enthalten, das haben die Kapitel II und III gezeigt. Ebenso gezeigt wurde, wie hier aus inhaltlichen und organisatorischen Notwendigkeiten ein Bedarf an wissenschaftlicher Expertise entstand, denn das Statistische Landesamt war mit zunehmenden und komplexen Aufgabenstellungen offensichtlich immer weniger in der Lage, die beschreibende (im Sinne von nicht nummerisch-tabellarische) Ethnografie zu leisten – bzw. das, was man hier leistete, widersprach dem Konzept von Statistik als Aufschreibesystem des Fortschritts: Neues Wissen wurde hier nicht mehr erzeugt. Der 1894 nochmals von Julius von Hartmann gestartete Versuch der Wiedereinsetzung des nie richtig funktionsfähigen Formats der Ortschroniken zielte darauf, die Informationsdichte von unten wiederherzustellen, und er zeugt von den Bemühungen, über Wissensmanagement Ressourcen zu schaffen und Informationswege auf Dauer zu sichern. Die Akten zu den Verhandlungen, die Schwierigkeiten, die Kosten und die Resonanz auf diese Behördenforschung zeigen, dass man mit diesen Mitteln nicht zu kontinuierlich eingehendem und aktualisiertem Wissen kam. In allen Wissensbereichen setzte man zunehmend auf Experten, die es aber im Bereich Volkskunde/Ethnografie als Profession noch nicht gab, abgesehen vom Bereich der Sprachforschung. Dieser Bedarf war um 1900 noch nicht geschlossen, es bestand gewissermaßen eine offene Gelegenheitsstruktur. Es zeigt sich hier schon, dass die Nachfrage nach Wissenschaft die Entwicklung von Disziplinen begleiten, vielleicht sogar anstoßen kann. In diesem Fall heißt das: Wenn das Volk wichtiger und die Verwissenschaftlichung der Expertise gefordert wird, dann werden Methoden und Wissenschaftler gebraucht, die das bisher nicht ausreichende bzw. das nicht mehr ausreichende Wissen generieren können. Hier zeigt sich auch die Ambivalenz der Gelegenheitsstruktur volkskundlichen Wissens: Die Teilhabe an der staatlichen Ethnografie als einer Beschreibung der eigenen Bevölkerung und damit Volkskunde führt gekoppelt mit dem Denkstil vom „Volkstum“ gleichzeitig in eine undynamische, in Vorannahmen gefangene, an den Staatsraum gebundene Auffassung von Volk.

Am Ende des 19. Jahrhunderts war man also in diesem Bereich inhaltlich kaum weitergekommen, methodisch und praxeologisch aber schon. Bei der Arbeit an der Landesbeschreibung und den Vorarbeiten am Wörterbuch wurden Formen der Zusammenarbeit erprobt, die nicht nur Communities of Practices in immer neuen Zusammenstellungen hervorbrachte und damit ein Wissensmilieu zusammenführte, in dem auch ethnografisches Wissen erzeugt wurde und an Stellenwert

gewinnen konnte. In enger Verbindung mit dem behördlichen Wissensmilieu entwickelt sich – in Gestalt der historisch-landeskundlichen Vereine – ein vereinsmäßig organisiertes und – mit den beteiligten Mitarbeitern – ein wissenschaftsnah operierendes Milieu, das um Lehrerkonferenzen und interessierte Pfarrer in die Fläche hinein nach Bedarf erweitert werden konnte. Das nächste Kapitel wird zeigen, wie die hier ausgebildete Gelegenheitsstruktur weiter wuchs und genutzt werden konnte.

IV. Um 1900 – Aktionen

Im 19. Jahrhundert gab es zahlreiche wissenschaftsförmige nicht-behördliche, wenn auch durchaus staatsnahe kulturelle Aktionen, d. h. gebündelte zielgerichtete Handlungskomplexe: Mittelalterliche Kathedralen wurden zu Ende gebaut, die provinzial-römische Vergangenheit wurde ergraben, die Frühgeschichte rekonstruiert, die Urkunden katalogisiert, die Literaturgeschichte ediert, Natur(geschichte) erkundet, der Denkmalschutz eingefordert, der Heimatschutz entworfen, Versammlungen abgehalten, wissenschaftliche Gesellschaften gegründet etc. Warum dann das Thema „Aktionen“ in ein Kapitel mit dem Titel „um 1900“, also einem relativ späten Zeitpunkt, fassen? Dafür gibt es fünf Gründe: 1. Weil um diese Zeit die volkscundlichen Unternehmungen an Relevanz gewannen, deren Wirkungen bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts reichen. 2. Erste Ergebnisse dieser Aktionen wurden um 1900 veröffentlicht und vergrößerten den gesellschaftlichen Wissenstransfer. 3. Weil relevante Folgeaktionen an die bisherigen Maßnahmen anknüpften und das Feld sukzessive erweitert wurde. 4. Weil es gelang, Volkskunde in Form von „Heimatkunde“ im Kurrikulum zu implementieren. 5. Weil in und durch die Aktionen ein Wissensmilieu entstand, das sich als Netzwerk künftiger Institutionalisierungen verdichten ließ.

Zu den Aktivitäten der Proto-Volkskunde um 1900 zählten die Erarbeitung und Publikation eines regionalsprachlichen Wörterbuchs, die Sammlungsunternehmen zu Flurnamen und zu volkstümlichen Überlieferungen, Vereins- und Zeitschriftengründungen sowie Wissenstransfers für (Volks)Bildung und Schule. Die bisher in andere Unternehmungen eingebetteten volkscundlichen Wissensfelder wurden eigenständiger, und sie wurden weiter ausgebaut. Sie ruhten aber auf den Vorarbeiten des 19. Jahrhunderts, dessen prägende Protagonisten um 1900 abtraten. In Erich Schmidts Gedenkrede auf Karl Weinhold (1823–1901) vor der Königlich Preußischen Akademie der Wissenschaften 1902 wurden diese Zeit und ihre Leistungen nochmals beschworen und Weinholds Leistungen für die Volkskunde ebenfalls angesprochen¹. Die Rede stand in der Tradition Jacob Grimms bzw. dessen Trauerrede auf Karl Lachmann², sie schlug von dort aus nochmals den großen Bogen und entwarf das große Feld der germanistischen und philologischen Themen, Leistungen und Traditionen des 19. Jahrhunderts.

Schmidt stellte Weinhold rhetorisch in die Tradition von Grimms „Wörter um der Sachen willen“, die dieser bei Lachmanns Nekrolog – und davor an anderer Stelle – schon verwendet hatte. Er erweiterte diese Entwicklungslinie, die konzept-

¹ SCHMIDT, Gedächtnisrede, S. 1–15.

² GRIMM, Rede.

tionell die Philologie von der Sprachwissenschaft zur Volkskunde führte³, aber an einer entscheidenden Stelle, indem er die Volkskunde Weinholds eine „leutselige Sammelwissenschaft“ nannte und damit auf die zahlreichen, eben auch von Weinhold initiierten Sammelunternehmungen hinwies: „Alle Fäden der Volkskunde, dieser leutseligen Sammelwissenschaft, die bei ihm durch Verbindung mit den Altertümern ihre feste Unter- und Grundlage bekam, liefen in seiner Hand zusammen.“⁴ Schmidt ist zwar ein Freund Weinholds, aber kein unkritischer Nachrufer und klärt die Zuhörer darüber auf, dass das 19. Jahrhundert und auch die Grimms und ihre Adepten Irrgedanken anhängen (z. B. über das Ethnologische) und Mitstreiter wie Wilhelm Mannhardt in die Irre liefen, dass es aber einen wissenschaftlichen Kern des historisch-kritischen Arbeitens gibt, der Weinhold nicht nur mit Grimm, Schmeller, Müllenhoff und Bopp, sondern auch mit den württembergischen Protagonisten Uhland, von Keller und anderen verbindet⁵. Zentral für die Fachgeschichtsschreibung ist die Tatsache, dass Weinhold wohl als erster zu „Volkskunde“ lehrte, sich im Verein engagierte und Beiträge wie „Was soll die Volkskunde leisten“⁶ publizierte. Bekannt ist heute vor allem sein programmatischer Sammlungsaufruf von 1891 in der ersten Nummer der Zeitschrift des Vereins für Volkskunde⁷.

Weinhold war für die württembergische Volkskunde und ihre frühen vor-institutionellen Vertreter aber nicht nur über seine Verbandstätigkeit und als Mitgründer und Herausgeber der Zeitschrift des Vereins für Volkskunde ein wichtiger Kollege und Knotenpunkt im Netzwerk, sondern auch durch die gemeinsamen germanistischen Tätigkeitsfelder präsent (s. voriges Kapitel). Nicht zuletzt hat er neben seinen Forschungen zum Schlesischen und anderen regionalen Mundarten sowie einer programmatischen Schrift eine Grammatik des Alemannischen veröffentlicht, die, wie könnte es anders sein, in Bohnenbergers nachgelassener Schrift „Die alemannische Mundart“ (s. Kapitel I) erwähnt wird. Ebenso ist er mit mehreren Titeln auch im Quellenverzeichnis des „Schwäbischen Wörterbuchs“ vertreten und wird in Hermann Fischers Inauguralrede von 1888 erwähnt⁸. Ein Netz von Bezügen

³ Schließlich hat sich daraus später eine wichtige „Schule“ entwickelt unter Rudolf Meringer und Hugo Schuchardt, die sich ausgehend von Graz, wo auch Weinhold eine Weile lehrte, mit „Wörter und Sachen“ befasste. Meringer gab ab 1909 eine gleichnamige Zeitschrift heraus, die in der Fachgenealogie eine wichtige Rolle spielt. Vgl. BEITL, Wörter.

⁴ SCHMIDT, Gedächtnisrede, S. 7.

⁵ Zur Rolle von Schmidt und Weinhold innerhalb der Berliner Universität und der Akademie der Wissenschaften SCHRÖTER, Zwischen Tradition.

⁶ WEINHOLD, Was soll die Volkskunde.

⁷ Zu Weinholds Sammlungsaufruf s. auch KELLER-DRESCHER, Sammeln. Über Weinholds Rolle in den Anfangsjahren des Vereins s. WARNEKEN, „Völkisch nicht beschränkte Volkskunde“; DEISSNER, Die Volkskunde, S. 124 ff.

⁸ Vgl. FISCHER, Wege und Ziele, S. 236. „Wege und Ziele“ war in dieser Zeit geradezu topisch für die Titelgebung von Antrittsreden und sonstigen programmatischen Vorträgen.

verband diese Akteure (darunter auch den Nachrufer Erich Schmidt⁹) miteinander als Wegbereiter einer Volkskunde aus dem Geist der Philologie, die bei der Erkundung der Sprache deren Bezeichnetes, die Sachverhalte und Gegenstände mitentdeckt. An vielen Stellen der Tätigkeiten und der Aktionen könnte man die Namen austauschen und Forscher aus anderen Regionen an die Stelle der württembergischen setzen, weil es sich um typische Vorgänge dieser Zeit handelt. Ihre wichtigsten Aktionen in diesem Zeitraum werden im Folgenden näher beschrieben.

⁹ In Fischers Arbeitszimmer hing ein Porträt des verehrten Schmidt, mit dem er auch als Präsident des Literarischen Vereins in Stuttgart in Kontakt war. Schmidt gehörte zum Vorstand des Vereins. Zum Bild vgl. den Nachruf MANN, Am Grabe Hermann Fischers.

1. Arbeit am Wörterbuch

Am 21. Februar 1901 erschien die erste Lieferung des „Schwäbischen Wörterbuchs“, und 1904 konnte Hermann Fischer im Vorwort¹⁰ für den gesamten ersten Band ausführlich Rückschau auf die Entstehungsgeschichte des Wörterbuchs halten und den Horizont des geplanten Gesamtwerks vorstellen¹¹. Dem ging bereits eine gut 50-jährige intensive Arbeit am Wortschatz des Schwäbischen voraus, wie in Kapitel III dargestellt wurde, und es dauerte noch gut 30 Jahre, bis 1936 mit Band 6.2 der letzte von sieben Einzelbänden aufgelegt werden konnte. Nur ein Teil der Geschichte des Wörterbuchs fiel in die Lebens- und Schaffenszeit Hermann Fischers (1851–1920), mit dessen Autorenschaft es aufs Engste verbunden ist. Fischer selbst hat immer deutlich gemacht, dass er nur ein Bearbeiter des Wörterbuchs war. Schon der erste Satz seines Vorworts macht das deutlich: „Der Gelehrte, welcher den Gedanken des Schwäbischen Wörterbuchs gefasst und die umfangreichen Sammlungen dazu veranstaltet hat, ist längst nicht mehr unter den Lebenden.“¹² Gemeint ist Adelbert von Keller (1812–1883), Fischers akademischer Lehrer an der Universität Tübingen. Fischer machte die Genealogie, in der das Wörterbuch steht, deutlich und zeigte damit auch den Rahmen des „Schwäbischen Wörterbuchs“ und reihte es in die Riege der Vorgänger und Parallelunternehmen ein.

Die Erforschung der deutschen Sprache war auch für die regionalsprachlichen Untersuchungen der wichtigste gemeinsame Fokus. Die Beschäftigung mit den deutschen Dialekten und Mundarten ist ohne die Sprachgeschichte des Deutschen und die Festlegung einer deutschen Hochsprache nicht denkbar. Andererseits ist auch die Hochsprache ohne die Abgrenzung zu den Mundarten nicht denkbar. Deshalb sind die ersten wissenschaftlichen Mundartgrammatiken und -wörterbücher für die deutsche Sprachwissenschaft insgesamt von so großer Bedeutung. Unter den wichtigsten Vorbildern nannte Fischer daher neben Schmeller und Grimm besonders Adelung und Fulda. Johann Christoph Adelung (1732–1806) gilt mit seinem „Grammatisch-kritisches Wörterbuch der hochdeutschen Mundart“ als der bedeutendste frühe Systematiker der hochdeutschen Sprache und ihres Vokabulars. Friedrich Carl Fulda (1724–1788) wies in seiner Schrift „Versuch einer allgemeinen teutschen Idiotikensammlung“ auf die Vorläufer der systematischen und wissenschaftlich abgesicherten Wortsammlungen, die sogenannten Idiotika, zurück. Idiotika und Idiotismenlisten sind Sammlungen und Zusammenstellungen regional eigentümlicher Wörter. Zu den wichtigsten Vertretern dieser im 18. Jahrhundert entwickelten und verbreiteten Form der Wortschatzsammlung gehört für den schwäbischen Bereich Johann Christoph Schmid (1756–1827), zuletzt Prälat in

¹⁰ Wörterbücher wurden bei der Erstauflage in einzelnen Lieferungen gedruckt, sodass es sich einige Jahre hinziehen konnte, bis ein Band vollständig erschienen war. Das Vorwort wurde in der Regel auf den Zeitpunkt des Abschlusses eines Bandes datiert.

¹¹ Das Kapitel basiert in Teilen auf KELLER-DRESCHER, Arbeit.

¹² Schwäbisches Wörterbuch, Bd. 1, S. III.

Ulm, dessen „Versuch eines schwäbischen Idiotikon“ 1795 als Beilage in Friedrich Nicolais Reisebeschreibungen erschien¹³. Dem voraus (zumindest was ihren Publikationszeitpunkt anbelangt) gingen zwei ähnliche Beiträge in Philipp Hausleutners „Schwäbischem Archiv“ von 1790 und 1793. Hausleutner, Nicolai und Schmid sind mit ihren Wortsammlungen und vor allem ihrem Anliegen zur Systematik und Publikation solcher Wortlisten in die zeitgenössische Diskussion des ausgehenden 18. Jahrhunderts eingebettet. In ihren Vorreden nehmen sie darauf auch je eigens Bezug und vertreten unterschiedliche Positionen: Nicolai, der die Wortlisten in erster Linie als Beitrag zur Reiseliteratur und als zusätzliche Information für gelehrige Reisende sieht, Schmid, der sich als Gelehrter positioniert und seinen schwäbischen Sprachraum und dessen Bedeutung einem weiteren Leserkreis präsentieren möchte, und Hausleutner, der mit dem Blick auf die Bestände der regionalen, hier noch national gedachten württembergischen Kultur, seine Leser zeitgemäß unterhalten und belehren will¹⁴. Die Idiotika markieren in der Geschichte der Sprachwissenschaft einen Übergang vom Dilettantismus zur Wissenschaft: Das Sammeln und Aufschreiben allein ergibt noch kein Wörterbuch, sondern eine Art Vorratshaltung von Wörtern und Redewendungen. Es handelt sich bei dieser Kulturtechnik auch keineswegs um eine abgegangene Form: Auch heute noch werden Listen über besondere, aussterbende, lokale und berufsgebundene Wörter fleißig zusammengetragen. Schmid hatte mit seinem Idiotikon, dem dann postum sein „Schwäbisches Wörterbuch“ (1831) folgte, diese Schwelle noch nicht ganz überschritten, er scheint auch sonst genau diesem Typus der Gelehrsamkeit entsprochen zu haben, wenn man einen Blick auf seinen Nachlass wirft¹⁵. Trotzdem wurden diese Vorarbeiten für die eigentlichen Systematiker später zur vielfach genutzten Quelle. Andere wie Anton Birlinger genießen bei Fischer weniger Ansehen, seine Aufzählung ist also keineswegs unkritisch. In Fischers Verzeichnis der verwendeten Schriften, Quellenverzeichnis genannt, findet man sie aber alle wieder. Dass Fischer diese Genealogie anspricht, dient einer Verortung in der schwäbischen und in der philologisch-germanistischen Sprachforschung des 19. Jahrhunderts und ist eine Bescheidenheitsgeste gegenüber seinen Vorgängern.

Fischer konnte sich also auf systematisierende Vorarbeiten stützen, nicht zuletzt auf die von Kellers und dessen Generation. Dennoch musste er seine eigene Systematik finden. Dazu unternahm er nicht nur wie seine Vorgänger Grimm, Schmeller und Weinhold eine Darstellung der Grammatik, sondern untersuchte in seiner „Geographie der schwäbischen Mundart“ (1895) Geltungsräume mundartlicher Sprach- und Sprechweisen. Zur geschichtlichen Dimension der Sprache gesellt sich damit ihre räumliche Dimension. Seine Übertragung der Befunde in das Medium

¹³ Vgl. SCHMID, Versuch.

¹⁴ Zur Bedeutung der Idiotika im 18. Jahrhundert vgl. HAAS, „Die Jagd“.

¹⁵ Stadtarchiv Ulm, Findbuch zu: Nachlass Johann Christoph von Schmid (1756–1827). Pfarrer, Professor am Ulmer Gymnasium, bayerischer Konsistorialrat, württembergischer Generalsuperintendent und Prälat.

der Landkarte kann als innovativ gelten¹⁶. Dem zugrunde liegen einige der zentralen Fragen der Sprachforschung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts: Welche Reichweiten haben Sprachen? Wie kann man diese benennen? Was folgt daraus in geschichtlicher sowie in politischer Perspektive¹⁷? Fischer hatte schon in seiner Antrittsvorlesung vor dem Zirkelschluss gewarnt, den eine „stammliche“ oder „ethnologische“ Benennung und Auffassung von Sprache bedeuten könne, das betonte er in der Vorrede zum ersten Band des „Schwäbischen Wörterbuchs“ erneut. Er hatte nicht nur an dieser Stelle von Kellers Planungen für sich neu arrondiert, sondern er nannte zusätzlich vier wichtige Neuarrangements seiner Wörterbucharbeit, die unter anderem auf den Ergebnissen seiner „Geographie“ fußen. Eben die Auswahl des Bezugsrahmens Schwaben (1), den von Keller noch eng mit dem württembergischen Staatsgebiet verknüpfte, was Fischer für richtig, aber nicht für ausreichend hielt, schließlich finanzierte der Staat die Arbeit. Er bestimmte die Auswahl der Wörter (2) neu, die nicht schematisch am Schwäbischen und am Eigentümlichen orientiert sind, sondern pragmatisch am Gebräuchlichen – „was in einer Gegend üblich ist oder war“ – und er schloss damit auch die Sprache der gesellschaftlichen Klein- und Randgruppen mit ein und Fremdwörter nicht aus. Dann veränderte er noch die Schmeller'sche Systematik in eine strenger alphabetische (3), die es auch dem ungeübten Benutzer möglich machte, das Wörterbuch ohne Mühe zu benutzen: „Für das Publikum ist die gewöhnliche alphabetische Anordnung die einzig bequeme, und da Kellers Materialien in dieser Ordnung waren, so habe ich sie beibehalten.“¹⁸ Für die Logik und Verständlichkeit der einzelnen Artikel (4) entwickelte er eine beim „Schweizerdeutschen Wörterbuch“ entlehnte Vorgehensweise weiter, die schon im sehr differenzierten Schriftbild die sprachlichen Bedeutungsebenen des Dargestellten verdeutlichen soll. Kein Wunder, dass er für diesen Aufwand einen Dank an Verleger und Drucker aussprach. Bei aller Verehrung für die Vorgänger realisierte Fischer nun die eigenen Ideen und setzte damit selbst neue Maßstäbe für die nachfolgenden Wörterbücher.

a) Zettelkästen und Handexemplare

Fischer übernahm von von Keller nicht nur den Auftrag, sondern nach dessen Ableben auch das gesammelte Material, darunter eine große Anzahl schon „verzettelter“ Wörter. Keller hatte in seiner Anleitung bereits die Formatierungsschritte in die Zettel vorgegeben, aber solche auch selbst bzw. mit Helfern generiert.

„Was ich vorfand, waren ausser einigen sachlich geordneten Schachteln mit Liedern, Sitten, Gebräuchen udgl., zwei alphabetische Reihen, eine von grösseren

¹⁶ Die Karten befinden sich in der Sammlung der Historischen Handschriften der Universitätsbibliothek Tübingen. Es gibt dort mehr vorgezeichnete Karten als später in den Druck übernommen wurden.

¹⁷ Mit einem knappen Überblick dargestellt bei GARDT, Sprachnationalismus.

¹⁸ FISCHER, Vorwort.

und eine viel längere von kleineren Zetteln. Dieser kleineren Zettel, welche weitaus die Hauptsache bildeten, mochten es 300000 bis 400000 sein. Ausserdem fanden sich etwa 400 Aufsätze von württembergischen, zum grösseren Teil katholischen Volksschullehrern. [...] Ich habe aus diesen Aufsätzen die Ansicht gewonnen, dass vor der Ausarbeitung eines Wörterbuchs erst noch die genauere Kenntniss der geographischen Verteilung und der mannigfaltigen Verschiedenheiten der gemeinhin so genannten schwäbischen Mundarten erworben und in einer eigenen Arbeit dargelegt werden müsse, sollte für schwierigere Fälle der lexikalischen Arbeit nicht die feste Grundlage fehlen.“¹⁹

Fischer verließ sich also nicht auf das schon Vorhandene, sondern initiierte eine flächendeckende schriftliche Umfrage, um seine eigene Datenbasis zu erhalten. Schon von Keller hatte sich der Methode der indirekten Erhebung bedient und Lehrer mit Darstellungen zur Mundart ihrer Gemeinden beauftragt. Fischer präziserte diese Vorgehensweise, indem er mittels einer umfangreichen Wortliste nach örtlichen Aussprachen fragte. Diese Listen schickte er 1887 mit der Bitte um Mithilfe an die Ortsgeistlichen Württembergs und angrenzender Gebiete. Die erhaltenen Listen wertete er, vermutlich zusammen mit seinen Mitarbeitern, zu denen auch Karl Bohnenberger gehörte, aus. In den erhaltenen Vorarbeiten und in der Korrespondenz – archiviert in der Handschriftenabteilung der Universitätsbibliothek Tübingen – lassen sich diese nachweisen. Zunächst diente diese Erhebung Fischers grundlegender Vorarbeit: „Das Ergebnis zehnjähriger Arbeit war meine ‚Geographie der schwäbischen Mundart‘, welche März 1895 im selben Verlag wie dieses Wörterbuch erschien.“²⁰ Für das „Schwäbische Wörterbuch“ wurde ebenfalls auf dieses Material zurückgegriffen. Zusätzlich generierte er 1918 neues Wortmaterial, indem er wiederum vorgedruckte Fragelisten an Ortsgeistliche verschickte, diesmal vielleicht wegen der (Nach)Kriegszeiten in Format und Umfang reduziert und statt auf Kanzleibogen als Vokabelheft. Auch hiervon haben sich Exemplare erhalten²¹. Fischer wird wie von Keller zu den Vertretern der indirekten Methode gezählt, die keine direkten mündlichen Befragungen durchführten. Arno Ruoff war der Ansicht, dass man dem Kartenmaterial Fischers im Vergleich zu seinen Umfragelisten Modifikationen ansieht, die nur auf der Grundlage mündlichen Materials nachzuvollziehen seien. Die Vorstellung, dass die Forscher dieser Zeit nur im sprichwörtlichen Lehnstuhl zu Hause gewesen wären, ist nicht richtig. Fischer reiste und nahm an Kongressen teil wie andere auch, nur erhob er direkte Erhebungen nicht explizit zu seiner Methode, was sicher mit seiner Identifikation mit bestimmten Wissenschaftsrichtungen, vor allem aber mit einer Skepsis gegenüber den „Junggrammatikern“ zu tun hatte, die sein Vorgänger auf dem Lehrstuhl

¹⁹ Ebd., S. V.

²⁰ Ebd.

²¹ Heute in der LVS; ein Beispiel ist auf der Rückseite dieses Buchs abgebildet. Die Wortlisten von 1887 hingegen befinden sich im Spracharchiv des Ludwig-Uhland-Instituts, s. KELLER-DRESCHER, Ein Spracharchiv. Leider haben sie beim Brand des Archivs im März 2017 Schaden genommen.

für germanistische Philologie Georg Eduard Sievers (1850–1932)²² vertrat. Fischers Geographie wie auch später Wenkers „Sprachatlas des deutschen Reiches“ kamen zu anderen Ergebnissen als die Lautgesetze der Junggrammatiker hatten erwarten lassen²³.

Zettelkästen

Von den papierernen Praktiken der Sprachwissenschaft und ihrer Sammlungsunternehmen war im vorigen Kapitel über von Kellers Vorarbeiten schon die Rede. Die Transformation von Information, sei sie in direkten oder indirekten Verfahren gewonnen, in ein Papierformat ist ein notwendiger Übersetzungsschritt, um zur Anordnung in Lemmata zu kommen. Die Verzettelung von Informationen in einer möglichst gleichförmigen Aufteilung ebnet die Heterogenität der Informationen ein. Das erleichtert die Verarbeitung, weil es u. a. die Hierarchien reduziert: Die Informationen aus der Literatur stehen dadurch gleichberechtigt neben denen aus anderen Sammlungsbereichen wie den Sprach- und Konferenzaufsätzen, den eingesandten Wortfunden, den Umfragelisten und Notizen mündlicher Erhebungen. Alles kann so zum Zettel werden, und alles ist gleich wichtig und bedeutsam. Im nächsten Schritt können die Zettel dann vorstrukturierend angeordnet werden. Alle Vorlagen wurden zu kleinen Notizzetteln verarbeitet und in alphabetischer Reihenfolge angeordnet, um dann in die einzelnen Stichworte des Lexikons um- oder eingearbeitet zu werden. Schon Jacob Grimm hat das in poetischer Sprache und großer Emphase beschrieben und über die kaum zu bewältigende Materialfülle geklagt. Man kann sich den Übergang von der Notiz in den Zettelkasten als einen Akt des Bezwingens, aber auch profaner als eine Übersetzung mithilfe einer papierernen Technik vorstellen.

Fischer bezifferte die Anzahl der Zettel, die er von von Keller übernommen hatte, auf 300 000 bis 400 000 Stück, später liest man in den Vorworten des Wörterbuchs vom Stolz der stetig wachsenden Anzahl, die schon zur Zeit des ersten Bandes eine halbe Million überschritten hatte. Pfeleiderer nannte am Ende die Zahl 800 000. Gerade wenn man diese Zettel immer wieder erwähnt findet, will man sie auch sehen, um zu prüfen, welche Information in Anordnung und Materialität heute noch von ihnen ausgehen könnte. Das war zunächst nicht möglich, denn niemand wusste, wo sie waren und ob es sie noch gab, sie waren nirgends verzeichnet. Gerd Brinkhus, der ehemalige Leiter der Abteilung Alte Drucke/Historische Handschriften der Universitätsbibliothek Tübingen, den ich seinerzeit nach ihnen befragte, meinte zunächst, man solle sich keine Hoffnung machen, denn es sei üblich, das Ausgangsmaterial solcher Arbeiten nach Verwendung zu entsorgen.

²² Zu Sievers vgl. SOLMS, Sievers.

²³ In Arno Ruoffs Überblick über die Württembergische Dialektologie wird eine umfängliche Einordnung der hier geleisteten Forschungsarbeiten vorgenommen. Vgl. RUOFF, Die Forschungstätigkeit.

Arno Ruoff meinte dagegen, solches Material würde eigentlich für Wiederverwendungen zurückbehalten, er habe diese Zettel aber auch nie zu Gesicht bekommen, obwohl er an Gutachten zur Neubearbeitung des Wörterbuchs beteiligt gewesen sei. Er könne sich aber vorstellen, dass die Zettel in den Wirren der Übergaben von einem Bearbeiter zum nächsten und am Ende in die Landesstelle für Volkskunde verloren gegangen sein könnten²⁴. Anlässlich der Vorbereitungen zur Ausstellung „Wortschatz. Vom Sammeln und Finden der Wörter“²⁵ konnten letztlich doch drei dieser Pappkästen aus der Ära Fischer von mir in der Württembergischen Landesstelle für Volkskunde in einem Schrank wieder aufgespürt werden. Gerd Brinkhus hatte insofern Recht gehabt, als die Zettel offensichtlich in ihrer Gänze tatsächlich für nicht erhaltenswürdig erachtet und nach Gebrauch entsorgt worden waren, aber Arno Ruoff hatte ebenfalls Recht, als doch noch zumindest einzelne aufbewahrt worden waren. Es ist außerdem zu vermuten, dass sich in den anderen Sammlungen der Landesstelle noch Originalzettel befinden, die dort für einen anderen Zweck eingeordnet wurden, Stichproben in den dortigen Materialien legen diesen Schluss nahe.

Von älteren Autoren, die mit Zettelkästen gearbeitet haben, weiß man, dass die Zettel alphabetisch sortiert im Kasten an den Setzer gingen, der daraus die Druckbogen für das Buch setzte, dann waren die Zettel „verbraucht“, also abgearbeitet und überflüssig. Es gibt durchaus unterschiedliche Umgangsarten mit denzetteln und schon damals arbeiteten die Autoren damit auf individuelle Weise²⁶. Die erhaltenen Kästen waren ausweislich einer aufgeklebten Beschriftung, „Ur-Zettelkasten von Fischer, Musterstück, aufbewahren“, exemplarisch verwahrt worden. Wie viele es ursprünglich waren, ist unklar. Zu dieser Art der Notizverwaltung empfahl schon der Staatsrechtler und Autor Johann Jacob Moser seine Vorgehensweise: „Ich lasse mir ferner vom Schreiner hölzerne Kästen verfertigen, von denen jedes 2. Reihen solcher halber octav=Blätter fasset, welche in der Mitte durch ein dünnes Holz von einander unterschieden werden. Die Breite solcher Zettelkästen ist so beschaffen, dass auf jeder Seite zwischen dem mitten hindurch gehender Unterscheid, ein halbes octav-Blättgen in der Breite genügsamen Platz hat: Die Höhe ist der Höhe eines solchen halben octav=Blättgens gleich, und die Tiefe oder Länge ist etwa 1. Schuh; so dass in ein solches Zettelkästgen ungefähr 1000 dieser Zettel gehen.“²⁷

Die Zettelkästen von Fischer entsprechen der von Moser vorgeschlagenen Aufteilung und Machart, nur sind sie nicht aus Holz, sondern aus Pappe. Da sich keine Firmenstempel darauf finden lassen, kann man die Kästen nicht einer bestimmten Serie oder einer genauen Zeit zuordnen. Die Größe der aufbewahrten

²⁴ Telefongespräch mit Arno Ruoff vom 25.5.2007.

²⁵ Vgl. Wortschatz. Vom Sammeln und Finden der Wörter. Katalog der gleichnamigen Ausstellung im Stadtmuseum Tübingen, Tübingen 2008,

²⁶ Einen weiteren Überblick zur frühneuzeitlichen Geschichte der Zettelkästen gibt ZEDELMAIER, Wissen.

²⁷ MOSER, Vortheile, S. 42 f. Zitiert nach KRAJEWSKI, Zettelwirtschaft, S. 70.

Zettel variiert, sie entsprechen in der maximalen Größe etwa einem Viertel-Oktav auf modernem DIN-genormten Papierbogen (= 11 × 6 cm). Manche der Zettel sind kleiner, manche größer und darum gefaltet. Zu den gefalteten Zetteln gehören solche, die einen teilvordruckten Brief Fischers mit Fragen zur jeweiligen Ortsmundart an Gewährsleute enthalten. Von dieser Nachfrageaktion haben sich sonst nirgends Belege erhalten; Bohnenberger sollte später auch zu solchen Frage-Antwort-Formaten greifen (s. Unterkapitel Flurnamen). Dafür war es nützlich, wenn die Fragebogen mit der Behördenpost verschickt werden konnten oder zumindest das Porto von den Förderinstitutionen übernommen wurde. Wichtig war auch, dass die Antwortbogen eine gewisse Größe und ein gewisses Gewicht und damit bestimmte Kosten nicht überschritten. Deshalb werden diese Antwortformate meist genau erläutert und zum Beispiel über das Papierformat vorgegeben.

Aufgeteilt sind die Zettel im Allgemeinen in das betreffende Wort, die entsprechenden Erläuterungen und die Herkunft der Informationen. Manche Zettel enthalten sehr viele Informationen, andere dagegen sind nur spärlich ausgefüllt. Eine zwingende Gliederung ist nicht erkennbar. Manchmal gibt es Nachträge, einige der Zettel sind mit Buntstift überschrieben, was auf eine nachträgliche Systematisierung schließen lässt. Es wurden ganz unterschiedliche Papiersorten verwendet, die Notizen stammen von verschiedenen Händen. Ein Wort kann durchaus auf mehreren Zetteln vorkommen. Es gilt aber: ein Zettel – eine Information. Man erkennt die Verschiedenheit der Quellen auch an der Verschiedenartigkeit der Nachweisinformationen. So ist zum Beispiel an den Kürzeln, die von der Einteilung von Fischers Umfrage bei den Pfarrern stammen, zu sehen, dass er das Material, das ja eigentlich für die „Geographie“ erhoben wurde, auch hier für das „Schwäbische Wörterbuch“ wieder verwendete. Bei den unterschiedlichen Papiersorten fallen die sehr rauen und dicken Qualitäten auf, die an Archivpapier erinnern und ältere Schreiberhandschriften tragen, vielleicht wurden sie aus Archiven eingesandt. Auch gibt es Zettel mit vorgedruckter Umrandung, wie auf von Kellers Anleitung angegeben. Solche vorgedruckten Umrandungen mag es auch sonst gegeben haben, aus der Botanik sind vorgedruckte Zettel ebenfalls bekannt²⁸, und nicht zuletzt konnte man sie im Alltag zur Kennzeichnung von allerhand Dingen. Diese Zettel können also von überall her gekommen sein. Üblicherweise wurden allerlei Restpapiere für Notizen verwendet. Bohnenberger z. B. verwendete später auch die Rückseiten alter Bibliothekskatalogkarten als Notizzettel.

Weitere 20 Zettelkästen etwas anderer Art verwahrt die Handschriftenabteilung der UB Tübingen. Diese enthalten entgegen ihrer tradierten Benennung als „Fischers Zettelkästen“ aber kein originäres Zettelmaterial Fischers, sind also nicht Zettelkästen der Wörterbuch-Lemmata, obwohl sie aus dessen Besitz stammen. Vielmehr handelt es sich um die für Fischer 1900 bis 1902 angefertigten Abschriften der Orts- und Flurnamensammlung von Hugo Bazing (1820–1893), was aus der

²⁸ Vgl. TE HEESEN, Beschriftungsszenen.

Aufschrift hervorgeht²⁹. Alle diese Zettel waren bereits bearbeitete Information, aber sie bildeten in dieser Form noch keine Druckvorlage, sondern waren lediglich eine Vorstufe dafür, eine geordnete Vorarbeit. Der nächste Schritt muss ein Manuskript gewesen sein, das bisher nirgends aufgefunden worden ist.

Neben diesen Vorlagen konnte Fischer dank seiner germanistischen Kenntnisse und eigener Vorarbeiten in der schwäbischen Literaturgeschichte, unterstützt durch seine Tätigkeit als Bibliothekar in Stuttgart und sein Amt als Vorsitzender des Stuttgarter Literarischen Vereins, auch auf einen reichen Fundus literarischer Verweise zurückgreifen. Die Bibliothekarstätigkeit erwies sich für die Breite der herangezogenen Quellen und damit für die Reichweite und Gültigkeit der Fischer'schen Darstellungen als sehr hilfreich. Die zahlreichen Verweise im Wörterbuch und insbesondere das umfangreiche Quellenverzeichnis im letzten Nachtragsband, das sein Mitarbeiter Wilhelm Pfeleiderer erstellt hatte, zeugen davon. Diese Tätigkeit prädestinierte ihn in besonderer Weise für die Arbeit mit den Verzettelungen, weil sie bei der Katalogbearbeitung in ähnlicher Weise vorgeht. Bibliothekar gewesen zu sein war also auch auf der methodischen Ebene ein sinnvoller Vorbereitungsdienst für die Bearbeitung von Wörterbüchern³⁰.

Handexemplare

Eine besondere Materialgruppe sind die kommentierten, sogenannten durchschossenen Wörterbücher aus der Arbeit am „Schwäbischen Wörterbuch“, die als Hand- oder Arbeitsexemplare verschiedener Bearbeiter dienen. Damit sind Exemplare des Wörterbuchs gemeint, in die der Buchbinder nach jedem bedruckten Blatt ein leeres Blatt eingelegt und in das Buch mit eingebunden hat – eine gängige Praxis. Diese Exemplare waren teils Quelle, teils Vorbild, teils dienten sie als Vorbereitung für künftige Überarbeitungen. Zu nennen sind hier drei Konvolute: der sogenannte Buck-Schmeller, Fischers eigene Handexemplare des „Schwäbischen Wörterbuchs“ und Wilhelm Pfeleiderers Handexemplare. Hinzu kommen zusätzliche Notizbände im Format des Wörterbuchs.

Vom Buck-Schmeller erfahren wir bereits aus den Fußnoten in Fischers Vorwort zum ersten Band des „Schwäbischen Wörterbuchs“: Es handelt sich um ein durchschossenes Exemplar von Schmellers „Bayerischem Wörterbuch“, das schon Adelbert von Keller von Mich(a)el Buck (1832–1888), dem oberschwäbischen Arzt, Schriftsteller, frühen Dialektologen und Ethnografen, erhalten hatte und das dann an Fischer überging. Dieses Exemplar ist im Original nicht mehr auffindbar, denn

²⁹ Korrekt wird diese Zettelsammlung daher „Württembergische Ortsnamen“ genannt. UB Tübingen, Md 680; mehr zu Bazing im Unterkapitel IV.2. Flurnamensammlung. Einen Blick auf die Sammlung gewährt das Titelbild des vorliegenden Bandes.

³⁰ In den Nachrufen wird Fischers Fähigkeit für die Katalogarbeit hervorgehoben. Bibliothekar war er von 1875–1888, dann wurde er in Nachfolge von Sievers auf den Lehrstuhl von Keller und Uhland in Tübingen berufen.

wie inzwischen festgestellt werden konnte, ging es in den 1950er-Jahren an eine Verwandte Bucks zurück³¹. Allerdings befindet sich in den Nachlass-Beständen rund um das „Schwäbische Wörterbuch“ doch noch etwas, nämlich eine Abschrift dieses durchschossenen Buck-Schmellers, die von Hermann Fischers Tochter und seiner Ehefrau angefertigt wurde, wie aus einem eingeklebten Zettel darin hervorgeht. Hier erweist sich nochmals die Bedeutung Schmellers als Vorbild, aber auch die Verbundenheit der einzelnen Bearbeiter mit ihren Vorgängern und die Tradierung von Materialbeständen³². Die Genealogie ist jederzeit spürbar und nachvollziehbar. Fischer etwa lobte Buck und das von ihm zur Verfügung gestellte Material ausdrücklich in einer eigenen Fußnote.

Michel Buck, dessen wissenschaftliche Leistung bisher kaum erforscht ist³³, zeigt sich einmal mehr als wichtiger Protagonist der regionalen Wissensgeschichte, dessen Arbeiten für andere zur Quelle wurden. Sein kommentierter Schmeller ging nicht erst als Nachlass an von Keller, der bereits drei Jahre vor Buck verstarb, sondern schon zu seinen Lebzeiten. Mit Keller hatte Buck bereits anfangs der 1880er-Jahre zusammengearbeitet, als er 1882 für den Literarischen Verein in Stuttgart die erste Edition der Richental-Chronik des Konzils zu Konstanz nach der Aulendorfer Handschrift herausgab³⁴. Buck war in vielfacher Weise mit den Wissensmilieus der historischen Vereine wie z. B. dem Ulmer Verein und mit dem Statistisch-topographischen Bureau verbunden, nicht zuletzt, weil er als Oberamtsarzt ja auch entsprechenden Berichtspflichten nachzukommen hatte. Aber er ließ sich auch zu mehr als dem amtlich Nötigen anregen bzw. war auch engagiert und wollte das Seine zu einer neuen Wissenskultur beitragen. Buck war ein Dilettant im besten Sinne, der weitreichende, auch literarische Spuren hinterlassen hat, und er repräsentiert darüber hinaus das von Altwürttemberg tendenziell marginalisierte (katholische) Wissensmilieu Oberschwabens. Von den Nachrufen und biografischen Darstellungen ragt die von Rudolf Schenda kenntnisreich hervor³⁵, aber es finden sich auch bisher weitgehend unbeachtete Betrachtungen wie ein Beitrag von Max Schermann in der Festschrift für Eugen Nägele³⁶ – ein Buch, das im Rückblick betrachtet die Community der Landes- und Volkskunde in Württemberg im frühen 20. Jahrhundert aufs Interessanteste abbildet.

Letztlich hat sich Fischer der besseren Benutzbarkeit wegen von Schmellers Darstellungsprinzip gelöst, indem er von Keller folgend die Verzettelung nach anderen

³¹ Den Hinweis auf die Verwandtschaftsverhältnisse verdanke ich dem Stadtarchivar Herrn Dr. Ludwig Ohngemach, Stadt Ehingen.

³² Auch in den Materialbeschreibungen im ersten Band des Deutschen Wörterbuchs von 1854 schrieb Jacob Grimm, dass man durchschossene Wörterbücher anderer Forscher benutzt und andere Materialsammlungen eingesehen habe, nebst den Zulieferungen anderer (u. a. von Keller). Vgl. GRIMM/GRIMM, Deutsches Wörterbuch, Bd. 1, S. LXVI.

³³ Was nicht bedeutet, dass die bisher veröffentlichten Arbeiten falsch oder fehlerhaft sind, sie sind nur nicht umfassend genug.

³⁴ BUCK, Ulrich von Richental.

³⁵ Vgl. SCHENDA, Michael Richard Buck.

³⁶ SCHERMANN, Michel Buck.

Regeln vornahm. Genau damit wurde das „Schwäbische Wörterbuch“ aber wieder zum Vorbild für andere, die dessen neuer alphabetischer Darstellungsweise gefolgt sind. Die Notizen und Anregungen aus dem Buck-Schmeller waren aber so bedeutsam, dass Fischer eine eigene Abschrift anfertigen ließ. Das „Bayerische Wörterbuch“ genoss auch bei anderen Tübinger Professoren hohes Ansehen und findet sich daher in der Universitätsbibliothek Tübingen in mehreren Ausgaben, die auch aus Nachlässen stammen, etwa Exemplare aus den Bibliotheken von Ludwig Uhland (1. Auflage) und Friedrich Theodor Vischer (2. Auflage)³⁷.

Das Handexemplar des „Schwäbischen Wörterbuchs“ aus dem Besitz Wilhelm Pfeleiderers wurde nach dessen Tod von einem weiteren Bearbeiter, Walther Keinath, weitergeführt und zusammen mit Pfeleiderers Nachlassmaterialien in den 1950er-Jahren erneut verzettelt, um nochmals Nachtragsbände herstellen zu können. Fischers eigene durchgeschossene Handexemplare mit seinen nachgetragenen Bemerkungen, Einklebungen und Zusätzen sind erst vor kurzem wieder in den Blick der Öffentlichkeit gekommen³⁸. Pfeleiderer waren sie bekannt, und sie sind mutmaßlich auch durch ihn wieder verarbeitet worden. 1949 wurden diese durchgeschossenen Handexemplare von Fischers Erben an die Universitätsbibliothek Tübingen gegeben, wo auch weitere Teile seines Nachlasses aufbewahrt werden. Pfeleiderers Handexemplar und weiteres Material befindet sich in der Landesstelle für Volkskunde (s. u.).

b) Mitarbeiter und „Wohltäter“

So singular Fischers Leistung – das Lexikon – gewesen sein mag, er selbst betonte immer, dass dies kein Werk eines Einzelnen war, nicht nur was die Genealogie des Wörterbuchmachens angehe, sondern auch die Umsetzung eines solchen Unternehmens: die alltägliche Arbeit am „schwäbischen Wortschatz“. Neben den schon erwähnten Mitarbeitern Pfeleiderer und Keinath war es eine große Zahl von wissenschaftlichen Hilfs- und Mitarbeitern, die Fischer über Jahre beschäftigte und zu denen er zum Teil ein sehr persönliches Verhältnis pflegte. Erhaltene Briefe zeugen davon, aber auch von der manchmal schwierigen Rekrutierung geeigneter Nachwuchskräfte³⁹. Fischer war zugleich Fachwissenschaftler und Wissenschaftsorganisator, der Gelder einwarb, sich um die Nachwuchskräfte kümmerte, diese anleitete und die Arbeit stetig voranbringen musste.

In seinem Vorwort zum ersten Band des „Schwäbischen Wörterbuchs“ nannte er an Mitarbeitern, die (im Sinne von Studierenden) zugleich seine Schüler waren:

³⁷ Freundliche Auskunft des seinerzeitigen Leiters der Handschriftenabteilung/Historische Drucke Dr. Gerd Brinkhus.

³⁸ Vgl. BRINKHUS, Nr. 21/38, S. 32 f. Inzwischen auch ausgestellt in: Stadtmuseum Tübingen, Wortschatz.

³⁹ UB Tübingen, Nachlass Fischer.

Dr. Eugen Mann (seit 1900)⁴⁰, Dr. Bihlmeyer und Dr. Hartmann (seit 1903), Dr. Rudolf Kapff (seit 1904), Dr. Wilhelm Pfeleiderer (seit 1903), Gymnasialvikar Theodor Bracher (seit 1904), „Kollege“ Siegfried Rietschel für Rechtsgeschichte und Friedrich Veit für Ergänzungen vor allem aus Oberschwaben.

Fischer machte noch einen interessanten Zusatz über Karl Bohnenberger: „Seine Überhäufung mit Amtsgeschäften hat es leider meinem Kollegen und Freund Bohnenberger, dem besten Kenner unserer mundartlichen Probleme, der von seiner Studentenzeit an Kellers und mein Mitarbeiter gewesen war, nicht erlaubt, in diese zeitraubende Arbeit auch noch einzutreten.“⁴¹

Im zweiten, 1908 erschienen Band, wird Pfeleiderer bereits auf dem Titelblatt als „unter Mitwirkung“ genannt, außerdem ist er bis auf Weiteres vom Unterricht freigestellt, um am Wörterbuch mitzuarbeiten; in diesem Band werden wiederum genannt: Mann, Kapff, Bracher, Rietschel und Veit. Der dritte Band (1911) erwähnt Pfeleiderer, Rietschel und Veit und verweist auf nicht namentlich erwähnte andere. Der vierte Band (1914) berichtet vom Ende der hauptamtlichen Tätigkeit Pfeleiderers, der 1913 in den Schuldienst zurückkehrte und 1914 in den Armeedienst eintrat, Rietschel und Veit waren verstorben, Veits Nachlass wurde übernommen, Prof. Heck besorgte jetzt die rechtsgeschichtliche Durchsicht. Im fünften Band (1920) ist Pfeleiderer „nach dem Friedensschluss“ wiedergekehrt, und Dr. Ludwig Lang von der Universitätsbibliothek ist unter die Helfer aufgerückt, Heck machte weiter seine Korrekturen, „und auch an studentischen Hilfskräften hat es nie ganz gefehlt“.

Fischer erhielt darüber hinaus vielfache Unterstützung. Im Vorwort zu Band 1 schrieb er, dass eine erweiterte Liste von Förderern später folgen werde, doch dazu kam es nicht. In seinem eigenen Handexemplar hatte er aber zwei handschriftliche Eintragungen vorgenommen, einmal „Wohltäter“ und einmal „Benefaktoren“ genannt. Diese Namen wurden in den gedruckten Bänden später auch erwähnt, der angekündigte Nachtrag aber entfiel. Pfeleiderer resümierte am Ende, dass nur Fischer gewusst habe, wer noch alles dazuzuzählen sei.

In jedem Fall kann zu den Wohltätern der württembergische Staat gezählt werden, der durch stete Unterstützung für die Finanzierung der Mitarbeiter und der Materialien sorgte; ebenso der Verlag Laupp'sche Buchhandlung, der ohne Zuschuss arbeitete, selbst in Kriegszeiten das rare Papiermaterial besorgte⁴² und einen Drucker und Setzer dafür beschäftigte, was Fischer dankbar anmerkte. Nicht zu vergessen die Bayerische Akademie der Wissenschaften, deren Wörterbuchkommission ihm immer wieder Material zukommen ließ, mit der er in wissenschaftlichem Austausch stand und deren Mitglied er schließlich werden durfte. „Die Unterstützung durch das württembergische Ministerium und durch die baye-

⁴⁰ Eugen Mann wird später einen der Nachrufe auf Fischer verfassen.

⁴¹ Schwäbisches Wörterbuch, Bd. 1, S. VI.

⁴² Vgl. KNAPPENBERGER-JANS, Verlagspolitik, S. 141. Der Verlag JCB Mohr ist Nachfolger des Verlags der Laupp'schen Buchhandlung, Tübingen. Das Kultministerium unterstützte die Papierbeschaffung ebenfalls.

rische Akademie der Wissenschaften sind ungeschmälert weiter gegangen“⁴³, schrieb Fischer 1920 im letzten von ihm betreuten Band. Dass kurzzeitig die Online-Version des „Schwäbischen Wörterbuchs“ auf dem Server der Bayerischen Landesbibliothek stand, bevor der Verlag seine Rechte geltend machte, mag von daher an eine alte Verbundenheit erinnern.

Nicht erwähnt wird im Vorwort, dass schon die Arbeit an der „Geographie der schwäbischen Mundart“ gefördert wurde, und zwar vom Ministerium für Kirchen- und Schulwesen⁴⁴ und der damals noch neuen Württembergischen Kommission für Landesgeschichte, deren ordentliches Mitglied Fischer 1905 wurde⁴⁵. Finanziert wurden hier zunächst 500 Koordinatennetzblätter als Grundlage für die geographisch genauen und über die Bezifferung der Koordinaten nachvollziehbaren Eintragungen der Befunde. Fischer schrieb in seinem Antrag an die Historische Kommission⁴⁶ auch zu seinen Zielen: „Die Zeichnung, Vergleichung und Kombination der einzelnen Grenzlinien erscheint dem Unterzeichneten als der einzige sichere Weg zu gewünschten Vorstellungen über die Geschichte unserer Mundarten und dadurch auch über die neuere ethnographische Geschichte unseres Volkes zu gelangen. Die bisherigen Versuche sind samt und sonders misslungen, weil sie von den ethnographischen Voraussetzungen ausgingen, die erst zu erweisen gewesen wären.“⁴⁷

Ähnlich argumentierte er auch in seiner Inauguralrede. Dabei verwies Fischer zusätzlich auf das allgemein bekannte Großunternehmen von Georg Wenker (1852–1911) zur Sprachkartierung Deutschlands, mit dem er in engem Kontakt stand – Wenker hatte auch in Tübingen studiert. Er kritisierte aber gleichzeitig, dass es noch lange dauern werde, bis hierbei Ergebnisse sichtbar sein würden, und dass Wenkers Projekt zu wenig auf die Verhältnisse Schwabens zugeschnitten sei. Folglich solle man seine Arbeit fördern, die schneller und angepasster zu Ergebnissen für den Südwesten gelangen könne – Selbstmarketing eben. Das war schon für damalige Wissenschaftler nötig und wird in der Wissenschaftsgeschichte gewöhnlich nicht thematisiert. Die Fähigkeit, ökonomisches Kapital zu akquirieren, ist und war für die wissenschaftlichen Aktionen aber ebenso notwendig wie die Akquise anderer Kapitalsorten und ein Teil des Wissensmanagements.

⁴³ Schwäbisches Wörterbuch, Bd. 5., S. III.

⁴⁴ Nachweisbar in den Akten, weil das Ministerium veranlasst hatte, dass Fischer die von ihm gezeichneten Karten zur Begutachtung der Druckkosten bzw. des daraus resultierenden Zuschussbedarfs an das Statistische Landesamt schicken sollte. Der Schriftwechsel dazu findet sich in StAL E 258 VI Bü 72. Im Kommissionsbericht von Max Miller findet sich die Fördersumme von 105 Mark. Vgl. MILLER, 70 Jahre, S. 93.

⁴⁵ Vgl. SCHAAB, Staatliche Förderung, S. 226.

⁴⁶ Unabhängig davon, wie diese Institution zum jeweiligen Zeitpunkt offiziell genannt wurde, ist sie im zeitgenössischen Gebrauch immer auch abkürzend in ihrem Funktionsbegriff als Historische Kommission bezeichnet worden. Das wird hier und im Folgenden auch so gehandhabt werden.

⁴⁷ StAL E 216 Bü 266. Hervorhebungen im Original.

Auch Pfeleiderer wurde weiterhin finanziell unterstützt, als er die Arbeit am „Schwäbischen Wörterbuch“ nach dem Tod von Fischer übernahm. An der Abwicklung dieser Übernahme war auch Bohnenberger beteiligt, weshalb auch er am Ende Material aus der Ära Fischer besaß. Pfeleiderer machte in den von ihm verantworteten Vorworten nochmals auf die unterstützenden Strukturen aufmerksam. Im ersten nach Fischers Tod publizierten Vorwort schrieb Pfeleiderer sich zunächst selbst in die Genealogie ein und dankte dafür, dass man ihn zum Nachfolger des „Meisters“ gemacht habe. Er dankte ebenfalls den Unterstützern, dem Ministerium, das eine Deputatsreduktion und Finanzmittel zur Verfügung gestellt habe, insbesondere sei er dem „früheren Ministerialrat und jetzigen Präsidenten der Ministerialabteilung für die höheren Schulen Württembergs, Th. Bracher zu grossem Dank verpflichtet“⁴⁸. Hinzu kam wie bisher die Bayerische Akademie, der Verlag bzw. Verleger und neu die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft (die heutige DFG) in Berlin. Im letzten Band (6.2 von 1936) führte Pfeleiderer mit etwas größerer Geste und umfassender aus, was es noch zu sagen gab und kehrte damit an den Ausgangspunkt des Unternehmens zurück: Wie einst Fischer über von Keller, so schrieb er nun über Fischer. Pfeleiderer stellte die Arbeit am Wörterbuch nach Fischers Tod dar und erwähnte die Namen, die er noch für wichtig erachtete, schließlich hatte Fischer das ja als für den Schluss zu Erledigende angekündigt. Das ist aufschlussreich und es seien hier diejenigen genannt, die für die Ausbildung eines Netzwerkes von Bedeutung gewesen sein könnten: Prof. Josef Karlmann Brechenmacher⁴⁹, Dr. med. Wilhelm Kinkelin⁵⁰, Dr. Max Lohss⁵¹, Präsident G. von Schubert, Archivdirektor Dr. Friedrich Wintterlin⁵², Prof. Karl Bohnenberger, Archivrat Dr. Karl Otto Müller, Studiendirektor a. D. Dr. Theodor Knapp⁵³. Hinzu kam eine Reihe von Lehrern, die ihre Zulassungsarbeiten bei Bohnenberger geschrieben hatten, die für das Wörterbuchprojekt ausgewertet werden konnten, unter ihnen Walther Keinath („Laut und Flexionslehre der Mundart von Onstmettingen und Umgebung“) und Max Fritz⁵⁴ („Die Kriegssprache der württembergischen Soldaten“). Außerdem dankte Pfeleiderer als erster Beteiligter seiner Frau für die Mitarbeit und nannte auch eine der Lehrerinnen, die Zulassungsarbeiten geschrieben hatten, denn inzwischen waren auch Frauen in Studium und Ausbil-

⁴⁸ Schwäbisches Wörterbuch, Bd. 6.1, S. III.

⁴⁹ Zu Brechenmacher s. MÜLLER, Josef Karlmann Brechenmacher.

⁵⁰ Dr. med. Wilhelm Kinkelin, Arzt, SS-Standartenführer, Stab des Reichsbauernführers Berlin. Mitglied der Württembergischen Kommission für Landesgeschichte 1937–45.

⁵¹ Vgl. zu Max Lohss (zeitgenössisch auch Lohß geschrieben): TSCHOFEN, Wörter; REXER, Die Fotosammlung.

⁵² Friedrich Wintterlin (1867–1945), Rechtshistoriker und Direktor des Staatsarchivs von 1924–1933, Mitglied der WKL und des Württembergischen Altertumsvereins.

⁵³ Dr. mult. Karl Theodor Knapp (1854–1941), Rektor des Tübinger Gymnasiums, Prof., Rechtshistoriker und Altphilologe. Mitglied der Württembergischen Kommission für Landesgeschichte 1903–1934, Ehrenmitglied 1920–1934.

⁵⁴ Neffe des oben genannten Theodor Bracher, zu dessen Arbeit über die Soldatensprache mehr in Kapitel V.2.

derung für den Lehrerberuf aufgenommen worden. Von den hier genannten sind manche schon im Text erwähnt worden, andere werden in den folgenden Kapiteln eine Rolle spielen. Bei den hier von Pfeleiderer Aufgezählten gehörte zu den späteren NS-Funktionären nach bisherigem Stand nur Kinkelin, der sich davor aber als heimatforschender Arzt betätigt und vermutlich in dieser Funktion Material für das Wörterbuch geliefert hatte. Dass Pfeleiderer, ebenfalls nach gegenwärtigem Kenntnisstand, nicht NS-nah war⁵⁵, zeigt die Tatsache, dass er sein Vorwort nicht für eine Ergebnisadresse an das NS-Regime nutzte, sondern im Gegenteil am Ende des Vorworts seine Privatadresse angab, was zunächst seltsam wirkt, denn bei den bisherigen Ausgaben war immer Tübingen oder Stuttgart sowie das Datum des Vorworts angegeben. Eine mögliche Erklärung ist, dass er damals „Am Weissenhof 8“ wohnte, der von den Nationalsozialisten als „Araberdorf“ verfeimten modernen Wohnsiedlung im internationalen Stil in Stuttgart. Pfeleiderer wohnte in einem der sogenannten Beamtenhäuser, die 1928 nach Entwürfen von Adolf G. Schneck, einem Architekten des Modernen Bauens errichtet wurden⁵⁶. Für Ende der 1920er-Jahre gilt Schneck als Teil einer gestalterischen Avantgarde⁵⁷. Zum von den Nationalsozialisten geplanten Abriss der Weissenhofsiedlung kam es wegen des Krieges letztendlich nicht, aber die Ablehnung durch das Regime blieb bestehen. Pfeleiderers Angabe seiner Privatadresse kann als ein eigenwilliges Statement angesehen werden, auch wenn es nur mit der praktischen Absicht der Aufforderung zu weiteren Zusendungen von Wortbeiträgen begründet werden konnte.

In den „Blättern des Schwäbischen Albvereins“ von 1937 beschrieb der langjährige Vorsitzende und Schriftführer Prof. Eugen Nägele⁵⁸ unter der Überschrift „H. Fischers Schwäbisches Wörterbuch vollendet“ auch noch einmal dessen Geschichte und gab eine Einordnung in das Feld württembergischer sprach- und volkskundlicher Aktionen. Er würdigte die wissenschaftliche Leistung, erwähnte Pfeleiderers Absicht der Weiterbearbeitung (ebenfalls mit obiger Adressangabe) und er sprach offen an, dass das Wörterbuch seit dem Erscheinen des ersten Bandes von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen worden sei. Nicht einmal die Hälfte der Auflage von 1200 Stück wurde bis 1937 verkauft, selbst in einer Landtagsdebatte habe sich 1918 unter den Abgeordneten eine breite Unkenntnis gezeigt. Über die bloße Werbung für das „Schwäbische Wörterbuch“ hinaus, die an wenigen Stellen

⁵⁵ Er wurde im Spruchkammerverfahren als „nicht belastet“ eingestuft. StAL EL 902/20 Bü 70026.

⁵⁶ Diesen Hinweis verdanke ich Herrn Joachim Laich, Baurechtsamt Stuttgart. Schneck hat darüber hinaus zwei Einfamilienhäuser für die Weissenhofsiedlung gebaut, von denen er eines selbst bewohnte; er hat ebenfalls das heute der Landeszentrale für politische Bildung gehörende, zunächst als Erholungsheim fungierende, berühmte „Haus auf der Alb“ (Urach) geplant.

⁵⁷ Schneck, der auch Innenarchitekt war, gilt außerdem als Designer des sogenannten Tübinger Stuhls, der noch heute im Ludwig-Uhland-Institut für Empirische Kulturwissenschaft als Sitzgelegenheit dient.

⁵⁸ Nägele musste 1933 bei der Gleichschaltung des Vereins als Vorsitzender zurücktreten, wogegen er heftig protestierte.

auch auf NS-Vokabular zurückgriff, war Nägeles Beitrag auch eine Verteidigung des im Wörterbuch vertretenen wissenschaftlichen Ansatzes, den Fischer in seiner Inauguralrede auf der Suche nach dem „Tatsächlichen“ als „voraussetzungslos“ charakterisiert hatte. Deshalb betonte Nägele hier, dass das Wörterbuch geographisch weit ausgreife, ihm die Sprache der Minderheiten wichtig sei und das Vorhandensein von z. B. französischen Lehnworten Anlass zu interessanten Studien biete. Und wie viele vor ihm – darunter auch Grimm – nannte er ein solches Unternehmen eine „vaterländische Tat“⁵⁹.

In Pfeleiderers Personalakte findet sich ein überschwänglicher Brief des NS-Ministerpräsidenten und Kultministers Christian Mergenthaler zum Erscheinen des letzten Bandes des Wörterbuchs⁶⁰. Auch dieser Staat wollte sich mit dem erfolgreichen Abschluss eines Unternehmens schmücken, das seinen Beginn im bürgerlichen, emanzipativen Aufbruch des frühen 19. Jahrhunderts hatte und vom Königreich Württemberg ebenso gefördert worden war wie vom Volksstaat Württemberg. Der nächste Staat, das Bundesland Baden-Württemberg, hat dann Pfeleiderers Materialien von den Erben für 10 000 DM aufgekauft, um die Möglichkeit der Fortschreibung des Wörterbuchs offenzuhalten, zu der Pfeleiderer am Schluss des Vorworts zum letzten Band alle Interessierten aufgefordert hatte und woran er später noch arbeitete⁶¹.

Diese Fortschreibung des „Schwäbischen Wörterbuchs“, von der die damaligen Bearbeiter ausgegangen waren und für die sie ständig am Wortschatz des Schwäbischen weiterforschten und auch neue Ideen entwickelten, ist bis heute nicht in adäquater Form möglich gewesen, teils weil das bereits gedruckte Werk so gelungen war, teils weil die Kräfte und vor allem die Finanzierung und Institutionalisierung fehlten. Mehrfach wurden Pfeleiderers nachgelassene Karten und Materialien (einst für eine neue Wortgeografie bzw. Wortatlas erarbeitet) dahingehend durchgearbeitet, aber es ergab sich daraus kein schlüssiges neues Konzept⁶².

Die Aktionen rund um die Erforschung und Darstellung des schwäbischen Wortschatzes, hier des „Schwäbischen Wörterbuchs“, bieten aber für aktuelle Fragen der Wissenschafts- und Wissensgeschichte lohnendes Material und überras-

⁵⁹ Blätter des Schwäbischen Albvereins, 49 (1937) 7, S. 95.

⁶⁰ Das Schreiben befindet sich in der Personalakte Pfeleiderers StAL E 203 I B 3340.

⁶¹ Vgl. StAL EL 285 1512/4. Diese Materialsammlungen, unter ihnen das schon erwähnte durchschossenes Handexemplar des Wörterbuchs und Nachtragsbände mit weiteren handschriftlichen Eintragungen, befinden sich heute in der Landesstelle für Volkskunde. Damit handelt es sich dort nicht, wie bisher angenommen, um einen durchschossenen „Fischer“, sondern um einen durchschossenen „Pfeleiderer“. Das zeigen Eintragungen, die nach 1920 entstanden sind und den Nennungen aus Pfeleiderers Nachwort entsprechen. Fischers Wörterbücher lagern in der Universitätsbibliothek Tübingen.

⁶² Gutachten Dr. Irmgard Hampp, Landesstelle für Volkskunde, Stuttgart 1987, und mündlicher Bericht von Arno Ruoff, der sich auch schon damit befasst hatte.

schende Einsichten und bleiben für vergleichbare Unternehmungen beispielhaft⁶³. In der Einleitung zur Dokumentation der ersten Versammlung der Germanisten in Frankfurt 1846, zu der unter anderem Ludwig Uhland aufgerufen hatte, wurde der Vergleich zur Arbeitsweise der Naturwissenschaftler und deren Versammlungen und Verhandlungen gezogen: „Die Naturforscher, deren Arbeiten oft in Gemeinschaft und auf Reisen vollbracht werden müssen, hatten den Ton angegeben, und ihre Zusammenkünfte solche Früchte getragen, daß sie gern wiederholt wurden.“⁶⁴ Ähnliches stand in der Einladung zu dieser Versammlung; gemeint war zunächst nur, dass man die Art der Versammlungen nachahmen wollte, die seit den 1820er-Jahren stattfanden, aber man kann es auch als Verweis auf die Vorbildfunktion deren kollaborativer Arbeitsweise sehen, die man ebenso übernehmen könnte. Die Arbeit am Wörterbuch kann man als Verwirklichung dieses Gedankens der Gemeinschaftsarbeit in einer Community of Practices auffassen, die sich durch einen situativ erhöhten Binnenkontakt ausweist, ein Wissensmilieu ausbildet und nicht zuletzt durch Beteiligung und Zirkulation von Wissensbeständen Ressourcen schafft und Geltung erlangt. Die Genealogieangaben in den Wörterbüchern dienen auch dem Zweck, diese Community immer wieder sichtbar zu machen und die wissenschaftliche Expertise der jeweiligen Aktion aus ihr abzuleiten.

Mit dem Übertritt des „Schwäbischen Wörterbuchs“ in das kulturelle Gedächtnis der Imagined Community der Schwaben wurde hauptsächlich Hermann Fischer mit dem Wörterbuch identifiziert, die anderen Bearbeiter blieben unsichtbar und wurden zusehends vergessen. Das ist zwar ein normaler Vorgang in einem vom „Geniekult“ des einsamen Wissenschaftlers geprägten wissenschaftsgeschichtlichen Denkstil, aber er verbirgt nicht nur die Beteiligung und Leistungen anderer, sondern er verdeckt die praxeologische und die materiale Seite und macht damit auch die Arbeitsweisen und gesellschaftlichen Austauschbeziehungen unsichtbar. Das „Schwäbische Wörterbuch“ wird so zum Monument.

⁶³ Bearbeitet im DFG-Projekt „Konstituierung von Region als Wissensraum. Der Beitrag von Volkskunde und Sprachforschung in Württemberg 1890–1930.“ Ludwig-Uhland-Institut für Empirische Kulturwissenschaft (Bernhard Tschofen/Lioba Keller-Drescher).

⁶⁴ Vgl. Einleitung. In: Verhandlungen der Germanisten zu Frankfurt am Main am 24., 25. und 26. September 1846. Frankfurt am Main 1847, S.4. Diese Einleitung hat keine Verfasserangabe, man kann aber den Vorstand der Versammlung, den Tübinger Rechtswissenschaftler Reyscher, oder Jacob Grimm dahinter vermuten.

2. Flurnamensammeln: zwischen Wissenschaft und Mitmachaktion

1898 initiierte Karl Bohnenberger mithilfe des Schwäbischen Albvereins einen Aufruf zur Sammlung und Beschäftigung mit den Flurnamen der Alb⁶⁵. In den „Blättern des Schwäbischen Albvereins“ erschien im ersten Heft des 10. Jahrgangs daher folgender programmatische Beitrag: „Zur Erforschung der Alb gehört auch die Feststellung und Erklärung der Namen, mit denen Berge und Fluren bezeichnet sind. Die Flurnamen des Albgebiets können um ihrer selbst willen das Interesse des Albvereins beanspruchen. Ihre Erforschung ist aber auch abgeleiteter Weise für andere Gesichtspunkte förderlich, auf die der Albverein seine Aufmerksamkeit richtet.“

Die Flur- und Bergnamen geben Aufschluß über die Beschaffenheit des Geländes, über Pflanzen- und Tierwelt, über die Verwendung des Bodens, über die Lebensweise und Anschauung der Bewohner, über die Geschichte der Gegend in vielerlei Beziehungen. Und man wird es auch nicht gering anschlagen, wenn die Erforschung der Flurnamen zur Richtigstellung ihrer Schreibweise in den Flurkarten beiträgt, denn darin ist noch viel zu thun und fast in jedem Ort lassen sich Beispiele der ergötlichsten Missverständnisse ausweisen. So wollen wir es einmal mit einer Sammel- und Auskunftsstelle für Flurnamen des Albgebietes versuchen.“⁶⁶

Dass Bohnenberger erahnen konnte, welche Aufgabe auf ihn zukam, darf bezweifelt werden. Kurz darauf hatte er zwei neue Ämter zu versehen: Er vertrat die „Flurnamenstelle des Schwäbischen Albvereins“ und wurde gleichzeitig erster Schriftsachverständige für die korrekte Schreibung der Flur- und Ortsnamen in den amtlichen Karten Württembergs, ein Nebenamt, das er offiziell bis in die 1930er-Jahre innehatte.

a) Von der Topografie zur Toponomastik

Karl Bohnenberger war, wie der etwas ältere Hermann Fischer, Schüler von Adelbert von Keller und wie Fischer zunächst Bibliothekar, später Professor für Deutsche Sprache und Literatur und Volkskunde an der Universität Tübingen, Dialektforscher, Volkskundler – und dank seiner langen Lebenszeit auch graue Eminenz auf beiden Gebieten. Sein Urgroßvater war der berühmte Physiker und Astronom Johann Gottlieb Friedrich von Bohnenberger (1765–1831), der die erste moderne systematische württembergische Landesvermessung leitete. Eine gewisse Affinität zu Fragen der Topografie und zur Vermessung des Landes mit den Mitteln der Wortforschung kann man gewissermaßen als sein Erbe ansehen. Als großen Wan-

⁶⁵ Das Kapitel basiert in Teilen auf KELLER-DRESCHER, Aus Schwabens Hain.

⁶⁶ Blätter des Schwäbischen Albvereins, 10 (1898) 1, Sp. 27–30. Hervorhebungen im Original.

derer und Geländekenner beschrieben ihn seine Schüler und Freunde immer wieder. Tatsächlich zielten die Bemühungen Karl Bohnenbergers auf die Korrektur und zukünftige sachgerechte Aufnahme der Flurnamen auf den amtlichen topografischen Karten (1:25.000), deren Grundlage – die Katasteraufnahme und Kartierung des Königreichs Württemberg – eben durch die Arbeit des Urahnens möglich geworden war.

Bohnenbergers Initiative von 1898 war nicht seine erste Beschäftigung mit namenskundlichen Themen. Bereits zwei Jahre zuvor hatte er sich in der Festschrift für Sievers „Zu den Flurnamen“ geäußert⁶⁷. Seine 1886 bei Sievers eingereichte Dissertation handelte von den „Ortsnamen des Schwäbischen Albgebiets nach ihrer Bedeutung für die Siedlungsgeschichte“, schon als Schüler schrieb er einen Brief an Hermann Fischer mit einer Frage zur Etymologie eines Namens bei Tacitus⁶⁸. Die Frage nach der Bedeutung und Herkunft der Namen ist meist der erste Impuls zur Beschäftigung mit Sprache, gleichzeitig weist sie auf die Verbindung der Wörter und der Sprache insgesamt mit Kultur und Geschichte und der Geschichtlichkeit von Landschaft. Die Wendung von der Onomastik zur Toponomastik, also von den Eigennamen zu den Benennungen der Orte, Landschaften und Flächen, ist eine konsequente Erweiterung eines Interesses an Benennungen und ihren Bedeutungen.

Bohnenbergers toponomastisches Interesse hat mehrere Schwerpunkte, die sich zwar analytisch auseinanderhalten lassen, die aber immer wieder auch ineinander übergehen und je nach Adressat auch anders akzentuiert wurden. Am engsten verknüpft sind die Untersuchungen im Hinblick auf das Alter der Flurnamen, ihre mundartliche Herkunft und die räumlichen Dimensionen bestimmter mundartlicher Merkmale. Fragen nach Siedlungs-, Natur- und Kulturgeschichte sind demgegenüber sekundär, wenn auch zwangsläufig damit verbunden, denn sie dienen entweder zur Erklärung der Namen oder sind ein angestrebtes Ergebnis der Erforschung der Namen. Wissenschaftlich ist das nicht ganz unproblematisch, aber vielleicht genau die Voraussetzung, die den Erfolg ermöglicht.

Aus der Beschäftigung mit diesem Thema erwuchs bei Bohnenberger schließlich die genauere Sachkenntnis, und aus der Kenntnis dann die Kritik an der gängigen Praxis der Wiedergabe der Flurnamen auf den amtlichen Karten, die er für sinnentstellend und daher ironisch für „ergötzliche Mißverständnisse“ hielt. Der Schwäbische Albverein, von seinem Selbstverständnis her ein Wander- und Kulturverein, und seine Zeitschrift waren für eine Thematisierung dieses Missstandes besonders geeignet, denn bei den lesenden Wanderfreunden konnte dafür ein hohes Verständnis vorausgesetzt werden. Korrekte Karten waren die wichtigste Voraussetzung für das Wandern, Besprechungen von Landkarten waren daher ein steter Inhalt der Zeitschrift und die Förderung von geeignetem Kartenmaterial war satzungsmäßig

⁶⁷ BOHNENBERGER, Zu den Flurnamen. Sievers war einer der universitären Lehrer Bohnenbergers, die dieser neben Keller für relevant hielt.

⁶⁸ UB Tübingen, Handschriftenabteilung, Md 760–763, Nachlass H. Fischer.

verankert. Bohnenberger konnte also davon ausgehen, dass seine Initiative vonseiten der Mitglieder auf Zustimmung stoßen würde, zumal er sie nicht ohne enge Absprache mit dem Vorstand bzw. dem Schriftführer Eugen Nägele lanciert hatte⁶⁹. Kaum hatte er sich mit seinem Aufruf an die Öffentlichkeit gewandt, gingen auch schon die ersten Zusendungen ein.

b) Amtliche Beauftragung

Postwendend kam auch ein Brief aus dem Direktorium des Königlich Statistischen Landesamtes, in dessen Zuständigkeit die Kartierung fiel. Das Statistische Landesamt hatte schon vor dieser öffentlichen Kritik eine gewisse Aufmerksamkeit auf das Thema gerichtet. Bereits 1824 schrieb der damalige Leiter Johann Daniel Georg Memminger in seinem Resümee über die ersten Jahre der staatlichen Landesbeschreibung, dass mehr auf die richtige Schreibung auf den neuen Karten geachtet werden solle. Später wurde die Frage nach alten „Districtnamen“ und Flurnamen relevant, weil man mit ihrer Hilfe der (Be)Siedlungsgeschichte Württembergs näherkommen wollte. In den Flurnamen sah man – ähnlich wie die heutige Luftbildarchäologie – einen Verweis auf geschichtliche Spuren. In freundlich-ironischem Ton, doch detail- und sehr kenntnisreich, nahm Karl Hermann von Zeller, Direktor des Statistischen Landesamtes, in seinem Schreiben zu Bohnenbergers Artikel Stellung. Dem Anliegen als solchem stimmte er zu, den Vorwurf der Willkürlichkeit der Schreibung wies er allerdings zurück und erläuterte zugleich die Sachlage. Es könnten nämlich in einer amtlichen Karte nur Schreibungen nach den amtlichen Bestimmungen vorgenommen werden. Ohne sachlich abgesicherte Erkenntnis und zwingende Gründe könne in einer Karte nichts geändert werden. Änderungen in einer amtlichen Karte waren also nur auf der Grundlage der Änderung der Regeln der amtlichen Schreibweise möglich. Die Vielfalt der mundartlich überlieferten Namen musste unter Berücksichtigung ihres topologisch und etymologisch richtig abgeleiteten Sinns mit dem auf Normierung zielenden Benennungssystem in Einklang gebracht werden. Eine nachlässige Haltung dazu verneinte Zeller und verwies im Fall der kritisierten Karte von Obertal auf die Experten im Amt: den Kartographen Inspektor Regelmann und Dr. Hartmann von der Abteilung Landesbeschreibung, der als Sachverständiger hinzugezogen worden sei⁷⁰. Im letzten Abschnitt des Briefes fügte Zeller hinzu: „Für künftige Karten darf ich wohl auch Ihres Gutachtens mich bedienen und mir vorbehalten, Ihnen Probe-drucke zugehen zu lassen. Eine gewissenhafte Erwägung unsererseits brauche ich

⁶⁹ Blätter des Schwäbischen Albvereins, 10 (1898) 1, Sp. 27–30, hier Sp. 27.

⁷⁰ In den Akten des Statistischen Landesamtes lässt sich die Zuständigkeit Hartmanns indirekt nachweisen, etwa als die Bezirksgeometerstelle Horb (Gropper) die korrigierte Karte von Rottenburg zurückschickte und auf dem Schreiben von Amtsvorstand Zeller vermerkt wurde: „[D]em Oberstudienrat Dr. von Hartmann mit dem Ersuchen wegen richtiger Schreibung der Flurnamen das Erforderliche anzuordnen. Z.“ StAL E 258 II Bü 833.

nicht erst zuzusichern.“⁷¹ Als 1902 dann die Rechtschreibreform von den deutschen Bundesstaaten einschließlich Schweiz und Österreich durchgeführt wurde⁷², war die wissenschaftliche Begleitung und Fundierung der Namensschreibung auf den amtlichen Karten noch dringlicher geworden, denn amtliche Druckerzeugnisse mussten sich immer an die offiziellen Regeln halten, gleichzeitig sollte aber der historische Sinn auch erhalten bleiben. Für Bohnenbergers Zuarbeit wurde im Zuge dessen ebenfalls eine Aufwandsentschädigung und ein Etat vereinbart. So wurde Karl Bohnenberger Flurnamen- bzw. Schriftsachverständiger im Nebenamt, eine Stelle, die nach ihm noch Helmut Dölker (1904–1992) und zuletzt Arno Ruoff innehatten⁷³. 2006 endete diese Ära, als die zuständige Behörde befand, jetzt sei genug korrigiert⁷⁴.

c) Material und Methode

Bohnenberger, der Schwäbische Albverein und das Statistische Landesamt, später kamen noch andere Akteure dazu, bildeten um 1900 eine Art Arbeitsgemeinschaft zur Sammlung und Erklärung von Flurnamen. Der Albverein bot das geeignete Forum, um das Thema zu popularisieren, seine Mitglieder beteiligten sich mit Fragen und Sammlungen, zu denen sie durch genaue Anweisungen auch angeleitet wurden. Die umfangreichen Sammlungsziele konnten nur durch das Mitwirken größerer Gruppen als bisher erreicht werden, das war von Anfang an klar, deshalb fungierte auch der Albverein als Ansprechpartner und Verbreitungsorgan. All dies bot den Mitarbeitern in der Fläche, neben den Vereinsmitgliedern werden auch „sonstige Freunde der Sache“ angesprochen, eine Beteiligung an wissenschaftsförmigen Aktionen und damit eine Aufwertung der Hilfs- und Basisarbeiten. Kollaborative Arbeitsformen kennzeichneten dieses Unternehmen. Ständig mussten zusätzliche gezielte Befragungsaktionen gestartet werden, um genügend zuverlässiges Wortmaterial für die Korrektur der jeweils von der Kartographischen Abteilung neu bearbeiteten Karten zu gewinnen. Dafür wurden auch immer wieder Aufrufe erlassen, Berichte in den einschlägigen Publikationsorganen lanciert, um zu Beteiligung an der Sammelaktion anzuregen, und die Frageformate immer wieder angepasst. Auf Kosten des Statistischen Amtes wurde unter anderem eine Antwortpostkarte⁷⁵ an örtliche Sachverständige versandt, die in Zweifelsfällen klären sollten,

⁷¹ Brief vom 20. Januar 1898. LVS N Bohnenberger B/26 a.

⁷² Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Orthographische_Konferenz_von_1901 [20.7.2017].

⁷³ Bohnenberger bis 1934, Dölker bis 1984, dann Ruoff bis 2006.

⁷⁴ Arno Ruoff erzählte mir später, dass amtlicherseits erneut Kontakt aufgenommen worden sei, um einen Sachverständigen zu finden, weil durch die weitere Rechtschreibreform erneut Bedarf bestand.

⁷⁵ Eine Postkarte mir vorgedruckter Adresse und Anschreiben, auf der die Adressaten nur ein paar Worte als Antwort notieren mussten.

wie bestimmte Flurnamen in der lokalen Mundart ausgesprochen wurden⁷⁶. Das Ziel war die örtlich überlieferten mundartlichen Bezeichnungen als die, so die Annahme, der ursprünglichen Benennung am nächsten kommenden Formen verständlich zu notieren und in eine örtliche Karte eintragen zu lassen. Das hatte das Statistische Landesamt im Prinzip auch versucht, allerdings nicht zur Zufriedenheit von Sprachwissenschaftlern wie Bohnenberger. In einem zweiten Schreiben des Steuerkollegiums, der vorgesetzte Stelle, vom 25. Juni 1898 an Bohnenberger, der zuvor am 5. Mai in einem nicht mehr erhaltenen Schreiben wohl die Punkte nochmals aufgezählt hatte, wurde ausdrücklich die bisherige Vorgehensweise verteidigt bzw. erläutert, dass die Flurkarten nicht als amtliche Dokumente „für historische und philologische Richtigkeit der eingetragenen Flurnamen betrachtet werden dürften“, sondern eigene Regeln gälten. Das kann unschwer als Abwehrargumentation einer unwilligen Behörde eingeschätzt werden. Währenddessen war aber das Statistische Landesamt längst intern sowie mit Bohnenberger in einen regen Austausch getreten, und binnen eines Vierteljahres hatte Bohnenberger schon erste Korrekturen geliefert und man hatte mit ihm über die genauen Abläufe von Kartenerstellung und Namenseintragungen bzw. Korrekturen verhandelt. Die Vorstellungen des Amtes und Bohnenberges mussten abgeglichen werden. Für die folgenden Jahre finden sich in den Akten des Landesamtes immer wieder Korrespondenzen rund um die Einsendung der Korrekturen, oft vermischt mit anderen Themen, denn Bohnenberger war in Sachen Landesbeschreibung ebenso aktiv wie bei anderen gemeinsamen Aktionen.

Bohnenberger hatte zugleich mit dem Sammlungsaufwurf schon erste Leitsätze für die richtige Sammlungspraxis formuliert und gleichzeitig darum gebeten, auch „Umgebungswissen“ beizufügen: „Der Mitteilung der Namen sollte eine kurze Angabe über die Bodenverhältnisse und den Anbau der betreffenden Flur beigegeben werden: ob Berg, Thal, Ebene, ob trocken, feucht, am Wasser liegend, ob Feld, Wiese, Wald, Heide.“⁷⁷

Neben der Kartenkorrektur war es Bohnenbergers Aufgabe, neue Vorlagen für die Aufnahme der Flurnamen vor Ort durch die Landvermesser zu erstellen. Diese wurden immer wieder verbessert, zuletzt 1993 durch Arno Ruoff und Konrad Kunze, die damit auch eine auf die Verhältnisse in badischen Gebieten Rücksicht nehmende Vereinheitlichung schufen⁷⁸. Neben der verbesserten amtlichen Anleitung wurden auch die Instruktionen für Laien immer wieder angepasst, bis hin

⁷⁶ Beispiele dieser Frage-Antwort-Karten wurden in der Landesstelle für Volkskunde, Stuttgart aufbewahrt. Unterlagen zu den Verhandlungen mit der vorgesetzten Stelle beim Finanzministerium bzw. Statistischem Landesamt finden sich in div. Akten LSV und im Staatsarchiv Ludwigsburg, StAL E 258 II Bü 856.

⁷⁷ BOHNENBERGER, Über Sammlung, Sp.28.

⁷⁸ Landesvermessungsamt Baden-Württemberg, Flurnamenbuch Baden-Württemberg. Flurnamenschreibung in amtlichen Karten. Aufgrund der Vorarbeiten von Karl Bohnenberger und Helmut Dölker unter Mithilfe von Konrad Kunze bearbeitet von Arno Ruoff. Stuttgart 1993.

zu standardisierten Erfassungsbogen. Teilweise wurden diese Aufgaben auch schon von Bohnenbergers Schülern übernommen⁷⁹. Aus Bohnenbergers eigener Sammeltätigkeit haben sich mehrere Exemplare von Flurnamenbüchern erhalten, die er auch für den amtlichen Gebrauch entworfen hatte und die seine Arbeitsweise dokumentieren. Eines trägt den Titel „Zum Gebrauch in der Wohnung“, ein anderes „Zum Gebrauch auf der Alb“. Bohnenberger war im Gegensatz zu Hermann Fischer ein Anhänger der direkten Erhebungsmethode und verbrachte viel Zeit auf dialektologischen Wanderfahrten, allerdings nicht nur auf der Alb⁸⁰.

Bei der Erforschung der Flurnamen komme es nicht nur auf eine mögliche etymologische Klärung an, das wurde immer wieder betont, sondern auch auf die durch die örtlichen Gegebenheiten zu erreichende Expertise für die Ableitung von topologischen Bedingungen für bestimmte Namensgebungen. Das ließe sich grundsätzlich nur durch die Kenntnis möglichst vielfältiger örtlicher Gegebenheiten erreichen, die dann für weitere Fälle als Basiswissen dienen könnten. Dazu sollte auch geschichtliches Wissen z. B. über Herrschaftsverhältnisse kommen, aus denen Fluranordnungen und die hinterlassenen Bezeichnungen abzuleiten seien. Es musste also einiges Wissen erst akkumuliert werden, ehe man zu Deutungen und zur richtigen Schreibweise kommen konnte. Württemberg war wegen der starken Aufgliederung seiner Nutzflächen durch die Realteilung besonders reich mit Flurnamen bestückt, denn sie waren auch ein Mittel, Besitztümer über ihre Benennung abzugrenzen. Voraussetzung für die frühe und umfangreiche Flurnamensammlung in Württemberg waren also die kleinteiligen Besitzverhältnisse nebst einem großen und verbreiteten Interesse an der sprachlichen Kultur des Landes. Das verweist ebenfalls darauf, dass die so genannte Siedlungsforschung als Gemeinschaftsprojekt verschiedener Disziplinen um 1900 hier einen guten Ausgangspunkt hatte.

Das reichlich anfallende Wortmaterial verlangte allmählich nach einer Systematisierung, die über Bohnenbergers Verwendung in eigenen Manuskripten hinausging⁸¹. Gleichzeitig zielte es aber auch auf Erweiterung, sodass Mitte der 1920er-Jahre die Idee einer flächendeckenden, alle Quellenbereiche einbeziehenden Erhebungsaktion aufkam, die schließlich im bewährten Verbund von Landesamt für Denkmalpflege, Abteilung Volkstum, und Statistischem Landesamt durchgeführt wurde. Das gesammelte Wortwissen wurde teils auf Karteikarten übertragen, teils in Mappen und Schränken nach Orten geordnet aufbewahrt⁸².

⁷⁹ So publizierte Walther Keinath eine Broschüre zum Thema, die lange Verwendung fand.

⁸⁰ In den ausführlichen Nachrufen werden Reisen ins europäische Ausland und durch die Alpengebiete beschrieben.

⁸¹ Seine Veröffentlichungen, deren Entwürfe heute noch in seinem Nachlass vorhanden sind, zeigen die Verwendung der Sammlungen. Beispielhaft: BOHNENBERGER, Zu Brühl.

⁸² Die Akten der Flurnamensammlung in der LVS sind heute aufgeteilt in eine A- und B-Reihe: Die B-Reihe enthält diejenigen Materialien, die wissenschaftlich bearbeitet und auf Karteikarten übertragen worden sind. Stichprobe für Dettingen/Teck: Hier hat Arno Ruoff die Rubrik „Wissenschaftliche Deutung des Namens“ ausgefüllt, die Ergebnisse sind auch auf die Karteikarten übertragen worden.

Hinzu kamen komplette, teilweise historische Sammlungen, die man übernommen hatte, wie die Ortsnamensammlung von Hugo Bazing, Landgerichtsrat in Ulm und Vorsitzender des Vereins für Kunst und Altertum in Ulm und Oberschwaben, Mitherausgeber der „Württembergischen Vierteljahreshefte für Landesgeschichte“, die im Verbund von Ulmer Verein, Württembergischen Altertumsverein und Statistischem Landesamt herausgegeben wurden. Bazing hat, so wird vermutet, angeregt durch die Arbeiten Michel Bucks⁸³, seine Sammlung zwischen 1870 und 1890 angelegt. Er schrieb alle Bezeichnungen von den Katasterkarten (1:2500) ab und ordnete sie alphabetisch nach Orts- und Flurnamen mit Verweis auf die jeweiligen Karten und nach Grundwörtern. Gelegentlich notierte er Erläuterungen dazu. Im Gegensatz zu Bucks bedeutender und – nach der Einschätzung von Arno Ruoff – auch heute noch eine sinnvolle Grundlage bietender Arbeit hat die Bazing'sche Sammlung nur einen historischen Wert, für die Flurnamenforschung als solche war sie nie nutzbar. Denn Bazing notierte lediglich Bezeichnungen, die in den Katasterkarten zu finden waren, und diese befanden die Flurnamenforscher um 1900 als weitgehend unbrauchbar, weil sie durch die Erhebung der mundartlichen Form zur ursprünglichen Bedeutung der Namen gelangen wollten und wussten, dass die Katasterkarten vielfach unrichtige und verfälschte Namen enthielten. Dennoch wurde Bazings Sammlung wie ein Schatz behandelt, dem man sogar ein eigenes Gehäuse widmete, den sogenannten Bazing-Schrank, der auch immer wieder als bedeutende Ressource der Flurnamenarbeit erwähnt wurde. Die Sammlung war eine Kapitalie, die ihren Wert durch das Ansehen und die Bedeutung Bazings für die historischen Vereine Württembergs erhielt, was man als Erwartung auf den Inhalt seiner Sammlung und ihre zukünftige Nutzbarkeit übertragen hat. Der Schrank wurde zusammen mit dem Material von Bazings Erben 1894 abgekauft. Gefordert waren 2000 Mark, bezahlt wurden nach einem eher kritischen Gutachten 200 Mark⁸⁴. Begutachtung und Finanzierung erfolgten durch die Historische Kommission, der Erwerb der Sammlung zielte aber auf den Gebrauch im Statistischen Landesamt und gehörte insgesamt in dessen Strategie, sich mit ausreichend Material und Expertise auszustatten. So hatte man schon früher Nachlässe von externen Mitarbeitern aufgekauft und in die jeweiligen Sammlungen zu den Oberämtern eingegliedert. Die Bazing-Sammlung ging später in das Flurnamenarchiv über.

Der Schrank existiert nicht mehr, er wurde im Krieg beschädigt, heißt es in einem Zustandsbericht unmittelbar nach der Wiederaufnahme der Geschäfte im Denkmalamt bzw. Landesstelle für Volkskunde⁸⁵; heute sind nur noch Reste der alten Zettel und zwei divergierende Abschriften vorhanden, die eine Art zusammenfas-

⁸³ Vgl. BUCK, Oberdeutsches Flurnamenbuch.

⁸⁴ Vgl. StAL E 216 Bü 266, Akten der Württembergischen Kommission für Landesgeschichte, „Geförderte, nicht vollendete oder abgelehnte Projekte 1891–1933“.

⁸⁵ Vgl. DÖLKER, Von der Stellung der Volkskunde beim Neuaufbau des Bildungswesens. Beilage zu einem Bericht vom 23. Juli 1947 an das Kultministerium. In: LVS N/Altregistratur B/1.

sende Bearbeitung der ursprünglichen Zettel darstellen. Die eine befindet sich heute mit dem übrigen Material der Flurnamensammelstelle/Flurnamenarchiv in der Landesstelle für Volkskunde in einem neuen Bazing-Karteischränk, die andere ist die oben schon erwähnte Sammlung „Ortsnamen“ in der Universitätsbibliothek Tübingen. In dieser Zusammenstellung entfaltete die Sammlung an anderer Stelle durchaus eine wichtige Funktion, nämlich als Quelle für das „Schwäbische Wörterbuch“, für das Hermann Fischer die Karteikarten abschreiben ließ und auch verwendete.

Zwischen Fischers Arbeiten für das „Schwäbische Wörterbuch“ und Bohnenbergers Forschungen gab es reichlich Austausch: Wortbestände, die für beide wichtige Informationen lieferten, wurden durchaus hin- und hergereicht. Bohnenberger erwähnt in seinen Beiträgen zur Wortforschung zum Beispiel in den „Volkskunde-Blättern für Württemberg und Hohenzollern“, dass er Belege bzw. Zettelmaterial erhalten habe, das im Rahmen der Arbeit am Wörterbuch erhoben worden war. Durch den steten Zugewinn an Material ist aus der Flurnamensammelstelle allmählich das Württembergische Flurnamenarchiv geworden. Zuerst wurde es nur inoffiziell so genannt, dann wurde es Ende der 1920er-Jahre vom Leiter der neuen Abteilung Volkstum im Landesdenkmalamt auch offiziell so geführt. Davon wird im nächsten Kapitel noch die Rede sein. Heute ist das Flurnamenarchiv mit über 100000 Karteikarten und Materialien Teil der Sammlungen der Landesstelle für Volkskunde in Stuttgart, die wiederum inzwischen als Abteilung zum Landesmuseum Württemberg gehört, und steht der Benutzung nach wie vor offen.

Zur Konzeption der Flurnamenstelle gehörte, dass anhand der gesammelten Materialien nicht nur die amtlichen Vorlagen systematisiert werden sollten, sondern dass das gesammelte Wissen auch wieder an die Öffentlichkeit zurückgegeben und weiteren wissenschaftlichen Bearbeitungen zur Verfügung stehen sollte. So kündigte Bohnenberger schon im ersten Aufruf an, dass die Sammelnden auch Auskunft erhalten könnten und eine stete Publikation von Ergebnissen erfolgen werde, gerade auch in der Vereinszeitschrift. Mit der Zeit entstand so eine Reihe von Untersuchungen zu den Flurnamen einzelner Gemeinden. Helmut Dölker, Bohnenbergers Schüler und Nachfolger im Amt des Schriftsachverständigen, erarbeitete eine einschlägige Dissertation zu den Flurnamen der Stadt Stuttgart⁸⁶. Nach diesem Vorbild verfassten später noch einige seiner Schüler Abschlussarbeiten und Dissertationen. Darunter fällt besonders die Arbeit von Hermann Rumpff über die Tübinger Flurnamen auf. Tübingen hat in der Katasteraufnahme Württembergs eine besondere Stellung inne: Hier lag in Johann Gottlieb Friedrich von Bohnenbergers Turm im Tübinger Schloss der Nullpunkt der Landesvermessung, hier begann 1818 die Kartierung und hier endete sie 1848 wieder⁸⁷. Hermann Rumpffs

⁸⁶ Vgl. DÖLKER, Die Flurnamen.

⁸⁷ Das Vermessungsamt der Stadt Tübingen besitzt noch heute die alten Feldtagebücher (Brouillon) und Karten der Katasteraufnahme Tübingens. Ich danke Frau Hoffmann und Frau Tausch für die Möglichkeit der Einsichtnahme.

Dissertation „Die Flurnamen von Tübingen in ihrer sprachlichen und siedlungsgeschichtlichen Bedeutung“ von 1961 ist ein heute noch im Stadtarchiv Tübingen genutztes Standardwerk⁸⁸. Beispielsweise können hier Zweifelsfälle bei der Benennung neuer Straßen geklärt werden. Durch ihre Sorgfalt und ihrer nach Dölkers Vorbild strukturierten Darstellung hat diese Arbeit nicht an Gültigkeit verloren. Leider wurden Rumppps Ergebnisse seinerzeit nicht wie üblich in das Flurnamenarchiv auf Karteikarten übertragen, aber seine damaligen Kartenvorlagen sind als Mappe „Tübingen“ im Archiv erhalten geblieben. Man kann davon ausgehen, dass alle Arbeiten zu Flurnamen in Württemberg im Flurnamenarchiv und bei der Württembergischen Landesstelle für Volkskunde wenigstens ihre Spuren hinterlassen haben⁸⁹.

d) Ein Feld der Konkurrenzverhältnisse

Was bisher als harmlose Wortforschung geschildert wurde, die der Logik von Sprachgeschichte, Siedlungsgeschichte und Rechtschreibung folgte und obendrein eine die Kreise von Wissenschaft, Behörden- und Laienforschung verbindende Aktion mit hohem Mitmachfaktor darstellte⁹⁰, war gleichzeitig ein von Konkurrenzverhältnissen geprägter Beschäftigungsbereich, in dem letztlich nur jene reüssierten, die über ausreichende Ressourcen verfügten. Die Mitmachaktion „Flurnamensammeln“ erzeugte auf der einen Seite Experten, die das gesammelte Vor-Ort-Wissen in wissenschaftliches Wissen überführten, und auf der anderen Seite Sammler, die sich selbst nicht zu viel an Deutungshoheit beimessen durften, gleichzeitig aber so weit hinzugezogen werden mussten, damit sie mit ihrer Tätigkeit nicht aufhören. Das Kollaborative dieser Aktion, dessen Vorbild die naturforschenden Aktionen gewesen sein mögen, endete bei der Deutungslegitimation, und die lag bei Bohnenberger. Zahlreiche Publikationen für unterschiedliche Öffent-

⁸⁸ Ich danke Herrn Udo Rauch, Stadtarchiv Tübingen, für weiterführende Hinweise. Die seinerzeit maschinenschriftlich eingereichte Doktorarbeit von Hermann Rumpff wurde inzwischen von seiner Tochter Dr. Gisela Rumpff für eine Druckfassung bearbeitet.

⁸⁹ Mitte der 1990er-Jahre wurde am Ludwig-Uhland-Institut in einem studentischen Projekt unter Leitung von Arno Ruoff (Tübinger Arbeitsstelle „Sprache in Südwestdeutschland“) eine Pilotstudie zur Erneuerung der Flurnamenforschung am Beispiel Nagold erstellt. Ziel war es, die Gemeinden auf ihre vom Verschwinden bedrohten Flurnamen aufmerksam zu machen und zu einer Förderung solcher Forschung anzuregen. So entstanden eine ganze Reihe von Flurnamenuntersuchungen nach dem Schema „Die Flurnamen von ...“ und weitere durch die eigenständige Arbeit damaliger Studenten. Das Flurnamenarchiv verdankt ihnen einen weiteren Zuwachs an Karteikarten und damit an weiterhin nutzbaren Wortmaterialien. Vgl. RUOFF, Die Tübinger „Arbeitsstelle“, besonders die Bibliografie.

⁹⁰ Sabine Imeri hat im Umfeld der preußischen Schulreform darauf hingewiesen, dass Volkskunde auch über ihre hohe Anregung zur Beteiligung etabliert wird. Vgl. IMERI, ‚Sozialkitt‘.

lichkeiten von wissenschaftlich bis volksbildnerisch zeugen davon. Folglich hat er auch möglichst viel Material bei sich in Tübingen gesammelt. Dieses stellt eine der Ressourcen dar, die Bohnenberger in prekären Situationen als Kapitalien in die Verhandlungen um seine oder die Positionen seiner „Sache“ einzubringen versuchte, was an späterer Stelle näher erläutert wird.

Die Flurnamenexpertise war in diesem Umfang von Bohnenberger vielleicht nicht intendiert und er klagte durchaus über bestimmte Aspekte dieser Angelegenheit, vor allem darüber, dass die Leute wirklich Auskunft wollten, was er ja zugesagt hatte und was zeitlich schwer zu leisten war. Der Expertenstatus an und für sich war aber sicher beabsichtigt, denn Bohnenberger musste sich im Feld der regionalen Sprachforschung eine eigene Nische suchen, weil der Bereich des Wörterbuchs bereits durch Fischer besetzt war. Beide verbindet dennoch ein kollegiales – und zumindest in Anreden nachvollziehbar – auch freundschaftliches Verhältnis, was jedoch nicht heißt, dass es ungetrübt von Konkurrenz und fachlicher Kontroverse war. Bohnenberger kümmerte sich nach Fischers Tod auch um diverse andere Angelegenheiten, nicht zuletzt um die vorläufige Abwicklung des Literarischen Vereins in Stuttgart. Er suchte also eigene Spielfelder nicht nur bei den Themen, sondern auch bei den Methoden, die er deutlicher in Richtung direkter Erhebungen lenkte als Fischer und von Keller. Dabei konnte er sich selbst als „wandernden“ Forscher etablieren, was auch seinen Neigungen zu extremen körperlichen Leistungen entgegenkam⁹¹. Nicht zuletzt suchte er die Felder auch nahe der eigenen Milieus, in „seinen“ Vereinen, die er für sich mobilisieren konnte. Und er konnte auf ein schon bestehendes Wissensmilieu zurückgreifen, das im Statistischen Landesamt, im Vorstand des Schwäbischen Albvereins und in der Kommission für Landesgeschichte angesiedelt war und teilweise schon aus seinen Studienjahren stammte (Verbindungswesen, ev. Stift etc.). Der erneute Sammlungsauftrag aus den späten 1920er-Jahren zeigt mit den namhaften Beteiligten die Verankerung in verschiedenen Behörden und Milieus. Das wird im Kapitel V näher ausgeführt, in dem auch die weiter zunehmenden Konkurrenzverhältnisse auf dem Feld der Flurnamen erwähnt werden.

⁹¹ Vgl. ENGEL, Karl Bohnenberger.

3. Sammlung volkstümlicher Überlieferungen oder: Wie man eine wissenschaftsförmige Aktion initiiert

Von der Aktion zur „Sammlung volkstümlicher Überlieferungen“, so der zeitgenössische Titel, war an einigen Stellen hier schon die Rede. Es handelt sich um Karl Bohnenbergers zweites Sammlungsunternehmen, für das die offiziellen Vorarbeiten ein gutes Jahr nach der Flurnamenaktion begannen. Bohnenberger schrieb am 28. März 1899 an das ihn bereits als nebenamtlichen Mitarbeiter führende Statistische Landesamt, es „möchte in Gemeinschaft mit einer Anzahl von Gelehrten + Mitarbeitern eine das ganze Land umfassende Sammlung volkstümlicher Überlieferungen veranstalten“⁹². Es lohnt sich, an dieser Stelle das Schreiben in Gänze wiederzugeben, um den Duktus, die Argumentationslogik, den Einsatz von Rhetorik und die Einlassungen über Volkskunde nachvollziehen zu können: „Als volkskundliche Überlieferungen gelten Sitte + Brauch, Glaube + Sage, volkstümliche Lieder + Reime, sprachliche Ausdrücke, soweit sie damit in Beziehung stehen.

Diese Gegenstände werden heute von der Wissenschaft ernstlich bearbeitet, weitere Kreise wenden ihnen Interesse + Aufmerksamkeit zu. Man hat in den letzten Jahren rings in unserer Nachbarschaft zu sammeln begonnen, in der Schweiz, Baden, Bayern, Sachsen, in einer Reihe von preußischen Provinzen. Schon um der Ergänzung der Arbeit der Nachbarn willen sollte Württemberg nicht länger zurückstehen. Es sollte aber auch aus dem Grunde mit der Sammlung nicht länger gewartet werden, weil unter dem Einflusse des modernen Verkehrs im Verlauf von 10 Jahren mit dem Hingange der ältesten Generation ein gut Teil dieser Überlieferungen in Vergessenheit geraten wird.

Es hat sich auf meine Anregung hin ein Kreis von Männern bereit erklärt, sich der Sammlung + Verarbeitung dieser Überlieferungen zu unterziehen. Es sind die Herren Stadtpfarrer Gauß in Schwaigern, Professor Dr. Kolb in Hall, Schulinspektor Pfarrer Reiter in Steinhausen, Dr. Weller in Stuttgart. Andere wie Prof. Dr. Voretzsch in Tübingen, Pfarrer Dr. Losch in Hausen a. d. Z. werden beitreten, weitere werden gesucht. Wir rechnen auf einen Kreis von etwa 12 Männern, den ich Kürze halber weiterhin als ‚Vereinigung für Volkskunde‘ bezeichnen werde. Private Kräfte reichen aber nicht aus. Zum mindesten würde die Vereinigung f. V[olkskunde]. für die Herstellung der auszugebenden Fragebögen staatlicher Unterstützung bedürfen. Es erscheint mir aber noch weitergehende staatliche Beteiligung wünschenswert. Allein bei solcher wird die Arbeit mit der wünschenswerten Gründlichkeit durchgeführt + der gesammelte Stoff in passender Weise weiteren Kreisen zur Kenntnis gebracht werden.

Unter den Staatsbehörden glaube ich im K. Landesamte diejenige sehen zu dürfen, welche nach Geschichte wie heutigem Arbeitsgebiet die Sammlung volkstümlicher Überlieferungen am nächsten liegt. Die zu sammelnden Überlieferungen

⁹² StAL E 258 II, Bü 856, 1. Unterstreichungen folgen dem archivierten handschriftlichen Brief.

treffen mit dem Stoffe zusammen, welchen Landes- + Oberamtsbeschreibungen in den Capiteln: Lebensweise + Sitten, Volkssage behandeln. Die angesehene Sammlung könnte die Grundlage für künftige Bearbeitungen dieser Capitel geben. Andererseits bin ich mit den Herrn der Vereinigung f. V. der Meinung, daß dem K. Landesamte für sich allein die Kräfte fehlen, um eine auf das ganze Land ausgedehnte Sammlung durchzuführen. Wir halten daher ein Zusammengehen des K. Landesamtes mit der Vereinigung f. V. für das Zweckmäßigste + erlauben uns darum die ergebenste Bitte auszusprechen: es möchte das K. Landesamt in Gemeinschaft mit der Vereinigung für Volkskunde die vorgeschlagene Sammlung veranstalten.

Die Ausführung im einzelnen würde meines Erachtens in folgender Weise geschehen können. Es wird ein Fragebogen entworfen, anschließend an die Fragebögen verwandter Unternehmungen. Dieser Fragebogen wird für die Landgemeinden durch die einzelnen Ortsschulinspektorate an Pfarrer und Lehrer gemeinschaftlich gegeben mit der Bitte, diese möchten sich nach Vermögen und Neigung in die Beantwortung teilen + etwaige sonstige passende Persönlichkeiten, insbesondere Oberförster, Ärzte, Notare, Geometer um Beiträge angehen. Für die Städte sind besondere Vertrauensmänner zu suchen. In öffentliche Blätter (Staatsanzeiger, Merkur, mit Bitte um Nachdruck) wird ein Aufruf gegeben, welcher jedermann im Interesse der Sache zu Beiträgen auffordert. Die Verarbeitung der Antworten beginnt mit der Herstellung eines eingehenden Sachregisters auf Zetteln. Auf Grund dieses Registers können nachher systematische Zusammenstellungen + Veröffentlichungen folgen. Veröffentlichungen sollen auf eine Anzahl von Jahren regelmäßig in den w. Jahrbüchern für Statistik + Landeskunde erfolgen, im Jahrgang 1–2 Bogen des jetzigen Formats umfassend. Dazu kommt die Veröffentlichung der Überlieferungen einzelner Bezirke sowie eines Überblicks über die des ganzen Landes in den Oberamts- + Landesbeschreibungen. Eine eingehendere einheitliche Darstellung könnte sich später nach Umständen anreihen. Von den Veröffentlichungen in den Jahrbüchern f. St. u. L.K. werden sovieler Abzüge hergestellt, daß solche an die Amtsstellen, welche die Fragebg. beantwortet haben, + an alle Privatpersonen gegeben werden können, welche sich um die Sache verdient gemacht haben, auch noch einige um billigen Preis im Buchhandel zur Verfügung stehen. Unentgeltliche Verteilung der Abdrücke an die Sammler erscheinen mir aus Gründen der Billigkeit nötig, die Bitte um Ergänzungen könnte damit verbunden werden.

Im beiderseitigen Interesse halte ich eine ausdrückliche Abgrenzung zwischen der Beteiligung des K. Landesamtes + der Vereinigung f. V. für geboten. Die Ausführung des Unternehmens wird eine Reihe von Jahren in Anspruch nehmen + bei Wechsel der Personen wären Verschiebungen in den Anschauungen nicht ausgeschlossen. Der Vorschlag, wie ich ihn im folgenden aufzustellen mir erlaube, entspricht meines Erachtens der Billigkeit.

1) Das Unternehmen als ganzes gilt als gemeinschaftliche Veranstaltung des K. Landesamtes + der Vereinigung f. V. 2) Die Fragebögen werden vom k. Landesamt + der Vereinigung f. V. gemeinschaftlich entworfen. 3) Die Drucklegung der Frag-

bögen übernimmt das K. Landesamt 4) die Versendung der Fragebögen an sämtliche Ortsschulinspektorate übernimmt ebenfalls das K. Landesamt, ebenso das Porto für die als portopflichtige Dienstsache eingesandten Antworten. Über die Versendung von Fragebögen an Vertrauensmänner in den Städten ist je nach Lage der Sache zu entscheiden. 5) der Aufruf in öffentlichen Blättern geht von der Vereinigung aus. 6) Sämtliche einlaufende Antworten + Beiträge, sowohl die von den Amtsstellen als die von den Privatpersonen gelieferten, werden Eigentum des k. Landesamtes. 7) Die Vereinigung f. V. übernimmt die Erstellung des Sachregisters. 8) Das Recht der Verwendung der Sammlung zu Veröffentlichungen im Druck steht dem K. Landesamt von Anfang an für die Zwecke der Oberamts- + Landesbeschreibungen zu, im übrigen kommt dieses Recht auf die Dauer von 10 Jahren gerechnet von der Ausgabe der Fragebögen den Mitgliedern der Vereinigung zu. Zur Erteilung des Rechts der Veröffentlichung an andere Personen bedarf es während dieser Zeit der gemeinschaftlichen Zustimmung des K. Landesamtes + der Vereinigung. Die Veröffentlichungen durch Mitglieder der Vereinigung f. V. sollen zunächst in den Jahrbüchern für Statistik + L.K. geschehen, an anderer Stelle nur mit Einwilligung des Landesamtes. Doch soll diese Einwilligung, so nicht das Interesse der württembergischen Publicationen im Wege steht, nicht versagt werden. 9) Mitgliedern der Vereinigung f. V., welche Veröffentlichungen zu machen wünschen, sind die betreffenden Teile der Sammlung in ihre Wohnung zu geben, falls nicht das K. Landesamt dieselben zu gleicher Zeit für seine Zwecke bedarf.

Eine derartige Abgrenzung der Pflichten + Befugnisse halte ich für billig + mit Rücksicht auf die Mitarbeiter geradezu für geboten. Dem k. Landesamte käme danach für die Übernahme der Druck- + Portokosten der Fragebögen insbesondere der Besitz der Sammlung + deren Verwendung für die Oberamts- + Landesbeschreibungen zu. Andererseits bin ich der Meinung, daß die freiwilligen Mitarbeiter, die sich in größerer Zahl beteiligen + den Hauptteil der Arbeitslast auf sich nehmen sollen, ausdrücklich als Mitbeteiligte zu erscheinen haben + daß ihnen gewisse Vorrechte für die Veröffentlichung einzuräumen sind. Diejenigen Herren, welche bisher ihre Beteiligung zugesagt haben, haben dies zunächst auch nur für das ursprünglich ins Auge gefaßte private Unternehmen gethan. Sollen diese festgehalten + sollen weitere Mitarbeiter dazugewonnen werden, so kann dies m. E. nicht ohne eine gewisse Würdigung des Verdienstes dieser Herren geschehen, in einem völlig als staatlich bezeichneten Unternehmen würde dies zu sehr zurücktreten.

Ich bitte das K. Landesamt zu meinem Vorschlage im allgemeinen wie zu den einzelnen Punkten gef. Stellung zu nehmen. Mit vorzüglicher Hochachtung K. Bohnenberger. Tübingen, 28. März 1899.⁹³

Im Herbst 1899 erschien der hier vorgeschlagene Aufruf und lag das Übereinkommen zwischen Amt und Vereinigung im Druck vor, im Jahr 1900 wurde diese Sammlung zur Aufgabe in den sogenannten Schulkonferenzen und es entstanden im Laufe der nächsten Jahre um die 600 Beiträge, überwiegend sogenannte Konfe-

⁹³ Ebd.

renzaufsätze – ein Instrumentarium, dessen sich schon Adelbert von Keller bedient hatte⁹⁴. Bohnenbergers Initiative war also erfolgreich. Format und Thema waren jeweils schon vorher gesetzt gewesen, daran konnte angeknüpft und das Feld von dort aus begangen werden.

a) Verhandlungen für eine öffentlich-private Partnerschaft

Mit der Feststellung der erfolgreichen Lancierung und Implementierung dieser Aktion hat man sich bisher in der Historiografie begnügt. Helmut Dölker beschrieb in einem der zahlreichen Nachrufe auf Bohnenberger sogar recht ausführlich, wie wichtig das Zusammengehen mit dem Landesamt dafür war, dass Julius von Hartmann sich maßgeblich dafür eingesetzt hatte und auch dass es Bohnenbergers ganzer Stolz war, nebenamtlicher Mitarbeiter des Amtes zu sein⁹⁵. Aber die Organisation der Zusammenarbeit als solche und die gemeinsame Arbeitsweise wurde nicht untersucht, das entsprach nicht dem Wissenschaftsverständnis. Unter welchen Bedingungen Wissenschaft entsteht, zeigt sich aber auch an den Verhandlungen und Beteiligungsmodellen solcher Unternehmungen. Darauf soll hier das Augenmerk gelegt werden. Was war vor der brieflichen Kontaktaufnahme mit dem Landesamt schon geschehen, was passierte bis zur Publikation des Aufrufs und was danach?

Zunächst zur ersten Frage: Es ist eigentlich nicht vorstellbar, dass Bohnenberger ohne vorherige Abstimmungen dem Landesamt einen derart differenzierten und umfangreichen Vorschlag für eine Unternehmung machen konnte, die eine gleichberechtigte Zusammenarbeit nach dem heute sogenannten Modell der Public-Private-Partnership bedeutete. Dieses Modell soll hier nicht weiter beschrieben werden⁹⁶, sondern mehr als Marker dafür stehen, dass hier ein neuer Ansatz unternommen wurde, ein Kooperationsmodell, das Ressortforschung und privatgelehrte, akademisch ausgebildete Forschung kombinierte und in dem es durchaus um Ökonomien ging, wenn auch der Kapitaleinsatz mehr im Bereich des Nichtmonetären lag. Das kulturelle, das wissenschaftliche und das Humankapital der Vereinigung für Volkskunde auf der einen und das finanzielle und administrative Kapital des Statistischen Landesamts auf der anderen Seite gingen hier quasi eine Geschäftsbeziehung ein. Dazu gehörte, dass ein Nutzen für beide Seiten formuliert und eine Win-Win-Situation aufgezeigt werden musste, auch wenn sie schlussendlich nicht oder anders als geplant eintrat. Deutlicher als bisher wurden daher bei diesem Unternehmen auch die Bedingungen und Regeln der Partnerschaft festgelegt und die Nutzungsrechte verhandelt. Das war etwas anderes als die bisherigen Beauftragungs-

⁹⁴ In der Landesstelle für Volkskunde befindet sich außer von Kellers Sprachaufsätzen noch ein Konvolut von Seminaristenaufsätzen von 1850 zur volkstümlichen Überlieferung.

⁹⁵ DÖLKER, Karl Bohnenberger.

⁹⁶ Obwohl die sehr gute Übersicht auf Wikipedia einige Ansatzpunkte dazu liefert. S. http://de.wikipedia.org/wiki/öffentlich-private_Partnerschaft [20. 7. 2017].

modelle oder die Verteilung der Aufgaben auf akademieartige Organisationen (Verein für Vaterlandskunde, Kommission für Landesgeschichte). Die starke Beteiligung des Staates scheint auch im Vergleich zu anderen Sammlungsaktionen ein bedeutender Unterschied zu der punktuellen Förderung in anderen Regionen gewesen zu sein. Das hatte sich in der Flurnamensammlung schon angedeutet und wurde nun ausgebaut. Hier kam ein durchaus selbstbewusster Impuls von außen. Bohnenberger erwähnte in seinem Schreiben, dass zunächst nur an einen privaten Kreis von Aktivisten gedacht war, aber die vorgesehenen Personen sind genauso wenig dokumentiert bzw. nicht auffindbar wie die diesem Schreiben sicher vorausgehenden Kontakte. Dabei existieren zwei sich gegenseitig überschneidende und ergänzende archivalische Überlieferungen aus Bohnenbergers und aus dem Behördennachlass.

Aus verschiedenen Indizien, die in den vorherigen Kapiteln dargelegt wurden, kann man aber den Schluss ziehen, dass aufseiten des Amtes eine Nachfrage nach dem angebotenen Wissen und eine strukturelle Bedingung zur Auslagerung der Wissensbeschaffung bestanden hat, ebenso zu einer permanenten Sammlung von Wissen, sodass von daher beim Landesamt die Bereitschaft vorhanden war, auf dieses Angebot zur Wissensvermehrung einzugehen. Bohnenberger argumentierte ebenso, dass das erhobene Wissen in die Aufgaben der Landesbeschreibung passen würde. Zu diesen Indizien gehören auch die bereits 1894 von Julius Hartmann wieder aufgenommenen Aktivitäten zur Führung von Ortschroniken, die Zunahme an Aufgaben für die Behörde und die stete Suche nach externen Mitarbeitern für die Landesbeschreibung, wie in den vorigen Kapiteln dargestellt. Auch die Zügigkeit, mit der die Angelegenheit zu einer einvernehmlichen Regelung kam, die weitestgehend Bohnenbergers Vorschlag entsprach, kann man dazu rechnen, aber man kann auch annehmen, dass Bohnenberger wusste, was er vorschlagen konnte. Folglich ist davon auszugehen, dass Vorverhandlungen stattfanden. In welchem Rahmen und wer mit wem im Einzelnen verhandelte, das ist nicht nachweisbar, eine gewisse Milieudichte der Beteiligten kann aber als sicher gelten. Aktenmäßig nachvollziehbar sind aber erst die Abläufe der Verhandlungen nach dem ersten Brief.

Das Amt verständigte sich nach Bohnenbergers Brief zunächst intern, Bohnenberger lieferte dann Entwürfe für Fragebogen, Vereinbarung und Vorgehensweise, schwierige Punkte versuchte man gemeinsam anzugehen. So wurden zunächst die katholischen und evangelischen Schulämter, die katholischen Dekanate, das evangelische Konsistorium sowie der katholische Kirchenrat jeweils vom Amt informiert, was das Vorhaben sei und dass sie die Schreiben dann an ihre untergeordneten Stellen weiterleiten mögen bzw. sollen. Aber auch Bohnenberger machte wiederholt Vorschläge, welche Vorgehensweise auf katholischer und evangelischer Seite jeweils angemessen wäre. Das ist nicht nur eine Frage paritätischer Beteiligung wie für die Vereinigung für Volkskunde, sondern es handelt sich zu dieser Zeit um die der Lehrerschaft und natürlich der Geistlichen übergeordneten Stellen. Wenn man auf diese zurückgreifen wollte, musste man erst jene einbeziehen. Außerdem waren so auch zwei Ministerien beteiligt, das Kultministerium und das

Finanzministerium, dem das Statistische Landesamt unterstellt war. Mit diesen musste jeweils Einverständnis erzielt werden. Bohnenberger wiederum musste, wie in seinem Schreiben schon angekündigt, zwölf Männer zusammenbringen, die er für die Repräsentanz des Unternehmens wie für die Auswertung und Bearbeitung des gesammelten Materials brauchte. Zumindest auf der katholischen Seite war er bis zum 13. Juni 1899 noch nicht recht vorangekommen⁹⁷. Dafür hatte man die Vereinbarung so weit modifiziert, dass Bohnenberger im selben Brief sein Einverständnis erklärte und ankündigte, dass in Bälde der Entwurf für den Aufruf und den Fragebogen folgen werde. Dieser liegt mit Überarbeitungsspuren versehen den Akten des Statistischen Landesamtes bei, ihm folgte im Herbst die gedruckte Fassung. Ein relativ schnelles Verfahren, dem mit dem Hinweis „eilt“ wohl eine gewisse Dringlichkeit für die Erledigung beigemessen wurde. Abgedruckt wurde der Aufruf dann in verschiedenen Publikationsformaten, in Zeitungen, im Jahrbuch etc., vor allem aber wurden Einzeldrucke hergestellt, die Bohnenberger auf 4000 berechnete, die auch auf Kosten der Behörde gedruckt wurden (die Finanzierung aller Ausgaben lag laut Vereinbarung beim Staat). Von den Vereinbarungen selbst wollte er dagegen nur 100 gedruckt haben, weil sie nicht für die Öffentlichkeit bestimmt seien.

Die Vereinbarung über die Zusammenarbeit, die Nutzungsrechte, die Finanzierung, die Publikation und die Gratifikationen und Zirkulationen des Wissens sind für die Geschichte der Etablierung von Volkskunde möglicherweise wichtiger als die in den Fragebogen gestellten Fragen, die Inhalte ihrer Beantwortung und ihre Bearbeitung. Auf jeden Fall sind sie folgenreicher, wie noch zu zeigen sein wird.

b) Material und Methode

Die bisher schon erprobte Vorgehensweise mit Aufrufen und Fragebogen wurde bei diesem Unternehmen noch einmal präzisiert und untereinander abgestimmt. Die Erfahrungen aus der Flurnamensammlung spielten dabei sicher genauso eine Rolle wie die aus den Oberamtsbeschreibungen bzw. der Landesbeschreibung, das betonte Bohnenberger in seinem Initiativschreiben, um auch den methodischen Zusammenhang hervorzuheben; dazu gehören nicht zuletzt die Erfahrungen aus den Erhebungen für das „Schwäbische Wörterbuch“. Es werden im Folgenden die Erhebungs- und Auswertungsmethoden und der Umgang mit dem gewonnenen Material untersucht, zunächst aber wird das Frageformat betrachtet.

Der „Fragebogen für die Sammlung volkstümlicher Überlieferungen in Württemberg“ ist in fünf Hauptbereiche unterteilt: I. Sitte und Brauch, II. Nahrung und Kleidung, Wohnung und Geräte, III. Glaube und Sage, IV. Volksdichtung, V. Mundart. Sie werden mit bis zu sechs Unterbereichen unterschiedlich stark

⁹⁷ Vgl. StAL E 258 II Bü 856, Brief Bohnenbergs an K. Statistisches Landesamt vom 13. Juni 1899.

differenziert. Dabei muss man sich den ausgegebenen Fragebogen als eine Sammel- und Schreibanregung vorstellen und nicht als einen im Sinne von Frage und Lücke genau vorformatierten Katalog. Deshalb sieht der Fragebogen auch keinen Platz zur Beantwortung vor, sondern es wird nur auf die Einteilung des Papierformats für den erwarteten Aufsatz hingewiesen: Foliobogen, halbgebroschen oder zumindest mit breitem Rand; er ist dazu mit „Fragbogen“ überschrieben und entspricht von der Typologie her mehr dem Frageplan (s. Kapitel III) und nicht einem modernen Fragebogen. Bohnenberger machte im Vorfeld schon deutlich, dass er nicht zu viel vorgeben wolle, damit die Breite des Vorhandenen nicht durch Vorgaben eingeengt werde. Darauf nahm er in seiner ersten Publikation mit Darstellungen des Materials in den Statistischen Jahrbüchern nochmals Bezug, indem er schrieb: „Ergänzungen erbitte ich nicht nur betreffs der Gegenstände, sondern auch betreffs der Verbreitung derselben. Es kommt uns auch darauf an, die Verbreitung der einzelnen Vorstellungen und Gebräuche festzustellen.“⁹⁸ Darin zeigte sich zugleich eine Präferenz für die an der Sprachgeografie geschulte Vorstellung von der räumlichen Verbreitung bestimmter Verhaltensweisen, materieller Kultur, parareligiöser und religiöser Praktiken, Erzählungen und anderes mehr. Die zeitliche Dimension stand demgegenüber kaum im Fokus. Die Themen des volkskundlichen Kanons zeichneten sich nicht nur in der württembergischen volkskundlichen Umfrageaktion durch eine räumliche Dimension aus, es war insgesamt der volkskundliche Denkstil, der durch die philologische Tradition mitbegründet wurde und in der Kartierung des späteren Volkskundeatlas seinen Höhepunkt fand⁹⁹. Das entsprach auch dem Denkstil der württembergischen Landesbeschreibung und ergänzte sich daher. Die Fragestellung und die begleitenden Erläuterungen präfigurierten zeitliche Uneindeutigkeiten in der Beantwortung, weil sie Chronologien unterthematisierten. Bohnenberger formulierte die zeitliche Dimension als das, was noch Gültigkeit habe („lebende Überlieferung“) oder von dem noch Kenntnis vorhanden ist („Aufzeichnung abgegangener Überlieferung“)¹⁰⁰. Auch in den kursorisch durchgesehenen Konferenzaufsätzen sind die Schwierigkeiten erkennbar, die die Autoren bei der Erfassung und Darstellung zeitlicher Bezüge hatten. Gerade wenn die Gegenwart keine nennenswerten Befunde im Sinne der Fragestellung aufwies, gab es, wie schon bei den statistischen Erhebungen festgestellt, die typische Verschiebung des Geschilderten in eine zeitlich unbestimmte Vergangenheit.

Die papierernen Praktiken dieser Aktion bestanden meist im Verwenden der geforderten Papiergröße und Blatteinteilung, der sorgfältigen Schreibtechnik, dem Binden der Bogen zu Heften, dem mehrmaligen Um- und Einsortieren in verschiedene Aufbewahrungszusammenhänge: Das Material, das unter Aufsicht der Schulämter hergestellt wurde, gehörte zu Teilen dem Statistischen Landesamt, fand Verwendung bei Bohnenberger und seinen Mitarbeitern, wurde von ihm in der

⁹⁸ BOHNENBERGER, Mitteilungen, S. 1.

⁹⁹ Für die Trachtenforschung dargelegt in: KELLER-DRESCHER, Tracht.

¹⁰⁰ Aufruf zur Sammlung volkstümlicher Überlieferung o. Pag. (S. 2). StAL E 258 II Bü 856.

Universitätsbibliothek Tübingen eingelagert, dann an die Abteilung Volkstum abgegeben und nach der Kriegseinlagerung in Marbach gelangte es in die Landesstelle für Volkskunde. Auf den erhaltenen Aufsätzen, derzeit zählt man noch 546¹⁰¹, sieht man die Spuren der Auswertungsdurchgänge wie z. B. farbige Unterstreichungen, Signaturen, Kürzel für Verweise auf Kapitel und anderes. Das verbindet noch auf dem Papier die Darstellungs- und die Auswertungspraktiken.

Von den auswertenden Bearbeitern sind – neben Bohnenberger – nur jene bekannt, die auch als Autoren der späteren Berichte fassbar sind: Reallehrer Dr. Adolf Eberhardt, Pfarrer (später Ephorus) Dr. Rudolf Kapff (1876–1954) und vor allem Pfarrer Dr. Heinrich Höhn (1877–1920)¹⁰². Die Bearbeiter erhielten allerdings keine präzise Anleitung, wie sie vorzugehen hätten, sondern nur allgemeine Rundschreiben. Hinzu kamen Briefwechsel über die Vorgänge zumindest zwischen Heinrich Höhn und Karl Bohnenberger, die aber wenig aufschlussreich sind¹⁰³. Die Verständigung über die Vorgehensweise zur Auswertung ist kaum dokumentiert. Es gibt keine Zettelkästen und keine einheitlichen Notizsysteme, die sich erhalten hätten. Liest man die wenigen erhaltenen Zirkulare für die Mitglieder der Vereinigung, wird deutlicher, was Bohnenberger wie und warum vorgab und was aus dem angekündigten, aber nirgends auffindbaren Register wurde. Im November 1901, nach Eingang von 500 Aufsätzen, berichtete er von den Lücken, den dagegen einzuleitenden Maßnahmen und bemerkte dann zum Thema Auswertung: „Was die Verarbeitung des gesammelten Stoffs angeht, so halte ich es nun für möglich, daß wir auf die zeitraubende + lästige Registerarbeit verzichten. Die allermeisten Berichte schließen sich so enge an den Fragebogen an, daß man die Angaben über die einzelnen Gegenstände ohne zu viel Mühe finden wird, wenn nur die Nummern des Fragebogens deutlich ausgesetzt werden und die Schlagwörter durch Farbstift bemerklich gemacht. Ich habe einige Proben ausgearbeitet, die mir befriedigend erscheinen. So meine ich, unsere erste Arbeit müßte eine Durchführung der Nummerierung der Abschnitte + die Hervorhebung der Schlagwörter sein, damit ein Überblick darüber möglich wird, was über die einzelnen Gegenstände in den Berichten vorliegt. Bei der späteren sachlichen Verarbeitung scheint mir die Anordnung nach Gegenständen unbedingt nötig. Wo über einen Gegenstand reicher Stoff vorliegt, wird man innerhalb der sachlichen Ordnung dann auch noch geographisch ordnen + teilen können.“¹⁰⁴

Im Folgenden forderte er dazu auf, sich zur Vorgehensweise zu äußern, weitere Vorschläge zu machen und sich für die genannten Vorarbeiten zu melden. In einem

¹⁰¹ Diesen Hinweis verdanke ich Eberhard Forner, der sich in seinem noch nicht abgeschlossenen Dissertationsprojekt eingehend mit den Aufsätzen beschäftigt mit dem Fokus auf die sprachlichen Beiträge darin.

¹⁰² Vgl. biografische Überblicksartikel zu Höhn, S. 256–263 und Kapff, S. 243–255 in: Zur Geschichte von Volkskunde und Mundartforschung in Württemberg.

¹⁰³ Vgl. LVS N Höhn B/1, hier mehrere Schreiben von 1909–1913 über die Arbeit am Material, seine Aufteilung in einzelne Berichtssegmente und Vereinessachen.

¹⁰⁴ LVS N Volkskundeverein C/220. Brief Bohnenberger vom 21. 11. 1901.

weiteren Rundbrief vom 18. Februar 1904 an die Mitglieder der Vereinigung, in-
zwischen war der erste Bericht im Statistischen Jahrbuch erschienen, rief er wieder
zur Mitarbeit auf: „[F]ür die Vereinigung ergeben sich die Aufgaben der Vollen-
dung der vorbereitenden Bearbeitung + der jährlichen Fortsetzung der begonnenen
Mitteilungen. Ich erlaube mir den hv. Herrn insbesondere letztere Aufgabe zu
empfehlen neben nochmaliger Erinnerung daran, daß das K. Landesamt Honorar
zahlt. Ich bitte mich ggf. im Laufe der nächsten 4 Wochen in Kenntnis zu setzen,
welche Abschnitte + in welchem Jahre die einzelnen Herrn wählen. Das nächste
Manuskript sollte im Nov. 1904 druckfertig sein.“¹⁰⁵

Von 1906 ist ein weiterer Brief archiviert mit erneuter Aufforderung zur Mit-
teilung von Themenübernahmen. Bei der Nr.2 der Mitteilungen im Statistischen
Jahrbuch habe man ja schon auf den externen Pfarrer Höhn zurückgreifen müssen,
jetzt hoffe er, Bohnenberger, dass aus „unserem Kreis“ jemand bereit sei, Themen
zu übernehmen. Ebenso sollten die Mitglieder in ihren Bezirken für öffentliche
Verbreitung der Sache sorgen und so weitere Beiträge einsammeln. Es entsteht der
Eindruck, dass es schwierig war, Bearbeiter für die gesammelten Aufsätze und Be-
richte zu gewinnen. Ein Stück weit deckt sich das mit der Erfahrung anderer
Sammlungsunternehmen, so schildert Richard Wossidlo in seiner ausführlichen
Anleitung zur Sammlung ganz ähnliche Problemlagen¹⁰⁶.

Die in der Landesstelle für Volkskunde befindlichen Nachlässe von Heinrich
Höhn und Rudolf Kapff, beide Mit- und Bearbeiter der Sammlung, aber nicht Mit-
glieder der Vereinigung, geben ein wenig Einblick in die tatsächliche Arbeit. Das
betrifft vor allem Höhns nachgelassene Materialien. Den Vereinbarungen mit
dem Statistischen Amt kann man entnehmen, dass die eingehenden Berichte an die
Bearbeiter nach Hause gegeben wurden, wo die Auswertung nach den jeweiligen
Themen stattfand. Höhn hat daraus viele Seiten Exzerpte angefertigt und sie zu
einem Notizsystem zusammengestellt: Sie sind jeweils mit einem Thema, wie z. B.
„Tag der Hochzeit“¹⁰⁷ überschrieben und haben ergänzend auf der rechten Seite
Verweise auf die Provenienzen, meist die Ortschaften, aber auch Oberamts-
beschreibungen und andere Quellen. Blaue Durchstreichungen kennzeichnen die
in die eigentlichen Manuskripte übernommenen Teile der Notizen. Diese liegen
ebenfalls in zwei Fassungen im Nachlass. Daneben hatte Höhn Sammlungen zu
seinen Themenbereichen angelegt und führte Notizhefte.

Die Auswertungsdurchgänge mündeten in der Publikation von acht Folgen am
vereinbarten Ort: den Jahrbüchern des Statistischen Landesamtes (1904–1917/18)
und den daraus hergestellten Einzeldrucken bzw. nach der Gründung des Vereins
für Volkskunde und der Vereinszeitschrift (1910–1917) mit Beiträgen auch dort.
Ebenfalls macht es den Eindruck, als ob Bohnenberger für seinen Beitrag in der

¹⁰⁵ LVS N Volkskundeverein C/221.

¹⁰⁶ Vgl. WOSSIDLO, Über die Technik. Zu Wossidlo und anderen wissenschaftlichen Groß-
projekten der Volkskunde vgl. SCHMITT, Volkskundliche Großprojekte.

¹⁰⁷ Beispielfhaft ausgewertet wurden LVS N/ Höhn C/14a–c. Das sind die Notizen zu
Hochzeitsbräuchen.

großen Landesbeschreibung von 1904 schon auf dieses Material zurückgegriffen habe, das er dann für den Beitrag in den Statistischen Jahrbüchern parallelisieren konnte. Wie bereits beschrieben, ist Bohnenberger gemeinsam mit Julius Hartmann Autor des Kapitels „Volk“ in der Landesbeschreibung „Königreich Württemberg“. Er bearbeitete größtenteils das Unterkapitel E. „Lebensweise und Sitte. Glaube und Sage. Volksdichtung und Volksgesang“: Hier wiesen er oder die Herausgeber in einer Klammer direkt unter der Überschrift darauf hin, dass gerade zu diesem Thema eine Sammlung im Gang sei: „Eine reichhaltige Sammlung, veranstaltet vom Statistischen Landesamt und der Vereinigung für Volkskunde, wird bestimmteren Aufschluß bringen, als er heute gegeben werden kann.“¹⁰⁸ Stichproben belegen, dass in den Konferenzaufsätzen aus der Sammlung etliche Verweise auf die vorgängige Literatur und hier insbesondere die Landes- und Oberamtsbeschreibungen zu finden sind. Die intertextuelle Beziehung war einerseits gewollt, sie führte andererseits zur Redundanz, wenn zunächst Informationen aus den Publikationen übernommen und diese wieder als Grundlage für eine amtliche Landesbeschreibung verwendet wurden, die vorgab, aktualisiertes Wissen darzustellen. Das sollte bei der Bewertung des Quellenwertes dieser Aufsätze und eigentlich auch der Landesbeschreibung immer mit berücksichtigt werden, ebenso die Verwendung gängiger Narrative.

Die Ergebnisdarstellung in den Berichten in den Statistischen Jahrbüchern folgte einer Art Montagetechnik: Die Befunde wurden thematisch geordnet und gleichzeitig nach dem Provenienzprinzip entsprechend der geografischen Angaben hintereinandergestellt. Das entsprach der Vorlage Bohnenbergers. Durch diese Anordnungstechnik entstand der Eindruck einer weitreichenden und reichhaltigen Überlieferungssituation und vor allem einer dichten Überlieferung. Dies spricht dafür, dass man zunächst eine Art Notizsystem entwickelte, das dann je nach Inhalt zur Anordnung der Funde benutzt wurde: Aus dem Text der Beiträge wurden also zunächst Notizen extrahiert, die dann zusammenmontiert und mit zusätzlichem Material angereichert wurden, wie das etwa bei Höhn zu sehen ist¹⁰⁹. Rudolf Kapff gab in einer Fußnote in seinem Beitrag auch an, dass er auf zusätzliches Material zurückgegriffen habe. Die Nachlässe von Höhn und Kapff zeigen dabei sehr unterschiedliche Materialsammlungen und Überarbeitungsweisen, was sicher auch mit ihren jeweiligen Themen und den unterschiedlichen Abgabezeiten der Nachlässe zusammenhing. Höhn war noch vor Abschluss seiner Themenreihe gestorben, Kapff erst über 30 Jahre nach dieser Aktion.

Der Fragebogen umfasst fünf Hauptthemen mit jeweils bis zu sechs Unterbereichen, die nochmals ausdifferenziert werden. Publiziert wurden aber nur Teilbereiche aus drei Hauptthemen. Im tabellarischen Überblick geordnet nach Themenbereichen, der erfolgten Publikation und der Bearbeiter:

¹⁰⁸ Das Königreich Württemberg. Eine Beschreibung nach Kreisen, Oberämtern und Gemeinden, S. 64.

¹⁰⁹ Das beschreibt auch Irmgard Hampp in ihrem Beitrag. Vgl. HAMPP, Heinrich Höhn.

Fragebereiche auf dem Fragebogen	Publikation im Statistischen Jahrbuch	Bearbeiter
I. Sitte und Brauch		
1. im Alltagsleben		
2. an Fest- und Feiertagen	Nr.2, 1905, Festbräuche 1. Bis zur Wintersonnwende 2. Die zwölf Nächte 3. Fasnacht 4. Im Frühjahr 5. Um Sommersonnwende 6. Der Ausgang des natürlichen Jahres.	Rudolf Kapff
3. im menschlichen Lebenslauf	Nr.4, 1909, Sitte und Brauch bei Geburt, Taufe und in der Kindheit 1. Die Schwangerschaft 2. Geburt und Kindbett 3. Die Taufe 4. Die Namensgebung 5. Aus der Kindheit Nr.5, 1911, Hochzeitsbräuche I Nr.6, 1912, Hochzeitsbräuche II Nr.7, 1913, Sitte und Brauch bei Tod und Begräbnis Nr.8, 1917/18, Volksheilkunde I.	Heinrich Höhn
4. in Haus- und Feldwirtschaft	Nr.3, 1907, Sitte und Brauch in der Landwirtschaft 1. In Garten und Feld 2. Im Stall 3. Im Hühnerhof; am Bienenstand	Adolf Eberhardt
5. beim Handwerk		
6. Rechts- und Verwaltungsbräuche		

Fragebereiche auf dem Fragebogen	Publikation im Statistischen Jahrbuch	Bearbeiter
II. Nahrung und Kleidung, Wohnung und Geräte		
1. Nahrung		
2. Kleidung		
3. Wohnung und Gerät		
III. Glaube und Sage	Nr. 1, 1904, Aus Glauben und Sage	Bohnenberger
1. Gespenster	I. Der Glaube an überirdische Wesen	Bohnenberger
2. Teufel, Riesen, Zwerge, Haus- und Naturgeister [...]		Bohnenberger
3. Zauber, Weissagung [...]	II. Glaube an übernatürliche Wirkungen: 1. Uebernatürliche Uebertragungen 2. Uebernatürliche Aehnlichkeitswirkungen 3. Uebernatürliche Mittel	Bohnenberger
4. Sagen über Pflanzen, Tiere, Himmelserscheinungen [...]		
5. Sagen über Entstehung, Untergang von Ortschaften[...]		
6. Sagen über Ein- und Auswanderung der Bevölkerung, Landplagen, Krieg.		
IV. Volksdichtung		
1. Volkslieder (womöglich mit Melodie)	Wurde weitergegeben an die Volksliedersammlung	John Meier, Freiburg [weitere Bearbeiter unklar]
2. Kinderlieder		
3. Märchen, Schwänke		
4. Rätsel und Scherzfragen		
5. Sprichwörter		

Fragebereiche auf dem Fragebogen	Publikation im Statistischen Jahrbuch	Bearbeiter
V. Mundart		
1. Name des eigenen Orts		
2. Spitznamen für Einzelne, ganze Städte, Ortschaften		
3. Ruf- und Locknamen für Haustiere ...		
4. Merkwürdige Bezeichnungen für menschliche Körperteile [...]		
5. Besondere Redensarten, Vergleiche, Übertreibungen [...]		

An den vielen Lücken kann man erkennen, dass nur ein Teil der Sammlung überhaupt ausgewertet wurde. Bohnenberger hat nur einen Teilbereich davon selbst bearbeitet, die der anderen Mitarbeiter möglicherweise lektoriert. Weitere kleine Teilbereiche hat er in den „Volkskundlichen Blättern für Württemberg und Hohenzollern“ publiziert, ebenso vermutlich in weiteren Oberamtsbeschreibungen (Urach, Münsingen, Tettngang, Riedlingen, Leonberg), für die er die volkskundlichen Teile übernommen hatte, die mit „Volkstümliche Überlieferungen und Mundart“ überschrieben waren. Kompilationen daraus werden später in anderen Zeitschriften publiziert. Von Rudolf Kapff stammt ein Beitrag, ebenfalls einer von Adolf Eberhardt und fünf von Heinrich Höhn. Warum Heinrich Höhn nicht weitergearbeitet hat, ist erklärlich, denn er erkrankte und starb schon 1920. Auch ist nachvollziehbar, dass während und nach dem Ersten Weltkrieg die Publikationen stockten. Aber sonst? Dabei hatte man nicht einmal eine interpretierende Ausarbeitung des Materials vorgesehen, für die das dafür geeignete Personal fehlen musste, so lange es keine Fachwissenschaftler gab. In der Einleitung zur ersten Ergebnispublikation 1904 erläuterte Bohnenberger etwa, dass man tatsächlich nur eine Darstellung des Sammlungsgutes geben wolle und keine wissenschaftliche Interpretation: „Diese Mitteilungen sollen in erster Linie über den ersammelten Stoff Nachricht geben, tiefer gehende geschichtliche und erklärende Behandlung, auch Auseinandersetzung mit der über die Gegenstände vorliegenden Literatur sollen anderer Stelle überlassen bleiben.“¹¹⁰

Da nie eine systematische (Nach)Auswertung aller Materialien stattgefunden hat, sondern nur Manuskripte mit thematischen Auszügen existieren, die in der und für die Landesstelle für Volkskunde angefertigt wurden und bis auf Ausnah-

¹¹⁰ BOHNENBERGER, Mitteilungen, S. 1.

men nicht publiziert wurden¹¹¹, ist gegenwärtig keine Aussage dazu möglich, wieviel bzw. welcher Anteil an Material aus den Aufsätzen tatsächlich verwendet wurde für die wenigen Bereiche, die überhaupt zur Darstellung kamen¹¹². Die Neupublikation der Veröffentlichungen aus den Statistischen Jahrbüchern in mehreren Auflagen¹¹³ wurde zwar mit Einleitungen, Ortsregister und dem Nachdruck des Sammlungsaufrufs ergänzt, neues Material wurde allerdings nicht erarbeitet. Daneben gibt es einzelne Ortsdarstellungen, die an anderer Stelle z.B. in Heimatbüchern und Ausstellungen wieder aufgegriffen wurden¹¹⁴, ebenso eine kritische Auseinandersetzung von Gabriele Mentges mit Bohnenbergs Ansatz¹¹⁵ und zuletzt eine Transkriptionsaktion unter der Ägide des Schwäbischen Albvereins, die ohne wissenschaftliche Begleitung und Durchsicht stattgefunden hat und eine ebenso nicht wissenschaftlich begleitete Onlineveröffentlichung der Aufsätze von Seiten des Landesmuseums Württemberg bzw. deren Abteilung Volkskunde. Rudolf Kapffs Bücher und Aufsätze über schwäbische Sagen¹¹⁶ sowie über Orts- und Geschlechternamen und dergleichen könnten Material aus der Sammlung übernommen haben, sein Nachlass ist auf diese Themen ausgerichtet¹¹⁷. An diesem Nachlass zeigt sich einmal mehr, dass es zwischen den Akteuren einen ständigen Wissenstransfer gab, denn es befinden sich dort unter anderem Materialien von Bohnenberger und Fischer. Sie betonten das in ihren Werken auch immer wieder, so schrieb Bohnenberger, dass er Zettel aus der Wörterbucharbeit erhalte, wenn der betreffende Buchstabenbereich erledigt sei¹¹⁸. Archiviert sind im Nachlass des späteren Volkskundevereins noch etliche thematisch geordnete Materialsammlungen, unter ihnen zahlreiche Zettelkonvolute zu Themenbereichen der Sammlung. In einen Zettelkasten allerdings wurden sie nie einsortiert, sie haben auch kein einheitliches Format und scheinen aus unterschiedlichen Quellen zu stammen, aber sie sind doch teils nach den Randnummern des Fragebogens gegliedert. Sicher befindet sich darin auch das von Bohnenberger erwähnte Zettelmaterial aus der Arbeit am Wörterbuch.

¹¹¹ Arno und Ines Ruoff waren zwei der Bearbeiter. Arno Ruoff hat daraus später eine kleine Blütenlese mit einer thematischen Einführung im Selbstverlag veröffentlicht. Vgl. RUOFF, Blüten.

¹¹² Auch zu den Fragen der Beantwortungsdichte und den Übernahmen aus den Fragebogen in die Berichte wird die oben angekündigte Forschungsarbeit Forners Näheres ausführen.

¹¹³ BOHNENBERGER, Volkstümliche Überlieferungen in Württemberg, 1961, ebenso 1963 und 1980. Mit jeweils anderen Verlagen.

¹¹⁴ Hier nimmt die Darstellung von Gerhard Prinz eine Ausnahmestellung ein, da er als Mitarbeiter der Landesstelle allgemein in die Thematik einführt. Vgl. PRINZ/SONNENSTUHL-FEKETE, Sulzgries.

¹¹⁵ Vgl. MENTGES, Auf den Spuren; DIES., Blicke.

¹¹⁶ Vgl. KAPFF, Schwäbische Sagen. Erschienen im Eugen Diederichs Verlag in Jena und in Württemberg in Kommission beim Silberburg-Verlag vertrieben.

¹¹⁷ Vgl. Bibliografie von Kapff in: SCHWEDT, Rudolf Kapff.

¹¹⁸ Vgl. BOHNENBERGER, Muetes Heer.

Das musikalische Material ist an anderer Stelle verwertet worden: Es wurde an Professor John Meier in Freiburg gegeben für das Volksliedarchiv, das am 1. Mai 1914 eingeweiht wurde¹¹⁹, und bildete dort eine Unterabteilung als württembergisches Volksliedarchiv¹²⁰. Im Umfeld der Basler Professur für deutsche Philologie und später dann der Freiburger Professur für Volkskunde, die Meier nacheinander inne hatte, konnte man eine fachwissenschaftliche Bearbeitung des Materials eher erwarten als im württembergischen Umfeld, zumal Bohnenberg als wenig musikaffin geschildert wird. Er erkannte aber immerhin die Relevanz des Themas, nahm es mit in die Erhebung auf und unterstützte später den Sammlungsaufruf zum Thema „Lied“ des Gesamtvereins der Vereine für Volkskunde durch Einrückung in die Volkskundeblätter 1914. Der Bereich „Lied“ nahm in der Zeitschrift des württembergischen Vereins insgesamt viel Raum ein. Es gab bei der Organisation der Volksliedsammlung eine enge Zusammenarbeit mit John Meier¹²¹. In Folge dieser neuen Sammlungsaktion wurde in Württemberg ein Ausschuss dafür gebildet und ein Staatsbeitrag eingeworben, der mit Meiers Zentralstelle der Volksliedsammlung geteilt werden sollte¹²². Später wurde das württembergische Material nach Verwertung und Rückgabe in die Abteilung Volkstum integriert.

Wie steht es nun um die „Wissenschaftsförmigkeit“ des Sammelunternehmens, die oben in der Überschrift postuliert wird? Die These, dass auch Behördenforschung wissenschaftsförmig und nicht nur wissenschaftsrelevant ist, setzt voraus, dass methodisch gearbeitet wird und sich hier ein Übergangsbereich für die amtlich unterstützte Vereinsforschung befindet, die sich an diesen Standards orientiert. Sie beruht entsprechend der Argumentation Bohnenbergers in seinem Initiativschreiben auf folgenden Kriterien: 1) der Beteiligung von Akademikern („Gemeinschaft mit einer Anzahl von Gelehrten“), verstärkt durch 2) ein begleitendes Gremium, das auf bekannte Wissenschaftler und wissenschaftlich ausgebildete Mitglieder zählen kann (die Vereinigung für Volkskunde), 3) dem Anschluss an wissenschaftlich etablierte Unternehmungen („diese Gegenstände werde heute von der Wissenschaft ernstlich bearbeitet“) sowie 4) auf einer kontrollierten Vorgehensweise mit anerkannten Formaten der Befragung („Fragebogen [...] anschließend an die Fragebögen verwandter Unternehmungen“) und 5) der Auswertung („Sachregister“, „systematische Zusammenstellung“). Die Wissenschaftsförmigkeit des Unternehmens scheint damit gegeben. Sie sagt aber noch nichts aus über die Qualität der Bearbeitung durch die durchaus akademisch gebildeten Beteiligten und garantiert keine erfolgreiche Durchführung. Dass man mit diesem Unternehmen zu keinem abschließenden Ergebnis kam, heißt aber nicht, dass es keine erfolgsbringenden Folgen gehabt hätte.

¹¹⁹ Material dazu in: LVS N Volkskunde-Verein C/213.

¹²⁰ John Meier hatte unter anderem in Tübingen romanische und deutsche Philologie studiert, seine Verbindung zu Fischer und Bohnenberger dürfte auch darin gründen.

¹²¹ Vgl. LVS N Volkskunde-Verein C/213 h.

¹²² Ebd., ist die entsprechende Korrespondenz zwischen 1913 und 1919 niedergelegt.

c) Folgen

Die Nachricht darüber, dass man in Württemberg eine solche Sammlungsaktion begonnen hatte, gelangte auch schnell zu anderen Vereinen wie der Berliner Gesellschaft für Anthropologie, Ethnologie und Urgeschichte, die mit einem Schreiben von Dr. Max Bartels vom 22. November 1899 bat, man möge ihnen doch Fragebogen zusenden. Dem folgte dann das Dankeschreiben mit der Mitteilung, man habe diesen der Gesellschaft zur Kenntnis gebracht. Die Zirkulation von Sammlungsformaten war eine intendierte Folge des Unternehmens und begann schon vor der eigentlichen Publikation eines Fragebogens, die Idee war ja nicht neu und entsprechende Aktionen waren anderswo schon angelaufen. Einen besonderen Einfluss auf Bohnenberger hatte eine ähnliche Aktion im Großherzogtum Baden, er ließ zur Information der Mitglieder der Vereinigung Elard Hugo Meyers daraus hervorgegangene „Deutsche Volkskunde“ anschaffen und zirkulieren¹²³. Die Belege für diesen Informationsaustausch haben sich in der Landesstelle für Volkskunde – im Nachlass Bohnenberger bzw. Vereinigung für Volkskunde – erhalten. Darüber hinaus erstellte Bohnenberger eine Liste der Tauschschriften, die er für diverse Zusendungen erhalten hatte. Diese Liste befindet sich wiederum im Behördennachlass, denn es war Teil der Vereinbarung, dass man sich über solche Angelegenheiten gegenseitig informierte, vermutlich um den Austausch interessanter Materialien zu ermöglichen. Die Zusammenarbeit dokumentiert sich auch in der Verzahnung der Akteninformationen. Diese enge Verbindung, die aus der privat-öffentlichen Konzeption der Aktion resultiert, war eine Strategie Karl Bohnenbergers, die sicher zunächst auf die Durchführbarkeit der Sammlung zielte, sich aber längerfristig immer wieder neu aktivieren ließ. Er machte dadurch die Sache der Volkskunde zur Sache des Staates, zusammengehalten durch die Teilung des Wissens. Letztlich hatten schon die Aktivisten der Statistik und Naturforschung darauf hingewiesen, dass eine umfassende Wissenserhebung und dokumentation ohne die Finanzierung durch den Staat nicht realisierbar sei. Bohnenberger hatte diese Lektion gelernt. Dieser Ansatz funktionierte allerdings nur, wenn man hinlänglich begründen konnte, wo der gemeinsame Nutzen liegen könnte und wenn vielfache (auch nicht berufliche) Verbindungen zum Staat, zu den Behörden und ihren Mitarbeitern existierten.

Weitere Folgen der staatlich-privaten Zusammenarbeit waren:

1) Die Gründung der Vereinigung für Volkskunde, die zugleich Voraussetzung für die Durchführung der Aktion war. Man kann vom Grundgedanken her den Verein für Vaterlandskunde oder die damals in dessen Nachfolge neu gegründete Würt-

¹²³ Schreiben Bohnenbergers an die „Hochverehrten Herrn“ der Vereinigung vom 10. August 1899. LVS N/ Volkskundeverein C/217. Meyer stützte sich in seinem mit Kluge und Pfaff erarbeiteten Fragebogen auf das Vorbild W. Mannhardts. Vgl. MEZGER, „Badisches Volksleben“.

tembergische Kommission für Landesgeschichte als Vorbild dieser Vereinigung sehen, weniger die historischen Vereine. Denn die Idee der kollegialen Verteilung der Arbeit und der Einholung von Expertise verschiedener Professionen und Konfessionen in einem kleinen Kreis entspricht diesem Modell, das anderswo in Wissenschaftsakademien verwirklicht wurde. Dabei gab es in der personellen Besetzung immer unabdingbare Positionen wie die Beteiligung der Vertreter der christlichen Konfessionen (allerdings kam die Vertretung religiöser Minderheiten nie auch nur in die Diskussion) und eine regionale Abdeckung, Repräsentanten von Universität und Vereinen, der kooperierenden Institution und Freunde, wobei es hier zu Personalunionen kommen konnte¹²⁴. Als auswertende Mitarbeiter fassbar sind aber nur jene, die in den Publikationen genannt wurden, und das sind nicht die Mitglieder der Vereinigung, wie man sich das analog zum Verein für Vaterlandskunde hätte denken können. Diese Vereinigung wurde ein paar Jahre später zum Verein für Volkskunde umgewandelt, diesen weiteren Fortgang wird das nächste Kapitel näher beleuchten.

2) Staatliche Finanzierung: Durch die gemeinsame Trägerschaft der Aktion erreichte Bohnenberger auch, dass der Staat nicht nur die Sachkosten der eigentlichen Aktion, sondern nachfolgend auch die Kosten für die Mitgliedschaft der Vereinigung zunächst im Dachverband der Historischen Vereine, dem Gesamtverein der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine und später im Verband deutscher Vereine für Volkskunde übernahm, wobei man eine gemeinsame Mitgliedschaft hielt, die zwei „Anteilseigner“ hatte. Bohnenberger reiste auf Spesen des Landesamtes zur Gründungsversammlung des Verbands 1904 nach Leipzig¹²⁵. Das war nicht nur ein Zugang zu staatlichen Ressourcen, sondern bedeutete auch in der Außenwahrnehmung einen Zugewinn an Prestige für die württembergische Volkskunde.

3) Netzworkebildung: Durch die Weitergabe nicht verarbeitbarer Wissensbereiche an andere Institutionen bzw. Aktivisten und die überregionale Zusammenarbeit nebst Bemühung um Finanzierungen für volkskundliche Wissenssammlungen¹²⁶ kam es zu Verbindungen, die das volkskundliche Milieu weiter anwachsen ließen und ebenfalls das Prestige stärkten.

¹²⁴ Die Namen der schließlich 14 Mitglieder der Vereinigung für Volkskunde laut der Aufstellung in der ersten Nummer der Volkskunde-Blätter aus Württemberg und Hohenzollern, 1 (1910), S. 3: Prof. Dr. Bohnenberger, Prof. Dr. Ernst, Schulinspektor Pfarrer Gauß, Prof. Dr. Günter, Prof. Dr. Kolb, Pfarrer Dr. Losch, Prof. Nägele, Prof. Dr. Pohlhammer, Prof. Raunecker, Prof. Reiter, Prof. Rief (verstorben), Dekan Dr. Schmid-Ravensburg, Prof. Dr. Voretzsch, Prof. Dr. Weller.

¹²⁵ Protokolle dieser ersten Versammlung und die nachfolgende Vereinsgründung sind in den Akten des Statistischen Landesamts erhalten, ebenso die Stellungnahme des Gesamtvereins der Geschichts- und Altertumsvereine, der damit nicht einverstanden war. StAL E 258 II Bü 856.

¹²⁶ So kam es auch, dass Württemberg das Volksliedarchiv mitfinanzierte, das zwar in Freiburg angesiedelt, aber keine badische Institution war, sondern eine des Verbands der Vereine für Volkskunde. LVS N Volkskunde-Verein C/ 213 h.

4) Gewinnung von Öffentlichkeit: Durch die großflächige Verteilung des Aufrufs und des Fragebogens¹²⁷, die wiederholten Aufrufe in Zeitungen und Zeitschriften, redaktionelle Beiträge über diese Aktion sowie vor allem durch die Publikation von Ergebnissen und deren vereinbarungsgemäße, großzügige Übersendung an die Beiträger fand ein Wissenstransfer in die Öffentlichkeit statt, der zumindest den Themenbereich der Volkskunde bekannter machen und damit die gesellschaftliche Verankerung stärken konnte.

5) Berufliches Kapital: Bohnenbergers wissenschaftliche Karriere war über den Stand als Bibliothekar und dann kommissarischer Leiter der Universitätsbibliothek (1920–21) nicht hinausgekommen, er lehrte nur als Honorarprofessor an der Universität Tübingen. Das Wörterbuch war mit Fischer besetzt, und Bohnenberger musste sich seine Reputation auf anderen wissenschaftlichen Feldern erringen, um sein wissenschaftliches Kapital zu erhöhen. Durch die Verknüpfung dieser Aktion mit seinem Namen wurde er in der Öffentlichkeit und in der Politik auch mit dem Themenbereich Volkskunde identifiziert. Dies dürfte eine der Gelegenheitsstrukturen sein, die ihm dann 1921 bei seiner Berufung auf eine ordentliche Professur geholfen haben. Aber auch für andere war sie eine Gelegenheitsstruktur, sodass Helmut Dölker später schreiben konnte, noch August Lämmle habe davon profitiert.

6) Kanonbildung: Bohnenberger legte in Verbindung mit dem Statistischen Landesamt im öffentlichen Aufruf zur Sammlung quasi amtlich fest, was als volkscundlich zu gelten habe. Damit wurde ein Kanon fixiert, der sich mit dem bereits bei der Landesbeschreibung vorgenommenen Themenspektrum zur Ethnografie verband.

7) Ressourcenausbau: Es entstanden durch beide Aktionen (Flurnamen und Überlieferungen) Materialsammlungen, die sich als Kapital einsetzen ließen und bei der Stabilisierung volkscundlicher Aktivitäten bis hin zur Institutionalisierung zur Ressource werden konnten. Insbesondere am Ende des Zeitraums, im beginnenden Zeitalter empirischer Sozialforschung zeigte sich, dass das Material dieser Sammlungen auch dafür eine Grundlage bilden konnte oder hätte bilden können, zum Beispiel später im Umfeld des Atlas der deutschen Volkskunde. Die Umfragen waren jeweils nur ein Teil der gedanklich größer angelegten Feld-Erforschung. In Anbetracht der Ansammlung von Material entstand langsam auch der Gedanke, dass es dafür einen Raum geben müsse, der nicht bei der bestehenden „Altertümersammlung“ in Stuttgart sein sollte, da beide Sammlungsbereiche nicht zueinander passten. Bohnenberger verfasste aufgrund dieser Überlegung 1906 im Namen der Vereinigung ein Schreiben, in dem er Sammlungsräume im Tübinger Schloss, wo damals noch die Universitätsbibliothek untergebracht war, also Bohnenbergers Arbeitsplatz, für die immer umfangreicher und auch gegenständlicher werdenden

¹²⁷ Man denke nur an die im vorigen Kapitel erwähnte Tatsache, dass Pfarrer Josenhans, Beiträger der Oberamtsbeschreibung Rottenburg, in seinem letzten Brief 1899 den Aufruf zur Sammlung volkstümlicher Überlieferung anforderte.

volkskundlichen Sammlungen einforderte¹²⁸. Durch das Sammeln weitete sich wiederum die Idee der Sammlung aus. Sammeln ist eine performative Angelegenheit, die prinzipiell endlos werden kann. Ebenso entstand durch das Sammeln ein Wissensmilieu und damit weiteres Humankapital, das eingeübt in die Themen und ihre Bearbeitung in der Folge selbstständig daran arbeiten konnte oder können sollte, und das sich je nach Gelegenheit als Förderer, Verbündete und dergleichen ansprechen lassen konnte.

¹²⁸ LVS N Volkskunde-Verein C/222.

4. Ausweitung des Feldes

Die bisher „beackerten“ Felder konnte man als noch in der Philologie angelegte Interessen und Praktiken betrachten, in denen sich langsam die Schwerpunkte von den Wörtern zu den Sachen verlagerten, was sich schon in den frühen Sammelaktionen abzeichnete (vgl. Kap. II) und was vonseiten der Philologie nicht undisputiert blieb¹²⁹. Aber zwischen den Wörtern und den Sachen standen eigentlich die Menschen, genannt „das Volk“. Und war es im Zusammenhang mit dem ethnografischen Wissen der amtlichen Landeskunde noch zweifelhaft, ob hier Wissen für das Volk oder über das Volk generiert wurde, so verlagerte sich mit den Aktionen langsam der Schwerpunkt dieses Anspruchs hin zum „für“ – zumindest partiell. Dadurch ergaben sich neue Transferbereiche, in denen volkskundliches Wissen entstehen oder eingebracht werden konnte. Es kam zu einer Ausweitung des Feldes, womit sowohl Personen und Öffentlichkeiten als auch Formate, Themen und Materialien gemeint sind.

a) Heimatkunde und Schule

In der allgemeinen Auffassung wird Volkskunde oft mit Heimatkunde gleichgesetzt. Fachgeschichtlich ist das eine unzureichende Engführung, bezogen auf einen mehr metaphorischen Gebrauch von Heimatkunde, aber bei genauer Analyse ist festzustellen, dass Heimatkunde in der Geschichte der Volkskunde zwar eine Rolle spielt, jedoch kein Synonym für Volkskunde sein kann. Im engeren Sinne meint Heimatkunde ein zu unterrichtendes Fach in der schulischen Grundbildung und damit eine an Pestalozzi orientierte Vorstellung einer Pädagogik der Nahwelt. Volkskunde bzw. volkskundliches Wissen in seiner Eigenschaft als Umgebungswissen kann hier für einzelne Aspekte der Heimatkunde die Basis bieten, auf diese Weise kann Volkskunde zum Gegenstand von Unterricht und Lehrerbildung werden.

Schule bzw. Lehrer und volkskundliches Wissen hatten also mehr Berührungspunkte als allein bei der bisherig erwähnten Beteiligung von Lehrern an den Sammlungsaktionen deutlich wurde. Anita Bagus hat in ihrem Werk zur Geschichte der Volkskunde schon präzise herausgearbeitet, welchen Zusammenhang das Fach mit der Krise der Philologien und deren schulischen Berufsfeldern hatte¹³⁰. Lehrer sind vielfach als Akteure im Feld, als Zuträger und als Adressanten volkskundlichen

¹²⁹ Vgl. stellvertretend die Diskussion um den Vortrag von Karl Voretzsch 1903 zu „Philologie und Schule“. VORETZSCH, Philologie. Voretzsch (1867–1947), ab 1892 Tübinger außerordentlicher Professor für romanische Philologie, Ordinarius 1903–1909), war seit Beginn Mitglied der Vereinigung für Volkskunde und ein Freund Fischers. Zu seiner akademischen Laufbahn: <http://www.catalogus-professorum-halensis.de/voretzschkarl.html> [20.7.2017].

¹³⁰ Vgl. BAGUS, Volkskultur.

Wissens sichtbar geworden. Darüber hinaus verweist der Bereich Volkskunde und Schule auch auf Lehrerbildung und Kurrikulum, Sabine Imeri hat das am Beispiel der preußischen Schulentwicklung schon dargelegt¹³¹. Es war ein implizites Ziel, Volkskunde als Unterrichtsfach im Kurrikulum zu verankern, und das nicht nur, weil alle Beteiligten so heimatstimmig waren, sondern weil genau das zur Vorbereitung der fachlichen Verankerung an den Universitäten wichtig war. Wo Volkskunde zumindest als Teilbereich des Unterrichts gedacht wurde, konnte man die Einführung der akademischen Lehre derselben zum Argument für die universitäre Volkskunde machen. Wenn es gelang, Volkskunde als Schulfach zu etablieren, dann war die Zukunft der Disziplin gesichert. Explizit nahm darauf Peter Goessler, Direktor des Landesdenkmalamtes, in einem Schreiben aus den 1920er-Jahren an Bohnenberger Bezug, indem er genau so argumentiert: „Und es wird nur eine Frage der Zeit sein, dass die Volkskunde als Unterrichtsfach in der Ausbildung der Lehrer aller Art gefordert werden wird. So wird sich auch die Universität um die Volkskunde bemühen und volkskundliche Lehrstühle schaffen müssen.“¹³²

Als 1907 unter Kultminister Karl von Fleischhauer als Bestandteil und Folge einer weitreichenden Reform der Schulorganisation die Lehrpläne für die württembergischen Volksschulen reformiert wurden¹³³, gelangte der Heimatkundeunterricht als Teil der sogenannten Realien auf den Unterrichtsplan. Gedacht war der Heimatkundeunterricht für die ersten drei Schuljahre als Propädeutikum für die Realfächer Geschichte, Erdkunde, Naturgeschichte und Naturlehre. Ziele dieser Unterricht insgesamt auf „das Vaterländische und die Bedürfnisse des praktischen Lebens“¹³⁴, so gründete der Heimatkundeunterricht Folgendes:

„Ziel. Dieser Unterricht hat die Schüler in einer das Gemüt anregenden Weise mit den wichtigsten Gegenständen und Vorgängen aus dem Natur- und Menschenleben der engeren Heimat bekannt zu machen und sie dabei an aufmerksames Beobachten zu gewöhnen sowie zur Gewinnung klarer Vorstellungen und zu freier Aussprache über das Angesehene anzuleiten.

Stoff. Die Hauptstoffgebiete, die in Betracht kommen, sind Schule, Haus und Hof, Wohnort, Garten, Feld, Wiese, Wasser, Wald, die Umgebung, soweit sie mit dem Heimatort in engerer Verbindung steht.“¹³⁵

Bei den näheren Ausführungen zu den Themen fehlten Wohnung, Hausbau, Landwirtschaft und am Ende auch die Sagen nicht. Didaktisch setzte man auf die direkte Anschauung und die Nahwelt als den Ausgangspunkt des Erlebnishorizonts der Kinder. Das Ganze wurde angereichert mit Bildern, Märchen, Sagen und

¹³¹ Vgl. IMERI, ‚Sozialkitt‘.

¹³² N Bohnenberger B/ 6; zugleich in LVS N Altregistratur B/46, Schreiben vom 3. 12. 1928.

¹³³ Die Schulen wurden unter staatliche Aufsicht gestellt, nur der Religionsunterricht unterlag weiterhin den kirchlichen Schulämtern. Die Ausbildung der Lehrer wurde intensiviert, Lehrerseminare wurden eingeführt etc. Vgl. für einen Überblick: http://de.wikipedia.org/wiki/Karl_von_Fleischhauer [20. 7. 2017].

¹³⁴ Lehrplan für die württembergischen Volksschulen, S. 27.

¹³⁵ Ebd., S. 28.

Lernspaziergängen, Kartenlesen und Zeichnen. An späterer Stelle argumentierte der einstige Lehrer und Konservator der Abteilung Volkstum, August Lämmle, im Zusammenhang mit dem Flurnamensammeln, dass dieses für die mitmachenden Lehrer auch Parallelverwendungen im Heimatkundeunterricht ermögliche¹³⁶. Dieser Gedanke war zwar naheliegend, zwangsläufig im Kurrikulum angelegt war er aber nicht. Es musste gelingen, dass man es zum Argument machen konnte, die Lehrer mit der Sammlung volkskundlichen Wissens zu beauftragen und staatliche Unterstützung dafür zu erhalten bzw. Volkskunde als schulelevant zu verankern. Mit der Lehrplanreform von 1907 war dieser erste Schritt, die Verankerung von Heimatkunde im Kurrikulum, gelungen. Das konnte man als Gelegenheitsstruktur zur Implementation von Volkskunde in der Schule und in der Lehrerbildung nutzen und tat es im Folgenden auch.

b) Volksbildung

Die Bildungsbewegung versuchte seit der Aufklärung immer weitere Kreise der Bevölkerung zu erreichen. Nicht nur die schulische Bildung war ihr Gegenstand, sondern auch die der Erwachsenen. Bei Pestalozzi wurde bereits die kindliche schulische Bildung mit einer Ausdehnung auf Volksbildung konzipiert¹³⁷. Der Gedanke der Volksbildung diversifizierte sich über verschiedene Stationen im 19. Jahrhundert von der Arbeiterbildung über die handwerklich-industrielle Berufsbildung bis zur bürgerlich-patriarchalischen, durchaus auch religiös motivierten oder moralischen Unterweisung. Die Spannweite war groß und wurde durch eine Vielzahl von Vereinen zur Unterstützung der Volksbildung vor allem seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts getragen und erhielt in der Nachkriegszeit ab 1918 nochmals neues Gewicht¹³⁸. Die Semantik von Volksbildung bezog sich nicht nur auf Pädagogik, Lehren und Lernen, sondern auch auf Vergemeinschaftung, ‚Volkwerdung‘ und damit auf Volkstum als einer Wesenheit von Volk – alles sehr polyvalente Begriffe, die aber genau daraus ihre Wirkmächtigkeit über ideologische Grenzen hinweg entfalten konnten.

Bereits um 1900 gibt es mit der Gründung des Vereins für ländliche Wohlfahrtspflege e.V. einen württembergisch-hohenzollerischen Verein, der sich mit Volksbildung beschäftigt¹³⁹. Vereinsziele waren nicht Armenpflege oder Wohltätigkeit, sondern Volksbildung und Heimatpflege. 1936 wurde der Verein dann in Verein für ländliche Heimatpflege in Württemberg und Hohenzollern umbenannt. In der Gründungssatzung von 1905 heißt es: „Er verfolgt den Zweck, die auf materielle und geistige Hebung der ländlichen Bevölkerung sowie auf Weckung und Pflege

¹³⁶ LVS N Altregistratur B/23.

¹³⁷ Vgl. SCHMITT/HORLACHER/TRÖHLER, Pädagogische Volksaufklärung.

¹³⁸ Vgl. BAUSINGER, „Bildung“.

¹³⁹ Die Entwicklung im Großherzogtum Baden setzte zeitlich etwas früher ein, führte aber auch zu ähnlichen Gründungen.

des Heimatgefühls gerichteten Bestrebungen in Württemberg und Hohenzollern zu unterstützen und dafür einen gemeinsamen Mittelpunkt zu schaffen.“¹⁴⁰

Unterstützt wurde der Verein durch den König, ansonsten waren hier viele evangelische Pfarrer vertreten. Auf der Mitgliederliste von 1908 stehen Theodor Heuss (damals Redakteur in Berlin-Friedenau), ebenso der Reichstagsabgeordnete Friedrich Naumann und August Lämmle (damals Schullehrer). Vorbild für diese Vereinsgründung war Heinrich Sohnreys 1903 gegründeter Deutscher Verein für Wohlfahrts- und Heimatpflege und dessen Schriften zur Volksbildung¹⁴¹.

Noch während des Krieges wurde am 1. Mai 1918 in Stuttgart, wie z.B. in Reutlingen auf lokaler Basis auch, ein Verein zur Förderung der Volksbildung in Württemberg gegründet unter Federführung von Theodor Bäuerle. Angeregt und unterstützt wurde die Gründung von der Firma Bosch bzw. dort von Hans Walz (1883–1974) und Robert Bosch sowie vom Kultministerium. Theodor Bäuerle wurde Geschäftsführer des Vereins und Robert Bosch Vorsitzender. Beide waren sozial- und bildungsreformerisch engagiert: Bosch als Unternehmer und Bäuerle als Lehrer mit Engagement in weiterreichenden Bildungsfragen¹⁴². Bosch stellte sich im Stuttgarter Umfeld in eine Reihe mit anderen engagierten Unternehmern, zu nennen ist im Zusammenhang mit dem volkscundlichen Feld Eduard Breuninger¹⁴³.

Bäuerle wurde bereits als junger Volksschullehrer 1908 von Kultminister Fleischhauer in die Kommission zur Reform der Lehrerausbildung berufen. Das Kultministerium unterstützte seinen Werdegang und seine Bemühungen um die Entwicklung der Erwachsenenbildung. Bäuerle war in mehrere Diskurskreise wie den Hohenrodter Bund¹⁴⁴ (ab 1923) eingebunden, ohne selbst Theoretiker zu sein. Seine Biografin Christel Pache schätzte seine diesbezüglichen Fähigkeiten als eher schwach ein. Sie stellte fest, dass er Begriffe wie Volk, Volkstum oder Gemeinschaft eher unscharf bis unreflektiert verwendete, was mehr auf eine ständische als demokratische Verankerung schließen lasse¹⁴⁵. Selbstverständlich hatte Volksbildung bei Bäuerle auch immer etwas mit „Volkswerdung“ zu tun, also mit der Herausbildung

¹⁴⁰ HStAS E14 Bü 1372, „Anstalten und Vereine Stuttgart 1882–1918“: Satzung des Vereins.

¹⁴¹ Vgl. BUSSE, Zwischen Hütte, S. 41.

¹⁴² Es existieren zwei grundlegende Arbeiten zu Theodor Bäuerle und seiner Volksbildungsarbeit bzw. die Verbindung zu Robert Bosch: PACHE, Theodor Bäuerles Beitrag; SCHMITT, Theodor Bäuerle. Darüber hinaus gibt es den zwischen „Boscharchiv“ und Hauptstaatsarchiv aufgeteilten Nachlass Bäuerles. Die Akten zur Verbindung mit der Abteilung Volkstum befinden sich in der LVS. Meine Kenntnisse stützen sich auf den Nachlass im HStAS, das Material in der Landesstelle und die Literatur.

¹⁴³ Vgl. BUTTLER-KLOSE/ORTWEIN, „Wir alle“. Auch August Lämmle zählte zu den von Eduard Breuninger Unterstützten: Er durfte für das 50-jährige Firmenjubiläum 1931 das sogenannte „Breuninger-Buch“ verfassen.

¹⁴⁴ Der Name stammt von Breuningers Erholungsheim, das er Bäuerle dafür zur Verfügung stellte. Vgl. BUTTLER-KLOSE/ORTWEIN, „Wir alle“, S. 245.

¹⁴⁵ Vgl. PACHE, Theodor Bäuerles Beitrag, S. 33–35.

eines „Volksgefühls“. Dieser metonymische Gebrauch des Begriffs machte sicher auch etwas von seiner rhetorischen Wirkung aus.

Bäuerle war in allem eher ein „Macher“. Er vernetzte Ideen und Menschen und brachte die Sache zum Laufen: Auf ihn geht die Gründung mehrerer Institutionen der Erwachsenenbildung zurück, unter ihnen die Stuttgarter Volkshochschule nebst deren Frauenbildungsabteilung und die Bildungsstätte Comburg bei Schwäbisch Hall. Er leitete für Bosch dessen Begabtenstiftung, später auch die Markel-Stiftung¹⁴⁶. Der Verein ermöglichte die Aktivitäten und Ideen dieser Zeit, um die Aktionen arbeitsteilig voranzubringen, wurden einzelne Aufgaben in bestimmte Abteilungen separiert. Finanziell wurde der noch junge Verein vom Staat (zunächst noch Königreich, dann Volksstaat) und von Robert Bosch unterstützt.

Die Konkurrenz zum Wohlfahrtsverein versuchte der Verein zur Förderung der Volksbildung durch eine Doppelmitgliedschaft Bäuerles in den Griff zu bekommen, was eine zeitlang funktionierte¹⁴⁷. Dies war eine der Voraussetzungen dafür, dass Bäuerle Aktivist aus beiden Vereinen kannte und beschäftigen konnte, zum Beispiel für seine ländliche Bildungsarbeit bei den sogenannten Dorfwochen. Ebenso wie Bäuerle dafür vom Kultministerium freigestellt wurde, wurden dies auch andere Lehrer, die als Volkshochschul- oder Schulungsleiter für die Volksbildung arbeiteten. Es war dafür nicht nur die Hausspitze des Ministeriums wichtig, sondern es gab auch unterstützende Akteure auf der mittleren Ebene im Ministerium und den Schulverwaltungen. So hatten Personen, die aus Fischers und Bohnenbergers Studentenkreisen kamen, inzwischen Verwaltungspositionen eingenommen, zu nennen ist vor allem Theodor Bracher (1876–1955). Hieraus ergaben sich zahlreiche Verflechtungen zwischen volkskundlichem, heimatschützerischem und volksbildnerischem Milieu ebenso wie zur Politik, zum Staat und zur Wirtschaft. Das entwickelte sich in der Zeit um 1900 und verdichtete sich in den 1910er-Jahren, um dann in der Zeit der Weimarer Republik zur Entfaltung zu kommen und nach dem Zweiten Weltkrieg wieder auf die Anfänge zurückgeführt zu werden. In den Kapiteln V und VI werden diese Entwicklungen und ihre Verbindung zur Volkskunde weiter nachgezeichnet.

c) Vereinsforschung

Von den forschenden Vereinen war schon mehrfach die Rede. Am Anfang standen in Württemberg wie anderswo auch diskontinuierliche Gründungen von vorwie-

¹⁴⁶ Einer der Geförderten der Markel-Stiftung war der spätere Sprachwissenschaftler und Volkskundler Hugo Moser. Vgl. MOSER, Umsiedlung, S. 119.

¹⁴⁷ In der Folge veröffentlichte Bäuerle auch Beiträge in der Vereinszeitschrift „Schwäbische Heimat. Blätter für Volkswohlfahrt und Heimatpflege auf dem Lande“. S. Bibliografie Bäuerles in der Festschrift zu seinem 70. Geburtstag, S. 342–345. Die heutige Zeitschrift „Schwäbische Heimat“ wurde erst in den 1950er-Jahren Organ des Schwäbischen Heimatbundes.

gend kleinräumig orientierten, historischen und naturkundlichen Vereinigungen wie der Baarverein oder der Zabergäuverein, dann folgte der Ulmer und andere regionalhistorische Vereine sowie der Württembergische Altertumsverein und andere, die sich auch um ethnografische Themen kümmerten oder diese in ihren Statuten hatten. Über diese Vereine wurde 1891 als eine Art Suprastruktur von staatlicher Seite eine Historische Kommission, die Württembergische Kommission für Landesgeschichte¹⁴⁸, gesetzt, die sich satzungsgemäß auch mit Volkskundlichem beschäftigen konnte und die Mitgliedschaften korporatorisch vergab, sodass die Vereine und historisch arbeitenden Institutionen inklusive der universitären in ihr repräsentiert waren. Diese Kommission, deren Gründung maßgeblich von Julius Hartmann vom Statistischen Landesamt initiiert worden war, zog im Folgenden Kompetenzen an sich und band staatliche Gelder an ihre Arbeit, sodass die Vereine hier zueinander in Konkurrenz gerieten bzw. die Opportunität der Nähe zur Kommission erkannten und daher suchten. Um 1900 wurden neben den bürgerlichen Geschichtsvereinen die Heimatschutzvereine und die neuen großen Volksvereine wie der Schwäbische Albverein, mit einer sehr viel breiteren Mitgliederstruktur als die anderen genannten Vereine, für die Sache der Volkskunde relevant, ebenso die Vereine, die sich Volksbildung, ländliche Wohlfahrt und damit ebenso volkskundliche Themen mit zum Ziel gesetzt hatten. An allen diesen Vereinsgründungen waren Akteure des volkskundlichen Feldes beteiligt, die in Teilen Mitglieder „ihrer“ Vereine für diese Zwecke rekrutieren konnten. Für Bohnenberger war dies zunächst der Schwäbische Albverein unter Eugen Nägele, den er mit wissenschaftsförmigen Praktiken wie Sammeln, Kartieren, Begehung, Befragung und damit mit direkten und indirekten Erhebungsmethoden für die Sammlung der Flurnamen arbeiten ließ und dessen Publikationsorgan ihm zum Wissenstransfer diente.

Die bestehenden Vereine waren Zusammenschlüsse von Bürgern, die ihr Wissen in kollaborativen Vorgehensweisen mehren wollten¹⁴⁹ und sich dabei zusätzlich der Gunst von häufig auch nicht regierenden Mitgliedern der Herrschaftshäuser rückversicherten, um ihren institutionell prekären Status zu stabilisieren, denn der Zusammenschluss von Bürgern war immer ein Politikum, das von Verboten, Zensur und Aufhebung bedroht war. Die nach Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs 1900 neu gegründeten Vereine entstanden, damit sich daraus eine Community of Practices für bestimmte Aktionen bilden konnte, so jedenfalls der Befund von Anita Bagus, die darlegt, dass ein Grund für die volkskundlichen Vereinsgründungen um 1900 die Kompensation der aufgrund der Krise der Philologie fehlenden Studierenden für die Sammelarbeit war¹⁵⁰. Das wird für die württembergische Gründung zu überprüfen sein. Die Vereinigung für Volkskunde jedenfalls

¹⁴⁸ Die Badische Historische Kommission wurde bereits 1883 vom Großherzog berufen.

¹⁴⁹ Aktuell wieder ein neues Modell der Wissensgesellschaft als „Citizen Science“. Vgl. FINKE, Citizen Science.

¹⁵⁰ Vgl. BAGUS, Volkskultur.

war noch kein Verein in diesem Sinne – und auch nicht bürgerlichen Rechts – und forschend tätig war nur Bohnenberger, die übrigen Mitglieder konnten letztlich nicht für die Auswertung der Sammlung rekrutiert werden, wie das vorhergehende Kapitel über die Sammlung volkskundlicher Überlieferungen gezeigt hat.

Der (Württembergisch-Hohenzollerische) Verein für Volkskunde

Ende 1910 wurde der Württembergisch-Hohenzollerische Verein für Volkskunde gegründet und die bisherige Vereinigung für Volkskunde damit abgelöst. Bereits 1907 hatte Bohnenberger dazu erste Anstrengungen unternommen und den Mitgliedern diesbezüglich ein Schreiben zukommen lassen. Darin schilderte er zunächst, dass bisher erst ca. 600 Beiträge eingegangen seien und der Kreis der Einsender kaum über Lehrer und Geistliche hinausgekommen sei. Um die dadurch bleibenden Lücken zu schließen, schlug er verschiedene Maßnahmen vor, die im Vorschlag der „Gründung eines Vereins mit Mitgliedern“ münden¹⁵¹. Zwar gebe es schon zu viele Vereine in Württemberg, „aber wenn anderwärts die Vereine für Volkskunde gedeihen, ist dies bei richtiger Gestaltung auch in Württemberg zu erhoffen“. Für die Vereinsgeschäfte brauche es ein Netzwerk von „Pfleger“, die in der Fläche die Dinge regeln, die also im besten Fall die Sammlungsaktion weiter am Laufen hielten und auch in andere Berufsgruppen als die bisher beteiligten trügen. Dabei komme es vor allem darauf an, die Verbindung mit dem Statistischen Landesamt aufrechtzuerhalten, denn „so werden wir in günstigerer Lage sein als andere“. Dafür müsse man Kompromisse machen und die Rechte an der Sammlung an das Landesamt abgeben: „Das Landesamt veröffentlicht die jährlichen Mitteilungen in seinen Jahrbüchern, honoriert den Verfasser, liefert die nötigen Abdrücke (unentgeltlich wie bisher an die Geistlichen und Lehrer, welche bisher Beiträge eingesandt haben, gegen Ersatz der Herstellungskosten für den Verein die für dessen Mitglieder nötigen Exemplare), besorgt die Versendung, den Austausch mit anderen Vereinen usw. – dafür geht der gesammelte Stoff in den Besitz des Landesamtes über. An letzterem Punkt zu rütteln scheint mir nicht empfehlenswert. Der Verzicht, den er dem Verein auferlegt, ist gering, die Sammlung ist damit mindestens in ebenso guten Händen, als wenn sie Eigentum des Vereins ist. Dazuhin hat so das Landesamt im Notfall für die Unterbringung und Verwaltung zu sorgen.“

Ein Mitgliedsbeitrag von einer Mark wurde von ihm vorgeschlagen, ebenso die Herausgabe eines Mitteilungsblattes. Im Folgenden bat Bohnenberger um Stellungnahmen und es wird ersichtlich, dass auch die anderen Herren der Vereinigung neuerliche Aktionen für richtig hielten; Nägele hoffte, dass das Ganze „Leben in die Bude bringt“, Voretzsch versprach sich davon eine „größere Popularität unserer Sache“, und ähnlich äußerten sich auch die anderen Angesprochenen mit der einen oder anderen Ergänzung. In den Akten folgt ein Entwurf für eine Ver-

¹⁵¹ LVS N Volkskunde Verein C/224. Auch die folgenden Zitate daraus.

einsgründung, der diese Vorschläge aufnahm¹⁵². Zwischenzeitlich hatte Bohnenberger im Statistischen Landesamt erreicht, dass der Gründung des Vereins für Volkskunde zugestimmt wurde und die Abmachungen zu Auswertungsarbeit und Veröffentlichungen im Rahmen des Statistischen Amtes von der Vereinigung auf den Verein übertragen werden konnten. Mit den Tübinger Mitgliedern hatte er derweil über den Entwurf einer Satzung beraten. Erstmals wurde hier die Einbeziehung des damals noch preußischen Hohenzollern mitbedacht und ein entsprechender Doppelname für den Verein in Erwägung gezogen. Das war auch von angeschriebenen Sympathisanten vorgeschlagen worden¹⁵³. Den Gründungsaufwurf wollte Bohnenberger in der Tagespresse publizieren lassen und im Vorlauf angesehene Persönlichkeiten für einen Unterstützerkreis gewinnen, um der Sache Gewicht zu verleihen. Vorläufig dachte er an „die Präsidenten beider Kammern, Prälat v. Demmler und Domcapitular Dr. Herter, die Präsidenten v. Ow, v. Mosthaf, v. Zeller, Oberforstrat Keller, die Oberbürgermeister von Stuttgart, Ulm, Heilbronn, Landeskonservator, Oberstudienrat von Hartmann, Hofrat Dr. Schliz in Heilbronn. Nennung weiterer Namen, besonders aus dem Süden und Nordosten, sowie von Herren, die keine Beamten sind, wäre uns sehr erwünscht.“

Dem Unterstützerkreis traten dann – in der ersten Ausgabe der Vereinsblätter unter der Überschrift „wohlwollende Zustimmung“ präsentiert – diese Herren und eine Dame bei: „Graf von Brühl, Regierungspräsident in Sigmaringen, Rechtsanwalt Camerer, Vorstand des Schwäb. Albvereins, Prälat von Demmler, Oberstudienrat Dr. Egelhaaf, Vorstand des Württemb. Geschichts- und Altertumsvereins, Freiherr Friedrich von Gaisberg-Schöckingen, Oberstudienrat Dr. von Hartmann, Domkapitular Dr. von Herter, Forstmeister Koch, Landesökonomierat Landerer, Staatsrat Freiherr von Ow-Wachendorf, Medizinalrat Dr. Palmer, Kammerpräsident von Payer, Lehrer Rathgeber, Graf von Rechberg, Präsident der I. Kammer, Schulrat Dr. Salzmann, Vorstand des Württemb. Schwarzwaldvereins, Hofrat Dr. Schliz, Archividirektor Dr. von Schneider, Dekan Stauß in Steinhofen, Frau Auguste Supper, Oberbürgermeister von Wagner, Präsident von Zeller.“¹⁵⁴

Zu den Mitgliedern bzw. „Pfleger“ der ersten Stunde zählten – neben dem frisch gewählten Vorstand Bohnenberger, Prof. Dürr (Stuttgart, Schriftführer und Stellvertreter) und Kaufmann Weihenmaier (Tübingen, Kassenwart) – auch etliche der oben genannten: „Postdirektor Bannwart in Sigmaringen; Pater Hilde-

¹⁵² LVS N Volkskunde Verein C/224.

¹⁵³ Ebd.

¹⁵⁴ Volkskunde-Blätter für Württemberg und Hohenzollern, 1 (1910) 1, S.3. Einige der hier genannten Personen sind zur High Society von Württemberg und Hohenzollern zu rechnen, etwa Otto Graf von Rechberg. Zu Rechberg vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Otto_von_Rechberg [20.7.2017].

brand Bihlmeyer in Kloster Beuron¹⁵⁵, Dekan Dr. Blind in Weickersheim, Regierungspräsident Graf von Brühl in Sigmaringen, Hauptlehrer Dehner in Sigmaringendorf, Obstbaulehrer Deigendesch in Sigmaringen, Oberförster Eberhard in Klosterwald-Sigmaringen, Oberreallehrer Dr. Eberhardt in Öhringen, Professor Dr. Ernst in Stuttgart, Pfarrer Gauß in Renningen, Professor Dr. E. Gradmann in Stuttgart, Universitätsprofessor Dr. Günter in Tübingen, Professor Dr. Häcker in Nagold, Domkapitular Dr. v. Herter in Rottenburg, Gymnasialdirektor Hester in Sigmaringen, Regierungsdirektor Dr. v. Hieber in Stuttgart, Pfarrer Dr. Höhn in Onolzheim, Oberpräzeptor Dr. R. Kapff in Göppingen, Hofkassendirektor Loew in Sigmaringen, Pfarrer Dr. Losch in Grimmelfingen, Prof. Dr. Mann in Stuttgart, Kameralverwalter Müller in Güglingen, Professor Nägele in Tübingen, Exzellenz Präsident Freiherr von Ow in Stuttgart, Professor Dr. Pohlhammer in Stuttgart, Hauptlehrer Rathgeber in Feuerbach, Professor Raunecker in Ludwigsburg, Gymnasialoberlehrer Dr. Rech in Sigmaringen, Prof. Reiter in Gmünd, Archivdirektor Dr. von Schneider in Stuttgart, Pater Florian Schoch in Kloster Gorheim, Steuerrat Schuh in Sigmaringen, Dekan Stauß in Steinhofen, Professor Dr. Steidle in Sigmaringen, Frau Auguste Supper in Stuttgart, Dr. Veit in Tübingen, Professor Dr. Weller in Stuttgart, Geheimrat Dr. Zingeler in Sigmaringen.¹⁵⁶

Mit diesen Mitgliedern waren die hohenzollerischen Gebiete deutlich repräsentiert, ebenso die württembergischen, von den Konfessionen wurden nur die christlichen berücksichtigt. Die einzige Frau im Gründungszusammenhang war die Heimatschriftstellerin Auguste Supper, die sich später zu einer nationalsozialistischen Autorin entwickeln sollte. Das Tableau der beteiligten Personen ist tatsächlich breit, das sei an Beispielen verdeutlicht:

Regierungsdirektor Dr. Johannes von Hieber (1862–1951) war studierter Theologe (Vikar, Pfarrer) und Philologe (Lehrer für Religion und Philosophie am Karls-Gymnasium in Stuttgart), Tübinger Stifter und Mitglied der Verbindung Normannia, Mitglied der nationalliberalen Deutschen Partei (Württemberg), Reichstagsabgeordneter von 1898–1910, Mitglied des württembergischen Landtags von 1900–1910, 1910 gerade Direktor des Königlich Evangelischen Oberschulamts geworden und deshalb als Abgeordneter von beiden Mandaten zurückgetreten. Von 1912–1931 wieder Mitglied in den verschiedenen württembergischen Landtagen, 1919 Gründungsmitglied der linksliberalen DDP – ein Zusammenschluss mit der Fortschrittlichen Volkspartei¹⁵⁷. Kultminister zunächst noch im letzten Kabinett von König Wilhelm II. von Württemberg (Kabinett Liesching), dann 1919 unter dem Sozialdemokraten Wilhelm Bloss, von 1920–1924 Staatspräsi-

¹⁵⁵ Geboren als Hermann Bihlmeyer in Aulendorf (1873–1924); einen Mitarbeiter namens Bihlmeyer gibt es auch im Umfeld von Fischers Arbeit am „Schwäbischen Wörterbuch“, sein Vorname ist allerdings unbekannt.

¹⁵⁶ Volkskunde-Blätter, 1 (1910) 1, S. 10. Hervorhebungen im Original.

¹⁵⁷ Vgl. [http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Partei_\(Württemberg\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Partei_(Württemberg)) [20. 7. 2017].

dent¹⁵⁸. Unter der Regierung Hieber sollten dann auch die entscheidenden Weichenstellungen zur Institutionalisierung der württembergischen Volkskunde gelingen (mehr dazu in Kapitel V). Das war zu diesem Zeitpunkt zwar nicht zu erahnen, doch schon Hiebers Stellung zum Zeitpunkt der Vereinsgründung war als hilfreich anzusehen, denn sie bot schon damals mehr als die übliche Verbindung in die Schulbehörden.

Archivdirektor Eugen von Schneider (1854–1937) war von 1903–1920 geschäftsführendes Mitglied der Württembergischen Kommission für Landesgeschichte; das Amt des Vorstands hatte damals noch der zuständige Minister inne. Schneider hatte unter anderem bei Keller studiert, war Mitglied der Verbindung Normannia, Archivar während der Monarchie und in der Volksstaatszeit, war mit der königlichen Familie und mit maßgeblichen Politikern der Volksstaatszeit – wie Hieber und Bloss – gut bekannt¹⁵⁹. Großdeutsch eingestellt, war Schneider Mitglied der Demokratischen Partei, später der Deutschen Demokratischen Partei, einer damals linksliberalen Partei, der in Württemberg u. a. Theodor Heuss und Theodor Bäuerle angehörten.

Viktor Ernst und Eugen Gradmann waren wie Schneider ordentliche Mitglieder in der Württembergischen Kommission für Landesgeschichte. Ernst war hauptberuflich im Statistischen Landesamt für die Landesbeschreibung tätig und Gradmann ebendort als Landeskonservator. Kameralverwalter Miller vertrat als Vorstand auch den Zabergäuverein. Alle verfügten über vielfältige gesellschaftliche und wissenschaftliche Beziehungen.

So kann man etliche Vereinsmitglieder mit mehreren gesellschaftlichen und politischen Verbindungen verorten, nicht zuletzt waren manche auch Freunde, Kollegen und Kommilitonen. Bohnenberger und seinen Mitstreitern, insbesondere auch Nägele, war es gelungen, die Vereinsgründung personell hochwertig zu besetzen und damit abzusichern, was in der vielfältigen Vereinslandschaft sicher nicht selbstverständlich war. Bohnenberger erwähnte in der Korrespondenz (s. o.) immer wieder, dass es eigentlich genug Vereine gäbe, aber gerade dieser doch so wichtig sei. Bei der Vereinsgründung waren auch die Bearbeiter der Sammlung volkstümlicher Überlieferungen bzw. der Konferenzaufsätze Eberhardt, Höhn und Kapff Mitglieder geworden. Wie wichtig das nicht nur für die Betroffenen war, wird daraus ersichtlich, dass Bohnenberger später versuchte, Höhn als Mitglied in den Vorstand zu berufen, um sich davon zu entlasten. Höhns Antwort darauf zeigt die ganze Problematik dieser Konstruktion: „Die Volkskundesache ist mir immer lieber geworden, seit ich mich damit beschäftige, und ich habe allmählich doch einen gewissen Einblick in die Sache bekommen. Andererseits ist meine Natur nicht recht für die Öffentlichkeit geschaffen. Es ist mir lieber, wenn ich in der Stille arbeiten

¹⁵⁸ Vgl. Biografie Johannes von Hieber: http://de.wikipedia.org/wiki/Johannes_von_Hieber [20.7.2017]. Grundlegend auch: RABERG, Biographisches Handbuch, S. 354.

¹⁵⁹ SCHNEIDER, Archivar.

kann.¹⁶⁰ Es gab für Volkskunde nach wie vor nur angelernte Kräfte, und es mangelte an akademischem Selbstbewusstsein, zumal beim geistlichen Personal.

Der Satzung des Vereins kann man entnehmen, dass nicht die Mitglieder die eigentliche Rolle spielten, sondern der Vorstand, und dass ein engerer und ein weiterer vom Vorstand dirigierter Ausschuss die eigentlichen Akteursgruppen waren. Mitgliederversammlungen sollten nicht regelmäßig, sondern nur nach Bedarf stattfinden¹⁶¹. Der Vereinszweck wurde wie üblich in § 1 angegeben: „Der Württembergisch-Hohenzollerische Verein für Volkskunde widmet sich der Sammlung volkstümlicher Überlieferungen in Württemberg und Hohenzollern und veranstaltete entsprechende Veröffentlichungen“.

Zunächst war damit gegenüber der bisherigen Arbeit keine Änderung eingetreten, nach wie vor sollten jeweils Bohnenberger und sein engerer Kreis die Aktionen steuern. So gab es eine Versammlung zur Vereinsgründung in Stuttgart, die auch Ausschüsse bestimmte. Darüber wurde in der zweiten Nummer der Volkskunde-Blätter berichtet. Ebenso wurde der Vereinszweck bei diesem Anlass nochmals formuliert: „In Fortführung und Erweiterung der vom K. württ. Statistischen Landesamt und der württembergischen Vereinigung für Volkskunde begonnenen Arbeit und unter Ausdehnung derselben auf Hohenzollern soll sich der neue Verein wie andere seiner Art zur Aufgabe machen die Sammlung von Berichten über volkstümliche Bräuche, Anschauungen und Einrichtungen, die Erhaltung und Herstellung von Abbildungen, die Erwerbung und Aufbewahrung einzelner Gegenstände, die Veröffentlichung umfangreicherer Mitteilungen wie kürzerer Darstellungen aus der eigenen Sammlung.“¹⁶²

Das zeigte, dass man nun in eine deutlich umfassendere Sammlungsarbeit einsteigen und – „wie andere seiner Art“ – damit Teil der neuen größeren Vereinslandschaft der im Dachverband zusammengeschlossenen deutschen Vereine für Volkskunde und deren Zielsetzung werden wollte. Der Beitritt zum Dachverband wurde auf der Gründungsversammlung ebenfalls beschlossen¹⁶³.

Kurz nach der Vereinsgründung wurden zur Verbreitung des Anliegens noch, zum Teil mit Unterstützung des Albvereins, Regionalversammlungen und Vorträge organisiert¹⁶⁴, aber schon am Ende des ersten Zeitschriftenjahrgangs schrieb Bohnenberger, dass man das geplante Programm nicht habe durchführen können, wenn er auch Zufriedenheit und Zuversicht über das Erreichte und das noch zu Erreichende vermitteln wolle¹⁶⁵. Eine wichtige Sache hatte man aber erreicht: die Zeitschriftengründung, denn wer schreibt, bleibt.

¹⁶⁰ LVS N Höhn B/1, Schreiben vom 22. 4. 1913.

¹⁶¹ Vgl. LVS N Volkskunde-Verein C/226.

¹⁶² Volkskunde-Blätter für Württemberg und Hohenzollern, 1 (1910) 2, S. 9. Hervorhebung im Original.

¹⁶³ Vgl. ebd.

¹⁶⁴ Ebd., 1 (1910) 4.

¹⁶⁵ Ebd., S. 25.

Aus den nachgelassenen Vereinsakten und den Vereinsnachrichten ist nicht viel über die weiteren Aktivitäten des Vereins zu erfahren. Symptomatisch ist, dass es keine Mitgliederkartei gibt, sondern nur wenige Nachträge in den Mitteilungen. In den Akten finden sich einige Nachweise zur Überweisung von Mitgliedsbeiträgen sowie Austrittsgesuche, aber ein umfassendes Bild von der Entwicklung der Mitgliederstruktur entsteht daraus nicht. Auch wenn man berücksichtigt, dass die Überlieferung der Vereinsakten fragmentarisch ist, entsteht der Eindruck, dass die eigentliche Vereinsarbeit den Vorstand schnell überfordert hatte, und dass wie bereits davor die Rekrutierung von Mitarbeitern nicht gelang. Insofern hat Anita Bagus recht, dass die Mitarbeiterrekrutierung eine Intention der Vereinsgründung war, die aber nicht den gewünschten Erfolg hatte. Erfolg und Gelingen stellten sich auf einer anderen Ebene eher ein: Bohnenbergers Anerkennung und mit ihm Reputation der württembergischen Volkskunde als solche im Dachverband der Volkskunde-Vereine waren hergestellt und wurden durch gemeinsame Aktionen wie die Volksliedsammlung gefestigt¹⁶⁶. Es wurden Sammlungen aufgebaut, die sich in Teilen bis heute erhalten haben, und aus dem Vorhandensein dieser Sammlungen wurden Forderungen nach weiterer Unterstützung und nach (Aufbewahrungs- und Präsentations-)Räumen und zusätzlich eine Bedeutung zum Beispiel für den Schulunterricht abgeleitet¹⁶⁷.

Vielleicht hätte die Vereinsarbeit eine Chance auf Verstetigung gehabt, wenn nicht der Krieg von 1914 bis 1918, die daraus folgende schwierige wirtschaftliche und politische Lage und die Belastung der Beteiligten durch militärische und zivile Dienstverpflichtungen die Sache zum Erliegen gebracht hätten¹⁶⁸. Veröffentlichungen waren darüber hinaus wegen Geld- und Papiermangels sehr schwierig geworden. Eine diesbezügliche Anfrage auf finanzielle Unterstützung bei der Kommission für Landesgeschichte wurde mit dem Vorschlag zur Fusion beantwortet¹⁶⁹. Mitte 1919 schließlich wurde vereinbart, wie die Angliederung des Volkskunde-Vereins an die Württembergische Kommission für Landesgeschichte ermöglicht werden könne. Die zuständigen Stellen wurden befragt, und am 1. Juli 1919 stimmte das Kultministerium mit Unterschrift des Ministers Heymann (SPD)¹⁷⁰ dem Ersu-

¹⁶⁶ Vgl. LVS N Volkskunde-Verein C/213 h.

¹⁶⁷ Vgl. LVS N Volkskunde-Verein C/222. Bohnenberger regte eine volkskundliche Sammlung an, die über das Schriftliche hinausgehen und für den Unterricht zur Verfügung stehen sollte: Unterbringungsort: Schloss Hohentübingen; Sammlungsgegenstände: Bilder, Pläne, Zeichnungen, sowie die Gegenstände selbst, wohl auch Nachbildungen.

¹⁶⁸ Die schlechte Versorgungssituation mit Nahrungsmitteln und Medikamenten darf auch nicht vergessen werden. Von den dadurch verursachten Schicksalen erfährt man meist nur indirekt aus Briefen.

¹⁶⁹ StAL E 216 Bü 154, Akten der Kommission „Angliederung des Württembergisch-Hohenzollerischen Vereins für Volkskunde an die Kommission für Landesgeschichte“.

¹⁷⁰ Berthold Heymann (1870–1939), war von 1918–1920 Kult- und Innenminister, Parlamentsabgeordneter von 1906–1933, anschließend Emigration in die Schweiz. Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Berthold_Heymann [20.7.2017]; vgl. auch RABERG, Biographisches Handbuch, S. 353.

chen zu. Anschließend wurde ein Vertrag aufgesetzt, den Archividirektor von Schneider als Vertreter der beiden Organisationen (Geschäftsführer der Kommission und Vereinsmitglied) sowie Bohnenberger wenige Tage später unterzeichneten¹⁷¹. Inhalt dieser Übereinkunft war eine Angliederung des Vereins an die Kommission für Landesgeschichte unter sechs Bedingungen, die alle zugunsten des Vereins ausfielen. Zu diesen Bedingungen gehörte etwa die Ko-Finanzierung von Veröffentlichungen und die Herstellung von „Zeichnungen und sonstigen Abbildungen von Häusern und Geräten“¹⁷² durch die Kommission, solange diese noch über Mittel verfügte. Der Vertrag wurde zunächst auf drei Jahre geschlossen. Mit diesem Abkommen hatte der Verein Zugriff auf Geld und Publikationsmöglichkeiten im Umfeld der Kommission und konnte damit sein Ressourcenensemble nochmals erweitern. In Bohnenbergers Bibliografie lässt sich die Absicht der breiten Streuung in unterschiedliche Öffentlichkeiten ablesen¹⁷³.

Man kann dieses Unterschlüpfen unter das Dach der Kommission als eine Art Überwintern des Vereins ansehen, er musste nicht aufgelöst werden, erlosch aber letztlich in seinem Tun. Nach außen hin wurde das aber nicht transparent gemacht, Bohnenberger firmierte weiter als Vereinsvorsitzender. Erst die Ende der 1920er-Jahre unternommenen Anstrengungen zu einer Neugründung machen klar, dass es den Verein eigentlich nicht mehr gab¹⁷⁴. Die Materialien des Vereins wurden derweil aber von Bohnenberger gesichert: Die Bücher lagen entsprechend einer früheren Vereinbarung schon als Depositum in der Universitätsbibliothek Tübingen. Später schenkte Bohnenberger dieser auch Publikationen, so die Volkskunde-Blätter, deren Herkunft heute noch an eingeklebten Zetteln ersichtlich ist¹⁷⁵. So sicherte er gleichzeitig die Überlieferung der Zeitschrift ab. Die anderen Bestandteile der Sammlungen bewahrte er ebenfalls bei sich in der Universitätsbibliothek auf, deren Mitarbeiter er seit 1888 und deren Direktor er von 1920–1921 war, bis er 1921 auf eine ordentliche Professur berufen wurde.

¹⁷¹ Vgl. LVS N Volkskunde-Verein C/128; ebenso in StAL E 216 Bü 154. Wobei nur die Kommissionsakten im StAL den Anlass überliefern.

¹⁷² Ebd. Das zielt vermutlich auf die Sammlung Lauxmann, die im Kapitel V. näher vorgestellt wird.

¹⁷³ Vgl. BIHL, Verzeichnis.

¹⁷⁴ 1928 versuchen Bracher und Goessler, Bohnenberger zur Reaktivierung des Vereins unter dessen Vorsitz zu bewegen. Vgl. LVS N Altregistratur B/46; ebenso N Bohnenberger B/6.

¹⁷⁵ Vgl. Bibliothekssignatur UB Tübingen: LI 358 „Geschenk des Herrn Professors Dr. K. Bohnenberger, Tübingen 1928“.

5. Zwischenresümee: eine leutselige Sammelwissenschaft?

Die Bilanz dieses aktionistischen „langen 19. Jahrhunderts“ fällt zwiespältig aus: Von den hier vorgestellten wissenschaftlichen oder wissenschaftsformigen Aktionen ist eigentlich nur das „Schwäbische Wörterbuch“ zu einem Abschluss gekommen. Die Flurnamensammlung hat ein Archiv, zahlreiche Publikationen und vor allem die amtlich zugelassenen Anleitungen zur Sammlung und Schreibung hervorgebracht, blieb aber trotz mehrerer Entwicklungsschritte unabgeschlossen, was auch in der Natur der Sache liegen mag. Die Sammlung volkstümlicher Überlieferungen ist wie viele ihrer Parallelaktionen letztlich unaufgearbeitet geblieben. Dieses Schicksal teilen diese Papiersammlungen mit den Dingsammlungen ihrer Zeit. Der Aufbruch der 1890er-Jahre kam mit dem Ersten Weltkrieg und der Krise der Nachkriegsjahre zum Erliegen. Allerdings ist immer zu fragen, ob es bei einem ungestörten Verlauf der Geschichte nicht auch zum Scheitern der primären Ziele gekommen wäre, denn die Probleme waren ja sehr bald sichtbar und konnten nicht behoben werden. Der sekundäre Gewinn dieser Aktionen sollte sich erst später zeigen, er deutet sich in Karl Weinholds fachgeschichtlich bedeutsamem Aufruf von 1891 aber schon an: „Die Volkskunde ist zur Zeit noch im Werden. Nur durch exacte Forschung und richtige Methode kann sie zur Wissenschaft sich erheben, und der Gefahr des Dilettantismus entgehen [...]. Es kommt zuerst darauf an, umfassende Sammlungen anzulegen: alles und jedes Material, so genau wie der Naturforscher das seine, aufzusuchen, möglichst rein zu gewinnen und treu aufzuzeichnen, in Wort und in Bild, wo beides möglich ist. Die Gegenwart zerstört systematisch, was aus der Vorzeit sich noch erhalten hat. Es ist höchste Zeit zu sammeln!“¹⁷⁶

Sammlungen erzeugen für entstehende Wissenschaften ein notwendiges Ressourcenensemble. Sie sind Kapitalien im gesellschaftlichen Austauschprozess. Nicht zuletzt sollten damit nicht nur ein Fach, sondern auch wissenschaftliche Karrieren vorangetrieben werden. Weinholds Sammlungsauftrag von 1891 traf die Stimmung einer Generation junger Akademiker und bürgerlicher Sammler, die den Impuls des frühen 19. Jahrhunderts mit den Verlufterfahrungen des ausgehenden Jahrhunderts verbanden. Sie wollten die Modernisierung der Welt mit der Sammlung der Reste der Vergangenheit, ihrer Präsentation und ihrer wissenschaftlichen Bearbeitung und vergleichenden Systematisierung begleiten. Beachtenswert ist auch, dass hier von den zeitgenössischen Akteuren nochmals an die methodische Ähnlichkeit zu den Naturwissenschaften und die in den meisten Wissenschaftsbereichen inzwischen erfolgte Abtrennung von den „Dilettanten“ erinnert wird. Die Verbindung mit den frühen Sammlungsideen erfolgte über die Transformation ihrer Fragenkataloge, ihrer Sammlungsformate und Methoden und über rhetorische Anknüpfungen an die Vorgänger. Gerade Letzteres war nichts spezifisch Volkskundliches, doch es erzeugte dennoch eine spezifische Verankerung des

¹⁷⁶ WEINHOLD, Zur Einleitung, S.1f.

Wissens und führte zur pointierten Charakterisierung (s. Kapitelanfang) der Volkskunde als einer „leutseligen Sammelwissenschaft“ der mit Weinhold zu Ende gehenden Nach-Grimm-Ära.

Von heute aus betrachtet wirkt die Bezeichnung als „leutselige Sammelwissenschaft“ verniedlichend und dadurch distanzierend. Das war wohl kaum die Absicht Erich Schmidts, als er die Bezeichnung in Weinholds Gedenkrede benutzte und es entspricht auch nicht dem Tenor seiner Rede. Berücksichtigen muss man vielmehr, dass Wortbedeutungen ihren Schwerpunkt im Laufe der Zeit ändern können. Reinhart Koselleck nennt das ein „Bedeutungsvolumen“¹⁷⁷. Auch der Begriff „leutselig“ wurde um 1900 anders gewichtet als heute. Mit „leutselig“ verband man damals noch das semantische Feld von patriotisch, vaterländisch und philanthropisch. Es handelte sich eben um die Eindeutschung des Begriffs philanthropisch, so wie vaterländisch die Eindeutschung von patriotisch ist, beides Begriffe, die man der Aufklärung zuordnen kann und die dort eine zusammengehörige diskursive Bedeutung hatten. Sie charakterisierten die Motivationen und die Ziele der aufklärerischen Wissenschafts- und (Volks)Bildungsbewegung, wie sie in den Gesellschaften und Vereinigungen des ausgehenden 18. Jahrhunderts gepflegt wurde. Vaterländisch, patriotisch, philanthropisch und leutselig waren Charakteristika der bürgerlichen Wissensbewegungen, die politisch emanzipativ am allgemeinen Wohl orientiert waren. Justin Stagl hatte in seiner zusammenfassenden Darstellung die Affinität des deutschen Patriotismus zum Pietismus einerseits und andererseits zur Erforschung von Kultur und Geschichte und zur „Volksforschung“ aus dem Gedanken der Erkundung der eigenen nicht-monarchischen Vorgeschichte abgeleitet¹⁷⁸. Diese Bewegung wurde teilweise von den Herrschenden aufgegriffen und unterstützt, weil ihre Nützlichkeitsorientierung und Fortschrittsidee überzeugen konnten und weil die Landesherrschaft sie auch unter staatliche Lenkung bringen wollte, um deren politische Dimension nicht in unerwünschte Richtungen abgleiten zu lassen. Koselleck weist darauf hin, dass schon die Bezeichnung als Patrioten eine Konkurrenz zum Landesherrn bedeuten konnte¹⁷⁹. Andererseits war es auch Intention der patriotischen Bewegungen, dass der Staat bzw. die Staaten diese Ziele unterstützen sollten. Aus diesen Bedingungen resultierte eine Staatsförmigkeit, wie sie hier für die Geschichte der Statistik schon dargestellt wurde. Die räumliche Ausdehnung von Vaterland und Patria bezog sich auf den eigenen Kleinstaat, später auf die Idee eines deutschen Staates und verwandelte sich unter dem Druck der politischen Indiennahme auch in nationalistische Bedeutungen. Die zunächst abgrenzenden, dann aggressiven Bedeutungen, die sich durch nationalistische Tendenzen im 19. Jahrhundert breitmachten, brachten neue Konnotationen in das Bedeutungsvolumen, was dazu führte, dass wir heute anderes verstehen, wenn von „vaterländisch“ und „patriotisch“ die Rede ist. Rudolf Vierhaus weist in seinen

¹⁷⁷ KOSELLECK, Patriotismus, S. 535.

¹⁷⁸ Vgl. STAGL, Patriotismus.

¹⁷⁹ Vgl. KOSELLECK, Patriotismus, S. 537.

Ausführungen zum Patriotismus-Begriff darauf hin, dass es außer dieser Einführung in eine Abgrenzung nach außen im 19. Jahrhundert auch eine innere Erlehnung gab, die eine Tendenz zum Antiquarischen, zu „spießiger Geschäftigkeit und lokaler Enge“¹⁸⁰ beförderte. Das lag mit an den politischen Konstellationen, vielleicht auch an der Organisationsform, aber sicher auch daran, dass der Staat langsam diese Aufgaben übernahm und sich die vaterländisch motivierten wissenschaftsförmigen Aktionen in wissenschaftliche oder wissenschaftsnahe Institutionen wandeln konnten (s. Kap. V). Dafür ist nicht nur die Reichseinigung 1871 eine wichtige Zäsur, sondern vor allem das Ende der Monarchien und die damit einhergehende Neuarrondierung der Wissenschaften nach 1918. Was sich um 1900 abzeichnete, musste nach der deutschen Revolution in der Weimarer Republik umgesetzt werden.

Im Begriff des Leutseligen steckt – mehr noch als im Ausgangsbegriff philanthropisch – der Bestandteil Leut/Leute, und damit kann auch „Volk“ gemeint sein. Der Begriff der leutseligen Sammelwissenschaft führt meiner Ansicht nach in den Kern der Geschichte des Selbstverständnisses und der Dispositive der Volkskunde als Wissenschaft, deren Nachwirkungen in eine sich als engagiert verstehende Sozial- und Kulturwissenschaft noch kaum bedacht wurden. Und er führt nochmals in die Entstehungszusammenhänge „vaterländischer Wissenschaften“, zu denen Ethnografie/Volkskunde zu zählen ist. Kein Wunder also, dass sich die Formel vom „vaterländischen Unternehmen“ oder der „vaterländischen Tat“ in so vielen Darstellungen, Aufrufen und Aktionen der Zeit wiederfindet. Sie war diskursive Verankerung und stand für Selbstverortung und Selbstbeauftragung, für den Anspruch auf allgemeine Nützlichkeit und die Hinwendung zum Volk.

¹⁸⁰ VIERHAUS, „Patriotismus“, S. 26.

V. Um 1920 – Institutionen

Aus dem Ersten Weltkrieg und der nachfolgenden Revolution ist Württemberg als sogenannter Freier Volksstaat hervorgegangen. Diese Entwicklung kappte, wie auch in den anderen deutschen Teilstaaten, einen Teil der bisherigen Ressourcen volkskundlichen Engagements: Das Königshaus bzw. das jeweilige Herrscherhaus und deren bisherige Regierungen fielen weg und damit deren symbolische und finanzielle Förderung. Sie erschloss aber auch neue Ressourcen und führte zu einer Reihe von Institutionalisierungen, die es so bisher nicht gab, die aber Ansätze des 19. Jahrhunderts aufnahmen und auf eine neue Ebene transformierten¹. Institutionalisierung meint hier die Formierung von Wissen und Akteuren in selbstständigen Organisationsformen mit anerkanntem Status, staatlicher Legitimierung und fallweise öffentlicher Finanzierung. Zur endgültigen Etablierung einer neuen Wissenschaft war es nach der Themensetzung, der neben-wissenschaftlichen Vertretung durch anerkannte Wissenschaftler und der Lancierung öffentlichkeitswirksamer wissenschaftlicher Aktionen ein entscheidender Schritt, eine Institutionalisierung zu erreichen, die der angestrebten Disziplin klar zuordenbar war. Wissen und Akteure bekamen damit zumindest mittelfristig eine verlässliche äußere Struktur. Für das Fach Volkskunde hielt in diesem Sinne der Volksstaat neue Transaktionsräume bereit und ließ neue Gelegenheiten zur Institutionalisierung entstehen.

Wichtige Eckdaten und Ereignisse der im Folgenden näher zu schildernden Entwicklung der Institutionalisierung im Feld der Volkskunde um 1920 bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs sind hier zunächst im Überblick dargestellt.

1919: Die Weimarer Reichsverfassung wurde erlassen, sie deklarierte in Artikel 148 die Bildung „im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerversöhnung“, die Förderung des Volksbildungswesens und der Volkshochschulen² sowie in Artikel 150 den Kulturgüter- und Denkmalschutz³. – 1919/20: Der Freie Volksstaat

¹ Zur ideengeschichtlichen Transformation vgl. BRUENDEL, Volksgemeinschaft.

² „In allen Schulen ist sittliche Bildung, staatsbürgerliche Gesinnung, persönliche und berufliche Tüchtigkeit im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerversöhnung zu erstreben. Beim Unterricht in öffentlichen Schulen ist Bedacht zu nehmen, daß die Empfindungen Andersdenkender nicht verletzt werden. Staatsbürgerkunde und Arbeitsunterricht sind Lehrfächer der Schulen. Jeder Schüler erhält bei Beendigung der Schulpflicht einen Abdruck der Verfassung. Das Volksbildungswesen, einschließlich der Volkshochschulen, soll von Reich, Ländern und Gemeinden gefördert werden.“ Artikel 148, Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919. In: Reichsgesetzblatt (1919) 152, S. 1383–1418, hier S. 1411.

³ Artikel 150 Weimarer Reichsverfassung: „Die Denkmäler der Kunst, der Geschichte und der Natur sowie die Landschaft genießen den Schutz und die Pflege des Staates. Es ist Sache des Reichs die Abwanderung deutschen Kunstbesitzes in das Ausland zu verhüten.“ In: Reichsgesetzblatt (1919) 152, S. 1412.

Württemberg konstituierte sich als eine parlamentarische Demokratie. – 1919: Der Württembergisch-Hohenzollerische Verein für Volkskunde fusionierte mit der Württembergischen Kommission für Landesgeschichte. – 1920: Der Landeskonservator und Leiter der Altertümersammlung Eugen Gradmann trat von seinem Amt zurück. – 1920: Das Württembergische Landesamt für Denkmalpflege wurde gegründet, der Altertümswissenschaftler Peter Goessler wurde als Nachfolger Eugen Gradmanns dessen erster Direktor. – 1920: Hermann Fischer starb, die erste Lieferung des sechsten Bandes seines „Schwäbischen Wörterbuchs“ erschien noch kurz vor seinem Tod. – 1920: Theodor Bäuerle und Theodor Heuss kandidierten auf der Liste der Deutschen Demokratischen Partei für den Reichstag. – 1920: Der Deutsche Bund (für) Heimatschutz, der explizit volkskundliche Themen vertrat, tagte in Stuttgart⁴, Peter Goessler hielt einen Vortrag über die Neuordnung des Heimatschutzes in Württemberg⁵. – 1920/21: Hermann Schneider wurde als Nachfolger Hermann Fischers auf den Lehrstuhl für deutsche Sprache und Literatur berufen. – 1921: Karl Bohnenberger wurde von einer zunächst außerordentlichen auf eine ordentliche Professur für deutsche Philologie mit der Teil-Denomination Volkskunde berufen. 1930/31 wurde er pensioniert, Paul Kluckhohn wurde sein Nachfolger. – 1923: Die Abteilung Volkstum im Landesdenkmalamt wurde eingerichtet und mit August Lämmle besetzt. – 1925: August Lämmles volkskundliches Hauptwerk „Unser Volkstum“ erschien in der Schriftenreihe des Denkmalamts im Silberburg-Verlag. – 1925: Im Landtag wurde beschlossen, das Staatsministerium möge für Heimat-, Denkmal- und Naturschutzvorlesungen an der Universität und der technischen Hochschule sorgen. Der Antrag wurde von Dr. Schermann von der Zentrumsparterie eingebracht und ohne Diskussion angenommen, ebenso beantragte der Verband der Vereine für Volkskunde die ausreichende Berücksichtigung volkskundlicher Belange in der Lehrerbildung. – 1925/26: Das Flurnamenarchiv, ein Resultat der Arbeiten Karl Bohnenbergers⁶, wurde als Teil der Abteilung Volkstum des Denkmalamts gegründet. Die Trägerschaft teilten sich das Statistische Landesamt und das Staatsarchiv. Eugen Nägele hatte dieses Arrangement vermittelt. Peter Goessler vertrat die Flurnamen-Sache auf Reichsebene, Walther Keinath und Helmut Dölker wurden herangezogen, Öffentlichkeit und Lehrerschaft machten ebenfalls mit. – 1926: Das evangelische Schulamt Backnang überführte die Stelle des Naturschutzbeauftragten im Denkmalamt – besetzt mit Dr. Schwenkel – in das Denkmalamt, im Landtag entwickelte sich dazu eine kleine Debatte über die Wichtigkeit des Kulturschutzes und die Leistungen des Denkmalamtes. – 1926: Die Erwachsenenbildungseinrichtung Comburg (auch Komburg) wurde u. a. vom Verein zur Förderung der Volksbildung gegründet, zu dessen Vorstand Robert Bosch

⁴ Der württembergische Bund für Heimatschutz war Mitglied im Verband der Vereine für Volkskunde. S. Mitgliederverzeichnis in der Zeitschrift für Volkskunde 1925.

⁵ 1933 sprach Goessler ebendort über Heimatschutz und Denkmalpflege, 1934 zum 25-jährigen Jubiläum des Bundes in Württemberg sprach dann Gustav Bebermeyer über Volkskunde und Heimatschutz.

⁶ S. Kapitel IV.

gehörte und dessen Geschäfte von Theodor Bäuerle geführt wurden. Sie wurde nach dem Zweiten Weltkrieg in eine Lehrerbildungsstätte umgewandelt. – 1927: Der Verein zur Förderung der Volksbildung veranstaltete eine Woche für ländliche Bildungsarbeit auf der Comburg, beteiligt waren unter anderem August Lämmle, die Abteilung Volkstum und das Denkmalamt. – 1928: Der Verein für Volkskunde (Nachfolge der Vereinigung für Volkskunde) sollte wiedergegründet werden, Bohnenberger sah das skeptisch. Ministerialrat Bracher und Direktor Goessler hatten dazu angeregt, es bestand die Aussicht, dass Volkskunde schulrelevant werden würde. – 1928: Für die Bearbeitung des Trachtenwerks des Kunst- und Theatermalers Theodor Lauxmann wurde vom Denkmalamt im Staatshaushalt ein Zuschuss von 1800 RM beantragt. – 1929/30: Die Arbeit am Atlas der deutschen Volkskunde wurde aufgenommen, dafür wurde in Stuttgart eine Landesstelle als Teil der Abteilung Volkstum eingerichtet. Im Landtag wurde für den Haushalt 1930 eine finanzielle Förderung für die Arbeit am Atlas zusammen mit dem Flurnamenarchiv beantragt. – 1930: Antrag zur Überführung der Materialien aus der Sammlung der volkstümlichen Überlieferungen in Württemberg von Tübingen an das Landesamt für Denkmalpflege bzw. die Abteilung Volkstum anlässlich der Bearbeitung des Volkskundeatlas. – 1932: Der Tübinger Gymnasialprofessor und ehemalige Landtagsabgeordnete Eugen Nägele wurde Ehrenvorsitzender des von ihm mitgegründeten Schwäbischen Albvereins, zuvor war er unter anderem Schriftleiter und erster Vorstand seit 1913. – 1933: Der Freie Volksstaat Württemberg wurde faktisch aufgehoben. – 1933: Der erste Ordinarius für Deutsche Volkskunde wurde im Oktober von der Universität Tübingen berufen: der vorherige Kommissar für die Gleichschaltung der Universität Tübingen, der Germanist Gustav Bebermeyer. – 1934: In Tübingen wurde ein erstes Universitätsinstitut für Volkskunde eingerichtet, das gleichzeitig außerhalb des bisherigen volkskundlichen Milieus stand. – 1934: Goessler wurde vom Amt suspendiert und zog sich nach Tübingen zurück, blieb dort aber nicht untätig. – Ende 1936: Lämmle beantragte seine Versetzung in den Ruhestand. – 1937: Die Landesstelle für Volkskunde (eigentlich für den Volkskundeatlas) und diverse Sammlungen der Abteilung Volkstum sollten für Bebermeyers Institut nach Tübingen abgezogen werden. – 1937: Feierliche Neueröffnung der Württembergischen Kommission für Landesgeschichte, Bohnenberger wird Ehrenmitglied, Bebermeyer ordentliches Mitglied, Hermann Haering Vorsitzender⁷. – 1939/40: Die Aktivitäten kamen bedingt durch den Kriegsbeginn und den Kriegseinsatz etlicher Beteiligter bis zum Kriegsende fast ganz zum Erliegen. Die Sammlungen der Abteilung Volkstum wurden ins Schiller-Nationalmuseum nach Marbach ausgelagert.

Das ist in groben Strichen der nähere zeitliche Horizont, vor dem sich Volkskunde und volkskundliches Wissen abspielte und bis 1933 zu einer dreifachen Institutionalisierung gelangte. In den bisherigen Darstellung zur Geschichte der

⁷ Zu den Verhandlungen über die Neukonzeption vgl. MILLER, 70 Jahre, S. 28–31. Detaillierter in den Akten: StAL E 216 Bü 6, dazu mehr im Kapitel V.3.

Volkskunde im 20. Jahrhundert stand zwangsläufig die Aufklärung der Geschehnisse in der NS-Zeit im Vordergrund, die vorhergehenden Ereignisse verengten sich in diesen Arbeiten dadurch zu einer Vorgeschichte, um die ideologische Zuspitzung, Dienstbarmachung, Selbsterwerfung, Gleichschaltung aber auch Widerständigkeit mehr oder weniger plausibel zu machen. Dies war zum einen eine Reaktion auf die lange Zeit mangelhafte Aufarbeitung der Beteiligung der damaligen Akteure am NS-System, die dadurch aufgebrochen werden sollte; zum anderen war es auch eine forschungspraktische Fokussierung gewesen, um die komplizierten Strukturen der Wissenschaft in der NS-Zeit überhaupt erforschen zu können. Das führte aber dazu, dass entweder die Berufung Bebermeyers als zwangsläufige Folge der vorherigen Geschichte oder die vorherige Geschichte als gänzlich unwichtig erscheinen musste. Das ist so nicht mehr haltbar. Was sich hier ereignete, wird angesichts der Ergebnisse der vorigen Kapitel kohärenter, denn um Komplexität und Gelegenheitsstrukturen während der Zeit des württembergischen Volksstaates zu entdecken und deren Nachwirkungen zu verstehen, muss man die Zeit um 1900 und die bisher vernachlässigte Zeit nach dem Ersten Weltkrieg und der Revolution 1918/19 näher betrachten. Die Weimarer Republik war nicht nur eine Zeit der Ermöglichung des NS-Regimes, sondern auch pluraler Handlungskonzepte, politischer Ideen und Korporationen. Für das volkswissenschaftliche Feld war es eine sehr aktive Zeit mit einem aktiven Wissensmilieu, in der erste Institutionalisierungen volkswissenschaftlichen Wissens gelangen. Diese zielten in Württemberg aber nicht auf ein Universitätsinstitut für deutsche Volkswissenschaft und schon gar nicht auf eine Berufung Gustav Bebermeyers ab – man betrieb eine eigene, regional orientierte Volkswissenschaft, die sich ausgerichtet am Bedarf des Volksstaates und entlang der bestehenden Strukturen institutionalisierte.

Die These ist, dass für die Geschichte der Institutionalisierung von Volkswissenschaft in Württemberg weniger die Einrichtung von Bebermeyers Ordinariat wesentlich war, als viel mehr die über zehn Jahre ältere Einrichtung des Denkmalamts unter Peter Goessler als Heimatschutzbehörde mit einer volkswissenschaftlichen Abteilung und die zur gleichen Zeit erfolgte Berufung Bohnenbergers auf die neu geschaffene zweite germanistische Professur an der Universität Tübingen mit ihrer Teilzuständigkeit für Volkswissenschaft. Damit war eine bestimmte Art von Volkswissenschaft schon an der Universität institutionalisiert, ehe sie im Nationalsozialismus mit einem eigenen Lehrstuhl und einem Institut ausgestattet wurde. Die Berufung Bohnenbergers erfolgte allerdings weniger auf Wunsch der Universität⁸, wie Sabine Besenfelder anhand der Akten belegt hat, als auf Beschluss des Landtags und des ausführenden Ministeriums, was deren Protokolle und der Nachlass Bohnenbergs nahelegen. 1920 war demnach für den Etatbereich der Universität eine zweite, allerdings außerordentliche Professur für deutsche Philologie und Literatur beantragt worden, weil man für die nach Kriegsende zunehmende Anzahl an Studierenden und

⁸ Vielleicht ein Grund dafür, warum Bohnenberger verfügt hatte, dass die Universität von seinem Ableben erst nach der Beisetzung zu informieren sei.

für die reformierten Bildungspläne einen erhöhten Bedarf an Lehre sah. Im Haushaltsplan für das Kultministerium wurde der Etattitel so kommentiert: „Das im Zusammenhang mit der Schulreform ganz besonders wichtig gewordene Gebiet der deutschen Sprache und Literatur ist in Tübingen nur durch einen ordentlichen Professor und einen Privatdozenten, der im Hauptamt an der Universitätsbibliothek tätig ist und mit Rücksicht auf dieses seine Lehrtätigkeit einschränken muß, vertreten. [...] Die Errichtung einer außerordentlichen Professur ist deshalb unumgänglich.“⁹

Auf die ordentliche Professur war Hermann Schneider als Nachfolger von Hermann Fischer berufen worden und der oben genannte Privatdozent war Bohnenberger. Dem Finanzausschuss wurde aber schon im Frühjahr 1921 eine Änderung vorgelegt, die Professur sollte auf die Berufungszeit des dafür vorgesehenen Bohnenbergers in eine ordentliche Professur umgewandelt werden, so der zuständige Ministerialrat in einem Schreiben vom 16. Februar 1921 an Bohnenberger, verbunden mit der Anfrage, ob er die Berufung annehmen werde¹⁰. Am 18. Februar nahm das Parlament den Antrag aller Parteien aus dem Finanzausschuss in dieser Sache an und ermöglichte dem Ministerium, die zweite Professur befristet höherzustufen¹¹. Tags darauf scheiterte ein fernmündlicher Gesprächsversuch zwischen Staatspräsident Hieber und Bohnenberger, woraufhin Hieber, der mit ihm persönlich bekannt war und ihn mit „Lieber Freund“ und „Du“ anredete, schrieb, er stünde für weitere Gespräche zur Verfügung¹². Die Sache wurde also nicht nur im Finanzausschuss und im Parlament einvernehmlich genehmigt, sondern war auch von der Staatsspitze erwünscht. Zwei Wochen später unterbreitete das Ministerium Bohnenberger einen Vorschlag zur Aufteilung der Zuständigkeitsbereiche zwischen ihm und Schneider. Schneider sollte zuständig sein für Geschichte der deutschen Literatur in vollem Umfang, Ältere deutsche Sprachgeschichte, Nordische Sprache und Literatur; in Bohnenbergers Bereich sollten Deutsche Sprachgeschichte und Mundartkunde, Geschichte der älteren deutschen Literatur sowie deutsche Volkskunde fallen¹³. Soweit schien alles geregelt, nur nicht, wer die Leitung des Seminars, d. h. die Geschäftsführung des Fachbereichs, übernehmen sollte, was offensichtlich beide wollten, sonst hätte man sich schneller geeinigt. Ende März drängt das Ministerium, Bohnenberger möge doch wenigstens einstweilen den Ruf annehmen, das jedoch wollte Bohnenberger vor Klärung der strittigen Vorstandsfrage nicht. Zwei Wochen später hatte man sich darauf geeinigt, dass beide gleichberech-

⁹ Verhandlungen des Landtags des freien Volksstaats Württemberg. Beilagen, Bd. 1. 1920/21: Entwurf des württembergischen Staatshaushaltsplans für 1920. Heft VI (Kirchen- und Schulwesen). Stuttgart 1921, S. 15. Hervorhebungen im Original.

¹⁰ LVS N Bohnenberger B/5, Berufungsverhandlungen und Berufung Bohnenbergers zum o. Professor 1921, Schreiben vom 16. 2. 1921.

¹¹ Vgl. Verhandlungen des Landtags des freien Volksstaats Württemberg auf dem 1. Ordentlichen Landtag in den Jahren 1920/1921. Beilagen, Bd. 2. Stuttgart 1921, S. 369.

¹² LVS N Bohnenberger B/5, Schreiben vom 19. 2. 1921.

¹³ Ebd., Schreiben an Bohnenberger vom 2. 3. 1921.

tigt seien und die Leitung turnusmäßig wechsele. Daraufhin nahm Bohnenberger den Ruf an und bekam die entsprechende Urkunde ausgestellt. Damit hatte seine Professur eine Teil-Denomination für deutsche Volkskunde. Bei seiner Emeritierung 1930 wurde vom zuständigen Minister Wilhelm Bazille (1874–1934) genau dieses besonders hervorgehoben¹⁴, ebenso vom Rektor der Universität zu Bohnenbergers 75. Geburtstag 1938¹⁵. In der Wahrnehmung von Ministerium und Politik, vielleicht auch der Universität, vertrat Bohnenberger auch Volkskunde, egal, wie er selbst das sah und was für eine Volkskunde das war.

Neben dieser bisher wenig beachteten Institutionalisierung von Volkskunde fand eine Vernetzung volkskundlicher Themen in verschiedenen Institutionen statt, und es gab übergreifende Netzwerke von relevanten Akteuren in unterschiedlichen Institutionen, die auf ihre Austauschräume und Austauschbeziehungen hin hier mit untersucht werden sollen. Diese werden im Folgenden mit dem Fokus auf die bisher nie ausreichend aufgearbeitete Phase der Zeit des Volksstaates behandelt. Die bei Besenfelder sehr gut erforschte Zeit des Nationalsozialismus und insbesondere die Vorgänge um die Berufung und Installation Bebermeyers werden nur cursorisch dargestellt werden.

¹⁴ Vgl. LVS N Bohnenberger B/5.

¹⁵ Vgl. LVS N Bohnenberger B/4.

1. Das Denkmalamt: eine Heimatschutzbehörde

a) Denkmal und Schutz – eine kurze Einführung

Die Geschichte des Denkmalschutzes und in seiner Folge der Denkmalpflege begann in Deutschland signifikant mit ersten systematischen Anstrengungen im 19. Jahrhundert. Anlässe dafür gab es mehrere: Zu nennen sind der aufkommende Gedanke der Nationalkultur zu Beginn des 19. Jahrhunderts, der zur Konstruktion einer nationalen Vergangenheit die materiellen und immateriellen Überreste der Geschichte in den Blick nahm, und der Historismus, der dem bewussten Rückbezug auf Geschichte und geschichtliche Formen gesellschaftliche Bedeutung verlieh. Zur Neubewertung der alten Formen trug ebenso die Modernisierung der Städte und schließlich auch der ländlichen Gebiete bei, im Zuge derer sich ein Teil des bisherigen Erscheinungsbildes der bewohnten Landesfläche deutlich veränderte. Eisenbahnbau, Flussbauten, Straßenbau und schließlich die Elektrifizierung trugen entscheidend dazu bei, dass mit der Modernisierung Verlusterfahrungen und damit ein Regelungsbedarf einhergingen. Das setzte eine neuartige „Inwertsetzung“ des Überkommenen in Gang. Sie betraf nicht wahllos alles „Alte“ und alle Reste, sondern machte sich an den Orten religiöser und patriotischer Erinnerung fest: an Friedhöfen, Kirchen und Klöstern, dann an weltlichen Herrschaftsbauten, Burgen und Schlössern und anderen herausragenden Altgebäuden, ebenso an Kunstgegenständen, Schriftsachen und anderem mehr – alles zusammengefasst unter dem Begriff „Denkmäler/Denkmale“¹⁶. Dem folgte die Forderung nach staatlichen Schutzhandlungen, nach einer Institutionalisierung und gesetzlicher Absicherung. Bis zum Ersten Weltkrieg waren aber nur vorläufige Regelungen in Gang gebracht worden. Nach dem verlorenen Krieg konzentrierte sich das staatliche Handeln zunächst hauptsächlich auf den Ausfuhrschutz, während der gesellschaftliche Diskurs wieder in Gang kam und einen im 19. Jahrhundert bereits angelegten, stark erweiterten Heimatschutzgedanken entwickelte. Parallel dazu fand der Aufstieg des Konzepts von Volkstum und Volksgeschichte statt, der sich auch aus der Leerstelle erklärt, die die tendenziell marginaler werdende Herrschaftsgeschichte übrig ließ: Wenn Kaiser, König und Großherzog abdankten, dann musste sich der Herrschafts- und Staatsbezug der Wissenschaften, insbesondere der legitimatorischen Wissenschaften, ändern. Mit der endlich erreichten Demokratisierung der Gesellschaft musste dann eine Neubewertung der Vergangenheit einhergehen bzw. eine andere Leitfigur gefunden werden: Das Volk war der Souverän geworden, also wurden Volk, Nation, Stamm, Heimat und Volkstum neu entworfen. Und mit ihnen wurde die Geschichte im Sinne einer Volksgeschichte neu ausgerichtet¹⁷.

¹⁶ Der historische Gebrauch der Pluralbildung von Denkmal ist nicht eindeutig. „Denkmale“ und „Denkmäler“ werden gleichermaßen benutzt. Auch heute wird das in den zuständigen Behörden unterschiedlich gehandhabt. Außerhalb der Zitate folgt der Text der Empfehlung des Duden und benutzt in der Regel „Denkmäler“.

¹⁷ Vgl. OBERKROME, Volksgeschichte.

Dabei wurde keiner der Leitbegriffe scharf definiert, wie im Kapitel III herausgearbeitet wurde. Für diese neue Leitfigur mussten die passenden geschichtlichen Zeugnisse gefunden werden. Dabei konnte schon an die Konzepte des 19. Jahrhunderts verstärkt angeknüpft und bisher eher randständige Bestandteile der historischen Forschung und deren Methoden aufgewertet werden. Volkskunde sowie Vor-, Ur- und Frühgeschichte verknüpften sich in neuen Institutionen, zu denen Institute der Landesgeschichte bzw. der Landeskunde oder Landesforschung wie in Erlangen und Bonn und des erweiterten Denkmalschutzes gehörten.

b) Vorgeschichte des Denkmalamtes in Württemberg

In Württemberg begann die Geschichte des Denkmalschutzes und seiner Institutionalisierung verspätet¹⁸, ihr gingen nicht nur die Vorbilder Preußen und Baden, sondern wie so oft und wie auch anderswo nichtstaatliche Initiativen voraus. Hier sind die bereits erwähnten Vereine zu nennen: der Verein für Kunst und Altertum in Ulm und Oberschwaben (gegründet 1841) und der Württembergische Altertumsverein (gegründet 1843). Ersterer betrieb das bedeutendere Projekt, nämlich die Fertigstellung des Ulmer Münsters, letzterer hatte durch seine Regierungsnähe größeren Einfluss¹⁹. Kein Wunder, saß doch im Vorstand der Cousin des damaligen württembergischen Königs, Graf Wilhelm von Württemberg, Herzog von Urach (1810–1869), bekannt u. a. als Erbauer von Schloss Lichtenstein, eine Art württembergisches Miniatur-Neuschwanstein, einem historistischen Bauwerk, das seine Anregung aus dem Roman Lichtenstein (1826) von Wilhelm Hauff nahm. Lichtenstein wurde nach den Plänen von Carl Alexander von Heideloff auf Resten einer früheren Burg zwischen 1840 und 42 errichtet. Wie schon im vorigen Kapitel erwähnt, gab es für Männer aus den Nebenlinien der Herrscherhäuser durchaus Prestigeprobleme: Sie konnten oder mussten sich standesgemäße Betätigungsfelder suchen, die aber mit der Politik einigermaßen konform gehen mussten und auch nicht zu viel Geltungsanspruch entfalten durften. Für Graf Wilhelm war das neben der militärischen Laufbahn ein vielfältiges Engagement für die vaterländische Geschichte (auch Naturgeschichte) und Wissenschaft²⁰. Das war für den Württembergischen Altertumsverein ein Glück, konnte er doch gleich bei seiner Gründung zusätzlich unter das Protektorat des Königs gestellt werden. Zum Gründungsvorstand gehörten neben Graf Wilhelm auch Freiherr von Cotta, Carl Elben, Topograf

¹⁸ RABERG, Konrad Dietrich Haßler, S. 65.

¹⁹ Vgl. GOER, Perspektiven, S. 75 f.

²⁰ Weiterführend: Württemberg, Graf Friedrich Wilhelm (I.) von, seit 1867 Herzog von Urach. In: RABERG, Biografisches Lexikon, S. 484 f.; sowie: http://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm_von_Urach [20.7.2017]; zu Wilhelm von Württembergs Bemühen um die Förderung der Archäologie vgl.: SCHÖBEL, Wer macht Geschichte, S. 7.

Paulus²¹, Prof. Pauly, Amtsdekan Stadtpfarrer Gustav Schwab, Prof. Stälin und andere. Man überreichte dem König eine in violette Moiréseide eingebundene Ver-einssatzung, die das Hauptstaatsarchiv noch aufbewahrt²². Darin wurden die Tätig-keitsfelder benannt: „§ 5 Die Gegenstände, welchen er [der Verein] seine Sorgfalt und Aufmerksamkeit widmet 1. Reste der celtisch-römischen Zeit [...] 2. Denk-mäler des Mittelalters von der Völkerwanderung bis in die neuere Zeit herab, insbesondere: Werke der Baukunst, Burgen, Warten, Brücken, Kirchen, Klöster, merkwürdige städtische Gebäude, Brunnen [...] Inschriften, Grabsteine, Wappen, Begräbnisschilder [...] Häusliche Gerätschaften; Musikalische Instrumente, Werke der Malerei [...] Handschriften [...] alte Drucke, Alte Musikalien, Landkarten, Grundrisse [...] 3) Lebendige Reste der Vorzeit: Tracht, Sprache, Sitten und Ein-richtungen; Abergläubische Meinungen und Gebräuche, die sich an gewisse Zeiten und Naturgegenstände knüpfen; Sagen und Lieder des Volkes; bedeutende örtliche Erinnerungen“²³.

Diese Themenbereiche nannte der Verein auch in seiner Stellungnahme zur Ent-wicklung der Denkmalpflege vom 16. Juni 1856 anlässlich der Einrichtung des Landeskonservatoriums. Es wurden hier konkrete Vorschläge gemacht, in welche Abteilungen ein Landeskonservatorium zu gliedern sei: „I. Abteilung für Baudenk-mahle und plastische Werke des christlichen Mittelalters und des nächst daran sich anreihenden Zeitraums. II. Abteilung für Alterthümer aus der heidnischen Zeit. III. Abteilung für heimische Geschichts-Sagen und Sprach-Forschung, für Trach-ten und Gebräuche. IV. Abteilung für Malerei, Schwarzkunst, Noten, Waffen, Sigille, Schmuck und Geräthschaften aus der christlichen Zeit, soweit sie nicht mit Bauwerken zusammenhängen, wie Glocken, Chorgestühle e.c., in welchem Falle sie in die erste Abteilung gehörten.“²⁴

Der Denkmalbegriff, der hier erst konstituiert werden musste, war so weit ge-fasst, dass er volkskundliche Gegenstände mit einschloss²⁵. Damit war eine Über-sicht geschaffen, was man unter „Altertümern“ und schützenswerten Gegenstän-den verstehen konnte, und gleichzeitig ein Behördenplan vorentworfen. Mit diesem Kanon wurde erstmals gesellschaftlicher Druck erzeugt, den Schutz- und Pflege-gedanken für die Überreste durchzusetzen, eine Systematik denkmalgerechten Handelns zu entwickeln und dafür auch staatliche Institutionen zu schaffen.

Die Grundlage für jegliches systematische Handeln ist Wissen bzw. die Schaf-ung des notwendigen Wissens – hier in erster Linie darüber, was ein Denkmal ist und wie viele es davon wo gibt. Zu einem gewissen Teil hatte das schon das könig-

²¹ Das ist Eduard Paulus der Ältere, Mitglied des Statistisch-topographischen Bureaus, dem auch Pauly und Stälin im Nebenamt angehörten. Von Paulus stammt die in Kapitel II zitierte Anleitung zur landeskundlichen Empirie.

²² HStAS E 14 Bü 1577. Innen rosa Moiréseide.

²³ Ebd.

²⁴ HStAS E 151/07 Bü 572.

²⁵ Auch Hubert Krins bewertet das in seinem Übersichtsartikel über die Entwicklung des Denkmalschutzes in Baden-Württemberg so. Vgl. KRINS, Die Gründung.

liche Statistisch-topographische Bureau übernommen, das in seinen Fragebogen zur Vorbereitung der Landesbeschreibung diese Bereiche mit abfragte und aufbereitete, und in dessen Zuständigkeit die Erstellung der ersten Denkmallisten für „Kunst- und Altertumsdenkmale“ auch fiel²⁶. Bereits 1836 gab es eine entsprechende Aufgabenzuweisung an den angegliederten Verein für Vaterlandskunde, der diese Arbeit koordinieren sollte²⁷. Daraus entstanden aber keine Aktivitäten in Richtung Schutz und Pflege. Es ging zunächst um die Erstellung von Inventaren, nicht um Maßnahmen zur Erhaltung der Denkmäler²⁸. Dem Württembergischen Altertumsverein wurden gutachterliche und beratende Aufgaben zugewiesen, sodass er dafür in Zusammenarbeit mit dem Bureau und dem Ministerium und den Baubehörden halbamtlich tätig wurde²⁹. Deshalb konnte er auch, wie oben erwähnt, gutachterlich für die Weiterentwicklung des Denkmalschutzes votieren.

Für eine weitere Systematisierung und für die Kommunikation des Wissens – beides Voraussetzungen für Regierungs- und Verwaltungshandlung sowie den Erhaltungswillen auch vonseiten der Bevölkerung – bedurfte es eines Konservators. Nachdem diese Erkenntnis gereift war, dauerte es aber noch eine Weile, bis man sich auf eine Person geeinigt hatte, die der König als nebenamtlichen Landeskonservator berufen konnte. Graf Wilhelm zum Beispiel hätte gerne seinen historistischen Architekten Heideloff installiert³⁰. Außerdem war unklar, ob das Innen- oder Kultministerium für den Landeskonservator zuständig sein sollte. Der Leiter des Ministeriums für Kirchen- und Schulwesen, Gustav von Rümelin, hatte Konrad Dietrich Haßler (1803–1873) als Kandidaten vorgeschlagen und schließlich auch durchgesetzt. 1858 wurde er vom König ernannt, zeitgleich wurden entsprechende Richtlinien und Rahmenbedingungen im Regierungsblatt erlassen³¹. Wie üblich sollten die anderen Behörden, Vereine und passenden Institutionen das neue Amt in seiner Arbeit unterstützen. Haßler war als Repräsentant des Ulmer Vereins, als Orientalist, Historiker, Politiker und unermüdlicher Aktivist für den Münsterbau in Ulm bekannt, er war Mitglied des Vereins für Vaterlandskunde und saß einst mit Rümelin und Ludwig Uhland 1848/49 im Frankfurter Parlament – man kannte sich also auch persönlich. Einhellig halten ihn die Historiografen für den geeigneten Mann³².

²⁶ Martin Burkhardt zählt es daher auch zu den Vorläufereinrichtungen des Denkmalamts. Vgl. BURKHARDT, Das Statistisch-topographische Bureau.

²⁷ Vgl. HStAS E 151/07 Bü 572.

²⁸ Eine erste Denkmalliste mit Verweis auf die Anordnung von 1836 erschien 1843 unter dem Titel: „Denkmale des Alterthums und der alten Kunst im Königreich Württemberg“, in: Württembergische Jahrbücher, (1841), (erschien 1843), 1, S. 1–242.

²⁹ Vgl. GOER, Perspektiven, S. 76.

³⁰ Vgl. HStAS E 151/07 Bü 572. Diesem Ansinnen konnte letztlich nur mit dem Verweis auf den schlechten Gesundheitszustand Heideloffs begegnet werden; vgl. ebd.

³¹ Vgl. „Bekanntmachung des Ministeriums für Kirchen- und Schulwesens betreffend die Staatsfürsorge für die Denkmale der Kunst und des Alterthums.“ In: Staatsanzeiger für Württemberg, 14. 3. 1858.

³² Vgl. ausführlich dazu: RABERG, Konrad Dietrich Haßler.

Haßler bediente sich in der Folge zur Bewältigung seiner Aufgaben (Dokumentieren und Bewahren) ebenfalls des Wissensformats Fragebogen, denn es war nicht nur unklar, welche Denkmäler überhaupt vorhanden waren, sondern auch, wo sie sich befanden. Wieder versuchte man durch eine systematisierte Erhebung, dieses Wissen zu schaffen. Haßler reiste auch zu Ausgrabungen und dergleichen, und er erweiterte seine Zuständigkeiten durch weitere Ämter. So wurde er 1867 auch zum Konservator der Staatssammlungen ernannt. Bereits 1862 war versucht worden, sich über eine „Anlegung einer Sammlung vaterländischer Kunst und Alterthumsdenkmale“ zu verständigen, eine Aufgabe, die nun angegangen werden sollte³³. Die Vereinigung dieser Ämter war ein entscheidender Fortschritt hin zur Schaffung einer hauptamtlichen Stelle und zu einer behördenförmigen Organisation.

Bei der Größe des Feldes vaterländischer Altertümer und Überlieferungen und der ungenügenden Abdeckung durch staatliche Stellen – das war im damaligen Staatsgedanken noch nicht verankert – kam es zu weiteren Vereinsgründungen, die bürgerliches Engagement für kulturelle Ziele einbrachten. Zu nennen sind hier jene Gründungen, die eine für die Volkskunde relevante Zielsetzung hatten (und bereits in den vorigen Kapiteln erwähnt wurden), insbesondere der württembergische Zweigverein der Deutschen Anthropologischen Gesellschaft, der 1871 als Württembergische Anthropologische Gesellschaft gegründet wurde. Der Dachverein, dessen voller Name „Deutsche Gesellschaft für Anthropologie, Ethnologie und Urgeschichte“ lautete, hatte sich ein Jahr zuvor konstituiert und konnte mit prominenten Mitgliedern wie Prof. Rudolf Virchow aufwarten. Er hielt schon im Jahr darauf in Stuttgart seine „Dritte allgemeine Versammlung“ ab. Zu den württembergischen Gründungsmitgliedern gehörten Adelbert von Keller, der Tübinger Sprachwissenschaftler und ein wichtiger früher Vertreter in der Genealogie der germanistisch geprägten Volkskunde, aber auch Dr. Michael Buck aus Aulendorf, einer der bedeutendsten Privatgelehrten und Dialektologen, Ethnograf und Schriftsteller insbesondere Oberschwabens. Ebenso gehörten Landeskonservator Haßler und Eduard Paulus vom Statistisch-topographischen Bureau zu den Gründungsmitgliedern. Der Leiter des königlichen Naturalienkabinetts, Vereinsvorstand Prof. Fraas, regte 1872 an, es möge doch auch auf die vorgeschichtlichen Denkmale geachtet werden, und forderte deren Schutz³⁴. Von hier aus folgte logisch der Schutz archäologischer und naturgeschichtlicher Bodendenkmäler und es war gedanklich nur noch ein kleiner Schritt zum Naturschutz und auch zu den nächsten Vereinsgründungen wie den 1888 gegründeten Schwäbischen Albverein und den 1908 gegründeten Bund für Heimatschutz in Württemberg und Hohenzollern, mit einer je eigenen Klientel. Beide Vereine wurden laut Mitgliederliste Mitglieder im Verband der Vereine für Volkskunde³⁵. Auch die 1891 gegründete Württembergische Kom-

³³ Vgl. HStAS E 151/07 Bü 572.

³⁴ Die Württembergische Anthropologische Gesellschaft fusionierte 1945 mit dem württembergischen Geschichts- und Altertumsverein. Vgl. PARET, Bericht, S. 5 f.

³⁵ Vgl. Mitteilungen des Verbands deutscher Vereine für Volkskunde, 35 (Juli 1928), S. 1 f.

mission für Landesgeschichte fühlte sich im weitesten Sinne dafür zuständig. Ebenfalls hierzu gehörten die von Karl Bohnenberger zur Unterstützung seiner Sammlung volkstümlicher Überlieferungen gegründete Vereinigung für Volkskunde und später der Württembergisch-Hohenzollerische Verein für Volkskunde. Durch körperschaftliche bzw. institutionelle Mitgliedschaften waren die Vereine untereinander aber auch mit behördlichen Institutionen vielfach verbunden. Nicht zuletzt konnte so neben der symbolischen Aufwertung durch Mitgliederquantität und Qualität auch eine indirekte Finanzierung stattfinden, neben den gelegentlich gewährten „projektorientierten“ Staatszuschüssen und den Donationen des Königs. Ein sich überschneidender Personenkreis sorgte hier für ein locker verbundenes, vaterländisch motiviertes Wissensmilieu, das bei Gelegenheit auch enger miteinander zusammenarbeitete.

Bereits Ende der 1850er-Jahre sollte laut den internen Instruktionen ein begleitendes „Comitee“ den Landeskonservator unterstützen, dessen Mitglieder aus den Reihen des Altertumsvereins rekrutiert werden sollten. So konnte man in bewährter Weise schon vorhandene Kompetenzen einbinden und nutzen. 1908 wurde dann ein Landesausschuss für Denkmalpflege installiert, ab 1909 zusätzlich auch ein Landesausschuss für Natur- und Heimatschutz. Es ist unklar, ob diese Ausschüsse parallel arbeiteten oder ob nur der eine Ausschuss um den anderen erweitert wurde. Bei der Überführung des bisherigen Landeskonservatoriums mitsamt seinen Gremien in das Denkmalamt war nur vom Landesausschuss für Natur- und Heimatschutz die Rede³⁶. Es kann auch sein, dass der vorherige und wohl immer wieder neu ins Leben gerufene Denkmalausschuss nie richtig aktiv war und deshalb auch nicht mehr genannt wurde. Der Landesausschuss für Natur- und Heimatschutz war aber tatsächlich tätig und hatte umfangreiche Befugnisse³⁷.

Nach Haßlers Tod (1873) wurde als nächster Landeskonservator und Leiter der Staatssammlungen Eduard Paulus d. J. berufen. Der Architekt und Kunstsachverständige war zuvor im Statistisch-topographischen Bureau beschäftigt gewesen. Ihm folgte ab 1898 Eugen Gradmann, der 1920 in den Ruhestand trat und den Weg freimachte für eine Neuordnung der Abteilung, denn zwischenzeitlich hatten sich Zuständigkeiten und Vorstellungen rund um die Denkmäler verändert. Dem ging, wie sich aus den noch vorhandenen Akten³⁸ schließen lässt, schon längere Zeit eine Diskussion über Denkmalpflege, Heimatschutz, Naturschutz und verwandte Themen voraus, an der sich die einschlägigen Vereine beteiligten. Zu den am Diskurs Beteiligten gehörte ebenso der zuständige Minister Karl von Fleischhauer³⁹, der die

³⁶ Vgl. Entwurf des Staatshaushaltsplans für 1920. In: Protokolle des Landtags des Freien Volksstaats Württemberg, Beilagen 1,1 1920/21, Heft V, S. 61.

³⁷ Der Abschlussrechenschaftsbericht ist abgedruckt in: SCHWENKEL, Vom Naturschutz, S. 178–180.

³⁸ Die Akten des Kultministeriums sind bekanntlich im Krieg vernichtet worden, es gibt keine kontinuierliche Aktenüberlieferung zum Bereich Denkmal- und Heimatpflege bis 1945.

³⁹ Über seine Rolle als Schulreformer (Stichwort: Heimatkunde) berichtete das vorherige Kapitel.

Bereiche Natur- und Denkmalschutz als zusammengehörig dachte und eine Kombination aus Denkmalpflege, Heimatschutz und der Aufsicht über das Bauwesen vorschlug. Auch das Parlament war seiner Aufgabe gemäß diskursrelevant, denn schließlich mussten Gesetze und Verordnungen erlassen werden. Es lassen sich hierzu zwei Debattenbeiträge von Eugen Nägele in seiner Zeit als Abgeordneter nachweisen: 1907 und 1914, jeweils, wenn das Denkmalschutzgesetz auf der Tagesordnung stand. Es zeigte sich hier schon eine Tendenz, diese Ideen und Aufgaben in einem umfassenderen Landeskonservatorium bzw. einem Amt für Denkmalschutz zu vereinen, dazu auch ein Landesmuseum zu installieren und die archäologischen Funde mit den Regionen zu teilen. Eugen Nägele war einer der parlamentarischen Aktivisten für diese Idee. An der provinzialrömischen Archäologie sowie der Landeskunde hatte er ein persönliches Interesse, da er Limes-Streckenkommissar und ebenfalls Autor in der Landesbeschreibung und Aktivist des Albvereins war. Neben diesen persönlichen gab es für diese Institutionalisierung durchaus auch innerwürttembergische Gründe. Aber man darf auch die äußeren Gründe nicht außer Acht lassen, allem voran die Entwicklung der Reichsgesetzgebung zum Denkmalschutz, die auf Landesebene nachvollzogen werden musste. Als 1871 das Kaiserreich aus deutschen Teilstaaten unter der Führung Preußens bzw. der Hohenzollern als regierendem Haus gegründet wurde, verloren die bisherigen Fürstentümer und Königreiche Teile ihrer Souveränität. Dennoch gab es längere Zeit keine effektive Regelung, erst nach der Gründung der Weimarer Republik wurde diese Aufgabe zentral wieder aufgegriffen und effektiver angegangen, zum Beispiel mit der Verpflichtung zur Führung einer Denkmalliste. Daher waren die Länder gezwungen, für diese Aufgaben Stellen einzurichten. In Württemberg wurden zunächst allerdings nur vorläufige Gesetze erlassen, die immer wieder verlängert werden mussten. Daher musste immer wieder darüber abgestimmt werden, und das Thema tauchte im Landtag immer wieder als Tagesordnungspunkt auf.

c) Die Gründung des Landesamts für Denkmalpflege

In dieser Phase verdichteter Bemühungen wurde 1920 der Archäologe Dr. Peter Goessler Landeskonservator. Er war seit 1905 in der Altertumsabteilung der Staatssammlung (dem heutigen Landesmuseum) tätig und seit 1908/09 zweiter Konservator. Dies war der Beginn einer Neuarrondierung der Denkmalpflege in Württemberg, die sukzessive in eine neue Behörde überführt wurde: das Landesamt für Denkmalpflege, kurz Denkmalamt genannt. Das vorläufige Reichsgesetz von 1919 und 1920, das ein ebensolches Amt in den Ländern mitsamt einer zentralen Stelle erzwang, die das dort geforderte Denkmalverzeichnis erstellen, verwalten und zur Anwendung bringen sollte, zielte eigentlich nicht auf einen den Erhalt sichernden materiellen Schutz, sondern sollte die ungenehmigte Veräußerung und die Ausfuhr beweglicher Kulturgüter ins Ausland verhindern. Das vorläufige württembergische Gesetz war auch in erster Linie auf dieses Ziel ausgerichtet, es erweiterte aber die

Zielsetzung und mit der Schaffung des Amtes und einer ausführenden Satzung tendenziell den Spielraum, wenn es hieß: „§ 2. Das Landesamt für Denkmalpflege hat folgende Aufgaben:

1. alle im Lande vorhandenen Denkmale und Kunstwerke, die den Schutzbestimmungen unterliegen, auf geschichtlichem, wissenschaftlichem, künstlerischem und landschaftlichem Gebiet, soweit nicht der Schutz anderen staatlichen Stellen übertragen ist, zu erforschen, zu erhalten und zu pflegen und sich hiezu insbesondere die erforderlichen Bezirksorgane und Vertrauensleute zu schaffen und anzugliedern; 2. die sonstigen staatlichen und die Gemeindebehörden im Lande, sowie Interessenten und Beteiligte in Denkmal- und Kunstschutzfragen gutächtiglich zu beraten und sie auf die Gefährdung eines Denkmals oder Kunstwerks oder auf sonstige, für den Denkmal-, Kunst- und Heimatschutz wichtige Fragen aufmerksam zu machen; 3. die Denkmale und Kunstwerke aufzunehmen (zu inventarisieren) und zu veröffentlichen; 4. die Ausführung der jeweils geltenden gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen über den Denkmal- und Kunstschutz im Lande zu vollziehen und zu überwachen, insbesondere die Liste und das Denkmalverzeichnis (Verzeichnis der beweglichen Denkmale) [...] anzulegen und zu führen, sowie die Voraussetzungen der Anwendbarkeit der Verfügungsbeschränkungen in sachlicher Richtung durch allgemeine, der Genehmigung des Ministeriums unterliegende Richtlinien und im Einzelfall näher zu bestimmen.

§ 3. (1) Das Landesamt für Denkmalpflege besteht aus mehreren Mitgliedern, von denen eines zum Vorstand bestellt wird, nebst den erforderlichen Hilfskräften. (2) Die Mitglieder des Landesamtes für Denkmalpflege einschließlich des Vorstandes werden vom Ministerium des Kirchen- und Schulwesens bestellt. (3) Der Vorstand leitet und verteilt die Geschäfte auf Grund der vom Ministerium des Kirchen- und Schulwesens aufgestellten Geschäftsordnung, beruft die Sitzungen und sorgt für die Vollziehung der Beschlüsse; er vertritt das Landesamt nach außen und führt die Dienstaufsicht.

§ 4. (1) Dem Landesausschuß für Denkmalpflege ist ein engerer und ein weiterer (Landes-) Beirat von Sachverständigen zur beratenden Mitwirkung bei Ausübung des Denkmalschutzes angegliedert. [...] (2) Das Nähere über die Zusammensetzung, den Zusammenritt und die Geschäftsbehandlung der Beiräte, deren Mitglieder durch das Ministerium des Kirchen- und Schulwesens auf Vorschlag des Landesamts für Denkmalpflege, beim weiteren Beirat nach Anhörung des engeren Beirats, je auf die Dauer von 5 Jahren berufen werden, wird in der Geschäftsordnung des Landesamts für Denkmalpflege bestimmt. Die Mitgliedschaft in den Beiräten des Landesamts für Denkmalpflege ist ehrenamtlich.“

Dieses Gesetz wurde am 27. April im Kabinett beraten und am 12. Juni 1920 von Kultminister und seit 23. Juni 1920 Staatspräsident Johannes von Hieber unterschrieben⁴⁰.

⁴⁰ Die Kabinettsberatung ist erwähnt in: Die Protokolle der Regierung des Volksstaates Württemberg, S. 589f. Erläutert wurde der Gesetzesentwurf von Staatsrat Hegelmaier,

Peter Goessler leitete die neue Behörde und vereinte in sich mehrere Funktionen, wie man das aus der Geschichte württembergischer Behörden schon kannte: Er leitete gleichzeitig die Altertümersammlung der Staatssammlung und fungierte als Direktor des Denkmalamtes und deren Abteilung III. (archäologische Denkmalpflege) – von seinen sonstigen Vereins- und Nebentätigkeiten ganz abgesehen. Am Anfang stand die Institution von ihrer Ausstattung her noch kärglich da, die schwierige Finanzsituation der unmittelbaren Nachkriegszeit erlaubte kaum etwas anderes als die Zusammenzuführung dessen, was schon vorhanden war, und davon ausgehend den Ausbau der Ressourcen anzugehen⁴¹. Zunächst wurden keine neuen Mitarbeiter angestellt, sondern nur bestehende Aufgaben neu zugeordnet; mit dieser Bündelung unter das Dach eines Denkmalamtes wurde dennoch etwas Neues versucht und Goessler beanspruchte für sich, der Schöpfer dieser neuartigen Einrichtung zu sein⁴². An dieser Stelle bricht die Historiografie zur Denkmalschutzgeschichte in Württemberg normalerweise ab, der weitere Verlauf bis in die Jahre nach 1945 wird mit wenigen knappen Bemerkungen abgehandelt. Dabei wird die Geschichte nach 1920 erst richtig interessant: Wie vor dem Hintergrund der Weimarer Reichsverfassung und dem nachfolgenden vorläufigen Gesetz zum Schutz der Kulturgüter in Württemberg eine neuartige Behörde ausgebaut wurde, ist beispielhaft. Es gab bis in die 1930er-Jahre nur zwei Denkmalämter auf Länderebene in Deutschland, erst während des Nationalsozialismus kam es zu einer Ausbauphase. Letzteres ist für die heutigen Denkmalämter eine wenig erinnerte Geschichte in der eigenen Memoria, zumal die Überlieferung wie in Württemberg durch Kriegsverluste auch nicht besonders dicht ist und so die damaligen Abläufe nicht leicht zu rekonstruieren sind.

Goessler baute nach und nach seine Behörde aus und schaffte sich in seiner Doppelfunktion mit dem Museum auch eine ziemlich breite Machtbasis. Daneben unterrichtete er seit Ende der 1920er-Jahre bzw. Anfang der 1930er-Jahre (hierzu gibt es divergierende Angaben) an der Universität Tübingen und bekleidete etliche Ämter in den Bereichen Archäologie, Ur- und Frühgeschichte sowie Heimatschutz. Weiterhin war er Mitglied in entsprechenden Vereinigungen. Er veranstaltete Lehrfahrten und Fortbildungen auch für die Volksbildungsvereine und hatte Verbindungen in die Politik, bspw. nahm Kultminister und Staatspräsident Hieber an seinen Veranstaltungen teil, den Abgeordneten und späteren Staatspräsidenten

„Herr Minister Hieber und Herr Regierungsrat Frey geben einige Erläuterungen zu dem Gesetz. Zu § 2 schlägt Herr Staatsrat Hegelmaier einige Änderungen vor, mit denen sich das Kultministerium einverstanden erklärt“, ebd. Worum es sich bei den Änderungen handelte, geht daraus nicht hervor.

⁴¹ Die Beilagen zu den Landtagsprotokollen vermerken, dass das Denkmalamt nebenamtlich geführt wurde und dafür das bisherige Landeskonservatorium und der Ausschuss für Natur- und Heimatschutz zusammengeführt wurden. Vgl. Entwurf des württembergischen Staatshaushaltsplans für 1920. Heft VI. In: Protokolle der Verhandlungen des Landtags des Volksstaates Württemberg, Beilagen 1,1. 1920/21. Stuttgart 1921, S. 61.

⁴² Das sah unter anderem auch sein (ehemaliger) Mitarbeiter Oscar Paret in einem 1942 publizierten Festartikel in den Tübinger Blättern so. Vgl. PARET, Peter Goessler.

Bazille von der Bürgerpartei⁴³ und den Abgeordneten Schermann vom Zentrum kannte er aus seiner Lehrzeit in Mergentheim, für letzteren verfasste er später einen entsprechenden Nachruf⁴⁴. Ebenso war er mit reichsweiten archäologischen Institutionen und internationalen wissenschaftlichen (u.a. historisch-kartografischen) Publikationsunternehmen verbunden. Er hatte sich nach dem Studium der alten Sprachen und der Geschichte in Tübingen und Berlin in Richtung der klassischen Archäologie orientiert, mit dem bedeutenden Archäologen und u.a. Schliemann-Mitarbeiter Wilhelm Dörpfeld (1853–1940) hatte er in Südeuropa, insbesondere auf Leukas/Lefkas (heute Lefkada), auf der Suche nach dem historischen Ithaka gegraben und dazu publiziert. Ebenso war Goessler in der regionalen Archäologie bewandert und kannte die einschlägigen Kollegen, etwa Bersu, Rieth, Reinert, Robert Rudolf Schmidt u. a.⁴⁵, die dort gruben. Es gelang Goessler nach und nach, sein Denkmalamt zu einer umfassenderen Heimatschutzinstitution auszubauen. Inhaltlich erfuhr er dabei von allen Seiten Zustimmung. Anlässlich weniger Gelegenheiten, hauptsächlich bei der Haushaltsdiskussion und wenn das vorläufige Denkmalschutzgesetz verlängert werden musste, debattierte der Landtag dazu, dabei herrschte eigentlich Konsens, dass hier Großartiges geleistet werde, und es bestand der politische Wille, die finanzielle und personelle Ausstattung zu verbessern. Es wurde im Einzelnen (1926) über die Zuordnung der Stelle des Naturschutzbeauftragten Dr. Hans Schwenkel (die Stelle war noch beim Lehrerseminar Backnang verankert) und dessen Höhergruppierung vom Konservator zum Hauptkonservator debattiert⁴⁶. Angelegentlich dieses Tagesordnungspunktes wurden die Abteilung Volkstum mit Lämmle und die Leistungen von Direktor Goessler gelobt, daneben auch Bohnenberger und Fischer ehrend erwähnt. Wortmeldungen kamen von den Abgeordneten Hieber (DDP), Schermann (Zentrum), Hölscher (Bürgerpartei/DNVP), Mergenthaler (Völkisch-Sozialer Block), Heymann (SPD), Berichterstatter Wider (Bürgerpartei/DNVP) und dem Ministeriumsvertreter Frey⁴⁷.

Goessler entwickelte seine Möglichkeiten entsprechend der in den amtlichen Bestimmungen enthaltenen Rahmenbedingungen und machte aus dieser Gelegenheitsstruktur ein Amt für Heimatschutz. Sein Personal für die verschiedenen

⁴³ Wilhelm Bazille (1874–1934) war auch Reichstagsabgeordneter (DNVP) und Staatspräsident (1924–28) und Kultminister (1928–33) in Württemberg, zuletzt parteilos. Vgl. RABERG, Biographisches Handbuch, S. 40.

⁴⁴ GOESSLER, Nachruf.

⁴⁵ Zur Geschichte der Tübinger frühgeschichtlichen Archäologie vgl. VEIT, Notizen.

⁴⁶ 108. Sitzung des Württembergischen Landtags, Donnerstag 10. Juni 1926. Dokumentiert in: Verhandlungen des Landtags des freien Volksstaates Württemberg. Protokoll-Band. 1924/26, Bd. 4., S. 2755–2757.

⁴⁷ Zu den württembergischen Landtagsabgeordneten s. RABERG, Biographisches Handbuch. Gut aufbereitet bei Wikipedia: http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Mitglieder_des_Württembergischen_Landtages_1924_bis_1928 [20.7.2017]. Ebendort auch von den anderen Landtagen. Zu Theophil Frey (1881–1957) gibt es eine Kurzbiografie in: Die Protokolle der Regierung des Volksstaates Württemberg, S. 590.

vorgesehenen Abteilungen Bau- und Kunstdenkmäler, Archäologie, Naturschutz und Volkskunde, rekrutierte er zunächst aus den Kreisen der Volontäre und Konservatoren der Altertümer- und Kunstsammlung: Julius Baum, Oscar Paret und Richard Schmidt. Später suchte er nach Aktivisten, deren Stellen von anderen Ressorts bezahlt wurden, wie dies bei Schwenkel und Lämmle möglich war, und die dann in sein Ressort übertragen werden konnten. Dazu kam noch der Archivalien-schutz als eigene Abteilung, den der jeweilige Direktor des Staatsarchivs nebenamtlich vertrat – zunächst Eugen von Schneider dann Hermann Haering. Der in der Volksbildung aktive Lehrer und Schriftsteller August Lämmle wurde 1923 Konservator der Abteilung V. Volkstum, dann folgt noch am 1. Dezember 1924 Dr. Hans Schwenkel zuerst als Konservator, dann als Hauptkonservator für Naturschutz⁴⁸. Etwas später, als sich alles etwas konsolidiert hatte, wurde der bisherige Volontär, der Prähistoriker Walther Veek (1886–1941), als Mitarbeiter übernommen und dann auch höher eingruppiert⁴⁹. Hinzu kamen nach und nach Helfer, Volontäre sowie Mitarbeiter, die mal mehr für das Museum, mal mehr für das Denkmalamt tätig waren. Das Denkmalamt war am Anfang beinahe eine virtuelle Behörde, die sich aus Mitarbeitern und Stellen zusammensetzte, die für andere Institutionen tätig waren und von anderen Etatstellen bezahlt wurden. Das entsprach durchaus dem Status des frühen Statistisch-topographischen Bureaus.

1925 stellte Peter Goessler im Schwäbischen Heimatbuch, dem Organ des Bundes für Heimatschutz, anlässlich eines Beitrags über „Lichtbild und Film im Dienste der Heimatpflege“ sein Programm einer geneigten Öffentlichkeit vor⁵⁰. In erster Linie ging es zwar um die Volksbildungsarbeit mithilfe von Lichtbildern und Film, also um eine Wissensvermittlung, die auf visuelle Erlebnisse setzte, es war aber insgesamt programmatisch für seine Auffassung: „Wir weisen dem Lichtbild für die Heimatpflege die richtige Rolle zu, wenn wir uns über das letzte Ziel unserer Heimatarbeit klar sind. Bei allem, was wir für die Heimat, ihre Natur und Kultur tun, kommt es letzten Endes nicht auf das Wissen an, sondern auf das Erleben.“⁵¹

Aufseiten des Vermittlers wurde aber schon solides Wissen vorausgesetzt, und von Reenactment im Film hielt Goessler nichts. Es kam ihm eben auf die Zielsetzung an, und die formulierte er so: „Unter Heimatpflege, gleichsam im technischen Sinne, ist ein Doppelpes zu verstehen. 1. Die Aufnahme, Erforschung und Pflege aller Denkmäler der Vergangenheit und der Gegenwart, d.h. der Werke der

⁴⁸ Schwenkel, eigentlich Lehrer, war seit Dezember 1922 schon teilweise nebenamtlich dafür tätig, davor wurde die Abteilung nebenamtlich vertreten durch den Direktor der Württembergischen Naturaliensammlung, Dr. Martin Schmidt. Vgl. SCHWENKEL, Vom Naturschutz, S. 178.

⁴⁹ Die Verhandlungen über die Stellen und ihre Eingruppierung sind in den Beilagen zu den Landtags- und Ausschusssitzungen enthalten.

⁵⁰ Vgl. GOESSLER, Lichtbild.

⁵¹ Ebd., S. 8. Zum Phänomen der Vermittlung als Erleben vgl. PUCHBERGER, „Erlebnis-Sphäre“. Hervorhebungen im Original.

heimischen Kultur und Natur, die um ihres künstlerischen, geschichtlichen, naturwissenschaftlichen und landschaftlichen Wertes erhaltungsbedürftig sind; das ist *Denkmalpflege* im eigentlichen Wortsinn.

2. Gemäß der Tatsache, daß Heimat ist nicht bloß, was war, sondern auch, was ist, was sich entwickelt, verändert, neugestaltet, was uns heute umgibt und woran wir mitgestaltend die Verantwortung tragen, die Mehrung der Heimat, die bei unvermeidlichen Änderungen oder Beseitigungen des Alten oder bei Neuschöpfungen bei allem Fortschritt doch voll Rücksicht gestaltet werden soll; das ist *Heimatschutz* im best verstandenen und meist abgewogenen Wortsinn.

In dieser Begriffsbestimmung liegt zwangsläufig der propagandistische Charakter unserer Heimatpflege. So gewiß Denkmalschutz, archäologischen und Bau- und Kunstdenkmalschutz, sowie Naturschutz mit bleibendem Erfolg nur der Fachmann treiben kann, der die Grundlagen der dazugehörigen Wissenschaft und Technik beherrscht, so gewiß ist es, daß unsere Heimatpflege getragen sein muß von der Anteilnahme der weitesten Kreise.⁵²

Man kann das „unsere“ in diesem Satz als die bürgerliche Öffentlichkeit des Bunds für Heimatschutz auffassen, es steht aber auch für Goessler und sein Denkmalamt, dessen Ansatz hier mit vorgestellt und zu einem allgemein öffentlichen Anliegen gemacht wurde, was über die Kreise des Honoratiorenvereins hinausweisen soll. Ein paar Jahre später wurde unter den Vorständen vereinbart, dass das Denkmalamt einen Sitz im Vorstand des Bunds für Heimatschutz erhalten solle⁵³. Die gesellschaftliche Verankerung der einen und die behördliche Absicherung des anderen führten zu einer beziehungsfestigenden Win-Win-Situation. Goessler nannte in diesem Text die Aufgaben der entsprechenden Abteilungen, stellte ihren wissenschaftlichen Anspruch heraus und grenzte diese auch gegen andere ab. Dabei fehlte aber die Abteilung Volkstum, die nicht extra erwähnt wurde, obwohl auch deren Vertreter August Lämmle in den angesprochenen Kreisen nicht unbekannt war. Das lässt sich so deuten, dass dieser Abteilung und dem dafür eingestellten Mitarbeiter die hier so bezeichnete „propagandistische“ Aufgabe mit dem Ziel der Anteilnahme weitester Kreise zufiel. Dieser Mitarbeiter hatte also Vermittlungsarbeit – worunter man im Wortsinne auch Popularisierung verstehen kann –, Wissenstransfer und Öffentlichkeitsarbeit in dem von Goessler gedachten Rahmen zu übernehmen, während die Kommunikation mit der wissenschaftlichen Öffentlichkeit weitgehend dem Direktor überlassen bleiben sollte. Tatsächlich war der

⁵² GOESSLER, Lichtbild, S.7. Hervorhebungen im Original. In der folgenden Ausgabe des Schwäbischen Heimatbuchs fasst er die Leitgedanken nochmals in zehn Punkte, wobei der zehnte Punkt ein Zitat des Bundes-Gründers Paul Schultze-Naumburg ist. Vgl. DERS., Was wollen Denkmalpflege und Heimatschutz?, Anhang S. I. Das ist auch ein Hinweis auf die Disposition dieser Bewegung, die Schultze-Naumburg und andere zu Wegbereitern und Anhängern des Nationalsozialismus machte, wenn auch Schultze-Naumburgs rassistische Schriften zu diesem Zeitpunkt noch nicht veröffentlicht waren. Zu Schultze-Naumburg vgl. Neue Deutsche Biographie, Bd.23, S.709–711.

⁵³ Vgl. Geschäftsbericht über das Jahr 1929. In: Schwäbisches Heimatbuch (1930), S. 142.

Vertreter der Abteilung Volkstum, Lämmle, seit Längerem vom Schuldienst freigestellt und in der Volksbildung tätig, er hatte als Heimatschriftsteller schon Erfolge gehabt und die Quellen sprechen ihm ein großes Talent auf beiden Gebieten zu – eine wissenschaftliche Ausbildung wie die anderen Konservatoren hatte er aber nicht.

An späterer Stelle im oben genannten Text über Lichtbild und Film verband Goessler diesen Ansatz mit der Tradition der Landesbeschreibung: „Man nennt Württemberg nicht mit Unrecht das klassische Land der Heimatforschung.“⁵⁴ Hieran solle angeknüpft werden mit der Heimatschutzarbeit. Bemerkenswert ist ein ähnlich programmatischer Text in der späteren Zeitschrift des Denkmalamts, den Goessler 1929 unter dem Titel „Denkmalpflege und Leben“ veröffentlichte. Er begann mit der Verfassungsverankerung und der Anerkennung der „sittlichen Pflicht des Staates als der organisierten Volkseinheit“⁵⁵, die Denkmäler im erweiterten Sinn zu schützen, und pries dann Württemberg dafür, den Zuschnitt auch „auf die Denkmäler der Natur und des Volkstums auszudehnen“: „Diese Erweiterung ist zugleich eine Vertiefung der Gesamtarbeit. Die Arbeit der Denkmalpflege in diesem Sinn stellt eine vollkommene Einheit dar sowohl bezüglich der Methode wie bezüglich der Ziele. Das Denkmal ist um der Menschen willen da. Auch in der Denkmalpflege hat der Lebende das letzte Recht. Ihre Methode ist Verbindung von Wissenschaft und Praxis, Forschung und Leben, ihr Ziel die Beziehung zum ganzen Leben des wahrhaft gebildeten Volkes als einer Einheit im Sinne einer Schicksalsgemeinschaft.“⁵⁶

Es ging Goessler nicht um eine „antiquarische Liebhaberei“, sondern um eine ästhetische und moralische, eigentlich auch politische Ziele vereinigende Aufgabenstellung und deren gesellschaftliche Verankerung⁵⁷. Die Implementation der Ideen und Ziele war dabei nicht allein über die Verordnungen des Staates zu erreichen, sondern durch Schaffung eines Bewusstseins durch Wissenstransfer, Bildungsarbeit, Museen und Ähnliches.

Das alles verweist auch auf Goesslers persönlichen Anspruch, mit seiner Arbeit eine weitreichende Geltung zu erlangen, die man als eine Triebfeder seiner Aktivitäten annehmen darf. Er hat dies alles erreicht – aber auf dem Höhepunkt seines Erfolgs in den frühen 1930er-Jahren wurde er „gestürzt“ und seine Mitarbeiter übernahmen die Geschäfte.

⁵⁴ GOESSLER, Lichtbild, S. 10.

⁵⁵ DERS., Denkmalpflege, S. 51.

⁵⁶ Ebd.

⁵⁷ Vgl. ebd., S. 52.

2. Die Abteilung V. Volkstum im Denkmalamt

a) Gründung und Personal

1923 wurde die Abteilung Volkstum als fünfte Abteilung des Denkmalamts eingerichtet und August Lämmle zum 1. April im Rang eines Konservators als ihr Leiter eingestellt. Die Einrichtung der verschiedenen Abteilungen des Denkmalamts und ihre Hierarchie waren zu diesem Zeitpunkt allerdings noch nicht vollendet, sie wurden gelegentlich umbenannt und neu sortiert. So war von der Abteilung Volkstum im ersten Plan, der dem Landtag vorgelegt wurde, noch nicht die Rede. Die römische Fünf (V.) und der Begriff Volkstum kamen dabei sicher nicht zufällig zusammen, sondern bildeten eine ästhetische Einheit von Ordnungszahl und Begriff⁵⁸. In den Entwürfen des Altertumsvereins wurde die Abteilung Volkstum noch als dritte Abteilung genannt (s. o.). Die Einrichtungen des Denkmal- und Heimatschutzes sollten aber nicht nur der vorgängigen Tradition folgen, sondern den Bedürfnissen der Zeit und den Vorstellungen und Möglichkeiten von Goessler und dessen Diskursumfeld. Zu diesem Umfeld gehörten neben dem Museum auch die Abteilung Landesbeschreibung im Statistischen Landesamt und die Kommission für Landesgeschichte. In beiden wurde zum wiederholten Mal eine Diskussion über die Neukonzeption, Beschleunigung und Modernisierung der Oberamtsbeschreibungen geführt, wobei quer zu den Institutionen im Wesentlichen zwei Positionen vertreten wurden: zum einen die einer historisch orientierten Landeskunde, repräsentiert durch Viktor Ernst, und zum anderen die einer mehr auf kursorische Darstellungen der Historie mit einem stärkeren Akzent auf Geografie, Natur- und Siedlungskunde abhebenden, repräsentiert durch Robert Gradmann. Goessler befand sich mitten in diesem Milieu und versuchte, aus den alten Positionen etwas Neues zu entwickeln und gleichzeitig ein starkes Netzwerk aus diesem Wissensmilieu herzustellen. Er schaffte zusätzliche Verbindungen zum Volksbildungsmilieu und den ministerialen Schul- und Lehrerbildungsabteilungen. Diese Gelegenheitsstrukturen, die in der von Goessler intendierten starken Vernetztheit der eigentlich kleinen Behörde mündeten, gehörten ebenso in die Vorüberlegungen zur Organisation einer thematisch weitgefassten Behörde wie die Passung der Abteilung V. in diese Absichten. Das kann als Alleinstellungsmerkmal der Goessler'schen und damit Württembergischen Fassung des Denkmalamtes gelten. Württemberg verdankte der Abteilung Volkstum seine große Anerkennung in den Kreisen des Verbandes der Vereine für Volkskunde. Das wurde selbst in der Zeitschrift der Vereine für Volkskunde festgestellt⁵⁹ und gehörte auch lange zu den Narrativen späterer Vertreter dieser Stelle.

⁵⁸ Mitte der 1920er-Jahre wurde die Abteilung Volkstum eine Weile unter VI. geführt, was in den 1930er-Jahren wieder geändert wurde. Gründe sind nicht ersichtlich. Ebenso kam gelegentlich die Bezeichnung „Gruppe Volkstum“ vor, wie sich an Akten und Publikationen nachvollziehen lässt. Erläutert werden die Umbenennungen allerdings nicht.

⁵⁹ Vgl. Zeitschrift für Volkskunde, 33/34 (1923/24), S. 166.

Die Einrichtung dieser Stelle beim Denkmalamt und die Berufung von August Lämmle als erstem Vertreter kann eigentlich nur unter Berücksichtigung dieser Konstellationen richtig bewertet werden. Die bisher eher spärliche Beschäftigung der Fachgeschichte mit der Abteilung V. brachte dazu kaum Erkenntnisse. Die Untersuchungen zu Lämmles Persönlichkeit und Wirken interessierten sich wenig für die Gründe, ihn auf dieser Stelle einzusetzen und urteilen insgesamt mal eher vernichtend⁶⁰, mal eher apologetisch⁶¹ über ihn als Person. Die Voraussetzungen und Bedingungen seiner Einsetzung wurden bisher nicht ausreichend untersucht. Meiner Ansicht nach lohnt es sich nicht, den Ansatz und die Inhalte von Lämmles Büchern und Aktivitäten nachzuverfolgen, da kann man sich der Analyse von Hans-Ulrich Roller anschließen: Lämmle war kein Wissenschaftler, seine Fähigkeiten zu stringenter Argumentation und Programmatik waren äußerst schwach ausgebildet⁶². Im Kreis der anderen Kustoden konnte er eigentlich nicht reüssieren. Er war ein Dilettant, aber das war vor dem Hintergrund der bisherigen Professionalisierung volkskundlichen Wissens und der ersten Anforderungen für die Rolle der Abteilung zunächst ausreichend – zumal es auch noch keinen ausgebildeten Fachwissenschaftler für Volkskunde gegeben hätte. Als Heimatschriftsteller hatte Lämmle viele Anhänger und sein bis heute verbreitetes Ansehen resultiert aus seiner schriftstellerischen Tätigkeit⁶³ und der langen Wirkung des Heimatschutz-Denkstils, der damit verknüpft ist.

Wenn John Meier, der Vorsitzende des Verbandes der Vereine für Volkskunde, an Lämmle einen Brief schreiben musste, dann tat er das öfter mit der Adressierung „Herrn Schriftsteller Lämmle“, was im Falle des sehr spitzfindig formulierenden Meier durchaus keine Ehrbezeugung war, sondern die Distanz vom Wissenschaftler zum Dilettanten markierte. Vonseiten der Wissenschaft wurde die Besetzung der Stelle mit Lämmle vielleicht nicht für passend gehalten, aber man musste mit ihm auskommen, denn es gab die älteren geteilten Wissensbestände und neue Aktivitäten, die man nur gemeinsam schlagkräftig angehen konnte. Neben den Skeptikern hatte Lämmle aber zahlreiche Freunde und Förderer. Außerdem passte er in das Kalkül und Ressourcenmanagement von Goessler, und daher lag es nahe, ihn als Mitarbeiter und Leiter der Abteilung V. einzustellen.

Hier lohnt sich ein Blick nicht nur auf Lämmles Biografie, sondern auf den Bereich der Unterstützer. Satzungsmäßig hatte das Denkmalamt einen Beirat für die verschiedenen Belange: „Die Abteilung V. Volkstum wurde von Universitätsprofessor Bohnenberger, Präsident Theodor Bracher, Oberstudiendirektor Jos. Karlmann Schrennmacher, Saulgau, Professor Rudolf Kapff, Urach, Studienrat Dr. Lohß Schorndorf, Prof. Dr. Wilhelm Pfleiderer, Stuttgart vertreten.“⁶⁴

⁶⁰ Vgl. ROLLER, August Lämmle; KOHLMANN, August Lämmle.

⁶¹ Vgl. SAUER, August Lämmle; BIHL, Lämmle, August.

⁶² Vgl. ROLLER, August Lämmle.

⁶³ So sieht es auch der spätere Leiter der Landesstelle für Volkskunde Gustav Schöck in seinem Beitrag über Lämmle. Vgl. SCHÖCK, „M'r hend so onser Mödele“.

⁶⁴ HStAS EA 3/202 Bü 37 „Organisation der Denkmalpflege“.

Ob dieser Beirat je tätig war, konnte in den 1960er-Jahren, als man darauf Bezug nahm, nicht geklärt werden. Daran wird deutlich, welche Personen aus dem volkskundlichen Wissensmilieu man für notwendig hielt. Viele von den hier genannten waren einst als „Hilfsarbeiter“ bei Hermann Fischer am „Schwäbischen Wörterbuch“ tätig gewesen⁶⁵, und es finden sich zwei ausgesprochene Freunde von Lämmle wieder: Theodor Bracher und Rudolf Kapff. Kapff, zu der Zeit Ephorus am evangelischen Seminar in Urach, war ebenfalls ein sehr enger Jugendfreund von Peter Goessler und wie schon erwähnt Bearbeiter der Sammlungen zu volkstümlichen Überlieferungen. Lämmle hatte damit einige Fürsprecher gerade im Bereich der Volks- und Lehrerbildung und der Schulverwaltung, wo Theodor Bracher arbeitete. Lämmle widmete Rudolf Kapff und Theodor Bracher auch sein volkskundliches Hauptwerk „Unser Volkstum“, eine Kompilation von Vorträgen Lämmles, die ein bisschen systematisiert worden waren und ihm in den folgenden Jahren auch immer wieder als Textbausteine dienten. Er publizierte meist in Zeitschriften und Jahrbüchern, die er zum Teil gemeinsam mit anderen, zum Teil alleine betreute. Lämmle hatte eine eigene Buchreihe im Silberburg-Verlag⁶⁶ begründet, während „Unser Volkstum“ in der Schriftenreihe des Denkmalamtes ebenfalls im Silberburg-Verlag erschien, das sind feine, aber doch wichtige Unterschiede. Der Silberburg-Verlag wurde von Theodor Bäuerle geleitet, mit dem Lämmle ebenfalls einen meist freundlichen Ton („lieber Theo“) pflegte, der für Lämmle allerdings nicht selbstverständlich ist: Er führte öfter Kleinkrieg gegen Leute, die er als Konkurrenz empfand. Mit Bäuerle verband ihn aber das Engagement in der Volksbildung.

Lämmle war nach seinem Einsatz während des Ersten Weltkriegs als Leiter eines Lazaretts in Tübingen vom Schulamt aus seinem eigentlichen Beruf als Volks- und Turn-, später Reallehrer beurlaubt worden und hatte sich als Geschäftsführer der Volkshochschule Cannstatt und als Schriftführer des Vereins für ländliche Wohlfahrtspflege, als Vortrags- und Schulungsreisender sowie als Schriftsteller betätigt und nebenbei volkskundliche Sammlungen angelegt. Das alles brachte er 1923 als Expertise in sein neues Amt ein. Eine differenzierte Begründung für die Berufung Lämmles ins Denkmalamt findet sich in den Quellen nicht, Dölker erwähnte nur seine Sammlungen. Keiner der Autoren, die bisher über Lämmle geschrieben haben, scheint genaue Kenntnis davon zu haben, obwohl sie sonst gut informiert sind. Lämmles Bedeutung im Volkstumsmilieu und seine Verbindungen zur Volksbildung und in das Schulamt sind für mich Hinweise darauf, dass er eine hohe Passung hatte und daher gefördert wurde. Nicht zuletzt anhand von Bemerkungen in den Landtagsdebatten finden sich Hinweise auf sein allgemein hohes Ansehen. Er selbst behauptete in seinem Spruchkammerverfahren⁶⁷, selbst die Kommunisten hätten seinerzeit seiner Berufung zugestimmt. Dafür waren allerdings keine Belege

⁶⁵ Vgl. Kapitel IV.

⁶⁶ Der heutige Silberburg-Verlag hat nichts mit dem 1925 gegründeten zu tun.

⁶⁷ Vgl. StAL EL 902/14 Bü 5249, Spruchkammer 29 Leonberg, Verfahrensakten August Lämmle.

zu finden, denn die Einstellung war laut Satzung Sache des Ministeriums und bedurfte keiner parlamentarischen Zustimmung. Höchstens die Einrichtung der Stelle als solcher oder – wie im Fall Schwenkel dokumentiert – die Umsetzung und Höhergruppierung sind Sache der Ausschussberatungen und parlamentarischen Abstimmung. Dass der Leiter der Schulbehörde, Theodor Bracher, Lämmles Freund war, war sicher zusätzlich hilfreich. Ebenso, weil man mit Lämmle jemanden einsetzen konnte, der zunächst von einer anderen Haushaltsstelle bezahlt werden konnte, ähnlich wie bei der Anstellung von Schwenkel später auch. Man darf solche haushälterischen Winkelzüge in Zeiten extrem knapper Ressourcen wie etwa 1923 nicht unterschätzen.

Lämmle selbst wunderte sich auch manchmal, dass er als Nichtakademiker für das Denkmalamt tätig sein durfte, zumindest kokettierte er damit. Er entwickelte daher eine erhöhte Wachsamkeit gegenüber möglichen Konkurrenten. Allerdings kann er sich keine eigene fachliche Basis schaffen, die über seine Anerkennung als heimatbewegter Schriftsteller und Organisator hinausgehen würde. So organisierte er zwar 1933 (statt wie geplant 1932) einen sehr erfolgreichen Schwäbischen Heimattag unter Einbeziehung der „Auslandsdeutschen“ (Stuttgart hatte den Titel „Stadt der Auslandsdeutschen“) und insbesondere der „Auslandsschwaben“⁶⁸, das konnte er wohl sehr gut. Gleichzeitig gab es Unstimmigkeiten, weil hier plötzlich ein Treuebekenntnis Württembergs zum Reich als weiterer Programmpunkt mitveranstaltet werden musste, womit nicht alle Organisatoren einverstanden waren⁶⁹. Dennoch war der Schwäbische Heimattag sicher ein Höhepunkt für die Abteilung V. – auch wenn dabei der Rasen im Schlossgarten ruiniert wurde⁷⁰.

b) Tätigkeitsfelder und Arbeitsweisen

Hans Schwenkel stellte 1925 in seiner Darstellung der Aufgaben des Landesamtes für Denkmalpflege für den Bereich der Abteilung V. (bei ihm Bereich 6 bzw. VI.) die Tätigkeitsfelder vor, die „Schutz und Pflege“ erfahren sollten: „Die Gegenstände der volkstümlichen Überlieferung, Mundart, Volkswissenschaft in Sprichwort und Redensart, Volkslied und Kinderlied, Sage, Märchen, Schwank, Schnurre, Rätsel, Volksglaube und Volksrecht, Volkstanz, Volksfest und Volksspiel, Sitte und Brauch, die Denkmäler der Flurnamen, Sippen- und Ortsnamen, allerlei Volkskunst in Tracht, Bildereien, Bauweise, Geräten, das volkstümliche Wissen vom Menschen und den Dingen der Umgebung, Volksheilkunst.“⁷¹

⁶⁸ Dazu schrieb Lämmle im Programmheft: „Alle Schwaben außerhalb unseres Landes sind Träger und Vorposten unserer schwäbischen Kultur und unserer schwäbischen Wirtschaft.“ LVS N Altregistratur B/30, Schwäbischer Heimattag Stuttgart 1933.

⁶⁹ Ebd.

⁷⁰ Ebd. Dort auch die Abrechnungen. Insgesamt wurde ein Gewinn erwirtschaftet – und ein Prozess wegen der Schäden geführt.

⁷¹ SCHWENKEL, Vom Naturschutz, S. 177. Hervorhebungen im Original.

Man kann in allen programmatischen Schriften Varianten dieser Formulierungen finden, die mal breiter, mal knapper dargestellt sind und zu den üblichen Themen des volkskundlichen Kanons gezählt werden können. Alle diese Bereiche wurden während der Tätigkeit der Abteilung V. irgendwann auch bearbeitet und teilweise über Sammlungen, teilweise über Publikationen abgedeckt, was allerdings nichts über die tatsächliche Vertiefung des jeweiligen Bereichs aussagt. Das Denkmalamt verfolgte als Heimatschutzbehörde mit der Abteilung Volkstum darüber hinaus wie beschrieben „propagandistische“ Ziele, gemeint ist damit die Seite des gesellschaftlichen Wissenstransfers, es sollte ja nicht nur einseitig Wissen popularisiert, sondern auch seitens des Volkes eine breite Zustimmung und Mitwirkung erreicht werden. Für die „Sache“ und die jeweiligen Sammlungen sollte also ein großer Kreis von ehrenamtlichen Mitarbeitern im ganzen Land rekrutiert werden. Die Erfahrungen bei den Mitmach-Aktionen Flurnamensammlung, Volksliedersammlung und der Sammlung volkstümlicher Überlieferungen hatten die Vorlage dafür schon geliefert und neben den Erfolgen auch die Grenzen solcher Unternehmungen aufgezeigt, die einer dauernden Kommunikation auf allen Ebenen bedurften, um am Laufen gehalten zu werden. Auf der Reputation der bisherigen Aktionen baute man nun auf. Dafür waren deren wichtigste Protagonisten als eine Art Garanten und fachliche Ressourcen im Beirat versammelt. Nach und nach gab es vom Landtag auch zusätzliche Mittel zur „Sicherung volkskundlichen Gutes“. Die Tätigkeit der Abteilung V. war während der Zeit des Volksstaats politisch gut verbunden und abgesichert – von der Regierung über das Parlament ins Ministerium, überall saßen Freunde und Sympathisanten, manchmal aber auch Konkurrenten.

Publikationen: zur Herstellung von Sichtbarkeit

Den Beteiligten war klar, dass die Pressearbeit und eigene Publikationsreihen für den Erfolg der Sache äußerst wichtig waren. Lämmle äußert das in der Korrespondenz freimütig, bei Schwenkel kann man es in den Erfolgsmeldungen seiner Stelle und des Denkmalamts ebenso nachlesen⁷². Allerdings konnte man als eigenständiges Amt in den Veröffentlichungen eines anderen Amtes nicht publizieren, die Jahrbücher des Statistischen Landesamtes kamen also nicht mehr infrage, die „Volkskunde-Blätter für Württemberg und Hohenzollern“ waren eingegangen und ein großer Etat war nicht vorhanden, schließlich befand sich Württemberg in einer schweren Wirtschaftskrise und daher insbesondere 1923 auch in einer Staatshaushaltskrise. Eine probate Lösung war daher zunächst, Kooperationen mit verwandten Publikationen zu suchen, was auch vorher schon praktiziert worden war: Bohnenberger hatte bereits für die Zeitschrift des Schwäbischen Albvereins

⁷² „Die Aufklärungs- und Werbearbeit ist ein wesentlicher Teil unserer Aufgabe. Die Gedanken des Heimatschutzes können nur ins Volk gelangen, wenn sie immer wieder ausgesprochen werden. [...] Begonnen wurde damit, eine Pressestelle zu schaffen, die die Zeitungen fortlaufend unterrichten.“ SCHWENKEL, Vom Naturschutz, S. 236.

geschrieben, Lämmle war einst Schriftleiter und Geschäftsführer beim Verein für ländliche Wohlfahrtspflege und dessen Zeitschrift „Schwäbische Heimat“⁷³, Schwenkel agitierte beim Bund für Heimatschutz, bei den Natur- und Vogelschützern und anderen. Je eigene „Spielwiesen“ und Aktionsräume waren also vorhanden, die auch für die Anliegen des neuen Amtes genutzt werden konnten. Gewollt war eine möglichst große Sichtbarkeit des Amtes und der jeweiligen Abteilung, aber gleichzeitig sollten die Kräfte auch gebündelt werden. Lämmle äußerte entsprechende Überlegungen angesichts des ersten Scheiterns der Idee auf der Vereinesebene, denn der Vorstand des Vereins für ländliche Wohlfahrtspflege weigerte sich, sich hier gegebenenfalls unterzuordnen⁷⁴. Gedacht war, die verschiedenen Heimatschutzvereine in Württemberg zu einem Verein zusammenzuführen oder zumindest einem die Führungsrolle zuzugestehen, so wie das bei den historischen Vereinen einigermaßen gelungen war. Lämmle trat in der Folge 1927 aus dem Verein für ländliche Wohlfahrtspflege aus und dem Bund für Heimatschutz bei. Das brachte eine stärkere Hinwendung zum Publikationsorgan des Bunds für Heimatschutz, dem „Schwäbischen Heimatbuch“. Von 1934 bis 1938 veröffentlichte man dort zusätzlich im Anhang die Jahresberichte des Denkmalamts (die davor in der Monatsschrift „Württemberg“ erschienen waren, s. u.), während die archäologischen Mitteilungen in den „Fundberichten aus Schwaben“ zusammen mit dem Anthropologischen Verein herausgegeben wurden⁷⁵. Es ist schwierig, über die vielfältigen Publikationsreihen den Überblick zu behalten, auch weil es in dieser Zeit nicht einfach war, verlässliche Publikationsmöglichkeiten zu finden. Wichtig war auch deshalb die Gründung eigener Publikationsreihen. Die Strategie, möglichst viel Öffentlichkeit zu erreichen, und die Ressourcenbildung durch Publikation fielen hier in eins. Es mussten dabei verschiedene Publikationsgenres für unterschiedliche Öffentlichkeiten kreiert, gleichzeitig sollte das Bild einer geschlossenen und überlegten Vorgehensweise erhalten werden. Das war eine Reaktion auf die zeittypische Erfahrung der Zersplitterung und Orientierungslosigkeit in der Nachkriegsgesellschaft. So gründete man die zwei Hauptreihen, die eher amtlichen „Veröffentlichungen des Württembergischen Landesamtes für Denkmalpflege“ und die eher populäre Quellensammlung „Schwäbische Volkskunde“, die im selben Verlag erschienen: bei Silberburg in Stuttgart. Goessler firmierte als Herausgeber der ersten Reihe, Lämmle als der der zweiten. Schwenkel gab seine eigene Zeitschrift heraus. Lämmle gründete und führte im Auftrag Goesslers außerdem die Zeitschrift „Württemberg“ auch „Monatsschrift Württemberg“ genannt⁷⁶.

⁷³ Dieser Titel wird nach 1945 vom Schwäbischen Heimatbund (vorher Bund für Heimatschutz) übernommen.

⁷⁴ LVS N Altregistratur B/31, Schreiben von Lämmle an Dr. Johannes Dietz, Hauptlehrer, 5. 6. 1928.

⁷⁵ Gegründet von Landeskonservator Eugen Gradmann, 1917 eingestellt und in neuer Folge von Peter Goessler 1922 wieder aufgenommen.

⁷⁶ Zur Gründung gab es einen „Staatsbeitrag an das Amt für Denkmalpflege zur Herausgabe der neuen Monatsschrift ‚Württemberg‘ 1200 M aus Kap. 79 in 1928.“ So verzeichnet es der

Diese verstand sich zunächst als Nachfolgerin der „Volkskundeblätter aus Württemberg und Hohenzollern“, mit dem Segen Bohnenbergers. Sie sollte eigentlich den Auftakt zur Wiedegründung des Vereins für Volkskunde bilden und dessen einstige Klientel und Abonnenten wiedergewinnen. Hier lehnte Bohnenberger allerdings ein neuerliches Engagement ab, vielmehr sollten Bracher und Lämmle den Vereinsvorsitz übernehmen⁷⁷. Die Zeitschrift „Württemberg“ erschien ab 1929 mit wechselnden Untertiteln⁷⁸ und firmierte bis 1933 unter der Herausgeberschaft der „Gesellschaft der Freunde des württembergischen Landesamts für Denkmalpflege e.V.“, die hier also den Württembergisch-Hohenzollerischen Verein für Volkskunde beerbte⁷⁹. Die Zeitschrift wurde dadurch in ihrer Zuständigkeit erweitert und diente zur populären Darstellung des ganzen Amts. Die Kollegen aus dem Denkmalamt waren daher mit der Unterstützung der Schriftleitung betraut worden und traten alle als Autoren in Erscheinung, besonders Lämmle und Goessler. Der erste Jahrgang wies darüber hinaus als Beiträger und Beiträgerinnen ein noch breites Feld an heimat- und landeskundlichen Autoren verschiedenster Professionen auf. So vereint beispielsweise der Buchstabe B im Autorenverzeichnis die Namen Richard Beitzl, Gerhard Bersu, Maria Bildlingmaier, Bernhard Blume, Emil Bock, Karl Bohnenberger, Michel Buck, Casimir Bumiller und Heinz Otto Burger – eine illustre Gesellschaft von Archäologen bis Volkskundlern, dazwischen Literaten, Heimatdichter, eine frühe Sozialwissenschaftlerin, Tote und Lebende, spätere Exilanten und künftige NS-Karrieristen. Insgesamt war eine Tendenz zu Autoren aus dem Feld des Heimatschutzes erkennbar. Das war zum Teil austauschbar mit dem „Schwäbischen Heimatbuch“. Im Jahresverzeichnis waren die Beiträge thematisch geordnet und folgten dabei weitgehend dem Aufteilungsschema der Abteilungen des Amts. Die Autoren des Denkmalamts tauschten ihre Beiträge auch zwischen den einzelnen Publikationsorganen aus. Hier wie dort wurden programmatische Texte eingestreut; so veröffentlicht Goessler im ersten Heft von „Württemberg“ die Beiträge „Museum und Gegenwart“ und „Denkmalpflege und Leben“. Bemerkenswert ist die äußere Erscheinung der Monatsschrift: Ihr Umschlag ist in den württembergischen Farben Rot mit schwarzer Schrift gehalten, ergänzt durch die heraldischen württembergischen Hirschstangen, die ebenfalls zum neuen Staatswappen gehörten, als Signet⁸⁰. Die visuelle Erscheinung gehörte als Gestaltung der Intention zur propagandistischen Absicht. Propaganda braucht eine Ästhetik der starken Mittel.

Registerband der Protokolle der Verhandlungen des Landtags des Volksstaats Württemberg für den 3. Landtag 1928/32, hier Beilagen Band 5 (Anh.), 67. S.112.

⁷⁷ Vgl. LVS N Altregistratur B/26, Briefwechsel mit Prof. Dr. Albert Mack, Stuttgart 1928.

⁷⁸ Eine genaue Auflistung findet sich in: DIETZEL/HÜGEL, Deutsche literarische Zeitschriften, S. 825 f.

⁷⁹ Missstimmungen über diese als Konkurrenzunternehmen empfundene Angelegenheit gab es mit dem Schwäbischen Albverein, vgl. hierzu einen Briefwechsel von Dezember 1930 zwischen Lämmle, Nägele und Widmann (beide Albverein) in: LVS N Altregistratur B/34.

⁸⁰ Das aktuelle Cover der „Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte“ ähnelt dem der Zeitschrift „Württemberg“.

Zur Nachfolgerin der Monatsschrift „Württemberg“ wurde nach 120 Nummern und der Demission von Lämmle als Herausgeber⁸¹ ab 1939 die Zeitschrift „Schwaben“ mit dem neuen Herausgeber Dr. Hellmuth Langenbucher (1905–1980) – ein Funktionär des NS-Literaturbetriebs⁸². Hans Reyhing, der ebenfalls im Umfeld des Vereins für Volksbildung tätig war und dort zeitweise die „Heimatabteilung“ betreute, gab beim Silberburg-Verlag zusätzlich noch die Monatsschrift „Unsere Heimat. Württembergische Blätter für Heimat- und Volkskunde“ heraus, die dann jeweils auch als Jahrbuch erschien, und er verfasste zusammen mit Lämmle eines seiner Hauptwerke: „Das Herz der Heimat“ – ursprünglich für die Exilswaben gedacht⁸³.

Daneben versuchte Lämmle, so oft wie möglich auch selbst als Autor in seinen Reihen präsent zu sein. Wenn man Lämmles Texte im Umfeld der Abteilung Volkstum heute liest, dann ist offensichtlich, dass immer wieder Gleiches kompiliert und neu verpackt dargeboten wurde. Ihm ging es offenbar um die Erzeugung von möglichst viel publizistischer Präsenz und öffentlicher Sichtbarkeit. Vorbild für Lämmle mochte sein freundschaftlich geschätzter Kollege Schwenkel sein, der ebenfalls immer wieder bereits publiziertes Material neu veröffentlichte und es damit auf erhebliche Seitenzahlen brachte. Das alles ging selbstverständlich nicht ohne Konflikte vor sich, so gab es z. B. in der Buchreihe Lämmles Ärger über kritische Rezensionen zu Rudolf Kapffs „Schwäbische Geschlechternamen“. Ebenso kam es zu Unstimmigkeiten über Autorenschaften bei der Volksliederreihe, und es wurde mit dem Verlag über Finanzierungsangelegenheiten gestritten⁸⁴.

Sammlungen: zum Ausbau von Ressourcen

In allen Ankündigungen und programmatischen Darstellungen wurden die volkshundlichen Sammlungen, die in der Hauptsache aus schriftlichen Dokumenten bestanden, teils als künftiges Ergebnis und kommende Praxis, teils als überliefertes Material vorgängiger Praxis hervorgehoben. Dieses an Anzahl, Themenfülle und Expertise umfangreiche Kapital wurde als Ressource in den Diskurs eingebracht. Die Sammlungsbereiche folgten den immer wieder genannten Themenschwerpunkten oder einzelnen speziellen Interessengebieten ihrer Zulieferer und jeweils zeitgeistigen Situationen. Meist lässt sich das nicht genau zuordnen, es wirken oft mehrere Faktoren zusammen. Sammlungsbereiche verändern dann unter Umständen auch ihren Bedeutungsschwerpunkt, wenn sich z. B. politische Lagen ändern. Die Forschungen zu Sprache und Sprechweise in ehemals deutsch besiedelten

⁸¹ Zwischendurch war auch Georg Schmückle (1880–1948), der zeitweilige Landesleiter der Reichsschrifttumskammer, Jurist und Schriftsteller und guter Bekannter Lämmles, Mitherausgeber.

⁸² Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Hellmuth_Langenbucher [20.7.2017].

⁸³ Vgl. LÄMMLER/REYHING: Das Herz. Die Untertitel variieren in den Neuauflagen und Überarbeitungen. Zuletzt wurde das Buch 1957 wiederaufgelegt.

⁸⁴ Vgl. LVS N Altregistratur B/8.

Regionen sind dafür ein Beispiel. In der Zwischenkriegszeit, in der auch schon Vertriebene zu versorgen und zu integrieren waren, kamen hier etwa Einflüsse vom Standort Stuttgart als Stadt des Auslandsdeutschtums bzw. der Auslandsdeutschen, die Grenzlandvolkskunde agitatorischer Verbände, die historische Dialektologie und die deutsche Siedlungsforschung als mehr oder weniger ideologisches Themenfeld zusammen. Hieran schlossen sich Forschungen und Aktivitäten von Hugo Moser⁸⁵ und Walther Keinath⁸⁶ an. Ihnen voraus gingen Untersuchungen von Fischer und Bohnenberger z.B. zur Sprachgeschichte und -situation deutscher bzw. schwäbischer Auswanderer im Sathmar-Gebiet, das heute zu Rumänien gehört, damals zu Österreich-Ungarn⁸⁷. Das spiegelt sich in den heute noch erhaltenen Sammlungsbeständen der Landesstelle für Volkskunde und ergänzend im Archiv des Ludwig-Uhland-Instituts. Größere Sammlungsschwerpunkte der damaligen Arbeit seien hier anhand dreier Beispiele vorgestellt, die unterschiedliche Relevanz in der Arbeit der Abteilung hatten.

Die Sammlung Lauxmann

Theodor Lauxmann war Kunstmaler, Vorstand des Vereins zur Erhaltung der Volkstracht in Schwaben sowie Mitbegründer und Vorsitzender des Württembergischen Künstlerbundes. Zu seinen vielfältigen künstlerischen Tätigkeiten gehörten neben der Ausgestaltung von Kirchen und der Theatermalerei auch die Darstellung schwäbischen Landlebens, insbesondere auch die Trachtenmalerei und Trachtengrafik. Dazu zählte die Druckgrafik für die Landesbeschreibung ebenso wie für populäre Serien und Zeitschriften. Seine als „Trachtenwerk“ oder „schwäbisches Volkstrachtenwerk“ betitelten Sammlungen wurden seit Längerem mit Unterstützung verschiedener Gruppen für eine Veröffentlichung vorbereitet. Mehrfach wurde teils vergeblich versucht, dafür Geld einzuwerben, so zum Beispiel im Jahr 1905 bei der Historischen Kommission⁸⁸.

Nach Lauxmanns Tod erwarb das Denkmalamt dann den Nachlass mit der Maßgabe, für Veröffentlichung zu sorgen. So lautete auch die Begründung für einen Etatentwurf zur Einbringung in die parlamentarischen Beratungen und in den Haushalt des Denkmalamts⁸⁹. Für die Haushaltsjahre 1928 und 1929 wurden dann je 1800 Reichsmark für die Bearbeitung und Herausgabe des „Trachtenwerks des Kunstmalers Theodor Lauxmann“ veranschlagt. Bei einem Gesamtetat der Abteilung von 54 000 RM, wovon 12 000 RM für die Erhaltung von Denkmälern und die

⁸⁵ Zu Hugo Moser und dessen Einfluss vgl. JOHLER, *Donau/Schwäbisches*, S. 21–26.

⁸⁶ Diese Aktivitäten wurden auch in Keinaths Spruchkammerverfahren erwähnt. Dabei wird deutlich, wie mehrdeutig diese sogenannten Grenzlandfahrten und hier das Verteilen von Liederbüchern waren. Vgl. StAL E L 905/2 II Bü 136, Verfahrensakte Keinath.

⁸⁷ Zum sprachwissenschaftlichen Hintergrund vgl. RUOFF, *Donauschwäbische Sprachforschung*.

⁸⁸ Vgl. StAL E 216/Bü 267.

⁸⁹ Vgl. Verhandlungen des Landtags des Freien Volksstaates Württemberg auf dem 2. ordentlichen Landtag in den Jahren 1924/28. Amtlich herausgegeben. Beilagen, Bd. 2,6, 1924/28.

Herausgabe von Publikationen vorgesehen waren, war das ein durchaus hoher Betrag. Ebenso wurden vom Verband der Volkskundevereine je 2400 RM für beide Jahre in Aussicht gestellt⁹⁰.

Warum dieses – gemessen am Gesamtetat – doch starke Engagement für die Sammlung Lauxmann? Das erklärt sich einerseits durch die Passung von Thematik und Sammlung zum volkskundlichen Denkstil⁹¹ sowie die Wertigkeit der Sammlung zwischen Kunst und Volkskunde, die der Volkskunde den schon länger anvisierten Schritt ins Museum ermöglichen konnte. Andererseits passte Lauxmanns Trachtensammlung in die Aktionsfelder angewandter Volkskunde, die Lämmle mitvertrat und die von der Amtsleitung auch forciert wurde. Ein 1924 veranstalteter Trachtenumzug, dem 1925 ein noch umfangreicher inszenierter Umzug folgen sollte, weist in diese Richtung. Damit knüpfte die Abteilung V. des Denkmalamts an die Arbeit des Vereins zur Förderung der Volkstracht an und betrieb selbst Trachtenförderung⁹². 1925 plante Lämmle einen Umzug samt Trachtenfest als 1. Begleitveranstaltung zur Ausstellung „Das Schwäbische Land“, 2. als Ersatz für das ausgefallene Cannstatter Volksfest und 3. als Begleitprogramm für die in Stuttgart stattfindende Tagung des Verbands der Vereine für Volkskunde. So konnten mehrere Öffentlichkeiten mit einer Veranstaltung beeindruckt werden. Durch die dazu hergestellten Fotoserien der Landesbildstelle und die umfangreiche Pressearbeit wurde eine nachhaltige Wirkung erzeugt.

Von Lauxmanns Sammlungsnachlass konnte man sich durch dessen Vernetzung mit relevanten Milieus noch einen Zusatznutzen erwarten. Der Nachruf seines Bruders Richard Lauxmann in der Monatsschrift „Württemberg“ von 1931 führte in diesem Zusammenhang auf, dass Theodor Lauxmann unter anderem die Staatsammlungen bei Einkäufen beriet oder selbst für sie tätigte, ebenso war er Mitglied im Beirat für Altertumssammlung und im Denkmalrat⁹³. Von der Sammlung Lauxmann konnte man sich für die Abteilung V. einen Prestigezuwachs erwarten und eine Kapitalie von hohem gesellschaftlichem Ansehen für sich reklamieren. Dass letztlich außer einer Postkartenserie für die Wohlfahrt dann doch nichts zur Publikation gelangte⁹⁴ und am Ende wesentliche Teile der Sammlung bei der Auslagerung in den 1940er-Jahren nach Marbach verloren gingen, ist fast schon tragisch, macht aber auch deutlich, dass die Abteilung V. mit dieser Sammlung eigentlich nicht viel mehr anzufangen wusste als sie in Besitz zu nehmen und dem Ressourcen-

⁹⁰ LVS N Altregistratur B/23, Haushaltsplan der Gruppe Volkstum für 1928 vom 23. Juni 1927.

⁹¹ Vgl. KELLER-DRESCHER, „Tracht“.

⁹² Die dafür angesprochenen Gemeinden mussten zwar öfter passen, es gab nichts, was man als Tracht tragen konnte, aber gleichzeitig konnte eine Expertise dafür aufgebaut werden, welche Formen von Vereinstrachten zulässig waren etc.

⁹³ Vgl. LAUXMANN, Dem Maler.

⁹⁴ In Ausstellungen sind vermutlich Teile gezeigt worden, etwa 1925 in der Ausstellung „Das Schwäbische Land“. Abbildung in: SCHWENKEL, Vom Naturschutz, S. 237.

ensemble beizufügen. Letztlich fungierte sie lediglich von Zeit zu Zeit als Argument bei Verhandlungen zur finanziellen Förderung⁹⁵.

Soldatensprache

Wie die Volksliedsammlung, so gehören die Sammlungen zum Soldatenlied und zur Soldatensprache zu den schon vor 1920 begonnenen (vgl. Kapitel IV.). Der Beginn der Volksliedsammlung fiel nur zufällig mit der Kriegszeit zusammen, sie war schon früher vom Verband der Vereine für Volkskunde bzw. deren Vorsitzenden John Meier geplant worden, aber ihre Idee wurde gleich nach Kriegsbeginn auf die Kriegs-Vokalkultur ausgeweitet. In den Kriegsausgaben der „Volkskunde-Blätter für Württemberg und Hohenzollern“ schrieb Bohnenberger, dass man sich zunächst zurückhalten wolle mit Kriegssammlungen, gleichzeitig aber niemanden davon abhalten wolle, solches Material für sich zu sammeln und auch einzusenden⁹⁶. John Meier dagegen wollte erst einmal die Oberhand über das wilde Sammeln bekommen und warnte davor, sich irgendeinem Aufruf anzuschließen, veranstaltete dann aber doch mit dem Verband der Volkskundevereine entsprechende Sammlungen⁹⁷. Das kann als eine weitverbreitete Praxis der Dokumentation und Bewältigung aufgefasst werden, an der sich auch zahlreiche Privatleute beteiligten, die sich selbst beauftragten⁹⁸. Mit der Aufbewahrung und Publikation oder Ausstellung dieser Sammlungen waren Vereine und Institutionen dann in der Nachkriegszeit beschäftigt. Solche Sammlungen existierten auch in der Arbeit der Abteilung Volkstum und waren Gegenstand von Aushandlungen über Expertenstatus, Publikationsorte und dergleichen.

Bohnenberges Zurückhaltung und die Phase eingeschränkter Betätigung führten dazu, dass der Verein und später die Abteilung V. auf diesem Feld eher spät Aktivitäten entfalteten und dann nur auf dem von Bohnenberger unterstützten Gebiet: der Sammlung von Glockeninschriften bzw. Glockenbrauchtum. Bei dieser Aktion saß Bohnenberger im wissenschaftlichen Beirat⁹⁹. Lämmle selbst hatte anderes Material gesammelt, obwohl er als Verwalter eines Tübinger Lazarets ja durchaus Zugang zur Untersuchungsgruppe gehabt hätte. Doch er war da (noch) nicht Teil der sich formierenden Fachcommunity und entwickelte, so darf vermutet werden,

⁹⁵ Die textile Trachtensammlung in der Staatssammlung ist entweder beim Schlossbrand oder später im Zweiten Weltkrieg verbrannt.

⁹⁶ Vgl. Volkskundeblätter, 1914/15; 1916/17, S. 17 und 33. (Fortlaufende Zählung seit Heft 1, 1914)

⁹⁷ Vgl. FISCHER, Jedes Deutschen Ehrenpflicht. Die Aufrufe und dergl. sind im Nachlass des Württembergisch-Hohenzollerischen Vereins für Volkskunde zu finden. Vgl. LVS N Volkskunde-Verein C/211, Aufruf zur Sammlung soldatischer Volkskunde.

⁹⁸ Zu den vielfältigen „Kriegssammlungen“ zum Ersten Weltkrieg gibt es inzwischen zahlreiche Web-Angebote. Wichtige Publikationen zu diesem Themenfeld entstanden innerhalb des SFB 437 „Kriegserfahrungen. Krieg und Gesellschaft in der Neuzeit“ an der Universität Tübingen bzw. in der beteiligten Empirischen Kulturwissenschaft: KORFF, Kasten 117, DERS., KriegsVolksKunde.

⁹⁹ Vgl. LVS N Volkskunde-Verein C/212, Glockensammlung.

auch kaum Ehrgeiz, sich hier anzuschließen¹⁰⁰. Das erklärt, warum er auf externe Angebote hinsichtlich solcher Sammlungen teilweise ablehnend reagierte. So schlug 1930 Oberstudienrat Max Fritz vor, eine Sammlung von Ausdrücken der Soldatensprache des letzten Krieges als Buch in Lämmles Publikationsreihe einzubringen. Lämmle wies den Vorschlag zurück mit dem kritischen Vermerk, diese sei zu wenig schwäbisch. Nachdem Fritz sich davon nicht abschrecken ließ, verlangte Lämmle, er müsse zusätzlich noch Kriegsanekdoten sammeln, Fritz hielt dagegen, dass ihm kaum welche zugetragen worden seien. Das rief den Schulamtspräsidenten Theodor Bracher auf den Plan, der das Ganze befördern sehen wollte. Er ließ von Wilhelm Pfeleiderer ein Gutachten (s. „Schwäbisches Wörterbuch“) anfertigen, der Lämmles Einlassungen als unrichtig beurteilte, aber auch feststellte, das Material sei für eine Publikation nicht umfangreich genug. Bracher berief sich schließlich auf seine Expertise als ehemaliger Hilfsarbeiter bei Fischer und Bohnenberger und forderte auf der Grundlage von Pfeleiderers Gutachten ein Gespräch unter den Beteiligten. Bracher war, wie sich herausstellte, nicht nur der Förderer von Lämmle, sondern auch ein Onkel von Max Fritz. Lämmle ließ schließlich seinen Mitarbeiter Dr. Springer die Sache regeln, der ähnlich zögerlich agierte. Bei diesem Stand des Konflikts brach der Schriftwechsel ab, Max Fritz' „Schwäbische Soldatensprache im Weltkrieg“ erschien erst 1938, allerdings nicht mehr im Umfeld der Abteilung V¹⁰¹.

Schon eher nach Lämmles Vorstellungen waren die Einsendungen zur Soldatensprache von Oberst Ferdinand Fromm (1857–1941)¹⁰², denn Fromm hatte hohes Sozialprestige und war gleichzeitig ein eher naiver Sammler, der sein Material zur Verfügung stellte und nicht etwa selbst publizieren wollte. Dieser eigentlich marginale Vorgang spielte 1940 nochmals eine Rolle, da war Lämmle schon demissioniert, als es erneut darum ging, eine solche Sammlung zur soldatischen Volkskunde aufzubauen bzw. das bisher Vorhandene als Ausgangspunkt einer neuen Sammlungsaktion zu nehmen, deren Ziel aber mutmaßlich noch woanders lag. Anhand der Aktenlage lässt sich schließen, dass der nunmehrige Leiter des Denkmalamts und damit auch der Abteilung V, Hans Schwenkel, und Theodor Bracher, jetzt Ministerialabteilung für die höheren Schulen, 1940 eine Initiative zur Sammlung von Soldatensprache und Soldatenlied starteten. Sie verfassten dafür je eigene Schriftsätze, die den Kultminister dazu bewegen sollten, dieser Sammlung zuzustimmen, Mittel bereitzustellen und einen wissenschaftlichen Bearbeiter zu bestellen. Infrage gekommen wären dafür Studienrat Max Fritz, jetzt stellvertretender Leiter der Napola Backnang und dort eigentlich unabkömmlich, Oberstudienrat Pfeleiderer, jetzt Dillmannschule in Stuttgart und mit der Wortgeografie – in

¹⁰⁰ Als Vertreter des Denkmalamts, Abteilung Volkstum nimmt er dann an den Versammlungen des Verbandes der Vereine für Volkskunde teil. Nachgewiesen für 1933 in: Mitteilungen des Verbandes deutscher Vereine für Volkskunde, 45 (1934), S. 9.

¹⁰¹ FRITZ, Schwäbische Soldatensprache. Fritz hatte diese Arbeit gleichzeitig als Zulassungsarbeit bei Bohnenberger eingereicht, wie man bei Wilhelm Pfeleiderer im letzten Band des „Schwäbischen Wörterbuchs“ erfährt, S. Kapitel IV.1.

¹⁰² Zu Fromm und seinen volkskundlichen Sammlungen vgl. PRINZ, Volkskunde in Uniform.

Nachfolge seiner Arbeit am „Schwäbischen Wörterbuch“ – mehr als ausgelastet, und Studienassessor Helmut Dölker, jetzt bei der Wehrmacht und Dolmetscher „im Westen“. „Als Dolmetscher kann er leicht ersetzt werden, als Bearbeiter der schwäbischen Soldatensprache nicht. Einen besseren Mann für diese Aufgabe könnte ich aus meinem Geschäftskreis gar nicht nennen“¹⁰³, so Brachers Argumentation in der Kurzfassung, der sich Schwenkel nicht nur anschloss, sondern auch noch nachlegte und im nächsten Schritt die Ausgabe von Fragebogen und die Angliederung an die „Münchener Stelle zur Sammlung der Soldatensprache“ ankündigte und in die Wege leitete. Dieses Vorgehen war von der zuständigen Wehrmachtstelle empfohlen worden. Die Münchener Sammlung schloss, wie auch in Württemberg geplant, an die von John Meier und dem Verband der Vereine für Volkskunde im Ersten Weltkrieg initiierten Unternehmungen an und arbeitete unmittelbar mit diesem und dem alten Material gleichzeitig¹⁰⁴. In Württemberg wird zusätzlich betont, dass man die schwäbischen Varianten sammeln wolle und nicht die nationalen – eine gewisse Portion Regionalismus blieb bei dem Unternehmen also immer erhalten. In gewohnter Weise sollte der zentralen Sammelstelle zugearbeitet werden, um anschließend die Württemberg betreffenden Materialien wieder „herauszuziehen“. Dieses Vorgehen war bei der Volksliedersammlung schon erprobt worden. Oberstleutnant a.D. Miller, der Geschäftsführer in München, und John Meier, der mitveranstaltende Verbandsvorsitzende, waren erfreut über den Vorschlag, sicherten die Zusammenarbeit in der bewährten Weise zu, stellten Fragelisten zur Verfügung, allerdings konnten sie keine offizielle Stelle im Beirat oder dergleichen für Dölker schaffen. Das hatten die Württemberger so vorgeschlagen, um die Rolle Dölkers zu stärken. Das Kultministerium (i. V. Meyding) und das Denkmalamt (Schwenkel) versuchten im Frühjahr 1941 vor diesem Hintergrund, eine sechs- bis achtwöchige Beurlaubung Dölkers für die Sammlung und Angelegenheiten der Abteilung Volkstum zu erreichen. Wie die ursprünglich beabsichtigte völlige Freistellung Dölkers, so scheiterte auch das Urlaubsgesuch, die letztlich zuständigen Stellen stimmen nicht zu. Dölker bedauerte brieflich und kündigte an, im Denkmalamt vorbeizuschauen, wenn er Urlaub habe. Allerdings, merkte er an, der Zeitraum von acht Wochen sei auch zu kurz gewesen und man solle doch Max Fritz fragen, ob dieser nicht einsteigen könne. Beim Lesen wird deutlich, dass das Ganze zunächst hauptsächlich veranstaltet wurde, um Dölker vom Dienst zu befreien und für die Abteilung Volkstum zumindest wieder nebenamtlich in Stuttgart zu haben; er sollte hauptamtlich auch in den Schuldienst zurückberufen werden. Die Soldatensprachaktion war ein Anlass und eine diskursrelevante Sache, die man zum Argument machen konnte, ebenso wie die vorhergehenden Expertisen der Abteilung und der sprachwissenschaftlichen Volkskunde Württembergs. Ebenso lässt sich unschwer erkennen, dass Bohnenberger im Hintergrund der Stichwortgeber war, sonst wäre Bracher nicht tätig geworden, ebenso

¹⁰³ LVS N Altregistratur B/14, Schreiben Brachers vom 17. 9. 1949 an Schwenkel.

¹⁰⁴ Mehr dazu bei: EHLERS, Verzettelt.

wenig wie später Regierungsoberberrätin Vera Vollmer, eine Schülerin von Bohnenberger. Es war nicht der einzige Versuch, Dölker zu etablieren, und es war schon gar nicht der einzige Versuch, die Sammlungstätigkeiten und die Sammlungen strategisch einzusetzen. Gleichzeitig gewann die Angelegenheit für Schwenkel und das Ministerium aber eine gewisse Dynamik. Sie versuchten während des ganzen Jahres 1941, irgendjemanden – zwischendurch auch wieder Max Fritz – zunächst aus dem höheren Schuldienst, dann aus den Volksschulen zumindest für das Management der Sammlung zu gewinnen, also die Akquise von soldatischen Gewährsleuten und die Aussendung der Fragelisten. Am Ende hatte man dann Oberregierungsrat Dr. Konzelmann aus der Ministerialabteilung für die Volksschulen für das Management der Sache gewonnen und Bracher lieferte ein „Verzeichnis höherer Lehrer, die als tüchtige, teilweise noch aus der Bohnenberger-Schule stammende Germanisten für die gedachte Aufgabe geeignet sein dürften“. Die Fragelisten wurden 1942 versandt, es gab offenbar nur einen spärlichen Rücklauf. Erhalten hat sich in den Sammlungen der heutigen Landesstelle für Volkskunde davon nichts¹⁰⁵. Wenn die Sammlung nach Plan gelaufen ist, dann sind die württembergischen Materialien in die Zentralstelle nach München gelangt. Da dort nur verzettelt und nie ausgewertet wurde, sind die Einsendungen vermutlich mit der nach dem Zweiten Weltkrieg bedeutungslos gewordenen Sammlung ins Volksliedarchiv nach Freiburg gewandert¹⁰⁶.

Flurnamen: zur Herstellung eines Archivs

Von der Flurnamensammlung und -forschung war in Kapitel IV ausführlich die Rede. Dort wurde auch deren Bedeutung für die Sprachgeschichte und die Kartografie erläutert sowie die methodischen Impulse einerseits und die Ressourcenbildung andererseits für die entstehende Volkskunde behandelt. Deren Materialien in Form von Wortsammlungen, Karten und Listen waren als ein geteiltes Gut zwischen dem Statistischen Landesamt, dem Albverein und der Vereinigung für Volkskunde bzw. Bohnenberger und der Kommission für Landesgeschichte angelegt worden. Die neue Abteilung Volkstum und ihre Berater waren daran interessiert, solche erfolgreichen wissenschaftsförmigen Unternehmungen an sich zu binden und gleichzeitig die innerbehördliche Verknüpfung und die Vereinsverbindungen nebst dem Netzwerk an Zuarbeitern aufrechtzuerhalten. Es ging ihnen um die Fortführung der Tätigkeit, vermutlich auch um den Ausbau des Personalbestands, denn zur Erfüllung der Aufgaben waren weitere Mitarbeiter mit wissenschaftlicher Ausbildung nötig, die langfristig das Fachgebiet Bohnenbergers übernehmen sollten. Noch wurde Bohnenberger im Staatshaushalt mit einem Honorar für sein Nebenamt im Statistischen Landesamt geführt¹⁰⁷. Man musste aber langsam an

¹⁰⁵ Freundliche Auskunft von Herrn Dr. Gerhard Prinz, (ehemals) LVS.

¹⁰⁶ Vgl. EHLERS, Verzettelt, S. 56.

¹⁰⁷ Vgl. Protokolle der Verhandlungen des Landtags des Volksstaates Württemberg, Beilagen Bd. 2,3 1924/26, 1926. Entwurf des Staatshaushaltsplans für 26 und 27. Darin: Heft VII, Bedarf des Finanzministeriums, S. 5, Kap. 72 Statistisches Landesamt, Titel 2 „Zulagen und

einen Nachfolger denken. Überliefert ist, dass Eugen Nägele als Vorsitzender des beteiligten Albvereins die Idee zu einer Zusammenführung der Aufgaben und der Sammlung sowie der zukünftigen Systematisierung und Auswertung als ein Flurnamenarchiv in der Abteilung V. hatte.

Eine solche Zusammenführung von älterem Forschungsmaterial und neuem Sammelunternehmen „Archiv“ zu nennen, ist eigentlich widersprüchlich, denn ein Archiv ist zunächst ein Aufbewahrungsort für das zeitlich Zurückliegende und ein Arbeitsort für die Auswertung und Bearbeitung des vorgängigen Wissens. Wenn dort neues Material und mit ihm neues Wissen hätte generiert werden sollen, dann wäre die Bezeichnung „Arbeitsstelle“ eigentlich naheliegender gewesen, wenn man Bohnenbergers eingeführten Begriff „Sammelstelle“ hatte vermeiden wollen. Dass man es „Archiv“ nannte, obwohl wieder neu gesammelt werden sollte, zeigt, dass die Logik darin liegt, an den Wert der Bohnenberger-Aktion anzuschließen und deren Prestige für die eigenen Zwecke zu nutzen sowie das vorhandene Material zu integrieren. Das ist auch heute eine gängige Praxis und Strategie bei der Benennung solcher Einrichtungen. Die Bewahrung alter Wissensbestände war darüberhinaus eine Aufgabe des Kulturschutzes und damit im Bereich des Denkmalamtes zu verorten. Zugleich mit der Prestige- und Materialsicherung sollte die Sammel- und Auswertungstätigkeit wieder aufgenommen und auf eine neue amtliche Basis gestellt und zugleich die gesellschaftliche und politische Verankerung erneuert werden. Die intendierte breite Basis zeigt sich bis in die heutige Überlieferungssituation. Denn es gibt je nach beteiligter Institution zu den Vorgängen Weiterführung der Flurnamensammlung, Gründung und Arbeit/Mitarbeiter des Flurnamenarchivs und Materialien der Sammlung verschiedene Fundstellen: die topographische Abteilung/Statistisches Landesamt, das Kultministerium, das Innenministerium, das Denkmalamt, die Kommission für Landesgeschichte, die Abteilung Volkstum bzw. die Landesstelle für Volkskunde und diverse andere Akteure.

Bei der Durchsicht des aus der Abteilung V. erhaltenen Schriftwechsels zum Sachgebiet Flurnamen¹⁰⁸, zeigt sich gleich am Anfang ein Kompetenzgerangel zwischen dem Verein für ländliche Wohlfahrtspflege und Lämmle: Der Verein gab 1924 bekannt, sich um die Flurnamen kümmern zu wollen, wofür man sich mehr amtliche Unterstützung erhoffte¹⁰⁹. Das wurde von Goessler zunächst freundlich begrüßt. Er deutete dabei aber schon an, dass es dafür Fachstellen gab, die die Aufsicht führten. 1925 dann veranstaltete der Verein für ländliche Wohlfahrtspflege eine Sitzung zur Beförderung der Flurnamensammlung. Damit war die Abteilung Volkstum gar nicht einverstanden, weil bei dem Verein nicht genügend Sachver-

sonstige Nebenvergütungen: Auf dem Gebiet der Germanistik und Volkskunde erfahrener Mitarbeiter im Nebenamt (Universitätsprofessor) 500 RM“.

¹⁰⁸ Vgl. LVS N Altregistratur B/23, Flurnamen 1924–1957.

¹⁰⁹ Der Verein war auch davor schon sammelnd tätig und initiierte bereits 1913 noch vor dem offiziellen Start eine Volksliedersammlung. Vgl. LVS N Volkskunde-Verein C/213, Volkslied.

stand zu erkennen sei. Entsprechend unfreundlich schrieb Lämmle in dieser Sache. Darüber beklagte sich wiederum der Vereinsvorsitzende, Oberamtmann Dr. Heinrich Klumpp. In der Folge kam es zu Vereinbarungen über die Kompetenzbereiche. Dazu wurde schließlich ein Verband gegründet und eine Satzung erarbeitet. Amtlicherseits waren das Staatsarchiv, das Statistische Landesamt und das Denkmalamt dabei. Damit wurde die Kompetenz zunächst erweitert, alle Beteiligten durften sammeln, dann wurde auf der mittleren Ebene, also den Vereinen, begutachtet, es wurden Sammelstellen gebildet, zuletzt ging das Material an die Abteilung Volkstum. Die zuständigen Schulämter und der Lehrerverband wurden informiert, denn die Lehrerschaft sah man als Adressatin Nr. 1 an. Diese antworteten, dass das alles sehr begrüßenswert sei, aber das Kultministerium erst Weisung erteilen müsse. Die Lehrerschaft war nicht so selbstständig, wie das von heute aus betrachtet erscheint, wenn man nur die Arbeiten einzelner Lehrer sieht. Es bedurfte also erst einmal offizieller Richtlinien und amtlicher Beauftragungen.

Mit einem Schreiben vom 22. August 1925 versuchte Lämmle, Nägele als Verbündeten zu gewinnen gegen die von ihm als „Schädlinge“ betrachteten Konkurrenten¹¹⁰. Das Problem war, dass die lange angekündigte, gewünschte Anleitung zur Sammlung noch fehlte, und diese benötigte man, um ausreichend Diskursmacht beanspruchen zu können. Von Bohnenberger war die Fertigstellung neuer Anleitungen nicht mehr zu erwarten, das musste an einen seiner Schüler delegiert werden. 1926 fragte daher Goessler bei Dr. Keinath, Repetent am Seminar in Maulbronn, an, ob dieser nicht als Sachverständiger für Auskünfte zu Flurnamen zur Verfügung stehe. Keinath antwortete, dass alles nur auf Grundlage und mit Zustimmung von Bohnenberger erledigt werden könne, die Anleitung und die Richtlinien, die er schon zuvor zur Überarbeitung von Bohnenberger übernommen habe, seien aber demnächst fertig gestellt. Ebenfalls 1926 veranstaltete das Landesamt eine Tagung zur Gründung des Flurnamen-Ausschusses, dazu wurden die evangelischen und katholischen Lehrerverbände geladen. Lämmle gab bekannt, dass Eugen Fehrle (1880–1957), der Heidelberger Volkskundler und Flurnamenaktivist, eine Zusammenarbeit mit württembergischen Stellen und eine Vereinigung der badischen und württembergischen Lehrerverbände in Sachen Volkskunde anstrebe, für und mit denen er eine einfache volkskundliche Zeitschrift konzipieren wolle. Daraus wurde aber nichts. Dennoch gab es stets Beziehungen zwischen den badischen und den württembergischen Heimatschutzverbänden, wobei der badischen Seite oft konzeptionell ein zeitlicher Vorsprung, der württembergischen ein Vorsprung bei der Einrichtung amtlicher Stellen gelang. Beide argumentierten hin und wieder vor allem gegenüber der Politik mit den Aktivitäten der anderen, um ihre Sachen vorzubringen, zum Beispiel wenn es um Finanzierungen ging.

¹¹⁰ Die hier und im Folgenden geschilderten Vorgänge entstammen, so nicht anders angegeben, dem Aktenkonvolut LVS N Altregistratur B/23, Flurnamen 1924–1957.

Am 6. Oktober 1926 trafen sich die Beteiligten im Hotel Dierlamm in Stuttgart¹¹¹ zur Besprechung, in der Folge wurde eine programmatische Aufstellung über Konzeption und Organisation der Flurnamensammlung verfasst. So wurden die Finanzierungsanträge vom 20. November 1926 beim zuständigen württembergischen Ministerium damit untermauert, es handle sich „um eine umfassende und bedeutende Kulturaufgabe. Das Land Baden hatte im Jahre 1914 für die Sammlung und Veröffentlichung seiner Flurnamen einen Betrag von 80 000 M. ausgesetzt“. Im parallelen Antrag bei der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft Berlin wurde eher auf die Wissenschaftlichkeit und auch die Bedeutung für andere Wissenschaftszweige abgehoben, hier für die Vor- und Frühgeschichtsforschung.¹¹² Über die Finanzierung durch das Land und die Notgemeinschaft gab es Etliches zu verhandeln, Lämmle bat John Meier um Hilfe, der tat, was er konnte, sah dann aber aus taktischen Gründen davon ab, weil es „oben“ nur stören würde, wie er schrieb. Letztlich bewirkte sein Einsatz aber doch etwas und er erhielt dafür Dank. Die Notgemeinschaft bewilligte im November 1927 schließlich unter der Bedingung 2400 RM, dass der württembergische Staat denselben Betrag dazu beitrage. Dazu kam es Ende November, genehmigt wurden 3200 RM nebst den Personalausgaben für den Leiter Lämmle.

Der Sammlungsaufwurf von 1927 wurde von den üblichen Persönlichkeiten unterzeichnet, die vorher um Zustimmung gebeten wurden: Bohnenberger, Bracher, Ernst, Goessler, Keinath, Lämmle, Losch, Nägele, Pfeffer, Pfeleiderer, Reinöhl, Schermann, Schwenkel, Spitznagel und Weller. Bei der Druckerei Laupp in Tübingen wurden die nötigen Formulare, Kartothek-Karten etc. gedruckt. Es wurde berechnet, dass es 90 Obmänner brauche und 3000 Sammler für geschätzt 500 000 Flurnamen. Die Formblätter wurden kostenlos abgegeben, sie gingen auch wieder als Eigentum an den Staat zurück, hier das Flurnamenarchiv/Sammelstelle beim Landesamt für Denkmalpflege. Die Überbleibsel dieser papierernen Praktiken befinden sich in der heutigen Landesstelle für Volkskunde in Stuttgart. Dort gibt es noch Formblättern und Anleitungsbogen aller Arten nebst den Einsendungen.

Erste Doktorarbeiten wurden angenommen, unter ihnen die von Helmut Dölker über die Flurnamen von Stuttgart. Dölker sagte 1928 zu, dabei zusätzlich als Sammler im Sinne der Flurnamensammelaktion tätig zu werden und seine Listen nach Beendigung seiner Arbeit an das Flurnamenarchiv zu übergeben. Keinath engagierte sich auch stark für die Sache und war wohl als Mittler unterwegs¹¹³. Für 1929 wurde wieder ein Antrag bei der Notgemeinschaft gestellt. Eines der Argumente lautete: Die Arbeit der Flurnamensammelstelle komme auch dem künftigen Atlas für Volkskunde zugute. Genau deshalb kam es aber zu Schwierigkeiten, weil die

¹¹¹ In diesem Hotel-Restaurant gegenüber dem Hauptbahnhof fand auch der gesellige Teil der Tagung des Verbands deutscher Vereine für Volkskunde 1925 statt. Vgl. Mitteilungen des Verbandes der Vereine für Volkskunde, 30 (1925), S. 1–4.

¹¹² Vgl. LVS N Altregistratur B/23, Flurnamen 1924–1957.

¹¹³ In der Folge wurde Lämmle zu Keinaths Hochzeit eingeladen: Er kam zwar nicht, schickte aber ein „Büchlein“.

Finanzierung des Atlas vorgezogen werden sollte. Damit war Württemberg natürlich nicht einverstanden, weil Einbußen bei der Förderung des Flurnamensarchivs befürchtet wurden. Gleichwohl wurde immer wieder mit dem Synergieeffekt beider Aktionen argumentiert. 1929 schließlich wurden dann von der Notgemeinschaft 5000 RM überwiesen: 2400 wurden für die Flurnamen bestimmt, der Rest für die Atlasarbeit.

Beim Gesamtverein der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine gab es ebenfalls einen Flurnamenausschuss. Goessler wurde prompt zu dessen Mitglied gewählt, erwägte aber, Lämmle hinzuschicken. Es bestand ein ständiger Schriftverkehr mit dem Flurnamenausschuss, der auch Protokolle und Einladungen schickte. Goessler nahm 1929 an der Sitzung in Dresden teil, auch andere waren dabei, für Baden Eugen Fehrle, der Schweizer Volkskundler Hans Bächtold-Stäubli fehlte. Die Verbindung zur Volkskunde zeigte sich auch daran, dass sich der Flurnamenausschuss mit dem Atlas für Volkskunde verbunden sah und von John Meier auch der Vorschlag kam, abwechselnd mit dem Verband der Volkskundevereine zu tagen. Letztlich wurde dieser reichsweite Flurnamenausschuss aber in Württemberg nicht geschätzt: Lämmle fand ihn überflüssig und agierte dagegen. Vor allem der Vorsitzende Dr. Hans Beschorner (1872–1956), Archivdirektor in Dresden, war ihm ein Dorn im Auge. Auch wollte Lämmle nicht, dass in Württemberg andere als seine Abteilung und ihre Mitarbeiter als Fachleute gelten. Dresden sollte sich aus der Beratung für Württemberg heraushalten. Man lehnte die Vereinheitlichung ab, die Beschorner anstrebte, und arbeitete teils aggressive an der Abgrenzung dazu, was man wissensanthropologisch als Boundary-Work einschätzen muss. Die Flurnamen waren, wie schon in Kap IV. festgestellt, ein Feld der Konkurrenzverhältnisse. Gegen den Willen von Lämmle und Goessler zahlte der württembergische Staat aber doch 40 RM für die Reichszentralstelle für Flurnamenforschung. Beschorner schickte einen Erfolgsbericht über die reichsweite Flurnamensammlung, er veröffentlichte auch ein Handbuch der deutschen Flurnamenliteratur und gab eine entsprechende Zeitschrift heraus.

Die Neubeantragung der Zuschüsse bei der Notgemeinschaft für 1930 stockte, da berichtet Ende 1929 Lämmles Freund Adolf Helbok (1883–1968) aus Innsbruck in einem Brief, er habe neben dem Präsidenten der Notgemeinschaft Schmidt-Ott sitzend die Sache vorangetrieben mithilfe der ebenfalls anwesenden Herren Frings und Aubin¹¹⁴, die die überragende Bedeutung der württembergischen Sache beglaubigt hätten. Jetzt müsse Lämmle nachlegen und er, Helbok, stehe gern als Gutachter etc. zur Verfügung. 1930 gab es dazu eine Sitzung in Berlin. Dabei kamen

¹¹⁴ Helbok und Aubin waren Vertreter der „Volksgeschichte“, Aubin war 1930 zu Gast bei Goesslers Herbsttagung zur Vor- und Frühgeschichte des Landes. Das Programm ist nachzulesen in: HStAS E 151/07 Bü 585), Frings gilt als völkischer Sprachwissenschaftler, alle gehörten dem Volkskundeausschuss der Notgemeinschaft zur Vorbereitung des Atlas an. Vgl. SCHMOLL, Vermessung, S. 32. Zu Helbok und Aubin: PINWINKLER, Historische Bevölkerungsforschungen, S. 146–160 und S. 203–224; zu Helboks Wirken in Österreich vgl. JOHLER, Volksgeschichte.

auch wieder die Verbindungen der Flurnamensammlungen zur Volkskunde und zu den Historischen Kommissionen zur Sprache. Allmählich musste auch mit der Arbeit begonnen und außer Keinath und Dölker weitere akademische Hilfsarbeiter gesucht werden. Hierzu schrieb John Meier 1930 an „Herrn Schriftsteller“ Lämmle, dass er ihm Dr. Heinz Schmidt aus Ebhausen empfehle. Den kannte man aber schon, er hatte bereits 1929 in der Monatsschrift veröffentlicht und sollte – mit Zäsuren – Württemberg noch lange erhalten bleiben. Schmidt, ein Schüler Bohnenbergers, war damals Hilfsarbeiter beim Volksliedarchiv in Freiburg und wechselte von dort zum Atlasvorhaben nach Berlin¹¹⁵.

1932 fand eine Sitzung des Gesamtvereins der Geschichtsvereine und seines Flurnamenausschusses in Stuttgart statt, bei dieser Gelegenheit wollten die Württemberger zeigen, was man in Sachen Flurnamen geleistet hatte. Dann kam alles anders: Lämmle, der mit einem Vortrag angemeldet war, konnte gar nichts vortragen, die Veranstaltung war zeitlich aus dem Ruder gelaufen. Es folgte deswegen ein vorwurfsvoller Brief von Lämmle an Beschorner, der aber abwiegelte und es auf die Umstände schob. Aus dem Jahr 1933 gibt es im entsprechenden Aktenkonvolut zu den Flurnamen keine Notiz, erst 1934 findet sich wieder etwas. Beschorner war weiter im Amt und unterzeichnete wie Parteigenosse Lämmle mit Heil Hitler, beide waren im NS-System angekommen. Beschorner teilte mit, dass er jetzt sogar vom Reichsführer beauftragt sei, und außerdem sei Dr. Adolf Bach (1890–1972), Germanist, Volks- und Namenskundler sowie NSDAP-Mitglied, zu seinem Stellvertreter bestellt worden.

Im Jahresbericht von 1934 stellte Lämmle die Tätigkeitsfelder des württembergischen Flurnamenarchivs groß vor und schrieb unter anderem zur Bedeutung der Flurnamen, zum Erfolg der Sammelarbeit und ihrem weitgehenden Nutzen, der einerseits für den Sammler selbst erwachse, dann für vielfältige Wissenschaften und die praktische Anwendung im Unterricht: „Die Sammlung der Flurnamen einer Markung ist der einfachste und der nächste Weg, um die geologischen und geographischen, die geschichtlichen, rechtlichen, volkskundlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse und damit die Grundlagen von Arbeit und Leben eines Dorfes kennen zu lernen. Die Flurnamensammlung selber kann im heimatkundlichen Unterricht in Gemeinschaft mit dem Elternhaus erarbeitet werden.“¹¹⁶

Das Archiv allerdings wollte er wissenschaftlichen Zwecken vorbehalten. Die Popularisierung hatte ihre Grenzen und hier wurden sie deutlich gezogen. Im Jahresbericht von 1935 konnte Lämmle nur konstatieren, es sei alles so wie 1934 und es würde mit „gutem Erfolg“ weitergearbeitet¹¹⁷. Der Bericht für 1936 war wieder etwas ausführlicher, wenn auch hauptsächlich deshalb, weil man die Einsendungen detailliert erwähnte und noch Werbung für Lämmles neues Buch gemacht

¹¹⁵ Zu Schmidt vgl. auch SCHMOLL, Vermessung, S. 124.

¹¹⁶ Schwäbisches Heimatbuch (1935), Anhang, S. 75. Die Berichte erscheinen in dem jeweils nächsten Jahrgang.

¹¹⁷ Ebd., Anhang, S. 16.

wurde¹¹⁸. Bereits 1934 wurde im Bericht die erfolgreiche Eingliederung in die NS-Kulturpolitik bejubelt, so auch 1936. Den Bericht für das Jahr 1937 schrieb schon nicht mehr Lämmle, denn er ist im Oktober 1937 „auf seinen Wunsch in den Ruhestand“ getreten: „Die Arbeiten wurden unter seiner ehrenamtlichen Beratung von Hauptkonservator Dr. Schwenkel i. V. fortgeführt. Das ehrenamtliche Mitglied der Abteilung Studienassessor Dr. Dölker hat die Arbeit durch seine Beratung auf dem Gebiet der Flurnamenforschung gefördert.“¹¹⁹

1938/39 ging es dann um den Schutz der Flurnamensammlung, Schwenkel schrieb schließlich am 18. September 1939 an Beschorner, die „ganze Volkskunde“ (gemeint ist die ganze Abteilung V.) gehe nach Tübingen und Anfragen seien künftig an Prof. Bebermeyer bzw. Dr. Springer zu richten.

Die hier angezeigte Veränderung in der Abteilung V. ist ein Zeichen für die Schwierigkeiten der „Volkstumsarbeit“ ab Mitte der 1930er-Jahre. Von den Konkurrenzverhältnissen durch andere Vereine und vor allem durch Reichsinstitutionen war schon die Rede, und es kamen ständig neue Konfliktbereiche hinzu, nicht nur auf dem Feld der Flurnamen bzw. für das Flurnamenarchiv. Die angesammelten Materialien, hier verräumlicht im Flurnamenarchiv und dadurch aufgewertet, sollten zusammen mit der Landesstelle des Volkskundeatlas¹²⁰ nach Tübingen in das 1934 gegründete Institut für Deutsche Volkskunde verlagert werden¹²¹. Gustav Bebermeyer hatte im Schlossbereich die Räume der Kalten Herberge und des Haspelturms für sein Institut gewinnen können, die nun mit allerlei Maßnahmen volkscundlich gefüllt werden sollten¹²². Der Anspruch Bebermeyers, eine deutsche Volkskunde zu repräsentieren und nicht etwa eine schwäbische oder württembergische, wurde mit einem komplexen Ausstattungsprogramm demonstriert¹²³. Auf die Sammlungsbestände der regionalen Volkskunde und insbesondere die Materialien und Personalstellen der Arbeitsstelle des Volkskundeatlas beanspruchte man zusätzlich Zugriff. Diese Befürchtung hatten das bestehende volkscundliche Altmilieu um Bohnenberger und die beteiligten Institutionen in Stuttgart und Tübingen ebenfalls ziemlich schnell, die weder mit Bebermeyer noch mit dessen Forderungen einverstanden waren. Dieser wurde aber politisch von Kultminister und Staatspräsident Mergenthaler unterstützt und 1937 von diesem in die wieder neu aufgestellte Württembergische Kommission für Landesgeschichte auf die Position der Volkskunde berufen wie zuvor 1934 schon in den Beirat der Abteilung V.

¹¹⁸ Vgl. ebd., Anhang, S. 18–20.

¹¹⁹ Ebd., Anhang, S. 21 f.

¹²⁰ Mit der Gründung des Forschungsunternehmens Atlas der deutschen Volkskunde, kurz Volkskundeatlas genannt, wurden in den Ländern Unterabteilungen eingerichtet, die den Namen „Landesstelle“ trugen, so auch in Stuttgart, wo sie organisatorisch unter die Abteilung V. gestellt wurde.

¹²¹ Zu den zeitlichen Abläufen und der Einrichtung: BESENFELDER, Staatsnotwendige Wissenschaft, S. 151–236.

¹²² Ebd.

¹²³ Vgl. KÖNIG, Effekte.

Erste Abwehrargumente wurden ebenfalls 1937 vom neuen Innenminister Schmid bzw. Ministerialdirektor Dill vorgebracht, dem nun das Topographische Büro unterstellt war, das zuvor dem Finanzministerium unterstand. Vonseiten des Innenministeriums wurde auf die Eigentumsrechte gepocht, die man laut den früheren Vereinbarungen hatte, und auf die Notwendigkeit des Zugriffs auf die Sammlung für die dienstliche Arbeit. Die Verwaltungsmittel von 2500 RM sollten daher dem Innenministerium übertragen und es solle Dr. Dölker zum zukünftigen Leiter der Sammeltätigkeit und zugleich wissenschaftlichen Bearbeiter im Nebenamt bestimmt werden: „Derselbe ist vor 3 Jahren auf Vorschlag von Professor Bohnenberger als dessen Nachfolger in der Prüfung der Flurnamenschreibweise nebenamtlich beim Statistischen Landesamt bestellt und im Interesse einer engen Zusammenarbeit mit der Topogr. Abteilung vom Herrn Kultminister [Mergenthaler] in dankenswerter Weise nach Stuttgart versetzt worden.“

Auch der Vorstand des Statistischen Landesamts, der Dölker bereits als Nachfolger Bohnenbergers für die Oberamtsbeschreibungen gewonnen hatte, stünde hinter diesem Vorhaben. Der Leiter der Landesbeschreibung sekundiert, dass auch für diese Aufgaben „wie Siedlungsgeschichte und -geographie“ der Verbleib der Sammlung in Stuttgart wichtig sei¹²⁴.

Mit der Wiederaufnahme der Flurnamensammlung und der Gründung des Flurnamenarchivs hatte man das vorhandene Kapital dieser Aktion ausgebaut, das im Wesentlichen in der Teilung der Zuständigkeit und der Materialien sowie der Mobilisierungsfähigkeit in der Bildung von Communities of Practices lag und eine hohe Akzeptanz bei Öffentlichkeit, Politik und Wissenschaft erreichte. Goessler, Bohnenberger, Nägele, Lämmle und andere hatten auf diesem Feld zusammen eine Ressource geschaffen, die es möglich machte, immer wieder Finanzmittel und Mitarbeiter einzufordern und damit auch die Förderung bestimmter Personen zu betreiben. Diese Ressource konnte von Bohnenberger und dem Altmilieu auch strategisch eingesetzt werden, um Konkurrenzsituationen auszuhandeln. Neben dieser quasi sekundären Praxeologie, der Fähigkeit, mit Wissenschaft zu handeln, kam die eigentliche wissenschaftliche oder wissenschaftsförmige Praxis, die hier eingeübt wird, ein bisschen zu kurz in der Betrachtung, weil die vorgesehene oder tatsächlich ausgeübte Praxis über all den schwungvollen Ankündigungen und Beschwörungen von Wichtigkeit von den Aktivisten nie wirklich ausformuliert oder vorgestellt wurde. Aber ähnlich wie beim „Schwäbischen Wörterbuch“ wurde hier aus Geschichte, Landschaft und Ortschaft schließlich Sprache, und aus Sprache entstand ein papierenes Notizsystem, das am Ende auf Karteikarten übertragen ein Schreib- und Deutungssystem für Kartografie, Siedlungs- und Sprachgeschichte

¹²⁴ StAL E 258II Bü 772a, Abschrift einer Stellungnahme an den Kultminister durch Innenminister und Abteilung Landesbeschreibung vom 22.4. bzw. 12./13.5.1937. Innerhalb des ab 1940 stattfindenden Schriftwechsels mit der Abteilung Landesbeschreibung ging es um die Besoldungshöhe bzw. die ausbleibende Vergütung für Dölker, der inzwischen zum Kriegsdienst einberufen worden war, schließlich wurde eine Regelung für „nach dem Krieg“, wenn er wieder zur Verfügung stehe, versprochen.

ergab. Die Beschäftigung mit Flurnamen enthielt implizit die Anerkennung der Kulturalität der Landschaft, das war ihre Verbindung zur Siedlungsforschung und das verband zudem die Sprachforschung mit der Siedlungsforschung. Die Siedlungsforschung kombinierte Geografie mit Geschichte. Daher verbanden sich diese Fächer auch zu neuen Vorstellungen einer erweiterten Landesforschung, wie sie in den neu entstehenden landeskundlichen Institutionen konzipiert wurde. Inhaltlich war das modern, aber auch methodisch auf der Höhe der Zeit und an naturwissenschaftlichen Arbeitsweisen orientiert, da es auf kollaborativen, teils direkten Erhebungen basierte, die mittels gleichförmiger Aufschreibesysteme und systematisierter Vorgehensweisen in Generierung, Übertragung und Deutung zumindest versprach, verallgemeinerbare und nachvollziehbare Ergebnisse zu erzielen und eine gültige Basis für weitere Forschungen zu liefern. Das volkskundliche Großprojekt des Atlas der deutschen Volkskunde stützte sich methodisch auf solche Vorerfahrungen. Sie zielten alle zusätzlich auf eine Institutionalisierung von volkskundlichem Wissen und auf die Erzeugung von gesellschaftlicher Relevanz. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrung wundert es nicht, dass nach 1945 versucht wird, daran wieder anzuknüpfen, wie in Kapitel VI. zu sehen sein wird.

c) Zwischen Denkmalamt und Universität: die Abteilung V. während der NS-Zeit

Mit dem Ende des Volksstaats Württemberg gerieten auch seine Institutionen in die Krise: Landtag, Ministerien, Schulen und Hochschulen, die Verwaltung bis ganz nach unten auf der Ortsebene, die Vereine und vieles mehr, alles wurde nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten neu arrondiert, dem Führerprinzip unterworfen, programmatisch geändert und nach Möglichkeit politisch gesäubert, manches geschlossen. Die Kulturinstitutionen und mit ihnen das Denkmalamt konnten davon nicht unberührt bleiben. Die Heimatschutzinstitutionen betrachteten sich zunächst als von der Umorganisation von Staat und Gesellschaft ausgenommen, weil sie die NS-Ideologie in der Nähe ihrer Überzeugungen wähten und glaubten, dass ihre Ziele die Ziele des NS-Staates seien bzw. dort endlich zur Geltung kämen, zumal führende Aktivisten der Heimatschutzbewegung früh Nationalsozialisten wurden, wie Paul Schultze-Naumburg, der 1929 dem Kampfbund für deutsche Kultur und 1930 der NSDAP beiträt¹²⁵. Deshalb konnte der 1934 aus dem Dienst entlassene (s. u.) Peter Goessler 1936 in einem Brief äußern, dass seine Vorstellungen gar nicht antinazistisch seien, was vielleicht eine Schutzbehauptung war, aber gleichzeitig zutreffend, weil diese Ansätze nicht trennscharf zum Nationalsozialismus waren¹²⁶. Nach der Phase erster Zustimmung folgte dann die Irrita-

¹²⁵ Vgl. Übersichtsartikel: <http://de.wikipedia.org/wiki/Schultze-Naumburg> [20. 7. 2017].

¹²⁶ Vgl. WLB, Cod. Hist. 4. 595, VIII.b, Nachlass Peter Goessler, Schreiben vom 29. 12. 1936 an unbenannten Adressaten (vermutlich am Museum in Trier tätige): „Ich will nicht ver-

tion, als sich die Gleichschaltung der Vereine und Restriktionen in der Vereinstätigkeit abzeichneten¹²⁷. Akteure äußerten dann die Vermutung, dass man „den Nazis zu konservativ“ sei, ein anderes Erklärungsmuster hatten sie nicht, denn das bestätigte ihre Innensicht, dass sie immer noch auf der Seite des Bewahrens stünden und ihr Kern von der Entwicklung nicht berührt werde¹²⁸.

Etliche Mitarbeiter und Kuratoren traten 1933 der NSDAP bei. Aus dem hier näher betrachteten Umfeld waren das Richard Schmidt, Hans Schwenkel und August Lämmle. Peter Goessler allerdings trat nicht in die Partei ein. Für Schwenkel bedeutete das neue Regime einen Karriereschub, sein Expertenwissen im Bereich Naturschutz führte ihn in die Reichsnaturschutzbehörden zur Beratung eines neuen Naturschutzgesetzes, daneben hatte er seine Ämter in Württemberg inne, die durch den Abgang von Goessler und der freiwilligen vorzeitigen Pensionierung von Lämmle später noch um deren Vertretung vergrößert wurden. Entsprechend euphorisch und ideologisch fielen seine Publikationen aus dieser Zeit aus¹²⁹.

Für Peter Goessler hingegen bedeutete das Ende des Volksstaats das baldige Ende seiner Karriere und „seines“ Denkmalamts. Einerseits zeichnete sich ab, dass der Denkmalschutz reichsweit neu organisiert werden sollte, dazu gehörte immer auch eine Zentralisierung statt der bisherigen Länderregelungen. Andererseits wurde versucht, Behörden nur noch mit regimiekonformen Personen zu besetzen. Flankiert wurde das durch das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, das die Entfernung aller „nicht-arischen“ und als politisch unzuverlässig geltenden Personen aus dem öffentlichen Dienst zur Folge hatte¹³⁰. Von den letzteren konnten manche allerdings noch mit einem reduzierten Ruhegehalt rechnen. Diese Verordnung dürfte bei Peter Goessler zur Anwendung gekommen sein¹³¹, der nach einer unbotmäßigen Äußerung, eigentlich einer Banalität, entlassen worden war: Er hatte sich über Ministerpräsident Mergenthaler lustig gemacht und war denunziert worden. Aber nicht einmal in Goesslers Nachlass findet man Genaueres zu den Umständen und den gegen ihn erhobenen Vorwürfen. Selbst im Spruch-

schweigen, was ich aber ganz für sich zu behalten bitte, dass ich, obwohl ich aus ganz persönlichen Gründen – Weitertragung eines reinen Privatgesprächs mit einem Beamten, durch das sich der Kultmin. beleidigt fühlte – zum Ruhestand gezwungen wurde, bei vielen nicht Eingeweihten als Feind der Partei gelte. Nebenbei gesagt stimmt das in gar keiner Weise, sondern das Gegenteil ist richtig; aber P.G. bin ich nicht.“

¹²⁷ Über die Enttäuschung der Akteure s. auch: OBERKROME, Kommentar, S. 196.

¹²⁸ So der Albvereinsvorsitzende Georg Fahrbach, von dem das Zitat stammt, nach Konflikten über die Publikationen des Vereins. Vgl. WLB, Teil VIII, Nachlass Peter Goessler, Schreiben Fahrbach an Goessler.

¹²⁹ Zumindest ein Titel wurde ihm bei seinem Spruchkammerverfahren später auch negativ angerechnet: „Der Führer hält seine schützende Hand über unsere Hecken“. In: Schrift des Vogelbundes 1941.

¹³⁰ Vgl. Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. In: Reichsgesetzblatt, 7. 4. 1933 (1933) 34, S. 175 f.

¹³¹ So sieht das auch Hans Schwenkel in seinem Nachruf auf Peter Goessler, wenn er schreibt, dass es wenigstens gelungen sei, für Goessler ein Ruhegehalt zu erwirken. Vgl. SCHWENKEL, Peter Goessler, S. 62.

kammerverfahren vermerkt die Akte bzw. der Fragebogen nur „Differenzen mit dem naz.soz. Kultusminister“ und „auf den 1.3.34 zwangsweise in Ruhestand versetzt“¹³². Nur die autobiografischen Notizen des früheren Mitarbeiters und späteren Landesmuseumsdirektors Werner Fleischhauer (1903–1997) geben nähere Hinweise auf den Vorfall: „Gössler, Demokrat der Richtung Naumann, war der nat.soz. Regierung von Anfang an nicht genehm. Hinzu kamen ganz üble Machenschaften gegen Gössler von Seiten Beamter und Angestellter des Museums und namentlich des Denkmalamtes, und gerade von solchen Leuten, die Gösslers Alles verdankten. (Vorsorglich sei bemerkt, dass weder Dr. R. Schmidt, noch Dr. Paret, Dr. Walzer und Dr. Josten dazu gehörten) Gösslers Stellung war durch die Gegnerschaft des Prähistorikers Reinerth, alten P.G.'s und von Dr. Christ, ebenfalls alten P.G., sehr gefährdet. Um Christ auszuschalten, bemühte sich Dr. Helmut Göring¹³³, Prof. der Geschichte an der technischen Hochschule, ein Vetter von Hermann Göring, ebenfalls ein alter P.G., dabei aber sehr frei denkend und redend, Christ eine Berufung nach Auswärts zu besorgen. Christ wurde nach Aachen berufen, doch war die Situation nicht mehr zu retten. Eine Denunziation aus dem Bereich des Denkmalamtes führte dann im Oktober 1933 zu einem Disziplinarverfahren gegen Gössler. Der Anlass, eine ungeschickte Bemerkung von Gössler über die rote Nase des Kultministers Mergenthaler in einer Dienstsitzung, war an den Haaren herbeigezogen, die Einstellung des Ministers kläglich. Gössler wurde 1934 zwangspensioniert.“¹³⁴

Sonst wird nur undeutlich auf Goesslers Entlassung Bezug genommen. Zeitgenössisch wurde über Gründe gar nicht geschrieben. Lämmle bezeichnet die Neuordnung des Amtes in seinem Jahresbericht für 1934 als notwendig und die Personalien nur ziemlich lapidar: „Persönlichkeiten, die politisch belastet sind, mußten aber ausscheiden.“¹³⁵ In gewisser Weise war Goessler über seine Unverblümtheit, vielleicht auch seine Arroganz gestolpert. Dass das letztlich solche Konsequenzen hatte, lag aber an dem Beleidigten, Christian Mergenthaler, und dessen Möglichkeit, mithilfe der NS-Gesetzgebung seine Vorstellungen durchzusetzen¹³⁶. Es liegt nahe, dass es mehrere Gründe für Goesslers Entlassung gab¹³⁷, einer davon

¹³² StAS Wü 13 T 2 Nr.2091/160, Staatskommissariat für die politische Säuberung, Spruchkammer – Verfahrensakten, Spruchkammer Tübingen, Verfahrensakte Peter Goessler.

¹³³ Helmut Göring war 1934/35 Rektor der Technischen Hochschule Stuttgart. Vgl. Liste der Rektoren der Universität Stuttgart: http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Rektoren_der_Universität_Stuttgart [20.7.2017].

¹³⁴ HStAS Q2/21 Bü 103, Nachlass Werner Fleischhauer, Übersicht über die Geschichte des Württembergischen Landesmuseums in den Jahren 1920–1967, S. 12 f.

¹³⁵ Jahresbericht 1934 des Würt. Landesamts für Denkmalpflege. In: Schwäbisches Heimatbuch (1935), Anhang, S. 3.

¹³⁶ Vgl. zu Christian Mergenthaler: STOLL, Der schwäbische Schulmeister; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 562. Vgl. ebenfalls die Spruchkammerakte in: StAS Wü 13 T 2 Nr. 2663/029.

¹³⁷ Es gibt auch die Ansicht, dass der Prähistoriker Hans Reinerth im Hintergrund tätig war, der mit Goessler wegen Auseinandersetzungen im Bereich der universitären Urgeschichte

könnte gewesen sein, dass das Behördenmilieu des Volksstaats geschwächt werden sollte und man gleichzeitig auf die vorhandenen Strukturen nicht völlig verzichten konnte. Schließlich war mehr als deutlich, dass Goessler ein Mann der alten Regierung und im Milieu des Volksstaates sehr gut vernetzt war, gerade in den Augen des einstigen Landtagsabgeordneten, Lehrers und Frontsoldaten Mergenthaler. Zusätzlich könnte es darum gegangen sein, sich gegenüber diesem Altmilieu mit einer deutlichen Machtgeste zu behaupten oder zumindest im eigenen Ministerium eigene Politik zu betreiben, da Mergenthaler sich wegen der Konkurrenzsituation zu Gauleiter Wilhelm Murr sonst machtpolitisch nicht durchsetzen konnte wie er wollte¹³⁸. Beide erhoben Anspruch auf die Führungsrolle im Land, Murr behielt aber letztlich die Oberhand¹³⁹. Mergenthaler versuchte ebenfalls, seine Macht mit einer radikalen Schul- und Kirchenpolitik zu demonstrieren. Goessler war nicht der einzige, den die Mergenthaler'sche Säuberungswelle traf. Zahlreiche Lehrer und Pfarrer waren ebenso davon betroffen¹⁴⁰, die „nicht-arischen“ Beschäftigten sowieso, ein prominentes Beispiel aus dem Kulturbereich ist Julius Baum (1882–1959).

Goessler verlor nicht nur seine Stelle als Direktor des Denkmalamts und der klassischen Abteilung des Museums, sondern auch seine Mitgliedschaft im Deutschen Archäologischen Institut. Goessler zog, schwer gekränkt, so Kurt Bittel in seinem biografischen Bericht, nach Tübingen und intensivierte zunächst seine Lehrtätigkeit¹⁴¹. Das war vielleicht auch dadurch so leicht möglich, weil Dekan der zuständigen Fakultät der Philosophieprofessor und NS-Universitätsfunktionär Theodor Haering war, ein Bruder von Goesslers engem Stuttgarter Kollegen Archivdirektor Hermann Haering (1886–1967)¹⁴². Goessler publizierte dann sehr viel in wissenschaftlichen und in mehr populären Zusammenhängen, so gab er einige Jahre in Nachfolge von Eugen Nägele die lokalhistorischen „Tübinger Blätter“ heraus¹⁴³. Es gelang ihm dank seiner bestehenden guten Verbindungen in archäologische Institutionen, mit Wilhelm Dörpfeld ausgedehnte Forschungsreisen zu unternehmen und darüber zu publizieren. Der Leiter des Archäologischen Instituts in Frankfurt in der frühen NS-Zeit war Theodor Wiegand, ebenfalls ein Schüler Dörpfelds, der Goessler Reiseerlaubnis und möglicherweise auch Stipendien

verfeindet war. Diese These wird aktuell auf der Wikipedia-Präsentation zum Landesdenkmalamt Baden-Württemberg vertreten, allerdings ohne Belege. http://de.wikipedia.org/wiki/Landesamt_für_Denkmalpflege_Baden-Württemberg [20.7.2017].

¹³⁸ Vgl. zu Wilhelm Murr: SCHOLTYSECK, „Der Mann“.

¹³⁹ Vgl. zum Verhältnis der beiden: STOLL, Der schwäbische Schulmeister; SCHOLTYSECK, „Der Mann“.

¹⁴⁰ Das wird ihm im Spruchkammerverfahren detailliert vorgeworfen. Vgl. StAS: Wü 13 T 2 Nr. 2663/029.

¹⁴¹ Vgl. BITTEL, Peter Goessler. Zur Lehrtätigkeit und zur Berufung als Honorarprofessor vgl. die Hinweise in: DANIELS, Geschichtswissenschaft, S. 156.

¹⁴² Zu Theodor Haering vgl. BAUSINGER: „... a reachte Volksgemoi'schaft“.

¹⁴³ Eine etwas grobe Einordnung seiner dortigen Tätigkeit geben: JAESRICH, „... schließlich Anpassung“.

besorgte¹⁴⁴. Goesslers Einkommenssituation war bedingt durch die Entlassung nicht besonders gut, vermutlich diente die rege Publikationstätigkeit auch dazu, zusätzliches Einkommen zu generieren¹⁴⁵. Die Aufgaben an der Universität nahmen zu, als die dortigen Stelleninhaber in den Kriegsdienst eintraten oder zu staatlich geförderten Grabungsunternehmungen unterwegs waren. In den Kriegsjahren leitete Goessler dann kommissarisch das Institut für Ur- (und Früh)geschichte, das zur politisch geförderten Fächertrias aus Prähistorie, Rassenkunde und Volkskunde im Tübinger Schloss gehörte¹⁴⁶. In die neue Historische Kommission ab 1937 wurde er jedoch nicht mehr berufen. Aber die Württembergische Anthropologische Gesellschaft verlieh ihm 1942 die Ehrenmitgliedschaft¹⁴⁷. Aus dem Dargestellten wird deutlich, dass Goessler zwar um seine Ämter und um sein volles Einkommen gebracht wurde, dass er aber dennoch viele Spielräume hatte und auch kleinere Konflikte nicht scheute¹⁴⁸. Das verdankte er seiner guten Vernetztheit mit Freunden, Kollegen und Institutionen, die im NS-Staat weiterbestehen und arbeiten konnten. Zu Goesslers Kontakten zählten auch Personen, die aus unterschiedlichen Gründen dem Nationalsozialismus kritisch bis ablehnend gegenüberstanden. Seine früheren Mitarbeiter hielten zum Teil ebenfalls Kontakt zu ihm, es muss auch Versuche gegeben haben, ihm zu einer Rehabilitierung zu verhelfen, was aber scheiterte. Staatsarchivdirektor Hermann Haering schreibt davon andeutungsweise anlässlich der Gratulation zu Goesslers 70. Geburtstag¹⁴⁹.

Die Frage, wer Goessler denunziert hat, ist nicht zu klären, manche trauen es Lämmle zu, ein Motiv ist aber nicht zu erkennen. Den unmittelbaren Gewinn hätte Walther Veek gehabt, denn er wurde statt Goessler Museumsdirektor. Aber er starb bereits 1941 und hat nur wenig publiziert, auch ist kein Nachlass überliefert, sodass sich keine Belege finden lassen¹⁵⁰. Goessler selbst lastete seine Entlassung in seiner Korrespondenz einmal einem nebulösen „Beamten“ an, sonst aber Mergenthaler, den er allerdings nicht beim Namen nannte. Ein Held des Widerstandes war Goessler sicher nicht, obwohl er sich im Laufe der Nachkriegszeit immer mehr dazu stilisierte – nachzuvollziehen an seinem umfangreichen Briefwechsel, in dem Lämmle zum Beispiel gar nicht mehr auftaucht, was nahelegt, dass er mit Lämmle nichts mehr zu tun haben wollte. Goesslers Spruchkammerakte bringt wie bereits

¹⁴⁴ Goessler erwähnte in einem Brief in seinem Nachlass, dass Wiegand Bescheid wisse und für ihn die Sachen erledige.

¹⁴⁵ Entsprechend versuchte er auch, sich mit Äußerungen an das Regime anzuschmiegen, wie in den „Tübinger Blättern“, oder er publizierte in der Zeitschrift „Schwaben“, die inzwischen einen eher völkischen (auch antisemitischen) Ton angeschlagen hatte im Vergleich zu ihrer Vorgängerin, der Monatsschrift „Württemberg“.

¹⁴⁶ Vgl. BESENFELDER, Staatsnotwendige Wissenschaft, S. 145–150.

¹⁴⁷ Vgl. PARET, Bericht, S. 6.

¹⁴⁸ Belege im Nachlass WLB.

¹⁴⁹ Vgl. WLB, Cod. Hist. 4. 595, VIII.c, Nachlass Peter Goessler, Gratulationsschreiben zum 70. Geburtstag. Die Tabula Gratulatoria ist insgesamt höchst aufschlussreich.

¹⁵⁰ Im Nachruf von Oscar Paret gibt es auch keine Andeutungen dazu. Vgl. PARET, Nachruf.

erwähnt auch kein weiteres Licht in die Abläufe¹⁵¹. Interessant ist diese Entwicklung nicht nur wegen ihrer direkten Rückwirkung auf die Abteilung Volkstum, sondern wegen ihrer langfristigen Auswirkungen, die sich in Kapitel VI zeigen werden.

Lämmle hingegen verließ das Denkmalamt und seine Abteilung Volkstum 1937 auf eigenen Wunsch. Er hatte zunächst mit einer gewissen Begeisterung und einem Parteieintritt im Mai 1933 die neue Zeit begrüßt und 1940 in der überarbeiteten Fassung von „Herz der Heimat“ eine Eloge auf Hitler gehalten¹⁵², aber bereits 1936, nach seinem 60. Geburtstag, reichte er einen Antrag auf Zuruhesetzung ein, der für 1937 genehmigt wurde; Ende 1937 trat er in den Ruhestand und war noch bis 1938 beratend für die Abteilung V. tätig. In seinem Spruchkammerverfahren gab er apologetisch an, dass er sich bedrängt gefühlt habe¹⁵³. Eines seiner Bücher wurde von der Partei wegen religiöser Inhalte kritisiert, allerdings erst nach seinem Ausscheiden aus dem Amt¹⁵⁴. Selbst für Lämmle wurde die Konkurrenz durch andere NS-Organisationen spürbar, denn inzwischen hatte die Lehrerorganisation mit Gauschulungsleiter Klett eine eigene volkskundliche Abteilung gegründet, machte dadurch der Abteilung Volkstum Konkurrenz und nahm zusätzlich den Platz ein, den zuvor der Verein für Volksbildung mit Lehrerschulungen und Erwachsenenbildungsmaßnahmen eingenommen hatte. Lämmle sah sich nach wie vor auch als Volksbildner, und diese Aktivitäten wurden durch die neuen Organisationen eingeschränkt. An einen parteinahen Aufstieg war ebenfalls nicht zu denken. Die Spruchkammerakte enthüllt hier den entscheidenden Punkt: Lämmle war zeitweise Mitglied der Freimaurerloge „Zu den drei Cedern Stuttgart“¹⁵⁵, und das vertrug sich nicht mit den Parteistatuten¹⁵⁶. Als Freimaurer konnte man keine NS-Partei- und Führungsämter einnehmen.

Lämmle hatte aber nach wie vor Freunde und Gönner, die ihm aushalfen, zu ihnen gehörte der NS-Kulturfunktionär Georg Schmückle¹⁵⁷. Unter dessen Ägide bekam Lämmle 1936 den von Ministerpräsident Mergenthaler zu vergebenden

¹⁵¹ Vgl. StAS Wü 13 T 2 Nr. 2091/160, Spruchkammerakte Peter Goessler.

¹⁵² Die vorherigen Auflagen erschienen im Silberburg-Verlag, die neue beim Verlag Steinkopf in Stuttgart.

¹⁵³ Vgl. StAL EL 902/14 Bü 5249, Spruchkammer 29 Leonberg, Verfahrensakten August Lämmle. Er war 1933–45 Mitglied in der Reichsschrifttumskammer, ebenso in der Reichskulturkammer, 1934–38 bei der Reichspressekammer, 1933–37 im Reichsbund deutscher Beamter sowie vom 1. 5. 1933–45 NSDAP-Mitglied ohne besonderes Amt.

¹⁵⁴ Es handelte sich um: LÄMMLER, „Brauch“.

¹⁵⁵ Dieser Loge gehörte auch Reinhold Maier (1889–1971) an, der spätere erste Ministerpräsident (FDP) von Baden-Württemberg. Vgl. RABERG, Biographisches Handbuch, S. 538. Mehr zur Loge der „Zu den drei Cedern“ bietet der Katalog zur gleichnamigen Ausstellung „Gelebte Utopie. Auf den Spuren der Freimaurer in Württemberg“, die 2017 vom HStAS erarbeitet wurde. Dort wird auch Lämmle erwähnt, vgl. Gelebte Utopie, S. 136 f.

¹⁵⁶ Bereits am 17. Mai 1935 hatte ein Parteigericht der NSDAP (Gaugericht) geurteilt, dass Lämmle wegen seiner Logenmitgliedschaft niemals ein Parteiamt erhalten dürfe. Vgl. StAL PL 502/29 Bü 30.

¹⁵⁷ Zu Schmückle Weiterführendes bei RUCK, Korpsgeist, S. 116 f.

Schwäbischen Dichterpreis¹⁵⁸, und Schmückle schlug ihn 1938 auch für den Wettbewerb deutscher Mundartdichter beim Reichspropagandaministerium vor¹⁵⁹. 1939 bekam Lämmle wieder ein angesehenes Amt: den Vorsitz im württembergischen Bund für Heimatschutz. Das wäre eigentlich Schwenkels Posten gewesen, der schon im Vorstand war und inzwischen das Denkmalamt leitete, aber Gauleiter Murr und sein Kulturreferent Schmückle setzten Lämmle durch¹⁶⁰.

Der frühzeitige Abgang Lämmles öffnete aus Sicht Bohnenbergers und seiner Vertrauten eine gefährliche Lücke, die sie um den Bestand und den Zugriff auf die Sammlungen und die Volkskundestelle fürchten ließ – aus Sicht Bebermeyers hingegen eine gute Gelegenheit, um Zugriff auf die Stuttgarter Abteilung V. und ihre Sammlungen zu bekommen (s. oben). Bohnenberger forderte daher Lämmle auf, keinesfalls in den Ruhestand zu gehen, solange keine sichere Nachfolge für ihn gefunden sei¹⁶¹. Er versuchte dazu Einfluss auf die Nachbesetzung der Abteilung Volkstum zu nehmen und den dort schon als Hilfsarbeiter eingeführten jungen Sprachwissenschaftler und Lehrer Dr. Otto Springer, einen seiner akademischen Schüler, zu installieren¹⁶². Vorsorglich wurden auch die Rechte an den Sammlungen geltend gemacht, denn das Sammlungsmaterial der volkstümlichen Überlieferungen war infolge der Einrichtung einer Landesstelle des Deutschen Volkskundatlas in die Abteilung V. transferiert worden. Dazu war Bohnenberger 1930 von der Abteilung V. angefragt worden, und beim Statistischen Landesamt und allen dafür zuständigen Ministerien wurde beantragt, die Bohnenberger-Sammlungsmaterialien aus Tübingen an das Landesamt für Denkmalpflege, Abteilung Volkstum zu übergeben zur Bearbeitung der bald eintreffenden Fragebogen des Atlasunternehmens. Das statistische Amt stimmte damals mit der Einschränkung zu, dass ihm

¹⁵⁸ Der Preis wurde gedrittelt und ging zugleich an Ludwig Finckh und Anna Schieber. (Freundlicher Hinweis von Christel Köhle-Hezinger). Die Aufteilung war nicht völlig ungewöhnlich, wie die Auflistung der Preisträgerinnen und Preisträger zeigt. Vgl. STRALLHOFER-MITTEBAUER, NS-Literaturpreise, S. 98.

¹⁵⁹ Vgl. StAL PL 501 II Bü 133. Dieser Vorgang der Preiswürdigkeit relativiert meiner Ansicht nach auch den Grad der Bedrängung durch die Missbilligung der religiösen Inhalte im Buch „Brauch und Sitte im Bauerntum“.

¹⁶⁰ „1939 erfolgte der letzte Schritt [der Gleichschaltung]. Anlass gab die Neuwahl für das Amt des Vereinsvorsitzenden. Konrad Graf Degenfeld stand endgültig nicht mehr zur Verfügung. Als Nachfolger war Hans Schwenkel vorgesehen. Doch Gauleiter Murr zwang dem Verein in einem Handstreich den 63-jährigen Heimatschriftsteller August Lämmle als angeblich besten Kenner Schwabens auf. Felix Schuster berichtete nach dem Krieg, dass die treibende Kraft hinter Murrs Entschluss die dämonische Gestalt des Gaukulturwarts August Schmückle [gemeint ist Georg Schmückle] gewesen sei, den er als Ohrbläser Murrs bezeichnete. Weder eine Vertagung der Wahl, noch der Einspruch des Deutschen Heimatbundes hatten Erfolg. Am 20. September 1939 wurde Lämmle von einer außerordentlichen Mitgliederversammlung einstimmig gewählt und kurz darauf zum Ehrenmitglied gemacht. Lämmle selbst hatte, als er gefragt wurde, ob er die Wahl als Vereinsleiter annehme, geantwortet, dass er dem Ruf des Reichstatthalters folge.“ SCHÖNHAGEN „... ein treuer und gewissenhafter Diener“, S. 109.

¹⁶¹ Vgl. LVS N Bohnenberger B/10.

¹⁶² Vgl. ausführlich zu Springer: BESENFELDER, Staatsnotwendige Wissenschaft, S. 423–430.

weiterhin Zugriff und eigene Veröffentlichungen erlaubt würden, wie das 1899 vereinbart worden war¹⁶³.

Darauf nahm der von Bohnenberger 1936 initiierte Vorgang Bezug, in dem zur Kenntnis gebracht wurde, dass bei Lämmles Ausscheiden aus dem Amt den Alt-eigentümern wieder das volle Verfügungsrecht über die Sammlungen, dazu gehören auch die Flurnamenmaterialien, zu gewähren sei¹⁶⁴. Die Sammlung sei nur für die Arbeit unter Lämmles Aufsicht nach Stuttgart gegeben worden. Das solle dieser in den Akten vermerken und dem vorgesetzten Amt zur Kenntnis geben, was er dann auch tat und es zusätzlich über Schwenkel dem Ministerium vorlegte. Nach Bohnenbergers Vorstellung sollten die Sammlungen nur dann zurück nach Tübingen kommen, wenn sie nicht an die „Seminare“ – d. h.: das neue Institut von Bebermeyer – gelangten, sondern zwecks sachgerechter Benützung als Archivalien an die Universitätsbibliothek gingen. Im Kapitel zum Flurnamenarchiv wurden der Anlass dafür und ein erster Ablauf dieser Verhandlungsgeschichte schon beschrieben. Beide Vorgänge hängen miteinander zusammen, das sieht man nicht zuletzt an Bohnenbergers Argumentation. Dennoch werden sie auch getrennt verhandelt.

So gab Helmut Dölker im September 1937 an Bohnenberger einen Bericht von seiner Besprechung mit Ministerialdirektor Dr. Meyding vom Kultministerium, der ihn zu sich bestellt hatte. Es ging anlässlich der bereits geplanten Auflösung bzw. Überführung der Volkstumsstelle unter die (ehrenamtliche) Leitung Bebermeyers um die künftige Situierung der Flurnamensammlung. Dölker war in der Nachfolge von Bohnenberger Flurnamensachverständiger beim Vermessungsamt und beim Statistischen Amt, wo er die entsprechenden Teile für die Landesbeschreibung übernehmen sollte. Er verhandelte mit Meyding über seinen weiteren Zugriff auf die Sammlung, auch wenn diese nach Tübingen gehen sollte; er betonte, dass der Umzug erst dann vollzogen werden könne, wenn dort ein sachkundiger Betreuer installiert sei. In einer Nachbesprechung, bei der Schwenkel und Lämmle ebenfalls anwesend waren, trug Meyding die neue Direktive vor, wonach zunächst Abschriften der Markungslisten (gemeint sind die Flurnamenlisten der Markungen) angefertigt werden sollten, ebenso fortlaufend für weiter eingehende Listen, damit in Stuttgart, niedergelegt im Staatsarchiv, jederzeit gearbeitet werden könne. Die Sammlung Bazing, eigentlich im Besitz der Historischen Kommission, solle ebenfalls ans Staatsarchiv gehen. Dies solle jedoch erst geschehen, wenn, wie bereits besprochen, der Mitarbeiter Dr. Springer vor Ort wäre. Dölker gab dann noch vor, dass er für die „Zwecke der Oberamtsbeschreibung stets den Zugang zu den Konferenzaufsätzen“ benötige, war aber sonst mit der Regelung einverstanden¹⁶⁵.

¹⁶³ Vgl. StAL E 258 II Bü 857 Nr. 353, 22.12.1930, ebenso LSV N Altregistratur B/6. Die Vorbereitungen zogen sich bis Ende 1931 hin, dann hatte Bohnenberger alles zur Abholung in der UB Tübingen vorbereitet.

¹⁶⁴ Dieser Vorgang ist sowohl in den Akten der Abteilung Landesbeschreibung wie in Bohnenberges Akten niedergelegt. Das zeigt immer auch die Verzahnung der Institutionen und Akteure.

¹⁶⁵ LVS N Bohnenberger B/7, Bericht Dölker vom September 1937 an Bohnenberger.

Argumentativ wurde vonseiten des Finanzministeriums, dem die topografische Abteilung seit 1936 unterstellt war, im November nachgelegt, indem der dringende dienstliche Bedarf an Listen, Karten und Dateien zu den Flurnamen einschließlich der Bazing-Sammlung hervorgehoben und gleichzeitig betont wurde, die Zustimmung werde nur für den Fall einer sehr sorgfältigen Abschrift gegeben. Insbesondere wurde eine fachliche Betreuung eingefordert. Dies schloss mit der Bemerkung des Ministeriumsvertreters Dill: „Ich darf noch bemerken, daß mir und dem Herrn Finanzminister viel daran gelegen ist, daß Studienassessor Dr. Dölker auch fernerhin die wissenschaftliche Beratung des Topografischen Büros und des Statistischen Landesamts im Nebenamt besorgt. Voraussetzung dafür ist, daß er seinen Wohnsitz in Stuttgart behält.“¹⁶⁶

Der Finanzminister hieß Alfred Dehlinger (1874–1959), er war seit 1924 Finanzminister (erst unter Bazille dann unter Bolz) und seit 1918 als DNVP-Politiker tätig. Nach Auflösung der DNVP wurde er als dann Parteiloser in die NS-Regierung übernommen und blieb bis 1942 Minister¹⁶⁷. Dehlinger gehörte also eigentlich dem Milieu des Volksstaates an und war mit dem volkskundlichen Milieu um Bohnenberger nicht zuletzt über die gemeinsame Mitgliedschaft in der Studentenverbindung Roigel (s. Kapitel VI.) verbunden. Anders ist nicht zu erklären, dass Dehlinger über das Altmilieu in dieser Sache informiert war und hier in deren Sinn und mit diesem Aufwand vorging. Das Kultministerium war einverstanden mit der Kopieraktion und dem Hinauszögern, bis der vorgesehene Dr. Springer von seiner Dozentur in den USA zurückgekehrt war; von der Absicht, die Stelle unter die Direktion von Bebermeyer nach Tübingen zu geben, rückte man allerdings nicht ab. Der Minister hatte schon eine Verordnung entworfen, nach der die Abteilung Volkstum in „Landesstelle für Volkskunde“ umbenannt und dabei formal nicht der Universität angegliedert, sondern ihm direkt unterstellt werden sollte. Dies teilte Schwenkel Bohnenberger Mitte September 1939 nochmals mit und legte ihm die Verordnung des Kultministers in dieser Sache bei, nicht ohne hinzuzusetzen „Ob der Krieg daran etwas ändert, wird sich zeigen.“¹⁶⁸ Sich mit der Verordnung weiter auseinanderzusetzen war nicht notwendig, genauso wenig wie mit der Besetzung durch Springer¹⁶⁹, denn beides wurde in dem Moment obsolet, als Springer, statt die Stelle anzutreten, seine Berufstätigkeit in den USA ausbaute, endgültig auswanderte und der Krieg tatsächlich alles änderte. Bebermeyer ging zur Wehrmacht und die Sammlungen verblieben in Stuttgart. Meyding beauftragte daraufhin das Denkmalamt, sich weiterhin um die anfallenden Arbeiten zu kümmern und bat Bohnenberger vertraulich um „weiteren Rat“¹⁷⁰.

¹⁶⁶ Ebd.

¹⁶⁷ RABERG, Biographisches Handbuch, S. 134.

¹⁶⁸ LVS N Bohnenberger B/7, Schreiben von Schwenkel an Bohnenberger vom 16. 9. 1939.

¹⁶⁹ Schon ausgeführt in BESENFELDER, Staatsnotwendige Wissenschaft, S. 423–430.

¹⁷⁰ LVS N Bohnenberger B/8, Schreiben von Meyding an Bohnenberger 30. 10. 1939.

Die Argumentation mit der Sammlung war insofern erfolgreich, als sie für die nötige Verzögerung gesorgt hatte und es durch die Kriegsumstände dann gelang, die Inbesitznahme durch Bebermeyer zu verhindern. Die Sammlungen wurden seinerzeit durch erfolgreiche Ressourcenpolitik geschaffen und waren in dieser Auseinandersetzung gleichzeitig Kapital und Ressource, um sich gegenüber einer universitären NS-Volkskunde abzugrenzen, die man ablehnte¹⁷¹. Diese sekundären Wissenshandlungen fasste Bohnenberger selbst in einem Memorandum zusammen, in dem seine Strategie, Sammlung und Dr. Springer zur Eindämmung des „ungeeigneten Bebermeyer“ einzusetzen, explizit wurde¹⁷².

Von Meyding ausdrücklich darum gebeten, brachte Bohnenberger dann wieder andere Kandidaten ins Spiel für die Nachfolge Lämmles bzw. Springers. 1942 hatte sich das aus Bohnenbergers Sicht soweit verengt, dass nur noch Hugo Moser und Helmut Dölker infrage kamen, letzteren hielt Bohnenberger für geeigneter¹⁷³. Die Fakultät in Tübingen beabsichtigte aber, Moser zu habilitieren. Hier gälte es auch die Stimmungslage der Fakultät zu berücksichtigen, die gerade schlecht sei, weil das lange geplante Projekt eines landeskundlichen Instituts¹⁷⁴ nicht genehmigt worden sei. „Stuttgarter Kreise“ hätten hier wohl Einfluss dagegen genommen, worüber sich auch Bohnenberger brieflich deutlich verärgert zeigte, der zu den Initiatoren zählte. Zu dieser Planung hatte er sich bereits im Mai 1942 gegenüber Ministerialdirektor Meyding¹⁷⁵ geäußert und seine Stellung im Hintergrund dargelegt¹⁷⁶. Wer hier eigentlich verhindern wollte, dass an der Universität ein landeskundliches Institut entstand, in dem sich Goessler, Bohnenberger, sein Nachfolger Paul Kluckhohn, Schneider, der Historiker Dannenbauer und andere betätigen sollten, wird in der vorhandenen Literatur letztlich nicht geklärt¹⁷⁷. Bohnenberger äußerte zunächst sein Unverständnis, da hier doch gerade in so einem Institut der Nachwuchs für „die“ ausgebildet werde. Gemeint waren, Bohnenberger deutete es nur an, die in der Historischen Kommission zusammengeschlossenen landesgeschichtlich tätigen Historiker, die offensichtlich die universitäre Konkurrenz fürchteten. Das war sicher eine unerwartete Front, denn eigentlich war man bisher Teil dieses in der Kommission zu lokalisierenden Wissensmilieus gewesen. Hier zeigt sich eine Aufspaltung durch die NS-Politik, die im Kapitel über die Kommission (s. u.) nochmals aufgegriffen wird.

Etwas später schaltete sich die Historische Kommission bzw. deren Vorsitzender, der Direktor des Staatsarchivs Hermann Haering in die Personalie um die

¹⁷¹ Vgl. dazu auch KELLER-DRESCHER, Sammeln.

¹⁷² LVS N Bohnenberger B/8, Memo vom 12.4.1940, „Zur Sache Springer“.

¹⁷³ Vgl. LVS N Bohnenberger B/11.

¹⁷⁴ Vgl. auch BESENFELDER, Staatsnotwendige Wissenschaft, S. 430–434.

¹⁷⁵ Meyding war von 1928–1945 in dieser Position, ohne NSDAP-Mitglied zu sein. Das geht aus der Verfahrensakte von Schwenkel hervor, dem er ein Gutachten schreibt. Vgl. StAL EL 902/20 Bü 84156 Spruchkammer 37 Stuttgart Verfahrensakten Hans Schwenkel.

¹⁷⁶ Vgl. LVS N Bohnenberger B/9.

¹⁷⁷ Vgl. DANIELS, Geschichtswissenschaft, S. 160–166.

eventuelle Neubesetzung der Lämmle-Stelle ein und favorisierte gegen Bebermeyers Vorschlag, den Geografen Theodor Hornberger einzustellen, wieder Dölker und damit die sprachwissenschaftlich geschulte Volkskunde. Das wurde sekundiert von Bohnenberger, Schwenkel und dem Heidelberger Historiker Fritz Ernst, dem Sohn des vorherigen Leiters der Landesbeschreibung Viktor Ernst. Man versuchte es mit vereinten Kräften über Gauschulungsleiter Klett, aber Dölker war gegenüber der Partei nicht durchzusetzen, die von dessen Parteiosigkeit einerseits nicht absehen konnte, von ihrem Wunsch nach angewandter Volkstumsarbeit andererseits wohl nicht abrücken wollte. Hornberger war dagegen eher vermittelbar¹⁷⁸.

Dölker hatte nach Schwenkels Darstellung die volkscundlichen Sammlungen während des Zweiten Weltkriegs mitbetreut. Dies war vermutlich nur eine argumentatorische Verstärkung, denn Dölker deutete es anlässlich der Erhebung der Soldatensprache schon an, dass die kurzen Urlaube vom Wehrdienst eine sachgerechte Beschäftigung nicht zuließen. Festzuhalten bleibt, dass Dölker von verschiedenen Seiten protegiert, von allen für seine wissenschaftliche Befähigung geschätzt und als zurückhaltend charakterisiert wurde. Er gab gewissermaßen eine Spielfigur ab beim Versuch, Bebermeyers Einfluss zu reduzieren und den Fortbestand der dialektologisch geprägten Volkskunde der Volksstaatszeit nach den Vorstellungen von Bohnenberger und seinem Milieu zu sichern. Der Anspruch an die Volkstumsstelle hatte sich während dieser Auseinandersetzungen gewandelt, die Propaganda-Absicht war unter dem Eindruck der NS-Propaganda und durch den Abgang der einstigen Akteure in den Hintergrund getreten. Springer wollte diese Seite nicht bedienen, sondern weiter sprachwissenschaftlich forschen, weshalb er dann auch in den USA blieb, und Dölker kam gar nicht erst in die Verlegenheit, sich als Propagandist der NS-Volkstumsarbeit betätigen zu müssen. Unterdessen wurden die vorhandenen Materialien zusammengepackt und nach Marbach ausgelagert, wohin auch Schwenkel mit dem Denkmalamt wegen der Kriegseinwirkungen in Stuttgart umzog.

In der heutigen Landesstelle für Volkskunde gibt es zwar einige Klein- und Teilsammlungen, Manuskripte und Korrespondenzen, die im Zeitraum um 1920 entstanden, aber nur zum geringen Teil in der Zeit der Abteilung V. auch dorthin gelangten. Es lässt sich allerdings im Einzelnen nicht immer genau nachverfolgen, wann welche Teile durch wen hinzukamen. Wenn man das Auslagerungsprotokoll für den Transport ins Schiller-Nationalmuseum und das vorläufige Übergabeprotokoll von 1939¹⁷⁹ heranzieht, so wurde dort relativ pauschal nach Objektgruppen unterteilt, die Sammlungen und die Bibliothek scheinen nicht besonders umfangreich gewesen zu sein. Als in der Nachkriegszeit bei Lämmle nochmals detaillierter nachgefragt wurde, liest sich alles etwas umfangreicher. Es wird hier auch deutlich,

¹⁷⁸ Der Vorgang befindet sich in den Akten der Kommission, vgl. StAL E 216 Bü 162 „Besetzung der Landesstelle für Volkskunde 1943–1944“.

¹⁷⁹ Vgl. LVS N Altregistratur B/6.

dass das Material schon bald nach 1938 in Abstellräumen gelagert und die Bibliotheksbestände im Denkmalamt integriert wurden¹⁸⁰. Das deutet einmal mehr darauf hin, dass diese Sammlungen mehr Verhandlungskapital als tatsächliches Arbeitsmittel waren. Die Abteilung Volkstum war eine Propaganda-Abteilung, die auch sammelte.

¹⁸⁰ Vgl. ebd.

3. Die Kommission für Landesgeschichte

In den folgenden zwei Teilkapiteln werden die Gründung und Zuständigkeiten von Historischer Kommission¹⁸¹ und Verein für Volksbildung als außeruniversitäre Wissenschafts- und Bildungsinstitutionen und Akteursgruppen kurz vorgestellt und die Austauschbeziehung zum volkscundlichen Feld nachvollzogen.

Die heute als „Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg“ bekannte Institution zur Erforschung und Darstellung der historischen Landeskultur wurde in den deutschen Teilstaaten Baden und Württemberg im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts als Historische Kommissionen mit eigenen Schwerpunktsetzungen und Statuten vom jeweiligen Landesherrn gegründet. Diese Vorläuferinstitutionen zielten, mit Herrschafts- und Staatsnähe versehen, zunächst auf die Erforschung der je eigenen Herrschafts- und Territorialgeschichte, und dies in Abgrenzung zur Reichsgeschichte. Die Zäsuren der Zeitgeschichte brachten beiden Kommissionen neue Namen und eine wiederholte Neukonstituierung bzw. Wiederaufnahme, ehe sie 1954 nach der Gründung des Südweststaats zu einer gemeinsamen Kommission zusammengeschlossen wurden. Baden war auch hier mit dem Datum 1883 als „Badische Historische Kommission“ die frühere Institutionalisierung gelungen, Württemberg zog 1891 mit der „Württembergischen Kommission für Landesgeschichte“ nach. Diese Gründungen sind im Verhältnis zu anderen Staaten und zur Vormachtstellung Preußens zu sehen, sie bildeten in Staaten ohne eigene Wissenschaftsakademie wie Württemberg immer auch eine Ersatzakademie, wie dies schon mit den vorausgehenden Beiräten und dem Verein für Vaterlandskunde etc. der Fall gewesen war. Die Württembergische Kommission stand daher in der Traditionslinie des Statistisch-topographischen Bureaus und seiner kollaborativen Organisationsformen. Aus den Kreisen des hier über die Aufgaben der Landesbeschreibung locker verbundenen Wissensmilieus historisch-landeskundlich tätiger Akteure kamen dann auch die Anregung und die Eingaben für die Gründung einer solchen Kommission. Die Historiografie zur Kommission¹⁸² nennt Gustav Bossert d. Ä. (1841–1925) und Julius Hartmann als die wichtigsten initiativen Personen, wobei Bossert als Vertreter der historischen Vereine – er war Redakteur in der Geschäftsführung des Historischen Vereins für Württembergisch Franken und im Redaktionsausschuss der „Vierteljahreshefte für Landesgeschichte“ – und als Pfarrer als Vertreter der Kirchengeschichte gelten kann. Außerdem war er korrespondierendes Mitglied der Badischen Kommission¹⁸³. Hartmann vertrat die Interessen der Landesbeschreibung, deren Leiter er war. Wie bereits

¹⁸¹ Wie bereits weiter oben angemerkt: Unabhängig davon, wie diese Institution zum jeweiligen Zeitpunkt offiziell genannt wurde, ist sie im zeitgenössischen Gebrauch immer auch abkürzend in ihrem Funktionsbegriff als Historische Kommission bezeichnet worden. Das wird hier und im Folgenden fallweise auch so gehandhabt werden.

¹⁸² Vgl. MILLER, 70 Jahre; SCHAAB, Staatliche Förderung; SCHÖNHAGEN, Südwestdeutsche Landes- und Ortsgeschichte.

¹⁸³ Vgl. StAL E 216 Bü 146, Beziehungen zur Badischen Historischen Kommission.

beschrieben, war er mit dem Wissensmanagement der Abteilung betraut, das schloss die Akquise von Beiträgen und Betreuung der Autoren mit ein und führte zu der Einsicht, dass die Systematisierung und Auswertung von historischen Beständen professionalisiert werden musste oder zumindest mehr wissenschaftliche und finanzielle Unterstützung benötigte. Hartmann konnte durch seine Staatsnähe erfolgreich für die Württembergische Kommission werben, da das Vorhaben und seine Vorlagen im Ministerium und Kabinett Gehör fanden. Bossert mobilisierte über Beiträge in Zeitschriften die historisch interessierte Öffentlichkeit.

Aus Sicht der an der Universität noch nicht vertretenen Landesgeschichte, also der landesgeschichtlich Forschenden und der auf deren Ergebnisse angewiesenen Landesbeschreibung, waren zunächst wichtige Quellenstudien und deren Publikation notwendig. Dafür bedurfte es eines freieren Zugangs zu den Archiven und Archivalien als bis dahin üblich, als Archive Herrschaftsinstitutionen und keine Forschungseinrichtungen waren. Gleichzeitig waren viele Archive und Sammlungen von Archivalien im Land nicht betreut, die Bestände nicht aufgearbeitet und erschlossen und von Verlust bedroht. Die Historische Kommission vereinte dann auch alle Institutionen und Interessengruppen: die Archive, die Historischen Vereine, die Universität, die Staatsbibliothek, das Landeskonservatorium und die behördliche Forschung. Max Miller, einer ihrer Historiografen, attestierte der Württembergischen Kommission einen „stärker gouvernementalen Zug“ als der Badischen¹⁸⁴. Obwohl sich die württembergische Satzung an der badischen orientierte, war sie zunächst von einer starrereren Berufungspolitik geprägt. Den Vorsitz hatte satzungsgemäß der zuständige Staatsminister bzw. Kultminister (z. B. Fleischhauer oder Hieber) oder dessen Stellvertreter (z. B. Meyding) inne, und die Geschäftsführung wurde von einem Staatsbeamten aus dem Statistischen Landesamt oder dem Staatsarchiv übernommen (z. B. J. Hartmann, V. Ernst, E. Schneider)¹⁸⁵.

Zu den Quellen der Landesgeschichte zählte die Kommission neben den üblichen historiografischen Archivalien, ähnlich wie es die Abteilung Landesbeschreibung auch tat, die Überlieferungen der sprachlichen Kultur, dazu auch „Spruch und Lied“. Mit Hartmann hatte man einen geschäftsführenden Historiker, der schon auf ethnografischem Gebiet in der Landesbeschreibung tätig war (s. Kap. III.). Hermann Fischer, der Vertreter der regionalen Sprachforschung, wurde aber erst 1905 als ordentliches Mitglied berufen, nachdem durch die Satzungsänderung von 1903 mehr Universitätswissenschaftler aufgenommen werden konnten. Als Antragsteller zur Unterstützung seiner sprachgeografischen Arbeiten war er davor schon aufgetreten (s. Kapitel IV.). Auch die Arbeiten von Karl Bohnenberger wurden von der Kommission unterstützt¹⁸⁶. Aus der Logik der Berufung Fischers hätte nach dessen Tod eigentlich Bohnenberger folgen müssen. Das geschah aus bisher nicht nachvollziehbaren Gründen nicht, obwohl Bohnenberger

¹⁸⁴ MILLER, 70 Jahre, S. 26.

¹⁸⁵ Übersicht bei SCHAAB, Staatliche Förderung, S. 210.

¹⁸⁶ Vgl. MILLER, 70 Jahre, S. 59.

zu den Autoren der Kommissionszeitschrift „Württembergische Vierteljahreshefte für Landesgeschichte“ gehörte. Bohnenberger wurde erst 1937 aufgenommen – allerdings wegen seiner bereits erfolgten Emeritierung lediglich als Ehrenmitglied. Diesen Status hatte er auch in der 1946 wiederum neu einberufenen Württembergischen Kommission für Landesgeschichte inne. Vielleicht liegt der Grund für die Nichtberufung während seiner aktiven Zeit in der sehr reduzierten Arbeit der Kommission in der Volksstaatszeit, es wurden nur wenige Sitzungen abgehalten und der Etat zeitweise stark gekürzt¹⁸⁷. Vielleicht lehnte auch Bohnenberger die Übernahme eines zusätzlichen Amtes ab. Über die Eingliederung des Volkskundevereins in die Kommission 1919 hinaus gab es neben der Publikationstätigkeit aber eine Verbindung zu Bohnenberger, ebenso über die Flurnamenaktion, die Bazing-Sammlung und die persönlichen Netzwerkbeziehungen. Es handelte sich also durchaus um eine Austauschbeziehung von Kommission und Volkskunde, die allerdings bis 1937 nicht durch eine Mitgliedschaft verankert war.

Ende 1935 begann der Historiker Hermann Haering im Auftrag von Kultminister Mergenthaler mit einer Neuordnung der seit 1931 nicht mehr zusammengetretenen Kommission¹⁸⁸. Haering war 1910 „Hilfsarbeiter“ im Generallandesarchiv in Karlsruhe, verlor dann im Ersten Weltkrieg einen Arm, war Mitglied beim „Stahlhelm“ und von 1919 bis 1933 Bibliothekar an der Universität Tübingen. Von dort wechselte er ins Staatsarchiv, trat in die NSDAP ein, wo er an den ‚altgedienten‘ Kollegen vorbei am 1. August 1933 zum Archivdirektor ernannt wurde. 1935 wurde er Vorsitzender des Württembergischen Geschichts- und Altertumsvereins und 1936 dann geschäftsführendes Mitglied der mit seiner Hilfe neu aufgestellten Kommission. Im Antwortschreiben auf Mergenthalers Aufforderung, eine neue Kommission zu konzipieren, versuchte er einen Spagat zwischen neuen Anforderungen und der Fortführung alter Leistungen. Dabei argumentierte er vorsichtig im zeitgenössischen Jargon zwischen Andienung an neue Denkstile (mit Begriffen wie „Volksgeschichte“, „volkstümlich“ oder „völkisch“) und der Bewahrung der größtmöglichen Unabhängigkeit bei gleichzeitiger Akzeptanz von Führerprinzip und rassischem Paradigma. Er nannte als Ziele der Historischen Kommission: „Dass Werke wie eine Siedlungsgeschichte unseres Landes und Volkes, eine wirklich volkstümliche, unter den heute neu durchgebrochenen völkischen Gesichtspunkten stehende württembergische (schwäbische) Geschichte, ein wirklich guter geschichtlicher Bilderatlas von der Urzeit bis zur Gegenwart, eine Sammlung schwäbischer Lebensbilder, eine geschichtliche Volkskunde des Landes für weiteste Kreise, eine Geschichte der ländlichen Gemeinde u. s. w. u. s. w. mit allen Kräften in die Hand zu nehmen sind, ist Selbstverständlichkeit.“¹⁸⁹

¹⁸⁷ Vgl. ebd., S. 31.

¹⁸⁸ Vgl. StAL E 216 Bü 6, Württembergische Kommission für Landesgeschichte 1891–1954. Dem Auftrag voraus ging ein Memo von Haering vom 12. Juni 1936 Betr: Ordnung der geschichtlichen Anstalten des Landes. Ebd.

¹⁸⁹ Ebd.

Die Vorkriegskommission habe dies versäumt, in den 1920er-Jahren habe diese unter Weller und Ernst (die beiden damaligen Vorstände) nicht mehr die Mittel dazu gehabt. Dass man die Arbeit nun auf die „weitesten Kreise“ ausrichtete, war ein Nachvollzug des auf Volkstumsarbeit zielenden NS-Wissenschaftssystems, wie es Haering verstand. Erwähnt wurde auch, dass die Kommission 8000 RM Schulden hatte, die getilgt werden mussten. Von Mergenthalers Seite kamen Vorschläge für neue Mitglieder, die zum Teil auch in den Vorstand hätten aufgenommen werden müssen und die der NS-Vorstellung von historischer Wissenschaft zu entsprechen hatten. In diesem Sinne fand eine feierliche Eröffnungssitzung¹⁹⁰ mit einer programmatischen Rede des Ministers statt: Geschichte müsse geschrieben werden auf rassischer Grundlage – genannt werden hier die Begriffe „Blut“, „Rasse“, „Boden“. Eines der erklärten ersten Ziele der Kommission sei daher die „Inangriffnahme einer schwäbischen Rassen- und Siedlungsgeschichte“, die Veröffentlichungen sollten dazu einer breiten Schicht Interessierter verständlich sein. Mergenthalers Rede endete mit folgenden Worten: „Dieses Freilegen teilweise noch verschütteter Quellen unseres ursprünglichen völkischen Seins wird allen Lebensgebieten zugutekommen. In diesem Geiste mögen Sie als Mitglieder und Mitarbeiter der Kommission Ihre neue Arbeit beginnen, dann dienen Sie unmittelbar unserer Heimat und damit Deutschland.“¹⁹¹

Für diese Aufgabe brauchte es entsprechende Mitglieder mit passender Gesinnung aus Partei- und Staatsorganen sowie aus gleichgeschalteten Institutionen. Dazu waren sicher die Berufungen von Bebermeyer, Gieseler¹⁹², Riek¹⁹³, Lämmle und Kinkelin¹⁹⁴ zu rechnen¹⁹⁵. Haering schlug neben den schon eingeführten ordentlichen Mitgliedern (OM) die Kategorie der korrespondierenden oder fördernden Mitgliedern (KOM) vor, und ausweislich des Protokolls der Eröffnungs-

¹⁹⁰ Interessant ist hier auch die Einladungsliste, vgl. StAL E 216 Bü 7.

¹⁹¹ StAL E 216 Bü 6, Manuskript der Rede von Ministerpräsident Mergenthaler. Eröffnungssitzung der Kommission, 6. März 1937. Mit dem Zusatz: „lebhafter Beifall“.

¹⁹² Wilhelm Gieseler (1900–1976), medizinischer Anthropologe und Rassenforscher, Professor an der Universität Tübingen 1934–45 und ab 1962. Mitglied der NSDAP seit Mai 1933. Vgl. zu seiner Karriere insbesondere während der NS-Zeit: POTTHAST/HOSSFELD, Vererbungs- und Entwicklungslehren, besonders S. 464–471.

¹⁹³ Gustav Riek (1900–1976), 1935–1945 und 1956–1968 Professor für Urgeschichte an der Universität Tübingen, seit 1929 Mitglied der NSDAP. Vgl. zur Karriere während der NS-Zeit: MÜLLER-BECK, Ein schwäbischer Urgeschichtler; ebenso: VEIT, Notizen; STROBEL, Das urgeschichtliche Institut; Focke Museum Bremen, Begleitband zur Ausstellung Graben für Germanien. S. 161, S. 169.

¹⁹⁴ Wilhelm Kinkelin (1896–1990), Arzt und Heimatforscher, NSDAP-Mitglied, SA-Eintritt 1930. Kinkelin machte Karriere im Amt des Reichsbauernführers Darré, seit 1936 war er Vize der Forschungsabteilung deutsches Ahnenerbe etc. Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm_Kinkelin [20.7.2017]. Kinkelin war als Vertreter des Reichsbauernführers Mitglied in der Kommission, viel interessanter für die Beteiligten in der Kommission dürfte aber seine Mittlerfunktion zur Forschungsförderung im Umfeld von Frühgeschichte, Volkstumswissenschaft und Rassenkunde gewesen sein.

¹⁹⁵ Vgl. zur Übersicht der Mitgliederberufungen 1937–1945: MILLER, 70 Jahre, S. 167–170.

sitzung warb er für Helmut Dölker als Bohnenbergers besten Schüler und kommenden Mann. Doch aus dessen Berufung in die Kommission wurde aus den schon genannten Gründen vorerst nichts. Der Vorschlag zeigt aber, dass das Bohnenberger-Milieu mit Personen wie Haering, der zum Schüler- und Freundeskreis gezählt werden kann¹⁹⁶, im NS-Staat angekommen war, während andere, die wie Peter Goessler ebenfalls dazuzuzählen sind, aus Institutionen wie der Historischen Kommission ausgeschlossen wurden¹⁹⁷.

In der Liste der bearbeiteten oder beantragten Projekte während Haerings Vorstandszeit finden sich neben der genannten Siedlungsforschung, die zur Rassegeschichte mutiert war, auch andere Anträge und Anregungen, so von Bohnenberger zur Bauernhausdokumentation und von Goessler darüber, was nach dem Krieg angegangen werden müsse. Goessler verlor den Kontakt zu „seinen“ Institutionen nie und es kann angenommen werden, dass Haering ihn auch für die Geschäftsführung benötigte, was klandestin gehandhabt wurde¹⁹⁸. Auch von Theodor Heuss aus Berlin kam 1944 ein Forschungsvorschlag, und sein Schreiben an Haering endete wie folgt: „Wollen Sie diese Zeilen meinem ungemindertem Interesse an den Dingen der württembergischen Geschichtsforschung zu Gute halten. Mit besten Empfehlungen ihr ergebener Theodor Heuss.“¹⁹⁹

Der gute Kontakt zu dieser zwischen Vereinen, Wissenschaft, Behörden und Ministerium/Staat angesiedelten Institution war im Königreich Württemberg, im Volksstaat Württemberg und im NS-Staat für historisch-landeskundlich Tätige wichtig, denn hier war die Partizipation an verschiedenen Ressourcen möglich: Finanzierung, Publikationsmöglichkeiten, Einfluss und Prestige. Dass es um diese Ressourcen Konflikte geben konnte, zeigt insbesondere die Agitation des außeruniversitären d.h. Stuttgarter Teils der Kommission, der die Einrichtung eines landeskundlichen Instituts an der Universität Tübingen zu verhindern versuchte. In der Historiografie zur universitären Geschichtswissenschaft und Landesgeschichte sowie zur Volkskunde wurde bisher dem Einfluss der Historischen Kommission nicht im erforderlichen Maße nachgegangen. Aus Sicht der Universität war dieses Gremium marginal, schaut man sich die Universität aber aus Sicht

¹⁹⁶ Haering hatte auch Germanistik in Tübingen studiert, war unter Bohnenberger Bibliothekar an der UB und ist Autor der Festschrift zu Bohnenbergers 75. Geburtstag. Zu den weiteren Autoren gehörten auch Oberregierungsrat (Kultministerium/Schulamt) Dr. Albert Mack, Dr. Hans Bihl und Prof. Theodor Haering, Hermann Haerings Bruder, Philosophieprofessor und zeitweise Dekan der Philosophischen Fakultät.

¹⁹⁷ Durch den Verlust des Amtes hatte er auch den institutionellen Sitz in der Kommission verloren, wäre aber als korrespondierendes Mitglied berufbar gewesen. Er war nicht der einzige, der nicht mehr berufen wurde. Laut Miller wurde die Satzung von Ende 1936 auf April rückdatiert, damit auf diese Art weitere frühere Mitglieder ausgeschlossen werden konnten. Vgl. MILLER, 70 Jahre, S. 30.

¹⁹⁸ So sieht das auch Max Miller in seiner späteren Auseinandersetzung mit Haering. Vgl. dazu Kapitel VI.

¹⁹⁹ Von Haering gibt es eine Aktennotiz von 1944 dazu und einen Nachtrag von 1946, vgl. StAL E 216 Bü 269, „Geförderte, nicht vollendete oder abgelehnte Projekte 1936–1954“.

der Kommission an, sieht man, wie sehr sie nicht nur im geschilderten Fall Einfluss genommen hat. Haering schloss hier auch Koalitionen mit Mergenthaler, wenn es aus seiner Sicht notwendig war. Im Zuge des oben schon dargestellten Versuchs der Sicherung der sprachwissenschaftlichen Volkskunde versuchte Haering auch Einfluss darauf zu nehmen, dass die Universität einer Lehrtätigkeit Dölkers dafür zustimmen solle.

Wenn Hermann Haering die Tätigkeit der Kommission für Landesgeschichte unter seiner Ägide im Rechenschaftsbericht im August 1945 als den Aufbau einer „zweiten Linie“ bezeichnete, hinter der man die eigentlich sinnvollen Sachen unter der Hand eingeschleust und man z. B. der Rassen- und Siedlungskunde nur zugestimmt habe, weil gleich klar gewesen sei, dass nur Karl Wellers, Historiker, früherer Geschäftsführer der Kommission, wissenschaftlich fundierte Besiedlungsgeschichte sinnvoll gewesen sei, aber nur noch in so einem Rahmen erscheinen konnte, und ähnliche weitere Argumente, so zeigt das eine typische entschuldigende Innensicht, die die willentliche Teilnahme am NS-Staat nicht problematisieren konnte²⁰⁰. Haering stand dem NS-System nicht nur rein geschäftsmäßig bzw. als Geschäftsführer der Kommission und als Archivvorstand nahe, das wurde ihm insbesondere von Kollegen aus dem Staatsarchiv nach 1945 vorgehalten. Diese Teilhabe hatte auch ihren Preis gehabt: Alle drei Söhne Haerings waren im Krieg umgekommen – eine Tatsache, die ihm bei vielen mildernde Umstände einbrachte. Nicht so allerdings bei der politischen Säuberung, er wurde 1945 amtsenthoben. Haerings Sicht blieb damals aber nicht unwidersprochen, und es gab eine kurze Zeit heftiger Auseinandersetzungen über seine Rolle und die der Kommission. Benigna Schönhagen weist in ihrem Bericht über Landesgeschichte im Nationalsozialismus zu Recht darauf hin, dass die in der unmittelbaren Nachkriegszeit vorhandenen Impulse zur Aufarbeitung der Landesgeschichtsforschung und ihrer Institutionen in der NS-Zeit nicht aufgenommen wurden²⁰¹. Hier zeigt sich meiner Ansicht nach aber nicht nur die übliche Verdrängung der NS-Geschichte, denn es wurde ja zunächst darüber gestritten, sondern einerseits eher eine vorschnelle Konfliktbereinigung, die eine weitere Aufarbeitung innerhalb der Institution verhinderte (vgl. dazu nochmals Kapitel VI.). Andererseits gibt es eine Lücke bei der Thematisierung durch die universitäre Geschichtswissenschaft, die solchen Institutionen wenig Bedeutung zumaß und sie deshalb auch nicht untersuchte. Das ändert sich gerade erst langsam.

²⁰⁰ Vgl. StAL E216 Bü 49, Kommissionsakten „Abschlußbericht des Vorsitzenden Dr. H. Haering über die Tätigkeit 1937–45.“, August 1945. Abgedruckt nach der Fassung HStAS EA 3/903,1 als Anhang 4 in SCHAAB, Staatliche Förderung, S. 95–110.

²⁰¹ Vgl. SCHÖNHAGEN, Südwestdeutsche Landes- und Ortsgeschichte, S. 152.

4. Der Verein für Volksbildung

Von den Vereinen war an mehreren Stellen die Rede, denn sie wirkten in vielfacher Weise als Ressourcen für die Institutionalisierung von Volkskunde. Auch der Verein zur Förderung der Volksbildung wurde im letzten Kapitel schon eingeführt. Er soll hier nochmals genauer vorgestellt werden, weil seine Rolle bei der Etablierung von Volkskunde in der bisherigen Forschung genauso wenig thematisiert wurde wie die der Historischen Kommission. Auch sonst gehört der erweiterte Bildungsbereich, gemeint ist die Erwachsenenbildung in freier Trägerschaft, zu den kaum bearbeiteten Gebieten der landesgeschichtlichen Forschung im Hinblick auf die Weimarer Zeit²⁰², und das, obwohl einer ihrer einflussreichsten Aktivisten dieser Zeit, Theodor Bäuerle, hier wirkte²⁰³ und obwohl es in der Erwachsenenbildung einen regen Austausch von Akteuren (u. a. Lämmle) und Konzepten von Volkstum und Volksgemeinschaft gab. Die Volksbildung war, wie bereits am Beginn des Kapitels erwähnt, in der Verfassung der Weimarer Republik verankert. Württemberg versuchte dieser Verpflichtung neben der Schaffung staatlicher Bildungseinrichtungen, die aber nur auf berufliche Bildung ausgerichtet waren, mit entsprechenden Zuschüssen für die freien Träger nachzukommen. Der Bildungsbergriff der liberalen bürgerlichen Volksbildungsbewegung, der Theodor Bäuerle angehörte, zielte auf nichts weniger als eine ganzheitliche Bildung des Einzelnen zur Bildung einer neuen (demokratischen) Gesellschaft²⁰⁴. Bäuerle war wie Theodor Heuss, mit dem er gemeinsam 1920 (Bäuerle erfolglos) für den Reichstag kandidiert hatte, Mitglied der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei²⁰⁵. Er gehörte den entsprechenden Vereinigungen an, die diesen Bildungsgedanken ausformulieren und umsetzen wollten. Der Hohenrodter Bund und die aus diesem hervorgehende Deutsche Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung waren Bäuerles intellektuelle Netzwerke, mit denen er auch konkrete Initiativen ergriff. So gelang es zusammen mit dem Hohenrodter Bund und staatlicher Unterstützung Mitte der 1920er-Jahre, die Fortbildungs- und Volksbildungsstätte Comburg einzurichten. Zur Organisation der Aktivitäten in Württemberg wurde aus Vorläuferinitiativen 1918 der Verein zur Förderung der Volksbildung e.V. gegründet, dem Robert Bosch (1861–1942) vorstand und dessen Geschäftsführer Bäuerle wurde. Aufseiten der Firma Bosch war noch Hans Walz (1883–1974) beteiligt, der als Privatsekretär, später Vorstandsmitglied und Geschäftsführer, die Kontakte zu Bosch vermittelt hatte und ebenfalls Vorstandsposten im Verein übernahm. Auch das Kultministerium

²⁰² Einen Überblick über die allgemeine Entwicklung geben: LANGEWIESCHE, *Erwachsenenbildung*; OLBRICH, *Geschichte*.

²⁰³ Christel Pache nennt ihn „einen führenden Erwachsenenbildner der Weimarer Zeit“. PACHE, Theodor Bäuerle, S. 106.

²⁰⁴ Zumindest bis 1933, dann unter dem Eindruck des NS-Regimes versuchte Bäuerle den Verein mit regimekompatiblen Formulierungen zu den Zielen der Volksbildungsarbeit abzusichern. Vgl. ebd.

²⁰⁵ Vgl. Listen im Staatsanzeiger für Württemberg Nr. 123, 1920

war an der Vereinsgründung beteiligt, und nicht zuletzt wurde das Ganze durch die Dienstfreistellung Bäuerles durch das ihm übergeordnete Schulamt ermöglicht, während Bosch finanzielle Mittel und Geschäftsräume zur Verfügung stellte²⁰⁶.

Bäuerle vertrat hier die linksliberale Ausformung der Volkstums-Ideologie, die wegen des Bedeutungsvolumens des Begriffs „Volk“ und der Unbestimmtheit seiner Ableitung Volkstum einen großen Überschneidungsbereich zu anderen Aktivisten und Institutionen in diesem Feld hatte. Das verband politisch unterschiedlich orientierte Akteure aus verschiedenen Milieus der Volksstaatszeit. Die Satzung des Vereins legte in § 2 die Ziele des Vereins fest und formulierte im Sinne des Vereinsrechts zunächst den allgemeinen Nutzen und legte dann näher fest, worauf sich die Arbeit ausrichten sollte: „Der Verein dient ausschließlich dem gemeinnützigen Zweck, das freie Volksbildungswesen in Württemberg zusammenfassend zu fördern und zu vertiefen. Dies sucht er zu erreichen:

1. Durch die Förderung der Forschung auf dem Gebiete der Volksbildung und Volkserziehung.
2. Durch Heranbildung von Mitarbeitern an den Aufgaben der Volksbildung.
3. Durch Zusammenarbeiten mit anderen gleichartige Zwecke verfolgenden Vereinigungen und Unterstützung ihrer Bestrebungen.
4. Durch sonstige, Volksbildung und Heimatsinn fördernde Veranstaltungen und Einrichtungen, insbesondere durch Volkshochschulen, durch Betätigung auf dem Gebiete der Presse und des Buchwesens, des Theater- und Lichtbildwesens, der Musik, der bildenden Kunst und der Heimatkunde.“²⁰⁷

Veranstaltungen, Veröffentlichungen, die Schulung von geeignetem Lehrpersonal und die Ausweitung des Bildungsbegriffs auf „Heimatsinn“ waren Mittel zum Transfer der Ideen und Ziele, sie waren Austauschzonen von angewandter Volkskunde und Erwachsenenbildung, die mit der Beteiligung in entsprechenden Gremien abgesichert wurden. Deshalb entsandte z. B. das Denkmalamt einen Mitarbeiter in den Beirat einer der vielen Abteilungen des Vereins. In drei dieser Vereinsabteilungen kann ein verdichteter Geschäftsverkehr festgestellt werden: Verlag, Heimatabteilung und Heim(volkshoch)schule Comburg.

Zu Lämmle bestanden seitens des Volksbildungsvereins bzw. Bäuerles schon vor der Gründung der Abteilung V. Kontakte, da dieser vor seiner Anstellung die Volkshochschule Cannstatt geleitet hatte und Schriftleiter der „Schwäbischen Heimat“, dem Publikationsorgan des Vereins für ländliche Wohlfahrtspflege, gewesen war, wo Themen der Wissenspopularisierung (z. B. „Wie gestalte ich einen Heimatabend“) schon länger verbreitet wurden. Bäuerle publizierte dort ebenfalls Beiträge und war zunächst beim Volksbildungsverein aktiv, später wurde er zur Beilegung von Konkurrenzproblemen beim Verein für ländliche Wohlfahrtspflege

²⁰⁶ Vgl. SCHMITT, Theodor Bäuerle, S. 57.

²⁰⁷ Satzung in: ALLMENDINGER, Struktur.

Beiratsmitglied. Lämmle, Goessler und Schwenkel²⁰⁸ gehörten zum Referentenkreis der Volksbildungsveranstaltungen des Vereins.

Hatte man bei der Gründung noch vorgesehen, dass der Verein einfach die bestehenden Angebote und Träger koordinieren sollte, so musste man bald einsehen, dass, wie anderswo auch, die Vereine nicht zu vereinigen waren. Deshalb versuchte der Verein für Volksbildung ein eigenes, möglichst umfassendes Programm zu verwirklichen und gründete dazu für die Bereiche Theater, Musik, Bücherei bis hin zu Volkshochschule (insbesondere auch mit einer emanzipativen Frauenabteilung) eigene Abteilungen. Gleichzeitig wurden die nötigen Infrastrukturen, etwa Veranstaltungsräume, zur Verfügung gestellt und man versuchte, möglichst viel Grundlagen- und Vernetzungsarbeit zu leisten.

Die engste thematische und praktische Verknüpfung mit dem volkskundlichen Feld und den Themen volkskundlichen Wissens bestanden in der „Heimatabteilung“ des Vereins und dem eigenen Silberburg-Verlag²⁰⁹. Die Heimatabteilung, die der Leiter der Ulmer Volkshochschule Hans Reyhing betreute, organisierte Veranstaltungen und veröffentlichte Publikationen, die einmal als Zeitungsbeilage und dann gebunden als Jahrbuch unter dem Titel „Unsere Heimat. Württembergische Blätter für Heimat und Volkskunde“ erschienen. Auch Schwenkel veröffentlichte in „Unsere Heimat“, ebenso Lämmle, wie oben beschrieben. Zusätzlich erschien jährlich ein Heimatkalender. Das erinnert in gewisser Weise an die Publikationsformen der Volksaufklärung, in deren Tradition die Volksbildung stand. Bäuerle schätzte Reyhing als „Mann der Heimat“, wenn ihm auch die Fähigkeiten für Arbeiterbildung abgingen, wie Bäuerle in einem Veranstaltungsprotokoll bedauerte²¹⁰.

Den Verlag benötigte der Verein, um eigene Publikationen wie eben den „Heimatkalender“, der zumindest zeitweise Gewinn abwarf, oder die Publikationen anderer Institutionen in Kommission zu produzieren, sofern sie in die Zielsetzung passten. Der Verlag war damit eben auch eine Public-Relations- oder Propaganda-Abteilung, die man finanzierte, um eigene Themen lancieren zu können. Die Protokolle des Hohenrodter Bundes erschienen ebenso im Silberburg-Verlag wie Schriften zur Erwachsenenbildung, aber er blieb immer ein Zuschussbetrieb²¹¹. Auch die beiden Reihen des Denkmalamts erschienen dort. Man muss unterscheiden zwischen den „Veröffentlichungen des Württembergischen Landesamtes für Denkmalpflege“ und der Reihe „Schwäbische Volkskunde“, erstere wurde von

²⁰⁸ Schwenkel könnte Bäuerle vom Lehrerseminar in Backnang gekannt haben, wo dieser als ausbildender Lehrer ebenso tätig war, bevor er für den Verein beurlaubt wurde.

²⁰⁹ Dieser musste aus rechtlichen Gründen ausgegliedert werden und wurde formal von Hans Walz geleitet, de facto aber von Bäuerle betrieben.

²¹⁰ Bäuerle fertigte von Veranstaltungen Protokolle an, u. a. als Grundlage für Verbesserungen, hier anlässlich eines sogenannten Comburg-Abends. Vgl. HStAS Q 1/21 Bü 178.

²¹¹ In Bäuerles Nachlass wird dies an mehreren Stellen thematisiert, vgl. HStAS Q1/21 Bü 303–305 Geschäftsführung Silberburg Verlag. Diese Einschätzung teilt auch PACHE, Theodor Bäuerle, S. 44.

Goessler herausgegeben und letztere von Lämmle. Dessen Buch „Unser Volkstum“ erschien 1925 in der Reihe des Denkmalamts, und Goessler schrieb ein Vorwort, das darauf verwies, dass die Reihe „Schwäbische Volkskunde“ mehr den Quellendarstellungen folge, was immer er damit genau meinte. „Unser Volkstum“ galt aber als programmatische Schrift und gehörte damit in die Reihe des Denkmalamts. Obwohl Bäuerle und Lämmle ein gutes Verhältnis hatten, kam es doch gelegentlich zu Konfliktsituationen, weil die Finanzierung von Büchern nicht gesichert war und Bäuerle dann bestimmte Titel nicht drucken wollte oder konnte²¹². Erschienen sind folgende Titel: August Lämmle (Hg.): Der Volksmund in Schwaben, 1924; Ders.: Die Volkslieder in Schwaben, 1: Aus dem Munde des Volkes aufgezeichnet, 1924; Rudolf Kapff: Schwäbische Geschlechtsnamen, 1927²¹³; Karl Bohnerberger: Die Mundarten Württembergs, 1928; Erich Seemann: Die Volkslieder in Schwaben, 2: Aus dem Munde des Volkes aufgezeichnet, 1929; Walther Lang: Die Flurnamen von Neuhausen ob Eck, 1930; Gebhard Mehring: Schrift und Schrifttum, 1931. Ab 1946 erschien in neuer Folge das schon länger vorbereitete Buch von Karl Haag: Die Grenzen des Schwäbischen in Württemberg. Da existierte aber der eigentliche Silberburg-Verlag ebenso wie der Verein für Volksbildung schon länger nicht mehr. Nur die Reihe wurde fortgesetzt, hier erschienen dann noch Werke von Moser, Hornberger, Bausinger und das Reprint der Berichte zu den volkstümlichen Überlieferungen.

Wie die anderen Institutionen gerieten auch Verein und Verlag unter dem NS-Regime unter Druck: Gleichschaltung oder Verbot waren die Möglichkeiten. Zunächst versuchte es Bäuerle mit Anpassung, er entließ sozialistische und „nicht-arische“ Mitarbeiter, trat Teile ab und versuchte die Ziele regimekonform umzuformulieren, um den Verein und seine Tätigkeitsbereiche möglichst so lange zu erhalten, bis es wieder einen Politikwechsel geben würde²¹⁴. Bäuerle versuchte, seine Situation durch den Eintritt in den NS-Lehrerbund zu verbessern, traf aber dort auf Konkurrenzsituationen, da Gauschulungsleiter Klett, der hier ein eigenes Machtfeld sah, den Vereinsvorsitz für sich beanspruchte. Doch Bäuerle wollte sein Lebenswerk nicht aufgeben und sich auch nicht einem Parteifunktionär unterordnen. Flankierend dazu wurde er mit Anzeigen und Beschuldigungen überzogen, damit er seinen Posten im Verein räumte, später kamen kurzzeitige Verhaftungen hinzu. Robert Bosch sah den Verein und Bäuerle ebenfalls als Einheit und sekundierte, dass er den Verein nur unter der Leitung von Bäuerle unterstützen werde, er zog seine Gelder ab und erreichte zusammen mit dem Vorstand gegen Klett die Vereinsauflösung im Juli 1936. Bäuerle wickelt den Verein bis 1937 ab. Die Volkshochschule wurde von NS-Organisationen weitergeführt, der Verlag wie der

²¹² Vgl. LVS N Altregistratur B/8, Schriftwechsel, Interna: Reihe „Schwäbische Volkskunde“ 1923–1963.

²¹³ Um dieses Buch gab es zwar Ärger wegen schlechter Kritiken, aber es verkaufte sich gut. Kapff war ebenfalls mit Bäuerle befreundet.

²¹⁴ Vgl. SCHMITT, Theodor Bäuerle, S. 82–88.

Verein aufgelöst. Bäuerle, der ja immer noch als Lehrer beurlaubt gewesen war, beantragte krankheitsbedingt seine Pensionierung und zog sich auf Aufgaben bei Bosch zurück, wo er die Stiftungen zur Begabtenförderung leitete. In den ehemaligen Räumen des Vereins betrieb er das von Robert Bosch finanzierte „Büro Direktor Bäuerle“, das sich Forschungen zur Arbeitskunde widmen sollte. Bosch beauftragt ihn, wie später auch Theodor Heuss, mit dem Verfassen seiner Biografie. Das waren verdeckte Förderungen, wie sie auch andere Personen von Bosch erfuhren, unter ihnen Carl Goerdeler²¹⁵. Hier gab es Berührungspunkte zum Widerstand im Dritten Reich, der von Robert Bosch unterstützt wurde und in dem Bäuerle als „Bote“ auftrat. Aufgrund seiner religiösen Einstellung, die er weniger mit Bosch als mit Hans Walz teilte, war Bäuerle in der Bekennenden Kirche um den evangelischen Landesbischof Theophil Wurm aktiv. Der spätere Hauptstaatsarchivdirektor Max Miller erinnerte nach dem Zweiten Weltkrieg in einem Brief daran, dass er an einem Una-Sancta-Kreis, eine ökumenische Bewegung, bei Bäuerle teilgenommen habe, was dieser im Antwortschreiben bestätigte²¹⁶. Bäuerle war mehrfach Repressalien durch das NS-Regime ausgesetzt gewesen, gehörte aber wohl keinem inneren Kreis des Widerstandes an. Er war beteiligt an den Überlegungen, wie es nach einem Zusammenbruch des NS-Systems mit Deutschland weitergehen könne. Naheliegend war, dass dann wieder eine demokratische Volksbildung notwendig werden würde, was schließlich nach dem Krieg auch umgesetzt wurde. In den Volksbildungsstätten fanden wieder neue Kurse statt, teils auf den Ideen und Konzepten von 1920 basierend. Die Comburg und andere Bildungsstätten wurden wiederbelebt, andere wie die Evangelische Akademie in Bad Boll gegründet, das Fach Volkskunde wurde hier nun vor allem für die Lehrerbildung reimplementiert. Insbesondere wurde der politisch weitgehend unbelastete Theodor Bäuerle reaktiviert und in die neue Kulturverwaltung berufen. Dazu mehr in Kapitel VI.

²¹⁵ Ebd., S. 97.

²¹⁶ StAL E 216 Bü 77, Schreiben von Miller an Bäuerle, 17.3.1948, Antwortschreiben vom 5.4.1948.

5. Zwischenresümee: Transaktionsräume volkskundlichen Wissens

Unter der Rubrik „Wissenschaft, Kunst und Volksbildung“ vereinten die Haushaltstitel und die Themenübersichten der Protokolle und Beilagen des württembergischen Parlaments zwischen 1919/20 und 1932/33 verschiedenste außerschulische Bildungseinrichtungen, die unter die Zuständigkeit des Kultministeriums fielen. Hierunter befanden sich Institutionen, die, so die Ausgangsthese, einen wichtigen Einfluss auf das volkskundliche Feld nahmen und zur Gelegenheitsstruktur der Etablierung von Volkskunde als universitärer Wissenschaft beitrugen: 1. die Universität Tübingen, 2. das Landesamt für Denkmalpflege, 3. die Historische Kommission und 4. der Verein für Volksbildung mit seinen Unterorganisationen. Diese mittelbare Verankerung volkskundlicher Institutionen im Staatsetat mit unterschiedlichen Finanzierungsanteilen und unterschiedlichen Anteilen am Gesamtetat des Staates zeigten die Verbundenheit mit dem Bedarf des Staates und mit der im Parlament repräsentierten Politik der Parteien und ihrer Abgeordneten. Der Bedarf des Staates an Volkskunde war durch die Beteiligung an der beschreibenden Statistik und anderen kofinanzierten wissenschaftsförmigen Aktionen schon vorher gegeben²¹⁷ und wurde hier durch die Verknüpfung mit den politischen Zielen des Volksstaates erweitert. Schon die Wahl des Staatsnamens Freier Volksstaat Württemberg legte einen diskursiven Rahmen fest, den Akteure verschiedenster politischer Richtungen für ihre Argumentation nutzen konnten und der gleichzeitig mit der semantischen Unschärfe des Bedeutungsfeldes Volk, Volkstum und Volksgemeinschaft vielfache Anknüpfungspunkte, aber auch Verständnisbereiche und Aushandlungszonen schaffen konnte. In den Parlamentsreden dieser Zeit wurden diese Begriffe quer durch das dort repräsentierte politische Spektrum benutzt, Parlamentsmitglieder vom nationalkonservativen Alterspräsidenten Gottlob Egelhaaf (DVP)²¹⁸ bis hin zum sozialistischen Abgeordneten Wilhelm Keil beriefen sich in ähnlicher Weise auf die „Kraft des Volkes“, die „Volksgemeinschaft“ etc.

Die in der Forschung zur Etablierung von Volkskunde an der Universität bisher unterbewertete Tatsache der Berufung Bohnenbergers auf eine ordentliche Professur belegt diesen Bedarf. Die Universität hatte hingegen keinen Bedarf und wollte Bohnenberger, der schon seit 1893 als Privatdozent unterrichtete, aber eine Stelle als Bibliothekar innehatte, wohl zunächst nicht berufen²¹⁹. Parlament und Ministerium sahen das anders und stützten durch Anträge die Berufung und die struk-

²¹⁷ Die Bezuschussung des „Schwäbischen Wörterbuchs“ fällt auch unter diesen Etatposten.

²¹⁸ Vgl. zu Gottlob Egelhaaf (1848–1934): www.leo-bw.de/detail/-/Detail/details/PERSON/kg_l_biographien/118687999/Egelhaaf+Gottlob+Albert+Friedrich [20.7.2017].

²¹⁹ Vgl. BESENFELDER, Staatsnotwendige Wissenschaft, S.38 und S.121. Hier wie anderswo wird kolportiert, dass der studentische Wunsch, Bohnenberger zu berufen, ausschlaggebend war. Ich halte das nicht für relevant.

turelle Besserstellung der Stelle²²⁰. Das Parlament bekräftigte zusätzlich seine Unterstützung für eine heimatkundlich orientierte Volkskunde und deren Implementation in der Lehrerausbildung durch die parlamentarische Aufforderung auf Antrag von Dr. Schermann (Zentrum)²²¹, „[d]as Staatsministerium zu ersuchen, Vorlesungen über Heimatkunde, Denkmal- und Naturschutz an der Universität und an der Technischen Hochschule einzurichten“²²². Der Antrag wurde „ohne besondere Abstimmung angenommen“²²³. Ebensolche Anträge stellte der Verband der Vereine für Volkskunde bei den Landesparlamenten, damit sollte die Etablierung und Institutionalisierung von Volkskunde als Schul- und akademischem Fach unterstützt werden, die mit der Einführung des Fachs Heimatkunde an den Schulen begonnen hatte. In Württemberg wurde dies vonseiten des Kultministeriums durchaus forciert, und als sich die Gelegenheit bot, wurde eine vorläufige Teilprofessur dafür eingerichtet. Diese Professur existierte nur kurzfristig, ebenso wie die Abteilung V. es auch nicht auf sehr viel mehr Jahre der Aktivität brachte. Die Bedeutung dieser doppelten Institutionalisierung im Bereich der angewandten und der wissenschaftlichen, noch germanistisch geprägten Volkskunde zeigte sich nochmals nach dem Ende der NS-Herrschaft in einer zweiten Phase der Institutionalisierung. Wichtig für die erste Phase war, dass volkskundliches Wissen, von den Zeitgenossen auch als Volkstumswissen aufgefasst, in verschiedenen Feldern nachgefragt war und sich mit anderen Institutionen verbinden konnte. Der Volksstaat war ein Transaktionsraum für diese Austauschbeziehungen, die je nach Interessenlagen unterschiedliche Gewinne für die Beteiligten brachte. Der Volksstaat ermöglichte eine Stabilisierung der Gelegenheitsstrukturen durch seine Nachfrage nach volkskundlichem Wissen, die Einrichtung eigenständiger Institutionen und die Förderung eines Feldes von Heimatschutz, Erwachsenenbildung und Landesgeschichte, in welches sich volkskundliches Wissen ebenfalls einbinden ließ und in dem aktiv der gesellschaftliche Wissenstransfer betrieben wurde. Das erzeugte ein Wissensmilieu, das teils schon bei vorgängigen Aktionen zusammengefunden hatte und nochmals ausgebaut wurde, teils aus Korporationen stammte und vor allem mit politischen, kirchlichen, administrativen und universitären Akteuren besetzt war. Mit dem Ende der Volksstaatszeit wurde dieses Milieu in manchen Teilen in das NS-System integriert, in großen Teilen abgedrängt, es verlor aber nicht den Zusammenhalt, sofern seine Mitglieder die Zeit überlebt hatten. Dieses Milieu wurde dann gewissermaßen zu einem Altmilieu, dessen Wirksamkeit in der Nachkriegszeit nochmals zum Tragen kommen konnte.

²²⁰ Ein höheres Einkommen war damit nicht verbunden. Vgl. LVS N Bohnenberger B/5, Berufung Bohnenberger Schriftwechsel.

²²¹ Protokolle der Verhandlungen des Landtags des freien Volksstaats Württemberg. 2. Landtag, Beilagenband 2,2, Stuttgart 1925, S. 84. Im Parlament wurde das von Debatten zur Neuordnung der Lehrerbildung flankiert. Es sollten dazu statt der bisherigen Seminare Pädagogische Hochschulen nach preußischem Vorbild eingerichtet werden.

²²² Ebd., S. 137, Beilage 148, 26. Febr. 1925.

²²³ Ebd.

Die Frage, ob die NS-Zeit eine Weiterführung ermöglichte, gar eine Folge davon war oder einen Abbruch dieser Transaktionen bewirkte, lässt sich nicht eindeutig beantworten. Die in der Zeit des Volksstaats gebildeten Beziehungen führten aber nicht zur Einrichtung des Instituts für deutsche Volkskunde an der Universität Tübingen und zur Berufung Bebermeyers. Für einen Lehrstuhl hatte es noch keine deutliche Initiative gegeben. Bebermeyer hingegen konnte die Struktur des NS-Systems nutzen, wohingegen sich die vorgängigen Akteure nur zum Teil in ihren alten Positionen halten konnten. Dass der Lutherforscher Bebermeyer einen volkswissenschaftlichen Lehrstuhl für sich reklamieren konnte, erklärt sich aber vielleicht dadurch, dass mit Bohnenbergers Teil-Denomination für Volkskunde, die sein Nachfolger Kluckhohn nicht bedienen konnte, eine Deckungslücke entstanden war, die es Bebermeyer einerseits ermöglichte, im Beschäftigungsspektrum der Germanistik zu bleiben, einen politisch relevanten Bildungsbereich zu besetzen und endlich einen Lehrstuhl zu erhalten. Der Fakultät und den Germanistikkollegen wurde es andererseits möglich, dem Regime in Gestalt seines Universitätsgleichstellungskommissars und Parteigenossen Bebermeyer einen Gefallen zu tun, ohne eigene Stellen dafür hergeben zu müssen²²⁴. Dass Bebermeyer sich letztlich erfolglos um Zugriff auf die Ressourcen der württembergische Volkskunde bemühte und seine Stelle sofort verlor, als die Universität 1945 politisch gesäubert wurde, zeigt, dass er keinen Rückhalt hatte und letztlich keine Ressourcen im volkswissenschaftlichen Feld für sich hatte schaffen können. Was dann 1945 blieb, war das Gehäuse in Gestalt des volkswissenschaftlichen Instituts, und das war letztlich der Gewinn, den das Fach am Ende doch hatte, allerdings mit dem belastenden Erbe seines ideologischen Inventars²²⁵.

²²⁴ Ein durch eine Emeritierung freigewordener Lehrstuhl der Wirtschaftswissenschaften wurde dafür umgewidmet. Vgl. BESENFELDER, Staatsnotwendige Wissenschaft, S. 134 und folgende Seiten ausführlich zu möglichen weiteren Gründen.

²²⁵ Vgl. zum Inventar ausführlich: ebd.; KÖNIG, Effekte.

VI. Um 1950 – Milieus

Von einer allgemeinen „Stunde null 1945“ spricht heute in der zeitgeschichtlichen Forschung niemand mehr. Sie hat einem Narrativ von „Kontinuitäten und Brüchen“ Platz gemacht¹, die Stunde null wurde als westlicher Geschichts- und Gesellschaftsmythos erkannt. Dies trifft auch auf die Wissenschaftsgeschichte zu. Dennoch gab es in der Erfahrung der Protagonisten Zäsuren, die von der Endzeit des NS-Regimes, der Kapitulation des Deutschen Reiches, den biografischen Ereignissen von Gefangenschaft oder Befreiung, von Unversehrtheit oder Verwundung, von Vertreibung oder Einquartierung, von Genugtuung und Rehabilitation bis hin zu Rechtfertigung und Bestrafung reichten. Manche hatten schon während des Krieges unter verschiedenen Vorzeichen Überlegungen angestellt, wie man danach weitermachen könnte. Auch im Feld der Volkskunde gab es diese Überlegungen, zumal sich, wie im letzten Kapitel dargestellt, für einige Akteure der 1920er-Jahre Entwicklungsbrüche ergeben hatten und die eigentliche Wissensarbeit schon lange vor Kriegsende zum Erliegen gekommen war. Sie alle stellten sich die Frage, wie es weitergehen könnte, und fingen bald wieder an, ihre Überlegungen zu vertiefen und entsprechende Kontakte zu verdichten. Die Ansätze zu einer Wiederaufnahme der Geschäfte lagen bei jenen Protagonisten, die aufgrund ihrer Situation in der Lage waren, sich früh in diesen Prozess einzubringen. Es herrschte zunächst eine dezentrale Situation, die zu verschiedenen Versuchen des Neubeginns führte, aber allmählich wieder zu einem Netzwerk von Aktivitäten und Akteuren wurde. Zusammen mit den Überlegungen zur Neu- oder Reorganisation wurden dabei auch die Wiederzulassungen zum Feld verhandelt. Das wird im Folgenden mithilfe des wissensanthropologischen Ansatzes untersucht, wobei hier besonders die Frage der personalen Beziehungen im Sinne von Wissensmilieus als Teil von Gelegenheitsstrukturen in den Blick genommen werden soll. Mit dem Begriff Wissensmilieu sind die verfestigten Austauschbeziehungen von Akteuren gemeint, die mit unterschiedlichen Anteilen gemeinsam an der Produktion von Wissen arbeiten, wie bereits in den vorherigen Kapiteln beschrieben. Im Folgenden wird daher mit dem Fokus auf das volkskundliche Milieu herausgearbeitet, wie der Übergang aus der NS-Zeit in die Nachkriegssituation mit den verschiedenen Reetablierungen von volks- und landeskundlichen Institutionen und schließlich der (Wieder)Gründung des Universitätsinstituts für Volkskunde gelingen konnte. Das volkskundliche Milieu setzte sich aus universitären und außeruniversitären Akteuren und deren Umgebung zusammen, ein Gesichtspunkt, der bisher in der Forschung wenig beachtet wurde. Zu fragen ist nach der Milieubildung und nach den Effekten von Milieubildungen. Unter dem Gesichtspunkt der Milieu-Effekte betrachtet, ergeben

¹ Vgl. BRUCH/KADERAS, Wissenschaften.

sich, so die Annahme aus der Analyse des Forschungsmaterials, für die Reetablierung der Volkskunde in der Nachkriegszeit gegenüber der bisherigen Betrachtungsart nochmals neue und plausible Zusammenhänge

1. Feld-Aktivatoren nach 1945

Südwestdeutschland war nach Kriegsende durch die Besatzungsmächte in drei Teile aufgeteilt worden, der nördliche Teil Württembergs gehörte zusammen mit Nordbaden zum amerikanischen Sektor, das südliche Württemberg lag mit Hohenzollern im französischen Sektor, ebenso Südbaden. Stuttgart war demnach im amerikanischen, Tübingen im französischen Sektor. Nach der Volksabstimmung Ende 1951 wurden diese Teilländer 1952 zum neuen Südweststaat Baden-Württemberg zusammengeführt. Bis dahin hatten sich in den drei Zonen mit den Zentren Stuttgart (Württemberg-Baden), Tübingen (Württemberg-Hohenzollern) und Freiburg (Baden) vorläufige Verwaltungen etabliert, was aber nicht dazu geführt hat, dass sich die Stuttgarter (Kultur)Verwaltung nicht tendenziell für Südwürttemberg zuständig gefühlt hätte bzw. darauf bedacht war, diesen Einfluss nicht zu verlieren, zumal in Tübingen die Landesuniversität Württembergs lag². Vor allem kam es für das landes- und volkskundliche Feld nicht in Frage, diese Trennung zu akzeptieren und man verband auch von sich aus den Süden mit dem Norden. Etwas davon schwang mit, als Peter Goessler (Tübingen) von Dr. Wais³, dem Direktor des Stuttgarter Landesdenkmalamtes, aufgefordert zur Neuordnung der Denkmalpflege Stellung zu nehmen, Ende 1945 äußerte: „Je mehr ich die Denkmalpflege ansehe als eine zentrale Aufgabe unserer ganzen Volkskultur, um so leidenschaftlicher bek[enne]. ich mich im ganzen Sektor der Heimatspflege – eingeschlossen Hist. Komm. f. Landesgesch., Bund für Heimatschutz, Albverein, Geschichts- und Altertumsvereine, Museen us. – zur auf ewig ungeteilten Einheit meines württembergischen Heimatlandes, dessen durch den Münsinger Vertrag von 1482 gottlob aufgehobene Teilung in eine Tübinger und eine Stuttgarter Hälfte wahrlich ernste Warnung ist. 1492 ist ja auch im Esslinger Vertrag die Unteilbarkeit des Landes ausdrücklich für immer ausgesprochen worden.“⁴

Über diesen Einheitsgedanken – in die historische Herleitung und Formulierung gekleidet – hinaus äußerte sich Goessler ganz im Sinne seiner Denkmalpflegekonzepte der 1920er-Jahre. Ebenso kam hier mit den genannten Institutionen auch das frühere Milieu aus den Vereinen wieder ins Spiel. Was Goessler jetzt Heimatspflege nannte, war vorher Heimatschutz, ein Begriff, von dem er wohl ahnte, dass er nach 1945 obsolet war. Vermutlich dachten auch andere Beteiligte so restaurativ, sonst wären nicht so viele Fäden wieder bei Goessler zusammengelaufen. Er gehörte

² Es war die Absicht der im September 1945 eingesetzten Landesregierung unter Reinhold Maier, diesen gesamtwürttembergischen Anspruch aufrechtzuerhalten. Vgl. <http://www.landeskunde-baden-wuerttemberg.de/5973.html> [20.7.2017].

³ Dr. Gustav Wais (1883–1961) wurde 1945 vom neuen Kultminister Theodor Heuss als Leiter des Denkmalamtes eingesetzt. Er war als ehemaliger Redakteur verschiedener Stuttgarter Zeitungen seit 1936 mit Berufsverbot belegt gewesen, u. a. wegen seiner Nähe zu Landesbischof Theophil Wurm. Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Gustav_Wais [20.7.2017].

⁴ WLB Cod. Hist. 4. 595, 1665, Nachlass Peter Goessler, Briefwechsel Goessler – Wais. Der Kontakt bestand auch schon in den Jahren davor.

neben den Vertretern der neuen Regierung und der wiedereröffneten Universität Tübingen zu den bedeutendsten Aktivatoren des Feldes. Schon 1945 wurde er vom neuen Kultminister Theodor Heuss aufgefordert, die Historische Kommission neu aufzubauen⁵. Er, Goessler, solle Vorsitzender werden, was dann auch für einige Jahre so eintrat, und er berichtete im Januar 1947 über den Fortgang und die Zielsetzung der Kommission: „Endlich hofft der Vorsitzende, alte und engste Beziehungen zur Denkmalpflege im weitesten Sinn, eingeschlossen auch die Pflege des Volkstums – man denke an Aufgaben wie Flurnamen- und Mundartforschung, Sammlung ländlicher Dorfrechte usw. –, Beziehungen zu den Aufgaben des Bundes für Heimatschutz, des unter dem Zeichen des Dienstes an unserer schwäbischen Kultur neu erstandenen Schwäbischen Albvereins usw. einmünden lassen zu können in den großen Strom des kulturellen Wiederaufbaus unseres Landes und unseres Volkes, dem ja auch die ganze Arbeit der Historischen Kommission zu dienen hat.“⁶

Aus diesen kurzen Zitaten lässt sich unschwer erkennen, dass Goessler seinen Ansatz, der den Bereich des Volkskundlichen einschloss, rekonstruieren wollte, den er durch seine Entlassung 1934 nicht weiter hatte verfolgen können und für dessen Wiedereinsetzung er jetzt die Chance sah. Tatsächlich wurde er für das ganze hier aufgespannte Feld historisch-landeskundlicher wie auch volkskundlicher Aktivitäten und Institutionen sowohl wissenschaftlicher als auch vereinsmäßiger Art als Experte und Reorganisator angefragt und brachte sich auch aktiv wieder ein, um das Feld selbst wieder zu strukturieren, seine Position zu restabilisieren und sich auch persönlich zu rehabilitieren.

In diesem Restrukturierungsprozess engagiert haben sich zunächst auch Akteure des NS-Regimes wie Hans Schwenkel und Hermann Haering. Sie waren aber nach den Kriterien der Besatzungsmächte zur politischen Säuberung bald aus dem Dienst entlassen worden und hatten sich erst Spruchkammerverfahren zu stellen, in denen entschieden wurde, ob sie überhaupt wieder öffentliche Ämter bekleiden konnten. Goessler hingegen erschien unbelastet, zu diesem Schluss kam auch die Spruchkammer⁷. Durch seine vorherigen Tätigkeiten schien er für alles kompetent – er war der Mann der Stunde und wurde von anderen Männern der Stunde auch so eingeschätzt. Ausgehend von der Person Goesslers und dessen vielfältigen Beauftragungen und Aktivitäten werden im Folgenden beispielhaft Situationen, Konstellationen und Narrative der Restrukturierung des Feldes, in dem sich auch Volkskunde mit rekonstituierte und reetablierte, vorgestellt. Dies verbindet sich mit der Absicht, eine andere Perspektive als die bisherige auf die Etablierung volkskundlicher Wissenschaft und Institutionen im landeskundlichen Feld nach Kriegsende zu eröffnen.

⁵ Vgl. StAL E 216 Bü 8, Kommissionsakten.

⁶ Vgl. StAL E 216 Bü 50, Tätigkeitsbericht 1947.

⁷ Vgl. StAS Wü 13 T 2 Nr. 2091/160, Spruchkammer Tübingen, Akte Peter Goessler.

2. Narrative und Strategien zur Reetablierung

a) „In die Seele“

Aus dem Blickwinkel von Goesslers Korrespondenz treten zwei Perspektiven und damit einhergehende Narrative auffallend deutlich hervor: Erstens ein Opfernarrativ, das Goessler zunehmend zu einem Regimegegner und -opfer werden lässt, und zweitens das Narrativ der Wiederverpflichtung zum Dienst, das die bereits Entlassenen oder Pensionierten nochmals in den aktiven Dienst zurückkehren lässt, solange die „Jungen“ dazu noch nicht in der Lage sind, was mit dem Sprachbild „wieder in die Seele“ ausgedrückt wird.

Das erste dieser Narrative entwickelte sich in der unmittelbaren Nachkriegszeit in der Korrespondenz, indem Goessler seine Biografie antinazistisch ordnete und sich mehr und mehr als Opfer darstellte. Das ist ein gängiger und nachvollziehbarer Umgang mit dem Erlebten, der vor dem Hintergrund der großen Verbrechen in der NS-Zeit heute jedoch egozentrisch erscheint. Seine Entlassung hatte aber auch dazu geführt, dass er seinen Ansatz nie infrage stellen musste. Dass er sich nun als Opfer nicht nur fühlen, sondern auch so wieder in den Diskurs einbringen konnte, trug zusätzlich zum Festhalten am Status quo ante, also den Konzepten der Zeit vor seiner unrechtmäßigen Absetzung bei. Andere Akteure hielten die Wiederherstellung des alten Zustandes für keine gute Lösung, da diese komplizierte Konstruktion des Denkmalamts schon früher auseinanderzufallen gedroht habe, so Goesslers früherer Mitarbeiter Richard Schmidt⁸. Goessler setzte das Opfernarrativ in Varianten ein, wenn es entweder um seinen eigenen Status ging oder wenn das Einverständnis mit bestimmten Haltungen bei anderen eingefordert wurde, die man ebenfalls dem Kreis derer zurechnete, die Unrecht erlitten hatten.

Neben dem Opfer-Narrativ entwickelte sich bei Goessler, lesbar in der Kommunikation mit anderen, das Narrativ des „wieder in die Seele“, was wörtlich bedeutet, sich wieder in ein Zugeschirr, eine Seele also, einspannen lassen. Eingespannt wurde man sozusagen vom gesellschaftlichen Auftrag und sollte doch gleichzeitig Führungsfunktionen übernehmen, denn es handelte sich bei den Korrespondenzpartnern um Pensionäre mit neuen Managementaufgaben. Neben Goessler war das zum Beispiel Prof. Friedrich Behn (1883–1970), Archäologe und Prähistoriker wie Goessler. Im Briefwechsel der beiden taucht dieses Sprachbild wiederholt auf. Zunächst informierte man sich wie üblich gegenseitig, wer von den Kollegen noch am Leben war, wer suspendiert, wer zu Recht abgesetzt wurde, wer besonders zu verabscheuen sei⁹ und wie schwierig die Situation im Fach war, weil alle jüngeren

⁸ Vgl. WLB Cod. Hist. 4. 595, 1431–1434, Nachlass Peter Goessler, Briefwechsel mit Richard Schmidt.

⁹ Hier waren sich alle einig, Hans Reinert und Robert Rudolf Schmidt galten wegen ihres Engagements für das NS-Regime in den entsprechenden Organisationen als die „Verbrecher“. Das war nicht nur eine die anderen entlastende Exklusion, es hatte seinen Ursprung auch in deren aggressiven und konflikthaften Handlungen, die man jetzt sanktionieren konnte.

Frühgeschichtler in der Partei und bei der SS gewesen seien, wie es in den Briefen heißt. Nur in einem Fall wurde der Name eines Exilierten erwähnt, nämlich Gerhard Bersu (1889–1964), mit dem Goessler selbst aber ausführlich korrespondierte. So schrieben Goessler und Behn hin und her und stellten Überlegungen an, bis der frisch pensionierte Behn für 1948 einen Ruf nach Leipzig erhielt. Sein dortiger Vorgänger Bolko von Richthofen war nicht mehr nach Leipzig zurückgekehrt und wäre als NS-Funktionär in der SBZ bzw. DDR auch nicht tragbar gewesen. Diesen Lehrstuhl behielt Behn bis 1954 und verwaltete ihn noch kommissarisch bis 1963¹⁰. Auch andere Briefwechsel Goesslers waren voll solcher Bemerkungen und Geschichten, die sich um den Zustand der Prähistorie, der Archäologie und sogar der Volkskunde und ihrer Vertreter¹¹ drehten, und in denen Überlegungen angestellt wurden, wie der Neubeginn und die Reetablierung gewagt werden könne und mit wem. Die Lösung dafür war eben die einstweilige Rückkehr in die Siele und damit die Wiedereinsetzung der Pensionäre. Es liegt der Schluss nahe, dass damit zumindest teilweise auch deren alte Konzepte wieder in Gültigkeit gesetzt wurden. Jedenfalls nahmen die Altkollegen so schnell wie möglich ihre Aktivitäten wieder auf und versuchten, das Feld unter sich so weit vorzubereiten, damit einerseits die Stellenverluste für das eigene Fach nicht zu groß wurden, denn es war zu befürchten, dass stark von der NS-Ideologie behaftete Fächer oder Lehrstühle nicht wieder besetzt würden, so z. B. die Volkskunde mit Eugen Fehrlé in Heidelberg. Andererseits sollten auch nur ihnen genehme Kollegen wieder Positionen einnehmen dürfen. In einer Mischung aus Selbst- und Fremdbeauftragung nahm Goessler also die Arbeit wieder auf. Er wurde dabei in folgenden Bereichen tätig: Altertumswissenschaften (Archäologie und Prähistorie), Denkmalschutz, Volkskunde, Rassenbiologie, Vereinswesen (Albverein, Bund für Heimatschutz/Schwäbischer Heimatbund, Württembergischer Geschichtsverein) und Historische Kommission. Begleitet wurde das von zahlreichen Gutachten für Spruchkammerverfahren und den Erkundigungen nach dem Stand der Arbeiten und den Schicksalen einzelner Kollegen und Schüler¹².

Für die Altertumswissenschaften war Goessler universitär durch seine Honorarprofessur und die vertretungsweise Institutsleitung (Urgeschichte) während der Kriegszeit bereits tätig, das musste nur verlängert werden. Das ebenfalls auf Schloss Hohentübingen residierende Institut für Rassenbiologie wurde auch von Goessler

¹⁰ Vgl. http://www.uni-leipzig.de/unigeschichte/professorenkatalog/leipzig/Behn_571/ [20.7.2017].

¹¹ Die einzige Fachvertreterin, die hier auftauchte, war Prof. Margarethe Bieber (1879–1978), die erste Professorin für Altertumswissenschaften, eine Altersgenossin von Goessler. Sie lebte in den USA im Exil und schickte 1948 trotz ihrer eigenen weniger guten Lebensverhältnisse ein Hilfspaket an Goessler. Vgl. WLB Cod. Hist. 4. 595, 145, Nachlass Peter Goessler. Zu M. Biebers Lebensgeschichte vgl. OBERMAYER, Deutsche Altertumswissenschaftler, S. 36–107.

¹² Hier finden sich auch etliche regionalhistorisch interessante Briefe, wie zum Beispiel von Gustav Haag vom Heimatmuseum Reutlingen über die dortigen prähistorischen Funde und die Schwierigkeiten mit der Entnazifizierung und dergl. mehr.

mitbetreut, nachdem Lehrstuhlinhaber Wilhelm Gieseler im Juli 1945 interniert worden war¹³. Da war es naheliegend, dass Goessler auch noch das dritte Institut im Schloss mitbetreuen sollte, das Institut für deutsche Volkskunde, dessen Leiter Bebermeyer ebenfalls 1945 von der Militärregierung abgesetzt worden war. Damit hätte Goessler das als Fächertrias nationalsozialistischer Wissenschaftspolitik bekannte Konglomerat wiederhergestellt, wenn es denn tatsächlich so gekommen wäre. Den Vorschlag, die Volkskunde mit zu betreuen, machte der Ministerialdirektor im württembergischen Kultministerium, Theodor Bäuerle, in einem Brief vom 10. Mai 1946 an Goessler, in dem es um die Situation und die Optionen für die Volkskunde ging. Dieser Brief befindet sich im Nachlass von Goessler und zeigt neue Zusammenhänge: „Lieber Herr Goessler! Die Neuordnung des Landesamts für Denkmalpflege bringt endlich auch die schon lange wünschenswerte Wiederbesetzung der Abt. Volkskunde. Dr. H. Dölker ist als ihr Leiter vorgesehen. Da einmal geplant war, die Abteilung (als ‚Landesstelle für Volkskunde‘) äusserlich mit dem Volkskunde-Institut der Universität Tübingen in Verbindung zu bringen, steht damit in gewissem Sinn auch die Zukunft dieses Instituts jetzt zur Frage. Eine Professur für Volkskunde wird sich in Tübingen nicht mehr halten lassen. Die, wie ich höre, reiche Bücherei und die Sammlungen des Instituts müssten aber sachgemäss ausgenützt werden. Eine Betreuung des Instituts durch den Leiter der Abt. Volkskunde erscheint deshalb für den Augenblick jedenfalls empfehlenswert. Auf solche Weise könnte dieser späterhin auch, etwa mit Hilfe eines Lehrauftrags, zur Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses beitragen.

Zunächst ist es sehr wichtig, dass das Tübinger Institut überhaupt wieder einen verantwortlichen Leiter hat, der es im Sinne der umrissenen künftig angestrebten Lösung verwaltet. Ausserdem wäre es gut, wenn Dr. Dölker sobald wie möglich die Erlaubnis bekäme, das Institut im Einzelnen anzusehen. Wären Sie vielleicht bereit, das Nötige mit der Universität zu besprechen, damit die Frage von dort aus überhaupt einmal in Fluss kommt, und dann selbst die Aufgabe der Institutsleitung vorläufig zu übernehmen, falls die Universität einer solchen Lösung zustimmt? Ich trete mit dieser Bitte gerade an Sie heran, weil Sie aus Ihrer früheren Tätigkeit die Möglichkeiten und Notwendigkeiten der Abt. Volkskunde genau kennen und durch Ihre jetzige Stellung persönliche Verbindungen mit der Universität und mit dem Kultministerium haben. Für Ihre Hilfe in der Angelegenheit wäre ich Ihnen sehr dankbar. Mit den besten Grüssen Ihr Th. Bäuerle.“¹⁴

Diesen Brief hatte Goessler selbst initiiert, wie eine Gesprächsnotiz Dölkers von April 1946 zeigt¹⁵. Dölker unterbreitete dafür Bäuerle gegenüber Goesslers

¹³ Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm_Gieseler [20.7.2017].

¹⁴ WLB Cod. Hist.4. 595, 1543–1546, Nachlass Peter Goessler, Briefwechsel mit Theodor Bäuerle als Ministerialrat und Kultminister.

¹⁵ Vgl. LVS N/ Altregistratur B/1. In zahlreichen Gesprächsnotizen von Dölker wird deutlich, dass er von Goessler und gelegentlich Bohnenberger instruiert wurde und dann als Mittelsmann zu Bäuerle fungieren musste. Dölker dokumentierte die Gespräche, Anweisungen und Ansichten der „Alten Herren“.

Vorschlag nebst dem Briefentwurf, den Bäuerle dann nach einem persönlichen Besuch Goesslers am 9. Mai ausführte.

Davor schon war im Zusammenspiel von Goessler und Bohnenberger bei Bäuerle erwirkt worden, dass Dölker die Leitung der Abteilung Volkstum/Landesstelle für Volkskunde bekommen sollte¹⁶. Bohnenberger hatte bereits im August 1945 u. a. für Goessler ein Memorandum verfasst, in dem er seine Expertise für die neue Bearbeitung diverser Felder zur Verfügung stellte und Vorschläge unterbreitete¹⁷. Ähnlich tat dies Goessler in seinem Memorandum zum Denkmalschutz, in welchem die Volkskunde ebenfalls ihren Platz fand. Bohnenberger blieb aber, was er wegen seines fortgeschrittenen Alters schon länger war: die graue Eminenz im Hintergrund. Anders Bäuerle, der in den aktiven Dienst und noch dazu auf eine höhere Position zurückkehren konnte und ab 1947 sogar als Kultminister wirkte. Zu dieser Art zweiter bzw. jetzt doch noch möglicher Karriere gehört auch die von Theodor Heuss, erster Kultminister von Württemberg-Baden (1945/46) und damit Vorgesetzter und Vor-Vorgänger von Bäuerle auf dem Ministerposten¹⁸. Heuss begann von dort seine zweite Karriere in der Politik und wurde schließlich erster Bundespräsident der Bundesrepublik. Der zehn Jahre ältere Goessler war einerseits graue Eminenz, andererseits wollte und musste er wieder in aktivere Positionen einrücken.

Doch es lief nicht alles so glatt wie bei Dölkers Einstellung zum Beginn 1946. Die Zukunft des Volkskunde-Instituts war noch in keiner Weise gesichert, Sondierungen mit Schneider noch erfolglos. Schneider, zunächst als Nachkriegsrektor der Universität eingesetzt, war bemüht, den Universitätsbetrieb wieder in Gang zu setzen und möglichst nichts von ihrer Substanz zu verlieren, er galt daher als ansprechbar für die Bemühungen zur Erhaltung des Instituts. Goessler scheint aber kaum etwas bei ihm erreicht zu haben außer einer allgemeinen Zustimmung zu dessen Erhalt. Allerdings übernahm Schneider 1947 dann selbst die Institutsleitung, vielleicht bedingt durch seine Absetzung als Rektor, ernannte dann Hugo Moser als Assistenten und De-facto-Leiter, dies alles noch ehe das Institut 1948 offiziell wiedereröffnet wurde¹⁹. Moser war Schneiders Habilitand, er war durch seine Sprachforschungen auf Gebieten, die schon Fischer betrieben hatte (zur Sprach-

¹⁶ Am 22. 12. 1945 notierte Dölker unter dem Betreff „Volkstum“: „Besprechung mit Direktor Dr. Goeßler in Tübingen. G. gibt dieselben Mitteilungen wie Bohnenberger [...] an Hand seiner Denkschrift. Er möchte die Habilitierung beschleunigt wissen. Daß seine Vorschläge (auch eine starke Empfehlung gerade meiner Person für das Amt – Fln.-Sammlung betont!!) in Stuttgart bei Bäuerle und Heuss durchgehen, bezweifelt er nicht, da er diese Leute schon ausgiebig bearbeitet und gewonnen habe. Ich soll mich zunächst so rasch wie möglich bei Bäuerle vorstellen; er will von sich aus an ihn schreiben.“ In: LVS N/ Altregistratur B/1. Die Nomenklatur für diese Stelle ist noch nicht eindeutig.

¹⁷ Vgl. LVS N/ Bohnenberger B/11 b.

¹⁸ Vor Bäuerle war für wenige Monate der CDU-Politiker Wilhelm Simpfendorfer (1888–1973) Kultminister, der ihm dann als Nachfolger des SPD-Mannes Gotthilf Schenkel (1950–53) 1953 bis 1958 wieder nachfolgte, und 1958 von Gerhard Storz abgelöst wurde.

¹⁹ Vgl. BESENFELDER, Staatsnotwendige Wissenschaft, S. 447–449.

geschichte der deutschen Minderheit in Sathmar), aber auch für die anderen Beteiligten kompatibel, denn er betrieb insgesamt die regionalsprachliche Orientierung im Sinne Bohnenbergers. Dass Bohnenberger Dölker mehr schätzte, wurde schon im vorigen Kapitel dargelegt. Dennoch wurde Moser habilitiert und installiert, nachdem er das Spruchkammerverfahren durchlaufen hatte²⁰. Wenn man solche Vorgänge nicht nur aus Sicht der Universität verfolgt, sondern das Altmilieu und das Ministerium mit seinen neuen und alten Akteuren miteinbezieht, dann kann man annehmen, dass für die Akzeptanz von Mosers Förderung sicher auch hilfreich war, dass dieser Stipendiat der von Bäuerle seinerzeit betreuten Markelstiftung war. Moser brachte Letzteres in seinem Artikel in der Festschrift für Bäuerle auch dankbar zum Ausdruck²¹.

Das für den Fortbestand des Volkskunde-Instituts zuständige Ministerium war aber neben dem Stuttgarter (die Zuständigkeit war trotz Zoneneinteilung dort belassen worden, wurde aber auch mit Tübingen abgestimmt) auch das Tübinger Ministerium von Württemberg-Hohenzollern unter Carlo Schmid (1896–1979) und später Albert Sauer (1902–1981). Beide waren schon in der Volksstaatszeit in Württemberg politisch und beruflich aktiv und habituell entsprechend verankert. Schmid war zugleich Verbindungsmann zur nordwürttembergischen Regierung und nahm an dortigen Kabinettsitzungen teil²². Carlo Schmid war kurze Zeit Bäuerles Vorgesetzter als Landesdirektor für Kultus gewesen, als Stuttgart noch unter französischer Besatzungsregierung stand und hier eine erste Verwaltung installierte, der Bäuerle und Schmid angehörten. Nachdem die Amerikaner ihren Status für Nordwürttemberg durchgesetzt hatten, wurde Schmid dort durch Theodor Heuss ersetzt²³. Ebenfalls könnte es früher schon Kontakte zwischen Schmid und Bäuerle gegeben haben, denn Schmid leitete während seiner Zeit als Universitätsdozent in Tübingen von 1931/32 ein Lager des freiwilligen Arbeitsdienstes in Münsingen²⁴, eine Organisationsform der freien und freiwilligen Erwachsenenbildung und Erwerbslosenhilfe, zu der Bäuerle über das Württembergische Heimatwerk einen maßgeblichen Beitrag geleistet hatte und die dann vom nationalsozialistischen Regime übernommen und umfunktioniert worden war.

Für den Fortbestand der Volkskunde in einer öffentlich finanzierten und behördlich verankerten Landesstelle und schließlich auch an der Universität war es hilfreich, dass Akteure aus dem Milieu der Volksstaatszeit (s. Kapitel V) entschei-

²⁰ Vgl. ebd., S. 473–481. Moser trat seinerseits im Verfahren gegen Lämmle als Zeuge für Lämmle auf. Vgl. Verfahrensakten Lämmle. StAL EL 902/14 Bü 5249.

²¹ Vgl. MOSER, Umsiedlung, S. 119.

²² Vgl. dazu die Biografie von Carlo Schmid auf der Homepage der Friedrich-Ebert-Stiftung: http://www.fes.de/archiv/adsd_neu/inhalt/nachlass/nachlass_s/schmid-ca.htm [20. 7. 2017].

²³ Vgl. SCHMITT, Theodor Bäuerle, S. 108f. Heuss behauptete später, er habe eigentlich Bäuerle für den Posten vorgeschlagen. Vgl. HEUSS, Theodor Heuss.

²⁴ Vgl. Biografie Carlo Schmid, Friedrich-Ebert-Stiftung. Die Beziehung der beiden ließe sich vielleicht anhand von Schmid's Nachlass genauer rekonstruieren.

dende Positionen (wieder) einnehmen konnten und dass weiterhin gemeinsame Ansichten zur Nützlichkeit volkskundlichen Wissens und dessen Einpassung in Bildungspolitikern bestanden. Dabei kehrten die Akteure nicht nur „in die Siele“ zurück, sondern betrieben auch die Suche nach geeigneten neuen Leuten, um den Fortbestand des Fachs abzusichern.

b) „Videant Consules“ oder „Die Reaktion am Werk“

Aus den dargestellten Verläufen gewinnt man leicht den Eindruck, als hätte die Restrukturierung in allen hier untersuchten Feldern reibungslos geklappt. Dem war nicht so. Ausgehend von Goesslers Nachkriegseinsätzen soll hier stellvertretend die konfliktbehaftete Reetablierung der Historischen Kommission nachgezeichnet werden, in der die Volkskunde mit Lämmle und Bebermeyer seit 1937 zwei Sitze inne gehabt hatte und mit Bohnenberger ein Ehrenmitglied stellte. Wer welchen Sitz behalten oder erhalten sollte, musste nach 1945 allerdings neu festgelegt werden. Dazu musste die Kommission wie alle Körperschaften zunächst wieder zugelassen bzw. neu gegründet werden. Theodor Heuss hatte dazu Peter Goessler bestellt, wie oben schon erwähnt²⁵. Heuss forderte Goessler in einem Schreiben vom 1. November 1945 auf, die Kommission wiederzubeleben und Vorschläge für deren Zusammensetzung zu machen²⁶. Daraufhin erstellte Goessler auf der Grundlage der ihm vorliegenden Liste von 1937 eine neue Berufsliste. Die Namen Bebermeyer und Lämmle, Riek und Gieseler waren darauf rot durchgestrichen, ebenso der Vertreter der Gauleitung. Auf der Grundlage von Goesslers Vorschlägen erließ am 10. Juli 1946 der Kultminister eine neue Berufsliste, unter den zu Berufenden befand sich auch Helmut Dölker. Allerdings herrschte bei einigen Personen keine Übereinstimmung, die Goessler für unabdingbar hielt so z. B. die Professoren Feine und Dannenbauer, deren Wiederberufung aber wegen ihrer Entlassung aus dem Dienst zunächst nicht möglich war. In diesen Fällen versuchte Goessler, über Einflussnahme bei Heuss und Entlastungsgutachten deren Mitgliedschaft und auch sonstige Reputation zu befördern. Dass sich solche Personalprobleme nicht nur auf die Kommission bezogen, zeigt ein Schreiben von Bäuerle, in dem er die Parallelität der prekären Verhältnisse bei der Arbeit der Kommission und der Vereine ansprach²⁷.

Goessler betonte in seinen Schreiben immer wieder, dass er ohne die Mithilfe der Kollegen, deren Wiederberufung letztlich von den Spruchkammerverfahren abhängt, die Kommission nicht werde führen können. Dennoch wurde er zum

²⁵ Vgl. StAL E 216 Bü 8, „Bemühungen um die Wiedereröffnung der Kommission auf Veranlassung von Theodor Heuss.“ Darin Schreiben von Heuss an Goessler vom 1. 11. 1945.

²⁶ Goesslers Vorschlag ist abgedruckt in: SCHAAB, Staatliche Förderung, S. 116–127. Es wurden auch von anderen Personen Vorschläge eingeholt, etwa von Fritz Ernst und Karl Otto Müller, deren Empfehlungen vgl. ebd.

²⁷ Vgl. StAL E 216 Bü 8, Schreiben von Ministerialdirektor Bäuerle an Goessler, 16. 10. 1946.

Vorsitzenden bestimmt, was ihn weiterhin insbesondere für die Berufung von Hermann Haering kämpfen ließ. Haering war noch 1945 als Archivdirektor amtsenthoben worden und kam daher nicht für einen Posten in Frage (die ordentliche Mitgliedschaft war im Wesentlichen an bestimmte Berufspositionen gebunden), schon gar nicht für seinen vormaligen Vorstandsposten. Goessler versuchte auf vielerlei Weise, Haering zu unterstützen. Ob er ihn wirklich gebraucht hat, um die Geschäfte führen zu können, oder ob es nur die Loyalität zu ihm war, ist schwer zu entscheiden. In Haerings Verfahrensakte aus dem Spruchkammerverfahren ist ein Brief Goesslers an Heuss archiviert, in dem er drängte, das Verfahren zu beschleunigen, da der Wiederaufbau der Kommission nur mit Haering zu leisten sei. Der Brief endet mit dem Satz: „Ich bitte mir nicht zu verübeln, wenn ich bezüglich Haering mit dem Satz: *Videant Consules* schließe.“²⁸

„*Videant consules (ne quid res publica detrimenti capiat)*“ ist eine lateinische Redewendung, die sich auf die römische Politik am Rande des Ausnahmezustands bezieht. Sie bedeutet, die mit Sonderrechten ausgestatteten Konsuln mögen darauf sehen bzw. achten, dass der Staat keinen Schaden erleide. In Zeiten der inneren oder äußeren Bedrohung konnten einzelne römische Konsuln mit besonderen Vollmachten ausgestattet werden, um z. B. eine drohende Diktatur abzuwenden. Eine solche Redewendung in einer Zeit, als gerade eine Diktatur beendet ist, erscheint von heute aus merkwürdig. Vermutlich wollte Goessler damit sagen, dass in diesem Fall das Wohl der neuen Ordnung auf dem Spiel stünde, wenn sich die Regierenden, hier Heuss, nicht in seinem Sinne einsetzen. Allerdings war die neue Ordnung in der Wahrnehmung der Zeitgenossen nicht stabil und wurde vor allem als von außen aufgezwungene Maßnahme empfunden. Die Entnazifizierung durch die Spruchkammerverfahren war höchst umstritten, was auch in der Korrespondenz der württembergischen Protagonisten deutlich wird²⁹. Sie war aber von den Besatzungsmächten so gewollt und daher unumgänglich. Die Versuche, zu eigenen Regelungen für mutmaßlich Belastete und deren Wiederzulassung zu kommen, gerieten immer wieder an Grenzen, wurden aber dennoch unternommen. Goessler lieferte in seinem Memorandum zur Historischen Kommission nochmals eine Begründung, in der er es als „das alte gute Recht“ der Besiegten bezeichnete, über ihr geistig-kulturelles Leben und dessen Weiterentwicklung selbst zu entscheiden³⁰. So eben auch über die Konzeption einer geschichtlichen Landesforschung und deren Beteiligte.

Dass man zu diesen Vorgängen eine ganz andere, aber nicht weniger vehement vorgetragene Meinung haben und diese mit demselben Zitat begleiten konnte, zeigen die Aktivitäten von Archivrat Dr. Max Miller gegen den Vorsitz Goesslers und insbesondere dessen Engagement für Haering. Miller, der unter Haering von 1933

²⁸ StAL E1 902/20 Bü 79595, Spruchkammer 37 Stuttgart, Verfahrensakte Hermann Haering, Schreiben von Goessler an Heuss vom 31. 10. 1946.

²⁹ Vgl. StAL E 216 Bü 77, Briefwechsel Bäuerle – Miller.

³⁰ Vgl. SCHAAB, Staatliche Förderung, S. 116–124, hier S. 117.

bis 1945 Archivrat am Staatsarchiv war, hielt diesen wegen dessen Beteiligung am NS-Regime für nicht geeignet, weiterhin in seinen Ämtern zu verbleiben, das betraf die Archivleitung ebenso wie den Kommissionsvorsitz bzw. später die Wiederberufung und Beteiligung an der Vorstandsarbeit. Miller brachte seine schweren Bedenken der vorgeschlagenen Stelle zur Kenntnis, als er qua Amt wieder in die Kommission berufen wurde. Er weigerte sich, der Kommission beizutreten, wenn Goessler und Haering dort die Geschäfte führten. In einem langen Schriftsatz, den es in mehreren Varianten gibt – er wurde wohl auch im Spruchkammerverfahren als Teil der ministerialen Stellungnahme verwendet –, legte Miller dar, warum er so dezidiert gegen Goessler und Haering argumentierte. Auslöser dafür dürften nicht nur die Repressalien Haerings im Amt gegen die Archivare Karl Otto Müller und Max Miller gewesen sein, sondern vor allem die Miller zur Kenntnis gebrachten Abschlussberichte Haerings zu dessen Amtsführung, die etliche Stellen mit diffamierenden Äußerungen über die früheren Kollegen und deren katholische Konfession enthielten³¹. Diese an Kirchenkampfzeiten erinnernden Auseinandersetzungen über eine protestantische bzw. katholische Übermacht im Staatsarchiv mag heute kurios erscheinen, sie war aber eine Folge der lange nachwirkenden konfessionellen Spaltung des nach 1810 vom protestantischen zum bikonfessionellen Land gewordenen Württemberg – ganz zu schweigen von der weithin ignorierten israelitischen Religionsgemeinschaft – die bei der Ämterbesetzung offensichtlich zum Tragen kam³². In diesem Konflikt standen Haering, der Sohn eines evangelischen Theologieprofessors, Historiker und Archivar auf der einen, der Katholik und Archivar Müller sowie der katholische Priester, Historiker und Archivar Miller auf der anderen Seite. Dazu gehörte auch noch eine frühere Zurücksetzung von Müller zugunsten von Haering bei der Berufung in das Staatsarchiv und dort auf die Leitungsstelle, auch dies war ein Punkt für die zunehmende Missstimmung. Müller hielt sich in allem zurück, wurde aber Ende 1945 Nachfolger als Leiter des Staatsarchivs und wäre deshalb auch als Vorstand der Kommission zu berufen gewesen, dafür gab es eine Tradition, nach der entweder der Historiker im Statistischen Landesamt/Abt. Landesbeschreibung oder der Archivdirektor zum Zuge kam. Miller nahm den Kampf auf und brachte diese Geschichte und noch mehr Belastendes gegen Haering und in der Folge auch gegen Goessler gegenüber den Betreffenden und gegenüber dem Ministerium bzw. Bäuerle zur Kenntnis³³. In der Folge schlugen die Wogen zwischen den Beteiligten hoch, Miller verfasste mehrere Schriftsätze. Eines der erhaltenen Manuskripte trägt den (Kampf)Titel „Die Reaktion am Werk“ und listet nochmals die – wie Miller argumentierte – reaktionäre Politik um den Vorsitz der Kommission auf und plädiert dafür, dass Goessler und Haering nicht den Vorstand übernehmen sollten, um eine damit einhergehende „Revision

³¹ In ebd., S. 95–110, findet sich nur eine abgeschwächte Version.

³² Die drohende katholische Übermacht im Staatsarchiv war seinerzeit auch Gegenstand von Presseartikeln, vielleicht sogar Teil einer antikatholischen Kampagne in der Volksstaatszeit.

³³ Vgl. StAL E 216 Bü 76 und 77, Kommissionsakten.

des deutschen Geschichtsbildes“ zu verhindern, und endet mit: „Es ist ein beliebtes Ballspiel der beiden Vorsitzenden der Württ. Kommission für Landesgeschichte gewesen, gegenseitig für einander zum Erweis des unersetzlichen Wertes der Person des anderen zu rufen: Videant Consules! – und sie haben mit ihrem hübschen Spiel trotz aller Einsprüche über alle Ministerwechsel hinweg im Kultministerium bisher Erfolg gehabt. Hier nun, aber nur hier, wo wir die Reaktion im Vormarsch, ja schon wieder am Ruder sehen, nehmen wir ihren Ruf um der Sache und um des Volkes willen laut und – hoffen wir – vernehmlich bei allen verantwortlichen Stellen auf: ‚Videant Consules!‘“³⁴

Den Verweisen im Text nach entstand das in den Kommissionsakten undatierte Manuskript 1948. Ein nachfolgender Brief an Minister Bäuerle, datiert auf den 20. Februar 1948 (von dem es eine verworfene Langfassung gibt), kündigte zur Erhöhung des Drucks die Veröffentlichung des Textes an ohne Nennung der oder des Veröffentlichungsortes. Bäuerle rückte in seinem Antwortschreiben an Miller etliche Punkte zurecht, zeigte sich auch über manche Dinge bisher nicht unterrichtet, stellte aber eine baldige Neuarrondierung der Kommission in Aussicht. Die Veröffentlichung des Aufsatzes stellte er Miller anheim. Es folgten nochmals Briefe und Klarstellungen³⁵. In der Folge traten dann doch Änderungen ein, nicht alle zu Millers Zufriedenheit, wie er in einem Brief gegenüber Dölker äußerte, aber langsam kam man zu versöhnlicheren Umgangsweisen, was nicht zuletzt Dölkers Vermittlungsversuchen geschuldet ist³⁶. Davor allerdings – und letztlich eine der Voraussetzungen für die langsame Beruhigung – erklärte Goessler Ende 1948 seinen vorzeitigen Rücktritt vom Amt des Kommissionsvorsitzenden. Er empfahl als Nachfolger Otto Herding (1911–2001)³⁷, der allerdings ablehnte. Das Staatsarchiv pochte auf das alte Recht des Vorsitzes, und Archivdirektor Müller übernahm nun 1949 den Vorsitz, nach seiner Pensionierung folgte 1952 der ins Amt des Hauptstaatsarchivdirektors aufsteigende Miller, der diesen auch in der 1954 neu konstituierten baden-württembergischen Kommission bis 1969 behielt³⁸. Es war aber

³⁴ StAL E 216 Bü 77.

³⁵ Vgl. ebd.

³⁶ Im September 1949 korrespondierte Dölker mit Miller über die Wiederaufnahme Haerings in den Beirat – in die Kommission war dieser da bereits seit dem 20. April 1949 wieder berufen. Miller stellte Bedingungen, denn Haering habe die ehrabschneidenden Anwürfe entgegen der Absprachen nicht zurückgenommen, war aber ansonsten versöhnlich. Vgl. StAL E 216 Bü 76.

³⁷ Herding war zu diesem Zeitpunkt Professor für mittelalterliche Geschichte in Tübingen, gehörte der Arbeitsgemeinschaft für Landeskunde an und wurde später der erste Leiter des Instituts für Geschichtliche Landeskunde. Er war zuvor Assistent am Erlanger Institut für Landeskunde, wo einst Robert Gradmann an der Gründung mitgewirkt hatte. Dessen Vorsitz hätte also für Goessler eine gewisse Logik gehabt, da die Arbeitsgemeinschaft die alte Idee des Zusammenwirkens verschiedener Wissenschaftszweige, wie in seinem Denkmalamt, zu verwirklichen suchte.

³⁸ Die Daten stammen aus der Zusammenstellung bei SCHAAB, Staatliche Förderung, S. 210. Eine ausführliche Würdigung erfährt die Person und die Karriere Millers bei: RICHTER, Max Miller.

noch ein weiter Weg bis zur Verständigung, denn selbst der ausgleichende Dölker machte eine Mitarbeit Haerings im Beirat der Kommission von einer Versöhnung der Kontrahenten abhängig³⁹. Schließlich gelang ein auskömmliches Miteinander, und 1952 war alles vielleicht nicht vergessen, aber zumindest kein Thema mehr, sodass Miller (für die Kommission) und Dölker (für den Württembergischen Geschichts- und Altertumsverein) Goessler zu dessen 80. Geburtstag in einem gemeinsamen Gratulationsschreiben ausgesucht freundlich und sehr würdigend ehrten⁴⁰.

Parallel dazu wurde eine neue Satzung für die Kommission erarbeitet, am 1. April 1949 genehmigt und am 5. April in Kraft gesetzt⁴¹. Ziel war, die NS-Anteile wieder zu entfernen und auf der Grundlage der Satzung von 1920 wieder arbeitsfähig zu werden. Dazu verhandelten unter anderem die Herren Herding, Goessler, Miller und Karl Otto Müller miteinander. In § 1 der neuen Satzung fand sich dann als Vereinsziel die Erforschung von „Geschichte, Raum und Volkstum“. Wieder hatte sich eher die Idee einer übergreifenden Landesforschung durchgesetzt, wie sie von Gradmann, Goessler, Bohnenberger, Dölker und einigen universitären Akteuren wie Fritz Ernst vertreten wurde, als der Ansatz einer rein historischen Kommission, wie sie eher aus den Vorschlägen von Karl Otto Müller hervorgegangen wäre. Dass diese Formulierung bis heute unverändert geblieben ist, überrascht dennoch⁴², denn von Volkstum spricht heute niemand mehr, und dieser Begriff kann in Zusammenhang mit einer wissenschaftlichen Kommission eigentlich nicht mehr verwendet werden. Zur Zeit der Wiedergründung war er aber noch gebräuchlich, er bildete ab, was die neue Kommission beabsichtigte und was sich auch in ihrem ersten Aktionsprogramm widerspiegelte. Zu ihren Aktivatoren gehörte – wie schon angeführt – auch Helmut Dölker, der sowohl beim württembergischen Geschichtsverein als auch bei der Württembergische Kommission für Landesgeschichte ab 1948 in den Vorstand aufrückte. Einer der ersten beantragten Projektzuschüsse war für die Drucklegung von Bohnenberges Alterswerk „Die Alemannische Mundart“⁴³. Es zeigt sich, dass der Neubeginn begleitet war von revisionistischen Tendenzen, die aber durchaus unterschiedlich zu bewerten sind. Der Rückbezug auf die Ideen der 1920er-Jahre konnte sowohl eine sinnvolle Pragmatik enthalten und inhaltlich berechtigt sein als auch restaurativ wirken. Der Kampf um die richtigen Konzepte für einen Neuanfang oder die Wiedereinsetzung des Vorherigen, das die immer noch maßgeblich Beteiligten der Volksstaatszeit als ihren Ansatz und ihre Leistung verteidigten, prägte diese Zeit.

³⁹ Vgl. StAL E 216 Bü 76, Schreiben von Dölker an Miller von Oktober 1949.

⁴⁰ Vgl. StAL E 216 Bü 77; zu Goesslers 75. Geburtstag hatte sich Miller noch entschuldigen lassen.

⁴¹ Vgl. StAL E 216 Bü 9, „Satzung vom April 1949“.

⁴² Vgl. Satzung der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg vom 19. Dezember 1995. In: Wissenschaft und Forschung (1996) 1–2, S. 5–7. Belegt für die Satzung 1954 bei MILLER, 70 Jahre, S. 190.

⁴³ Vgl. StAL E 216 Bü 51, „Mitgliederversammlung am 28. Oktober 1948“.

c) „Der Augenblick ist ungemein günstig“

Das Altmilieu hatte es trotz der Konflikte also ziemlich schnell geschafft, die Historische Kommission wieder zu aktivieren. Der badischen bzw. oberrheinischen Kommission war dies nicht gelungen, hier wirkten sich die Teilung des Landes und ein Dissens zwischen den Akteuren derart hinderlich aus, dass nichts passierte bzw. sich andere Gründungen wie das Alemannische Institut in Freiburg und diverse Geschichtsvereinigungen in den Vordergrund drängten, so sieht dies jedenfalls die württembergische Seite⁴⁴. Mit der Gründung des Südweststaates kam die Frage nach der badischen Neugründung verstärkt auf, und auch die württembergische Seite beschäftigte sich mit der Frage nach einer Gesamtkommission, einer Kooperation oder gar einer völligen Neukonzeption der Kommission. Die Ansichten gingen hier durchaus weit auseinander. Anhand der Protokolle der württembergischen Kommission, aber auch anhand von Dölkers Handakten lassen sich die damaligen Diskussionen nachvollziehen. Interessant sind hier die mögliche weitere Verankerung volkscundlichen Wissens – die bei der badischen Kommission nicht vorgesehen war – und die Rolle, die Helmut Dölker im Diskurs um eine Erneuerung spielte⁴⁵. Dölker reichte schon zu Beginn der Verhandlungen einen Entwurf ein, der im Vorstand und in der Kommissionssitzung im März 1953 diskutiert werden sollte und der davor schon dem Vorsitzenden und bei Ministerialen vorgelegt wurde⁴⁶. Es handelte sich also um einen von Dölker gut abgesicherten Prozess, und dennoch verhielt sich die Kommission unentschieden und beschloss in dieser Sitzung erst einmal nichts⁴⁷.

Dölker schlug nichts weniger vor als „Revolution statt Evolution“, wie er in einem Bericht an Ministerialrat Hochstetter vom Kultusministerium über die Sitzung und deren Diskussionen anmerkte⁴⁸. Das meinte er leicht ironisch, denn das war seine Replik auf die Einwände, es müsse sich alles evolutionär entwickeln und könne jetzt nicht so grundsätzlich geändert werden. Was aber wollte Dölker? Eine Kommission für das gesamte Bundesland Baden-Württemberg mit einer stark erweiterten Ausrichtung, die die gesamte Landesforschung vereinen sollte, die naturwissenschaftliche eingeschlossen, und die zur besseren Handhabung in zwei Sektionen – eine geschichtliche und eine naturwissenschaftliche – unterteilt werden

⁴⁴ Vgl. auch SCHAAB, Staatliche Förderung, S. 19. Ein Versuch zur Gründung der badischen Kommission schlug 1953 fehl, weil das Ministerium die Satzung nicht genehmigte. Vgl. dazu Aktenvermerk Dölkers von einer Besprechung am 28. März 1953 mit Miller: LVS N Altregistratur B/24.

⁴⁵ Es muss wohl eine Aufforderung an interessierte Kreise gegeben haben, dass man Überlegungen anstellen sollte, wie es weitergehen könnte.

⁴⁶ StAL E 216 Bü 60, Brief und Manuskript an Miller vom 14. 1. 1953; LVS N Altregistratur B/24, Briefe an die Ministerialräte Hochstetter, Walter etc.

⁴⁷ StAL E 216 Bü 56, Sitzungsprotokoll der Kommissionssitzung vom 26. März/30. März 1953.

⁴⁸ LVS N Altregistratur B/24, Schreiben vom 28. 3. 1953 an Oberregierungsrat Hochstetter, ähnlich an Regierungsrat Walter und Minister Bäuerle, Kultministerium.

sollte. Enthalten sollte sie „von den Einzelwissenschaften aus gesprochen also: die Geschichte in ihren verschiedenen Zweigen (politische Geschichte, Vorgeschichte, Rechts-, Kirchen-, Familiengeschichte usw.; die Kunstgeschichte – einschließlich der Denkmalpflege und der Museumskunde), die Volkskunde, die Sprachkunde (Mundartforschung, Namenskunde), die Gesellschaftswissenschaft, die Statistik, die Erdkunde, die Vermessungs- und Kartenkunde, die Boden- und Gesteinskunde, die Tier- und Pflanzenkunde (bei diesen eingeschlossen: Natur- und Landschaftsschutz), die Wetterkunde, die Menschenkunde (im Sinne der Anthropologie)“⁴⁹.

Dazu sollte ein verbesserter Austausch mit der Öffentlichkeit stattfinden, ebenso war das Ziel eine breite Beteiligung von Institutionen und landeskundlich Forschenden. Dölker versprach sich davon eine zeitgemäße Aufstellung und Ausrichtung der Institution und damit eine Absicherung der Kommission als solche, eine bessere Wahrnehmung und Förderung durch die Politik, einen Beitrag zum kulturellen Kohärenz des Südweststaats und die breite Förderung landeskundlicher Forschung. Dies alles unter Abkehr vom Bisherigen und deshalb mit einem neuen Namen zu versehen als „Kommission für Landeskunde“. Er schloss seine Ausführungen mit: „Der Augenblick ist ungemein günstig für eine Neuerung so großzügiger Art, deren Sinn wohl alle einsehen müssen, die nicht darauf ausgehen, das neue Land wieder aufzulösen. Es wird schwieriger sein, eine solche Einrichtung durchzusetzen, wenn sich die alten Kräfte wieder erhoben haben und in ihren alten Gleisen zu stark wieder eingefahren sind.“⁵⁰

Es ging Dölker wirklich ums Ganze, der gesamte Zuschnitt der Kommission stand für ihn zur Disposition, wobei er eigentlich nur die Entwicklungstendenz der württembergischen weitergedacht hatte, die schon längst keine rein historische Kommission mehr war. Volkskundliche Belange zumal waren schon von Anfang an mitvertreten worden und wurden gefördert. Es waren dann auch hauptsächlich Historiker und Vertreter von Institutionen und der universitäre Vertreter der Landesgeschichte Otto Herding, die diese Neuausrichtung ablehnten. Staatsarchivdirektor a. D. Haering äußerte sich zustimmend, und insbesondere Helmut Kluge, der Leiter der Landesbeschreibung im Statistischen Landesamt, stimmte zu und merkte an, dass das Ganze ja schon einen Vorläufer im Verein für Vaterlandskunde habe⁵¹. Am Begriff Landeskunde entzündete sich die Kritik, er sei „verwaschen“. Dölker konterte, dass es ihm weniger auf den Begriff denn auf die Sache ankäme und dass er selbst „keineswegs ein Freund der ‚-kunde‘ sei (einschließlich der, die ich selbst vertrete!)“⁵². Wie auch immer man die letzte Bemerkung verstehen

⁴⁹ LVS N Altregistratur B/24, „Betr.: Aufstellung einer Kommission für Landeskunde im neuen Bundesland Baden-Württemberg anstelle der bisherigen zwei Kommissionen für Landesgeschichte“.

⁵⁰ Ebd.

⁵¹ Vgl. StAL E 216 Bü 56, Sitzungsprotokoll der Kommissionssitzung vom 26. März/30. März 1953.

⁵² LVS N Altregistratur B/24, Schreiben vom 28. 3. 1953 an Oberregierungsrat Hochstetter.

darf im Hinblick auf seine Auffassung von Volkskunde, insgesamt belegt diese Neuausrichtung einen starken Veränderungsimpuls, auch wenn sie auf der Grundlage der Konzepte der Ära Viktor Ernst – mit breitem landeskundlichen Zuschnitt – und Robert Gradmann – synthetisierender Ansatz der frühen Landeskundeinstitute mit Betonung der Einbeziehung der natürlichen Gegebenheiten – sowie Bohnenbergers wiederholt vorgebrachten Vorstellungen eines Landeskundeinstitutes nach Erlanger bzw. Gradmanns Vorbild entsprachen. Ebenso gab es Vorläufer in Gestalt des alten Denkmalamtes unter Goessler und noch davor des Bureaus, auf dessen Aufgabenstellung es sich letztlich auch bezog, wie Kluge richtig erkannt hatte. Dieser Ansatz war also nicht völlig neu, und auch an dieser Stelle weiterhin nicht durchsetzbar. Selbst die gemeinsame baden-württembergische Kommission war zunächst von den beiden Archivdirektoren Miller und Heidelberger (Generalandesarchiv Karlsruhe) nicht gewollt, sondern wurde erst vom Ministerium durchgesetzt⁵³. Anhand von Dölkers Unterlagen kann man erahnen, dass seine Vorschläge im Ministerium ein gewisses Gehör fanden und man sich seiner Argumentation über die Vorteile, wenn auch nicht hinsichtlich der Ausweitung auf eine naturwissenschaftliche Sektion, anschloss. Es wurde eine Kommission für das ganze Bundesland gegründet, und das Ministerium berief die Mitglieder. In der Eröffnungssitzung des Vorstandes der 1954 tatsächlich zustande gekommenen Gesamtkommission mit dem Namen „Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg“ ist protokollarisch festgehalten worden, dass die Namensgebung vornehmlich auf eine Anregung von Prof. Dr. Dölker zurückging⁵⁴.

Nicht nur hier wurden neue Aktivitäten und Institutionen aus den alten entwickelt. Wie Dölker versuchte die Kommission zunächst, an die Ideen der Vor-NS-Zeit wieder anzuknüpfen und von dort aus die Strukturen wieder in die Zukunft zu denken. So verhielt es sich auch mit seinen anderen Feldern. Volkskunde blieb für Dölker Teil einer umfassenden, historisch orientierten Landeskunde. Er selbst betrieb, ausgehend von der 1946 übernommenen Landesstelle für Volkskunde, genau so eine Art von Landeskunde mit assoziierten Arbeitskreisen und Personen im Stil des Statistisch-topographischen Bureaus. Er war weiterhin mit dem Statistischen Landesamt in Sachen Landesbeschreibung und der behördlichen Kartografie als Flurnamensachverständiger verbunden. Dazu übernahm er auch Leitungsfunktionen in entsprechenden Vereinen und Kommissionen, ab 1955 leitete er zusätzlich das Denkmalamt. Er hatte Lehraufträge für Volkskunde an der Universität, wurde dann 1952 Honorarprofessor, übernahm nach Mosers Weggang und Schneiders Emeritierung 1954 die kommissarische Leitung des inzwischen in Ludwig-Uhland-Institut umbenannten Volkskunde-Instituts⁵⁵ und leitete schon 1950

⁵³ Vgl. SCHAAB, Staatliche Förderung, S. 23.

⁵⁴ Vgl. StAL EL 285 Bü 1512/1, Protokolle der Vorstandssitzungen von 1954–60, hier vom 27. Juni 1954. Dieser Bestand an noch nicht erschlossenen Protokollen wurde mir seinerzeit freundlicherweise von Herrn Dr. Taddey im Staatsarchiv Ludwigsburg zugänglich gemacht.

⁵⁵ Vgl. BESENFELDER, Staatsnotwendige Wissenschaft, S. 471.

wieder Lehrgänge an der Comburg (jetzt staatliche Akademie für Lehrerbildung). Dölker beerbte gewissermaßen Goessler, Bohnenberger, Schwenkel und Lämmle, Meier und Bäuerle. Diese Personen des Altmilieus waren es auch, die ihn berieten und deren Auftrag er in gewisser Weise fortführte.

3. Ressourcenmanagement und Kontaktzonen

Diese Vielfalt des Engagements war Teil von Dölkers Ressourcenmanagements. In einer Zeit knapper materieller Ressourcen war es pragmatisch, auf das schon vorhandene Kapital zurückzugreifen und nach dessen Konsolidierung und Vermehrung zu streben. So lesen sich auch alle Berichte, die Dölker über seine Arbeit bzw. den Zustand von Volkskunde und Landesstelle gab⁵⁶. Stets wurde an die Geschichte erinnert und auf dieser Basis argumentiert, z. B. für die Weiterführung der Flurnamenarbeit. Besonders die Sammlungen wurden hier nochmals kapitalisiert, etwa über die Schatzmetapher („gemeinsamer Schatz“, „hoher Schatz“) und die Erinnerung an gemeinsame Besitzverhältnisse daran⁵⁷. Das konnte Dölker bei Bohnenberger schon gesehen haben, schließlich war er in das Machtspiel um die Verlegung der Sammlungen nach Tübingen miteinbezogen gewesen als eine der Personen, die dort von den Kontrahenten ins Spiel gebracht wurden. Goessler hatte ihm das nahegelegt, indirekt durch seine Argumentation bei Bäuerle und direkt durch seine Ratschläge, worauf zunächst zu setzen sei. Dölker bezog sich daher über weite Strecken auf den Status quo ante, und die Ideen für weitere Projekte waren stets darin verankert. Das ging so weit, dass man sogar beim früheren Silberburg-Verlag – der aber erst wiedergegründet werden musste und einige Jahre von Werner Jäckh geführt wurde – die Schriftenreihen fortsetzen wollte und dies auch tat. Auch hier versuchte man, neue Publikationen in der Nachfolge des Denkmalamts und der Abteilung V. zu lancieren, allerdings mit Goesslers (wissenschaftlichem) Anspruch und weniger mit Lämmles. Letztlich gestaltete sich das zäh, das geplante Jahrbuch erschien erstmals Mitte der 1950er-Jahre, andere Buchveröffentlichungen gelangen schon früher. Auch konnten volkskundliche Arbeiten in der Publikationsreihe der Kommission untergebracht bzw. in doppelter Herausgeberschaft mit der neuen Tübinger Institutsreihe „Volksleben“ lanciert werden, was aber nicht von Dauer war⁵⁸.

Die Bestände der alten Landesstelle waren durch die Auslagerung in das Schiller-Nationalmuseum in Marbach weitgehend erhalten geblieben, abgesehen von Teilen der Sammlung Lauxmann, aber es herrschte Mangel an Literatur, und Dölker versuchte von verschiedenen Stellen, die Bibliothek und die Sammlung aufzufüllen. Ein bedeutender Zuwachs für die Bestände kam aus dem Vor- und später Nachlass von Bohnenberger, wenn auch die Gesamtbibliothek nicht zur Verfügung stand, weil sie an ein Antiquariat ging, als Bohnenberger nach Krankheit und Übertritt ins

⁵⁶ Z. B. im Bericht an das Kultministerium über die Tätigkeiten der Landesstelle seit 1946 vom 2. Dezember 1950. LVS N Altregistratur B/1. Dölkers Berichte reichen bis zu seiner Pensionierung und zeigen immer neue Varianten derselben Themen.

⁵⁷ Vgl. KELLER-DRESCHER, Sammeln.

⁵⁸ Etwa die Arbeiten von Gerlinde Hole und Dieter Narr: vgl. HOLE, Historische Stoffe; NARR, Studien. Dies bestätigte auch Hermann Bausinger bei einer Nachfrage, der besonders das gemeinsame Engagement für Dieter Narr und dessen Beschäftigung mit Kommissionsaufträgen erwähnte.

Pflegeheim ziemlich schnell seine Wohnung räumen lassen musste⁵⁹. Auf entsprechende Hinweise war nicht rechtzeitig reagiert worden. Das Flurnamenarchiv erhielt ebenfalls Zuwachs, einmal durch die Übergabe der Materialien und Bücher des inzwischen aufgelösten Vereins für ländliche Wohlfahrtspflege 1951⁶⁰, zum anderen durch Zulassungs- bzw. Doktorarbeiten, die von Dölker nach dem Muster seiner Flurnamenarbeit über Stuttgart vergeben und betreut worden waren. Auch übergab die Kommission für geschichtliche Landeskunde 1956 ihre diesbezüglichen Bestände an die Landesstelle für Volkskunde. In der Folge wurden dann wissenschaftliche Mitarbeiter des Ludwig-Uhland-Instituts mit der Betreuung und Aufarbeitung der Sammlungen beauftragt. Dieses schon in den 1920er-Jahren etablierte „Hilfsarbeiter-System“ wurde also weiter betrieben. Dölker dürfte bei seinen vielen Beschäftigungsfeldern kaum zur inhaltlichen Arbeit gekommen sein. Seine Ankündigung, dass am gesammelten Stoff weitergearbeitet werde, konnte so aber zumindest ansatzweise eingelöst werden.

Erst bei genauer Lektüre der zeitgenössischen Dokumente stellt sich allmählich heraus, wo sich Bewegung und Neuerung anbahnten. Sie entstanden mutmaßlich über neue Gelegenheiten und neue Akteure. So wandte sich Dölker zum Beispiel von seiner früher vertretenen Ansicht ab, die Volkskunde im Kurrikulum zu verankern, lehnte nun diese Position ab und plädierte für einen neuen Ansatz, der Volkskunde und volkskundliches Wissen vornehmlich in der Lehrerbildung implementiert wissen wollte⁶¹. Letzteres vertrat Dölker fachöffentlich 1949 bei der ersten Volkskundetagung in Freiburg⁶². Im Bericht an das Kultministerium fasste er seinen Vortrag zusammen und argumentierte, dass volkskundliches Wissen querschnittsmäßig in den Fächern Heimat- und Sozialkunde an der Schule zwar vorkomme, aber kaum gelehrt werde, daher solle Volkskunde „als solches in der Lehrerbildung einwandfrei gepflegt werden [...]. Voraussetzung dazu ist, daß sich die Universität der Volkskunde als eines vollwertig vertretenen Lehrfachs so rasch wie möglich in viel höherem Maße annimmt, als das bisher leider der Fall ist“⁶³.

Diesen Bedarf belegt auch eine Stellungnahme des Verbandes der Vereine für Volkskunde gegenüber den Länderparlamenten, wie bereits schon einmal in der

⁵⁹ Über die Altersumstände und letzten Lebensmonate berichtet Ulrich Engel, den Dölker als eine Art wissenschaftliche Hilfskraft und Gesellschafter an Bohnenberger vermittelt hatte. Vgl. ENGEL, Karl Bohnenberger. Auch Dölker berichtet in Briefen an andere Schüler und Freunde über Bohnenberger.

⁶⁰ Bei der Übergabe der Materialien erinnerte der frühere Vorsitzende Oberregierungsrat Dr. Klumpp nochmals an die Querelen mit Lämmle. Dölker zeigt sich im Antwortbrief informiert von dessen Geschäftsgebahren. Vgl. LVS N Altregistratur B/6.

⁶¹ Vgl. DÖLKER, Von der Stellung.

⁶² Der erste Nachkriegs-Kongress fand 1951 in Jugenheim statt, von Dölker als neuem Vorsitzenden organisiert, staatlich bezuschusst und durch ein Grußwort von Theodor Heuss geehrt, was nach der hier vorgestellten Vorgeschichte erklärlicher ist.

⁶³ LVS N Altregistratur B/47, Bericht an das Kultministerium vom 20. Oktober 1949.

Weimarer Republik lanciert⁶⁴. Konkret wurde das einstweilen mit Lehrerkursen ab 1950 in der von Theodor Bäuerle 1946/47 wieder gegründeten Fortbildungsstätte Comburg⁶⁵. Hier und an der Parallelgründung in Calw fanden auch die Begegnungen und Schulungen der neuen Lehrergeneration und der durch Flucht und Vertreibung neu nach Württemberg gekommenen Lehrer statt. Als Schulungsleiter und Vortragsredner fungierten dort etliche Volkskundler verschiedener Generationen. Dölker berichtete darüber im „Württembergischen Jahrbuch für Volkskunde“ und erinnerte dabei selbstverständlich zunächst an die Gründung unter Bäuerle, jedoch nicht an die damals zugrunde liegenden Konzepte, auch die Jahre der NS-Zeit wurden kaum behandelt. Er setzte ganz auf die Nennung anerkannter Personen, die sich hier als Referenten verdient gemacht hatten, so auch Goessler. Lämmle hingegen kam nicht vor, obwohl er in Bäuerles früheren Bildungsveranstaltungen seinen festen Platz gehabt hatte. Er war aus dem Diskurs der sich zunehmend wieder verwissenschaftlichenden Volkskunde ausgeschlossen worden⁶⁶. Dölker setzte damit ja nicht nur auf die Fortführung der Tradition, sondern zielte auf die Absicherung des Faches an der Universität mit der Argumentation, dass die Lehrerbildung zukünftig nur von wissenschaftlichen Fachleuten qualitativ voll betrieben werden könne. Obwohl er selbst nicht mehr habilitiert hat, war er bis kurz vor dem Zeitpunkt dieses Berichts kommissarischer Leiter des Ludwig-Uhland-Instituts und versuchte dessen Existenz auch so abzusichern. Es fanden sich daher unter den Referenten der Comburg Professoren und Assistenten, die später Professuren erhielten, so auch Hermann Bausinger⁶⁷. Die Comburg war eine der Kontaktzonen, in denen sich verschiedene volkskundlich Interessierte aus Schule, Heimatpflege, Verwaltung und Wissenschaft zum gegenseitigen Gewinn für Wissen und Milieu treffen und austauschen konnten.

Daneben installierte Dölker, wie oben angedeutet, weitere Arbeits- und Begegnungskreise, die er mithilfe von Drittmittelgebern zum Teil auch finanziell ausstatten konnte, auch wenn das damals noch nicht so hieß und die Summen eher gering waren. Eine gewisse Rolle bei der Ko-Finanzierung spielte der Schwäbische Heimatbund, der z. B. das „Württembergische Jahrbuch für Volkskunde“ mittrug (Dölker arbeitete andererseits in der Redaktion der Vereinszeitschrift „Schwä-

⁶⁴ In den Akten des Kultministeriums sind das entsprechende Schreiben und weitere Forderungen zur Finanzierung der Arbeit archiviert. Vgl. HStAS EA3/202 Bü 378.

⁶⁵ Vgl. DÖLKER, Die Volkskunde.

⁶⁶ Das zeigt sich auch im Verhältnis zwischen Landesstelle und Lämmle. Als angefragt wurde, wie man zu einer Verleihung des großen Verdienstkreuzes an Lämmle stünde, wurde das von Dölker 1956 abgelehnt, weil Lämmle nach dem Zweiten Weltkrieg nichts mehr von Rang zustande gebracht habe und mit der Professorenwürde zum 75. Geburtstag ausreichend geehrt worden sei. Sehr deutlich in der Ablehnung wurde dann seine Nachfolgerin Irmgard Hampp, als 1974 Lämmles Wohnhaus in Leonberg, ein umgebautes Ferienhaus und dann sein Alterssitz, als Gedenkstätte erhalten werden sollte. Hampp berief sich dabei auf ROLLER, August Lämmle. Vgl. LVS N Altregistratur B/ 11.

⁶⁷ Hermann Bausingers Erinnerungen an die erste Zeit des wiedereröffneten Instituts in: BAUSINGER u. a.: Ein Aufklärer, S. 15–33.

bische Heimat“ mit) und durch Zuschüsse zu einem Arbeitskreis für Volks- und Heimatkunde den Wissenstransfer unterschiedlicher volkskundlich Interessierter und Tätiger möglich machte. Ergänzend zu diesen regelmäßigen Treffen wurden auch spezielle Arbeitstagungen veranstaltet, deren Teilnehmer die Funktion des Arbeitskreises als Kontakt- und Austauschzone belegen: vom volkskundlich informierten Lehrer über ehemalige Mitarbeiter beim Atlas für Volkskunde bis hin zu Universitätsassistenten und Professoren. Einzelne Unternehmungen waren zugleich Unterstützungsmaßnahmen für Kollegen, die aufgrund ihrer NS-Belastung keinen Zugang mehr zu ihren alten akademischen Berufen hatten oder fanden, wie Dieter Narr, Friedrich Heinz Schmidt-Ebhausen und andere. Die Vertriebenenforschung bzw. der Betrieb der entsprechenden Arbeitsstelle hatte neben seiner wissenschaftlichen und politischen Funktion eben auch diese subsidiäre Funktion, koordinierte außerdem Forschungsarbeiten und bot Kontaktbereiche bei weiteren Veranstaltungsreihen und der Lancierung von Publikationsreihen. Außerdem gab es für die Vertriebenenforschung bald auch eine öffentliche Förderung und Finanzierung, was wiederum der beruflichen Absicherung dieser Akteure diente, die keineswegs nur aus den Kreisen der Vertriebenen stammten.

Mit dem Schwäbischen Heimatbund – 1949 in Nachfolge des aufgelösten Bundes für Heimatschutz maßgeblich mithilfe von Hans Schwenkel gegründet – verband sich für die Belange der württembergischen Volkskunde die Idee, statt einer eigenen Vereinswiedergründung quasi ein Teil von dessen Vereinszwecken zu sein. Dies, so der Nachruf auf Hans Schwenkel, geschah auf Vorschlag einer „Gruppe von Volkskundlern unter Führung von Helmut Dölker“⁶⁸. Daraus und aus der partiellen Zusammenarbeit des Heimatbunds mit dem Geschichts- und Altertumsverein (unter Vorsitz von Dölker), der Landesstelle für Volkskunde sowie dem Denkmalamt ergaben sich Synergieeffekte, die Publikationen, Exkursionen und damit eine erhöhte Sichtbarkeit und Durchsetzungsfähigkeit dieser Vereine und Institutionen gegenüber Öffentlichkeit und Politik ermöglichten. Das entsprach ganz dem, was Goessler nach Kriegsende in seinen Gesprächen mit Dölker empfohlen hatte. Daher war Dölker auch ein „Multirepräsentant“ im Verband der Vereine für Volkskunde bzw. konnte dort den Eindruck großer Ressource erwecken. Vielleicht war das ein Grund, warum er 1950 den Vorsitz der Vereine für Volkskunde/Deutsche Gesellschaft für Volkskunde übernahm und deren Geschäftsstelle in die Landesstelle überführen konnte.

Dölker war bereits Autor einer lange nicht fertiggestellten Oberamtsbeschreibung von Esslingen und wurde auch in diesem Feld wieder tätig. Weitere Volkskundler konnten hier bis um 1970 mit Beiträgen zu den entsprechenden Rubriken tätig werden. Um diese – nun Kreis- und Landesbeschreibungen genannten – Formate gab es um 1950 etliche Diskussionen, in die auch die Kommission für geschichtliche Landeskunde und Dölker eingebunden waren, das spiegelt sich u. a. in den Protokollen der Vorstandssitzungen. Beim Statistischen Landesamt fand

⁶⁸ RÜHLE, Hans Schwenkel.

diese Diskussion natürlich auch statt. Man stand im Prinzip vor den alten Problemen: Was sollte bearbeitet werden, wer sollte es tun, wie konnte man mit den abgetrennten Landesteilen zusammenarbeiten, wie sollte das in welcher Institution (Statistisches Landesamt, Landesarchiv oder Kommission) geschehen, wie könnte man die Arbeit beschleunigen und – besonders wichtig ab 1952 – wie könnte eine Implementation dieser Praxis im badischen Landesteil gelingen? Auch hier ergaben sich wichtige Kontaktzonen und gewinnbringende Transfers für volkskundliches Wissen, die sich aus den alten Beteiligungen und nicht zuletzt aus den Milieubeziehungen ableiten lassen. Alle Ideen und Initiativen können hier nicht berücksichtigt werden, manches blieb auch nur Ankündigung und diente der vorläufigen Absicherung der Institutionen und der Behauptung von Wichtigkeit und Nützlichkeit.

Die mediale Verarbeitung volkskundlichen Wissens breitete sich von den gewohnten papierenen Praktiken und Medien auf den Rundfunk aus, wo mit Wilhelm Kutter (1905–1980) ein volkskundlich informierter Germanist und Rundfunkjournalist für den Wissenstransfer und zugleich im Feld der angewandten Volkskunde (schwäbisch-alemannische Fastnacht) für Aufmerksamkeit sorgte⁶⁹. Vor- und Nachlass Kutters gelangten später in den Bestand der Landesstelle. Auch die Forschung wurde medial und methodisch auf den aktuellen Stand gebracht, was sich mit neuen Forschungsinitiativen im Bereich Sprachforschung/Dialektologie sowie Akkulturation und Beheimatung der Flüchtlinge und Vertriebenen verband.

In der Fachgeschichtsschreibung spielt die von Dölker mitinitiierte Forschung zu den sogenannten Neuen Siedlungen – das sind die eigens für die in Folgen des Krieges neu zugewanderten Bevölkerungsteile errichteten Wohnsiedlungen – eine prominente Rolle als Faktor einer Neuarrondierung in methodischer, inhaltlicher und systematischer Hinsicht⁷⁰, als Auftakt des „Abschieds vom Volksleben“ – so der Titel einer richtungsweisenden Publikation⁷¹. Das stimmt sicher in der Wirkung, aber vielleicht nicht in der Ursache. Zunächst ist zu konstatieren, dass sich während dieser Forschungsprojekte eine Community of Practices von Akademikern unterschiedlicher Graduierung ausbildete, die durch kollaborative Arbeitsweisen und den Austausch von Erfahrungen im Feld Ideen weiterentwickelte. Hierbei arbeiteten sie auf der Basis der Gelegenheitsstruktur einer öffentlichen Förderung zunächst mit den bekannten Fragen und Methoden und dem Ziel Traditionen durch Sammeln von Wissen zu bewahren. Allmählich entwickelten sie daraus aber neue wissenschaftliche Ansprüche, die auch Dölker für sich bzw. für

⁶⁹ Mehr dazu in: BÜRKERT, Fastnacht. Die Göttinger Dissertation ist ebenfalls im Umfeld des Forschungsverbundes „Volkskundliches Wissen“ entstanden und behandelt und erweitert ein Thema des Tübinger Teilprojektes.

⁷⁰ Zum Beispiel in der Projektstudie des Forschungsverbundes „Volkskundliches Wissen“ von Sandro Ratt: RATT, Revisionen. Dort werden auch die Publikationen zu den Forschungen in den 1950er-Jahren und die Re-Study durch ein Lehrprojekt des Ludwig-Uhland-Instituts unter Leitung von Ch. Köhle-Hezinger in den 1990er-Jahren aufgeführt.

⁷¹ GEIGER/JEGGLE, Abschied.

sich und Bausinger reklamierte⁷², hin zu einer stärkeren Gegenwartsorientierung der Frage- und Beobachtungsaktion. Zur Wirkung kam der sich hier abzeichnende Paradigmenwechsel aber vor allem durch den anstehenden Generationenwechsel und die akademische Ausbildung aller Beteiligten. Diese Konstellation half, neue wissenschaftliche Ansprüche zu formulieren und durchzusetzen.

Günstige Gelegenheiten wurden immer wieder neu und anders genutzt, um Ressourcen zu schaffen und das wissenschaftliche und gesellschaftliche Kapital zu erhöhen. Von Vorteil war, dass eben nicht bei null begonnen werden musste, denn noch war ein dichtes Wissensmilieu vorhanden, das sich für die Restrukturierung gewinnen ließ bzw. die Ansicht teilte, dass volkscundliches Wissen für die Restrukturierung von Gesellschaft nützlich wäre, wobei vielfach außer Acht blieb, dass Volkscunde in der NS-Zeit eine regimestützende Rolle gespielt hatte. Diese „Ignoranz“ gelang nur deshalb, weil man diese Anteile bestimmten exponierten und belasteten Personen (wie Bebermeyer) zuschreiben konnte, die dann vom Milieu abgedrängt wurden, sodass milieueigene Beteiligungen am NS-System demgegenüber als vernachlässigbar erschienen und verschwiegen werden konnten. Das war die übliche Strategie und wird hier nur am Beispiel von Volkscunde vorgestellt. Ludwik Fleck hat das allgemein für die Funktionsweisen von Denkstilkollektiven erarbeitet⁷³.

⁷² Zumindest äußert Dölker wiederholt, dass das Konzept der Gegenwartsorientierung und der Beobachtung der gesellschaftlichen Veränderung auch von ihm stamme. Vgl. LVS N Dölker B/8, Schreiben an Otto Bollnow vom 23.1.1957.

⁷³ Vgl. FLECK, Entstehung.

4. Wissensmilieus und nützliche Verbindungen

Im zeitgeschichtlichen Kontext um 1950 war ebenso wichtig, dass das Milieu nicht nur ein volkskundliches Wissensmilieu war, sondern dass Verknüpfungen in andere Teil-Milieus vorhanden waren. Man kann diese grob in vier Bereiche unterteilen, denen vollständigkeitshalber auch noch die historisch vorgängigen zugerechnet werden, zumal diese eben auch langdauernde Wirkungen haben konnten:

1. Staatsnahe Milieus, Behörden und Kommissionen: das Königlich Statistisch-topographische Bureau, das Statistische Landesamt, das Staatsarchiv, die Kommission für geschichtliche Landeskunde und ihre Vorläufer, das Landesdenkmalamt, die beteiligten Minister, Ministerien und Ämter.
2. Szientifische Ko-Milieus: Germanistik, Geografie (mit Siedlungsgeschichte), Geschichte (mit Rechtsgeschichte, Kirchengeschichte und Landesgeschichte), Ur- und Frühgeschichte, regionale Naturkunden.
3. Volkskundliche Wissensmilieus: Abteilung Volkstum/Landesstelle für Volkskunde, Vereinigung für Volkskunde, Arbeitsgemeinschaften und Institute, Arbeitskreise, Community of Practices verschiedener Aktionen und Projekte (Lehrer, Pfarrer, Ärzte, Staatsbeamte).
4. Korporative Milieus: Bünde, Vereine, Burschenschaften, Parteien.

Von all diesen Gruppierungen war bisher mehr oder weniger ausführlich die Rede, nur andeutungsweise kamen allerdings Studentenverbindungen und Burschenschaften vor, auf die ich im Folgenden näher eingehen will. Anita Bagus hat auf den Double Bind aus wissenschaftlicher und außerwissenschaftlicher Identität der volkskundlichen Akteure aufmerksam gemacht, den sie als einen bisher unterthematisierten, aber wichtigen Faktor der Fachgeschichte analysiert⁷⁴. In meiner Darstellung wird das ausgeweitet, und es wird im Sinne des hier gewählten wissensanthropologischen Ansatzes nach den Austauschzonen und Transfers von Wissen und Akteuren gesucht, die nicht nur in der Sphäre von Wissenschaft, Universität und Akademie stattfinden. Sie leisten zum Entstehen von wissenschaftsförderlichen Strukturen einen wichtigen Beitrag. Es kommen also noch mehr Verbindungen dazu, und das im wörtlichen Sinne, denn es sollen die studentischen Verbindungen und damit die Verankerungen in Milieus der Ausbildungszeit der Akteure in den Blick genommen werden. Darauf konnte Bagus nicht eingehen, weil entsprechende Unterlagen für ihre Akteure der hessischen Vereinigung für Volkskunde nicht vorhanden waren⁷⁵. Für den Bereich der württembergischen Volkskunde gibt es immerhin gedruckte Mitgliederlisten der Studentenverbindungen, die es erlauben, den Hinweisen, die sich im eigentlichen Untersuchungsfeld ergaben, gezielter nachzugehen, auch wenn darüber hinaus die Informationen eher spärlich sind. Einzelne historisch angelegte Darstellungen zur Geschichte des

⁷⁴ Vgl. BAGUS, Volkskultur.

⁷⁵ Dies eine mündliche Auskunft von Anita Bagus mir gegenüber.

Tübinger Verbindungswesens sind vorhanden⁷⁶, ein aktueller systematischer Überblick fehlt allerdings. Es gibt nur eine vertiefende Studie von Michael Ruck über die Beamten der Innenministerien von Baden und Württemberg, die auch deren Herkunft und korporative Orientierungen untersucht⁷⁷. Dies ist die einzige Arbeit, die sich mit den Transferbeziehungen korporierter Studenten in Württemberg befasst. Sie untersucht aber nur einen Bereich der Verwaltungselite, nämlich die Juristen in den Innenministerien von Baden, Württemberg und Hohenzollern. Das sieht im Feld der Volkskunde und ihrer Transaktionsräume anders aus, hier haben die Akteure überwiegend einen theologischen Hintergrund, hinzu kommen die Fächer Germanistik, Sprachwissenschaft, Geschichte, Altertumswissenschaften und Geografie.

Rucks Studie kann man entnehmen, wie stark vor allem nach dem Ersten Weltkrieg der Verwaltungsbereich mit Angehörigen akademischer Verbindungen besetzt war. Laut Ruck bildeten sich hier „festgeknüpfte Seilschaften“, die bei Ämterbesetzungen Einfluss ausübten⁷⁸. Das mag für das Innenressort und die Juristen zutreffen, lag aber im Bereich Kultusverwaltung etwas anders, weil sie nicht so homogen zusammengesetzt war. Ruck kommt aber tendenziell auf denselben Befund, wie er auch für den Bereich der Volkskunde zu konstatieren ist: Bei den Korporationsangehörigen handelt es sich in der Mehrheit um Bundesbrüder der Burschenschaften Normannia und Roigel⁷⁹, beides sogenannte Stiftsverbindungen⁸⁰. Die Stipendiaten des Tübinger Stifts gründeten in den 1830er- und 1840er-Jahren eigene Burschenschaften, von denen die genannten letztlich die einflussreichsten waren⁸¹. Beider Namen leitet sich vom Versammlungslokal bzw. den Namen der dortigen Wirte ab, was man der studentischen Scherzkultur zurechnen darf. So hieß die Normannia erst „Nordmann“ nach dem Wirt namens Nördlinger, und der (!) Roigel traf sich im Gasthaus König, nannte sich „Königsgesellschaft“, und dann verballhornt Roigel. So überliefert es die Korporationsgeschichte. Für die Stifter war zuvor die Mitgliedschaft in bestimmten Verbindungen zeitweise nicht erlaubt, der Beitritt zu anderen wiederum war möglich, wenn diese als „verwandt“ angesehen wurden wie etwa die Verbindung Germania, die Ludwig Uhland, Adelbert von Keller, Berthold Auerbach und Gustav Schwab als Mitglieder hatte. Diese Geselligs- und Geselligkeitsgelegenheiten, die die Verbindungen als kontrollierten Ausbruch aus dem Kontroll- und Lernsystem des Stiftes ermöglichten, waren ebenso ein Stück Freiheit wie sie auch systemerhaltend funktionierten. Je länger die jeweiligen Korporationen bestanden, desto stärker bildete sich eine Altherrenschaft aus, sodass sich mit der Anzahl von burschenschaftlich Sozialisierten das soziale Kapital der Burschenschaften erhöhte. Es ist schwer einzuschätzen, ob im Fall der

⁷⁶ Vgl. KRATSCH, Das Verbindungswesen.

⁷⁷ Vgl. RUCK, Korpsgeist.

⁷⁸ Ebd., S. 40.

⁷⁹ Ebd., S. 41.

⁸⁰ Vgl. BORST, Die Stiftsverbindungen.

⁸¹ Vgl. ebd., S. 109–112.

Stiftsverbindungen „Seilschaften“ wirklich funktionierten. In der Selbstdarstellung wird das zurückgewiesen⁸², was allerdings nicht heißt, dass es nicht doch einen Effekt gab. Zu berücksichtigen ist auch, dass die konfessionell geprägte Bildung in Württemberg fast zwangsläufig über die Seminare im Land und das Stift an der Landesuniversität Tübingen geregelt war. Dieser Effekt einer Eliteausbildung setzte sich in den höheren Posten der Verwaltung bis in die Ministerämter hinein fort und prägte die Milieubildung am deutlichsten, die Burschenschaften riefen demgegenüber nur ein Nebeneffekt hervor. Schon in der Zeit vor den studentischen Korporationen befanden sich Studienkollegen nach ihrem Studium im Austausch und bildeten briefliche und berufliche Netzwerke aus. Erinnerung sei hier an das im Kapitel II vorgestellte Resümee Memmingers anlässlich seiner ersten Oberamtsbereitung, dass unterwegs „nützliche Verbindungen“ entstehen könnten⁸³. Nicht zu vergessen sind die vielfachen Verwandtschaftsbeziehungen der sogenannten schwäbischen Ehrbarkeit, die eine Vielzahl der Akteure untereinander verband. Da ist der Begriff Nepotismus oder „Vetternwirtschaft“ in seinem eigentlichen Sinne zu erkennen.

Im ausgewerteten Untersuchungsmaterial aus Akten, Behörden- und Personennachlässen zeigte sich an einigen Stellen eine enge Verbundenheit der Akteure, die auf ihre Zugehörigkeit zu einer Burschenschaft hindeuteten⁸⁴. Diesen eher dezenten Hinweisen wurde für diese Untersuchung durch die Auswertung der Mitgliederverzeichnisse nachgegangen, um zu prüfen, wer von den relevanten Akteuren Mitglied in welcher Verbindung war. Darüber hinaus war vor allem Bohnenberger ausweislich seines Nachlasses auch in die „Geschäftsführung“ des Roigel eingebunden und rekrutierte seine engsten Freunde aus diesem Kreis. Von den bisher oder noch im nächsten Kapitel erwähnten Personen waren Mitglieder des Roigel⁸⁵: Karl Bohnenberger (nebst Vater, Bruder, Vettern), Eugen Nägele (Landtagsabgeordneter, Freund vieler, Schwäbischer Albverein, Tübinger Blätter, Limesstreckenkommissar), Pfarrer Losch (Vereinigung für Volkskunde, Zabergäuverein) und dessen Bruder Hermann Julius Losch (Vorstand/Präsident des Statistischen Landesamts, Jahrgänger von Bohnenberger), Ulrich Engel (Germanist, studentischer Mitarbeiter von Bohnenberger; ebenso Engels Vater), Hans Bihl (Schüler und Bibliothekar, Herausgeber der Festschrift für Bohnenberger), Walther Keinath (Lehrer, Mitarbeiter beim Schwäbischen Wörterbuch, Flurnamen), Josef Eberle (Journalist, später Herausgeber der Stuttgarter Zeitung), Alfred Dehlinger (Finanzminister), Eugen Gradmann (Landeskonservator) und Robert Gradmann, Wilhelm Lang (Oberamtmann von Rottenburg), Hermann Fischer (Schwäbisches Wörter-

⁸² So schreibt Eugen von Landauer Landauer in der Festschrift zum 75. Jubiläum des Roigel 1913, dass man genau dies vermeiden wollte. Ob das später noch galt, muss dahingestellt bleiben. Vgl. Stammbuch des Königs, S. 222.

⁸³ Württembergische Jahrbücher (1822) 1, S. 22.

⁸⁴ So zum Beispiel wie in Kap. III. beschrieben: Prof. Knapp an Julius von Hartmann für die Empfehlung des Bundesbruders Dr. Mettler für die Mitarbeit bei der Landesbeschreibung.

⁸⁵ Vgl. Mitgliederliste in: BEUTER, Roigel.

buch), Hermann Storz (Ephorus am Seminar Urach, Freund von Bohnenberger und dessen Testamentsvollstrecker) und sein Bruder Gerhard Storz (später Kultusminister von Baden-Württemberg) sowie Rudolf Bilfinger (Großneffe von Bohnenberger, s. u.).

Mitglieder der Normannia waren⁸⁶: Gottlob Egelhaaf (Gymnasialprofessor, Alterspräsident des Landtags), Karl Hermann von Zeller (Leiter des Statistischen Landesamts, später Konsistorialpräsident), Robert Meyding (u. a. im Ministerium mit den Querelen um den Transfer der Landesstelle nach Tübingen befasst), Julius von Hartmann (Leiter der Landesbeschreibung), Johannes von Hieber (Lehrer, Oberschulamtspräsident, Abgeordneter, Minister, Ministerpräsident, Exkursions Teilnehmer bei Goessler), Adolf Mettler (Pfarrer, Regionalhistoriker, Limesstreckenkommissar, Mitarbeit bei der Landesbeschreibung) und Karl von Fleischhauer (Kultminister, Förderer von Bäuerle).

Mitglieder anderer Verbindungen: Peter Goessler gehörte der Verbindung Igel an (sein Vater war Mitglied der Nordmann/Normannia); Max Miller, Eugen Bolz (Staatspräsident, Opfer des NS), Gebhard Müller (Ministerpräsident, Ehrenmitglied), Albert Sauer (Kultminister von Württemberg-Hohenzollern) gehörten der katholischen Verbindung Guestfalia (im CV) an.

Dies belegt einen hohen Grad von Verbundenheit der Akteure mit bestimmten akademischen Verbindungen, allerdings sind nicht alle relevanten Akteure als Verbindungsmitglieder fassbar. Manche, weil sie Mitglieder anderer Korporationen waren, manche, weil sie aufgrund ihrer Bildungssituation gar nicht studiert hatten, sondern in den Lehrerseminaren ausgebildet worden oder weil sie – wie ein Teil der Tübinger Studentenschaft im 19. und frühen 20. Jahrhundert – nicht korporiert waren.

⁸⁶ Vgl. Verbindung Normannia 1861, Mitgliederverzeichnis.

5. Zwischenresümee: das Milieu als Ressource

Hier geht es anders als bei Michael Ruck über das Milieu des Innenministeriums nicht darum zu klären, wie die Personen zu ihren Ämtern kamen und welcher Gesinnung sie dabei über die politischen Systeme hinweg folgten, sondern um die Ermittlung von Milieus, Verständigungszusammenhängen und Austauschbeziehungen sowie die daraus resultierenden Gelegenheitsstrukturen. Eine besondere Rolle spielen aber auch hier die Milieuverbindungen, die aus den akademischen Ausbildungswegen und deren Gesellschafts- bzw. Geselligkeitsformen resultierten. Dabei sind die hier greifenden württembergischen Besonderheiten der akademischen Milieubildung in Gestalt der Regularität des sozialen Aufstiegs innerhalb des staatskirchlich-protestantischen Bildungssystems durch Landexamen, Stipendien und Stiftssystem als ein wichtiger Faktor zu beachten. Dieses Bildungssystem könnte dazu beigetragen haben, dass insgesamt weniger Abgrenzungsarbeit geleistet werden musste bzw. nur dann geleistet wurde, wenn von „von außen“ Angebote kamen, während Aufforderungen zur Mitarbeit aus dem Milieu und an das Milieu grundsätzlich wohlwollender wahrgenommen wurden. Dem entspricht die Annahme, dass es überhaupt Milieueffekte gab, die eine günstige Lage zur Etablierung wissenschaftsförderiger Aktionen und eine volkscundliche Wissenschaft schufen, und dies nicht nur im hier vorgestellten Zeitabschnitt um 1950, sondern schon während der ganzen Zeitspanne ab Beginn des 19. Jahrhunderts. Diese frühen und vorgängigen Austauschbeziehungen und Netzwerkbildungen waren die entscheidenden Bedingungen für den raschen Wiederaufbau volkscundlicher Wissensarbeit nach dem Zweiten Weltkrieg sowohl für die außeruniversitäre als auch für die universitäre Sphäre. In Forschungen zur deutschen Zeitgeschichte bzw. zur Bürokratiegeschichte geht man davon aus, dass die Stabilität dieser staatlichen Institutionen über Systembrüche hinweg auf einer starken Milieuverdichtung ihrer Mitarbeiter mit einem etatistisch ausgerichteten Wertesystem basierte, das 1919, 1933 oder 1945 keine Brüche erlebte, sondern erst in den 1960er-Jahren⁸⁷. Auch wenn es bisher in der Wissenschaftsgeschichte der Ethnografie so nicht aufgefasst wurde: Es ist nicht verwunderlich, dass es tatsächlich das Milieu der 1920er-Jahre war, das die entscheidende Rolle für die Reetablierung der württembergischen Volkscunde um 1950 spielte. Dieses Altmilieu umfasste bereits mehrere Generationen von Akteuren noch aus dem 19. Jahrhundert und bis hin zu jenen, die nach 1900 geboren worden und um 1950 noch im karrierefähigen Alter und beruflich aktiv waren.

Die Tatsache, dass nach Ende des Zweiten Weltkriegs als unbelastet geltende, milieunahe oder milieuhäufige Personen wie Theodor Bäuerle und Theodor Heuss an entscheidenden Stellen saßen bzw. wie Peter Goessler als Mittler und Aktivator im Einsatz waren, und dass schon in Teilen eingeebte Leute wie Helmut Dölker rasch zur Verfügung standen, war sicher zusätzlich nützlich für die

⁸⁷ Dies bei RUCK, *Korpsgeist* S. 262 f. und bei HERBERT, *Liberalisierung*.

Reetablierung eines eigentlich als NS-lastig wahrgenommenen und daher im Bestand bedrohten Faches. Damals wie heute gilt, dass ein den eigentlichen wissenschaftlichen oder wissenschaftsförmigen Handlungen vorausgehender Verständigungszusammenhang und eine außerwissenschaftliche Milieubildung förderlich ist für die Etablierung von neuen Wissenschaften wie hier Volkskunde. Das zeigt sich besonders bei ihrer Reetablierung nach 1945.

Mit dem Ansatz der Wissensforschung zur Erforschung von Wissenschaftsgeschichte gelangt die Produktion von Wissen und damit die Wissenspraxis als Praxis von wissenschaftlichen und außerwissenschaftlichen Akteuren, deren Wissenshandlungen und Wissenshandeln ins Zentrum der Analyse. Die Perspektive auf die dabei stattfindenden Austauschbeziehungen erlaubt einen breiteren Blick auf die dabei entstehenden Netzwerke und Wissensmilieus. Es zeigt sich, dass die Milieus auch bei einem zeitweisen Ausfall der Handlungsmöglichkeit oder nach Beendigung einer Aktion unter Umständen erhalten bleiben. Grund dafür ist, dass die vorgängigen Anlässe zu einer Verfestigung geführt haben und die Akteure sich über die gemeinsamen Erfahrungen als Milieu definieren oder dass trotz Aktionsende die vorgängigen Ziele weiterhin gelten und dann situativ wieder aufgerufen werden können.

Milieubildungen können ebenso wie Wissen und Wissenssammlungen als Kapital und Ressource im Prozess der Wissenschaftsformierung und nach Zäsuren für die Reetablierung fungieren. Diese Ressourcen sind Teil von Gelegenheitsstrukturen und können strategisch eingesetzt werden, um die Struktur zu verstärken, den Status zu sichern und die Institutionalisierung auszubauen. Verstärkend kam hier noch hinzu, dass zusätzlich auf andere Korporationen zurückgehende Milieubindungen vorhanden waren. Das ermöglichte Effekte einer Milieubildung auch im Bereich des volkskundlichen Wissens, die zeitliche Zäsuren überdauerten. Das anfangs der 1950er-Jahre gegründete neue Ludwig-Uhland-Institut und die 1946 neu etablierte Landesstelle für Volkskunde können so auch als ein Effekt der Milieubildung im Bereich volkskundlichen bzw. ethnografischen Wissens gesehen werden. Die 1958 bzw. 1960 erreichte Wiedereinrichtung des Volkskunde-Lehrstuhls in Tübingen, mit Ruferteilungen zunächst für Hugo Moser und dann Hermann Bausinger⁸⁸, fällt auf den Beginn vom Ende der alten Milieus, die Vorbereitung dieser Berufungen unterlagen aber noch den alten Verbindungen. Das zuständige Ministerium wurde 1958–64 von Gerhard Storz (1898–1983) geleitet, der als Reformminister gelten kann und der als Student zeitweilig Hörer bei Bohnenberger war, Burschenschaftler im Roigel, Studienleiter an der Comburg und jüngerer Bruder von Bohnenbergers Nachlassverwalters Hermann Storz. Was genau ausschlaggebend war, kann und muss nicht bestimmt werden, aber es zeigt nochmals die Milieuverbindungen als eine mögliche Ressource und damit Teil einer Gelegenheitsstruktur, die die Reetablierung ermöglichten.

⁸⁸ Vgl. BESENFELDER, Staatsnotwendige Wissenschaft, S. 480f.

VII. Schluss

1. Bohnenbergers Nachlass

Am Beginn dieser Arbeit stand das Testament von Karl Bohnenberger, darauf wird hier wieder Bezug genommen und nochmals die ersten zwei Abschnitte wiederholt, um mit dem hier aufscheinenden Beziehungsgeflecht das Resümee zu beginnen und den Nachlass im erweiterten Sinn zu betrachten¹: „Im Alter von 88 Jahren verstarb Ende 1951 Prof. Dr. Karl Bohnenberger: Germanist, Dialektologe, Volkskundler, Mitbegründer des Verbands der Vereine für Volkskunde, Ordinarius der Universität Tübingen und so etwas wie eine graue Eminenz nicht nur der Volkskunde in Württemberg. Direkte Verwandte hatte er keine mehr, sein Erbe verteilte sich in der Hauptsache auf Nichten und Neffen aus der Familie seiner Mutter. Er hinterließ einiges an Aktien, Anlagen und Sparvermögen, ein paar Mobilien und Hausrat. Seine Bibliothek hatte er verkauft, die Wohnungseinrichtung größtenteils weggegeben (Anlass war auch das Drängen des Wohnungsamtes) und sein Testament geändert, als er im Jahr zuvor in ein Pflegeheim gezogen war. Sein wissenschaftlicher Nachlass war nicht mehr Gegenstand des letzten Testaments: Seine Sammlungen, seine Schriften und die Korrespondenz waren mit wenigen Ausnahmen schon zuvor an die Landesstelle für Volkskunde und die Universitätsbibliothek Tübingen gegangen. Zu den Ausnahmen zählen die Manuskripte, an denen er noch arbeitete. Postum wurden diese Texte mithilfe seiner letzten Mitarbeiter und Freunde unter dem Titel ‚Die Alemannische Mundart‘ herausgegeben, ein Buch, an dem er nach seiner Emeritierung 1930 und verstärkt in den 1940er-Jahren gearbeitet hatte. Die Publikation einer weiteren Arbeit scheiterte.

Bohnenbergers Testamentsvollstrecker Hermann Storz sah sich mit allerlei mehr oder weniger deutlich vorgebrachten Ansprüchen konfrontiert, die sich aus einem älteren Testament ableiteten, aber nicht mehr eingelöst werden konnten. Er versuchte, diesen Ansprüchen mit einer Gabe zumindest symbolisch nachzukommen, indem er das postume Werk (mit einem eingelegten Porträtfoto von Bohnenberger) allen zum früheren Kreis um Bohnenberger gehörenden Personen, der Verwandtschaft und wichtigen Institutionen zukommen ließ. Auf der erhaltenen Empfängerliste finden sich neben den Verwandten aus den Familien Bilfinger, Paulus und

¹ Die Testamentsunterlagen fanden sich im Nachlass des Tübinger Mundartforschers, Volkskunders und Flurnamensachverständigen Dr. Arno Ruoff (1930–2010), der sie vermutlich von Helmut Dölker erhalten hat, der sie wiederum vom Testamentsvollstrecker Hermann Storz bekam. Herzlichen Dank für die freundliche Erlaubnis zur Einsichtnahme an Ines Ruoff. Alle nicht weiter nachgewiesenen Zitate in diesem Kapitel entstammen diesem bisher nicht verzeichneten Nachlass (NLR), der nicht Teil des brandbeschädigten Archivs des Ludwig-Uhland-Instituts ist.

Magenau die Namen Peter Goessler, Hermann Haering, Theodor Bracher, Rudolf Kapff, Walther Keinath, Helmut Dölker, Hugo Moser, Heinrich Dannenbauer, Fritz Ernst, Ulrich Engel, Wilhelm Pfeleiderer, Otto Springer, Max Lohß, Theodor Hornberger, Adolf Bach, Otto Basler, Karl Ilg, Josef Bihl, Hermann Schneider, die Universitätsbibliothek Tübingen, die Württembergische Landesbibliothek, die Württembergische Landesstelle für Volkskunde, die Badische Landesstelle für Volkskunde, das Deutsche Seminar der Universität Tübingen, das Ludwig-Uhland-Institut, das Statistische Landesamt und die Bibliothek der Roigel/Königs-gesellschaft Roigel – um nur die für die nachfolgenden Ausführungen relevanten Empfänger zu nennen. Viele der Adressaten, die einst zum hier aufgezeigten Beziehungs-bereich gehörten, waren schon verstorben wie Eugen Nägele und Robert Gradmann. Einige sind auch ausgeschlossen worden wie August Lämmle oder waren von jeher ausgeschlossen wie Gustav Bebermeyer.“

Hermann Storz, der von Bohnenberger als zweiter Testamentsbevollmächtigter eingesetzt worden war², arbeitete alle Aufgaben der Testamentsvollstreckung ab, was sich schließlich bis 1960 hinzog. Ihm zur Seite standen Ulrich Engel, Vera Vollmer, die freilich schon 1953 verstarb, und Helmut Dölker. Das vollumfänglich zu schildern wäre interessant, würde aber zu sehr in die Mikroperspektive der Kreise und Beziehungen um Bohnenberger führen. Die hier genannten Personen waren bereits fast alle Gegenstand der Darstellung in den vorigen Kapiteln, bei den bisher nicht Erwähnten handelt es sich meist um germanistisch-volkskundliche Fachkollegen, die die wissenschaftlichen Netzwerke andeuten. Im Folgenden wird zunächst an wenigen Stellen dennoch die Mikroperspektive gewählt, um an Beispielen das Feld mit seinen spezifischen Geschichten zu zeigen und dann in die Makroperspektive zu wechseln und allgemeinere Gesichtspunkte aufzuführen; damit wird also in doppelter Hinsicht nach der „Erbschaft jener Zeiten“³ gefragt, die der Nachlass Bohnenbergers aufscheinen lässt.

² Zunächst war Dr. Albert Mack vorgesehen gewesen. Im letzten Testament wurde er, vermutlich wegen schlechter Gesundheit, durch Storz ersetzt. Mack war laut seiner Spruchkammerakte vor 1933 Mitglied der DVP gewesen und im Kultministerium für Höhere Mädchenschulbildung und neusprachlichen Unterricht zuständig. Vgl. StAL EL 902/20 Bü 86206, Mack, Albert Regierungsdirektor.

³ Wie in der Einleitung bereits erklärt wird damit der Titel von Ernst Blochs Analyse der 1920er-Jahre „Erbschaft dieser Zeit“ umgewandelt.

2. Der Kreis der Erben

Engel, Dölker, Storz und Vollmer gehören mit den Geburtsjahren 1928, 1904, 1890 und 1874 vier unterschiedlichen Generationen an, während Bohnenberger selbst 1863 geboren wurde. Bohnenberger hatte immer wieder neue Menschen für sich gewinnen können, obwohl er als zurückhaltend und unnahbar galt. Vielleicht machte ihn das besonders anziehend für Menschen bzw. Männer, die nach einem ungewöhnlichen Kreis suchten. Vielleicht war die Entstehung dieses Kreises weniger eine Folge von Bohnenbergers Bemühen um andere als vielmehr Ergebnis der Suche der anderen nach einer Leitfigur, die ihn zu einer solchen machte⁴. Vera Vollmer aber, ledige Ministerialrätin für das Mädchenschulwesen, fällt in dieser bisher rein männlichen Geschichte auf. Sie war als Tochter eines höheren Bediensteten am Hof in Stuttgart aufgewachsen, sie wird als großbürgerlich im Habitus und entschieden im Auftreten geschildert. Herzogin Wera, die Adoptivtochter des Königs-paares, war ihre Patin. Vera Vollmer absolvierte zunächst von 1896 bis 1899 eine Ausbildung am Lehrerinnenseminar, eine Option, die Frauen damals erstmals offenstand. Sie war – im Alter von über 30 Jahren – eine der ersten Frauen, die zum Lehramtsstudium zugelassen wurden, und damit 1907 bis 1910 Hörerin bei Bohnenberger. Vera Vollmer legte die Staatsexamina in Tübingen ab und promovierte 1914 bei Fischer. Sie war einige Jahre Mitglied der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP), wie auch Theodor Bracher, Ministerpräsident Hieber, Theodor Heuss und Theodor Bäuerle. Während der NS-Zeit trat sie der NSDAP bei. Sie arbeitete vor und nach ihrem Studium als Lehrerin, ab 1919 war sie im Kultministerium leitend für die Frauen- und Mädchenbildung tätig, wo sie – nach einer kriegsbedingten Dienstverlängerung – als Ministerialrätin 1942 in den Ruhestand trat⁵. Dölker nannte Vera Vollmer „unsere gemeinsame Helferin und treue Ver-ehrerin des alten Boha“⁶. Sie galt als ein wichtiger Kontakt in die Schulministerial-bürokratie, ähnlich wie Albert Mack, mit dem sie auch eine Zuständigkeit teilte, und der ältere Theodor Bracher. Es gab zwar weitere Studentinnen bei Bohnen-berger, die aber in den Nachlassakten von Bohnenberger nur als dann spätere Ehe-frauen von Verwandten oder anderen ehemaligen Studenten erwähnt werden. Die Geschichte volkswissenschaftlichen Wissens in Württemberg bis 1950 hat fast keine sicht-baren weiblichen Akteure, schon gar nicht in den Kreisen um Bohnenberger. Im Universitätsinstitut sah das etwas anders aus, aber das ist hier nicht Gegenstand näherer Untersuchung. Diese geradezu männerbündischen Verhältnisse brachen

⁴ Insofern ist es auch ein Kreis ohne Meister, wie Ulrich Raulff dies für Stefan Georges Anhängerschaft herausgearbeitet hat, allerdings nicht in dessen elitärem Anspruch und Wir-ken, wohl aber in der Bandbreite und in der eher verdeckten Nachwirkungsgeschichte. Vgl. RAULFF, Kreis.

⁵ Vgl. RETZLAFF-MAHLSTEDT, Vera Vollmer.

⁶ Schreiben von Dölker an Storz vom 14. Januar 1953 anlässlich der Nachricht von Vollmers Schlaganfall. „Boha“ war die gebräuchliche Abkürzung für Bohnenberger unter Freunden und Schülern.

nach dem Zweiten Weltkrieg mit der steigenden Zahl weiblicher Studierender langsam etwas auf. Vera Vollmer, die in Germanistik promoviert war, verstand sich auch als Volkskundlerin und Volksbildnerin und war in vielerlei Hinsicht eine Pionierin. Sie hatte sich in der Zeit bis zu ihrem Schlaganfall noch öfter mit dem engeren Kreis in Tübingen getroffen, um den Nachlass zu ordnen.

Dölker und Engel waren über ihre jeweilige wissenschaftliche Tätigkeit hinaus, die sie als wissenschaftliche Erben Bohnenbergers ausweist, für die Memoria, die Erinnerungsarbeit an Bohnenberger, zuständig, die von ihren Schriften dominiert wird. Dölker verfasste eine Reihe von unterschiedlich ausführlichen Nachrufen auf Bohnenberger, jeweils angepasst an die unterschiedlichen Publikationen. Engel erarbeitete später auf dieser Grundlage und seiner eigenen Erinnerungen in der Festschrift für Dölker den langen biografischen Bericht über Bohnenberger. Über Dölker als „Erben“ wurde in den letzten Kapiteln ja schon ausführlich berichtet. Bohnenberger gewährte Engel für seine Hilfstätigkeiten eine monatliche Unterstützung für dessen Studium, außerdem erhielt er aus Bohnenbergers Nachlass zusätzlich eine entsprechende Summe und Gegenstände. Engel, der später Professor für Germanistik in Bonn war, steht auch für die enge Beziehung, die Bohnenberger zu seiner Burschenschaft hatte und die er auch auf die Söhne anderer Alter Herren ausdehnte. Wie in Kap. VI gezeigt wurde, waren etliche dieser Akteure über jene Burschenschaften miteinander verbunden, sie bildeten gewissermaßen einen eigenen Kreis an Akteuren im volkskundlichen Feld dieser Zeit. Manche von ihnen zählten zum inneren Kreis, andere standen eher an der Peripherie.

Hermann Storz gehörte in jenen inneren Kreis, er repräsentierte den idealtypischen Schüler und späteren Freund. Aus einer Pfarrersfamilie stammend, vielseitig interessiert und ausgesprochen sportlich – er ritt, war militärisch ausgebildet, wollte eine Offizierslaufbahn beginnen⁷, wurde er dann aber doch Pfarrer und Lehrer und absolvierte im evangelischen Bildungswesen eine ansehnliche Karriere, die als Ephorus im Seminar in Urach endete, ein in der Kirchenhierarchie durchaus angesehener Posten, den vor ihm Rudolf Kapff (s. „Volkskundliche Überlieferungen“, Kap. IV, V) innehatte. Storz verhielt sich Bohnenberger gegenüber fürsorglich, das ist in den Briefen rund um die Nachlassverwaltung zu spüren, und er bemühte sich sehr, es allen recht zu machen und alle miteinzubeziehen, die im Leben Bohnenbergers eine Rolle gespielt hatten. Das Buchgeschenk, das er 1953 an die Mitglieder dieses Beziehungsnetzwerks verteilen ließ, gehörte sicher dazu. Bohnenberger hatte seit Langem an dieser Studie gearbeitet. Goessler und Dölker hatten dafür bei der Historischen Kommission Geld eingeworben, Hugo Moser hatte sich um die Herausgabe bemüht und Engel war als Bohnenbergers studentischer Betreuer ebenfalls miteinbezogen. Storz hatte eine Liste der vorgesehenen Empfängerinnen und Empfänger erstellt, und es kamen noch weitere Anwärter dazu, die von dem Buch gehört hatten und es gerne geschenkt bekommen oder zu

⁷ Diese Einschätzung geht auf die Lebenserinnerungen seines jüngeren Bruders Gerhard zurück, der seinen Bruder Hermann an wenigen Stellen erwähnt. Vgl. STORZ, Im Lauf.

einem reduzierten Preis erwerben wollten, etwa Rudolf Bilfinger, der zwar eigentlich zum erweiterten Erbenkreis mütterlicherseits gehörte, aber zunächst nicht als Buchempfänger vorgesehen war. Bilfinger war zwar Roigel-Mitglied, aber Jurist. In dieser Sache schrieb Engel nach einem Treffen mit Bilfinger am 24. Oktober 1953 an Storz, damit dieser Bilfinger mit einem Buch versorgen solle. Storz ließ ihm ein Exemplar zukommen und schrieb dazu: „Lieber Freund! [...] übersende ich Dir hiermit das Buch zugleich als verspäteten Willkommensgruss in der Heimat.“ Bilfinger antwortete: „Lieber Storz! Ich danke Dir sehr für die Uebersendung des Buches von Boh. und Deine guten Wünsche. Meine Frau und ich freuen uns sehr über das Buch. Als Student habe ich meinen guten Onkel Boh. auf vielen Wanderungen im Schwarzwald und auf der Alb und auch auf einigen Reisen in der Schweiz begleitet. Meine Frau war einst als Studentin im Kolleg bei ihm. Ich bin jetzt seit zwei Monaten wieder im Staatsdienst beim Verwaltungsgericht in Stuttgart [...]. Gesundheitlich geht es mir zum Glück ganz ordentlich, die Nachwirkungen der langen Gefangenschaft sind schneller verschwunden als ich befürchtet hatte. Mit herzlichem Gruss Dein Rudolf Bilfinger“

Drei Dinge daran sind wichtig: Die Wanderungen und Reisen Bohnenbergers in Begleitung von Freunden und Schülern sind fester Bestandteil der Berichte über ihn, so wie hier auch, außerdem enthält der Brief einen Hinweis auf Studentinnen bei Bohnenberger. Darüber hinaus ist die erwähnte Gefangenschaft, aus der Bilfinger im Juli 1953 entlassen worden war, ein Hinweis auf die Vielfalt der Schicksale der Kriegs- und Nachkriegszeit, die natürlich auch in diesem Feld eine Rolle spielten bis hin zu ihren Extremen. Ob Bohnenberger und Storz einschätzen konnten, was der Grund für Bilfingers lange Gefangenschaft gewesen war? Bilfinger behauptete zumindest, dass Bohnenberger zu Lebzeiten Anteil an seinem Schicksal während der Gefangenschaft genommen habe⁸. Bilfinger (1903–1996) war ab 1945 in Frankreich interniert gewesen und 1953 in einem Kriegsverbrecherprozess in Bordeaux zu acht Jahren Gefängnis verurteilt worden, diese wurden auf die Untersuchungshaft angerechnet. Bilfinger konnte in das neugegründete Baden-Württemberg zurückkehren, wo er wieder in den Staatsdienst übernommen wurde⁹. Die Urteilsbegründung „Verbrechensvereinigung und Freiheitsberaubung“¹⁰ sagt relativ wenig aus über die steile Karriere, die Bilfinger, der seit 1923 NSDAP-Mitglied gewesen war, im NS-System gemacht und die ihn über die Stuttgarter Sicherheitspolizei und Gestapo ins Reichssicherheitshauptamt gebracht hatte: Er war Teilnehmer nachweislich mindestens einer Wannseerachfolgekonferenz gewesen und hatte das Einsatzkommando des Sicherheitsdienstes in Toulouse geleitet. Später wurde er Verwaltungsleiter beim Befehlshaber des Sicherheitsdienstes in Krakau. Daraus ergaben sich sicher genug Gründe, ihn wegen Kriegsverbrechen zu verurteilen. In

⁸ Bilfinger an Storz: NLR.

⁹ Daten zu Bilfinger http://de.wikipedia.org/wiki/Rudolf_Bilfinger [20. 7. 2017].

¹⁰ Vgl. <http://www.geschichtsort-hotel-silber.de/polizei-im-silber/1945-1984/voellige-reintegration-die-ehemaligen-gestapo-mitarbeiter-ab-1950/> [20. 7. 2017].

der Bundesrepublik Deutschland jedoch war zum Zeitpunkt von Bilfingers Rückkehr die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit NS-Verbrechen, die im Ausland verübt worden waren, unterblieben; die im Ausland geführten Prozesse gegen NS-Verbrecher – die Gerichtsbarkeit darüber hatten die Alliierten übernommen, die Prozesse wurden meist in den jeweiligen Ländern geführt – wurden in Deutschland vermutlich als Siegerjustiz diffamiert. Das änderte sich erst Anfang der 1960er-Jahre, Bilfinger musste auf Druck der Öffentlichkeit von seinem Amt als Oberverwaltungsgerichtsrat beim Verwaltungsgerichtshof Mannheim zurücktreten. Bei der beginnenden Auseinandersetzung um Bilfinger wurde deutlich, dass das vorgeetzte Justizministerium über dessen Haft und die Haftgründe informiert und dies eben intern keineswegs ein Geheimnis war. Bilfingers berufliche Wiedereingliederung gilt als zeittypisch und wird in der Literatur an mehreren Stellen erwähnt, ohne weiter auf seine Biografie einzugehen¹¹. Michael Ruck rückt ihn in der Verhaltensskala der freiwilligen Mitarbeit am NS-Regime und dessen Administration an den einen Rand der extremen Erscheinungen, an dessen anderem Rand er Beamte verortet, die sich durch widerständiges Verhalten wenig miteinbeziehen ließen oder den Dienst quittierten¹².

Zur Spannweite der unterschiedlichen biografischen Verläufe rund um den Bohnenbergerkreis gehörten auch bisher unbekannte Personen: Josef Konrad Ludwig Bihl gehörte zu ihnen. Auch er bekommt ein Exemplar der „Alemannischen Mundart“ zugeschickt und bedankt sich mit einem Brief:

„Sehr geehrter Herr Ephorus! Es war mir eine große Freude und Ehre, von Prof. H. Dölker in Ihrem Auftrag Karl Bohnenbergers letzte große Arbeit ‚Die alemannische Mundart‘ überreicht zu erhalten.

Professor Bohnenberger war in den Jahren 1910–15 mein kundiger, verständnisvoller und verehrter Lehrer und, damals und späterhin, mein Freund, dessen unerschütterliche Treue mir während der für mich überaus qualvollen Jahre nazistischen Wahnsinns ein großer Halt und eine seltene Stärkung war.

Ich habe bei meiner Lektüre des Buches im Geiste an Bohnenbergers Wanderungen durch die schwäbische Landschaft teilgenommen und mich an seine fast unerhörte Kenntnis der historischen und kulturellen Zusammenhänge erinnert, die im Kolleg und Gespräch natürlich unvergleichlich wärmer und eindrucksvoller wirkte als im geschriebenen, bzw. gedruckten Wort.

Ich danke Ihnen aufrichtig für die Übersendung des Buches. Es ist mir ein kostbares Andenken an einen hervorragenden Lehrer und Germanisten, der mir in Freundschaft verbunden war. *Verae amicitiae sempiternae sunt. Requiescat in pace.*

Mit freundlicher Begrüßung Ihr ergebener JKL Bihl.“

¹¹ Vgl. dazu BRUNNER, Lebenswege.

¹² Vgl. RUCK, Korpsgeist, S.229f.

Der Name Josef Bihl war bisher nirgendwo aufgetaucht, entsprechend überraschend war dieser Fund und die Recherche zu seiner Person¹³. Josef Bihl (geb. 1892, Sterbedatum bisher unbekannt) war wie Vera Vollmer im Alten Schloss in Stuttgart aufgewachsen, wo sein Vater als königlicher Kellermeister tätig war. Schule und Abitur absolvierte er am Karls-Gymnasium in Stuttgart. Laut den Immatrikulations- und Studentenakten der Universität Tübingen begann Bihl zum Wintersemester 1910 sein Studium der neueren Sprachen in Tübingen. Mit ihm zusammen immatrikuliert wurden der Sohn von Robert Gradmann, Hans Gradmann, und der Sohn von Finanzrat Martin Bilfinger, Rudolf Bilfinger. Ob Bihl einer Burschenschaft angehörte, war nicht zu ermitteln, aber am akademischen Reiten nahm er nachweislich teil¹⁴. Bihl wechselte 1912 nach München, kam dann wieder nach Tübingen zurück, wo er 1915 und 1916 die Staatsexamina ablegte und in englischer Philologie mit einer vielbeachteten Arbeit über Chaucer promoviert wurde¹⁵. Er begann eine vielversprechende Karriere als Gymnasiallehrer und war zugleich nebenamtlich im Kultministerium für die Förderung des neusprachlichen Unterrichts tätig. Mit Unterstützung des Ministeriums war Bihl alle zwei Jahre auf Fortbildung in England und initiierte Schülerfahrten dorthin¹⁶. 1927 schließlich war er im renommierten Eberhard-Ludwig-Gymnasium in Stuttgart als Lehrer tätig, dort wurde er zehn Jahre später aus dem Beamtendienst entlassen. Diese Informationen kann man seiner rekonstruierten Personalakte entnehmen, die anlässlich der juristischen Auseinandersetzungen über seine Ruhestandsbezüge um 1955 angelegt wurde¹⁷. Bihl forderte eine höhere Einstufung seiner Pensionsbezüge mit dem Argument, dass er, wenn er im Schuldienst geblieben wäre, als Oberstudienleiter pensioniert worden wäre. Bihl legt dar, warum er unter dem NS-Regime aus dem Schuldienst ausscheiden musste: „Mit Ablauf des Monats Oktober 1937 wurde ich auf Grund des § 6 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums in Wahrheit wegen der nichtarischen Herkunft meiner Frau, in den Ruhestand versetzt mit einem Ruhegehalt von 5599,80 Rm¹⁸ [...]. In dem genannten Betrag waren Zulagen für meine zwei Kinder enthalten: Uta, geb. 3. Jan. 1922 und Marie Eva, geb. 2. Januar 1926. Da mir die damalige Regierung ausserdem jede

¹³ Im engeren Schüler- und Freundeskreis um Bohnenberger taucht der Name Bihl ein weiteres Mal auf, der hier schon als Herausgeber der Festschrift und zum Roigel-Milieu gehörig vorgestellt wurde: Hans Bihl (1908–1944), Jurist und Bibliothekar, aber nicht verwandt mit Josef Bihl. Hans Bihls Witwe Liselotte (ebenfalls Bibliothekarin) und seine Kinder wurden von Bohnenberger unterstützt und erhielten ein Legat aus dem Erbvermögen.

¹⁴ UAT 258/1395 und Einschreibebücher.

¹⁵ BIHL, Die Gestalt.

¹⁶ Das könnte einer der näheren Bezugspunkte zu Dölker sein, der auch Anglist war, an diesen Schülerfahrten teilgenommen hatte und später selbst solche Fahrten organisierte.

¹⁷ Vgl. StAL E 203 I Bü 2020, Personalakte Josef Bihl. Die ursprünglichen Personalakten gibt es nicht mehr, da Reichsstatthalter Murr bei Kriegsende angeordnet habe, die Akten der vom Naziterror Gemäßregelten zu vernichten. Dieser Hinweis ist dem letzten Blatt in der Akte zu entnehmen.

¹⁸ Das entsprach in etwa der Hälfte der Bezüge.

Betätigung in meinem eigenen oder verwandten Gebieten abschnitt und die Gefahr weiterer Verfolgung offensichtlich war, habe ich mich an 22. August 1939 nach den Vereinigten Staaten begeben, um eine vorläufige einjährige Lektorenstelle zu übernehmen. In der Gewissheit, dass meiner Frau das Schlimmste bevorstehe, habe ich sie im Frühjahr 1940 nach den Staaten herüberkommen lassen.“¹⁹

Bihl gibt auch an, dass ihm schon vor seiner Entlassung mitgeteilt worden sei, dass er als „aktiver Katholik und jüdisch-Versippter“²⁰ keine Chance im NS-System habe. Nach mühsamen Anfängen brachte es Bihl auf eine Professorenstelle an der Wayne University in Detroit, Michigan, einer der großen Universitäten der USA. In einem Erinnerungsbuch der Universität wird er als Fachmann für „Grammar, Composition and Cultural History“ bezeichnet²¹. Zu seinen Veröffentlichungen in diesen Jahren gehören sprach- und landeskundliche Studienbücher über Deutschland²², die heute in keiner südwestdeutschen Bibliothek zu finden sind²³. Seine Bücher wurden im „German Quarterly“ besprochen, der renommierten Zeitschrift der amerikanischen Germanisten, in der er auch selbst Rezensionen veröffentlichte²⁴. Bei Bihls im Internet online einsehbaren Werken ist der philologisch-ethnografische Zug der Bohnenberger-Schule durchaus erkennbar, der von ihm in der Emigration weiter gepflegt wurde.

Bihl gab an, dass Albert Mack sein zuständiger Vorgesetzter im Ministerium gewesen sei, und der hätte die Sache mit seiner verhinderten Karriere so beurteilt wie er. Leider starb Mack bereits 1952, und der ebenfalls als Gutachter infrage kommende Bracher war schwer erkrankt. Schließlich wurde ein früherer Mitarbeiter Brachers aus der NS-Zeit aufgefunden, der die Vorgänge um Bihls Entlassung rekonstruierte. Am Ende erhielt Bihl die geforderte Einstufung und damit Pensionszahlungen entsprechend dem Rang eines Oberstudiendirektors. Diese Auseinandersetzungen zogen sich eine Weile hin, aber er bekam am Ende immerhin Recht. Eine Wiedereingliederung in die deutsche Gesellschaft wie für Bilfinger hatte es für Bihl, seit 1945 amerikanischer Staatsbürger, allerdings nicht gegeben, er blieb wohl in den USA²⁵.

Anhand der kurzen Geschichte dieser Lebensläufe, die beide zum Bohnenberger-Kreis gehörten, wird einmal mehr deutlich, wie weit das Feld reichen konnte;

¹⁹ StAL E 203 I Bü 2020, Schriftstück Nr. 10.

²⁰ Ebd.

²¹ Vgl. BOHM/PENTECOST, *Reminiscence*, S. 68.

²² Vgl. BIHL, *Alltagsdeutsch*; DERS., *German One*; DERS., *In deutschen Landen*.

²³ Zusätzlich zum elektronischen Verzeichnis KVK wurden die online verfügbaren alten Zettelkataloge der Landesbibliothek Stuttgart und der Universitätsbibliothek Tübingen ergebnislos gesichtet.

²⁴ So unter der Rubrik „Folklore“ über Josef Hanikas *Volkkundliche Wandlungen durch Heimatverlust und Zwangswanderung*. Salzburg 1957. In: *German Quarterly* 33 (1969) 1, S. 79–81.

²⁵ Einen kleinen überraschenden Zufallsfund machte ich im Register der „Schwäbischen Heimat“, hier hat Bihl wie eigentlich alle volkswissenschaftlichen Akteure und Akteurinnen einmal einen Artikel veröffentlicht. Vgl. BIHL, *Europa*.

und dass die Exilierten als Beiträger und Rezensenten über die amerikanischen Zeitschriften noch am volkswissenschaftlichen Geschehen teilnahmen, aber in Deutschland offensichtlich nicht mehr wahrgenommen wurden. Storz und Dölker hatten ein gutes Gedächtnis und versuchten noch alle einzubeziehen, aber danach verlor sich die Erinnerung. Beide waren aber auch ziemlich tolerant oder ignorant, was die politisch Belasteten dieser Zeit anging. Das teilten sie aber mit der damaligen Gesellschaft. Erst durch die Frankfurter Auschwitzprozesse ab 1963 und die Zuständigkeit der deutschen Gerichte auch für Verbrechen im Ausland gelangten die NS-Verbrechen in die Wahrnehmung der bundesdeutschen Öffentlichkeit. Die Auseinandersetzungen der unmittelbaren Nachkriegszeit, das wurde im vorigen Kapitel über die Vorgänge um die Historische Kommission deutlich, fanden um 1950 ein Ende.

In den Unterlagen zu Bohnenbergers Nachlass finden sich neben Zeitungsausschnitten, Nachrufen und Sonderdrucken auch zwei Texte von Hermann Storz' bereits im letzten Kapitel erwähnten jüngeren Bruder Gerhard Storz aus der Monatszeitschrift „Die Wandlung“, zu dessen Herausgebern neben diesem auch Karl Jaspers und Dolf Sternberger gehörten²⁶. Diese von 1945 bis 1949 erscheinende Zeitschrift hatte die geistige Resozialisierung der deutschen Gesellschaft zum Ziel im Sinne einer geistigen Erneuerung und des Humanismus. Zusammen mit Sternberger und Wilhelm Süskind veröffentlichte Storz 1957 die mehrfach neu aufgelegte Sprach- und Ideologiekritik „Aus dem Wörterbuch des Unmenschen“²⁷.

Gerhard Storz, noch im Altmilieu der 1920er-Jahre sozialisiert, war eine Übergangsfigur, ähnlich wie Carlo Schmid, mit dem er befreundet war. Storz' publizistische wie auch seine berufliche Tätigkeit nach dem Krieg wollten zur geistigen Entnazifizierung beitragen. Er trat damit gleich in mehrfacher Hinsicht das Erbe Theodor Bäuerles an als Studienleiter auf der Comburg und später als einer von dessen Nachfolgern im Amt des Kult(us)ministers; unter Storz' Ägide begannen die großen Bildungsreformen. Dass Storz genau zu dem Zeitpunkt, als sich die Volkskunde mit der Lehrstuhlschaffung und -besetzung an der Universität endgültig restrukturierte und mit innovativen wissenschaftlichen Projekten stabilisierte, dem zuständigen Ministerium vorstand, wird kein Zufall gewesen sein, sondern war Teil der Gelegenheitsstrukturen, zu denen Transaktionsräume, Milieubeziehungen in verschiedene öffentliche Institutionen und Korporationen und geteilte Einstellungen gehören. Diese Gelegenheitsstrukturen gehören auch zum Erbe, das die Ära Bohnenberger und davor die Verbindung mit dem behördlichen Wissen eingebracht hat. Alle Akteure dieser Gelegenheitsstrukturen wurden mit dem Buchgeschenk aus Bohnenbergers Nachlass bedacht. Der Kreis wurde in gewisser Weise wieder geschlossen und ließ sich hier durch die Nachlassgeschichte für heute wieder erschließen. Mit dem Generationenwechsel in den 1960er-Jahren verlor sich das Wissen über diesen Kreis, was nicht außergewöhnlich ist. Verwunderlich bleibt,

²⁶ Vgl. [http://de.wikipedia.org/wiki/Die_Wandlung_\(Monatszeitschrift\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Die_Wandlung_(Monatszeitschrift)) [20.7.2017].

²⁷ STERNBERGER/STORZ/SÜSKIND, Aus dem Wörterbuch.

dass Karl Bohnenberger sich damit nicht in der Fachgeschichte verankern konnte, obwohl er doch als einer der ersten eine volkskundliche Professur als Teildenomination innehatte, wie dies auch bei Otto Laufer und anderen bekannteren Vertretern der Fall war (die ersten Vollprofessuren gab es erst 1933). Das sollte zukünftig besser im Fachgeschichtsdiskurs beachtet werden.

3. Vom Wissen zur Wissenschaft – eine Archäologie

Auf diese Weise könnte man die Mikrostruktur der Vorgänge um die Etablierung der Volkskunde als Wissenschaft in Württemberg noch weiter zerlegen, dabei würden sicher noch zahlreiche weitere erhellende Zusammenhänge deutlich werden und es würden immer auch neue Zusammenhänge auftauchen, die nicht beachtet wurden. Die Makroebene zeigt sich am Beispiel der Nachlassgeschichte aber ebenfalls, denn die dort bedachten Institutionen stehen für die Wegstrecke, die genommen wurde, und für die Austauschbeziehungen, die Transaktionsräume, Strategien und Ressourcen, die vom volkskundlichen Wissen im Bureau bis hin zur universitären Etablierung reichen. Wie nicht anders zu erwarten, wurden die Verhältnisse auf der Mikroebene der Austauschbeziehungen immer spezifischer, persönlicher, gewissermaßen württembergischer, auf der Makroebene wurde es dagegen zunehmend politischer, universitärer, struktureller und verallgemeinerbarer. Gerade in der Beachtung und Analyse beider Ebenen sollte ein Zugewinn an Erkenntnis über die Etablierung einer Wissenschaft erzeugt werden. Es sollte weder eine reine Personengeschichte noch eine reine Strukturgeschichte erzählt, vielmehr sollten die vielfältigen Praxisformen und Austauschbeziehungen der Akteure deutlich werden. Ziel war, die Generierung und den Transfer von Wissen im Prozess der Verwissenschaftlichung nachzuvollziehen und auch über den fachgeschichtlichen Ertrag hinaus letztlich die Frage zu klären, ob der Weg vom Wissen zur Wissenschaft führt bzw. ob der Entstehungszusammenhang von Wissenschaft als ein solcher Weg adäquat beschrieben werden kann.

Zur Klärung dieser Fragen schritt diese Studie im Sinne einer Wissensarchäologie, die sich nicht auf die Diskursebene beschränkte, die wichtigen Entstehungszusammenhänge der Gelegenheitsstrukturen in sechs Kapiteln ab. Sie begann im Statistisch-topographischen Bureau mit der Vor-Geschichte ethnografischen Wissens um 1820, untersuchte dann den Aufstieg des „Volks“ als Konzept und Untersuchungsgegenstand um 1860, verfolgte die Sammlungsunternehmungen und ihre gesellschaftliche und organisatorische Verankerung um 1900, beobachtete die Formierung von Wissen und Akteuren zu neuen Institutionen um 1920, um dann mit einer Analyse der dabei entstandenen und entstehenden förderlichen Verbindungen von und in verschiedenen Milieus um 1950 zu enden. Da jedes Kapitel in Gestalt der Zwischenresümees jeweils eine ausführliche Zusammenfassung erhalten hat, soll hier nicht noch einmal kleinteilig deren Ertrag rekapituliert werden.

In jedem Kapitel wurde deutlich, dass der jeweils dargestellte Aspekt eigentlich schon allein für die Etablierung volkskundlicher Wissenschaft hätte erfolgreich sein können und es deshalb auch nicht falsch war und ist, die Geschichte von den jeweiligen Konstellationen aus zu erzählen. In der Abfolge der Ereignisse zeigte sich aber genauso, dass es viele Aspekte sind, die letztlich zusammenkommen mussten, um ein Ressourcenensemble und damit kulturelles und soziales Kapital anzusammeln, das eine stabilisierende Wirkung erzeugen konnte. Dies wiederum macht es unmöglich zu entscheiden, was der eigentliche oder gar spezifische Er-

folgsfaktor für die Etablierung des Fachs überhaupt war – ganz abgesehen von den Brüchen und Misserfolgen, die es ebenfalls gab. Man kann diese aber als Elemente der Gelegenheitsstruktur isolieren und benennen, so wie dies in den Einzelkapiteln vorgenommen wurde. Nimmt man die Hauptperspektive dieser Studie, nämlich auf vielfache Weise und an vielen Stellen, eben multi-sited, dem Wissen, den Akteuren und Praktiken zu folgen und im Sinne einer Wissensarchäologie an entscheidende Verdichtungspunkte der Geschichte zu gelangen, so gewinnt etwas, das man ethnografische Tradition nennen könnte, eine neue Tiefenschärfe. Diese Tradition zeigt sich weniger in einem originären Methodenensemble, sondern in einem höchst widersprüchlichen Konzept von leutselig-philanthropisch-aufklärerischem Engagement für Wissen einerseits und der Bereitstellung von Wissen für die Durchsetzung von Herrschaft andererseits. Schon am Beginn der Verwissenschaftlichung im noch nicht disziplinar festgelegten wissenschaftlichen Raum der großen Forschungsreisen ist dies nachvollziehbar²⁸ und zeigt sich im regionalen, hier württembergischen, Rahmen einer durch Ressortforschung geförderten und tendenziell auf den Staatsraum verengten Volkskunde im Dienst der Identitätspolitik genauso. Daraus konnte andererseits der Handlungsraum dafür gewonnen werden, sich mit der Produktion von Wissen in beiden Bereichen als öffentlichkeitswirksam und staatsnah zu verankern und damit als Wissenschaft zu etablieren.

Der lange Untersuchungszeitraum und die gewählte Perspektive auf das Wissen macht aber noch eine andere Sichtweise möglich, nämlich die aus dem Spezifischen gewonnenen Einsichten auf Aspekte allgemeiner Bedingungen der Möglichkeit zur Etablierung einer Wissenschaft. Die Untersuchung von Gelegenheitsstrukturen, Wissenshandlungen und Austauschbeziehungen sind daher Aspekte dieser Studie, die sich über den fachlichen Ertrag hinaus für eine vergleichende (historische) Wissensforschung anbieten. Denn wenn Wissen das Produkt wissenschaftsförmiger Handlungen ist, das als Kapital und Ressource in Austauschprozessen erzeugt und ausgetauscht wird, dann muss das für alle Wissenschaften gelten. In diesem Sinne hat die Geschichte der aus regionaler Ethnografie entwickelten Volkskunde gezeigt, dass die Produktion von Wissen selbst in einer sehr spezifischen Situation der Erkenntnisinteressen immer im Austausch mit anderen Wissensproduktionen steht. Sie macht dabei auch Anleihen bei Methodik und Theorie anderer und passt diese für sich an. Dadurch entsteht eine ganze Reihe von allelopoietischen²⁹ (im Sinne von sich gegenseitig hervorbringenden) Beziehungen zwischen Wissensbereichen. Wissenschaft als sozialer Prozess beinhaltet nicht nur die „eigenen“ Akteure und Praktiken, sondern bezieht sich immer auch auf den Austausch mit anderen Wissensbereichen. Zu den Beziehungen gehört neben anderen wissenschaftlichen Wissensbereichen auch Gesellschaft, Politik und der Staat. Selbstbeauftragung, Be-

²⁸ Marcus Köhler hat das in seiner Studie zur russischen Ethnografie als einen Grenzbereich der Sphären, in dem vieles möglich ist, der aber auch durch Herrschaftsinteressen limitiert werden kann, herausgearbeitet. Vgl. KÖHLER, Russische Ethnographie.

²⁹ Dieser im SFB 644 „Transformationen der Antike“ entwickelte Begriff wird hier transformativ übernommen.

auftragung und Nützlichkeitsversprechen sind Teil von Transferbeziehungen zwischen diesen Bereichen. Als ebenfalls verallgemeinerbar kann daher die Staatsnähe, im Sinne von Herrschaftsnähe, von auf Wissenschaft zielender Wissensproduktion angesehen werden, da sie sich ohne die Förderung durch den Staat nicht als Wissenschaft etablieren kann. Die Behördenforschung kann dabei zusätzlich als Etablierungsmöglichkeit auftreten, indem sie selbst die Wissensproduktion professionalisieren kann und ihren zusätzlichen Bedarf an wissenschaftsförmigen Handlungen bzw. an Wissensgenerierung durch geeignete Zuarbeit absichert.

Diese Wissensproduktion erzeugt Gelegenheiten, die Akteure nutzen können, um ihre Profession voranzutreiben, weitere Gelegenheiten zu schaffen und eine dafür günstige Umgebung aufzusuchen, die einen Bedarf an deren Expertise hat. All dies muss als Ausbau einer Gelegenheitsstruktur betrachtet werden, die aus Handlungsmöglichkeiten, aber auch aus Personen, Machtkonstellationen und letztlich aus Diskursen bzw. den sich aus ihnen ergebenden Nachfragen nach spezifischem Wissen bestehen kann. Gelegenheitsstruktur ist also vorhanden, und sie wird gleichzeitig stets performativ neu gebildet und im günstigen Fall verstärkt. Wissen ist zwar eine Grundvoraussetzung für die Etablierung einer Wissenschaft, aber erst der strategische Umgang mit Wissen, der Aufbau der dafür notwendigen Ressourcen und die durch Politik und Gesellschaft zur Verfügung gestellten Gelegenheiten führen zur Etablierung einer Wissenschaft. Sie schaffen im besten Falle eine so feste Verbindung, dass auch Re-Etablierungen gelingen können. Die Geschichte regionaler Ethnografie zeigt beispielhaft, wie Wissen zu Wissenschaft werden kann.

Namen- und Sachregister

Bei der Erstellung des Registers wurden die Vornamen von Personen mit vertretbarem Aufwand so weit wie möglich eruiert.

- Academie Celtique 25, 49
Achenwall, Gottfried 44, 67
Adelung, Johann Christoph 127, 142
Agamben, Giorgio 20
Akademie 23, 49, 80f., 140, 154, 172, 255, 286, 293
Akademie der Wissenschaften 26, 28, 36, 37, 44, 126, 139, 140, 152f., 184, 255
Alberti, Otto von 123
Altertümersammlung 96, 185, 204, 217
Altmilieu 241f., 246, 251, 267, 277, 283, 286, 297, 307
Altwürttemberg 59, 150
Amerika 11, 78, 271, 277, 306f.
Amt für Denkmalschutz 215
Anleitung 47, 49f., 53, 55, 57f., 74, 98f., 125f., 130–133, 144, 148, 162, 175f., 200, 211, 237f.
Applegate, Celia 18, 129
Archivüberlieferung 15
Ash, Mitchell G. 8
Atlas der Volkskunde 12, 18, 174, 185, 205, 238f., 241, 243, 249, 290
Aubin, Hermann 239
Auerbach, Berthold 12, 119, 294
Aufschreibesystem 50, 89, 96, 136, 243
Ausfuhrschutz 209
Auslandsdeutsche 17, 225, 230
Austauschbeziehungen 6, 23, 67f., 76, 127, 157, 208, 267, 269, 297f., 309f.
Austauschkapital 8

Baarverein 192
Bach, Adolf 1, 240, 300
Bächtold-Stäubli, Hans 239
Backnang 218, 233, 263
Bad Boll 265
Baden 18, 168, 183, 189, 210, 238f., 255, 271, 294
Baden-Württemberg 7, 9, 15, 48, 156, 162, 211, 246, 248, 271, 283f., 296, 303
Badische Historische Kommission 255
Bagus, Anita 11, 187, 192, 198, 293

Bannwarth, Postdirektor 194
Bartels, Hans 183
Basler, Otto 1, 300
Bäuerle, Theodor 190f., 196, 204f., 224, 261–265, 275–278, 280f., 286f., 289, 296f., 301, 307
Bauer, Sebastian, Dekan 97, 114
Baum, Julius 219, 246
Baur, Dr. Carl von, Bergrat 123
Bausinger, Hermann 12, 26, 86, 264, 287, 289, 292, 298
Bayern 45, 77, 127, 130f., 168
Bazille, Wilhelm 208, 218, 251
Bazing, Hugo 148f., 164
Bebenhausen 95
Bebermeyer, Gustav 2, 204–206, 208, 241, 249–253, 258, 268, 275, 278, 292, 300
Behn, Friedrich 273f.
Behördenforschung 6, 9, 16, 28, 68f., 126, 134, 136, 182, 311
Beitl, Richard 228
Bekanntmachungen 29, 33
Belsen 98, 101, 107f., 112–115, 119
Bendix, Regina 27
Berlin 5, 111, 154, 190, 218, 238–240, 259
Bersu, Gerhard 218, 228, 274
Beschorner, Hans 239–241
Besenfelder, Sabine 12, 15, 208
Beuron 195
Bevölkerungswissen 26
Biberach 93f., 97
Bieber, Margarethe 274
Bihl, Hans 295, 305
– Josef (Konrad Ludwig) 1, 300, 304–306
Bihlmeyer, Hermann 152, 195
– Hildebrand 195
Bildlingmaier, Maria 228
Bilfinger, Familie 1, 299
– Martin 305
– Rudolf 296, 303–306
Birlinger, Anton 143
Bismarck, Otto von 135
Bittel, Kurt 246

- Bloch, Ernst 2, 300
 Bloss, Wilhelm 195
 Blume, Bernhard 228
 Böblingen 60f., 83, 113
 Bock, Emil 228
 Bodelshausen 101, 107, 112, 115, 121
 Bohnenberger, Johann Gottlieb Friedrich
 von 158, 165
 – Karl 1, 2, 87, 122, 124, 133, 140, 145, 148,
 152, 154, 158–163, 165–168, 170–177,
 179–185, 188, 191–194, 196–199, 204–208,
 214, 218, 223, 226, 228, 230, 232–238, 240–
 242, 249–253, 256f., 259, 264, 266, 268, 276–
 278, 282, 285–287, 295f., 298–304, 307
 Bolz, Eugen 296
 Bopp, Franz 140
 Bosch, Robert 190f., 204, 261f., 264f.
 Bossert, Gustav 55, 123, 255f.
 Boundary-Work 87, 239
 Bourdieu, Pierre 6, 8, 10, 90
 Bracher, Theodor 1, 152, 154, 191, 199,
 205, 223–225, 228, 233–235, 238, 300f.,
 306
 Brechenmacher, Josef Karlmann 154, 223
 Bredecke, Arndt 77–79, 82
 Brentano, Clemens 86f.
 Breuninger, Eduard 190
 Brinkhus, Gerd 146f., 151
 Brühl, Graf Franz von 194f.
 Bucher, Gudrun 75
 Buck, Mich(a)el 149f., 164, 213, 228
 Bühl 102
 Bumiller, Casimir 228
 Burger, Heinz Otto 228
 Buri, Stefan 97
 Bürkert, Karin 97
 Burkhardt, Martin 48, 83–85, 96, 100, 212
 Bürokratiegeschichte 65, 297
 Bürostatut 90

 Camerer, Ernst 194
 Cannstatt 34, 97, 111, 224, 231, 262
 Champigny 105
 Chaptal, Jean-Antoine 45, 49
 Christ, Hans 245
 Comburg (Bildungseinrichtung) 191, 204f.,
 261–263, 265, 286, 289, 298, 307
 Communities of Practices 7, 17, 51, 76, 123,
 136, 157, 192, 242, 291, 293
 Confino, Alon 18, 129
 Cotta, Johan Friedrich Freiherr von 210
 Crailsheim 97
 Dannenbauer, Heinrich 1, 252, 278, 300
 Degenfeld, Konrad 249
 Dehlinger, Alfred 251, 295
 Dehner, Karl, Hauptlehrer 195
 Deigendesch, Josef, Obstbaulehrer 195
 Deißner, Vera 18, 86
 Demmler, Emil von 194
 Denkmalamt 164f., 188, 204–206, 209f.,
 212, 214f., 217–228, 230f., 233f., 236f.,
 243–246, 248f., 251, 253f., 262–264, 271,
 273, 281, 285, 287, 290, 293
 Denkmalbegriff 211
 Denkmalliste 90, 100, 212, 215
 Denkmalpflege 204, 209, 211, 214f., 217,
 220f., 228, 271f., 284
 Denkmalschutz 100, 139, 203f., 209–212,
 215–217, 220, 222, 244, 267, 274, 276
 Denkmalschutzgesetz 215, 218
 Denkstil 100, 121, 123, 135, 136, 157, 174,
 223, 231, 257, 292
 Detroit 306
 Dettingen 102, 111, 163
 Deutsche Demokratische Partei DDP
 195f., 204, 218, 261, 301
 Deutsche Forschungsgemeinschaft 7, 12
 Deutsche Partei (Württemberg) 119, 195
 Deutscher Verein für Wohlfahrts- und Hei-
 matpflege 190
 Deutsche Schule für Volksforschung 261
 Deutsches Wörterbuch 32, 127, 129f., 150
 Dialektologie 24, 41, 87, 124, 131f., 135,
 146, 230, 291
 Diezel, Friedrich, Trigonometer 57f., 74,
 126
 Dilettanten 41, 143, 150, 200, 223
 Dill, Gottlob 242, 251
 Dölker, Helmut 1, 161, 165f., 171, 185, 204,
 224, 234f., 238, 240–242, 250–253,
 259f., 275–278, 281–291, 297, 299–302,
 304, 307
 Donaueschingen 25
 Dörpfeld, Wilhelm 218, 246

 Eberle, Josef 120, 295
 Ebhausen 240
 Eckenweiler 102, 111
 Egelhaaf, Gottlob 194, 266, 296
 Ehingen 97, 150
 Elben, Carl 210
 Ellwangen 57, 76

- Elsässer, Karl August, Dekan 97, 114
 Empirische Kulturwissenschaft 17
 Engel, Ulrich 1, 288, 295, 300–303
 Entreß, Ernst 108, 110–113, 115 f., 119
 – Postsekretär Rottenburg 113
 Enzyklopädie 40, 71
 Epistemologie 3, 9, 12, 68, 79
 Erbach 103
 Ergänzungen 102, 111
 Erhebungsformate 36, 48, 72, 75–77, 85, 135
 Ernst, Fritz 1, 253, 278, 282, 300
 – Viktor 184, 196, 222, 253
 Esslingen 33, 111, 290
 Etablierung 2, 9 f., 20 f., 23 f., 100, 122, 173, 203, 261, 266 f., 269 f., 272–274, 278, 297 f., 309–311
 Ethnografie, Ethnographie 310
 Ethnologie 17, 24, 26, 40, 73
 Ethnos 73
 Europäische Ethnologie 10, 17
 Evangelische Akademie Bad Boll 265
- Fachgeschichte 12 f., 19 f., 23 f., 74, 223, 293
 Fahrbach, Georg 244
 Fehrlé, Eugen 237, 239, 274
 Feine, Hans Erich 278
 Feld 3–9, 11, 13–15, 17 f., 45, 47, 57 f., 139, 155, 166 f., 171, 187, 190, 192, 201, 203, 206, 213, 228, 232, 239, 241 f., 255, 262 f., 266–269, 271 f., 274, 276, 278, 285, 290 f., 294, 300, 302 f., 306
 Feldeffekte 14
 Feldforschung 14, 56
 Feuerbach 195
 Fikfak, Jurij 27
 Finanzminister 31–33, 35, 37, 46, 54, 251, 295
 Finanzministerium 31, 35 f., 64, 94, 96, 162, 173, 242, 251
 Finckh, Ludwig 249
 Fischer, Hermann 111 f., 119, 122, 124 f., 140, 142–159, 163, 165, 167, 181 f., 185, 191, 204, 207, 218, 224, 230, 233, 256, 276, 295, 301
 Fleck, Ludwik 292
 Fleischhauer, Karl von 188, 190, 214, 256, 296
 – Werner 245
 Flurkarten 58, 116, 158, 162
 Flurnamen 60, 100, 107, 116, 139, 148, 158–167, 185, 192, 204, 225, 235–241, 243, 251, 264, 272, 295
 Flurnamenarchiv 164–166, 204 f., 236, 238–242, 249 f., 288
 Flurnamenbücher 163
 Folklorisierung 93 f.
 Formular 55, 77–79, 82–84, 86, 89, 238
 Forner, Eberhard 175, 181
 Forschungsreisen 26, 57, 74 f., 77, 130, 246, 310
 Foucault, Michel 20
 Fraas, Oscar 123, 213
 Fragebogen 41, 77–83, 85, 87, 89, 97–102, 106 f., 109–115, 120–122, 148, 169, 172–175, 177 f., 181–183, 185, 212 f., 234, 245, 249
 Fragelisten 26, 32, 49 f., 54, 77 f., 83, 86, 145 f., 234 f.
 Fragepläne 62, 77, 79–81, 83–85, 89, 97, 174
 Franken 126
 Frankreich 26, 31, 45 f., 303
 Franz, Prälat 37
 Freier Volksstaat 203, 205, 266
 Freudenstadt 83
 Frey, Theophil 217 f.
 Frings, Theodor 239
 Fritz, Max 233–235
 Fromm, Ferdinand 233
 Frommenhausen 102, 108, 110 f.
 Fulda, Friedrich Carl 142
 Fürstenberg 25
- Gaildorf 97
 Gaisberg-Schöckingén, Freiherr Friedrich von 194
 Gärttner, Regierungsrat 123
 Gatterer, Johann Christoph 73
 Gauß, Karl August Wilhelm, Pfarrer 168, 184, 195
 Gebräuche 40, 52 f., 58–60, 87, 100–102, 105–108, 111–113, 119, 144, 174, 211
 Gelegenheit 9 f., 25, 29
 Gelegenheitsstruktur 6, 9 f., 18, 100, 135–137, 185, 189, 206, 218, 222, 266 f., 269, 291, 297 f., 307, 309–311
 Gemeinschaftliches Amt 83, 97–99, 112
 Genealogie 17, 24, 26 f., 75, 77 f., 80, 86, 132, 140, 142 f., 150 f., 154, 157, 213
 George, Stefan 301

- Germania (Verbindung) 294
 Germanistik 74, 86, 132, 236, 259, 268,
 293 f., 302
 Gesamtverein der deutschen Geschichts-
 und Altertumsvereine 239
 Geschichtsverein 192, 240, 274, 282 f.
 Gesellschaft für Anthropologie, Ethnologie
 und Urgeschichte 183
 Gesellschaft naturforschender Ärzte in
 Schwaben 25
 Gewährleute 41, 59, 81, 86, 131 f., 148, 235
 Giefel, Josef, Hofrat 109–113, 115–118
 Gierl, Martin 2, 28
 Gieseler, Wilhelm 258, 275, 278
 Glöckler, Johann Philipp 115
 Gmelin, Johann Friedrich 37
 – Johann Georg 37, 57, 74 f.
 Gmünd (heute Schwäbisch Gmünd) 195
 Goerdeler, Carl 265
 Goessler, Peter 1, 188, 204–206, 217–224,
 227 f., 236–239, 242–247, 252, 259, 263 f.,
 271–276, 278–282, 285–287, 289 f.,
 296 f., 300, 302
 Goethe, Johann Wolfgang von 86
 Göppingen 33, 115, 195
 Gorheim 195
 Göring, Helmut 245
 – Hermann 245
 Görres, Joseph 86
 Göttingen 5, 37, 74
 Gottschalk-Mazouz, Niels 5
 Gradmann, Eugen 75, 195 f., 204, 214, 227
 – Hans 305
 – Robert 2, 75, 222, 281 f., 285, 295, 300,
 305
 Grammatik der bayerischen Mundarten 87
 Grimmelfingen 195
 Grimm, Jacob 24, 26, 74, 86 f., 126 f., 130,
 133, 139 f., 142 f., 146, 150, 157
 – Wilhelm 86 f., 127, 129, 140
 Großheppach 108, 115
 Güglingen 195
 Günter, Heinrich 184, 195
 Guestfalia (im CV) 296

 Haag, Gustav 274
 – Karl 110, 264
 Habermas, Jürgen 135
 Haering, Hermann 1, 205, 219, 246 f., 252,
 257–260, 272, 279–282, 284, 300
 – Theodor 246, 259

 Hailfingen 102 f.
 Hamburg 5
 Hampp, Irmgard 156, 177, 289
 Handexemplare 144, 149, 151 f., 156
 Hartmann, Dr. 152
 – Julius von 55, 72, 92, 95 f., 110, 116, 118,
 122–124, 136, 160, 171 f., 177, 192, 194,
 255 f., 296
 – P., Pfarrer 123
 Haßler, Konrad Dietrich 212–214
 Hauff, Pfarrer 52
 – Wilhelm 210
 Haug, Balthasar 123
 Hausen 168
 Hausleutner, Philipp 143
 Haxthausen, Werner von 86 f.
 Heberle, Wilhelm 111, 115, 119
 Heck, Philipp Prof. Dr. 152
 Hegelmaier, Leopold, Staatsrat 216 f.
 Heidelberger, Franz 285
 Heideloff, Carl Alexander von 210, 212
 Heilbronn 97, 194
 Heimatabteilung 229, 262 f.
 Heimatkunde 119, 139, 187–189, 214, 262,
 267, 290
 Heimatschutzgedanke 209
 Helbok, Adolf 239
 Hemmendorf 103
 Herdegen, Johann Christoph von 53 f.
 Herder, Johann Gottfried 24, 74, 129
 Herding, Otto 281 f., 284
 Herrschaftsgeschichte 209
 Herter, Joseph von 194 f.
 Herzog, Ernst von 110
 – von, Oberrechnungsrat 37
 Hester, Franz, Gymnasialdirektor 195
 Heuss, Theodor 190, 196, 204, 259, 261,
 265, 271 f., 276–279, 288, 297, 301
 Heyd, Wilhelm von 123
 Heymann, Berthold 198, 218
 Hieber, Johannes von 195 f., 207, 217 f., 256,
 296, 301
 Hirrlingen 103
 Hirschau 103
 Historische Kommission 153, 184, 192,
 196, 235 f., 240, 247, 250, 252, 255–257,
 259–261, 266, 272, 274, 278 f., 282–284,
 302, 307
 Historischer Verein für Württembergisch
 Franken 25, 72, 255
 Historizität 4 f.

- Hitler, Adolf 240, 248
 Hohenheim (heute Stuttgart-Hohenheim) 95
 Hohenlohe 44
 Hohenrodter Bund 190, 261, 263
 Hohenzollern 180, 189f., 194, 197, 213, 215, 271, 277, 294, 296
 Höhn, Heinrich 175–178, 180, 195f.
 Hölder, Hermann Friedrich, Medizinalrat 72
 Hole, Gerlinde 287
 Hölscher, Walter, Landtagsabgeordneter 218
 Holzfingern 82
 Hölzle, Erwin 55
 Horb 84, 116, 160
 Hornberger, Theodor 1, 253, 264, 300
 Hornstetter, F., Vikar 115
- Identifikationsraum 32
 Idiotikon 81 f., 143
 Igel (Verbindung) 296
 Ilg, Karl 1, 300
 Imeri, Sabine 166
 Institutionalisierung 2, 5 f., 10, 20, 24, 27, 30, 46, 139, 156, 185, 196, 203, 205 f., 208–210, 215, 243, 255, 261, 267, 298
 Irland 78
 Ithaka 218
- Jäckh, Werner 287
 Jäger, Dr., Georg Friedrich von, Inspektor der Königl. Naturalien-Kabinette 37
 – Karl Christoph Friedrich von 37
 Jahn, Friedrich Ludwig 135
 Jaspers, Karl 307
 Jaumann, Ignatz 38, 94 f., 97
 Jöhler, Reinhard 27
 Josenhans, Johannes, Dr. 116 f.
 – Theodor, Pfarrer 108, 112, 114–117, 119, 122
 Josten, Hans H., Dr. 245
 Jussen, Bernhard 21
- Kamtschatka-Expedition 74
 Kanon 24, 52, 93, 99, 107, 132, 174, 185, 211, 226
 Kapff, Rudolf 1, 152, 175–178, 180 f., 195 f., 223 f., 229, 264, 300, 302
 Kapital 6, 8, 25, 90, 153, 164, 167, 171, 185 f., 200, 229, 231, 242, 252, 254, 287, 292, 294, 298, 309 f.
- Kartografie 46, 235, 242, 285
 Kaschuba, Wolfgang 54
 Kataster 29, 31, 35, 45, 48, 57 f., 159, 164 f.
 Kataster-Kommission 31, 58
 Kausler, Christian 29, 32 f., 35–37, 50, 77
 Keil, Wilhelm 266
 Keinath, Walther 1, 151, 154, 163, 204, 230, 237 f., 240, 295, 300
 Keller, Adelbert von 71 f., 91, 122–134, 140, 142–146, 148–150, 152, 154, 158 f., 167, 171, 194, 196, 213, 294
 Kemmler, Carl Albert 123
 Kerner, Karl Friedrich von 37
 Kiebingen 103, 111, 117
 Kilmeyer, Carl Friedrich von 37
 Kinkel, Wilhelm 154 f., 258
 Kirchenvisitation 80
 Kleidung 53, 90, 93, 100–104, 106, 124, 131, 173, 179
 Klemm, Alfred, Diakonus 123
 Klett, Eugen 248, 253, 264
 Klosterwald-Sigmaringen (Kloster Wald bei Sigmaringen) 195
 Kluckhohn, Paul 204, 252, 268
 Kluge, Helmut 36, 38, 70, 183, 284, 285
 Klumpp, Heinrich 237, 288
 Knapp, Otto von 122
 – Prof. Dr. Paul 110
 – Theodor 154
 Knoblich, Major 116 f.
 Köhle-Hezinger, Christel 249, 291
 Köhler, Friedrich August 54, 97
 – Marcus 310
 Kolb, Prof. Dr. Christian 168, 184
 Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg 255, 282, 285, 288, 290, 293
 Kommission für Landesgeschichte 72, 167, 172, 192, 196, 198 f., 205, 214, 222, 241, 281
 Kommission für Landeskunde 36, 284
 Konferenzaufsatz 125, 131 f., 146, 170, 174, 177, 196, 250
 König, Gudrun M. 12
 Königlich Statistisches Landesamt 70, 90, 160
 Konservator 189, 212 f., 218 f., 221 f., 241
 Kontaktzonen 287, 289, 291
 Konzelmann, Friedrich, Dr., Oberregierungsrat 235
 Koselleck, Reinhart 201

- Krajewski, Marcus 133
 Kreisbeschreibungen 15
 Kriegssammlungen 232
 Krins, Hubert 211
 Kronprinzenwerk 27
 Kuhn, Thomas S. 19
 Kulturanthropologie 17
 Kult(us)ministerium 152, 172, 190f., 198,
 207, 212, 234, 236f., 250f., 261, 266f.,
 275, 281, 288, 301, 305
 Kunst- und Altertumsdenkmale 212
 Kunze, Konrad 162
 Künzelsau 97
 Kurr, Johann Gottlob von 61
 Kutter, Wilhelm 73, 291
- Lachmann, Karl 130, 139
 Laich, Joachim 155
 Laienforscher 41, 162, 166
 Lämmle, August 2, 185, 189f., 204f., 218f.,
 221–229, 231–233, 236–242, 244f.,
 247–250, 252f., 258, 261–264, 277f.,
 286–289, 300
 Landauer, Eugen von 295
 Länderbeschreibung 26, 27
 Landerer, Werner Richard, Landesökono-
 mierat 194
 Landesamt für Denkmalpflege 163, 204f.,
 215f., 225, 227f., 238, 249, 263, 266, 275
 Landesausschuss für Denkmalpflege 214
 Landesausschuss für Natur- und Heimat-
 schutz 214
 Landesbeschreibung 15, 17f., 24, 26f., 35,
 38f., 46–48, 50, 55, 58, 63f., 68–72,
 74–77, 80, 84, 87, 89–92, 94, 97, 100,
 109, 121–125, 135f., 160, 162, 169f.,
 172–174, 177, 185, 196, 212, 215, 221f.,
 230, 242, 250, 253, 255f., 280, 284f., 290,
 296
 Landesgeschichte 210, 256, 259f., 267, 284,
 293
 Landeskonservator 75, 116, 123, 194, 196,
 204, 212–214, 227, 295
 Landeskonservatorium 211, 214f., 217, 256
 Landeskultur 7, 80, 255
 Landeskunde 17, 30, 36f., 43, 54, 68, 71, 75,
 95, 115, 169, 187, 210, 222, 281, 284f.
 landeskundliches Institut 252, 259, 281
 Landesmuseum 165, 215, 245
 Landesstelle für Volkskunde 1, 15, 125, 147,
 151, 156, 162, 164–166, 171, 175f., 180,
 183, 190, 205, 223, 230, 235f., 238, 251,
 253, 275f., 285, 288, 290, 293, 298–300
 Landesvermessung 30, 45f., 48, 77, 158,
 165
 Landtag 195, 204–206, 215, 218, 222, 226,
 243, 296
 Langenbucher, Hellmuth 229
 Langewiesche, Dieter 18, 129
 Lang, Ludwig 152
 – Walther 264
 – Wilhelm, Oberamtmann 97, 101, 103,
 105f., 110, 112, 295
 Latour, Bruno 3, 4
 Lauxmann, Richard 231
 – Theodor 124, 199, 205, 230f., 287
 Lave, Jean 7
 Lebensweise 17, 59, 71f., 100–108, 111f.,
 115f., 119–121, 124, 158, 169, 177
 Lebret, Karl Friedrich 37
 Lehrer 32, 34, 44, 67, 93, 95, 108, 110, 125,
 131f., 142, 145, 154f., 169, 172, 175,
 187–191, 193–195, 204, 219, 224, 235,
 237, 246, 248f., 264f., 289, 293, 295f.,
 301f., 304f.
 Lehrerbildung 125f., 187–189, 204f., 222,
 224, 265, 267, 286, 288f.
 Lehr, Friedrich 34
 Lehrstuhlgründung 6, 20, 24
 Leonberg 58, 77, 84, 97, 289
 Leukas/Lefkas/Lefkada 218
 Liebhaber 29, 32, 47, 55, 86, 221
 Liesching, Theodor 195
 Limeskommission 110, 113
 Linné, Carl von 37, 40, 41, 55f., 74
 Lithographische Anstalt 45f.
 Loew, Eugen, Hofkassendirektor 195
 Lohss, Max 1, 154, 223, 300
 Losch, Friedrich, Pfarrer 168, 184, 195,
 238, 295
 – Hermann Julius 295
 Ludwigsburg 15, 34, 96, 108–110, 162, 195,
 285
 Ludwig-Uhland-Institut 1, 12, 145, 155,
 166, 230, 285, 288f., 298, 300
- Maasen, Sabine 7
 Mack, Albert 259, 300f., 306
 Magenu, Familie 1, 300
 Mager, Karl Wilhelm Eduard 132
 Maier, Reinhold 248, 271
 Manifest 59

- Mann, Dr., Eugen, Rektor 152
Mannhardt, Wilhelm 140, 183
Marbach 175, 205, 231, 253, 287
Marchetti, Christian 11
Marcus, George E. 14
Markel-Stiftung 191, 277
Marschalkenzimmern 54, 97
Materialität 4, 12, 146
Mehring, Gebhard 264
Meier, John 179, 182, 223, 232, 234, 238–240, 286
Memminger, Johann Daniel Georg 29, 32–40, 42–52, 55–59, 63f., 70–72, 76f., 80, 85, 94f., 109, 119, 121, 126, 160
Mentges, Gabriele 181
Mergenthaler, Christian 156, 218, 241f., 244–247, 257f., 260
Mergentheim 97, 218
Merian, Matthäus 111
Meringer, Rudolf 140
Mesmer, Oberamtmann 92f.
Methodenlehre 41
Mettler, Adolf 110, 113f., 116f., 296
Metzger, Johann Jakob, Pfarrer 108, 111–113, 115, 119, 121
Meves, Uwe 132
Meyding, Robert 234, 250–252, 256, 296
Meyer, Elard Hugo 183
Miller, Konstantin, Kameralverwalter, Güglingen 195f.
– Max 153, 256, 259, 265, 279–283, 285, 296
– Oberstleutnant a.D. 234
– Prof. Dr. Konrad, Altertumswissenschaftler 116f., 123
Ministerium für Kirchen- und Schulwesen 125, 153, 212
Mittnacht, Franz Jakob, Obersteuerrat 37
Modernisierung 36, 121, 200, 209, 222
Moser, Hugo 1, 64, 115, 191, 230, 252, 264, 276f., 285, 298, 300, 302
– Johann Jacob 133, 147
Mössingen 95, 103, 112–115
Mosthaf, Heinrich von 194
Müllenhoff, Karl 140
Müller, Gebhard 296
– Gerhard Friedrich 57, 74f.
– Karl Otto 154, 280–282
multi-sited ethnography 14
Mundart 1, 71, 92, 107, 111f., 119, 124, 127, 129, 133, 140, 142f., 145, 148, 152–154, 159f., 162, 164, 173, 180, 207, 225, 249, 264, 272, 282, 284, 299, 304
Münsingen 57, 97, 180, 277
Murr, Wilhelm 246, 249, 305
Nägele, Eugen 2, 75, 113, 116f., 119, 122, 150, 155f., 160, 184, 192f., 195f., 204, 215, 228, 236–238, 242, 246, 295, 300
Nagold 83, 166, 195
Nahrung, Ernährung 53, 100, 102–104, 106, 173, 179, 198
Narrative 4, 47, 55, 72, 90, 93f., 108, 124, 135, 177, 222, 269, 272f.
Narr, Dieter 287, 290
Nationalismus 18, 73, 135, 201
Nationalsozialismus 12, 19, 206, 208, 217, 220, 243, 247, 260
Naturalis Historia 40f., 81
Naturkunde 26, 37, 41, 56, 293
Naturschutz 204, 213f., 218–220, 244, 267
Naumann, Friedrich 190, 245
Nehren 54
Nellingsheim 103, 111, 118
Netzwerkbildungen 9, 184, 297
Netzwerke, Beziehungsnetzwerke 3, 8, 24, 154, 208, 261, 298, 300
Neuenbürg 33, 83, 120
Neuhausen ob Eck 264
Neustetten 111
Nicolai, Friedrich 80, 143
Niedernau 104
Nikolow, Sybilla 7
Noherr, Stephan 93
Normannia (Verbindung) 195f., 294, 296
Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft 154, 238f.
Notizen 51f., 58–62, 65, 74, 77, 89, 112, 115, 118, 120f., 126, 130, 146, 148, 151, 176f., 245, 275
Notizsystem 175–177, 242
NS-Volkskunde 11, 252
NS-Zeit 2, 19f., 24, 206, 243, 246, 258, 260, 268f., 273, 285, 289, 292, 301, 306
Oberamt 33, 51f., 56, 60–62, 72, 76f., 81, 83f., 94–98, 100f., 103, 108–112, 114f., 117, 119, 121, 124
Oberamtsbeschreibung 15, 33, 50, 56–61, 63f., 70, 72, 76f., 81, 83–85, 89–97, 107–112, 114–122, 169f., 173, 176f., 180, 222, 242, 250, 290

- Oberamtskarte 48, 56f., 116f.
 Oberamtsmappen 77
 Oberkrome, Willi 18
 Obernau 104
 Odenwald-Varga, Szilvia 135
 Öffentlichkeit 5–9, 17, 39, 44f., 47, 65, 67f.,
 74, 131, 151, 155, 160, 165, 167, 173, 185,
 187, 196, 199, 204, 219f., 227, 231, 242,
 256, 284, 290, 304, 307
 Opferdingen 104, 112, 115
 Ohngemach, Ludwig 150
 Öhringen 83, 195
 Oken, Lorenz 25, 44f.
 Onolzheim 195
 Ortschroniken 36, 38, 50–52, 54f., 72, 76,
 99, 115, 136
 Ortsnamen 100, 149, 158f., 164f., 181, 225
 Öschingen 104, 112
 Österreich 161
 – Johann Baptist Josef Fabian Sebastian,
 Erzbg. 25
 – Rudolf Franz Karl Joseph, Kronprinz
 von Österreich und Ungarn 25
 Österreich-Ungarn 25, 230
 Ovid, Publius Ovidius Naso 47
 Ow-Wachendorf, Freiherr Hans Otto von
 194
- Pache, Christel 190, 261, 263
 Palmer, Dr., Medizinalrat 194
 Papier 53, 78, 80–83, 99, 117f., 133, 146,
 148, 152, 174f., 198, 200, 242
 papierene Praktiken/Paper Technologies
 89, 109, 120, 132–134, 146, 174, 238,
 291
 Paret, Oscar 217, 219, 245, 247
 patriotisch 25f., 33, 40f., 45, 47, 49, 74, 91,
 123, 129, 201, 209
 Paulus, Familie 1, 96, 299
 – Karl Eduard d. Ältere 58f., 62, 64, 71f.,
 83f., 120f., 211, 213
 – Karl Eduard d. Jüngere 116, 123, 214
 Pauly, August Friedrich 64, 71, 84, 211
 Payer, Friedrich von 194
 Petri, Apotheke in Mössingen 95
 Pfarrvisitationen 64, 107
 Pfleiderer, Wilhelm 1, 125, 146, 149, 151f.,
 154–156, 223, 233, 238, 300
 Pflummern 82
 Philologie 24, 126, 132, 136, 140f., 146,
 182, 187, 192, 204, 206, 305
- Philologie, regionalsprachliche 17
 Plinius der Ältere 40f.
 Pohlhammer, Prof. Dr. Franz 184, 195
 Popularisierung 4, 7, 220, 240, 262
 Praxeologie 3f., 12, 16, 23, 26f., 68, 79, 96,
 242
 Praxis, Praktiken 4, 6, 8f., 15, 20, 24, 27,
 30, 48, 54, 59, 63, 68f., 76, 78, 80, 86, 89,
 96, 99, 109, 123, 149, 159, 162, 174f., 187,
 192, 221, 229, 232, 236, 242, 291, 298,
 309f.
 Preußen 31, 45f., 50, 77, 90, 210, 215, 255
 Prinz, Gerhard 125, 181, 235
 Proto-Statistik 26, 41
 Protowissenschaft 17, 78
- Rapp, Moritz 126
 Rassem, Mohammed 25–27
 Rathgeber, Lehrer 194f.
 Rauch, E., Pfarrer (kath.) 108, 110f., 113,
 118f.
 – Udo 166
 Raulff, Ulrich 301
 Raunecker, Friedrich, Prof. 184, 195
 Rechberg, Otto Graf von 194
 Rech, Wilhelm, Gymnasialoberlehrer 195
 Regelmann, Christian 110, 123, 160
 Region 7, 18, 78, 97, 141, 157, 172, 215, 230
 regional 3, 11, 13, 17f., 25, 27, 38, 40, 57, 67,
 69, 84, 87, 126–129, 134f., 139f., 142f.,
 150, 167, 184, 192, 197, 206, 218, 241, 256,
 277, 293, 296, 310f.
 Regionalismus 18, 234
 Reinert, Hans 218, 245, 273
 Reisebeschreibung 26, 34
 Reiser, Wilhelm von 116
 Reiter, Pfarrer 168
 – Prof. 184, 195
 Remmingsheim 104, 110f., 118
 Renningen 195
 Ressortforschung 8, 28, 68f., 171, 310
 Ressourcen 4–9, 20, 80, 121, 126, 134, 136,
 157, 164, 166f., 184f., 199f., 203, 217, 223,
 225–227, 229, 231, 235, 242, 252, 259,
 261, 268, 287, 290, 292, 297f., 309–311
 Ressourcenmanagement 5, 18, 287
 Reutlingen 56, 76, 81, 94, 97f., 103, 190,
 274
 Reyhing, Hans 229, 263
 Reyscher, August Ludwig 157
 Richental-Chronik 150

- Richental, Ulrich von 150
 Riecke, Karl Viktor von 64, 92
 Riedlingen 97, 180
 Rief, Prof. 184
 Riehl, Wilhelm Heinrich 24, 67f., 91, 131
 Riek, Gustav 258, 278
 Rieß, Richard von, Domkapitular 110
 Rieth, Adolf 218
 Rietschel, Siegfried 152
 Röder, Philipp 34f.
 Rohrhalden 111
 Roigel/Königsgesellschaft Roigel 1, 251,
 294f., 298, 300, 303, 305
 Roller, Hans-Ulrich 223, 289
 Romanowa, Wera Konstantinowna 301
 Römer 60, 71, 84, 110, 117, 119
 Rösler, Gottlieb Friedrich 45, 54, 81f., 97
 Rottenburg 94–98, 101, 105, 107–120,
 122, 124, 195, 295
 Rottenburg-Ehingen 105
 Ruck, Michael 248, 294, 297, 304
 Ruf, cand. theol. 111
 Rümelin, Gustav von 28, 30, 72, 85, 91,
 123, 212
 Rumpp, Gisela 166
 – Hermann 165f.
 Ruoff, Arno 145–147, 156, 161–164, 166,
 181, 299
 – Ines 181, 299

 Sachsen 168
 Sagen, Volkssagen 62, 84, 87, 92, 100, 107,
 111f., 131, 179, 181, 188, 211
 Sailer jun., Wilhelm 110
 Salzmann, Gustav Ernst 194
 Sammelstellen 86, 165, 234, 236–238
 Sammelwissenschaft 140, 200–202
 Sammlung des schwäbischen Sprachschat-
 zes 125, 130f., 133
 Sammlungen 1, 8, 15, 25, 33, 41, 48, 50, 55,
 74, 97, 121, 124, 132f., 139, 142f., 147, 161,
 163–165, 176f., 181, 185f., 198–200, 205,
 213f., 224, 226, 229–233, 235, 240,
 249–254, 256, 275, 287f., 299
 Sammlungsideen 26, 200
 Sathmar 230, 277
 Sattler, Christian Friedrich 45
 Sauer, Albert 277, 296
 Schäuble, Schultheiß von Wurmlingen 99,
 106
 Scheef, Dr., Amtsarzt 114f., 117

 Schenda, Rudolf 150
 Schenkel, Gotthilf 276
 Schermann, Max 150, 204, 218, 238, 267
 Schieber, Anna 249
 Schirmmacher, Arne 7
 Schliz, Alfred 194
 Schlözer, August Ludwig 44f., 47–49, 56,
 67, 73, 75, 85
 Schmeller, Johann Andreas 86f., 126–131,
 133, 140, 142–144, 149f.
 Schmid, Carlo 277, 307
 – Dr., Dekan 184
 – Johann Christoph 114, 142f., 242
 Schmidlin, Christoph Friedrich, Finanzrat
 52
 Schmidt, Erich 86, 139–141
 – Martin 219
 – Richard 219, 244f., 273
 – Robert Rudolf 218, 273
 – Simon 97
 Schmidt-Ebhausen, Friedrich Heinz 240,
 290
 Schmidt-Ott, Friedrich 239
 Schmied, Pfarrer 82
 Schmoll, Friedemann 11, 18
 Schmückle, Georg 229, 248f.
 Schneck, Adolf G. 155
 Schneider, Eugen von 118, 194–196, 199,
 219, 252, 256
 – Hermann 1, 204, 207, 300
 – Michael C. 16
 Schoch, Florian 195
 Schöck, Gustav 223
 Schönhagen, Benigna 260
 Schubert, G. von 154
 Schübler, Gustav 95
 Schuchardt, Hugo 140
 Schuh, Steuerrat 195
 Schulbehörde 125, 196, 225
 Schultze-Naumburg, Paul 220, 243
 Schupp, Pfarrverweser 111
 Schuster, Felix 249
 Schwab, Gustav 126, 211, 294
 Schwaben 37, 44, 59, 144, 150, 152f., 157,
 164, 210, 213, 227, 230, 249, 264
 Schwäbischer Albverein 119, 155, 158f.,
 161, 167, 181, 192, 213, 226, 228, 272, 295
 Schwäbisches Heimatbuch 219f., 227f.
 Schwäbisches Wörterbuch 124f., 134, 140,
 142–145, 148–151, 153–157, 165, 173,
 195, 200, 204, 224, 233f., 242, 266, 295f.

- Schwäbisch Hall 97, 168, 191
 Schwaigern 168
 Schwalldorf 105
 Schweiz 91, 161, 168, 198, 303
 Schwenkel, Hans 218 f., 225–227, 229,
 233–235, 238, 241, 244, 249–253, 263,
 272, 286, 290
 Seckler, Ingenieur 123
 Sedan 102, 105 f.
 Seebronn 105
 Seeger, Hauptzollverwalter 123
 Seemann, Erich 264
 Selbstanschauung 56
 Selbstbeauftragung 202, 310
 Sibirien 26, 73, 75, 78
 Siedlungsgeschichte 159 f., 166, 242, 257 f.,
 260, 293
 Sievers, Georg Eduard 146, 149, 159
 Sigmaringen 194 f.
 Sigmaringendorf 195
 Silberburg-Verlag 181, 204, 224, 229, 248,
 263 f., 287
 Simpfendörfer, Wilhelm 276
 Sindelfingen 61
 Sinner, Paul 110
 Sittlichkeit 53
 Société des Antiquaires 26
 Société des Observateurs de l'homme 26
 Sohnrey, Heinrich 190
 Soldatensprache 154, 232–234, 253
 Sprache 17, 81 f., 90, 93, 101, 107, 125–129,
 131, 134 f., 141–144, 146, 156, 158 f., 204,
 207, 211, 218, 229, 240, 242, 305
 Sprachgeschichte 24, 26, 41, 127 f., 132, 142,
 166, 207, 235, 242
 Sprachgrenzen 107
 Sprachnation 129
 Springer, Otto 1, 233, 241, 249–253, 300
 Spruchkammerverfahren 155, 224, 230,
 244–246, 248, 272, 274, 277–280
 Staatsbeschreibung 26, 38 f., 46, 86
 Staatsförmigkeit 201
 Staatsmaschine 43, 56
 Staatsnähe 9, 23, 255 f.
 Staatswissenschaft 24, 26, 28, 67
 Stagl, Justin 25–27, 49, 73–75, 77 f., 80, 85,
 201
 Stälin, Christoph Friedrich von 62, 64, 96
 – Paul von 95 f., 114, 116 f., 123, 211
 Statistik 12, 15, 26, 28–34, 36, 38 f., 41,
 43–45, 47–51, 55, 58, 65–68, 71–73, 75,
 77, 84, 94, 97, 114, 121, 136, 169 f., 183,
 201, 266, 284
 statistisches Bureau/Büro 23, 31, 57, 67
 Statistisches Landesamt 1, 55, 89, 94–100,
 114, 116, 121, 123 f., 136, 153, 160–162,
 164, 167 f., 171, 173, 176 f., 184 f.,
 192–194, 196 f., 204, 222, 226, 235, 237,
 242, 249, 251, 256, 280, 284 f., 290, 293,
 295 f., 300
 Statistisch-topographisches Bureau 21, 23,
 28 f., 33, 39, 44 f., 48, 55, 64–72, 81–83,
 85, 90, 95, 97, 99, 109, 114, 121, 125,
 211–214, 219, 255, 293, 309
 Stauß, Fridolin, Dekan 194 f.
 Steig, Reinhold 86
 Steinhausen 168
 Steinhofen 194 f.
 Steinalchtal 112
 Sternberger, Dolf 307
 Stiftsverbindungen 294 f.
 Stocking Jr., George W. 11
 Storz, Gerhard 276, 296, 298, 307
 – Hermann 1, 296, 298–303, 307
 St. Petersburger Akademie 26, 73, 75
 Strategie 5, 7, 9, 18, 20, 24, 52, 164, 183,
 227, 236, 252, 273, 292, 309
 Ströbele, Urban 38
 Studentenverbindung 293
 Stuttgart 15, 29, 34, 36–38, 60, 62, 72, 111,
 119, 122, 126, 128, 149 f., 155, 165, 167 f.,
 185, 190 f., 194 f., 197, 204 f., 213, 223,
 225, 227, 230 f., 233 f., 238–242, 246,
 248–253, 259, 271, 277, 288, 301, 303,
 305
 Sülchgau 25
 Sülchgauer Altertumsverein 25
 Sulz 83
 Supper, Auguste 194 f.
 Süskind, Wilhelm 307
 Szöllösi-Janze, Margit 8, 28
 Tacitus 159
 Taddey, Gerhard 285
 Tettngang 97, 180
 Thalheim/Talheim 105, 112, 115, 121
 Topografie, Topographie 30, 32, –34,
 37–39, 45, 49, 115, 158
 Tracht 58, 60, 87, 92 f., 100–108, 115, 120 f.,
 124, 129, 174, 211, 225, 230 f.
 Trachtensammlung 231 f.

- Transaktionsräume 4, 6, 67f., 122, 203, 266f., 294, 307, 309
 Trüdinger, Otto, Dr. 115
 Tübingen 1, 110, 113, 120, 125, 144–146, 148f., 151, 153, 155, 165–168, 170, 194f., 199, 205, 207, 218, 224, 238, 241, 246, 249–252, 271, 275, 277, 287, 296, 298, 300–302, 305f.
 Tübinger Blätter 217, 246f., 295
 Tübinger Stift 195, 294

 Uhland, Ludwig 126, 140, 149, 151, 157, 212, 294
 Ulm 25, 97, 143, 164, 192, 194, 210, 212, 263
 Ulmer Verein für Kunst und Altertum 25, 150, 164, 210, 212
 Umgebungswissen 130, 162, 187
 Ummendorf 93
 Universalstatistik 30
 Universitätsbibliothek 1, 15, 144–146, 148f., 151f., 165, 175, 185, 199, 207, 250, 259, 299f., 306
 Universitätsgeschichte 12
 Universität Tübingen 1, 28, 37, 48, 125, 142, 158, 185, 205f., 217, 257–259, 266, 268, 272, 275, 295, 299f., 305
 Uppsala 40
 Urach 97, 180, 223f., 296, 302
 Urach, Herzog von
 Württemberg, Friedrich Wilhelm 25, 210
 Ur- und Frühgeschichte 210, 217, 293

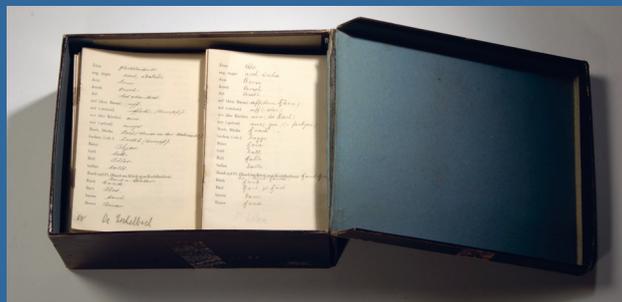
 Vanotti, Johann Nepomuk 38
 Vaterlandskunde 29, 32, 40, 42f., 45, 47, 55, 63, 92
 Vaterlandsliebe 42f., 45f., 47
 Veek, Walther 219, 247
 Veit, Friedrich 152, 195
 Verband deutscher Vereine für Volkskunde 1, 197f., 204, 213, 222f., 231f., 234, 239, 267, 290, 299
 Verdichtung 20f., 297, 310
 Verein 23, 25, 38, 86, 99, 116, 137, 139, 159, 183f., 189, 191–194, 196–198, 212–214, 217, 232, 235, 237, 243f., 261, 271, 274, 278, 285, 293
 Verein Badische Heimat 25
 Vereine, anthropologische 17, 25, 132, 213, 227
 Vereine, historische 150, 164, 184, 192, 227, 255f.
 Vereine, naturkundliche 25, 192
 Verein für Geschichte und Naturgeschichte der Baar 25
 Verein für ländliche Heimatpflege 189
 Verein für ländliche Wohlfahrtspflege 189, 224, 227, 236, 262, 288
 Verein für vaterländische Naturkunde in Württemberg 25
 Verein für Vaterlandskunde 34, 36–38, 45, 50, 52, 54, 65f., 82, 85, 97, 118, 172, 183f., 212, 255, 284
 Vereinigung für Volkskunde 124, 168f., 171f., 177, 182, 184, 187, 192f., 197, 205, 214, 235, 293, 295
 Vereinsforschung 24f., 182, 191
 Verein zur Förderung der Volksbildung in Württemberg 190f., 204f., 229, 248, 255, 261–264, 266
 Verlag Cotta 39, 70
 Verlag Kohlhammer 70, 119, 122
 Vermeulen, Han 24, 73, 75
 Vertriebenenforschung 290
 Verwaltung 31–33, 38, 42f., 46, 53, 57f., 65, 79, 85, 178, 193, 243, 271, 277, 289, 294f.
 Verwissenschaftlichung 10, 136, 309f.
 Verzettlung 121, 133, 146, 149f.
 Vierhaus, Rudolf 201
 Virchow, Rudolf 213
 Vischer, Friedrich Theodor 151
 Vogel, Jakob 8
 Volk 17, 32, 47, 70, 72–75, 92, 123f., 127–129, 131, 135f., 187, 189f., 202, 209, 226, 266
 Völkerkunde 73
 Volksbildung 189–192, 203, 219, 221f., 224, 261–263, 265f.
 Volkscharakter 71f., 108, 111f., 116, 119, 129
 Volksgeist 42f.
 Volksgeschichte 209, 239, 257
 Volkshochschule 191, 203, 224, 262–264
 Volkskunde-Blätter für Württemberg und Hohenzollern 165, 184, 197, 199
 Volkskunde, württembergische 2f., 122, 140, 184, 196, 198, 268, 290, 293, 297
 Volksliedsammlung 182, 198, 232
 Volkssprache 87, 127–131, 136
 Volksstaat 156, 191, 203, 206, 208, 226, 243f., 246, 251, 259, 266–268
 Volksstaatszeit 196, 253, 257, 262, 267, 277, 280, 282

- Volkstum 67, 131, 135 f., 163, 165, 175, 182, 189 f., 203–205, 209, 218–224, 226, 229, 232, 234–237, 241, 248–251, 253 f., 258, 261 f., 264, 266 f., 272, 276, 282, 293
- Volkstümliche Überlieferungen 122, 139, 180, 205, 224, 249, 264
- Volkstumsforschung 18
- Vollmer, Vera 235, 300–302, 305
- Volney, Constantin-François 49
- Voretzsch, Karl 168, 184, 187, 193
- Wagner, Heinrich von 194
- Wais, Gustav 271
- Walz, Hans 190, 261, 263, 265
- Walzer, Albert 245
- Wangen 92 f., 97
- Warneken, Bernd Jürgen 11
- Weckherlin, Ferdinand Heinrich August von 29, 31–33, 35, 37 f., 46, 48, 50
- Weickersheim 195
- Weigand, Karl 130
- Weihenmaier, Emil, Kassenwart 194
- Weil der Stadt 131
- Weilerburg 111
- Weimarer Republik 11, 191, 202, 206, 215, 261, 289
- Weinhold, Karl 126, 139 f., 143, 200 f.
- Weinsberg 83
- Weissenhofsiedlung 155
- Weißer/Weisser, Johann Christoph Friedrich von, Staatsrat 37, 52
- Weißmann, Johann Christoph Friedrich, Apotheker 95
- Weller, Karl 168, 184, 195, 238, 258, 260
- Wendelsheim 106
- Wenger, Etienne 7
- Wenker, Georg 146, 153
- Wider, Friedrich Wilhelm 218
- Wien 5, 49
- Winghofer, Alfons 119
- Wintterlin, Friedrich 154
- Wissensagenturen 16, 23
- Wissensakquise 35, 38, 46, 54, 80, 85 f.
- Wissensanthropologie 3, 5, 7 f.
- Wissensarchäologie 2, 309 f.
- wissenschaftsförmig 8, 17, 67, 139, 161, 182, 192, 200, 202, 235, 242, 266, 297 f., 310 f.
- Wissenschaftsförmigkeit 28, 182
- Wissenschaftsforschung 3–5, 10 f., 16, 19 f.
- Wissenschaftsmodus 20
- Wissenschaftsphilosophie 3
- Wissenschaftspraxis/Wissenschaftspraktiken 8, 11
- Wissenschaftstheorie 3 f.
- Wissenserhebung 17, 26, 77 f., 85, 94, 97, 183
- Wissensformat 4, 10, 15, 17, 24, 36, 39, 55, 57, 63, 69, 77, 80, 109, 133, 213
- Wissensforschung 3–5, 7, 10–13, 89, 298
- Wissensforschung, historische 2 f., 8, 15, 28, 310
- Wissensgenerierung 28, 48 f., 69, 76, 79, 87, 311
- Wissensgeschichte 2, 13, 23, 150, 156
- Wissenshandeln/Wissenshandlung 4, 7–9, 23, 89, 120, 252, 298, 310
- Wissenskulturen 3
- Wissensmanagement 4, 6–9, 36, 48, 64, 73, 94, 96, 109, 136, 153, 256
- Wissensmilieu 6 f., 10, 25, 67, 122 f., 136 f., 139, 150, 157, 167, 186, 206, 214, 222, 224, 252, 255, 267, 269, 292 f., 298
- Wissensmodus 9, 67
- Wissenspraktiken 5 f., 8, 19
- Wissensproduktion 12, 15, 23, 28, 310 f.
- Wissensraum 7, 9 f., 68 f., 97, 157
- Wissenssammlungen 17, 32, 39, 54, 184, 298
- Wissenssoziologie 3, 7
- Wissenstransfer 4, 7 f., 10, 74, 101, 108, 139, 181, 185, 192, 220 f., 226, 267, 290 f.
- Wolfenhausen 106, 108, 111, 113, 115, 118
- Wörterbuch 69, 127 f., 132–134, 136, 139, 142–149, 151 f., 154–157, 165, 167, 181, 185, 307
- Wossidlo, Richard 176
- Wurmlingen 98, 106 f., 111
- Wurm, Theophil 265, 271
- Württemberg 7, 37, 54, 58, 75, 108, 123 f., 135, 145, 150, 152–154, 156, 158–160, 163–166, 168, 173, 177, 180, 182–184, 189–191, 193 f., 196 f., 203–206, 210, 213, 215, 217 f., 221 f., 225–227, 234, 239 f., 243 f., 255, 259, 261 f., 264, 266 f., 271, 277, 280, 289, 294 f., 301, 309
- Friedrich Wilhelm Carl 35, 43, 46, 125, 134, 210
- Friedrich Wilhelm, Graf. Ab 1867 Herzog 210
- Friedrich Wilhelm Karl, Kurfürst 44
- Württembergische Anthropologische Gesellschaft 213, 247
- Württembergische Kommission für Landesgeschichte 118, 153 f., 204, 230, 255, 257

- Württembergischer Altertumsverein 25,
127, 154, 164, 192, 210, 212
- Württembergisch-Hohenzollerischer
Verein für Volkskunde 86, 140, 176,
181, 184, 189, 193 f., 197, 204 f., 214, 228,
232
- Zabergäuverein 25, 55, 192, 196, 295
- Zech, Prof. Dr. Paul Heinrich von 123
- Zedelmaier, Helmut 147
- Zeller, Karl Hermann von 115 f., 160,
194, 296
- Zentralstelle 38, 64 f., 85, 182, 235, 239
- Zettel 133, 144–150, 164 f., 181
- Zettelkasten/Zettelkästen 133, 144,
146–148, 175, 181
- Zeuss, Johann Kaspar 126
- Zingeler, Karl Theodor, Geheimrat 195
- Zirkulation 26, 109, 120, 157, 173, 183
- Zürich 5

Die Studie verfolgt am Beispiel württembergischer Volkskunde zwischen 1820 und 1950, ob und wie aus Wissen Wissenschaft werden kann. Dem Konzept der historischen Wissensforschung folgend untersucht sie mit kulturwissenschaftlichen Methoden, was als ethnografisches Wissen gilt, wer es mit welchen Mitteln herstellt und wie es medial aufbereitet wird. In den Blick genommen wird dabei ein breites Feld an (historisch-) landeskundlich tätigen Akteuren und Institutionen mit ihren jeweiligen Wissenspraktiken und Austauschbeziehungen. Neben zahlreichen Persönlichkeiten und Vereinen tritt vor allem der württembergische Staat mit seiner Ressortforschung als wichtiger Impuls- und Auftraggeber hervor. Das Buch beginnt im Statistisch-topographischen Bureau mit der Vorgeschichte ethnografischen Wissens um 1820, untersucht „Volk“ als Konzept und Objekt, folgt den Sammlungs- und Publikationsunternehmungen und ihrer gesellschaftlichen und organisatorischen Verankerung, beobachtet die Formierung neuer landeskundlicher Institutionen und ihre Förderung und klärt so die Gelegenheitsstrukturen regionaler Ethnografie. Der lange Untersuchungszeitraum ermöglicht mit fünf Themenblöcken und Zeitschnitten eine bisher so nicht erfolgte Analyse von spezifischen Ressourcen und Strategien zur Etablierung einer neuen Wissenschaftsdisziplin.

PD Dr. Lioba Keller-Drescher habilitierte sich 2015 mit der hier vorliegenden Studie im Fach Empirische Kulturwissenschaft an der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät der Eberhard Karls Universität Tübingen.



Eine Veröffentlichung
der Kommission
für geschichtliche Landeskunde
in Baden-Württemberg

ISBN 978-3-17-033574-5